

AT HOME IN
EUROPE

Ein Bericht aus elf Städten
in der Europäischen Union

Muslims in EUROPE



Muslims in Europe

At Home in Europe Project



OPEN SOCIETY FOUNDATIONS

New York – London – Budapest

© 2010 Open Society Foundations
Alle Rechte vorbehalten

ISBN: 978-1-936133-02-4

Herausgegeben von

OPEN SOCIETY FOUNDATIONS

400 West 59th Street
New York, NY 10019
USA

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an:

AT HOME IN EUROPE PROJECT

OPEN SOCIETY FOUNDATION

100 Cambridge Grove
W6 0LE London
UK

Website

www.soros.org/initiatives/home

Umschlagbild von Ahlgrim Design Group

Layout von Q.E.D. Publishing

Gedruckt in Ungarn

Gedruckt auf CyclusOffset Papier, hergestellt aus 100% Recyclingmaterial.

Inhaltsverzeichnis

Danksagung	5
Vorwort	11
Ein Bericht aus elf Städten in der Europäischen Union	13
Definitionen	18
Abkürzungen	21
Zusammenfassung	23
1. Einleitung	32
2. Politischer Kontext	39
3. Zugehörigkeit, Diskriminierung und Interaktionen	66
4. Bildung	103
5. Arbeit und Beschäftigung	122
6. Stadtteil und Wohnungswesen	148
7. Gesundheitswesen	170
8. Polizei und Sicherheit	189
9. Bürgerschaftliche und politische Beteiligung	212
10. Medien	238
11. Empfehlungen	247
Anhang 1. Bibliografie	257
Anhang 2. Weitere Foundations-Tabellen	274
Anhang 3. Fragebogen	341
Anhang 4. Tabellenübersicht (Gesamt)	368

Aufgabe der Open Society Foundations¹

Die Open Society Foundations setzen sich für den Aufbau lebhafter und toleranter Demokratien ein, deren Regierungen ihren Bürgerinnen und Bürgern Rechenschaft ablegen. In der Zusammenarbeit mit lokalen Gemeinschaften in mehr als 70 Ländern unterstützen die Open Society Foundations Recht und Menschenrechte, Meinungsfreiheit sowie den Zugang zum Gesundheitswesen und Bildung.

¹ Open Society Foundations ist die Bezeichnung, die sämtliche Niederlassungen des Open Society Institute, Netzwerkprogramme, länderspezifische Stiftungen und weitere Soros Organisationen und Stiftungen wie die Foundation to Promote Open Society umfasst. Sie wurde nach der Veröffentlichung von *Muslimen in Europa* weithin umgesetzt, weshalb die Bezeichnung Open Society Institute in der deutschen Fassung dieses Berichts ersetzt wurde.

Danksagung

Ohne die Beiträge zur Forschungsarbeit und ohne die Expertise der zahlreichen Personen, die in den letzten drei Jahren in das Projekt „At Home in Europe“ des Open Society Institute involviert waren, wäre die Verfassung dieses Berichts nicht möglich gewesen. Verantwortlich für die Autorenschaft dieses Berichts war Tufyal Choudhury von der Universität Durham. Miriam McCarthy war für die Auswertung der in dem Bericht verwendeten Daten verantwortlich, die wiederum aus Forschungsergebnissen in elf Städten innerhalb der Europäischen Union stammen. Tufyal Choudhury war Autor des OSI-Berichts „The Situation of Muslims in the UK“ (2002) und leitete die die Forschung der Open Society Foundations über Muslime im Vereinigten Königreich, und war mit der Redaktion und mit Beiträgen zur Publikation „Muslims in the UK: Policies for Engaged Citizens“ (2005) betraut.

Wir möchten allen danken, die bei der Forschung und der Verfassung der einzelnen Monitoring-Berichte eine herausragende Rolle eingenommen haben. Diese Berichte bilden die Grundlage für den vorliegenden Bericht. Jegliche Ansichten sind nicht repräsentativ für die Meinungen der Organisationen, mit denen die einzelnen Personen verbunden oder bei denen sie beschäftigt sind.

Teams Überblick und Stadtberichte

Überblick

Tufyal Choudhury	Wissenschaftler	<i>Leitender Politischer Berater, Projekt „At Home in Europe“; Jura-Dozent, Universität Durham, Vereinigtes Königreich</i>
Miriam McCarthy	Leitende Datenanalystin	<i>Unabhängige Beraterin, London, Vereinigtes Königreich</i>

Amsterdam

Mayke Kaag	Wissenschaftlerin	<i>Zentrum für Afrikastudien, Universität Leiden, Niederlande</i>
Farid Tabarki	Koordinator Interviews und Fokusgruppen	<i>Gründer/Geschäftsführer von Studio Zeitgeist, Amsterdam, Niederlande</i>

Antwerpen

Noel Clycq	Wissenschaftler; Koordinator Interviews und Fokusgruppen	<i>Zentrum für Migration und Interkulturelle Studien, Universität Antwerpen, Belgien</i>
------------	--	--

Berlin

Nina Mühe	Wissenschaftlerin; Koordinatorin Interviews und Fokusgruppen	<i>Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/Oder, Deutschland</i>
-----------	--	---

Kopenhagen

Mustafa Hussain	Wissenschaftler, Koordinator Interviews und Fokusgruppen	<i>Dozent für Soziologie, Universität Roskilde, Dänemark</i>
-----------------	--	--

Hamburg

Andreas Hieronymus	Wissenschaftler, Koordinator Interviews und Fokusgruppen	<i>Institut für Migrations- und Rassismusforschung (IMiR), Hamburg, Deutschland</i>
--------------------	--	---

Leicester

Dilwar Hussain und das Team der Forschungsgruppe Politik	Wissenschaftler, Koordinator Interviews und Fokusgruppen	<i>Zentrum für Politikstudien, Islamische Stiftung, Leicester, Vereinigtes Königreich</i>
--	--	---

Marseille

Françoise Lorcerie, Vincent Geiser	Wissenschaftler, Koordinatoren Interviews und Fokusgruppen	<i>Nationales Zentrum für wissenschaftliche Forschung (CNRS), Institut zur Erforschung der arabischen und muslimischen Welt, Aix- en-Provence, Frankreich</i>
---------------------------------------	--	---

Paris

Valerie Amiraux	Wissenschaftlerin	<i>Professorin für Soziologie, Universität Montreal, Kanada</i>
-----------------	-------------------	---

Çağla Aykaç	Koordinatorin Interviews und Fokusgruppen	<i>Hochschule für Sozialwissenschaften (EHESS), Paris, Frankreich</i>
Isabelle Tanquay	Datenanalystin	<i>Universität Montreal, Kanada</i>
Rotterdam		
Kim Jansen	Wissenschaftlerin	<i>Unabhängige Beraterin, Wissenschaftlerin über Religionssoziologie, Rotterdam, Niederlande</i>
Deniz Gökçe Gemici	Koordinatorin Interviews und Fokusgruppen	<i>Unabhängige Beraterin, Rotterdam, Niederlande</i>
Stockholm		
Elena Dingu-Kyrklund	Wissenschaftlerin	<i>Forschungszentrum für internationale Migration und ethnische Beziehungen (CEIFO), Stockholm, Schweden</i>
Adrián Groglopo	Koordinator Interviews und Fokusgruppen	<i>Soziologische Fakultät, Universität Umeå, Schweden</i>
London (Waltham Forest)		
Myriam Cherti	Wissenschaftlerin	<i>Institut für Politische Forschung (IPPR), London, Vereinigtes Königreich</i>
Nujhat Jahan	Koordinator Interviews und Fokusgruppen	<i>Faith Regen Stiftung, London, Vereinigtes Königreich</i>

Wir danken allen, die in den elf Städten bei den Interviews geholfen sowie Interviewer und Fokusgruppenkoordinatoren bei der Datenerhebung unterstützt haben.

Folgende Personen fungierten als kritische Experten und gaben Anregungen zu den Entwürfen der jeweiligen Berichte:

Elizabeth Collett	<i>Analystin, Europäische Intergration und Citizenship, Europäisches Politikzentrum, Brüssel, Belgien</i>
Professor John Andersen	<i>Professor für urbane Planung und Soziologie, Fakultät für Umwelt, Sozialen und Räumlichen Wandel, Universität von Roskilde, Dänemark</i>
Professor Tariq Modood	<i>Forschungszentrum für Ethnizität und Citizenship, Universität von Bristol, GB</i>
Mohammed Abdul Aziz	<i>Vorsitzender des Europäischen Netzwerks gegen Rassismus (ENAR), Brüssel, Belgien</i>
Rosita Aiesha	<i>Team für politische Planung, Bezirk Camden, London, GB</i>

Open Society Foundations organisierten in den meisten Städten runde Tische, um geladenen Experten die Möglichkeit zu geben, die ersten Entwürfe der jeweiligen Städteberichte zu kommentieren. Die bei dieser Gelegenheit erhaltenen Anregungen sind grundlegend in den vorliegenden Bericht eingeflossen. Wir danken den zahlreichen Teilnehmern, die so großzügig waren, uns ihre Zeit und Expertise anzubieten. Darunter waren Vertreter kommunaler Institutionen, Angehörige von Minderheiten und religiösen Gruppen, zivilgesellschaftliche Organisationen, sowie Experten. Weiterhin danken wir an dieser Stelle den Organisationen, die als Gastgeber der runden Tische fungierten:

The British Council und die Muslimische Akademie, Berlin	23.März 2009
Fatima Women's Network, Leicester	29.April 2009
RADAR, Rotterdam	18.Mai 2009
Institut für Migrations- und Rassismusforschung (IMiR), Hamburg	4. Juni 2009
Anne-Frank-Stiftung, Amsterdam	16.Juni 2009
Universität von Antwerpen, Antwerpen	30. Juni 2009
Université du Citoyen, Marseille	8. Oktober 2009
Dokumentations- und Beratungszentrum für rassistische Diskriminierung, Kopenhagen	24. November 2009

Open Society Foundations danken außerdem dem Projekt „Our Shared Future“ des British-Council und dessen Mitarbeitern in London für die Unterstützung bei der Organisation der Veranstaltung zur Veröffentlichung des vorliegenden Berichts in London im Dezember 2009.

Das Projekt „At Home in Europe“ trägt die Endverantwortung für den Inhalt des Berichts, einschließlich möglicher Fehler oder Fehldarstellungen

Team von „At Home in Europe“

Nazia Hussain	<i>Leitung</i>
Tufyal Choudhury	<i>Politische Beratung, Open Society Foundations und Juradozent, Universität Durham</i>
Klaus Dik Nielsen	<i>Öffentlichkeitsarbeit</i>
Helene Irving	<i>Programmassistenz</i>
Andrea Gurubi Watterson	<i>Programmleitung</i>
Csilla Tóth	<i>Programmassistenz</i>

Open Society Foundations

Katy Negrin (EUMAP)	<i>Projektmanagement</i>
Miriam Anati (EUMAP)	<i>Öffentlichkeit und Kommunikation</i>
Joost van Beek (EUMAP)	<i>Webmanagement</i>
Sergey Shabanov (EUMAP)	<i>Website</i>

Internationaler wissenschaftlicher Beirat des Projekts „At Home in Eurpoe“

Das Projekt „At Home in Europe“ wurde von einem Beirat begleitet, der sich aus zahlreichen anerkannten europäischen Wissenschaftlern zusammensetzte, die in vielerlei Hinsicht zum Projekt, den Städteberichten und der vorliegenden Übersicht beitragen. Die Open Society Foundations möchten sich bei folgenden Personen herzlich bedanken:

John Andersen	<i>Professor für Stadtplanung und Soziologie, Fakultät für Umwelt, gesellschaftlichen und räumlichen Wandel, Universität Roskilde, Dänemark</i>
---------------	---

- Jocelyne Cesari *Forscherin am CNRS-Paris und Direktorin des Programms „Islam in the West“ der Harvard Universität, USA*
- Tariq Modood *Forscherin am CNRS-Paris und Direktorin des Programms „Islam in the West“ der Harvard Universität, USA*
- Valerie Amiraux *Professorin für Soziologie, Universität von Montreal, Kanada*
- Jan Rath *Professor für Stadtsoziologie und Direktor des Instituts für Migrations- und ethnische Studien (IMES), Universität von Amsterdam, Niederlande*
- Werner Schiffauer *Professor für Vergleichende Kultur- und Sozialanthropologie, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/Oder, Deutschland*
- Christiane Timmerman *Professor für Vergleichende Kultur- und Sozialanthropologie, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/Oder, Deutschland*

Vorwort

Ein zentrales Anliegen der Open Society Foundations (Foundations) ist die Gleichwertigkeit und Chancengleichheit aller Menschen in einer offenen Gesellschaft. Ziel der Arbeit der Foundations ist zum einen die Verringerung der Diskriminierung, insbesondere der Schäden, die Minderheiten durch diskriminierende Behandlung erfahren haben. Ein weiteres Ziel ist die Sicherung der Chancengleichheit für alle durch ihre Einbeziehung in Regierungsprogramme für soziale Integration.

Das Projekt „At Home in Europe“ der Foundations konzentriert sich auf Monitoring- und Lobbyarbeit zur Untersuchung der Situation von Minderheiten in einem sich wandelnden Europa. Durch seine Forschungsarbeit und Interaktion mit Vertretern aus Politik und der Minderheiten selbst deckt dieses Projekt Probleme bei der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Teilhabe von Muslimen und anderen Randgruppen auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene auf.

Ob Bürger oder Einwanderer, hier geboren oder neu zugewandert, Muslime stellen eine wachsende und vielseitige Bevölkerungsgruppe dar, die Europa mit einer seiner größten Herausforderungen konfrontiert: die Garantie gleicher Rechte in einem Umfeld rapide anwachsender Vielfalt. Europa ist kein mono-kultureller und mono-religiöser Kontinent mehr – falls er es je war. Minderheiten und ihre Identitäten als Europäer sind ein wichtiger Bestandteil der politischen Agenda und des Diskurses.

Die Berichte über Muslime in EU-Städten im Rahmen des Projekts „At Home in Europe“ untersuchen die unterschiedlichen politischen Strategien von Städten und Gemeinden bei deren Versuchen eines aktiven Einbezugs ihrer muslimischen Gemeinschaften und deren Bedürfnisse. Durch die Darstellung bewährter praktischer Umsetzungen in ausgewählten westeuropäischen Städten sollen außerdem Art und Tiefe der Auseinandersetzung von Vertretern der Politik mit Muslimen und anderen Minderheiten aufgezeigt werden. Ein grundlegendes Thema ist die aktive Teilhabe muslimischer Gemeinschaften am Abbau von Diskriminierung. Eine weitere wichtige Frage ist, ob die Bedürfnisse spezifischer Gruppen individuell zugeschnittene Politikansätze rechtfertigen, um Chancengleichheit zu erreichen.

Die Städteberichte schließen an die frühere Arbeit der Foundations zum Minderheitenschutz an. Insbesondere das Überwachungs- und Lobbyprogramm der EU berichtet über die Situation von Muslimen in Frankreich, Italien und im Vereinigten Königreich. Diese Studien verdeutlichen den weiteren Forschungsbedarf. Die wenigen bislang erhältlichen Daten über Europas muslimische Bevölkerung gehen auf Zensuskategorien wie ethnische Herkunft oder Geburtsland zurück. Der Mangel an präzisen Daten begrenzt das Potenzial für die Formulierung nuancierter und speziell zugeschnittener politischer Strategien für die wichtigsten Belange von Muslimen. Dies beeinflusst auch die Entwicklung sensibler und ganzheitlicher Integrationspolitik.

Die Berichtsserie „At Home in Europe“ beinhaltet Überblick sowie einzelne Berichte über elf Städte in sieben europäischen Ländern. Die Auswahl der Städte beruht auf einer im Jahr 2006 durchgeführten Literaturanalyse und berücksichtigt Faktoren wie Populationsgröße, Vielfalt und lokale politische Kontexte. Alle elf Berichte wurden von Experten vor Ort verfasst und basieren zum Zweck der komparativen Analyse auf derselben Methodologie.

Jeder Städtebericht beinhaltet detaillierte Empfehlungen, um die Möglichkeiten einer vollständigen Teilhabe und Inklusion von Muslimen zu verbessern, ohne dass diese ihre kulturellen, sprachlichen, religiösen und andere für ihre Identitäten wichtigen Bräuche aufgeben müssen. Diese Empfehlungen, die sich hauptsächlich an spezielle lokale Akteure richten, bilden die Grundlage für die Lobbyarbeit der Foundations.

Dieser Bericht umfasst die komparative Analyse der Daten, die in elf Städten innerhalb von sieben EU-Ländern erhoben wurden. Er zeigt allgemeine Trends und spricht Empfehlungen auf internationaler Ebene aus, darunter für die Europäische Union (EU) und für internationale Organisationen.

Muslime in Europa

Ein Bericht aus elf Städten in der
Europäischen Union

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	14
Definitionen	18
Abkürzungen	21
Zusammenfassung	23
1. Einleitung	32
1.1 Religion und Identität	33
1.2 Struktur des Berichts	33
1.3 Methodologie	35
2. Politischer Kontext	39
2.1 Befragungen	40
2.1.1 Einstellungen gegenüber Muslimen	40
2.2 Europäische Union	42
2.2.1 Integration von Zuwanderern	43
2.2.2 Diskriminierung	55
2.2.3 Beschäftigung und soziale Inklusion	58
2.2.4 Bildung	60
2.2.5 Interkultureller Dialog	61
2.2.6 Stadtpolitik	62
2.2.7 Charta der Grundrechte der EU	63
2.2.8 Terrorismusbekämpfung	63
3. Zugehörigkeit, Diskriminierung und Interaktionen	66
3.1 Kohäsion	66
3.2 Zugehörigkeit	77
3.3 Diskriminierung	89
3.4 Interaktionen	99
3.5 Wichtigste Erkenntnisse	101
4. Bildung	103
4.1 Datenerhebung	103
4.2 Ethnizität und Religion als Sozialkapital	105
4.3 Vorschulerziehung	106
4.4 Einteilung und Prüfungen	107
4.5. Segregation	109
4.6 Sprachkompetenz	110
4.7 Erwartungen und Ehrgeiz	111
4.8 Diskriminierung	113
4.9 Identitäten wertschätzen und achten	114

4.10	Die Rolle der Eltern	118
4.11	Wichtigste Erkenntnisse	120
5.	Arbeit und Beschäftigung	122
5.1	Teilhabe am Arbeitsmarkt	122
5.2	Arbeitslosenquoten	124
5.3	Armut	125
5.4	Erklärung der Benachteiligung am Arbeitsmarkt: Humankapital	126
5.5	Soziale Netzwerke und Sozialkapital	129
5.6	Sprachkompetenz	131
5.7.	Ethnisch bedingte Benachteiligung	131
5.8	Religiös bedingte Benachteiligung	133
5.9	Diskriminierung	134
5.10	Muslimische Frauen und Beschäftigung	142
5.11	Maßnahmen zur Unterstützung der Teilhabe am Arbeitsmarkt	143
5.12	Wichtigste Erkenntnisse	147
6.	Stadtteil und Wohnungswesen	148
6.1	Unterschied zwischen Bezirk und Stadtteil	148
6.2	Historische muslimische Siedlungsmuster	149
6.3.	Ausgrenzung in den Städten und Bezirke mit hohem muslimischen Bevölkerungsanteil	151
6.4	Wohnverhältnisse	153
6.5	Zufriedenheit mit Besitz und Wohnverhältnissen im Rahmen der Foundations-Befragung	156
6.6	Diskriminierung beim Zugang zu Wohnraum	160
6.7	Dauer der Anwohnerschaft im Bezirk und Zufriedenheit	163
6.8	Zufriedenheit mit dem Stadtteil	164
6.9	Geburtsort und Geschlechterunterschiede	164
6.10	Muslimische und nicht-muslimische Befragte	165
6.11	Kulturelle Vielfalt in den Befragungsgebieten	165
6.12	Diversifikation im Wohnungswesen bei der Stadterneuerung	166
6.13	Wichtigste Erkenntnisse	169
7.	Gesundheitswesen	170
7.1	Gesundheitszustand	170
7.2	Auswirkungen chronischer und langfristiger Erkrankung	172
7.3	Religionszugehörigkeit und Gesundheit	173
7.4	Zufriedenheit mit dem Gesundheitswesen	174

7.5	Achtung religiöser Bedürfnisse im Gesundheitswesen	176
7.6	Halal-Mahlzeiten	177
7.7	Seelsorgerische Dienste	178
7.8	Kommunikation mit älteren Migranten	180
7.9	Gesundheitsberatung	181
7.10	Diskriminierung und ungerechte Behandlung	182
7.11	Zugang zum Gesundheitssystem	184
7.12	Altenpflege	187
7.13	Wichtigste Erkenntnisse	188
8.	Polizei und Sicherheit	189
8.1	Gewalt und Hassverbrechen	189
8.2	Vertrauen gegenüber der Polizei	190
8.3	Zufriedenheit mit der Polizeiarbeit	196
8.4	Diskriminierung	197
8.5	Engagement von Polizei und Gemeinschaft	206
8.6	Ethnische Vielfalt bei der Polizei	208
8.7	Wichtigste Erkenntnisse	210
9.	Bürgerschaftliche und politische Beteiligung	212
9.1	Wahlrecht	212
9.2	Wahlverhalten	214
9.3	Wahlkandidatur	216
9.4	Weitere Formen politischer Teilhabe	219
9.5	Die Wahrnehmung von Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten	219
9.6	Vertrauen in politische Institutionen	223
9.7	Bürgerschaftliches Engagement	229
9.8	Rolle muslimischer Organisationen bei bürgerschaftlicher und politischer Teilhabe	234
9.9	Wichtigste Erkenntnisse	237
10.	Medien	238
10.1	Darstellung von Muslimen in den Medien	238
10.2	Lokale und landesweite Medien	241
10.3	Folgen der Medienberichterstattung über Muslime	242
10.4	Reaktionen auf die Berichterstattung über Muslime	243
10.5	Medienproduktion	244
10.6	Erhöhung der ethnischen Vielfalt in den Medien	246
10.7	Wichtigste Erkenntnisse	246
11.	Empfehlungen	247

An Entscheidungsträger der Europäischen Union	247
11.1 Anerkennen, dass Religion für Muslime kein Integrationshemmnis ist	247
11.2 Verstärkte Anstrengungen bei der Bekämpfung von Diskriminierung	248
11.3 Verbesserung und Reform der Integrations- und Minderheitenpolitik	249
11.4. Vielfalt und Diskriminierung am Arbeitsplatz begegnen	251
11.5 Verbesserter Zugang zu Bildung und besserer Umgang mit Vielfalt in der Schüler- und Studentenschaft	252
An nationale und kommunale Entscheidungsträger	253
11.6 Verstärktes Bewusstsein über Diskriminierung	253
11.7 Vorteile und Herausforderungen ethnisch gemischter Stadtteile anerkennen	253
11.8 Muslimische zivilgesellschaftliche Körperschaften als rechtmäßige Beteiligte bei der Konsultation und Einbeziehung der Community anerkennen	254
11.9 Die Reform der Definitionen von Staatsangehörigkeit und Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger erwägen	254
11.10 Kontaktmöglichkeiten fördern	255
11.11 Inklusive bürgerliche Identität entwickeln und fördern	255
11.12 Einbeziehung der Gemeinschaften zur Sensibilisierung über deren Rechte	256
Anhang 1. Bibliografie	257
Anhang 2. Weitere Foundations-Tabellen	274
Anhang 3. Fragebogen	341
Anhang 4. Tabellenübersicht (Gesamt)	368

Definitionen

Diskriminierung: Der Begriff Diskriminierung wird in diesem Bericht durchgängig verwendet. Er schließt auch Belästigung sowie indirekte Diskriminierung mit ein. Artikel 1 und 2 der EU-Richtlinie zu Rassismus verbieten ausdrücklich sowohl „direkte“ als auch „indirekte“ Diskriminierung. Um direkte Diskriminierung handelt es sich, wenn „eine Person aufgrund ihrer nationalen oder ethnischen Herkunft weniger vorteilhaft als eine andere Person in einer vergleichbaren Situation behandelt wird, wurde oder würde“. Der Richtlinie zufolge handelt es sich um indirekte Diskriminierung, wenn „eine scheinbar neutrale Maßnahme, ein Kriterium oder eine Praxis Personen einer bestimmten nationalen oder ethnischen Herkunft im Vergleich zu anderen Personen spezifisch benachteiligen würden, es sei denn diese Maßnahme, dieses Kriterium oder diese Praxis ist aufgrund eines legitimen Ziels objektiv gerechtfertigt, und die Mittel zur Erlangung dieses Ziels sind angemessen und notwendig“.

Ethnisches oder rassistisches Profiling: Beschreibt eine Praxis, bei der Vollzugsbeamte ethnische, religiöse oder nationale Herkunft statt individuelles Verhalten als Verdachtsgrundlage für die Beteiligung an kriminellen Aktivitäten heranziehen.

Ethnizität: Zugehörigkeit zu einer Gruppe, die Sprache, kulturelle Praktiken, Religionszugehörigkeit oder gemeinschaftliche Identität aufgrund einer gemeinsamen Geschichte teilt.

Geboren innerhalb der EU: Der Bericht unterscheidet zwischen Teilnehmern, die im Ausland oder innerhalb des jeweiligen EU-Landes geboren wurden. Dementsprechend würde ein in Polen geborener Studienteilnehmer in Paris als im Ausland gebürtig eingestuft werden.

Belästigung ist ein Verhalten, welches „eine einschüchternde, feindliche, entwürdigende, demütigende oder beleidigende Atmosphäre schafft“.

Integration: Die Definition, welche in diesem Bericht Anwendung findet, ist ein „dynamischer, in beide Richtungen gehender Prozess des gegenseitigen Entgegenkommens aller Einwanderer und aller in den Mitgliedstaaten ansässigen Personen“, wie sie in den Gemeinsamen Grundprinzipien (GGP) erklärt wurde. In den Erläuterungen zu den Gemeinsamen Grundprinzipien der EU zu Integration 2004 ist Integration bzw. „Eingliederung ist ein dynamischer, langfristiger und anhaltender in beide Richtungen gehender Prozess des gegenseitigen Entgegenkommens; sie ist kein statisches Ergebnis. Sie erfordert die Beteiligung nicht nur der Einwanderer und ihrer Nachkommen, sondern auch aller Ansässigen. Der Eingliederungsprozess impliziert, dass die Einwanderer, sowohl Männer als auch Frauen, die alle gegenüber ihrem neuen Aufenthaltsstaat Rechte und Obliegenheiten haben, sich anpassen. Ferner erfordert sie die Mitwirkung der Aufnahmegesellschaft, die Gelegenheiten für eine uneingeschränkte wirtschaftliche, soziale, kulturelle und politische Teilhabe der

Einwanderer schaffen sollte. Dementsprechend wird den Mitgliedstaaten nahe gelegt, sowohl die Einwanderer als auch die eigenen Staatsangehörigen in der Eingliederungspolitik zu berücksichtigen und darin einzubinden und sie deutlich darauf hinzuweisen, worin ihre gegenseitigen Rechte und Obliegenheiten bestehen.“

Islamophobie: Irrationale Feindseligkeit, Angst und Hass gegenüber dem Islam, Muslimen und der islamischen Kultur, sowie aktive Diskriminierung von einzelnen, dieser Gruppe Zugehörigen oder der Gruppe in ihrer Gesamtheit.

Marginalisiert: Marginalisierte Gruppen können Teil einer ethnischen Minderheit und eine Unterkategorie von Minderheitengruppen sein. Sie können ebenso dadurch charakterisiert und von anderen Gruppen unterschieden werden, dass sie unter sozial-ökonomischer Benachteiligung und einer machtlosen Position innerhalb der Gesellschaft oder einer Gruppe leiden. Dieser Bericht definiert marginalisierte Gruppen als solche, die soziale Exklusion erfahren, sowohl als Teil einer Minderheits- als auch der Mehrheitsgruppe innerhalb der Gesellschaft.

Migrant: Die Definition der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) beschreibt diesen als eine „Person, die zeitweise oder permanent in ein Land gezogen ist, wo er oder sie nicht geboren ist, **und** bedeutsame soziale Bindungen in diesem Land aufgebaut hat.“ Dies bezieht Studenten und Schüler ebenso mit ein wie Kinder und abhängige Familienmitglieder. Asylbewerber, Flüchtlinge und staatenlose Personen gehören nicht mit dazu. In einigen Ländern bezieht sich der Begriff „Migrant“ jedoch auch auf diejenigen, die in dem Land geboren wurden, in das ihre Eltern eingewandert sind.

Minderheit: In internationalem Recht gibt es keine einheitliche Definition dieses Begriffs. Einige Länder definieren eine Minderheit so wie sie durch nationales Recht anerkannt ist. In diesem Bericht bezieht sich der Begriff auf ethnische und religiöse Gruppen, die nicht zur dominierenden Gruppe in der Gesellschaft gehören.

Muslime: Diese Gruppe ist vielfältig, und obwohl es ein gemeinsames Glaubenssystem und möglicherweise gemeinsame Erfahrungen als Muslime gibt, beruft sich dieser Bericht auf die Selbstdefinition der muslimischen Befragten als Muslime. Darüber hinaus schließt dieser Begriff auch Muslime ein, die sich selbst mehr in einem kulturellen als einem religiösen Zusammenhang sehen.

Staatsangehörigkeit: Land, dessen Staatsbürgerschaft getragen wird.

Nicht-Muslime: Innerhalb der Zielsetzung dieses Berichts ist ein Nicht-Muslime jeder, der sich selbst nicht als dem islamischen Glauben zugehörig definiert.

Rasse: Der Begriff „Rasse“ wird im Zusammenhang mit rassistischer Diskriminierung verwendet. Von rassistisch motivierter Diskriminierung wird gesprochen, wenn Menschen aufgrund ihrer zugeschriebenen Gruppenzugehörigkeit diskriminiert werden, die durch äußerliche Merkmale wie Hautfarbe, Haarfarbe oder physische Erscheinung festgelegt wird. Die Verwendung des Begriffs Rasse in diesem Bericht

bedeutet nicht, dass die Existenz unterschiedlicher menschlicher Rassen tatsächlich angenommen wird.

Rassismus: Wo immer der Begriff „Rassismus“ in diesem Bericht auftaucht, wird er als „rassistische Diskriminierung“ definiert, welche nach der UN Konvention zur Beseitigung aller Formen von rassistischer Diskriminierung „jegliche Unterscheidung, Exklusion, Restriktion oder Bevorzugung beschreibt, welche auf Rasse, Farbe, Abstammung oder nationaler oder ethnischer Herkunft basieren, die das Ziel oder die Folge haben, die gleichberechtigte Anerkennung, den Genuss oder die Ausübung von Menschenrechten und grundlegenden Freiheiten im politischen, wirtschaftlichen, sozialen oder kulturellen oder irgendeinem anderen Bereich des öffentlichen Lebens aufzuheben oder zu beschneiden.“ Rassistische Diskriminierung kann sich ebenfalls auf Markierungen sichtbares Anderssein aufgrund von Zugehörigkeit zu einer kulturellen Gruppe beziehen.

Soziale Inklusion: Die Bereitstellung und Förderung gleicher Rechte und gleichen Zugangs zu den Bereichen Bildung, Beschäftigung und Entscheidungsfindung. Die Überwindung von Diskriminierung ist in politischen Maßnahmen und Praktiken zur Realisierung von Inklusion implizit enthalten.

Drittstaatsangehöriger: Eine Person, die nicht Staatsangehörige eines EU-Mitgliedstaates ist.

Abkürzungen

BHD	British Hajj Delegation (Britische Hadsch-Delegation)
BME	Black, Minority and Ethnic (Schwarz, Minderheit und Ethnizität)
GGP	Gemeinsame Grundprinzipien
CCPNC	Conseil de la citoyenneté des Parisiens non communautaires (Staatsbürgerschaftlicher Rat nicht-europäischer Pariser)
CLIP	Cities for Local Integration Policy (Städte für lokale Integrationspolitik)
CREAM	Curriculum Reflecting the Experiences of African Caribbean and Muslim Pupils (Lehrplan über die Erfahrungen afro-karibischer und muslimischer Schüler)
GD	Generaldirektion
DP	Development Partnership (Entwicklungspartnerschaft)
ECRI	European Commission on Racism and Intolerance (Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz)
EEO	Equal Educational Opportunities (Gleiche Bildungschancen)
EBS	Europäische Beschäftigungsstrategie
EPPE	Effective Provision of Pre-School Education (Effektives Angebot von Vorschulunterricht)
EU	Europäische Union
EU-MIDIS	European Union Minorities and Discrimination Survey (EU-Erhebung zu Minderheiten und zur Diskriminierung)
FRA	Fundamental Rights Agency (Agentur der Europäischen Union für Grundrechte)
JHA	Justice and Home Affairs Council (Rat für Justiz und Inneres)
JLS	Justice, Liberty and Security (Gerechtigkeit, Freiheit und Sicherheit)
MJD	Muslimische Jugend in Deutschland

NKS	Nationale Kontaktstelle
NRO	Nichtregierungsorganisation
PAGRI	Police Advisory Group on Racial Incidents (Ausschuss der Polizei zu rassistisch motivierten Vorfällen)
PCSO	Police and Community Support Officers (Beamte für die Unterstützung von Polizei und Communities)
SDSA	Schools Development Support Agency (Agentur zur Unterstützung der Entwicklung von Schulen)
DSA	Drittstaatsangehöriger
EUV	Gründungsvertrag der Europäischen Gemeinschaft
AEU	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
YIAG	Youth Independent Advisory Group (Unabhängige Beratungsgruppe der Jugend)

Zusammenfassung

Schätzungen zufolge leben etwa 15 bis 20 Millionen Muslime in der Europäischen Union. Es wird erwartet, dass sich diese Zahl bis zum Jahr 2025 verdoppelt. Muslime in Europa stellen eine vielseitige Bevölkerungsgruppe dar, von EU-Bürgern bis zu neu Zugewanderten. Die Mehrheit lebt in den Hauptstädten oder in großen Industriestädten. Obwohl die Mehrheit der Muslime schon lange Bestandteil des jeweiligen Stadtbildes sind, erfahren viele von ihnen dennoch Diskriminierung sowie soziale und wirtschaftliche Nachteile. Außerdem stehen Muslime in Europa heute unter erhöhtem Verdacht und Beobachtung. Diese komplexe Situation stellt Europa vor eine seiner größten Herausforderungen: Wie können in einem Umfeld politischer Anspannung, wirtschaftlicher Unsicherheit und rapide wachsender Vielfalt wirksam Gleichberechtigung und soziale Kohäsion garantiert werden?

Über Europas Muslime und andere Minderheiten sind nur wenige Daten verfügbar. Die bestehenden Daten werden von Angaben zu Ethnie und Geburtsland abgeleitet, was lediglich einen begrenzten Einblick in Leben, Erfahrungen und Bedürfnisse von Muslimen in Europa ermöglicht.

Die zunehmend sichtbare ethnische, religiöse und kulturelle Vielfalt Westeuropas hat Diskussionen über soziale Kohäsion und Integration angefacht, in denen Muslime oft im Mittelpunkt stehen. Auf europäischer, nationaler und lokaler Ebene werden politische Strategien zur Unterstützung von Integration und Förderung der Kohäsion entwickelt. Die Europäische Union beschreibt Integration als einen wechselseitigen, sich in zwei Richtungen bewegenden Prozess. Dieser Bericht konzentriert sich auf die politischen Ansätze auf kommunaler Ebene, im Kontext nationaler und europäischer Interpretationen des Integrationskonzepts, und wie sich diese auf den Alltag von Muslimen und Nicht-Muslimen in Europa auswirken.

Insgesamt kommen die Menschen unterschiedlicher Herkunft in den elf von Foundations im Bericht untersuchten Städten laut eigenen Aussagen gut miteinander aus und sind bereit, sich gegenseitig zu helfen. Dennoch ist sowohl die Mehrheit der Muslime als auch Nicht-Muslime der Ansicht, dass ähnliche Wertvorstellungen ein wichtiger Bestandteil des Zugehörigkeitsgefühls zu einem Land sind, wobei die Mehrheit nicht die Auffassung vertrat, dass die Menschen in ihrem Stadtteil die gleichen Werte teilten. Muslime benannten die Achtung der Religion als wichtigeren nationalen Wert als Nicht-Muslime. Diese Ergebnisse zeigen ein komplexes Bild und deuten an, dass eine Wahrnehmung gemeinsamer nationaler Werte für Menschen unterschiedlicher Herkunft nicht so wichtig ist wie Vertrauen und die Bereitschaft, Nachbarn zu helfen.

Bei Muslimen ist das Zugehörigkeitsgefühl zu ihrem Stadtteil oder ihrer Stadt stärker als das zur Nation. Bei Nicht-Muslimen ist das nationale Zugehörigkeitsgefühl stärker ausgeprägt als (oder genau so stark wie) das Zugehörigkeitsgefühl zu einer Stadt oder einer Gemeinschaft. Die Hälfte der Muslime, die sich kulturell mit ihrem Land

identifizierten (die sich beispielsweise als Belgier, Franzosen oder Niederländer usw. betrachten), hatten nicht den Eindruck, dass sie von anderen in gleicher Weise betrachtet zu werden. Die kulturelle Identifikation stieg mit der Integration in anderen Bereichen wie Arbeit oder Bildung. Muslime mit sichtbaren Zeichen ihrer religiösen Identität unterschieden sich nicht von anderen Muslimen in Bezug auf ihre kulturelle Identifikation, Zugehörigkeitsgefühl oder Grad des Vertrauens.

Die Foundations-Studie legt nahe, dass religiös motivierte Diskriminierung von Muslimen weiterhin eine entscheidende Barriere zu ihrer vollständigen und gleichberechtigten Teilhabe in der Gesellschaft darstellt. Die Erkenntnisse dieses Berichts entsprechen denen anderer Studien und weisen darauf hin, dass die religiöse Diskriminierung in Bezug auf Muslime verbreitet ist und innerhalb der letzten fünf Jahre anstieg. In Europa geborene Muslime, insbesondere Frauen, empfanden eher, stärkere religiöse Diskriminierung zu erfahren als außerhalb der EU geborene Muslimas. In Europa geborene muslimische Männer erfahren die Polizei als Hauptquelle unfairer Behandlung und Diskriminierung. Bei Muslimen beeinflusst die Hartnäckigkeit der Diskriminierung und Vorurteile ihr Empfinden des nationalen Zugehörigkeitsgefühls.

Foundations stellten ein bedeutsames Ausmaß an Interaktion zwischen Menschen unterschiedlicher Hintergründe fest, insbesondere in Europa geborene Muslime berichteten am meisten davon. Häufige Kontakte bestanden bei der Arbeit, in Schulen, Geschäften, an öffentlichen Orten wie in Verkehrsmitteln oder Parks, sowie (noch überraschender) zu Hause. Die Mehrheit in Europa geborener Muslimas (51%) hatten häufig zu Hause Kontakt zu Menschen anderer ethnischer Gruppen.

Diese Ergebnisse widersprechen der Ansicht, dass Muslime in Parallelgesellschaften oder segregierten Lebenswelten leben oder kein Zugehörigkeitsgefühl zur oder keine Verbundenheit mit der Stadt oder dem Land empfinden, in dem sie leben. Die Ergebnisse legen nahe, dass Diskriminierung weiterhin eine entscheidende Barriere zu Zugehörigkeit darstellt, die jedoch viele Menschen überwinden.

Das Bild im Bereich der Bildungserfolge von Minderheiten ist gemischt. In einigen Ländern schneiden Minderheiten gut ab, sobald der sozioökonomische Hintergrund berücksichtigt wird. Bei manchen Muslimen hat Religion eine wichtige Rolle bei der Unterstützung und Förderung der Bildung inne. Die elterliche Unterstützung, insbesondere in jungen Jahren, ist ein entscheidender Faktor für die späteren schulischen Leistungen. In allen Städten wird die Bedeutung der vorschulischen Erziehung zunehmend erkannt, welche sicherstellt, dass Kinder von Minderheiten oder mit anderem benachteiligten Hintergrund nicht unvorbereitet eingeschult werden. Es bestehen zunehmend Belege, dass Bildungssysteme, die Kinder zu früh in unterschiedliche Schulzüge einordnen, junge Menschen aus Minderheiten benachteiligen, die mehr Zeit benötigen, ihre sprachlichen Kompetenzen zu entwickeln, um im Unterricht zu glänzen.

Ein Wunsch nach mehr ethnisch gemischten Schulen wurde in den Fokusgruppen-gesprächen mit muslimischen Eltern in allen Städten geäußert. Eltern sorgen sich um den nachteiligen Effekt der Segregation auf die Ausbildung ihrer Kinder und deren Zukunftschancen. Die Politik muss Wege finden, Segregation zu überwinden; Wege, die aus einer Mischung von wohnsitzbezogenen Siedlungsstrukturen, elterlichen Vorzügen und Auswahl der Schule hervorgehen.

Einige muslimische Schüler leiden nach wie vor unter Rassismus und Vorurteilen in der Schule und sind mit niedrigen Erwartungshaltungen von Seiten der Lehrkräfte konfrontiert. Lehrkräfte benötigen entsprechende Weiterbildung und Unterstützung, um sicherzustellen, dass sie in zunehmend gemischten Klassen, ethnisch und religiös, zurechtkommen.

Die Siedlungsstruktur der Mehrheit der Muslimen in den elf Städten der Foundations-Studie spiegelt die Art des Migrationsprozesses in ihrem Land wider. Arbeiter und ihre Familien ließen sich hauptsächlich in ärmeren Bezirken großer Industriestädte nieder. Diese geographische Konzentration führte zu Netzwerken der Unterstützung und der Entwicklung von Waren und Dienstleistungen, um kulturellen Bedürfnisse zu befriedigen.

Die Foundations-Studie zeigt jedoch, dass die meisten Muslime in gemischten Gemeinschaften leben möchten, was der Behauptung widerspricht, dass die geographische Konzentration von Muslimen ihren Wunsch widerspiegelt, unter ihresgleichen zu leben. Diskriminierung im Wohnungswesen schlägt vielen Muslimen entgegen und begrenzt ihre Wahlmöglichkeiten. Entscheidungsträger müssen Wege finden, Bereiche zu unterhalten, die ethnisch und religiös gemischt sind, und um sicherzustellen, dass Muslime frei von Diskriminierung und Vorurteilen wählen können, wo sie in einer Stadt wohnen möchten.

Muslimen werden nicht in den Arbeitsmarkt der Mehrheitsgesellschaft integriert. Sie sind mit höheren Arbeitslosenquoten und höheren Armutquoten als die Gesamtbevölkerung konfrontiert. Diejenigen mit Beschäftigung befinden sich häufig in geringfügig oder schlecht bezahlten Anstellungsverhältnissen, was ein höheres Risiko beinhaltet, arbeitslos zu werden. Schlecht bezahlte Anstellungsverhältnisse führen zudem zu einer segregierten oder parallelen Arbeitswelt.

Das Humankapital hat einen Anteil bei dieser Benachteiligung bei der Beschäftigung. Weitere Faktoren sind der Mangel an sozialen Netzwerken, fehlendes Wissen über den Arbeitsmarkt und mangelnde Sprachkenntnisse. Einige Muslime, insbesondere Frauen, die ein Kopftuch tragen, sind auf dem Arbeitsmarkt doppelt mit Nachteilen konfrontiert, aufgrund ihrer Ethnizität und aufgrund ihrer Religion. Muslimen werden außerdem kulturell durch kulturelle Vorzüge in Bezug auf Familie und Kindererziehung beeinflusst. In den elf Städten werden unterschiedliche Maßnahmen ergriffen, um Unterstützung in Bezug auf die Teilhabe am Arbeitsmarkt zu leisten. Dazu gehört auch die Zusammenarbeit mit muslimischen Gemeinschaften, um sicherzustellen, dass Informationen und Ratschläge diejenigen erreichen, die am

weitesten vom Arbeitsmarkt entfernt sind. Einige Städte ergreifen in ihrer Funktion als große Arbeitgeber Maßnahmen, um sicherzustellen, dass ihre Mitarbeiter eine Widerspiegelung der Vielfalt der örtlichen Bevölkerung aufweist.

Der Grad der Zufriedenheit im Gesundheitswesen bei der individuellen Versorgung ist hoch. Nur wenige Teilnehmer berichteten von Diskriminierung oder unfairer Behandlung. Die meisten Befragten waren der Ansicht, dass Ärzte und Krankenhäuser die Bedürfnisse der Menschen unterschiedlicher Glaubensrichtungen respektieren. Einige Themen müssen dennoch weiterhin angegangen werden, insbesondere das Angebot von Halal-Mahlzeiten und, wo Krankenhäuser Seelsorge anbieten, die Bereitstellung eines Imams. Für viele Muslime ist die Nachfrage nach entsprechenden Pflegeeinrichtungen für alternde Migranten der ersten Generation zunehmend ein Grund zur Sorge. In allen Städten finden sich Beispiele für effektive Dienstleistung und Angebote, welche die kulturellen und religiösen Bedürfnisse von Muslimen berücksichtigen.

Wichtig ist, die genaue Anzeige und Dokumentation von Hassverbrechen sicherzustellen. Das hohe Vertrauen in die Polizei bietet eine gute Basis für die Entwicklung neuer Initiativen zur besseren Dokumentation. Allerdings muss erkannt werden, dass dieses insgesamt hohe Vertrauen in die Polizei neben einem niedrigen Vertrauen unter jungen, in Europa geborenen muslimischen Männern besteht. Diese erfahren den Großteil der Diskriminierung und unfairer Behandlung von Seiten der Polizei. Die Situation in Marseille legt nahe, dass sich mit der Zeit selbst die komplexesten und angespanntesten Beziehungen zwischen Polizei und Community verbessern können. Einige Städte entwickeln einflussreiche Wege zur Verbesserung des Kontakts zu den Communities, sowie wirksame Strategien zur Rekrutierung von Polizisten aus der Community der Minderheiten.

Die enorme Prüfung von Muslimen vonseiten der Medien in mehreren europäischen Ländern umfasste die negative Verstärkung von Stereotypen und Vorurteilen. Muslime sind sich, auch den Erkenntnissen dieser Studie zufolge, über die Unterschiede zwischen Ansatz und Agenda der unterschiedlichen Medienorganisationen bewusst. Die generell negative Berichterstattung war Anstoß für Einzelpersonen, Zivilgesellschaft und öffentlichen Einrichtungen, sich an den Diskussionen in den Medien mehr zu beteiligen und sich auf die Notwendigkeit zu konzentrieren, in der Medienwelt tätige Muslime zu ermutigen und zu unterstützen.

In der Foundations-Studie werden einige ermutigende Trends aufgezeigt sowie die ständige Herausforderung, politische und zivilgesellschaftliche Teilhabe von Muslimen sicherzustellen.

Viele Muslime ohne europäische Staatsangehörigkeit bleiben ausgegrenzt, insbesondere in Deutschland und Frankreich, wo sie an Kommunalwahlen nicht teil nehmen dürfen, obwohl manche von ihnen seit Jahren dort leben. Diejenigen, die an Wahlen teilnehmen, haben eher das Gefühl, in ihrer Stadt etwas bewirken zu können, als solche, die nicht an wählen. Muslimische Wähler haben jedoch weniger als nicht-

muslimische den Eindruck, Entscheidungen in Bezug auf ihre Stadt beeinflussen zu können. Gebildete junge Muslime, die stärker mit den politischen Institutionen vertraut sind, haben größeres Vertrauen in deren Fähigkeit, lokal etwas zu bewirken, als die älteren Generationen. Muslime sind in großen politischen Parteien aktiv. Parteien, die sich über eine religiöse oder ethnische Identität definieren, haben keine Unterstützung von Muslimen verzeichnen können. Immer mehr Muslime lassen sich als Kandidaten für politische Ämter aufstellen. Aufgrund ihres ethnischen oder religiösen Hintergrunds sind sie jedoch einer stärkeren Prüfung und Fragen ausgesetzt.

Muslime und Nicht-Muslime haben ähnliche Ansichten in Bezug auf den Grad des Vertrauens in ihre jeweiligen Stadt- und Gemeinderäte und Verwaltungen. Das Vertrauen in kommunale politische Institutionen ist höher als in Institutionen auf nationaler Ebene. Der Grad des Vertrauens von Muslimen und Nicht-Muslimen in Parlamente unterscheidet sich jedoch signifikant und sollte Grund zu Sorge sein.

Die Mehrheit der muslimischen und nicht-muslimischen Teilnehmer engagiert sich in gemischten ethnischen und religiösen Organisationen. Die Foundations-Studie fand zahlreiche positive, von Behörden ergriffene Initiativen auf kommunaler Ebene, die auf die Einbeziehung von ethnischen und religiösen Organisationen in ihrer Stadt abzielten. Diese Initiativen könnten auch für ein auffälliges Ergebnis der Studie verantwortlich sein: Befragte, die sich in Organisationen mit einheitlicher Ethnizität beziehungsweise Religion engagieren, weisen eine höhere Wahrscheinlichkeit auf, ihren Stadt- und Gemeinderäten zu vertrauen als diejenigen, die sich in gemischten Organisationen engagieren. Bei der Einbeziehung muslimischer zivilgesellschaftlicher Organisationen müssen politische Entscheidungsträger und Fachleute sicherstellen, dass auch Frauen, Jugendliche und andere mit eingeschlossen werden, die eventuell von ihren bestehenden Organisationen der Gemeinschaft marginalisiert werden.

Empfehlungen

Auf Grundlage der Ergebnisse dieser Studie entwickelte das Projekt „At Home in Europe“ eine umfassende Reihe von Empfehlungen für politische Entscheidungsträger auf europäischer, nationaler und kommunaler Ebene. Nachfolgend eine Zusammenfassung der Empfehlungen. Die vollständige Aufstellung folgt am Ende des Berichts. Diese Empfehlungen bieten erste Schritte und Gedankenanstöße, um das Vertrauen zwischen muslimischen und nicht-muslimischen Gemeinschaften zu stärken sowie deren Fähigkeit für die Zusammenarbeit zur gemeinsamen Erreichung gemeinsamer Ziele.

An Entscheidungsträger der Europäischen Union

Erhöhung der Anstrengungen zur Bekämpfung von Diskriminierung

- Entscheidungsträger sollten die Gleichbehandlung fördern, welche Diskriminierung aufgrund der Religion und des Glaubens im Bildungs- und Wohnungswesen sowie bei staatlichen Dienstleistungen betrifft.
- Gleichbehandlungsstellen sollten das Mandat erhalten, gute Beziehungen zwischen den Communities zu fördern.
- Die Europäische Kommission und der Europäische Rat sollten Richtlinien für nationale Datenschutzkommissionen bereitstellen, um Schutzmaßnahmen gegen ethnisches und religiöses Profiling zu erstellen.
- Die Europäische Kommission und der Europäische Rat sollten technische Hilfestellungen und Programmfinanzierung nutzen, um die Entwicklung einer anonymen Datenbank unterstützen, die statistische Daten zu Ethnizität und Strafverfolgung erfasst. Diese Daten sind bei der Aufdeckung, Beobachtung und Begegnung von ethnischem Profiling auf nationaler und lokaler Ebene der Mitgliedstaaten unerlässlich.
- Die Europäische Kommission muss finanzielle Unterstützung für Pilotprojekte, Forschung und die Verbreitung bewährter Verfahren zur Anwerbung einer ethnisch vielfältigeren Polizeitruppe bereitstellen.

Verbesserung und Reform der Integrations- und Minderheitenpolitik

- Die Statistikbehörden der EU sollten genaue Daten über Minderheiten erfassen, um evidenzbasierte Politik zur Erleichterung der Integration zu unterstützen und Diskriminierung zu bekämpfen.
- Die EU sollte die Anstrengungen erhöhen, zivilgesellschaftlichen Gruppen und Vertretern der Lokalpolitik den Bekanntheitsgrad der Gemeinsamen Grundprinzipien der EU zur Integration von Zuwanderern zu erhöhen.
- EU-Kulturprogramme sollten eine größere Anerkennung von Muslimen in Bezug auf das gemeinsame Erbe in Europa und deren Beiträge zur europäischen Gesellschaft umfassen sowie vielfältige religiöse und ethnische Identitäten als Gewinn für Europa unterstützen.
- Die EU sollte Integrationsbemühungen als tatsächlich wechselseitigen Prozess behandeln, der sowohl Mehrheitsgesellschaft als auch Communities mit einbezieht.

- Der Europäische Fonds für die Integration von Drittstaatsangehörigen sollte besonderes Augenmerk auf die Förderung von Initiativen in Bezug auf Diversity Training von Angestellten im öffentlichen Dienst legen.
- Der Europarat und andere Organisationen sollten die Forschungsbemühungen fortsetzen und ausweiten und sich dabei die Auswirkungen der Medienberichterstattung über Muslime und deren Einfluss auf die soziale Kohäsion auf lokaler Ebene konzentrieren.

Anerkennen, dass Religion kein Integrationshindernis für Muslime darstellt

- Die EU-Mitgliedstaaten sollten auf die Erkenntnisse der Studie wahrnehmen, dass sich die meisten Menschen von sichtbaren religiösen Symbolen nicht bedroht fühlen. Die EU-Mitgliedstaaten sollten sich stattdessen auf die Diskriminierung, Vorurteile und Stereotypisierung In Bezug auf Menschen konzentrieren, die sichtbare Zeichen ihrer religiösen Identität tragen.

Vielfalt und Diskriminierung am Arbeitsplatz begegnen

- Die Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit der Europäischen Kommission sollte Beispiele bewährter Verfahren von Europas Städten sammeln, um die Vielfalt am Arbeitsplatz zu vergrößern.
- Die EU sollte Stadt- und Gemeinderäte bei der Entwicklung kommunaler Monitoring-Stellen unterstützen, welche Ziele zur verstärkten Beschäftigung von Muslimen und anderen ethnischen Minderheiten sowie der stärkeren wirtschaftlichen Integration entwickeln und auswerten.

Besserer Zugang zu Bildung und besserer Umgang mit Vielfalt der Lernenden

- Die EU sollte sich für die Schaffung eines gemeinsamen Forums einsetzen, in dem Städte Informationen und bewährte Verfahren bei der Sammlung von Daten zur Bildung von Schülern mit Migrationshintergrund austauschen können.
- Die Generaldirektion Bildung und Kultur der Europäischen Kommission sollte Programme und Aktivitäten entwickeln, die es Lehrkräften und Gemeinschaften ermöglichen, Informationen über bewährte Verfahren bei der Nutzung des kulturellen Hintergrunds und der Vielfalt der Schüler zur Verbesserung des Lehrprozesses auszutauschen.

Landes- und Lokalpolitik

Sensibilisierung für Diskriminierung

- Öffentliche Informationskampagnen und landesweite Werbung sollten sicherstellen, dass sich Gesetzgeber, Behörden, weitere Amtsträger und die breite Öffentlichkeit des bestehenden gesetzlichen Schutzes und der Mechanismen in Bezug auf die Rechtshilfe bei Diskriminierung aufgrund von Religion oder Glauben bewusst sind.

Vorteile und Herausforderungen ethnisch gemischter Stadtteile anerkennen

- Politisch Verantwortliche auf nationaler Ebene sollten die in der Foundations-Studie Ergebnisse berücksichtigen, die eine generelle Bevorzugung von gemischten Stadtteilen aufweisen, und sicherstellen, dass die freie Wahl des Wohnorts nicht durch Diskriminierung beeinträchtigt wird. Behörden sollten sich für eine Stadterneuerungspolitik einsetzen, die allen den Zugang zu Wohnraum zusichert und Stadtteile mit ausgewogener ethnischer Mischung.

Anerkennung von muslimischen zivilgesellschaftlichen Organisationen als legitime Beteiligte bei Konsultationen und Engagement vonseiten der Community

- Landesweite und lokale Einbeziehung von muslimischen zivilgesellschaftlichen Organisationen muss die gesamte Vielfalt muslimischer Gemeinschaften anerkennen und erkennen, dass kein einzelner Verband oder eine einzige Organisation diese Vielfalt allein widerspiegeln kann. Wo Zusammenarbeit Vertreter von Stadt und Stadtteilen mit muslimischen Gemeinschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen kooperierten, bestand mehr Vertrauen und ein gesteigertes Integrationsgefühl in der Stadt. Muslimische zivilgesellschaftliche Organisationen sind in der Lage, den Zugang zu Teilen der Community zu unterstützen, welche öffentliche Instanzen ansonsten eventuell nur schwer erreichen, und bieten Informationen und Ratschläge, welche die wirksame und effiziente Umsetzung von Dienstleistungen unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Gemeinschaften vor Ort sicherstellt.

Reformen der Definitionen von Staatsangehörigkeit und Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger in Betracht ziehen

- Wo nötig sollten nationale Entscheidungsträger Reformen des Staatsangehörigkeitsrechts für langfristig im Land lebende Drittstaatsangehörige in Betracht ziehen, so dass die Einbürgerung das gewünschte Ziel der Niederlassung wird (wie dies in den USA, Kanada und Australien der Fall ist). Auch die doppelte Staatsangehörigkeit sollte ermöglicht werden.

- Nationale Entscheidungsträger sollten erwägen, Nicht-Staatsangehörigen das Wahlrecht bei Kommunalwahlen zu erteilen, um Bedenken über die demokratische Rechtmäßigkeit unter Entscheidungsträgern in Gegenden mit großen ausgegrenzten Bevölkerungsgruppen auszuräumen.
- Wenn kein Wahlrecht besteht, sollten Kommunalverwaltungen andere Mechanismen schaffen, die Drittstaatsangehörigen ermöglichen, ihre Meinung zu äußern.

Förderung von Interaktionsmöglichkeiten

- Politische Entscheidungsträger auf kommunaler Ebene sollten dem in den Ergebnissen der Studie geäußerten Wunsch nach mehr Interaktion zwischen unterschiedlichen Gruppen entgegenkommen. Bildung und Beschäftigung sind Schlüsselbereiche zur Schaffung der Kohäsion und eines Zugehörigkeitsgefühls einer ethnisch vielfältigen Community. Lokalpolitiker müssen Möglichkeiten für mehr Interaktion zwischen ethnischen und religiösen Gruppen in Schulen, Unternehmen und am Arbeitsplatz untersuchen.

Entwicklung und Förderung einer inklusiven staatsbürgerlichen Identität

- Lokalpolitiker sollten kommunale Kampagnen entwickeln, die die gemeinsame und inklusive Stadtidentität als wirksames Mittel betonen, um Kohäsion und Zugehörigkeitsgefühl zu stärken.

Kontakt mit den Gemeinschaften zur Sicherstellung des Bewusstseins in Bezug auf ihre Rechte

- Lokale Entscheidungsträger sowie Vertreter muslimischer und anderer Minderheiten sollten kooperieren, um sicherzustellen, dass sich die Mitglieder ihrer Gemeinschaften der bestehenden rechtlichen Schutzmaßnahmen in Bezug auf Diskriminierung aufgrund von Religion oder Glauben bewusst sind.
- Lokale Entscheidungsträger sowie Vertreter muslimischer und anderer Minderheiten kooperieren, um sicherzustellen, dass die Beschäftigten in öffentlichen Behörden und Unternehmen die Vielfalt ihrer Stadt widerspiegeln.

1. EINLEITUNG

Das Projekt „At Home in Europe: Muslime in Städten der Europäischen Union“ der Open Society Foundations (Foundations) untersucht die Alltagserfahrungen von Muslimen in elf Städten Westeuropas. Die elf Städte, die bei der Untersuchung berücksichtigt wurden, sind: Antwerpen, Amsterdam, Berlin, Hamburg, Kopenhagen, Leicester, London, Marseille, Paris, Rotterdam und Stockholm. Die Studie richtet dabei besonderes Augenmerk auf politische Maßnahmen zur Verbesserung der Integration und der sozialen Eingliederung. Integration wird hier als ein „dynamischer, in beide Richtungen gehender Prozess des gegenseitigen Entgegenkommens aller Einwanderer und aller in den Mitgliedstaaten ansässigen Personen“ definiert.¹ Soziale Eingliederung wird als ergriffene positive Maßnahmen definiert, die die Schaffung und Förderung von Gleichberechtigung im sozioökonomischen Bereich sowie mehr Teilhabe an Entscheidungsprozessen sicherstellen sollen.

Diese Studie befasst sich zwar mit elf Städten in Westeuropa, konzentriert sich jedoch auf ausgesuchte Bezirke innerhalb der jeweiligen Stadt.² Die gezielte Untersuchung von Initiativen auf lokaler Ebene erlaubt eine genauere Betrachtung der Interaktionen zwischen Anwohnern, Verwaltung und politischen Entscheidungsträgern in den Regionen, in denen Muslime einen höheren Bevölkerungsanteil ausmachen als in der Stadt oder dem Bundesland insgesamt. Durch die Untersuchung auf lokaler Ebene kann zudem untersucht werden, ob die Konzentration muslimischer Anwohner auf Stadtteil- oder Bezirksebene zur Entwicklung praktischer Lösungen in der Sozialpolitik geführt hat, welche die Bedürfnisse und Sichtweisen der (ansässigen) Muslime mit berücksichtigt.

¹ Rat der Europäischen Union, Gemeinsame Grundprinzipien für die Politik der Integration von Einwanderern in der Europäischen Union, 2004, einzusehen unter http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/jha/82862.pdf (Zugriff am 13.11.2010) In der Erklärung zu den GGP heißt es: „Die Eingliederung ist ein dynamischer, langfristiger und anhaltender in beide Richtungen gehender Prozess des gegenseitigen Entgegenkommens; sie ist kein statisches Ergebnis. Sie erfordert die Beteiligung nicht nur der Einwanderer und ihrer Nachkommen, sondern auch aller Ansässigen. Der Eingliederungsprozess impliziert, dass die Einwanderer, sowohl Männer als auch Frauen, die alle gegenüber ihrem neuen Aufenthaltsstaat Rechte und Obliegenheiten haben, sich anpassen. Ferner erfordert sie die Mitwirkung der Aufnahmegesellschaft, die Gelegenheiten für eine uneingeschränkte wirtschaftliche, soziale, kulturelle und politische Teilhabe der Einwanderer schaffen sollte. Dementsprechend wird den Mitgliedstaaten nahe gelegt, sowohl die Einwanderer als auch die eigenen Staatsangehörigen in der Eingliederungspolitik zu berücksichtigen und darin einzubinden und sie deutlich darauf hinzuweisen, worin ihre gegenseitigen Rechte und Obliegenheiten bestehen.“

² Die Bezirke/Stadtteile sind: Borgerhout, Antwerpen; Slotervaart, Amsterdam; Berlin-Kreuzberg; Hamburg-Mitte; Norrebro, Kopenhagen, Spinney Hills und Stonegate, Leicester; 3. Arrondissement, Marseille; 18. Arrondissement, Paris; Feijenoord, Rotterdam; Jarvafeltet, Stockholm und Waltham Forest, London.

1.1 Religion und Identität

Eine Schwierigkeit bei der Durchführung dieser Studie über Muslime liegt in der Definition. Muslime sind keine eindeutig definierte Gruppe, sondern eine Reihe unterschiedlichster Einzelpersonen mit unterschiedlichen religiösen Bräuchen und Anbindungen, die derzeit von außen als Gruppe definiert und bezeichnet werden. Daher können sowohl die Personen, die der Religion des Islam angehören, den Muslimen zugerechnet werden als auch diejenigen, die aufgrund ihres kulturellen oder ethnischen Hintergrundes von anderen in der Gesellschaft als Muslime wahrgenommen werden, auch wenn sie Atheisten oder Zugehörige anderer Religionen sein können.

Die Identifikation einer Person als „Muslim“, sei es durch Selbst- oder Fremdbezeichnung, ist nicht neutral, da diese Bezeichnung mit einer Gruppe assoziiert werden kann, die im öffentlichen Diskurs gelegentlich stigmatisiert und verteufelt wird. In der (Sozial-)Politik werden Muslime zunehmend als mögliches Sicherheitsrisiko oder als eine Gruppe betrachtet, die nicht bereit oder in der Lage ist, sich zu integrieren.

Im Rahmen der Foundations-Studie ist die Identifikation einer Person als „Muslim“ der Selbstwahrnehmung der jeweiligen Befragten überlassen und ist frei von vorgefassten religiösen oder kulturellen Definitionen. Dies liegt zum Teil darin begründet, dass das Hauptaugenmerk dieser Studie nicht auf der Ausübung der Religion oder des Glaubens liegt, sondern in den alltäglichen Erfahrungen der Personen, die sich selbst als Muslime bezeichnen. Dies bezieht sich auf vier Lebensbereiche, die für die soziale Eingliederung entscheidend sind: Bildung, Arbeit, Gesundheit sowie zivilgesellschaftliche und politische Teilhabe. Diese Studie untersucht die Auswirkungen von Marginalisierung und Diskriminierung und beleuchtet unterschiedliche Ansätze, mit denen Kommunen verschiedenen Integrationsproblemen zu begegnen versuchen.

1.2 Struktur des Berichts

Dieser Bericht liefert eine Übersicht der Ergebnisse der Foundations-Städteberichte und analysiert die Daten von über 2200 Fragebögen und 66 Fokusgruppen. Diese Daten wurden mit Hilfe von qualitativen sowie quantitativen Erhebungsmethoden in elf europäischen Städten gesammelt. Dazu gehörten Fragebögen, Fokusgruppen, Interviews mit Interessenvertretern und die Analyse von verfügbarer, gegenwärtiger politischer und wissenschaftlicher Literatur. Der vorliegende Bericht ordnet die wichtigsten Untersuchungserkenntnisse in den weiteren europäischen Kontext ein. Die entscheidenden Erkenntnisse der einzelnen Städte werden als separate Berichte veröffentlicht.

Kapitel 2 untersucht den europäischen Kontext, der Initiativen und Erfahrungen im Bereich der Integration auf nationaler, kommunaler und lokaler Ebene prägt und beeinflusst. Es konzentriert sich auf die Rolle der Politik auf europäischer Ebene.

Kapitel 3 beschäftigt sich mit Fragen der sozialen Kohäsion, Zugehörigkeit, Diskriminierung und sozialer Interaktion.

Kapitel 4 beleuchtet die wichtigsten Faktoren im Bildungsbereich, darunter jene Maßnahmen, die auf die Verbesserung der schulischen Leistungen unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen abzielen, die Muslime betreffen. Des Weiteren wird untersucht, welche Rolle Schulen, das Bildungssystem und die Eltern bei der Förderung von schulischem Erfolg spielen.

Kapitel 5 untersucht Daten über die Teilhabe am Arbeitsmarkt. Daraufhin wird herausgearbeitet, welchen Hindernissen sich Muslime bei der Erreichung der vollständigen Teilhabe am Arbeitsmarkt gegenüber sehen.

Kapitel 6 beschäftigt sich mit unterschiedlichen Erfahrungen und Eindrücken der Befragten im Bereich Wohnen und in ihrem Stadtteil. Berücksichtigt werden dabei auch Besitzverhältnisse, die Wohnqualität und Erfahrungen mit Diskriminierung beim Zugang zum Wohnungsmarkt. Danach widmet sich das Kapitel den subjektiven Erfahrungen der Befragten mit ihrem Stadtteil, in dem sie leben.

Kapitel 7 bezieht sich auf Erfahrungen von Muslimen im Gesundheitswesen. Es untersucht Daten zum Gesundheitszustand von Muslimen oder, im Falle von fehlenden Angaben zur Religionszugehörigkeit, vorwiegend muslimischen ethnischen Minderheiten. Es hebt die besonderen Umstände hervor, in denen Religion, für den Status bei der Behandlung relevant sein kann. Außerdem werden die Erfahrungen von Muslimen mit den jeweiligen Gesundheitsdiensten in den unterschiedlichen Städten beschrieben.

Kapitel 8 untersucht die Themenbereiche Polizei und Sicherheit. Es beschreibt, inwieweit man der Polizei vertraut und wie zufrieden man mit der Polizeiarbeit ist sowie Erfahrungen mit Diskriminierung. Die Herausforderung, eine ethnische vielfältigere Polizei aufzubauen wird ebenso hervorgehoben wie die Notwendigkeit, mehr Vertrauen und Unterstützung innerhalb der Gemeinschaft zu fördern.

Kapitel 9 widmet sich der zivilgesellschaftlichen und politischen Teilhabe von Muslimen unter anderem an Wahlprozessen als Stimmberechtigte oder Kandidaten. Politische Einbeziehung wird zudem anhand der Identifikation mit politischen Institutionen gemessen. Daher wird untersucht, inwieweit die Befragten meinen, Entscheidungsprozesse in ihrer Stadt beeinflussen zu können, und wie ausgeprägt ihr Vertrauen in die wichtigsten nationalen und lokalen politischen Institutionen ist. Das Kapitel beschreibt darüber hinaus, wie Politiker und Verwaltungsangestellte in den elf Städten auf die politische Teilhabe muslimischer Organisationen reagiert haben.

Kapitel 10 analysiert die Rolle der Medien in den Bereichen Integration, soziale Einbindung und Teilhabe. Medien können einerseits als Mittel zu einer verstärkten Zugehörigkeit zum Staat und andererseits als Mittel zur Ausgrenzung wirken.³

Kapitel 11 umfasst Empfehlungen. Diese richten sich an die EU und ihre Mitgliedstaaten. Die jeweiligen Berichte zu den einzelnen Städten werden ebenfalls Empfehlungen enthalten, die sich an Entscheidungsträger in der Kommunalpolitik, muslimische Gemeinschaften sowie die Gesellschaft allgemein richten.

1.3 Methodologie

Dieser Bericht hat zum Ziel, die Bedürfnisse und wichtigsten Anliegen der muslimischen Gemeinschaften zu untersuchen und eine Einschätzung abgeben, inwiefern die Lokalpolitik diese Bedürfnisse verstanden hat und auf sie eingegangen ist. Wer definiert diese Bedürfnisse und wie werden sie aufgenommen? Entsprechen angebotene lebenswichtige Dienstleistungen religiösen und kulturellen Anforderungen? Welche Maßnahmen werden von den jeweiligen Verwaltungen ergriffen, bei denen Vielfalt und Diskriminierung berücksichtigt werden? Werden alle Gruppen in den politischen Prozess mit einbezogen? Wie steht es um die Beziehungen zwischen Minderheiten und Mehrheitsgesellschaft?

Die an der Studie teilnehmenden Länder wurden aufgrund methodologischer Überlegungen ausgewählt. Jede Auswahl umfasst notwendigerweise, dass viele andere Länder und Städte ausgeschlossen werden. Anstelle des Versuchs, die muslimische Bevölkerung Europas in ihrer gesamten Vielfalt zu erfassen, konzentriert sich der gewählte methodologische Ansatz, besonders auf Länder mit signifikanten muslimischen Bevölkerungsanteilen, deren Geschichte auf relativ kurz zurückliegende Migrationsbewegungen zurückzuführen sind – meistens innerhalb der letzten 60 Jahre. Der Schwerpunkt wurde auf die älteren EU-Mitgliedstaaten gelegt, insbesondere die nordeuropäischen Staaten, da sie mit größtenteils ähnlichen Herausforderungen konfrontiert sind. Dies ermöglicht einen direkteren Vergleich der länderspezifischen Berichtsergebnisse. Die sieben ausgewählten Länder sind Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, die Niederlande, Schweden und das Vereinigte Königreich. Der Vergleich ist Gegenstand des vorliegenden Berichts.

Im Jahr 2007 wurde eine Reihe von Hintergrundstudien, welche die verfügbare wissenschaftliche und politische Literatur zu Muslimen in den sieben EU-Ländern untersuchen veröffentlicht. Man ging davon aus, dass nur begrenzt Literatur über Muslime als Gruppe zur Verfügung stünde, so dass sowohl Literatur über Muslime als auch Literatur über ethnische Gruppen aus Ländern mit muslimischer Mehrheit bei der Ausarbeitung der Berichte berücksichtigt wurden.

³ 3 I.M Young: Justice and the Politics of Difference, Princeton University Press, Princeton 1990

Um einen Vergleich zu ermöglichen wurde in allen elf Städten der gleiche methodische Ansatz gewählt. Um ergänzend zum Literaturüberblick über Forschungsstand und politische Veröffentlichungen neue Primärdaten zu gewinnen, wurde in jeder Stadt in die Nachbarschaften mit hohem muslimischem Bevölkerungsanteil eine empirische Feldforschung durchgeführt. Diese bestand aus jeweils 200 detaillierten, persönlichen Interviews mit Anwohnern der ausgewählten Stadtteile in den einzelnen Städten (100 Muslime und 100 Nicht-Muslime).⁴ Ausgehend von diesen Befragungen wurden in sechs Fokusgruppen in jeder Stadt mit muslimischen Anwohnern bestimmte Aspekte näher beleuchtet. Des Weiteren wurden Interviews mit Angestellten der Kommunalverwaltung, Vertretern verschiedener Berufsgruppen wie Lehrkräften und Angestellten im Gesundheitswesen, Vertretern der Gemeinschaft, Nichtregierungsorganisationen und Experten, die sich im Bereich Nichtdiskriminierung und Integration engagieren, geführt.

Die Untersuchung und Daten des vorliegenden Berichts wurden von Januar 2008 bis Juni 2009 durchgeführt beziehungsweise erhoben. Die Befragungen und Fokusgruppen wurden von Forschern und Forschungskordinatoren vor Ort durchgeführt.⁵ Die Koordinatoren waren für die Auswahl der Teilnehmer sowohl für die Befragung als auch für die Fokusgruppen zuständig, gemeinsam mit einem Team von Interviewleitern, das aus Personen mit unterschiedlichen ethnischen Hintergrund und unterschiedlichen Sprachkenntnissen zusammengesetzt war. In einigen Fällen waren die Forscher sowohl für die Durchführung der Feldforschung als auch für die Analyse zuständig.

⁴ Der gesamte Foundations-Fragebogen siehe Anhang 3.

⁵ Eine ausführliche Auflistung der Forschungsteams siehe Danksagung.

Tabelle 1. Eigenschaften der Teilnehmer an der Foundations-Studie

Eigenschaften	in %	Gesamt
<i>Religionszugehörigkeit</i>		
Muslime	50,5	1110
Nicht-Muslime	49,5	1089
<i>Geschlecht</i>		
Männlich	49,1	1080
Weiblich	50,9	1119
<i>Alter</i>		
< 20	8,5	187
20 – 29	28,1	618
30 – 39	20,4	448
40 – 49	19,2	422
50 – 59	12,4	272
60 +	11,3	249
<i>Geburtsland</i>		
EU-Land (Wohnort der Teilnehmer)	53,0	1165
Nicht-EU-Land	47,0	1034
<i>Höchster Bildungsgrad</i>		
Keine Schulbildung	5,8	128
Grundschule	11,5	252
Sekundarstufe	50,6	1112
Universität	32,1	705
<i>Arbeit</i>		
Angestellt (Voll- oder Teilzeit)	45,8	1007
Selbstständig	6,6	145
Arbeitslos	8,7	192
Andere	38,6	849
<i>Der Stadtteil besteht hauptsächlich aus:</i>		
Verwandten	3,5	76
Menschen derselben ethnischen Herkunft und mit derselben Religionszugehörigkeit	10,6	234
Menschen mit derselben Religionszugehörigkeit, aber einer anderen ethnischen Herkunft	5,8	128
Menschen derselben ethnischen Herkunft, aber mit anderer Religionszugehörigkeit	2,5	54
Menschen mit anderer ethnischen Herkunft und anderer Religionszugehörigkeit	12,8	282
Mischung unterschiedlicher Herkunft, Ethnie und Religionszugehörigkeit	64,7	1423

Quelle: Daten aus Foundations-Studie, durchgeführt in ausgewählten Stadtteilen in elf westeuropäischen Städten. (Nachfolgend: Daten der Open Society Foundations)

Die Teilnehmer wurden nicht nach dem Zufallsprinzip ausgewählt, sondern bilden den Querschnitt von Personen, die aus einer festgelegten Bevölkerungsgruppe in den ausgewählten Stadtteilen ausgesucht wurden. Die Eigenschaften der ausgewählten Personen (Alter, Ethnie und Geschlecht) wurden aus den zur Verfügung stehenden nationalen Bevölkerungsstatistiken für die jeweiligen Städte abgeleitet. Da nationale Statistiken keine Daten zur ethnischen oder religiösen Zugehörigkeit beinhalten, kann die exakte Anzahl der Muslime in den einzelnen Städten nicht ermittelt werden.

Bei der Studie gelten folgende Einschränkungen:

- Antworten auf die Interviewfragen können davon beeinträchtigt sein, dass die Frage unterschiedlich verstanden wurde (man bemühte sich, solche Abweichungen auf ein Minimum zu reduzieren, indem die einzelnen Fragen mündlich übersetzt wurden und man sicherstellte, dass die Interviewer die Muttersprache des Befragten sprachen);
- Die Kategorisierung von Muslimen und Nicht-Muslimen stellte eine Herausforderung dar, da diese je nach nationalem und politischem Kontext des jeweiligen Landes in allen EU-Mitgliedstaaten unterschiedlich ausgelegt wird;
- Teilnehmer unterschieden zwischen rassistisch und religiös motivierter Diskriminierung, die nicht immer klar unterschieden wird, was erschwerte, die Art der Vorurteile dementsprechend zu erfassen.
- Das durchgeführte Stichprobenverfahren bringt mit sich, dass die Befragten nicht vollkommen repräsentativ für die Gesamtbevölkerung sind.

Die in diesem Bericht dargestellten Ergebnisse erheben nicht den Anspruch, die muslimische Bevölkerung und ihre Anliegen in den elf Städten umfassend widerzuspiegeln. Sie sollten als Momentaufnahme der Vielfalt und Meinungen von durchschnittlichen Muslimen und Nicht-Muslimen betrachtet werden, da sie ihre Sorgen und Erfahrungen als Bewohner verschiedener Stadtteile in der Europäischen Union darlegen.

Die Merkmale der beim Stichprobenverfahren 2200 befragten Personen sind in Tabelle 1 dargestellt. Die Daten sind genau nach Muslimen und Nicht-Muslimen sowie zwischen männlichen und weiblichen Teilnehmern aufgegliedert. Etwas mehr als die Hälfte der Befragten wurden in dem EU-Staat geboren, in dem sie leben, 45% wurden anderswo geboren, darunter andere EU-Staaten. Im Bereich der Bildung hat die Mehrheit die Sekundarstufe absolviert und fast ein Drittel aller Teilnehmer verfügt über einen Hochschulabschluss. In Bezug auf die wirtschaftliche Situation befanden sich die meisten Befragten entweder in einem Angestelltenverhältnis (46%) oder waren selbstständig (7%), neun Prozent waren arbeitslos. Teilnehmer, welche die Angabe „Andere“ wählten, kümmerten sich entweder zu Hause um die Familie, waren Studierende oder im Ruhestand.

2. POLITISCHER KONTEXT

Dieses Kapitel untersucht den europäischen Kontext, die Integrationserfahrungen und Initiativen auf nationaler, kommunaler und Stadtteilebene prägen und beeinflussen. Zunächst werden Umfang und Eigenschaften der muslimischen Bevölkerungsgruppen innerhalb der EU beschrieben. Danach werden Belege aus drei europaweiten Umfragen (die Europäische Wertestudie, die Europäische Sozialstudie und das Eurobarometer) in Bezug auf die Ansichten von Europäern gegenüber Muslimen sowie über die ethnische und kulturelle Vielfalt der europäischen Gesellschaft dargestellt, da diese den Kontext prägen, in dem Integrationspolitik entwickelt wird, und, in dem Muslime ihr alltägliches Leben bestreiten. Danach wird das Augenmerk auf unterschiedliche Bereiche der EU-Politik gerichtet.

Muslime sind seit langem Teil der europäischen Gesellschaft und tragen zu ihrer wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklung bei. Von der Ostseeküste bis zum Balkan und zur Iberischen Halbinsel, Zypern und Sizilien leben bereits seit Jahrhunderten Muslime. Der Foundations-Bericht konzentriert sich auf Muslime in elf Städten in sieben EU-Staaten (Belgien, Dänemark, Frankreich, Deutschland, die Niederlande, Schweden und das Vereinigte Königreich). Die Mehrheit der Muslime in diesen Ländern sind Migranten oder deren Nachfahren, die während des Wirtschaftswunders der 1960er Jahre einwanderten. In manchen Ländern spielt auch die Kolonialgeschichte eine Rolle. Die Migration nach Frankreich erfolgte hauptsächlich aus den ehemaligen Kolonien und Protektoraten des Maghreb statt, insbesondere aus Algerien, Marokko und Tunesien. In den Niederlanden kamen muslimische Einwanderer aus früheren Kolonien, was heute teilweise zu Indonesien gehört. In das Vereinigte Königreich wanderten vor allem Muslime aus Pakistan und Bangladesch ein. Seit den 1980er Jahren kamen stets mehr Muslime als Asylsuchende nach Europa; zunächst aus dem Iran, dem Irak und der Türkei, in den 1990er Jahren vom Balkan, aus Nordafrika und den subsaharischen Ländern Afrikas. In diesem Zeitraum kamen Muslime zudem als Studierende, Fachkräfte und Investoren.

Über die genaue Anzahl von Muslimen in Europa gibt es keine verlässlichen Angaben. Diesbezügliche Schätzungen variieren je nach verwendeter Definition für Europa und Muslime. Die Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EUMC) schätzte 2006 die Zahl der in der EU lebenden Muslime auf mindestens 13 Millionen, was ca. 5% der europäischen Bevölkerung entspricht.⁶ Schätzungen zufolge wird sich diese Zahl bis zum Jahr 2025 verdoppeln.⁷ Diese Zahlen werden sich mit dem EU-Beitritt von Rumänien und Bulgarien erhöht

⁶ EUMC: Muslime in der Europäischen Union: Diskriminierung und Islamophobie, Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, Wien, 2006 (nachfolgend: Muslime in der EU)

⁷ US National Intelligence Council, Mapping the Global Future, 2005. Unter: http://www.dni.gov/nic/NIC_2020_project.html (Zugriff am 16.11.2010)

haben und werden weiter wachsen, wenn derzeitige EU-Mitgliedsandidaten erfolgreich sind. Viele Muslime sind zwar EU-Bürger, die Zahl von Drittstaatsangehörigen (DSAs) ist jedoch ebenfalls hoch. Tatsächlich kommen „die zahlenmäßig größten Gruppen von Drittstaatsangehörigen in der EU [...] aus der Türkei (2,3 Mio.), Marokko (1,7 Mio.), Albanien (0,8 Mio.) und Algerien (0,6 Mio.)“.⁸

2.1 Befragungen

2.1.1 Einstellungen gegenüber Muslimen

Politische Strategien, die auf eine stärkere wirtschaftliche, soziale und politische Teilhabe von Muslimen in Europa abzielen, existieren neben zunehmenden Vorurteilen und Diskriminierung gegenüber Muslimen. Einige dieser Vorurteile, mit denen Muslime konfrontiert werden, sind Bestandteil einer allgemeinen Anti-Einwanderer-Haltung, die sich gegen Europas nicht-westliche Einwanderer richtet, die nach dem Zweiten Weltkrieg kamen. Gleichzeitig gibt es Belege, dass sie außerdem mit spezifisch anti-muslimischen Vorurteilen konfrontiert werden, die sich während der letzten Jahrzehnte aus Stereotypen hervorrufenden Prozessen ergeben haben.⁹ Die Auswertung der Europäischen Wertestudie von 1999–2000 legt nahe, dass in ganz Europa, auch vor dem 11. September 2001, anti-muslimische Vorurteile stärker ausgeprägt waren als solche gegen Einwanderer.¹⁰ Die Studie schlussfolgert, dass diese Vorurteile nicht in Bezug zur Armut zu stehen scheinen, nehmen jedoch mit steigendem Bildungsgrad ab.¹¹ Obwohl es mehr Vorurteile gegenüber Muslimen als gegenüber Einwanderern gibt, schlussfolgert die Analyse der Europäischen Wertestudie, dass die Vorurteile gleicher Natur sind wie die gegenüber Einwanderern. Das bedeutet, dass politische Strategien zur Bekämpfung rassistisch und ethnisch motivierter Vorurteile ebenfalls zur Verringerung anti-muslimischer Vorurteile führen sollten.

⁸ Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Dritter Jahresbericht über Migration und Integration, Brüssel, 11. September 2007, COM(2007) 512, unter: http://ec.europa.eu/homeaffairs/policies/immigration/immigration_intro_en.htm (Zugriff am 16.11.2010)

⁹ Zan Strabac und Ola Listung: Anti-Muslim Prejudice in Europe: A multilevel analysis of survey data from 30 countries, in: *Social Science Research* 37, 2008, S. 274 (nachfolgend: Strabac & Listung, *Anti-Muslim prejudice*)

¹⁰ Strabac & Listung: *Anti-Muslim prejudice*; die Frage in der Europäischen Wertestudie lautete: Auf dieser Liste finden sich unterschiedliche Gruppen von Personen. Können Sie bitte diejenigen ankreuzen, die Sie nicht als Nachbar haben möchten? Teilnehmer konnten zwischen 14 Gruppen wählen, darunter „Juden“, „Zigeuner“, „Angehörige anderer Rassen“, „Einwanderer/Gastarbeiter“ und „Muslime“.

¹¹ Strabac & Listung: *Anti-Muslim prejudice*, S. 279

Die Entwicklung von Integrationspolitik und Konzepten zur sozialen Kohäsion existieren ebenfalls in einem von Angst vor wachsender ethnischer und religiöser Vielfalt in Europa geprägten Klima. Im Rahmen von Eurobarometer 2003 wurde gefragt, ob Teilnehmer der Aussage zustimmen, dass eine Gesellschaft aus unterschiedlichen Ethnizitäten, Religionen und Kulturen besteht; und dass die Vielfalt in Bezug auf Ethnizität, Religion und Kultur diese stärken. Die Auswertung der Antworten auf diese beiden Fragen legen nahe, dass rund ein Viertel aller Befragten in Europa gegenüber dem Konzept der multikulturellen Gesellschaft „resistent“ sind, also einer Gesellschaft, in der ethnische, religiöse und kulturelle Vielfalt als positiv betrachtet werden.¹² Das Gesamtergebnis verdeckt jedoch signifikante Schwankungen in der EU auch in den sieben, von der Foundations-Studie untersuchten Ländern. Mehr als ein Drittel der Befragten in Belgien (37%) und Deutschland (34%) äußerten Ablehnung in Bezug auf eine „multikulturelle“ Gesellschaft, im Vergleich zu nur einem Fünftel der Befragten in Dänemark, Frankreich, den Niederlanden (22%) und im Vereinigten Königreich (20%). Der geringste Wert wurde in Schweden festgestellt (13%).¹³ Nur eine Minderheit der Befragten in den sieben Ländern gab an, eine multikulturelle Gesellschaft abzulehnen. Zwei Drittel der Befragten in Deutschland, Belgien, den Niederlanden, Frankreich und im Vereinigten Königreich, und 55% der dänischen Befragten, bejahten die Auffassung, dass es Grenzen bei einer multikulturellen Gesellschaft gibt.¹⁴ Nur in Schweden wurde diese Meinung von der Minderheit (40%) der Befragten vertreten. Wie der Vergleich der Eurobarometer deutlich macht, stieg die Anzahl Zustimmung, dass die multikulturelle Gesellschaft ihre Grenzen erreicht habe, im Zeitraum zwischen 1997 und 2003 signifikant.

In der Auswertung der Daten in der Europäischen Sozialstudie wird geschlossen, dass Ansichten der nationalen Identität bei der Erklärung der unterschiedlichen Einstellungen gegenüber Einwanderern eine größere Rolle spielen als die Größe der Einwandererpopulation oder die wirtschaftliche Situation des Landes.¹⁵ Die stärkeren Vorurteile gegenüber Muslimen spiegeln eventuell die Wahrnehmung von Muslimen

¹² EUMC: Majorities' Attitudes towards Migrants and Minorities: Key findings from the Eurobarometer and the European Social Survey, Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, Wien, 2005, S. 12 (nachfolgend: EUMC, Majorities' Attitudes). Der Grad in Bezug auf „Resistenz gegenüber der multikulturellen Gesellschaft“ beruhte auf Antworten auf zwei Aussagen: (1) es ist gut für jede Gesellschaft, dass sie aus unterschiedlichen Ethnizitäten, Religionen und Kulturen besteht; und (2) die ethnische, religiöse und kulturelle Vielfalt macht (Land X) stärker.

¹³ EUMC: Majorities' Attitudes, Anhang A, S. 29.

¹⁴ Die Grenzen für eine multikulturelle Gesellschaft wurden anhand von zwei Aussagen ermittelt: (1) es gibt Grenzen, wie viele Personen unterschiedlicher Ethnie, Religionen und Kultur eine Gesellschaft aufnehmen kann; und (2) (Land X) hat seine Grenze erreicht; wenn mehr Menschen diesen Minderheiten angehörten, hätten wir Probleme.

¹⁵ John Sides und Jack Citrin "European Opinion About Immigration: The Role of Identities, Interests and Information" in: British Journal of Political Science 37, 2007, S. 477 (nachfolgend: Sides & Citrin: European Opinion About Immigration).

als kulturelle Bedrohung oder zumindest als kulturell anders als der Rest der Gesellschaft wider. Einstellungen über die kulturelle Identität von Nationalstaaten spielen eine wichtige Rolle bei der Prägung von Meinungen der Menschen gegenüber Migration: Die gängige Vorliebe für kulturelle Einheit ist ein starker Einflussfaktor bei der Einstellung gegenüber Einwanderung, trotz der durch Zuwanderung erzeugten Zustimmung der Eliten zu einer multikulturellen Gesellschaft.¹⁶ Sides und Citrin sind der Ansicht, dass die Schaffung von positiven Einstellungen gegenüber Zuwanderung Anstrengungen in Bezug auf die Neudefinition von nationalen Identitäten erfordert.

2.2 Europäische Union

Der Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (EGV) wurde durch den Vertrag von Lissabon berichtigt und enthält eine klare Vision der gemeinsamen Werte der Union, die auf der „Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und der Wahrung der Menschenrechte“ basiert. Dass Menschenrechte die „Rechte der Personen, die Minderheiten angehören“ einschließen, wird zudem ausdrücklich betont und nennt Pluralismus, Nichtdiskriminierung und Toleranz, als Teil der zentrale Werte, die in der Union gelten sollten.¹⁷

Die gesellschaftliche und wirtschaftliche Inklusion von Muslimen in Europa sowie ihre zivilgesellschaftliche und politische Teilhabe umfasst Maßnahmen in sehr unterschiedlichen Bereichen, von der Chancengleichheit und Diskriminierung, bis hin zu Bildung, Gesundheit, Wohnungswesen und politische Teilhabe. Die EU hat in all diesen Bereichen zwar keine direkten Kompetenzen, durch die Verbreitung von bewährten Verfahren und mit Hilfe der Offenen Koordinierungsmethode prägt und unterstützt sie jedoch Maßnahmen von Entscheidungsträgern, Fachleuten und Zivilgesellschaft auf kommunaler Ebene. Soziale Inklusion und Integration sind über mehrere Direktionen der Europäischen Kommission verteilt. EU-Politik richtet sich nicht auf Gruppen, die sich aufgrund religiöser Identität bilden. Maßnahmen zur sozialen Inklusion auf dem Arbeitsmarkt oder in Bezug auf Diskriminierung finden sich im Aufgabenbereich des Generaldirektion (GD) für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit. Die GD Bildung und Kultur übernimmt die Führung im Bereich Bildung und beim interkulturellen Dialog. Die Hauptverantwortung für das Gesundheitswesen ist bei der GD Gesundheit und Verbraucherschutz angesiedelt. Stadtentwicklung im weiteren Sinne wird von der GD Regionalpolitik abgedeckt. Darunter fallen Aspekte des Wohnungswesens, der Stadterneuerung und der nachhaltigen Regeneration. In vielen dieser Bereiche können politische Strategien, Initiativen und Maßnahmen auf ethnische, jedoch nicht religiöse Minderheiten

¹⁶ Sides & Citrin: *European Opinion About Immigration*, S. 488.

¹⁷ Konsolidierte Fassungen des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (2008/C115/01) Artikel 2, einzusehen unter: <http://eur-lex.europa.eu/JOHtml.do?uri=OJ:C:2008:115:SOM:DE:HTML> (Zugriff am 17.11.2010, nachfolgend: EGV).

abzielen. Da jedoch viele Muslime, die EU-Staatsangehörige sind, auch ethnischen Minderheiten angehören, fallen sie wahrscheinlich häufig in den Wirkungsbereich der Strategien, die auf ethnische Minderheiten abzielen.

Unterscheidungen werden aufgrund des rechtlichen Status vorgenommen, also ob man EU-Bürger oder Nicht-EU-Bürger, also Drittstaatsangehöriger (DSA) ist. Die auf Nicht-EU-Bürger bezogene EU-Politik ist für Muslime entscheidend, da immerhin ein Drittel von ihnen den DSAs zu zuordnen sind.¹⁸ Die GD Justiz, Freiheit und Sicherheit (JLS) trägt die Hauptverantwortung für Migration und die Entwicklung einer gemeinsamen Einwanderungs- und Asylpolitik. Dementsprechend befasst sich JLS am stärksten mit der Integration von Einwanderern aus Drittstaaten (DSAs). Der Arbeitsbereich von JLS schließt allerdings nicht generell alle DSAs, Migranten oder Nachkommen von Migranten die EU-Bürger sind, ein.

Zusätzlich zu den Generaldirektionen der Kommission legen die Ministerkonferenzen in der EU Prioritäten und Handlungsbedarf im Bereich Integration und Migration fest. Das erste Mal trafen die EU-Integrationsminister unter niederländischer Ratspräsidentschaft in Groningen im November 2004 zusammen. Dieses Treffen führte zum Rat für Justiz und Inneres (JI), der wiederum zur Verabschiedung der Gemeinsamen Grundprinzipien zur Integration (s.u.) am 19.11.2004 führte. Eine zweite Ministerkonferenz fand im Mai 2007 in Potsdam während der deutschen Ratspräsidentschaft statt. Diese rief zum Nachdenken über interkulturellen Dialog als Werkzeug zur Verstärkung der Integration auf. Die französische Ratspräsidentschaft richtete die dritte Ministerkonferenz im November 2008 in Vichy aus, deren Abschlusserklärung sechs Kernbereiche mit Handlungsbedarf festlegte: Förderung der Grundwerte der EU; der Integrationsprozess; Zugang zum Arbeitsmarkt und Förderung von Vielfalt; Integration von Frauen und Bildung der Kinder; die Nutzung des interkulturellen Dialogs zur Förderung von Integration; Regierungsgewalt über Integrationspolitik.¹⁹

2.2.1 Integration von Zuwanderern

Der Vertrag von Amsterdam legt die Verlegung der Migrations- und Asylpolitik von der dritten (zwischenstaatlichen) zur ersten (gemeinschaftlichen) Säule der EU fest (derzeit im GD JLS). Dies gab den Anstoß für eine stärkere Harmonisierung der

¹⁸ Glaubt man den Schätzungen der Kommission im Dritten Jahresbericht über Migration und Integration (2007), dann sind über 5 Mio. Bürger in der EU DSAs (2,3 Mio. aus der Türkei, 1,7 Mio. aus Marokko, 0,8 Mio. aus Albanien und 0,6 Mio. aus Algerien) und machen damit wahrscheinlich einen signifikanten Anteil der 13-15 Millionen in Europa lebenden Muslime aus.

¹⁹ European Ministerial Conference on Integration: Declaration approved by the representatives of the Member States, Vichy, 3. und 4. November 2008, zugänglich unter: http://www.ue2008.fr/webdav/site/PFUE/shared/import/1103_Ministerielle_Integration/conference_integration_041108_Final_declaration_EN.pdf (Zugriff November 2010).

Migrationspolitik innerhalb der EU.²⁰ Nach Ratifizierung des Vertrags wurde in Tampere im Oktober 1999 eine Sondersitzung des Europäischen Rates einberufen. Die Schlussfolgerungen des Tampere-Gipfels zu Migration, obwohl in erster Linie von der Notwendigkeit getragen, die öffentlichen Bedenken in Bezug auf das Thema illegale Einwanderung, bemerkten den Bedarf eines „gemeinsamen Konzeptes“ zur „Integration“ jener Drittstaatsangehörigen, die rechtmäßig ihren Wohnsitz in der Union haben.²¹ Der Rat stimmte überein, dass die Notwendigkeit einer „gerechten Behandlung“ von DSAs als einer der vier wichtigen Handlungssträngen einer gemeinsamen EU-Politik in Bezug auf Einwanderung und Asyl. Die Schlussfolgerungen des Rates verknüpften dies gerechte Behandlung von DSAs mit einem zweigleisigen Ansatz für eine „energischere Integrationspolitik“. Einerseits umfasste dies für Drittstaatsangehörigen eine Zuerkennung „vergleichbarer Rechte und Pflichten wie EU-Bürgern“ und andererseits die Entwicklung von Maßnahmen zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.²²

Zur Erreichung des ersten Ziels empfehlen die Schlussfolgerungen des Rates, dass seit längerem legal in einem Mitgliedstaat lebende DSAs, „eine Reihe einheitlicher Rechte gewährt werden, die sich so nahe wie möglich an diejenigen der EU-Bürger anlehnen“. Dies beinhaltet „das Recht auf Wohnsitznahme, das Recht auf Bildung und das Recht auf Ausübung einer nichtselbständigen oder selbständigen Arbeit“. Des weiteren befürwortet der Rat das Ziel, „daß Drittstaatsangehörigen, die auf Dauer rechtmäßig ansässig sind, die Möglichkeit geboten wird, die Staatsangehörigkeit des Mitgliedstaats zu erwerben, in dem sie ansässig sind“.²³ Diese Zusagen, die als die gewagtesten Erklärungen von Tampere²⁴ beschrieben wurden, müssen noch in die Tat umgesetzt werden.

Die Umsetzung der Zusagen zur gerechteren Behandlung von DSAs erfolgten nach dem Tampere-Gipfel langsam. Im Jahr 2003 verabschiedeten die EU-Mitgliedstaaten Richtlinien über Rechte bei der Familienzusammenführung und der Freizügigkeit

²⁰ Der Bereich Migration fand erstmals Eingang in EU-Politik im Vertrag von Maastricht, der sie unter die dritte Säule Justiz und Inneres fasste. Im Jahr 1996 verabschiedete der Ministerrat die erste Resolution zu DSAs, OJ C80/02, 18.3.1996, Abschnitt III.

²¹ Tampere Europäischer Rat, 15. Und 16. Oktober 1999, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, zugänglich unter http://www.europarl.europa.eu/summits/tam_de.htm (Zugriff November 2010; nachfolgend: Tampere Europäischer Rat Schlussfolgerungen).

²² Tampere Europäischer Rat Schlussfolgerungen, Paragraph 18.

²³ Tampere Europäischer Rat Schlussfolgerungen, Paragraph 21.

²⁴ Peo Hansen, A Superabundance of Contradictions: The European Union's Post-Amsterdam Policies on Migrant 'Integration', Labour Immigration, Asylum and Illegal Immigration, Norrköping, Linköping University Centre for Ethnic and Urban Studies, 2005, abrufbar unter: <http://www.temaasyl.se/Documents/Forskning/Peo%20Hansen%20A%20Superabundance%20of%20Contradictions.pdf> (Zugriff November 2010, nachfolgend: Hansen, A Superabundance of Contradictions).

innerhalb der Mitgliedstaaten.²⁵ In beiden Richtlinien finden sich Bestimmungen, die den gesicherten Aufenthaltsstatus, starke Rechte für die Ansässigen und Gleichbehandlung als wichtige Integrationsvoraussetzung andeuten. In der Mitteilung der Kommission über „Einwanderung, Integration und Beschäftigung“ wurde anerkannt, dass die gerechte Behandlung von Drittstaatsangehörigen als letzter der vier Bereiche einer gemeinsamen Einwanderungs- und Asylpolitik behandelt wurde.²⁶ Die Notwendigkeit nach einer gerechten Behandlung von DSAs findet sich in Bestimmungen zur Entwicklung einer gemeinsamen Politik in den Bereichen Asyl, Einwanderung und Kontrollen an den Außengrenzen im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV), Artikel 67 und 79 (wie im Vertrag von Lissabon angenommen). Der Vertrag von Lissabon gibt der EU Handlungskompetenzen für die Entwicklung einer gemeinsamen Einwanderungspolitik per qualifizierter Mehrheit. Dazu gehören „Einreise- und Aufenthaltsvoraussetzungen sowie Normen für die Erteilung von Visa und Aufenthaltstiteln für einen langfristigen Aufenthalt, einschließlich solcher zur Familienzusammenführung“ und die „Festlegung der Rechte von Drittstaatsangehörigen, die sich rechtmäßig in einem Mitgliedstaat aufhalten, einschließlich der Bedingungen, unter denen sie sich in den anderen Mitgliedstaaten frei bewegen und aufhalten dürfen“. Außerdem umfasst er, dass Parlament und Rat Maßnahmen ergreifen können, „mit denen die Bemühungen der Mitgliedstaaten um die Integration der sich rechtmäßig in ihrem Hoheitsgebiet aufhaltenden Drittstaatsangehörigen gefördert und unterstützt werden“.²⁷

Die Mitteilung der Kommission über Einwanderung, Integration und Beschäftigung 2003

Der Fokus auf Harmonisierung der Rechte für DSAs mit denen der EU-Bürger wurde bald vom Vorschlag der Kommission für eine umfassenderen „ganzheitlichen“ Integrationsansatz in den Hintergrund gedrängt. Die Mitteilung der Kommission über Einwanderung, Integration und Beschäftigung (EG KOM (2003) 336 endgültig) trat für breit gestreute Integrationsmaßnahmen ein, mit denen „nicht nur den wirtschaftlichen und sozialen Aspekten der Integration, sondern auch der kulturellen und religiösen Vielfalt, staatsbürgerlichen Aspekten, der Teilhabe und politischen Rechten Rechnung getragen wird“. Es wird anerkannt, dass „eine erfolgreiche Integration der Einwanderer [...] im Hinblick auf den sozialen Zusammenhalt wie auch als Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg von großer Bedeutung“ ist.

²⁵ Richtlinie 86 / 2003 / EG des Rates betreffend das Recht auf Familienzusammenführung, 22.09.2003 und Richtlinie 109/2003/EG des Rates betreffend die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen, 25.11.2003.

²⁶ Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, KOM (2003) 336 endgültig, S. 3.

²⁷ Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, Amtsblatt der Europäischen Union, C 115/47, 9.5.2008, 79(4), (nachfolgend: AEUV).

Zwei Aspekte im Integrationsansatz der Kommission sind von zentraler Bedeutung: die Definition von Integration sowie die Identifikation der integrationspolitischen Zielgruppe. Integration wird von der Kommission als „gegenseitiger Prozess basierend auf gleichen Rechten und Pflichten der rechtmäßig in einem Mitgliedstaat ansässigen Drittstaatsangehörigen und der Gesellschaft des Gastlandes verstanden, der auf die umfassende Partizipation der Einwanderer abzielt.“ Das Mantra von Integration als gegenseitigem Prozess ist inzwischen Teil des politischen Diskurses der Union.²⁸ Das Vokabular beidseitiger Anpassung kann allerdings das Ungleichgewicht im Machtverhältnis der beiden Seiten verdecken. „Die Aufnahmegesellschaft, ihre institutionelle Struktur und ihre Reaktion auf Neuankömmlinge bestimmen weitaus stärker das Ergebnis des Prozesses. [...] Integrationspolitik ist Teil der institutionellen Ausrichtung einer Gesellschaft. Da diese Politik wiederum von Mehrheiten der Aufnahmegesellschaft politisch definiert wird, besteht die Gefahr einer institutionellen Schiefelage, welche die Erwartungen der Gesellschaft widerspiegelt anstatt auf Verhandlungen und Vereinbarungen mit Einwanderergruppen selbst zu basieren.“²⁹

Die Erklärung der Kommission über die Details des „gegenseitigen Prozesses“ stieß auf Kritik. In der Mitteilung heißt es, ein gegenseitiger Integrationsprozess beinhalte einerseits die Verantwortung der Aufnahmegesellschaft, über ein Rechtsgeflecht zu verfügen, welches die Teilhabe am wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und bürgerlichen Leben ermöglicht, und andererseits die Verantwortung der Einwanderer, „grundlegenden Normen und Werte des Gastlandes respektieren und sich aktiv am Integrationsprozess beteiligen“. Hansen argumentiert, dass „sobald die Frage von ‚Normen und Werten‘ auf den Tisch kommt, der [...] ‚gegenseitige Prozess‘ schnell einem beunruhigenden einseitigen Prozess weicht, in dem Integration im Grunde genommen zum Synonym für die alleinige Pflicht der Anpassung“ vonseiten der Migranten wird. Somit schlussfolgert er: „Der endgültige Erfolg oder das Scheitern der Integrationspolitik scheint von dem moralischen Wesen der Einwanderer abhängig zu sein, von ihrer ‚Integrationsbereitschaft‘ und von ihrer Fähigkeit, sich bestimmten kulturellen und bürgerlichen Werte anzupassen.“³⁰

Die in der Mitteilung der Kommission aufgeführte Definition von Integration als gegenseitigem Prozess zwischen DSAs und dem Gastland verdeutlicht die primäre Sorge von DSAs bei der Integrationspolitik. Zur von den Integrationsmaßnahmen hauptsächlich profitierenden Zielgruppe zählt die Kommission in erster Linie

28 Der Europäische Rat von Thessaloniki im Jahr 2003 z.B. definiert Integration als ... „fortschreitenden, gegenseitigen Prozess auf Grundlage beidseitiger Rechte und entsprechender Verpflichtungen von sich legal aufhaltenden Drittstaatsangehörigen und den Gastgesellschaften.“ Schlussfolgerung der Präsidentschaft, 19.-20. Juni 2003, Bulletin EU 6-2003, Schlussfolgerung 31. (nachfolgend: Europäischer Rat Thessaloniki)

29 R. Penninx: Element for an EU framework for integration policies for immigrants, in: Süsmuth/Weidenfeld (Hrsg.): The European Union's Responsibilities Towards Immigrants, Migration Policy Institute, Washington DC, 2005. (Übersetzung des Zitats).

30 Hansen: A Superabundance of Contradictions (Übersetzung des Zitats).

„Wirtschaftsmigranten, Familienmitglieder, die im Rahmen der Familienzusammenführung aufgenommen werden, Flüchtlinge und Personen, die unter besonderem internationalen Schutz stehen.“ Der Text erkennt nicht an, dass Integration auch ein Thema in Bezug auf Kinder der zweiten und dritten Einwanderergeneration sein könnte, die eventuell die Staatsangehörigkeit eines EU-Staates besitzen, erkennt jedoch nicht das „Gastland“ als primären Begünstigten der Integrationsmaßnahmen.³¹

Die Mitteilung der Kommission wurde vom Europäischen Rat in Thessaloniki im Juni 2003 angenommen. Der Rat forderte die Europäische Kommission auf, „einen jährlichen Bericht über Migration und Integration in Europa vorzulegen, in dem migrationsrelevante Daten und Informationen über Konzepte und Maßnahmen in den Bereichen Einwanderung und Integration in der gesamten EU enthalten sind.“³² Außerdem forderte der Rat die Entwicklung eines kohärenten Rahmens für die Integration von DSAs auf Grundlage der Gemeinsamen Grundprinzipien.³³

Gemeinsame Grundprinzipien

Im November 2004 verabschiedete der Europäische Rat das Haager Programm, welches die Ziele in den Bereichen Freiheit, Sicherheit und Recht für die nächsten fünf Jahre umfasst. In diesem Programm wurde auch zur Entwicklung eines EU-Integrationsplans aufgerufen, der im Rahmen der Gemeinsamen Grundprinzipien verfasst werden sollte. Eine Reihe von Gemeinsamen Grundprinzipien (GGP) wurde entwickelt und anschließend im November 2004 vom Europäischen Rat angenommen.³⁴ Die GGP bilden den Grundstein der Europäischen Integrationspolitik, auch wenn sie für Mitgliedstaaten nicht verpflichtend sind.

³¹ Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, KOM (2003) 336 endgültig, S. 18.

³² Europäischer Rat Thessaloniki, Paragraph 33.

³³ Europäischer Rat Thessaloniki, Paragraph 31.

³⁴ Befürwortet vom Europäischen Rat im November 2004.

Gemeinsame Grundprinzipien für die Politik der Integration

1. Die Eingliederung ist ein dynamischer, in beide Richtungen gehender Prozess des gegenseitigen Entgegenkommens aller Einwanderer und aller in den Mitgliedstaaten ansässigen Personen.
2. Die Eingliederung erfordert die Achtung der Grundwerte der EU.
3. Die Beschäftigung ist eine wesentliche Komponente des Eingliederungsprozesses und ist für die Teilhabe von Einwanderern, für ihren Beitrag zur Gestaltung der Aufnahmegesellschaft und für die Verdeutlichung dieses Beitrags von zentraler Bedeutung.
4. Grundkenntnisse der Sprache, Geschichte und Institutionen der Aufnahmegesellschaft sind eine notwendige Voraussetzung für die Eingliederung; Einwanderer können nur dann erfolgreich integriert werden, wenn sie die Möglichkeit erhalten, diese Grundkenntnisse zu erwerben.
5. Im Bildungswesen müssen Anstrengungen unternommen werden, um Einwanderer und vor allem auch deren Nachkommen zu einer erfolgreicherer und aktiveren Teilhabe an der Gesellschaft zu befähigen.
6. Entscheidende Voraussetzung für eine bessere Integration ist, dass Einwanderer zu denselben Bedingungen wie Einheimische gleichberechtigter Zugang zu den Institutionen sowie zu öffentlichen und privaten Gütern und Dienstleistungen erhalten.
7. Ein wichtiger Integrationsmechanismus sind häufige Begegnungen zwischen Einwanderern und Bürgern der Mitgliedstaaten. Diese können durch gemeinsame Foren, durch interkulturellen Dialog, durch Aufklärung über die Einwanderer und ihre Kultur sowie durch integrationsfreundliche Lebensbedingungen in den Städten gefördert werden.
8. Die Europäische Grundrechtecharta garantiert die Achtung der Vielfalt der Kulturen und das Recht auf freie Religionsausübung, sofern dem nicht andere unverletzliche europäische Rechte oder einzelstaatliches Recht entgegenstehen.
9. Durch die Beteiligung von Einwanderern am demokratischen Prozess und an der Konzipierung integrationspolitischer Maßnahmen, insbesondere auf lokaler Ebene, wird ihre Integration unterstützt.
10. Die Einbeziehung von Integrationsmaßnahmen in alle wichtigen politischen Ressorts und auf allen Ebenen der öffentlichen Verwaltung und der öffentlichen Dienste ist ein wichtiger Gesichtspunkt bei der Gestaltung und der Durchführung der jeweiligen Politik.
11. Es bedarf klarer Ziele, Indikatoren und Evaluierungsmechanismen, damit die Maßnahmen angepasst, die Integrationsfortschritte bewertet und die Informationsflüsse effizienter gestaltet werden können. (Europäischer Rat, 2004).

Die GGP spiegeln die Forderung nach einem in der Mitteilung der Kommission empfohlenen holistischen Integrationsansatz wider und bezieht sich auf die Bereiche Beschäftigung, Bildung, Zugang zu Gütern und Dienstleistungen, Wohnungswesen und Stadtpolitik, sowie zivilgesellschaftliche und politische Teilhabe.

Die GGP legen zudem eine Änderung des Schwerpunkts im europäischen Integrationsverständnis nahe. Zunächst einmal wird die Notwendigkeit mehr anerkannt, dass alle handeln und Anstrengungen unternehmen müssen, nicht nur die Einwanderer. Damit wird der gegenseitige Prozess zu einer „gemeinsamen Anstrengung von Einwanderern sowie Bürgern der Mitgliedstaaten.“ Zudem besagen die GGP ausdrücklich, dass dies „die Beteiligung nicht nur der Einwanderer und ihrer Nachkommen, sondern auch aller Ansässigen“ erfordert sowie „die Mitwirkung der Aufnahmegesellschaft, die Gelegenheiten für eine uneingeschränkte wirtschaftliche, soziale, kulturelle und politische Teilhabe der Einwanderer“. Zweitens wurde der konfrontative Tonfall in Bezug auf gesellschaftliche Werte abgeschwächt. Der Verweis, dass Einwanderer „fundamentale Normen und Werte der Aufnahmegesellschaft“ zu respektieren haben, wurde durch die Aussage ersetzt „die Eingliederung erfordert die Achtung der Grundwerte der Europäischen Union“. In den Erläuterungen findet sich die einheitlichere Anerkennung, dass jede in der Europäischen Union ansässige Person die Grundwerte der Europäischen Union respektieren muss. Drittens wird der Bedarf für eine gezieltere und nuanciertere Integrationspolitik anerkannt, welche die Unterschiede zwischen unterschiedlichen Gruppen anerkennt. Im Vorwort zu den GGP heißt es, Integrationspolitik richte sich an verschiedene Empfängergruppen, „die je nach Mitgliedstaat unterschiedliche Zusammensetzungen aufweisen und beispielsweise von nur auf Zeit beschäftigten Arbeitnehmern bis zu Personen mit ständigem Aufenthaltsrecht und zu den Kindern von Einwanderern reichen können, oder auch von Einwanderungswilligen bis zu Menschen, die bereits im Land leben, von Einwanderern, die die Staatsbürgerschaft erworben haben, bis zu langfristig niedergelassenen Drittstaatsangehörigen, und von hoch qualifizierten Flüchtlingen bis zu Personen, die noch absolute Grundkenntnisse erwerben müssen.“³⁵ Viertens heißt es, dass Anerkennung besteht, dass die Ziele der Integrationspolitik EU-Bürger und Nachkommen von Einwanderern in der zweiten Generation einschließe. Während die Grundprinzipien zwar von der Bezeichnung „Drittstaatsangehöriger“ zu „Einwanderer“ wechseln, implizieren sie in anderen Punkten dennoch die Befürwortung eines weiter gefassten Begriffs (Prinzip 8), sie stellen Einwanderer und EU-Bürger weiterhin einander gegenüber. Es besteht folglich die Notwendigkeit und das Potential einer weiteren Auseinandersetzung mit den Gruppen, die unter die Integrationspolitik fallen sowie mit ihren unterschiedlichen Bedürfnissen.

Der Text weist weiterhin Schwachstellen auf. Professor Marco Martinello stellt fest, dass die GGP trotz dieser positiven Fortschritte nach wie vor nur Einwanderer als

³⁵ Justiz und Inneres, 2618. Tagung des Rates, Ergebnisse der Ratstagung, Vorwort zu GGP, Paragraph 6.

diejenigen betrachten, die bei der Integration Unterstützung benötigen. Er schlägt einen allgemeineren Ansatz zur Schaffung einer besser integrierten und geschlossenen Gesellschaft vor und spricht sich dafür aus, Integration im Sinne einer „gerechten Teilhabe“ im sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Bereich europäischer Gesellschaften zu definieren. Am „problematischsten“ sind seiner Ansicht nach die Prinzipien 7 und 8 der GGP:

Prinzip 7 verweist nur am Rande auf Nichtdiskriminierungspolitik. Dieses sollte in bestehenden Gesetzestexten hervorgehoben werden. Es erkennt weder an, dass urbane ethnische Enklaven Integration auch fördern und Raum für ethnisches Unternehmertum, sozialen Kohäsion und soziale Mobilität bieten könnten. Ausschließlich „arme Stadtviertel“ werden als dysfunktional für Einwanderer beschrieben. Die Erwähnung „nationaler und europäischer Werte“ in Prinzip 8 ist sehr fragwürdig. Recht und Gesetze müssen befolgt werden, aber den Willen zu äußern, Respekt für unbestimmte Werte einzufordern, ist fragwürdig. Besonders der Bezug auf „Rechte und die Gleichstellung von Frauen [...] sowie die positive und negative Religionsfreiheit“ und die Erwähnung von „rechtlichen Zwangsmaßnahmen“ sollten im Sinne von Rechten und Pflichten anstelle von Werten neu formuliert werden.³⁶

Dies sollte auch im Zusammenhang mit den Integrations- und Einbürgerungsprüfungen betrachtet werden, die in einigen EU-Staaten entwickelt werden und auf die Ausgrenzung von Muslimen ausgerichtet zu sein scheinen. Das berüchtigste Beispiele ist der sogenannte Gesprächsleitfaden, der von der Landesregierung Baden-Württemberg entwickelt wurde, anhand dessen Bewerber in Bezug auf die deutsche Staatsangehörigkeit geprüft werden. Die Fragen wurden nur an Antragsteller aus 57 Ländern gerichtet, die alle eine mehrheitlich muslimische Bevölkerung aufweisen. Die Fragen spiegeln eine Auffassung des Islam im Sinne von Zwangsheirat, Patriarchat, Homophobie, Kopftuch und Terrorismus wider; eine rechtliche Prüfung des Gesprächsleitfadens durch die Stadt Heidelberg ergab, dass das diskriminierende Element darin lag, „die freiheitlich demokratische Grundordnung in erster Linie entgegen den angenommenen Werten einer spezifischen Gruppe zu interpretieren“. Mit anderen Worten ist solch ein „Liberalismus“ nichts anderes als ein Instrument der Ausgrenzung einer bestimmten Gruppe: Muslimen.³⁷

Kritik ist auch an Prinzip 4 der GGP zu äußern, welches auf die Bedeutung des Verständnisses der Sprache, der Geschichte und Institutionen des Gastlandes für die Integration verweist, ohne jedoch eine Notwendigkeit anzuerkennen, ein Verständnis des Beitrags der vielfältigen ethnischen, religiösen und kulturellen Gruppen bei der

³⁶ M. Martinello: Towards a coherent approach to immigrant integration policy(ies) in the European Union, 2008, abrufbar unter www.oecd.org/dataoecd/42/58/38295165.pdf (Zugriff November 2009). (Übersetzung des Zitats).

³⁷ C. Joppe: Beyond Nationals Models: Civic Integration Policies for Immigrants in Western Europe, in: *Western European Politics* 30(1), 2007, S. 15. (Übersetzung des Zitats).

Entwicklung einer modernen europäischen Gesellschaft bei allen Bewohnern der EU sicherzustellen. Dies könnte insbesondere zur Schaffung eines größeren Bewusstseins in Bezug auf den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Beitrag, den Muslime und andere Minderheiten zur Entwicklung der europäischen Gesellschaften geleistet haben, wichtig sein.

Kritik dieser Art mag die Schlussfolgerungen des Treffens des Europäischen Rates in Luxemburg im Jahr 2007 beeinflusst haben, in denen Integration als ein „dynamischer, gegenseitiger Prozess“ beschrieben wird, „an dem sowohl die Zuwanderer als auch die Aufnahmegesellschaft mit jeweiligen Verantwortlichkeiten beteiligt sind“. Die Formulierung „eine der wesentlichen Herausforderungen einer erfolgreichen Integrationspolitik und langfristigen sozialen Kohäsion“ sei die Einbeziehung der Aufnahmegesellschaft, markiert einen wichtigen Wandel bei der Akzentuierung. Die Schlussfolgerungen betonen weiterhin, dass sowohl „jeder Einzelne“ als auch staatliche Institutionen, politische Parteien, Medien, Unternehmen und die Zivilgesellschaft „in diesem Integrationsprozess Verantwortung übernehmen“ müssen. Schließlich wird auch die Rolle von Werten neutraler formuliert: ein „vereinbartes Wertesystem“ soll den Integrationsprozess untermauern.³⁸ Der Dritte Jahresbericht über Migration und Integration der EU-Kommission merkt an, dass die meisten nationalen Integrationsstrategien sich an Einwanderer richten, und „strukturelle Initiativen, die darauf abzielen, dass die Aufnahmebevölkerung ihre Anpassungsfähigkeit an die Vielfalt verbessert“, dabei zu kurz kommen.³⁹ Der Europäische Pakt zu Einwanderung und Asyl, im Jahr 2008 vom Europäischen Rat angenommen, kehrt hingegen zu einem polarisierenderem Vokabular zurück. Es wird auf ein nötiges Gleichgewicht zwischen den Rechten und Pflichten von Einwanderern verwiesen, wobei letztere die „Achtung der Gesetze des Aufnahmelandes“ umfassen. Die Pflichten sollen zudem die „Achtung der Identität der Mitgliedstaaten und der Europäischen Union sowie auf die Achtung ihrer Grundwerte wie Menschenrechte, Meinungsfreiheit, Demokratie, Toleranz, Gleichberechtigung von Mann und Frau und Einhaltung der Schulpflicht abstellen“.⁴⁰

Trotz ihrer Schwächen bieten die Gemeinsamen Grundprinzipien einen wichtigen Rahmen für die Entwicklung von Integrationsinitiativen auf nationaler und lokaler

³⁸ Schlussfolgerungen des Rats der Europäischen Union und der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten zur Stärkung der Integrationspolitik in der Europäischen Union, 2807. Treffen des Rats zu Justiz und Inneres, Ratstreffen Luxemburg, 12. und 13. Juni 2007, Paragraph 2, unter www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/de/jha/94711.pdf (Zugriff November 2010).

³⁹ Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, das Europäische Wirtschafts- und Sozialkomitee, und das Regionalkomitee: Dritter Jahresbericht über Migration und Integration, MEMO/07/351, Brüssel, den 11. September 2007, unter: <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/07/351&format=PDF&aged=1&language=DE&guiLanguage=de> (Zugriff November 2010).

⁴⁰ Rat der Europäischen Union: Europäischer Pakt zu Einwanderung und Asyl, Brüssel, 24.09.2008, 13440/08.

Ebene in Europa. Im Jahr 2005 wurden die GGP mit der Mitteilung für eine Gemeinsame Integrationsagenda zudem in einen operativen Rahmen umgesetzt. Die Annahme der GGP in den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates macht deutlich, dass es ihre Rolle ist, die „Mitgliedstaaten bei der Formulierung ihrer Integrationspolitik behilflich sein“ sollen, indem sie „Grundprinzipien bieten, anhand deren sie ihre eigenen Bemühungen beurteilen und bewerten können“. Die GGP könnten genutzt werden, um „Prioritäten zu setzen und die eigenen ihrer eigenen nachmessbaren Ziele fortzuentwickeln.“ Die Verantwortung für die Entscheidung, „ob diese Prinzipien für sie bei der Ausarbeitung von politischer Maßnahmen zur Integration anderer Zielgruppen nützlich sind“⁴¹ blieb beim jeweiligen Mitgliedstaat.

Um die GGP als allgemeines Rahmenwerk für die Entwicklung von Integrationspolitik in ganz Europa nutzbar zu machen, müssen sie „angenommen, interpretiert und sich von Gemeinschaften vor Ort zu Eigen gemacht werden, insbesondere in Städten und großen Communities der Stadt.“⁴² In diesem Sinne hat Eurocities, eine Organisation bestehend aus 130 europäischen Städten, vorgeschlagen, dass die die GGP für Experten und Politik vor Ort besser nutzbar wären, wenn die Kommission einen Konsultationsrahmen mit Großstädten und ihren Verbänden entwickelte. Sie sprechen sich für einen „branchenspezifischen Dialog im Bereich der Integration, unter Schirmherrschaft des Dialogs zwischen der Europäischen Kommission und den europäischen und nationalen Kommunal- und Regionalverbänden“ aus.⁴³ Die Kommission möchte die GGP durch die Schaffung von Instrumenten für einen besseren Erfahrungsaustausch über bewährte Verfahren im Integrationsbereich weiter entwickeln und verankern.

Austausch von Erfahrungen und bewährter Verfahren

Die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates in Thessaloniki im Juni 2003 unterstützten bereits den Austausch von Informationen und bewährter Verfahren zwischen Mitgliedstaaten durch die Veröffentlichung von Integrationshandbüchern. Der erste Band dieser Integrationshandbücher wurde im Jahr 2004 veröffentlicht und behandelte bewährte Verfahren in den Bereichen Neuzuwanderer, Flüchtlinge, Bürgerbeteiligung und Indikatoren. Der zweite, 2007 veröffentlichte Band beschäftigt sich mit Mainstreaming von Integration, Wohnungswesen, wirtschaftlicher Integration und Integrationsstrukturen. Der dritte Band wird jugendliche Zuwanderer, Bildung und den Arbeitsmarkt abdecken, Fragen der Staatsangehörigkeit und

⁴¹ 2618. Tagung des Rates: Justiz und Inneres, Brüssel, den 19. November 2004, Vorwort zu den GGP.

⁴² European Policy Center: An assessment of the CPB on integration – the way forward, 2005 (Übersetzung des Zitats).

⁴³ Eurocities: Response to the Communication on a Common Agenda for Integration, 2006, unter http://www.eurocities.eu/uploads/load.php?file=EC_Response_integration-ADOS.pdf (Zugriff November 2009, nachfolgend: Eurocities: Response to the Communication on a Common Agenda for Integration).

Staatsbürgerschaft, der Bewusstseinsbildung und Handlungskompetenz, und sich mit Dialogplattformen und Koordinierungsmechanismen befassen.

Ein weiterer Mechanismus für den Austausch von Erfahrungen und bewährten Verfahren sind die Nationalen Kontaktstellen (NKS) für Integration.⁴⁴ Sie bieten ein Forum, in dem Mitgliedstaaten auf EU-Ebene Informationen und bewährte Verfahren austauschen können. Eurocities setzte sich für einen strukturierteren Ansatz beim Wissenstransfer von lokaler zu NKS-Ebene ein: durch die Einführung von Bezugsgruppen um jede NKS, mit Vertretern lokaler und regionaler Behörden, einschließlich Städte, Sozialpartner und relevante Nichtregierungsorganisationen (NROs).⁴⁵

Europäische Website für Integration

Die NKS sollen dem Austausch von Informationen und bewährten Verfahren zwischen Regierungsangehörigen dienen. Ein offeneres Informationsforum für Fachleute ist die Europäische Website für Integration, die Integrationsfachkräften zum Zweck des Erfahrungsaustauschs zur Verfügung steht.⁴⁶ Sie soll nationalen, regionalen und kommunalen Behörden, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Fachleuten vor Ort den Austausch von Informationen erleichtern.

Neben der Website soll durch das Europäische Integrationsforum mehr Teilhabe an politischen Diskussionen vonseiten der Zivilgesellschaft entstehen. Es wurde im Jahr 2009 gegründet und verleiht Vertretern der Zivilgesellschaft zu Integrationsthemen eine Stimme, insbesondere im Zusammenhang mit der EU-Integrationsagenda. Der Kommission soll die Gelegenheit gegeben werden, eine proaktive Rolle in solchen Diskussionen zu spielen. Auf diese Weise „wird den europäischen Institutionen ermöglicht, einen umfassenden Ansatz bei der Integration zu fördern, unter Einbeziehung von Interessenvertretern auf allen Ebenen.“⁴⁷ Die erfolgreiche Teilhabe an der Zivilgesellschaft erfordert die Entwicklung der Kapazitäten und Qualifikationen von NROs und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen, um an EU-politischen Diskussionen teilzunehmen.⁴⁸

⁴⁴ Das Netzwerk Nationaler Kontaktstellen für Integration wurde in Folge der Schlussfolgerungen der Rats für Justiz und Inneres im Oktober 2002 von der Kommission gegründet und wurde im Juni 2003 vom Europäischen Rat in Thessaloniki bestätigt.

⁴⁵ Eurocities: Response to the Communication on a Common Agenda for Integration

⁴⁶ Die Europäische Website für Integration findet sich unter <http://ec.europa.eu/ewsi/de/index.cfm> (Zugriff November 2009).

⁴⁷ Pressemitteilung: Dialog-Plattform: „Europäische Integrationsforum“ und interaktive „Europäische Webseite für Integration“: zwei neue Instrumente für eine funktionierende Integration, Brüssel 20.04.2009 unter: <http://www.europeanintegration.eu/files/Integration-Forum-Fact%20sheet-EN-web.pdf> (Zugriff am 22.11.2010) (Übersetzung des Zitats)

⁴⁸ Eurocities: From Hague to Stockholm: Eurocities Analysis of the European Framework on Immigration, Asylum and Integration, 2009

Der Europäische Integrationsfonds

Die Finanzierungsmechanismen der Kommission zur Unterstützung von Integration, die Vorbereitenden Maßnahmen zur Integration von Drittstaatsangehörigen sowie der Europäische Integrationsfonds richten sich auf die Unterstützung von DSAs, bei der Erfüllung der Aufenthaltsbedingungen und der Integration in die europäischen Gesellschaften. Der Fonds befasst sich speziell mit DSAs. Flüchtlinge fallen nicht in seinen Geltungsbereich. Maßnahmen zur Unterstützung der Integration von Flüchtlingen fallen in den Zuständigkeitsbereich des separaten Europäischen Flüchtlingsfonds. DSAs ohne gültige Ausweispapiere sind ebenfalls ausgeklammert. Diese strenge Konzentration auf DSAs ist nach Erfahrungen der Mitglieder von Eurocities problematisch. „Da er nicht mit anderen EU-Finanzierungsinstrumenten kombiniert werden kann (z. B. im Bereich der sozialen Inklusion), können Maßnahmen nicht an die spezifische Profile einzelner Migrantengruppen angepasst werden. Dementsprechend können Behörden vor Ort keine angemessene Unterstützung leisten.“⁴⁹

Momentan stellt der Fonds insgesamt 825 Mio. Euro für den Zeitraum 2007-2013 zur Verfügung. Davon werden 768 Mio. Euro unter den Mitgliedstaaten anhand objektiver Kriterien in Bezug auf Anzahl der legal im Land lebenden DSAs vergeben. Die restlichen sieben Prozent (57 Mio. Euro) sind für Aktivitäten der Gemeinschaft reserviert. Für das Jahr 2009 legte der Fonds drei Scherpunkte fest:

- Die Sammlung von Erfahrungen der Öffentlichkeit und Migranten und die Entwicklung eines umfassenderen Verständnisses des Integrationsprozesses.
- Die Förderung von Integrationsmaßnahmen, die sich an junge Menschen richten, und die Auseinandersetzung mit geschlechtsspezifischen Belangen.
- Die Förderung der Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen und der Kommunen bei der Formulierung integrationspolitischer Strategien.⁵⁰

Spezifischere Ziele innerhalb dieses Rahmens sind: Förderung von Wissen und Verständnis über den Beitrag von Migranten zu europäischen Gesellschaften und über den Nutzen von legaler Migration; Verbesserung der Kompetenzen von öffentlichen Einrichtungen zur Anpassung an die Vielfalt aufgrund von Migration; Entfernung von grundlegenden Barrieren für Migranten in Bezug auf Mündigkeit der Migranten und Stärkung interkultureller Kompetenzen; Förderung von Respekt für Vielfalt im Bildungswesen und Unterstützung von Lehrkräften und Eltern.

⁴⁹ Eurocities: Eurocities' Analysis of the European Framework on Immigration, Asylum and Integration. (Übersetzung des Zitats).

⁵⁰ Jahresprogramm 2009 für Aktivitäten der Gemeinschaft der Europäischen Fonds für die Integration von Drittstaatsangehörigen, unter: http://ec.europa.eu/home-affairs/funding/integration/funding_integration_en.htm (Zugriff am 23.11.2010).

2.2.2 Diskriminierung

Als zweites Element effektiver Integrationspolitik ermittelte der Rat in Tampere in seinen Schlussfolgerungen die Bekämpfung der Diskriminierung. Artikel 13 des EG-Vertrags (jetzt Artikel 19 des EU-Grundlagenvertrags), wie durch den Vertrag von Amsterdam eingeführt, bietet dem Rat eine rechtliche Grundlage, um angemessene Maßnahmen zur Bekämpfung der Diskriminierung aufgrund von „Geschlecht, Rasse oder ethnischer Herkunft, Religion oder Glaube, Behinderung, Alter oder sexueller Ausrichtung“ zu ergreifen. Im Jahr 2000 nahm die EU zwei Richtlinien gegen Diskriminierung an. Diese erkennen an, dass Diskriminierung den Errungenschaften im Rahmen der Ziele des EU-Grundlagenvertrags zuwider läuft, einschließlich der Erlangung wirtschaftlicher und sozialer Kohäsion und Solidarität.⁵¹

Die erste Richtlinie verbietet Diskriminierung bei Beschäftigung, Bildung, Wohnungswesen, sozialen Sicherungssystemen und Zugang zu Dienstleistungen aufgrund von Rasse oder ethnischer Herkunft (Antirassismusrichtlinie).⁵² Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit deckt die Richtlinie allerdings nicht ab. Zudem sind Einreise- und Aufenthaltsbedingungen nicht Teil der Richtlinie. Rassistisch motivierte Diskriminierung könne die Verwirklichung des Ziels der Europäischen Union „zu einem Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“ beeinträchtigen und ebenso „die Entwicklung demokratischer und toleranter Gesellschaften zu gewährleisten, die allen Menschen – ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft – eine Teilhabe ermöglichen“.⁵³

Die zweite Richtlinie deckt Diskriminierung aufgrund von „Religion und Weltanschauung, Behinderung, Alter oder sexueller Ausrichtung“ ab. Die Auswirkungen auf Diskriminierung am Arbeitsmarkt (Beschäftigungsrichtlinie) bleiben jedoch begrenzt.⁵⁴ Im Jahr 2008 schlug der Rat eine neue Richtlinie zur Einführung eines Gleichbehandlungsgrundsatzes zwischen Personen vor, unabhängig von Religion

⁵¹ Richtlinie 2000/43/EG des Rates vom 29. Juni 2000 zur Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft in: Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, L180, 19.7.2000 (nachfolgend: Gleichbehandlungsgrundsatz Rasse und ethnische Herkunft); Richtlinie 2000/78/EG des Rates vom 27. November 2000 zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf in: ABl. L 303 vom 02/12/2000, (nachfolgend: Beschäftigungsrichtlinie)

⁵² Richtlinie 2000/43/EC ABl. L 180/22, 19.7.2000

⁵³ Gleichbehandlungsrichtlinie ohne Unterschied der Rasse oder ethnischen Herkunft, Art. 12. Siehe auch M. Bell: *Beyond European Labour Law? Reflections on the EU Racial Equality Directive* in: *European Law Journal* 8, 2002, auf S. 387 heißt es, die Richtlinie sei „ein Durchbruch zu einem weiter gefassten Konzept europäischen Sozialrechts.“ (Übersetzung des Zitats)

⁵⁴ Beschäftigungsrichtlinie

oder Weltanschauung, Behinderung, Alter oder sexueller Ausrichtung.⁵⁵ Wird diese Richtlinie angenommen, würde der Diskriminierungsschutz von Religion und Weltanschauung zu sozialer Sicherheit (einschließlich Sozialversicherung und Gesundheit), Sozialleistungen, Bildung sowie der Zugang zu und das Angebot von Gütern und Dienstleistungen wie Wohnen und Personenbeförderung ausgeweitet.

Diese Richtlinien bilden das Herzstück des Schutzes, den das europäische Recht Muslimen im Umgang mit der von ihnen erfahrenen Diskriminierung bietet. Während Artikel 13 der Antirassismusrichtlinie im Sinne der Bekämpfung der Diskriminierung formuliert ist, enthalten einige Aspekte der Gleichbehandlungs- und Beschäftigungsrichtlinie offensichtlich substantiellere Gleichheit.⁵⁶ Zunächst einmal wird in den Titeln der Richtlinien von „Gleichbehandlung“ gesprochen. Weiterhin werden positive Maßnahmen in Zusammenhang mit dem Ziel der „vollen Gleichstellung in der Praxis“ gefordert.⁵⁷ Beide Richtlinien erfordern von den Mitgliedstaaten ein Verbot direkter als auch indirekter Diskriminierung.⁵⁸ Sowohl die Anweisung zu Diskriminierung⁵⁹ wie auch Belästigung werden als Art der Diskriminierung formuliert. Die Einbeziehung indirekter Diskriminierung ist von besonderer Bedeutung, da damit Situationen abgedeckt werden, die entstehen, „wenn dem Anschein nach neutrale Vorschriften, Kriterien oder Verfahren Personen, die einer Rasse oder ethnischen Gruppe angehören, in besonderer Weise benachteiligen können“. Indirekte Diskriminierung wurde auch als „primäres rechtliches Hilfsmittel“ für die Bewältigung struktureller Ungleichheit beschrieben.⁶⁰ Allerdings bleibt die Möglichkeit in Bezug auf Erreichung eines strukturellen Wandels bestehen, sollten Vorschriften, Kriterien oder Verfahren, die Personen innerhalb der geschützten Gruppe ungleich betreffen, als „sachlich gerecht-

⁵⁵ Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Anwendung des Grundsatzes der Gleichbehandlung ungeachtet der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung, COM(2008) 426 endgültig

⁵⁶ Der Begriff „substantielle Gleichheit“ wird hier genutzt um von „formaler Gleichheit“ zu unterscheiden, die Gleichheit als Konsistenz in der Behandlung definiert. Allerdings bleibt der Begriff mehrdeutig, da er unterschiedliche Konzeptionen von substantieller Gleichheit enthält, darunter gleiche Ergebnisse und Chancengleichheit. Siehe hierzu S. Fredman: *Discrimination Law*, Oxford, Oxford University Press, 2002. Erörterung von Fredmans Konzeptualisierung von Gleichheit siehe auch H. Collins: *Discrimination, Equality and Social Inclusion*, in: *Modern Law Review* 66:16, 2003, Bamforth, N.: *Conceptions of Anti-Discrimination Law*, in: *Oxford Journal of Legal Studies* 24(4), 2004 und Holmes, E.: *Anti-Discrimination Rights Without Equality*, in: *Modern Law Review* 68(2), 2005.

⁵⁷ Gleichbehandlungsgrundsatz Rasse und ethnische Herkunft Art. 5. Siehe auch Perchal: *Equality of Treatment, Non-Discrimination and Social Policy: Achievements in Three Themes*, in: *Common Market Law Review* 41, S. 533, 2004.

⁵⁸ Gleichbehandlungsgrundsatz Rasse und ethnische Herkunft Art. 2(2)(a); Beschäftigungsrichtlinie. 2(2)(a)

⁵⁹ Gleichbehandlungsgrundsatz Rasse und ethnische Herkunft Art. 2(4); Beschäftigungsrichtlinie. 2(4).

⁶⁰ T.K. Hervey: *Thirty Years of EU Sex Equality Law: Looking Backwards, Looking Forwards* in: *Maastricht Journal of European and Comparative Law* 12(4), S. 311. (Übersetzung des Zitats)

fertigt“ gelten. Dies wäre beispielsweise der Fall, wenn eine Maßnahme einem legitimen Ziel folgt und die Mittel zur Erreichung dieses Ziels angemessen und nötig sind.

Das Potential der Beschäftigungsrichtlinie, als Katalysator für tiefer gehenden strukturellen Wandel zu wirken, wird ferner durch ihren Fokus auf individuelle Diskriminierungsvorgänge begrenzt. Dieses den EU-Richtlinien zugrundeliegende individualisierte Diskriminierungsmodell begrenzt die Möglichkeiten bei der Erreichung substantieller Gleichberechtigung. Zunächst hängt es von der Einzelperson ab, eine Maßnahme zu ergreifen. Daher übt sie überhöhten Druck auf die Einzelperson in Bezug auf Ressourcen und persönliche Energie aus. Zweitens beinhalten von Einzelpersonen angestrebte Rechtsverfahren, dass gerichtliche Interventionen nach dem Zufallsprinzip und ad hoc statt finden. Abhilfe findet nur in Bezug auf Einzelpersonen statt, sie schafft keine Verpflichtung für eine Veränderung der institutionellen Struktur, aus der die Diskriminierung hervorging. Drittens: Wird von individuellem Verschulden als Grundlage ausgegangen, bedeutet dies, dass es einen überführten Täter geben muss. Diskriminierung, die jedoch aus institutionellen Umständen hervorgeht, ist jedoch nicht das Ergebnis eines Fehlverhaltens einer einzelnen Person. Letztlich ist dieser Ansatz nachteilig und wird so „einem Schauplatz von Konflikt und Widerstand“, anstatt Gleichheit als gemeinsames, miteinander zu erreichendes Ziel zu betrachten.⁶¹

Eine Alternative zu diesem individualisierten Ansatz der Richtlinien ist ein proaktives Modell für Gleichheit, wie es sich beispielsweise im Vereinigten Königreich findet. Dort sind öffentliche Körperschaften gesetzlich verpflichtet, Gleichheit zu fördern und Diskriminierung entgegenzutreten.⁶² Damit liegt die Initiative in Bezug auf die Bekämpfung von Diskriminierung bei den Arbeitgeber und Behörden, öffentlichen Institutionen und Organisationen, und nicht bei den benachteiligten Einzelnen. Ihnen kommt die Aufgabe zu Maßnahmen zu ergreifen, weil sie die Macht und Möglichkeiten dazu haben, nicht weil sie für die Diskriminierung verantwortlich sind. So wird sichergestellt, dass der Wandel systematisch anstatt zufällig und ad hoc ist. Maßnahmen zur Veränderung benötigen keine Verurteilung oder die Benennung eines Täters. Das Recht auf Gleichheit steht allen zu, nicht nur denjenigen, die in der Lage sind, sich zu beschweren. Schlussendlich kommt in diesem Modell der Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle bei der Definition und Umsetzung von Normen zu.⁶³

Die EU hat nur im Bereich der Förderung der Gleichstellung der Geschlechter ausdrückliche Kompetenzen.⁶⁴ Die Bestimmungen von Artikel 10 des Vertrags von Lissabon bekräftigen die Notwendigkeit, Diskriminierung zu begegnen: „Bei der

⁶¹ S. Fredman: Changing the Norm: Positive Duties in Equal Treatment Legislation in: Maastricht Journal of European and Comparative Law 12(4), 2005, S. 372–373 (nachfolgend: Fredman, Changing the Norm).

⁶² Race Relations (Amendment) Act 1998 und Equality Act 2003.

⁶³ Fredman: Changing the Norm, S. 373.

⁶⁴ Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, Art. 8.

Festlegung und Durchführung der Politik und der Maßnahmen in den in diesem Teil genannten Bereichen zielt die Union darauf ab, Diskriminierungen aus Gründen des Geschlechts, der Rasse, der ethnischen Herkunft, der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung zu bekämpfen.“

2.2.3 Beschäftigung und soziale Inklusion

Die soziale und wirtschaftliche Stellung von Muslimen in Europa bedeutet, dass sie von den politischen Strategien profitieren sollten, die auf die Bewältigung sozialer Ausgrenzung und Benachteiligung, ausgerichtet sind – insbesondere beim Zugang zum Arbeitsmarkt. Maßnahmen der sozialen Inklusion liegen hauptsächlich im Zuständigkeitsbereich der Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit. Sie richten sich nicht an Muslime, sondern beziehen sich auf DSAs und ethnische Minderheiten als ungeschützte oder benachteiligte Gruppen. Die Risikofaktoren „Einwanderung, Ethnizität, Rassismus und Diskriminierung“ werden als solche anerkannt, da sie mit Armut und sozialer Ausgrenzung einhergehen.⁶⁵

Der Vertrag von Amsterdam ermöglichte die Entwicklung einer Europäischen Beschäftigungsstrategie (EBS). Sie soll durch vereinbarte Leitsätze und nationale Aktionspläne umgesetzt werden. Die EBS ist eng mit dem Vertrag von Lissabon verbunden, der das Ziel setzte, die EU zur wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Ökonomie der Welt zu machen, die nachhaltiges Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und eine stärkere soziale Kohäsion umfasst. Er besagt, dass im Jahr 2010 eine Erwerbsquote von 70% bei der Gesamtbevölkerung erreicht werden soll. Quoten sollen auch bei besonderen Gruppen erreicht werden, wie Frauen (60%) und älteren Menschen (50%). Der Gemeinsame Bericht über soziale Eingliederung erkennt, dass „Immigranten und ethnische Minderheiten“ zu den drei Gruppen gehören, für die der Zugang zum Arbeitsmarkt besonders schwierig ist.⁶⁶ Die spezifischen Bedürfnisse von Migranten und ethnischen

⁶⁵ Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit: Gemeinsamer Bericht über soziale Eingliederung, 2004, S. 7, unter: http://ec.europa.eu/employment_social/soc-prot/soc-incl/joint_rep_de.htm (Zugriff November 2010, nachfolgend: Gemeinsamer Bericht über soziale Eingliederung). Weitere ermittelte Faktoren sind „langfristige Abhängigkeit von niedrigen/unzureichenden Einkommen, Langzeitarbeitslosigkeit, unqualifizierte Beschäftigung oder fehlende Erwerbstätigkeit, Niedriges Ausbildungsniveau und Analphabetentum, Kinder, die in sozial schwachen Familien aufwachsen, Behinderung, schlechter Gesundheitszustand, Leben in mehrfach benachteiligten Gebieten, Unzureichende Wohnverhältnisse und Wohnungslosigkeit.“

⁶⁶ Gemeinsamer Bericht über soziale Eingliederung, S. 36. Die anderen beiden Gruppen sind ältere Männer oder Frauen, deren berufliche Fähigkeiten überflüssig wurden, und junge Männer und Frauen in der Altersgruppe von 16-25 Jahren ohne berufliche Qualifikation.

Minderheiten sind durchgängiges Thema in den *Gemeinsamen Beschäftigungsberichten* der Kommission.⁶⁷

Die Beschäftigungsleitlinien der wieder aufgelegten Lissabon-Strategie beziehen sich auf die Notwendigkeit eines inklusiven Arbeitsmarktes für Arbeitssuchende und benachteiligte Menschen. Die diesbezüglich ermittelten Maßnahmen umfassen „Früherkennung der Bedürfnisse, Unterstützung bei der Arbeitssuche, Beratung und Weiterbildung im Rahmen personalisierter Aktionspläne, Bereitstellung von Sozialdienstleistungen zur Unterstützung der Arbeitsmarktintegration benachteiligter Menschen, Förderung des sozialen und territorialen Zusammenhalts und Armutbeseitigung.“ Die Auslassung eines expliziten Verweises auf ethnische Minderheiten in den Leitlinien führte zu Kritik am Leitfaden, dass „ethnische Minderheiten beim Streben nach Wirtschaftswachstum einfach nicht berücksichtigt werden“.⁶⁸ Allerdings hält der Beschluss für die Annahme der Leitlinien fest, dass „den Beschäftigungsdefiziten benachteiligter Menschen, auch [...], Staatsangehörigen von Drittstaaten im Vergleich zu EU-Bürgern [...] besondere Aufmerksamkeit zukommen.“ Er betont auch: „Besonders vordringlich ist hierbei, die Diskriminierung zu bekämpfen, [...] und Zuwanderer und Minderheiten zu integrieren“.⁶⁹ Der gemeinsame Bericht über soziale Eingliederung von 2005 forderte die Mitgliedstaaten auf, der „Überwindung von Diskriminierung und Verbesserung der Integration von Angehörigen ethnischer Minderheiten und Zuwanderern“ durch die Entwicklung nationaler Aktionspläne Vorrang zu geben.⁷⁰

Migranten standen auch im Fokus der *EU-Strategie für soziale Einbeziehung* und der *Offenen Methode der Koordinierung* (OMK) der Sozialen Sicherung und Sozialen Einbeziehung. Die *Neue Sozialagenda* der EU beinhaltet ein Bekenntnis zur wirtschaftlichen und sozialen Einbeziehung von Migranten und stellt 1,2 Mrd. Euro für die Unterstützung der Teilhabe von Migranten am Arbeitsmarkt und an der Gesellschaft bereit. Im Gegensatz zum Europäischen Integrationsfonds sind die Mittel hier nicht auf DSAs begrenzt. Der Europäische Sozialfonds, einer der vier Strukturfonds der EU für die Förderung wirtschaftlicher und sozialer Eingliederung, stellt finanzielle Unterstützung für Initiativen gegen soziale Ausgrenzung bereit. Der Fonds umfasst die „Verstärkung der sozialen Eingliederung benachteiligter Personen durch Bekämpfung der Diskriminierung und Erleichterung des Zugangs zum

⁶⁷ Siehe Mary-Anne Kate und Jan Niessen: *Guide to Locating Migration Policy in the European Commission* (2. Auflage), Migration Policy Group (MPG) and the European Programme for Integration and Migration of the European Network of European Foundations (EPIM), 2008, unter: http://www.migpolgroup.com/public/docs/137.GuidetoLocatingMigrationPoliciesintheECII_31.10.08.pdf (Zugriff November 2009).

⁶⁸ T. H. Malloy: *The Lisbon Strategy and Ethnic Minorities: Rights and Economic Growth*, Das Europäische Zentrum für Minderheitenfragen, Flensburg, 2005. (Übersetzung des Zitats).

⁶⁹ Entscheidung des Rates vom 12. Juli 2005 über Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen der Mitgliedstaaten, 2005/600/EG, ABl. L 205 vom 06/08/2005

⁷⁰ Gemeinsamer Bericht über soziale Eingliederung.

Arbeitsmarkt für diesen Personenkreis“ als einen seiner vier Handlungsbereiche. Unterstützung für Projekte, welche die Teilhabe von Migranten und ethnischen Minderheiten am Arbeitsmarkt unterstützen, gab es auch durch *EQUAL*, Initiativen zur Finanzierung von Entwicklungspartnerschaften (EPs), vornehmlich im Bereich Erleichterung der Integration von Immigranten durch Arbeit. Das „Programm für Beschäftigung und soziale Solidarität“ (PROGRESS) stellt ebenfalls finanzielle Unterstützung für die Verbesserung der Sozialpolitik und den Austausch von Informationen und bewährter Verfahren bereit.

2.2.4 Bildung

Bildung liegt weiterhin hauptsächlich im Verantwortungsbereich der Mitgliedstaaten. Augenmerk der EU-Maßnahmen in diesem Bereich ist die Unterstützung bei der Entwicklung politischer Strategien und der Austausch von bewährten Verfahren. In der Mitteilung „Eine Gemeinsame Integrationsagenda“ aus dem Jahr 2005 wird die Bedeutung von Bildung für die Integration von Migranten und die Kinder von Migranten anerkannt. 2008 wurde von der EU ein Grünbuch zu Migration und Mobilität veröffentlicht. Dort wird unter anderem die Verhinderung segregierter Schulen behandelt, um die Gleichheit im Bildungswesen zu verbessern. Auch die Anpassung an die zunehmende Vielzahl von Muttersprachen und kulturellen Perspektiven durch den Aufbau interkultureller Kompetenzen wird dort behandelt. Es fragt auch nach der Rolle der EU beim Aufbau von Lehrkompetenzen und beim Brückenbauen zu Migrantenfamilien und Gemeinschaften.⁷¹

Der strategische Rahmen für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung umfasst vier Hauptzielsetzungen in der EU-Bildungspolitik für das Jahr 2020. Dazu gehört die „Förderung der Gerechtigkeit, des sozialen Zusammenhalts und des aktiven Bürgersinns“. Das Rahmenwerk fordert: „Die Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung sollten darauf ausgerichtet sein, dass alle Lernenden, einschließlich jener aus benachteiligten Verhältnissen, jener mit besonderen Bedürfnissen sowie Zuwanderer, einen Bildungsabschluss erreichen, gegebenenfalls auch über den zweiten Bildungsweg und durch Bereitstellung von stärker auf persönliche Bedürfnisse zugeschnittenen Lernangeboten.“ Weiterhin sollte Bildung „interkulturelle Kompetenzen, demokratische Werte und die Achtung der Grundrechte und der Umwelt fördern sowie jegliche Form der Diskriminierung bekämpfen und alle jungen Menschen dazu befähigen, einen positiven Umgang mit Altersgenossen unterschiedlicher Herkunft zu pflegen.“⁷²

⁷¹ Europäische Kommission: Migration und Mobilität: Chancen und Herausforderungen für die EU-Bildungssysteme, KOM(2008) 423 endgültig, Brüssel, 3. Juli 2008, unter: http://ec.europa.eu/education/news/news490_de.htm (Zugriff 23.11.2010)

⁷² Schlussfolgerungen des Rates vom 12. Mai 2009 zu einem strategischen Rahmen für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung („ET 2020“), Strategisches Ziel 3 (2009/C119/02)

Der Europäischen Sozialfonds kann vor allem für Maßnahmen zur Förderung von Zugang und Teilhabe von durch Ausgrenzung bedrohte Gruppen, besonders Einwanderer und ethnische Minderheiten in Schulalter, in der weiterführenden oder Erwachsenenbildung genutzt werden. Das Comenius-Programm bemüht sich um mehr Verständnis bei Lehrkräften für kulturelle Vielfalt. Es umfasst Weiterbildungskurse für Lehrkräfte sowie den Austausch von Informationen und bewährten Verfahren. Momentan konzentriert sich Comenius auf das Unterrichten einer vielfältigen Schülerschaft sowie Lernen in jungen Jahren und in der Vorschule.

2.2.5 Interkultureller Dialog

Die Entwicklung des EU-Programms zu interkulturellem Dialog fällt ebenfalls in den Verantwortungsbereich der Generaldirektion Bildung und Kultur. Dieser relativ neue Arbeitsbereich der EU hat mit Ausrufung des Europäischen Jahres des Interkulturellen Dialogs 2008 schnell Format angenommen. In der Entscheidung von Europäischem Parlament und Rat zu diesem Europäischen Jahres des Interkulturellen Dialogs heißt es, interkultureller Dialog sei wichtig, um „die Achtung der kulturellen Vielfalt zu stärken und mit der komplexen Realität in unseren Gesellschaften sowie der Koexistenz verschiedener kultureller Identitäten und Überzeugungen umzugehen“. Und „zu unterstreichen ist auch der Beitrag, der von den verschiedenen Kulturen für das Erbe der Mitgliedstaaten und die Lebensweise ihrer Bürger ausgeht, und es ist anzuerkennen, dass die Kultur und der interkulturelle Dialog wesentlich sind, um ein Zusammenleben in Harmonie zu lernen“.⁷³ Unterstützung für interkulturellen Dialog findet sich auch im EU-Kulturprogramm für den Zeitraum 2007–2013 *Grenzen überwinden – Kulturen verbinden*. Ziel des Programms ist es, „dazu beizutragen, den Gedanken einer europäischen Staatsbürgerschaft durch die gezielte Förderung der kulturellen Zusammenarbeit in Europa und besonders die Bedeutung des gemeinsamen europäischen Kulturbereichs mit seinem gemeinsamen kulturellen Erbe und seiner reichen kulturellen Vielfalt hervorzuheben.“⁷⁴

Die Nutzung des interkulturellen Dialogs als Integrationswerkzeug erwog das EU-Ministertreffen zur Integration in Potsdam im Mai 2007. Der im Anschluss tagende Rat für Justiz und Inneres rief dann die Staaten in seiner Schlusserklärung dazu auf, „regelmäßig die Erfahrungen untereinander auszutauschen“ da „Dialog zwischen den Kulturen zu einem wichtigen Instrument geworden ist, um die erfolgreiche Integration von Bürgern unterschiedlicher Herkunft, Kultur und Religion in Europa zu fördern.“ Zudem forderte er einen Bericht „der auch Vorschläge für ein flexibles Verfahren

⁷³ Entscheidung Nr. 1983/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 zum Europäischen Jahr des interkulturellen Dialogs (2008) ABl. L 412 vom 30.12.2006.

⁷⁴ EU-Kommission für Bildung und Kultur: *Grenzen überwinden – Kulturen verbinden*. Das EU-Kulturprogramm 2007-2013, S. 5, abrufbar unter http://ec.europa.eu/culture/pdf/doc607_de.pdf (Zugriff am 24.11.2010)

enthalten soll, um auf interkulturelle Probleme oder Konflikte von potenziell grenzüberschreitender Bedeutung reagieren zu können.⁷⁵ Auch sprach der Rat sich dafür aus, eines der drei Treffen der nationalen Kontaktstellen für Integration dem interkulturellen Dialog zu widmen.

2.2.6 Stadtpolitik

Gegenden mit hohem muslimischer Bevölkerungsanteil weisen oft auch ein hohes Maß an Deprivation auf. Damit fallen sie meist unter EU-politische Maßnahmen des Zuständigkeitsbereich der Generaldirektion Regionalpolitik. Deren Politik konzentriert sich auf sozial benachteiligte Gegenden und erkennt die Notwendigkeit besonderer Aufmerksamkeit für speziell benachteiligte Gruppierungen an, darunter auch ethnische Minderheiten. Die Mitteilung der Kommission über Kohäsionspolitik und die Städte liefert zum Beispiel einen Aktionsleitfaden, wie Städte sich für mehr Kohäsion einsetzen sollten. In Bezug auf Zugang zu Diensten „können bestimmte Gruppen auf Hilfe angewiesen sein, um Gesundheits- und soziale Dienste nutzen zu können“. Dazu gehören „Einwanderer und andere benachteiligte Bevölkerungsgruppen“ die auch „beim Zugang zu diesen Diensten u. U. Schranken überwinden“ zu haben. Der Leitfaden empfiehlt „eine verstärkte Beteiligung von Personen mit unterschiedlichem persönlichen Hintergrund und unterschiedlichem Alter an der Planung und Bereitstellung dieser Dienste“, um Diskriminierung zu verhindern und um sicherzustellen, dass die Dienste kulturelle Schranken berücksichtigen.⁷⁶ Ein erhöhter (Aus-)Bildungsgrad soll die Chancen auf eine Anstellung verbessern. Der Leitfaden hält dazu fest: „Die Städte sollten ihre Unterstützung gezielt denjenigen Gruppen zukommen lassen, die auf dem Arbeitsmarkt überdurchschnittlich benachteiligt sind (z. B. Schulabbrecher/innen, gering qualifizierte Jugendliche, ältere Arbeitskräfte sowie bestimmte Gruppen von ethnischen Minderheiten und Einwanderern).“⁷⁷

Die GD Regionalpolitik unterstützt den Austausch von Informationen und bewährter Verfahren mit Hilfe mehrerer Mechanismen. Dazu gehört das städtische Aktionsprogramm (URBACT), das Europäische Städtenetzwerk für die kommunale Migranten-Integrationspolitik (CLIP) und Integrating Cities. Das aktuelle URBACT-Programm befasst sich schwerpunktmässig mit der Entwicklung „attraktiver und kohäsiver Städte“. CLIP bringt kommunale Fachleute aus der Praxis zusammen, mit denen es aufgrund einer zugrundeliegenden Methodologie ihre Vorgehensweise bei bestimmten Themen in Bezug auf Integration untersucht. In früheren CLIP-Berichten

⁷⁵ Schlussfolgerungen des Rats für Justiz und Inneres am. 12./13. Juni 2007, Schlussfolgerung 10, S. 26.

⁷⁶ Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament: Die Kohäsionspolitik und die Städte: Der Beitrag der Städte zu Wachstum und Beschäftigung in den Regionen, KOM(2006) 385 endgültig (nachfolgend: Mitteilung über Kohäsionspolitik und die Städte), S.7.

⁷⁷ Mitteilung über Kohäsionspolitik und die Städte), S. 11.

ging es um die Themen Chancengleichheit am Arbeitsmarkt und im Wohnungswesen. CLIP richtet sich auf kommunenübergreifendes Lernen, Integrating Cities auf die Verbesserung der Kommunikation und des Dialogs zwischen kommunalen, nationalen und europäischen Fachleuten. Die von ihnen bisher behandelten Themen sind unter anderem Wohnungswesen, Umsetzung der GGP, Migrantenunternehmer, Unterstützung von Migrantenkindern und eine auf multikulturelle Anforderungen eingehende Ernährung im öffentlichen Dienst.

2.2.7 Charta der Grundrechte der EU

Die Charta der Grundrechte wurde im Jahr 2000 zum ersten Mal verkündet. Sie existiert unabhängig von anderen EU-Verträgen. Der Vertrag von Lissabon ändert Artikel 6 des EU-Grundlagenvertrages jedoch und schreibt fest, dass die Charta die gleiche Rechtsverbindlichkeit wie andere EU-Verträge genießt. Die Charta besteht aus 54 in sieben Kapitel unterteilte Artikel: Würde, Freiheiten, Gleichheit, Solidarität, Bürgerrechte, justizielle Rechte und allgemeine Bestimmungen. Mit Ausnahme von Kapitel fünf (Bürgerrechte) bezieht die Charta sich auf alle innerhalb der EU lebenden Menschen, ungeachtet ihrer Staatsangehörigkeit. Die in der Charta festgeschriebenen Rechte finden sowohl auf Maßnahmen der europäischen Institutionen Anwendung als auch auf die Mitgliedstaaten, sofern diese europäisches Recht umsetzen. Die Charta erweitert nicht die Kompetenzen der EU, sondern liefert in Bereichen, in denen sie bereits über Kompetenzen verfügt, einen Rahmen zum Schutz der Rechte der Einzelpersonen innerhalb der Union und ihrer Mitgliedstaaten, wo die EU Kompetenzen besitzt. Das in der Charta festgeschriebene Verbot von Diskriminierung, einschließlich der Diskriminierung aufgrund von Religion oder Rasse (Artikel 21), ist im Zusammenhang sozialer Eingliederung und der Integration von Muslimen von besonderer Bedeutung. Artikel 10 widmet sich dem Recht auf „Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit“, welches das Recht beinhaltet „seine Religion oder Weltanschauung [...] durch Gottesdienst, Unterricht, Bräuche und Riten zu bekennen“. Dies wird in Artikel 22 untermauert, in dem es heißt: „Die Union achtet die Vielfalt der Kulturen, Religionen und Sprachen.“ Allerdings schränkt Artikel 53 die Ausübung der in der Charta bestimmten Rechte und Freiheiten ein, wenn Beschränkungen „erforderlich sind und den von der Union anerkannten dem Gemeinwohl dienenden Zielsetzungen oder den Erfordernissen des Schutzes der Rechte und Freiheiten anderer tatsächlich entsprechen“.⁷⁸

2.2.8 Terrorismusbekämpfung

Die Generaldirektion Justiz, Inneres und Sicherheit (GD JIS) trägt wie für die Integration auch die Verantwortung für die Bereiche Polizei und Sicherheit, einschließlich Terrorismusbekämpfung. Ursprünglich lag das Augenmerk der EU auf

⁷⁸ Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften: Charta der Grundrechte der Europäischen Union, C 364/1, 18.12.2000

der Entwicklung der justiziellen und polizeilichen Zusammenarbeit. Zu Maßnahmen in diesem Bereich gehören der Europäische Haftbefehl⁷⁹ und der Rahmenbeschluss zur Terrorismusbekämpfung⁸⁰ sowie Maßnahmen zur Bekämpfung der finanziellen Unterstützung terroristischer Aktivitäten und verbesserter Sicherheit im Transportwesen.

Nach den Terroranschlägen in Madrid im Jahr 2004 verabschiedete der Europäische Rat eine Erklärung zum Kampf gegen den Terrorismus und schuf die Stelle eines Koordinators für die Terrorismusbekämpfung.⁸¹

Die Erklärung steckt sieben strategische Ziele ab und fordert die EU zur Entwicklung eines Aktionsplans zur Bekämpfung von Terrorismus auf. Das sechste im Aktionsplan zu berücksichtigende strategische Ziel ist die „Untersuchung der Faktoren, die der Unterstützung und dem Anwachsen terroristischer Kreise Vorschub leisten“. Darunter fallen Maßnahmen wie „die Untersuchung der Zusammenhänge zwischen religiösem und politischem Fanatismus sowie sozioökonomischen und anderen Faktoren einerseits und der Unterstützung für Terrorismus andererseits“ sowie die „Konzipierung und Umsetzung einer Strategie zur Förderung des interkulturellen und interreligiösen Verständnisses zwischen Europa und der islamischen Welt“.

Die Beteiligung von in Europa geborenen Muslimen an den Anschlägen in London im Juni 2005 trugen zu einer stärkeren Konzentration auf die Prävention von Radikalisierung und der Rekrutierung von Terroristen in Europa bei. Im September 2005 veröffentlichte die Kommission eine Mitteilung über Faktoren, welche zu gewalttätiger Radikalisierung beitragen. Dort heißt es, „die größte gegenwärtige Bedrohung ist jene Form des Terrorismus, die sich auf eine Falschinterpretation des Islam gründet“. Die Mitteilung erwähnt auch, dass eine Europäische Strategie zur Verhinderung von Radikalisierung die Themenbereiche „Beschäftigung, soziale Ausgrenzung und Eingliederung, Chancengleichheit und Diskriminierung sowie interkulturelle[n] Dialog“ und „Rundfunkmedien, Internet, Bildung [und das] Engagement Jugendlicher“ beinhalten müsse. Die Mitteilung argumentiert zudem, dass gescheiterte Integration „fruchtbaren Boden für eine Radikalisierung und das Entstehen von Gewaltbereitschaft“ bereiten könne. Weiter heißt es: „[D]ie gleichzeitige Entfremdung von Heimatland und Gastland [kann] die Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass sich die Betroffenen nach einer Identität und einem starken Zugehörigkeitsgefühl sehnen, wie sie beispielsweise extremistische Ideologien vermitteln“.

⁷⁹ 2002/584/JI: Rahmenbeschluss des Rates vom 13. Juni 2002 über den Europäischen Haftbefehl und die Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten – Stellungnahmen bestimmter Mitgliedstaaten zur Annahme des Rahmenbeschlusses, ABl. L 190 vom 18/07/2002.

⁸⁰ 2002/475/JHA Rahmenbeschluss des Rates vom 13. Juni 2002 zur Terrorismusbekämpfung, ABl. L 164 vom 22/06/2002.

⁸¹ Erklärung zum Kampf gegen den Terrorismus, Brüssel, den 25. März 2004, unter: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressdata/de/ec/79640.pdf (Zugriff 24.11.2010).

Im Vermerk des EU-Koordinators für die Terrorismusbekämpfung vom Juni 2009 wird der Entwurf für einen Aktionsplan zur Bekämpfung von Radikalisierung und Anwerbung angekündigt. Er schlägt sechs Aktionsbereiche vor, darunter einen Überblick über den Stand der Dinge in den EU-Mitgliedstaaten zum Thema Ausbildung von Imamen, angeführt von Spanien und Anstrengungen in Bezug auf die Rolle lokaler Behörden bei der Prävention von Radikalisierung, angeführt von den Niederlanden. Schweden übernimmt die Arbeit zur Untersuchung der Rolle von Polizeibeamten bei der Erkennung und der Bekämpfung von Radikalisierung, mit Schwerpunkt auf bürgernahe Polizei.⁸²

⁸² Rat der Europäischen Union: Bericht über die Umsetzung der Strategie und des Aktionsplans zur Bekämpfung des Terrorismus, Brüssel, 2. Juni 2009

3. ZUGEHÖRIGKEIT, DISKRIMINIERUNG UND INTERAKTIONEN

Im Verlauf dieses Berichts wird Integration in bestimmten Politikfeldern (Beschäftigung, Bildung, Gesundheit, Wohnungswesen und Polizei) oder Handlungsbereichen (zivilgesellschaftliche und politische Beteiligung) untersucht. In diesem Kapitel jedoch stehen eher allgemeine Integrationserfahrungen und -maßnahmen im Vordergrund. Zunächst wird mit Hilfe des Foundations-Datensatzes der Grad der Kohäsion in den elf Städten untersucht. Danach wird die persönliche Identität der Befragten und das Zugehörigkeitsgefühl zu den jeweiligen Stadtteilen, Städten und Ländern beleuchtet. Dies sind wichtige Elemente, da eine Person zwar in den Arbeitsmarkt integriert sein mag, sich aber weder mit ihrer Gegend, Stadt oder ihrem Land identifizieren kann.⁸³ Danach wendet sich das Kapitel den Wahrnehmungen und Erfahrungen mit Diskriminierung und ungleicher Behandlung zu. Die GGP halten fest: „Ein wichtiger Integrationsmechanismus sind häufige Begegnungen zwischen Einwanderern und Bürgern der Mitgliedstaaten“. Auch gibt es Hinweise darauf, dass sinnstiftender Kontakt und Interaktion zwischen Menschen aus unterschiedlichen ethnischen und kulturellen Gruppen dazu beiträgt, Vorurteile und Stereotypen, die oft die Grundlage für Diskriminierung bilden, abzubauen und zu überwinden.⁸⁴ Die Umfrageergebnisse werden auf Unterschiede und Übereinstimmungen zwischen muslimischen und nicht-muslimischen Teilnehmern untersucht. An manchen Stellen werden Schwankungen innerhalb der muslimischen Gruppe nachgegangen, insbesondere bei Unterschieden zwischen Männern und Frauen und zwischen Befragten, die entweder innerhalb oder außerhalb des EU-Mitgliedstaates geboren wurden, in dem die Befragung durchgeführt wurde. Bei der Befragung wurde zwischen der Nachbarschaft einer Person, also einigen Straßen rund um ihren Wohnort, und ihrem Bezirk, der weiteren Umgebung in 15-20 Minuten fußläufiger Entfernung. Die Daten aus den Befragungen werden durch Erkenntnisse aus den Fokusgruppen und den Interviews mit relevanten Interessenvertretern in den elf Städten ergänzt.

3.1 Kohäsion

In der Forschung bleibt kontrovers, ob ethnische Vielfalt soziale Kohäsion untergräbt.⁸⁵ Mehrere Ebenen des sozialen Kohäsion der Nachbarschaft und des

⁸³ F. Heckmann, and W. Bosswick: Integration and Integration Policies, an INTPOL feasibility study for the IMESCO Network of Excellence, 2005, unter: <http://www.imiscoe.org> (Zugriff: November 2009).

⁸⁴ T. F. Pettigrew and L. R. Tropp: A meta-analytic test of intergroup contact theory, in: *Journal of Personality and Social Psychology*, 90(5), 2006, S. 751–783.

⁸⁵ Siehe R.D. Putnam, „E Pluribus Unum: Diversity and community in the twenty-first century. The 2006 Johan Skytte prize lecture in: *Scandinavian Political Studies* 30(2), 2007, S. 137–174; N. Letki: Does diversity erode social cohesion? Social capital and race in British neighbourhoods in: *Political Studies* 56(1), 2008, S. 99–126.

Bezirks werden durch diverse Fragen im Foundations-Fragebogen abgefragt. Dazu gehören Fragen über das gefühlte Ausmaß an Hilfsbereitschaft in der Nachbarschaft und inwiefern Menschen unterschiedlicher Herkunft in der Nachbarschaft gut mit einander auskommen.⁸⁶ Weitere im Fragebogen angelegte Kohäsionsindikatoren sind die Eindrücke über enge Beziehungen, Vertrauen und gemeinsame Werte, die von Menschen in der Nachbarschaft geteilt werden. Das aus der Foundations-Befragung entstehende Bild ist gemischt. Es gibt sowohl positive Hinweise auf starke soziale Kohäsion, wie auch darauf, dass weitere Anstrengungen erforderlich sind, um Kohäsion zu entwickeln und zu fördern.

Die positivsten Kohäsionsindikatoren wurden bei Fragen nach der Hilfsbereitschaft in der Nachbarschaft und dem Auskommen von Menschen unterschiedlicher Herkunft im Bezirk festgestellt. Drei Viertel der muslimischen und nicht-muslimischen Befragten der elf Städte stimmten zu oder stimmten voll und ganz zu, dass die Menschen in der Nachbarschaft bereit sind, sich gegenseitig zu helfen.⁸⁷

Eine signifikante Mehrheit von Muslimen (69%) und Nicht-Muslimen (67%) stimmten zu oder voll und ganz zu, dass Menschen unterschiedlicher Herkunft in ihrem Stadtteil gut miteinander auskommen.

⁸⁶ Beide Fragen messen ähnliche Ansichten und Einstellungen. Die erste bezieht sich jedoch auf die Stadtteilebene (wo es realistischer ist, dass andere einem helfen) und die zweite misst eher die allgemeine Wahrnehmung von Beziehungen zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft im Bezirk.

⁸⁷ Siehe Tabelle 2 für detailliertere Tabellen zur Foundations-Forschung.

Tabelle 3. Kommen Menschen unterschiedlicher Herkunft hier gut miteinander aus? (D2)

	Muslime	Nicht-Muslime	Gesamt
Stimme voll und ganz zu	13,3%	11,4%	12,3%
Stimme zu	55,7%	55,3%	55,5%
Stimme nicht zu	18,1%	19,0%	18,6%
Stimme überhaupt nicht zu	3,6%	4,0%	3,8%
Weiß nicht	7,9%	8,6%	8,3%
Zu wenige Menschen in diesem Bezirk	0,8%	0,9%	0,9%
Die Menschen dieses Bezirks haben alle die selbe Herkunft	0,5%	0,7%	0,6%
Gesamt	In %	100,0%	100,0%
	Anzahl	1109	1089

Quelle: Daten der Open Society Foundations

Ein höherer Anteil der im EU-Land geborenen Muslime und Nicht-Muslime stimmten im Vergleich zu nicht im EU-Land geborenen Befragten zu, dass Menschen unterschiedlicher Herkunft in ihrem Bezirk gut miteinander auskommen.

Tabelle 4. Kommen Leute unterschiedlicher Herkunft in dieser Gegend gut miteinander aus? (nach Religionszugehörigkeit und Geburtsort) (D2)

	Im EU-Land geborene Muslime	Außerhalb des EU-Landes geborene Muslime	Im EU-Land geborene Nicht-Muslime	Außerhalb des EU-Landes geborene Nicht-Muslime	Gesamt
Stimme voll und ganz zu	13,2%	13,3%	11,7%	10,4%	12,3%
Stimme zu	62,4%	52,4%	56,1%	53,2%	55,5%
Stimme nicht zu	15,3%	19,5%	18,3%	20,9%	18,6%
Stimme überhaupt nicht zu	2,4%	4,2%	3,7%	5,1%	3,8%
Weiß nicht	5,6%	9,1%	8,7%	8,4%	8,3%
Zu wenig Menschen in diesem Bezirk	0,5%	0,9%	0,9%	1,0%	0,9%
Die Menschen in diesem Bezirk haben alle die gleiche Herkunft	0,5%	0,5%	0,6%	1,0%	0,6%
Gesamt	In %	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%
	Anzahl	372	737	792	297

Quelle: Daten der Open Society Foundations

Auf die Fragen, ob die Anwohner „eng verbunden“ sind, ob man ihnen vertrauen kann oder gemeinsame Werte teilen, fielen die Antworten allgemein weniger positiv aus. Zudem bestehen Unterschiede zwischen muslimischen und nicht-muslimischen Befragten. Schaut man sich die Zahl der zustimmenden oder sogar voll und ganz der Aussage zustimmenden Befragten genauer an, die in einem eng verbundenen Stadtteil wohnen, ist ein höherer Anteil der Muslime dieser Meinung (50%) als Nicht-Muslime (41%).⁸⁸

Muslime und Nicht-Muslime in Leicester, Berlin und Rotterdam sind jeweils mehrheitlich dieser Ansicht. In Marseille finden mehr Nicht-Muslime als Muslime, dass die Bewohner in ihrem Stadtteil eng miteinander verbunden sind. Die meisten

⁸⁸ Siehe Tabelle 5 in Anhang 2 für eine genaue Aufstellung der Daten.

Muslime, die ihren Stadtteil für eng verknüpft erachten finden sich in Amsterdam (61%). Dort und in Antwerpen gehen die Meinungen von Muslimen und Nicht-Muslimen am stärksten auseinander. Muslime marokkanischer Herkunft in Amsterdam sehen ihren Stadtteil stärker eng verbunden an als Muslime türkischer Herkunft.

Vertrauen

Das Grad an Vertrauen scheint hoch. Es gibt allerdings Unterschiede zwischen den Ansichten muslimischer und nicht-muslimischer Befragter. Über die Hälfte aller Befragten sind der Ansicht, dass man „vielen“ (29%) oder „einigen“ (45%) Menschen in der Nachbarschaft vertrauen kann.

Tabelle 6. Vertrauen in die Nachbarschaft (C9)

	Muslime	Nicht-Muslime	Gesamt
Vielen Menschen in der Nachbarschaft kann man vertrauen	21,4%	35,8%	28,5%
Einigen Menschen kann man vertrauen	45,9%	44,0%	45,0%
Wenigen Menschen kann man vertrauen	26,3%	17,4%	21,9%
Keinem der Menschen in der Nachbarschaft kann man vertrauen	6,4%	2,7%	4,6%
Gesamt	In %	100,0%	100,0%
	Anzahl	1093	1072

Quelle: Daten der Open Society Foundations

Insgesamt finden mehr Nicht-Muslime (36%) als Muslime (21%), dass man „vielen“ Menschen in der Nachbarschaft Vertrauen kann. Nicht-Muslime vertrauen 1,7mal so häufig „vielen“ Mitwohnern in der Nachbarschaft wie Muslime. Dahingegen sind Muslime eher als Nicht-Muslime der Ansicht, dass man nur „wenigen“ Menschen oder „keinem“ vertrauen kann (6% Muslime, 3% Nicht-Muslime). Dieses Ergebnis entspricht den Ergebnissen der Umfrage „Citizenship Survey“ des britischen Innenministeriums. Sie zeigt, dass Muslime (genauso wie Hindus oder Sikhs) signifikant seltener als die Gesamtbevölkerung der Meinung sind, Menschen in der Nachbarschaft vertrauen zu können.⁸⁹ Unter Muslimen variieren die Antworten kaum

⁸⁹ S. Kitchen, J. Michaelson, and N. Wood: 2005 Citizenship Survey: Community Cohesion Topic Report, Department of Communities and Local Government, London, 2006, Tabelle 17.

nach Geschlecht oder Geburtsort. Unter Nicht-Muslimen hingegen sagten mehr im EU-Land geborene Teilnehmer aus, „vielen“ Menschen in der Nachbarschaft zu vertrauen (39%) als Teilnehmer die außerhalb der EU geboren wurden (26%).

Tabelle 7. Vertrauen in die Anwohnerschaft (nach Religionszugehörigkeit und Geburtsort) (C9)

	Im EU-Land geborene Muslime	Außerhalb des EU-Landes geborene Muslime	Im EU-Land geborene Nicht-Muslime	Außerhalb des EU-Landes geborene Nicht-Muslime	Gesamt
Vielen Menschen in der Nachbarschaft kann man vertrauen	18,7%	22,8%	39,5%	26,2%	28,5%
Einigen Menschen kann man vertrauen	48,1%	44,9%	42,9%	46,9%	45,0%
Wenigen Menschen kann man vertrauen	28,3%	25,2%	16,5%	20,1%	21,9%
Keinem der Menschen in der Nachbarschaft kann man vertrauen	4,9%	7,1%	1,2%	6,8%	4,6%
Gesamt	In %	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%
	Anzahl	364	729	778	294

Quelle: Daten der Open Society Foundations

Ein wichtiger Faktor bei der Bestimmung des Vertrauensniveaus ist das Alter, besonders unter nicht-muslimischen Befragten. Grundsätzlich vertrauen ältere Menschen „vielen“ aus der Nachbarschaft mehr als Angehörige jüngerer Altersgruppen. 2,5 Mal häufiger als unter 20-Jährige stimmten Befragte über 60 Jahren der Aussage zu, dass man in der Nachbarschaft „vielen“ Menschen vertrauen kann. Bei Nicht-Muslimen ist Vertrauen unter diesen Befragten dreimal so hoch.⁹⁰

Dies legt nahe, dass mehr für die Förderung bei der Entwicklung von Vertrauen unter jungen Menschen getan werden könnte.

Sichtbare Zeichen religiöser Identität scheinen keinen Einfluss auf das Vertrauen unter Muslimen oder Nicht-Muslimen zu haben. Muslimische Befragte mit sichtbaren

⁹⁰ Siehe Tabelle 8, Anhang 2 für genaue Aufschlüsselung der Daten.

religiösen Symbole tragen empfinden geringfügig häufiger, dass man „einigen“ Menschen in der Nachbarschaft vertrauen kann, und etwas weniger von ihnen, im Vergleich mit Muslimen, die keine sichtbaren religiösen Symbole tragen, empfanden, dass nur „wenigen“ oder „keinem“ vertraut werden kann.

Tabelle 9. Vertrauen in die Anwohnerschaft (C9)

		Ja	Nein	Gesamt
Muslime	Vielen Menschen in der Nachbarschaft kann man vertrauen	21,4%	21,5%	21,4%
	Einigen Menschen kann man vertrauen	48,5%	44,4%	45,9%
	Wenigen Menschen kann man vertrauen	24,9%	27,0%	26,2%
	Keinem der Menschen in der Nachbarschaft kann man vertrauen	5,2%	7,1%	6,4%
	Gesamt	In %	100,0%	100,0%
	Anzahl	402	689	1091
Nicht-Muslime	Vielen Menschen in der Nachbarschaft kann man vertrauen	37,0%	35,9%	36,0%
	Einigen Menschen kann man vertrauen	41,3%	44,0%	43,9%
	Wenigen Menschen kann man vertrauen	15,2%	17,5%	17,4%
	Keinem der Menschen in der Nachbarschaft kann man vertrauen	6,5%	2,5%	2,7%
	Gesamt	In %	100,0%	100,0%
	Anzahl	46	1022	1068

Quelle: Daten der Open Society Foundations

Im Städtevergleich zeigt sich in Amsterdam, Rotterdam, Leicester und Stockholm ein hohes Vertrauensniveau. Dort sagte jeweils mehr als ein Viertel der befragten Muslime und Nicht-Muslime aus, „vielen“ Menschen in der Nachbarschaft zu vertrauen. In Marseille und London ist das Vertrauen besonders niedrig, wo fast ein Drittel

muslimischer und nicht-muslimischer Teilnehmer angab, nur „wenigen“ Menschen in der Nachbarschaft zu vertrauen.

Betrachtet man die Beschäftigungssituation von Muslimen und Nicht-Muslimen ergeben klare Muster. Unter den Muslimen sind die Befragten, die ein hohes Maß an Vertrauen in ihrer Nachbarschaft angaben, allesamt pensioniert. Das passt zu den früheren Erkenntnissen, dass Muslime der ältesten Altersgruppe dazu tendierten, ihren Nachbarn am meisten vertrauen. Muslime mit niedrigstem Vertrauensniveau arbeiten zumeist entweder im Familienbetrieb, sind selbstständig oder kümmern sich zu Hause um die Familie.⁹¹

In der nicht-muslimischen Gruppe empfanden Befragte insgesamt häufiger „vielen“ Menschen als „wenigen“ in der Nachbarschaft vertrauen zu können. Nur Arbeitslose, chronisch Kranke oder Behinderte, sowie sich zu Hause um die Familie kümmernde Teilnehmer gaben wenig Vertrauen in die Nachbarn an.

Auf die Frage, ob die Menschen in der Nachbarschaft gemeinsam an der Verbesserung der Nachbarschaft arbeiten würden, äußerten sich Muslime und Nicht-Muslime relativ ähnlich. Die Mehrheit der Muslime (51%) und 46% der Nicht-Muslime glauben das nicht. Nur 37% der muslimischen und 39% nicht-muslimischer Teilnehmer stimmten zu oder voll und ganz zu, dass die Menschen in ihrer Nachbarschaft gemeinsam an deren Verbesserung arbeiten würden.⁹²

Das Vertrauen in die Menschen aus der Nachbarschaft erhöht sich sowohl unter Muslimen als auch Nicht-Muslimen, je länger sie in der Nachbarschaft wohnen. Muslimische Teilnehmer, die seit 31 Jahren und länger dort wohnen vertrauen „vielen“ zweimal so wie Anwohner, die seit weniger als einem Jahr dort wohnen. Diese lineare Entwicklung wird in der nicht-muslimischen Gruppe zunächst dadurch unterbrochen, dass ein sehr hoher Anteil der Teilnehmer, die „vielen“ Menschen dort vertrauen, allerdings weniger als ein Jahr in ihrer Nachbarschaft leben. In ähnlicher Weise nimmt der Anteil derjenigen, die „keinem“ in der Nachbarschaft vertrauen, nicht wie bei muslimischen Teilnehmern mit der Wohndauer ab. Die Wohndauer scheint sich bei muslimischen Anwohnern direkter als bei nicht-muslimischen auf das Vertrauen auszuwirken.⁹³

Auch die ethnische und religiöse Zusammensetzung der Nachbarschaft scheint sich auf das Vertrauensniveau auszuwirken. Muslimische Befragte, die angaben, dass die Nachbarschaft sich entweder hauptsächlich aus Verwandten zusammensetzt oder generell aus Menschen mit gleicher Ethnizität oder Religion, gaben am ehesten an, „vielen“ Menschen in der Nachbarschaft zu vertrauen. Beschreiben muslimische Befragte die Nachbarschaft als eine Mischung unterschiedlicher Ethnizitäten und

⁹¹ Siehe Tabelle 10 in Anhang 2 für genaue Aufschlüsselung der Daten.

⁹² Siehe Tabelle 11 in Anhang 2 für genaue Aufschlüsselung der Daten.

⁹³ Siehe Tabelle 12 in Anhang 2 für genaue Aufschlüsselung der Daten.

Religionen oder bestehend aus Menschen mit einer anderen Ethnizität und Religion als die eigene, vertrauen weitaus weniger von ihnen ihren Nachbarn. Auch unter Nicht-Muslimen vertrauen Teilnehmer in einem hauptsächlich aus Angehörigen anderer ethnischer oder religiöser Herkunft zusammengesetzten Umfeld am wenigsten „vielen“ in ihrer Nachbarschaft. Diejenigen, die die Anwohnerschaft als hauptsächlich den eigenen religiösen und ethnischen, oder auch nur den ethnischen Hintergrund teilend angeben, sind diejenigen, die am ehesten „vielen“ in der Nachbarschaft vertrauen. Dieses Ergebnis deutet auf Ethnizität der Nachbarn als für Muslime wie Nicht-Muslime maßgebliche Variable für empfundenes Vertrauen hin. Bei weiterer Betrachtung der Daten zeigt sich ein wesentlicher Vertrauensanstieg wenn die Teilnehmer empfinden, dass die anderen Bewohner in der Nachbarschaft die gleichen Wertvorstellungen wie sie selbst haben. Diese Variable zeigt den bislang stärksten Zusammenhang beim Vertrauen der Befragten ihre Nachbarn.⁹⁴

Gemeinsame Werte

In den GGP heißt es: „Die Eingliederung erfordert die Achtung der Grundwerte der Europäischen Union“ und „jede in der Europäischen Union ansässige Person muss sich an die Grundwerte der Europäischen Union [...] anpassen und diese strikt beachten.“ Diese werden in den Grundprinzipien definiert als „die Wahrung der Grundsätze der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit“.⁹⁵ Der Europäische Pakt zu Einwanderung und Asyl fordert die Mitgliedstaaten zur Entwicklung politischer Strategien auf, die den Respekt für die Grundwerte der Union stärken.⁹⁶

Auf die Frage nach geteilten Werten in der Nachbarschaft kam von Seiten der Teilnehmer an der Foundations-Befragung am seltensten eine positive Antwort. Die Mehrheit der Befragten sowohl auf muslimischer (50%) als auch nicht-muslimischer (55%) Seite sind nicht der Ansicht, dass in der Nachbarschaft gemeinsame Wertvorstellungen gelten.

⁹⁴ Siehe Tabelle 13 in Anhang 2 für genaue Aufschlüsselung der Daten.

⁹⁵ GGP Artikel 2

⁹⁶ Rat der Europäischen Union: Europäischer Pakt zu Einwanderung und Asyl, Dokument 13440/08, 24.09.2008, S.9, unter <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/08/st13/st13440.de08.pdf> (Zugriff November 2010)

Tabelle 14. Haben die Menschen in der Nachbarschaft dieselben Werte? (C10)

		Muslime	Nicht-Muslime	Gesamt
Stimme voll und ganz zu		4,0%	3,1%	3,6%
Stimme zu		34,8%	25,0%	29,9%
Stimme nicht zu		39,3%	41,8%	40,6%
Stimme überhaupt nicht zu		10,6%	13,4%	12,0%
Weiß nicht		11,4%	16,6%	14,0%
Gesamt	In %	100,0%	100,0%	100,0%
	Anzahl	1109	1088	2197

Quelle: Daten der Open Society Foundations

Im Vergleich aller elf Städte werden einige Unterschiede deutlich. In Leicester stimmt der höchste Anteil der muslimischen (53%) und nicht-muslimischen Befragten (34%) der Aussage zu, dass die Menschen in der Nachbarschaft die gleichen Werte teilen. In Marseille sind zwei Drittel der muslimischen und nicht-muslimischen Teilnehmer gerade nicht dieser Ansicht.

Obwohl viele Befragte nicht glauben, dass die Menschen in ihrer Nachbarschaft die gleichen Wertvorstellungen besitzen, weisen die Befragungsergebnisse darauf hin, dass die Befragten ähnliche Werte für das jeweilige Wohnland für wichtig erachten. Zudem entsprechen diese Werte denen, die als europäische Grundwerte definiert sind, wie Respekt vor dem Gesetz, Rede- und Ausdrucksfreiheit und Chancengleichheit. Die Teilnehmer wurden gebeten, die ihrer Empfindung nach vier wichtigsten Grundwerte für das Land, in dem sie leben, zu nennen. Dabei stimmen Muslime wie Nicht-Muslime überein, dass Meinungsfreiheit, Achtung der Gesetze und Chancengleichheit entscheidende Grundwerte des Landes sind, wobei muslimische Befragte den Respekt vor dem Gesetz häufiger (64%) als Rede- und Ausdrucksfreiheit (50%) nannten. Bei Nicht-Muslimen stehen Rede- und Ausdrucksfreiheit (62%) vor dem Respekt vor dem Gesetz (54%). Chancengleichheit wurde von ungefähr gleich vielen muslimischen (41%) wie nicht-muslimischen (44%) Befragten als wichtigster Wert in ihrem Land angegeben. In Bezug auf Respekt vor einem anderen Glauben und Toleranz gegenüber anderen zeigen sich signifikante Unterschiede zwischen beiden Gruppen. Bei muslimischen Befragten besetze bei den nationalen Werten die „Achtung für alle Religionen“ die Position nach dem Respekt vor dem Gesetz. Dies traf auf 52% der muslimischen Befragten zu, aber nur auf 29% der nicht-muslimischen. Sie stimmten mit 50% für „Toleranz gegenüber anderen“ als wichtigsten Wert für das Land, im Vergleich zu 37% der muslimischen Befragten.

Tabelle 15. Wichtigste Werte in Bezug auf das Leben im Land (D8)

	Muslime	Nicht-Muslime	Gesamt
Repekt vor dem Gesetz	64,3%	54,0%	1300
Toleranz gegenüber anderen	37,4%	49,9%	956
Rede- und Ausdrucksfreiheit	49,5%	61,5%	1217
Respekt vor anderen Glauben	51,6%	29,1%	889
Gerechtigkeit und Fairness	28,7%	36,9%	719
Beherrschung der Landessprache	33,0%	31,4%	707
Respekt vor Menschen einer anderen ethnischen Herkunft	31,2%	28,5%	655
Chancengleichheit	41,3%	44,1%	937
Stolz auf dieses Land/Patriotismus	8,5%	12,4%	229
Teilnahme an Wahlen	19,2%	21,4%	445
Schutz vor Diskriminierung	27,7%	27,4%	605
Gesamt	1110	1085	2195

Quelle: Daten der Open Society Foundations

Berücksichtigt man das Geburtsland der Befragten, zeigen sich Unterschiede zwischen innerhalb und außerhalb des EU-Landes geborenen Muslimen. Dieser Unterschied wird besonders in Bezug auf den Grundwert Chancengleichheit deutlich: 48% der im EU-Land geborenen Muslime nannten diesen als einen der vier wichtigsten Werte, außerhalb des EU-Landes geborene Muslime gaben ihn nur zu 38% an.⁹⁷

Prüft man für die Variablen Religion, Geburtsland und Geschlecht zeigt sich außerdem, dass im EU-Land geborene muslimische Männer Schutz vor Diskriminierung eher als Grundwert angeben als Frauen oder im Ausland geborene Befragte und Nicht-Muslime.⁹⁸

Sobald Religion, Geburtsland und Geschlecht berücksichtigt werden, zeigt sich weiterer Unterschied: Ein hoher Anteil von außerhalb der EU geborenen muslimischen Frauen (41%) nannte im Vergleich zu im Ausland und im EU-Land geborenen muslimischen Männern und Nicht-Muslimen die Beherrschung der Landessprache als wichtigen Grundwert.

⁹⁷ Siehe Tabelle 16 in Anhang 2 für genaue Aufschlüsselung der Daten.

⁹⁸ Siehe Tabelle 17 in Anhang 2 für genaue Aufschlüsselung der Daten.

Die Untersuchungsergebnisse zeichnen ein komplexes Bild. Ein Gefühl für gemeinsame Grundwerte scheint für die Menschen unterschiedlicher Herkunft nicht erforderlich zu sein, um miteinander auszukommen und den Nachbarn zu helfen. Jedoch scheint ein stärkerer Zusammenhang zwischen Vertrauensniveau und dem Eindruck zu bestehen, dass Menschen in der Nachbarschaft bereit sind, zusammenzuarbeiten, um die Nachbarschaft zu verbessern und der Überzeugung, dass Menschen in der Nachbarschaft ähnliche Wertvorstellungen teilen. Muslime und Nicht-Muslime stimmen bei der Nennung der Werte Respekt vor dem Gesetz, Chancengleichheit und Rede- und Ausdrucksfreiheit überein. In Bezug auf „Respekt vor einem anderen Glauben“ werden hingegen Unterschiede deutlich.

3.2 Zugehörigkeit

Zugehörigkeit zum Bezirk

In der Foundations-Befragung wurden die Teilnehmer nach ihrem Zugehörigkeitsgefühl zu ihrem Bezirk, ihrer Stadt und ihrem Land gefragt. Die Ergebnisse zeigen, dass das Zugehörigkeitsgefühl zum Bezirk stark ist abhängig von der Religion abhängt.⁹⁹

Tabelle 18. Wie stark haben Sie das Gefühl, in diesem Bezirk dazuzugehören? (D4)

		Muslime	Nicht-Muslime	Gesamt
Stark		28,1%	27,8%	27,9%
Sehr stark		42,5%	44,0%	43,3%
Nicht sehr stark		19,7%	20,4%	20,1%
Überhaupt nicht stark		7,3%	6,0%	6,6%
Weiß nicht		2,3%	1,8%	2,1%
Gesamt	In %	100,0%	100,0%	100,0%
	Anzahl	1110	1088	2198

Quelle: Daten der Open Society Foundations

⁹⁹ 28% aller Muslime und Nicht-Muslime drückten ein „sehr starkes“ Zugehörigkeitsgefühl zu ihren Bezirken aus, 43% fühlten sich „ziemlich stark“, 20% „nicht sehr stark“ und 6% „überhaupt nicht stark“ zugehörig.

Betrachtet man die Antworten nach Geschlecht und Geburtsort zeigen sich einige Unterschiede. So fühlen sich Männer häufiger als Frauen „sehr stark“ zugehörig.¹⁰⁰

Diejenigen, die im jeweiligen EU-Land geboren wurden gaben eher als im Ausland geborene Teilnehmer „sehr starkes“ oder „ziemlich starkes“ Zugehörigkeitsgefühl zu ihrem Bezirk an.¹⁰¹

Auch das Zugehörigkeitsgefühl zur Stadt war im Allgemeinen sehr stark. Diese Erkenntnis unterstützt den jüngsten Schwerpunkt auf europäischer Ebene auf städtische Integrationsstrategien. In Antwerpen gaben über 90% der Teilnehmer ein „sehr starkes“ oder „ziemlich starkes“ Zugehörigkeitsgefühl an, ebenso wie mehr als zwei Drittel der Befragten in allen anderen Städten, außer Paris, Marseille und Stockholm. Diese Ergebnisse sind Ausdruck einer sub-kommunalen Identität, die in vielen Städten existiert. Dazu gehört zum Beispiel das sogenannte Kiezdenken, welches sich besonders in Berlin findet.

Zugehörigkeit zur Stadt

Beim Zugehörigkeitsgefühl zu den jeweiligen Städten wurden mehrere Beobachtungen gemacht. Zunächst einmal haben über drei Viertel aller Muslime und Nicht-Muslime ein „sehr starkes“ oder „ziemlich starkes“ Zugehörigkeitsgefühl zu ihrer Stadt.

Tabelle 21. Wie stark haben Sie das Gefühl, in dieser Stadt dazuzugehören? (D5)

	Muslime	Nicht-Muslime	Gesamt
Sehr stark	29,9%	36,6%	33,2%
Ziemlich stark	42,3%	39,7%	41,0%
Nicht sehr stark	19,0%	18,7%	18,8%
Überhaupt nicht stark	6,7%	4,0%	5,3%
Weiß nicht	2,1%	1,1%	1,6%
Gesamt	In %	100,0%	100,0%
	Anzahl	1110	1087

Quelle: Daten der Open Society Foundations

Das Zugehörigkeitsmuster von Muslimen entspricht der Verbundenheit mit ihrem Bezirk. Nicht-Muslimische Befragte identifizieren sich stärker mit der Stadt als mit ihren Bezirken. Schaut man sich die elf Städte genauer an, fühlen sich muslimische

¹⁰⁰ Siehe Tabelle 19 in Anhang 2 für genaue Aufschlüsselung der Daten.

¹⁰¹ Siehe Tabelle 20 in Anhang 2 für genaue Aufschlüsselung der Daten.

Teilnehmer in sieben Städten stärker ihrem Bezirk als ihrer Stadt verbunden. In Amsterdam gesellt sich zum starken Zugehörigkeitsgefühl zu ihren Bezirken unter muslimischen wie nicht-muslimischen Befragten ein sogar noch stärkeres Zugehörigkeitsgefühl zur Stadt. Dies mag die Folge einer kommunalen Kampagne sein, die für eine inklusive und gemeinsame städtische Identität wirbt. In Stockholm, Paris und Marseille ist das Zugehörigkeitsgefühl zur Stadt stärker als zu einzelnen Bezirken. Dabei muss gesagt werden, dass das Zugehörigkeitsgefühl in beiden französischen Städten im Vergleich zu anderen Städten insgesamt ausgesprochen schwach ausgeprägt ist. Das städtische Zugehörigkeitsgefühl unter Muslimen wie Nicht-Muslimen ist dort ebenfalls nicht sehr hoch.¹⁰² Bei im EU-Land geborenen Muslimen und Nicht-Muslimen empfindet ein größerer Anteil derer, die im EU-Land geboren wurden, ein „sehr starkes“ Zugehörigkeitsgefühl zur Stadt, im Vergleich zu denen die außerhalb des EU-Landes geboren wurden.

Tabelle 22. Wie stark fühlen Sie sich ihrer Stadt zugehörig? (nach Religionszugehörigkeit und Geburtsort) (D5)

	Im EU-Land geborene Muslime	Außerhalb des EU-Landes geborene Muslime	Im EU-Land geborene Nicht-Muslime	Außerhalb des EU-Landes geborene Nicht-Muslime	Gesamt
Sehr stark	35,1%	27,3%	39,4%	29,3%	33,2%
Ziemlich stark	45,0%	41,0%	38,7%	42,1%	41,0%
Nicht sehr stark	13,7%	21,7%	17,6%	21,5%	18,8%
Überhaupt nicht stark	3,5%	8,3%	3,0%	6,4%	5,3%
Weiß nicht	2,7%	1,8%	1,3%	0,7%	1,6%
Gesamt	In %	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%
	Anzahl	373	737	790	297

Quelle: Daten der Open Society Foundations

Zugehörigkeit zum Land

Bei der Frage nach Zugehörigkeitsgefühls zum Land ergibt sich ein komplexeres Bild. Eine Mehrheit der muslimischen (61,3%) und nicht-muslimischen Befragten (73%)

¹⁰² In Marseille gaben 55% der befragten Muslime und 68% der Nicht-Muslime ein „sehr starkes“ oder „ziemlich starkes“ Zugehörigkeitsgefühl zur Stadt an, in Paris gaben 54% der Muslime und 62% der Nicht-Muslime diese Antworten.

gab ein „sehr starkes“ oder „ziemlich starkes“ starkes Zugehörigkeitsgefühl zum jeweiligen Land an.

Tabelle 23. Wie stark haben Sie das Gefühl, in diesem Land dazuzugehören? (D6)

	Muslime	Nicht-Muslime	Gesamt
Sehr stark	24,4%	35,9%	30,1%
Ziemlich stark	36,9%	35,6%	36,3%
Nicht sehr stark	25,1%	20,4%	22,8%
Überhaupt nicht stark	10,1%	6,4%	8,3%
Weiß nicht	3,4%	1,7%	2,5%
Gesamt	In %	100,0%	100,0%
	Anzahl	1110	1088

Quelle: Daten der Open Society Foundations

Nicht-muslimische Befragte (36%) sind in der Gruppe, die ein „sehr starkes“ Zugehörigkeitsgefühl zu Land angaben, allerdings stärker vertreten als muslimische Befragte (24%). Immerhin 36% der Muslime sagen, dass ihr Zugehörigkeitsgefühl zum Land „nicht sehr stark“ oder „überhaupt nicht stark“ ausgeprägt ist, im Vergleich zu 27% der nicht-muslimischen Befragten. Geburtsland und Geschlecht wirken sich ebenfalls auf das Zugehörigkeitsgefühl aus. Im Vergleich der muslimischen und nicht-muslimischen Befragten zeigt sich unter im jeweiligen EU-Land geborenen Frauen ein stärkeres Zugehörigkeitsgefühl zum Land als unter Männern oder im Ausland geborenen Befragten.¹⁰³

Die Daten aus allen elf Städten belegen ein eindeutig stärker ausgeprägtes Zugehörigkeitsgefühl zu Bezirk und Stadt als zum Land. Unter Nicht-Muslimen ist das Zugehörigkeitsgefühl zum Land stärker oder etwa gleich stark ausgeprägt wie das zu Bezirk oder Stadt. Drei Ausnahmen bilden hier Berlin, Hamburg und Stockholm. Im Fall von Hamburg wurde unter muslimischen Befragten ein stärkeres Gefühl der Zugehörigkeit zum Land (52%) als unter nicht-muslimischen (36%) deutlich.

¹⁰³ 69% der muslimischen und 75% der nicht-muslimischen im Land geborenen Frauen fühlten ein „sehr starkes“ oder „ziemlich starkes“ Zugehörigkeitsgefühl zum Land, im Vergleich zu 73% und 63% von nicht-muslimischen bzw. muslimischen im Land geborenen Männern. Siehe Tabelle 24 in Anhang 2 für genaue Aufschlüsselung der Daten.

Nationale und kulturelle Identifikation

Im Rahmen der Foundations-Befragung wurde auch die kulturelle Identifikation untersucht, also inwiefern sich die Befragten selbst als (britische, französische, deutsche usw.) Staatsangehörige betrachten und gefragt, ob sie der Auffassung sind, von ihren Mitbürgern als solche wahrgenommen zu werden. 49% der muslimischen Befragten gaben an, sich kulturell mit dem jeweiligen Land zu identifizieren (betrachteten sich als Briten, Franzosen usw.).

Tabelle 25. Sehen Sie sich selbst als [Deutsche/r, Franzose/Französin usw.]? (D9)

		Muslime	Nicht-Muslims	Gesamt
Ja		49,0%	77,1%	63,0%
Nein		51,0%	22,9%	37,0%
Gesamt	In %	100,0%	100,0%	100,0%
	Anzahl	1105	1087	2192

Quelle: Daten der Open Society Foundations

Nur 24% empfinden jedoch, von ihren Mitbürgern als Staatsbürger betrachtet zu werden.

Tabelle 26. Werden Sie von den meisten anderen Leuten in diesem Land als [Brite/Britin, Franzose/Französin usw.] gesehen? (D10)

		Muslims	Nicht-Muslims	Gesamt
Ja		24,5%	74,8%	49,5%
Nein		75,5%	25,2%	50,5%
Gesamt	In %	100,0%	100,0%	100,0%
	Anzahl	1101	1084	2185

Quelle: Daten der Open Society Foundations

Dieses im Rahmen der Einzelstudien deutlich zu Tage getretene Gefälle bei der Selbst- und angenommener Fremdwahrnehmung sollte politischen Entscheidungsträgern zu denken geben, da es nahelegt, dass eine signifikante Gruppe von Muslimen in diesen Städten, die sich als Staatsangehörige fühlen, jedoch nicht der Ansicht sind, dass sie von anderen Menschen als solche gesehen werden.

Dabei variieren die Ergebnisse zwischen den elf Städten recht stark.¹⁰⁴ Zu den Städten, in denen sich eine Mehrheit der muslimischen Befragten als Staatsangehörige empfindet, gehören Leicester (82%), London (72%), Amsterdam (59%), Marseille (52%) und Antwerpen (55%). In den verbleibenden sechs Städten Hamburg (22%), Berlin (25%), Kopenhagen (40%), Paris (41%) und Rotterdam (43%) empfindet sich nur eine Minderheit der Muslime als Staatsangehörige.

Der höchste Anteil muslimischer Teilnehmer, die sich als Staatsangehörige betrachten, besteht in den britischen Städten London (72%) und Leicester (82%). Zudem ist dort der höchste Anteil von muslimischen Befragten festzustellen (40%), die empfinden, von anderen als Staatsbürger in ihrem Land betrachtet zu werden. Die Selbstwahrnehmung und die gefühlte Fremdwahrnehmung klappt in diesen beiden Städten jedoch am stärksten auseinander.

Bemerkungen in den Fokusgruppen zeigen zudem, wie der Wunsch, als zugehörig betrachtet zu werden, gemeinsam mit der Angst, niemals als akzeptiert zu werden, für große Frustration sorgen kann:

Nein, sie betrachten uns nicht als Briten. Nicht nur das, auch unsere Kindeskindern nicht, und egal wie viele Generationen ins Land gehen, ich fürchte, sie werden uns nie als Briten sehen [...] manchmal denke ich, sie tolerieren uns nur, anstatt uns zu akzeptieren, und darin besteht der große Unterschied. (Foundations-Fokusgruppenteilnehmer, Leicester)

Wenige der in den beiden deutschen Städten Hamburg und Berlin befragten Muslime betrachten sich selbst als Deutsche (25% in Berlin und 22% in Hamburg). Noch weniger sind der Ansicht, dass andere sie als Deutsche betrachten (jeweils 11% in Hamburg und Berlin). In diesen beiden Städten ist die Spanne zwischen der kulturellen Identifikation der Befragten und ihrer antizipierten Fremdwahrnehmung am geringsten.¹⁰⁵

Wie zu erwarten sein könnte, korreliert das Geburtsland mit der Wahrnehmung der Identifikation mit dem Land: etwas mehr als zwei Drittel der in Europa geborenen Muslime äußerte ein Gefühl der Identifikation mit jeweiligem dem Land aus, im Vergleich zu weniger als 40% der außerhalb Europas geborenen Befragten.¹⁰⁶

In den Städten identifiziert sich eine Mehrheit der im jeweiligen Land geborenen Muslime kulturell mit dem Land. Dies gilt nicht für Berlin und Hamburg.¹⁰⁷ Lediglich 35% der in Deutschland geborenen Berliner Muslime beschrieben sich selbst als Deutsche. In Hamburg lag der Anteil bei 46%. Dahingegen gaben 94% der im

¹⁰⁴ Siehe Tabelle 27 in Anhang 2 für genaue Aufschlüsselung der Daten.

¹⁰⁵ Antwerpen 35%; Amsterdam 28% Paris und Marseille 25%; Rotterdam und Stockholm 18%; Kopenhagen 15%.

¹⁰⁶ Siehe Tabelle 28 in Anhang 2 für genaue Aufschlüsselung der Daten

¹⁰⁷ Siehe Tabelle 29 und Tabelle 30 in Anhang 2 für genaue Aufschlüsselung der Daten.

Vereinigten Königreich geborenen Muslime in Leicester an, sich als Briten zu sehen. Obwohl die Mehrheit der befragten Muslime dort nicht glaubt, dass sie von anderen als Briten betrachtet werden, war die Wahrscheinlichkeit einer Bejahung bei der Frage nach der Identifikation mit dem Land von innerhalb der jeweiligen EU-Staaten geborenen im Vergleich zu den im Ausland geborenen befragten Muslime 2,2 Mal höher.

Es besteht bei muslimischen Befragten ein klarer Zusammenhang zwischen Bildungsgrad und kultureller Identifikation, wobei diejenigen mit höherem Bildungsgrad sich eher als Staatsbürger des Landes betrachten.

Tabelle 31. Sehen Sie sich selbst als [Brite/Britin, Franzose/Französin usw.]? (Muslimische Befragte nach Bildungsabschluss) (I11)

	Ja	Nein	Gesamt
Kein Abschluss	30,8%	69,2%	100,0%
Grundschule	42,0%	58,0%	100,0%
Sekundarschule	51,9%	48,1%	100,0%
Universität	54,1%	45,9%	100,0%

Quelle: Daten der Open Society Foundations

Die Befragungsergebnisse legen einen Zusammenhang von höherem Bildungsgrad und stärkerer kultureller Identifikation mit dem Land nahe. Während sich zum Beispiel weniger als ein Drittel (30,8%) der befragten Muslime ohne Abschluss als Staatsbürger des jeweiligen Landes betrachten, stimmten mehr als die Hälfte (54,1%) der muslimischen Teilnehmer mit Hochschulabschluss dieser Frage zu. Ein ähnliches Muster ergibt sich bei der Betrachtung der Teilnehmer, die empfinden, von anderen als britische, französische, deutsche, oder andere Staatsbürger gesehen zu werden.

**Tabelle 32. Werden Sie von den meisten anderen Leuten in diesem Land als [Brite/Britin, Franzose/Französin usw.] gesehen?
Muslimische Teilnehmer nach Bildungsabschluss(D10)**

	Ja	Nein	Gesamt
Kein Abschluss	15,4%	84,6%	100,0%
Grundschule	19,4%	80,6%	100,0%
Sekundarschule	25,0%	75,0%	100,0%
Universität	29,9%	70,1%	100,0%
Gesamt	In %	24,5%	75,5%
	Anzahl	269	830
			1099

Quelle: Daten der Open Society Foundations

Die Daten weisen zudem darauf hin, dass die Teilnahme am Erwerbsleben, besonders eine Vollzeitbeschäftigung, ein entscheidender Faktor bei der kulturellen Identifikation der eigenen Person als Staatsangehörige eines Landes ist, ebenso wie bei der Frage nach der Fremdwahrnehmung, ob anderes dies genau so sehen.¹⁰⁸

Von den in Vollzeit beschäftigten Muslimen identifizieren sich 55,3% kulturell als Staatsangehörige. Unter Muslimen in Vollzeitausbildung liegt der Wert bei 55,1%. Im Gegensatz dazu fühlen sich nur 34,8% der Muslime im Ruhestand und 41,5% der Muslime, die sich zu Hause um die Familie kümmern, als Staatsangehörige. Muslime in Vollzeitbeschäftigung oder –ausbildung sind die einzige Gruppe, in der sich die Mehrheit selbst als jeweilige Staatsangehörige sehen. Diejenigen mit Teilzeitbeschäftigung, Arbeitslose und Arbeitsuchende sind nahezu identisch dahingehend verteilt, ob sie sich als Staatsangehörige empfinden. Abgesehen von unbezahlten Arbeitskräften in Familienunternehmen (zu wenige Daten für statistische Relevanz) umfasst die Gruppe mit dem geringsten Anteil derjenigen, die sich als Staatsangehörige identifizieren, Selbstständige, Rentner und Menschen, die sich zu Hause um die Familie kümmern. Befragte in Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung sowie Studierende empfinden am ehesten, von anderen Menschen als Staatsangehörige des jeweiligen Landes betrachtet zu werden. Unter Arbeitsunfähigen, Befragten, die sich zu Hause um die Familie kümmern, und Selbstständigen empfinden dies nur etwa halb so viele wie in den ersten drei Gruppen.

In einem Kontext wachsender Feindseligkeit gegenüber sichtbaren Zeichen religiöser Identität ist eine wichtige Erkenntnis der Studie, dass weder Zeichen sichtbarer

¹⁰⁸ siehe Tabelle 33 in Anhang 2 für genaue Aufschlüsselung der Daten.

religiöser Identität noch eine aktive Religionsausübung eine mögliche statistisch relevante Auswirkung auf die kulturelle Identifikation der Befragten hat.¹⁰⁹

Tabelle 37. Sehen Sie sich selbst als [Brite/Britin, Franzose/Französin usw.]? Muslimische Teilnehmer nach sichtbaren Zeichen religiöser Identität (D9)

		Ja	Nein	Gesamt
Ja		48,2%	51,8%	100,0%
Nein		49,6%	50,4%	100,0%
Gesamt	In %	49,0%	51,0%	100,0%
	Anzahl	541	562	1103

Quelle: Daten der Open Society Foundations

Die Ergebnisse der Foundations-Studie weisen auf Unterschiede zwischen Zugehörigkeit zum Land und kultureller Identifikation von sich als Staatsangehörige hin. In den meisten Städten gab ein höherer Anteil von Muslimen ein Zugehörigkeitsgefühl zum Land als kulturelle Identifikation von sich als Staatsangehörige an. In Amsterdam gaben beispielsweise 79% der muslimischen Befragten an, ein „sehr starkes“ oder „ziemlich starkes“ Zugehörigkeitsgefühl zu den Niederlanden zu empfinden, nur 59% sahen sich selbst jedoch als Niederländer. Auch die qualitativen Ergebnisse aus den Fokusgruppen legen nahe, dass sich eine Person sehr wohl einem Land zugehörig fühlen kann, ohne sich auch kulturell als Staatsangehörige zu identifizieren: „Deutsch sein ist eine Frage der Ethnizität, deshalb kann ich nicht deutsch sein. Aber ich kann ein deutscher Bürger sein.“ Französische und britische Städte stellen diesbezüglich eine Ausnahme dar. Insbesondere in Paris und Leicester ist der Grad der kulturellen Identifikation der Befragten als Franzosen oder Briten höher als das Zugehörigkeitsgefühl zu Frankreich oder dem Vereinigten Königreich. Die Mehrheit der in Paris befragten Muslime (58%) betrachtet sich selbst als Franzosen, nur eine Minderheit von 40% fühlt sich jedoch Frankreich zugehörig. In Leicester fühlen sich 73% der muslimischen Befragten dem Vereinigten Königreich zugehörig, wobei sogar 83% sich selbst als Briten betrachten.

¹⁰⁹ Dies wird durch Ergebnisse der Citizenship-Umfrage des Britischen Innenministeriums bekräftigt. Dort wird deutlich, dass die „Religionsausübung“ in Gruppen aus Südasiens und der Karibik keine Rolle bei der Identifikation mit der britischen Gesellschaft spielt. Rahsaan Maxwell: Caribbean and South Asian identification with British society: the importance of perceived discrimination, in: Ethnic and Racial Studies, 2009 (nachfolgend: Maxwell: Caribbean and South Asian identification with British society: the importance of perceived discrimination). Siehe auch Tabelle 34., Tabelle 35. und Tabelle 36. in Anhang 2 für genaue Aufschlüsselung der Daten.

Hürden bezüglich Zugehörigkeit zum Land und Identifikation

Laut Studienergebnissen teilen auch Muslime und Nicht-Muslime die Konzentration auf den Erwerb der Landessprache, der in den GGP und dem Europäischen Pakt zu Einwanderung und Asyl festgelegt ist. 21% der Muslime und 34% der Nicht-Muslime sind der Ansicht, dass die höchste Hürde bei der Selbstwahrnehmung als Staatsangehörige ist, nicht die Landessprache zu sprechen.

Tabelle 38. Was hindert Ihrer Ansicht nach am meisten daran, [Brite/Britin, Franzose/Französin usw.] zu sein? (D13)

	Muslime	Nicht-Muslime	Gesamt
Nicht die Landessprache(n) zu beherrschen	21,0%	34,3%	27,6%
Im Ausland geboren zu sein	10,1%	6,2%	8,1%
Einer ethnischen Minderheit anzugehören/ Kein Weißer zu sein	20,8%	13,0%	16,9%
Ausländischer Akzent/ Sprechweise	3,1%	3,6%	3,4%
Kein Christ zu sein	5,9%	0,5%	3,2%
Es gibt keine Hindernisse	5,4%	7,1%	6,3%
Nichts davon	3,3%	7,0%	5,1%
Weiß nicht	3,7%	4,3%	4,0%
	26,8%	24,1%	25,4%
Gesamt	In %	100,0%	100,0%
	Anzahl	1102	1072
			2174

Quelle: Daten der Open Society Foundations

Bei Nicht-Muslimen sind die Ergebnisse bei den Auswirkungen des Geburtslandes wie folgt. Diejenigen, die im EU-Land geboren sind, sehen die Nichtbeherrschung der Landessprache doppelt so häufig als Barriere in Bezug auf Zugehörigkeit (40%) als Nicht-wie im Ausland geborene Nicht-Muslime (20%).¹¹⁰

¹¹⁰ Siehe Tabelle 39 in Anhang 2 für genaue Aufschlüsselung der Daten.

Muslime wie Nicht-Muslime messen der Bedeutung, die Landessprache zu sprechen, ähnlich großen Wert bei und betrachten dies als wichtigen Grundwert des Landes. 366 muslimische Teilnehmer und 341 nicht-muslimische Teilnehmer gaben bei der Frage nach den wichtigsten kulturellen Werten ihres Landes die Beherrschung der Landessprache als einen von vier möglichen Werten an. Dies entspricht 33% bzw. 31,4% der jeweiligen Gruppe.¹¹¹

Die weitere Analyse der Befragten zeigte, dass sowohl muslimische wie nicht-muslimische Frauen, die außerhalb des jeweiligen EU-Landes geboren wurden, Sprache am ehesten als einen der wichtigsten Werte des Landes sehen, wobei Muslime und Nicht-Muslime zwischen 20 und 29 Jahren die Altersgruppe umfasste, die die Landessprache am ehesten als wichtigen Wert betrachtete.

Tabelle 40. Bedeutung der Landessprache als kultureller Wert (nach Religionszugehörigkeit, Geschlecht und Geburtsort) (D8)

	Die Landessprache zu sprechen, ist einer der wichtigsten Werte in Bezug auf das Leben in diesem Land
Im EU-Land geborene männliche Muslime	29,60%
Im EU-Land geborene weibliche Muslime	30,90%
Außerhalb des EU-Landes geborene männliche Muslime	28,30%
Außerhalb des EU-Landes geborene weibliche Muslime	41,10%
Im EU-Land geborene männliche Nicht-Muslime	28,30%
Im EU-Land geborene weibliche Nicht-Muslime	31,90%
Außerhalb des EU-Landes geborene männliche Nicht-Muslime	33,30%
Außerhalb des EU-Landes geborene weibliche Nicht-Muslime	36,10%
Gesamt	707

Quelle: Daten der Open Society Foundations

Die Verteilung des Bildungsgrades unter denen, die Sprache als Wert angaben, spiegelt die der gesamten Befragung wider. Muslime, die in Teilzeit beschäftigt, im Ruhestand,

¹¹¹ Siehe Tabelle 15 in Anhang 2 für weitere Informationen.

arbeitslos oder sich zu Hause um die Familie kümmern, erachten Sprache etwas mehr als der Durchschnitt Sprache als entscheidenden Wert des Landes.¹¹²

Ethnizität wird von weitaus weniger Nicht-Muslimen (13%) als Muslimen (21%) als Hürde zur Zugehörigkeit zum Land betrachtet.¹¹³ Dabei variiert die Einstellung von Nicht-Muslimen jedoch nach Herkunftsland. Im Ausland geborene (18%) Nicht-Muslimen sind eher als im EU-Land geborene Befragte (11%) der Ansicht, dass Ethnizität oder Rasse Menschen von der Zugehörigkeit zum Land ausgrenzen.

Die Ansichten im Ausland geborener Nicht-Muslimen ähneln muslimischen Einstellungen eher. Muslimische Teilnehmer betrachten Ethnizität je nach Geschlecht und Geburtsland als Hürde zu kultureller Identifikation mit dem Land. Männer sowie in Europa geborene Befragte betrachten Ethnizität eher als Barriere zur Inklusion. Beinahe ein Drittel (32%) der in der EU geborenen muslimischen Männer gaben, dass „Ethnizität/kein Weißer zu sein“ als die Haupthindernisse sind, um nicht als Staatsangehörige gesehen zu werden.¹¹⁴

Ein Hamburger Teilnehmer drückte dies folgendermaßen aus: „Es ist völlig egal, wo ich herkomme. Solange ich schwarz bin, bin ich Afrikaner.“ Im Ausland geborene Muslime und Nicht-Muslimen, die nicht die Landessprache sprechen, obwohl diese ein wichtiger Faktor in Bezug auf Eingliederung oder Ausgrenzung darstellt, besitzen zudem den Faktor, dass sie Teil einer ethnischen Minderheit oder nicht weiß sind. Nur sehr wenige Nicht-Muslimen (1%) und Muslime (6%) betrachten es als Hürde in Bezug auf die Zugehörigkeit zum Land einer anderen als der christlichen Religion anzugehören.

Die Ergebnisse der Foundations-Umfrage entsprechen denen der Analyse der Europäischen Sozialstudie. Diese legt nahe, dass neben Bildung und Beschäftigung Sprache und kulturelle Werte wichtige symbolische Trennlinien für die Zugehörigkeit zum Land in Europa darstellen:

Unterscheidungen nach Rasse und Religion werden im Zuge der wachsenden Mündigkeit der zweiten nicht-weißen und nicht-christlichen Einwanderergeneration weniger augenfällig, jedoch auch politisch weniger vertretbar. Während der öffentliche Diskurs sich notwendigerweise von der Anpassung zur Integration von Einwanderergruppen verlagert, sorgen sich die Einheimischen zunehmend um das Überleben ihrer sprachlichen und kulturellen Identität. Oder die Einheimischen verstehen möglicherweise Sprache und Kultur als

¹¹² Siehe Tabelle 41 in Anhang 2 für genaue Aufschlüsselung der Daten.

¹¹³ Siehe Tabelle 38 für mehr Informationen.

¹¹⁴ Siehe Tabelle 42 in Anhang 2 für genaue Aufschlüsselung der Daten.

Privilegien des Gruppenstatus, die früher durch Rasse oder Religion „geschützt“ waren.¹¹⁵

Selbstverständlich kann sich hinter solchen Trennlinien rassistisch und religiös motivierte Diskriminierung verbergen.¹¹⁶

3.3 Diskriminierung

Das bisher umfassendste und kohärenteste Datenmaterial über die Erfahrung von Muslimen mit Diskriminierung bietet die Studie zu Minderheiten und Diskriminierung¹¹⁷ der Europäischen Agentur für Grundrechte (EU-MIDIS). Eine erste Analyse der Daten aus 14 Ländern¹¹⁸ zeigt, dass Diskriminierung bei der Beschäftigung und bei privaten Dienstleistungen dazu tendieren, die täglichen Diskriminierungserfahrungen der Menschen zu dominieren.¹¹⁹

Zu verstehen, welcher Art von Diskriminierung Muslime ausgesetzt sind, ist entscheidend, da EU-Richtlinien den Mitgliedstaaten den Schutz vor Diskriminierung aufgrund von Religion oder Glaube ausschließlich am Arbeitsplatz vorschreiben, wohingegen ethnische und rassistisch motivierte Diskriminierung in einem weiter abgesteckten Umfeld verboten ist, darunter in den Bereichen Wohnen, Bildung und Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen. Dies mag die Tatsache reflektieren, dass in Europa Diskriminierung aufgrund der ethnischen Zugehörigkeit als am weitesten verbreitete Form der Diskriminierung betrachtet wird. Im Eurobarometer stimmten 62% der Befragten der Aussage zu, ethnisch motivierte Diskriminierung sei weit verbreitet.¹²⁰ Die Foundations-Studie ermittelte ähnliche Ergebnisse: 75% der Befragten sagten es entweder „viele“ (30%) oder „ziemlich viele“ (45%) rassistische

¹¹⁵ Christopher Bail: The Configuration of Symbolic Boundaries Against Immigrants in Europe in: *American Sociological Review* 73, 2008, S. 37–59, S. 55 (nachfolgend: Bail: The Configuration of Symbolic Boundaries) (Übersetzung des Zitats).

¹¹⁶ Bail: The Configuration of Symbolic Boundaries, S. 56.

¹¹⁷ Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA), Daten kurz gefasst: Muslime, Wien, FRAU 2009, abrufbar unter http://fra.europa.eu/fraWebsite/attachments/EU-MIDIS_MUS_LIMS_DE.pdf (Zugriff November 2010, nachfolgend: FRA: Daten kurz gefasst: Muslime) Im Jahr 2008 wurden 23.500 Einwanderer und Angehörige ethnischer Minderheiten in allen EU-Mitgliedstaaten befragt. 5000 Mitglieder der Mehrheitsgesellschaft, die in 10 Mitgliedstaaten mit Einwanderern in den gleichen Gegenden leben, wurden ebenfalls interviewt, um die Ergebnisse in einigen Kernbereichen vergleichen zu können.

¹¹⁸ Die Analyse beruht auf Daten aus Ländern, die auch von Foundations untersucht wurden, mit Ausnahme des Vereinigten Königreiches. Außerdem sind Österreich, Bulgarien, Finnland, Italien, Luxemburg, Malta, Slowenien und Spanien vertreten.

¹¹⁹ FRA: Daten kurz gefasst: Muslime, S. 7.

¹²⁰ Europäische Kommission, Eurobarometer Spezial 296: Diskriminierung in der Europäischen Union: Wahrnehmungen, Erfahrungen und Haltungen, 2008 (nachfolgend: Eurobarometer: Diskriminierung in der EU).

Vorurteile in ihrem Land gebe. Nur 17% waren der Meinung, dass es „ein paar“ rassistisch motivierte Vorteile gebe, und 2% sagten, es gebe „keine“.

Im Eurobarometer empfanden 48% der Befragten, dass rassistisch motivierte Vorurteile seien heute stärker verbreitet als vor fünf Jahren. In der Foundations-Studie klaffen die Meinungen zwischen muslimischen und nicht-muslimischen Befragten zur Verbreitung rassistischer Vorurteile im Vergleich zu vor fünf Jahren auseinander.¹²¹

Muslime (55%) sind eher der Meinung, dass rassistisch motivierte Diskriminierung zugenommen hat (Nicht-Muslime 43%), während 34% der nicht-muslimischen Befragten der Meinung sind, im Laufe der letzten fünf Jahre seit der Zustand gleich geblieben (Muslime 24%). Der Eindruck von einer Abnahme rassistisch motivierter Diskriminierung in den letzten fünf Jahren ist in beiden Gruppen ähnlich stark verbreitet (11% Muslime und 15% Nicht-Muslime).

Im Rahmen der Foundations-Umfrage wurden die Teilnehmer aufgefordert, die Gruppen zu benennen, die ihrer Meinung nach am ehesten Ziel rassistischer Diskriminierung ist.¹²² Obwohl als offene Frage formuliert gaben 60% der muslimischen und 40% der nicht-muslimischen Teilnehmer „Muslime“ als die Gruppen an, die am ehesten das Ziel rassistischer Diskriminierung ist. Fast die Hälfte (45%) der Muslime und Nicht-Muslime identifizierten „Schwarze“ als das Hauptziel rassistischer Diskriminierung.

Im Eurobarometer gaben 42% der Befragten an, dass sie den Eindruck hatten, dass Diskriminierung aufgrund von Religion und Weltanschauung weitverbreitet sei.¹²³ Es gab jedoch Schwankungen in den unterschiedlichen Ländern. Die Diskriminierung aufgrund von Religion oder Weltanschauung wird in Dänemark als am stärksten verbreitet gesehen (62%), gefolgt von Frankreich (57%) und dem Vereinigten Königreich (56%).¹²⁴ Insgesamt sehen 38% der Befragten einen Anstieg von Diskriminierung aufgrund von Religion während der letzten fünf Jahre.¹²⁵ Dieser Aussage stimmte die Mehrheit der Teilnehmer in den Niederlanden (66%), Dänemark (66%), im Vereinigten Königreich (53%), in Frankreich (51%) und Belgien (51%) zu.¹²⁶

¹²¹ Siehe Tabelle 43 in Anhang 2 für eine genaue Datenübersicht.

¹²² Siehe Tabelle 44 in Anhang 2 für eine genaue Datenübersicht.

¹²³ Eurobarometer: Diskriminierung in der EU, S. 7.

¹²⁴ Eurobarometer: Diskriminierung in der EU, S. 66.

¹²⁵ Eurobarometer: Diskriminierung in der EU, S. 7.

¹²⁶ Eurobarometer: Diskriminierung in der EU, S. 68.

Tabelle 45. Wie verbreitet ist Diskriminierung aufgrund der Religion oder Weltanschauung?

	Sehr verbreitet	Ziemlich verbreitet	Ziemlich selten	Sehr selten	Nicht existent	Weiß nicht	Gesamt
Belgien	14%	39%	30%	14%	2%	1%	1012
Dänemark	18%	44%	26%	11%	–	1%	1032
Deutschland	6%	28%	38%	24%	2%	2%	1562
Frankreich	12%	45%	32%	6%	1%	4%	1054
Niederlande	12%	43%	34%	10%	–	1%	1023
Schweden	8%	43%	37%	9%	–	3%	1007
Vereinigtes Königreich	14%	42%	34%	5%	1%	4%	1306
EU 27	9%	33%	34%	17%	4%	3%	26746

Quelle: Eurobarometer, Diskriminierung in der EU: Wahrnehmungen, Erfahrungen und Haltungen, 2008

Die Wahrnehmung des Grades religiös motivierter Diskriminierung und Vorurteilen ist in den Ergebnissen der Foundations-Studie stärker ausgeprägt. 70% der nicht-muslimischen Befragten sehen entweder „viele“ (29%) oder „recht viele“ (41%) religiöse Vorurteile in ihrem jeweiligen Land.

Tabelle 46. Religiöse Vorurteile im Land (H4)

		Muslime	Nicht-Muslime	Gesamt
Viele		42,7%	29,3%	36,1%
Ziemlich viele		37,1%	41,1%	39,1%
Ein paar		11,8%	18,3%	15,0%
Keine		2,0%	4,1%	3,0%
Weiß nicht		6,4%	7,2%	6,8%
Gesamt	In %	100,0%	100,0%	100,0%
	Anzahl	1109	1089	2198

Quelle: Daten der Open Society Foundations

Die Mehrheit der muslimischen Befragten (56%) ist zudem der Ansicht, dass es heute mehr religiöse Vorurteile gibt als vor fünf Jahren.¹²⁷

Nahezu alle Befragten nannten Muslime als die Gruppe, die Hauptziel religiöser Vorurteile ist. Ein Viertel aller nicht-muslimischer Befragten und 15% der Muslime gaben außerdem Juden als Ziel religiöser Vorurteile an.¹²⁸

Die Nennung von „Muslimen“ vonseiten der Befragten als Ziel sowohl religiöser wie auch rassistisch motivierter Vorurteile zeigt die Schwierigkeit, ethnisch und religiös motivierte Diskriminierung voneinander zu trennen und legt nahe, dass Muslime mehrfach oder intersektional diskriminiert werden.¹²⁹ Die FRA-Analyse der EU-MIDIS-Daten ermittelt, dass in Bezug auf Diskriminierungserfahrungen während der vorangehenden 12 Monate ein Drittel der befragten Muslime von Diskriminierung allein aufgrund der Ethnizität berichtete; 10% nannten einzig und allein religiöse Diskriminierung.¹³⁰ Die größte Gruppe, 43%, gab allerdings an, sowohl aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit als auch aufgrund ihrer Religion diskriminiert worden zu sein.¹³¹ In ähnlicher Weise sind Vorurteile über Muslime nicht die gleichen wie

¹²⁷ Siehe Tabelle 47 in Anhang 2 für eine genaue Datenübersicht.

¹²⁸ Siehe Tabelle 48 in Anhang 2 für eine genaue Datenübersicht.

¹²⁹ Die Eurobarometerumfrage zeigt den Zusammenhang zwischen Diskriminierung aufgrund von Glaube oder Religion und multipler Diskriminierung. Eurobarometer: Diskriminierung in der EU, S. 15.

¹³⁰ Im Eurobarometer sagten 12% der Befragten, die sich zu einer religiösen Minderheit zählen, sie seien während der letzten 12 Monate aufgrund ihrer Religion diskriminiert worden. Eurobarometer: Diskriminierung in der EU, S. 14.

¹³¹ FRA: Daten kurz gefasst: Muslime, S. 6

Vorurteile gegenüber Migranten, obwohl viele Muslime in Europa zudem Migranten sind. Die Auswertung der Europäischen Wertestudie zeigt, dass „die kumulierten Niveaus anti-muslimischer Vorurteile eindeutig höher ausfielen als die der Vorurteile gegenüber Immigranten“.¹³²

Die Foundations-Daten weisen zudem auf Unterschiede bei der Wahrnehmung von rassistischer Diskriminierung unter den Muslimen, wenn man Geschlecht und Geburtsort berücksichtigt. Die Daten zeigen, dass in Europa geborene Muslime am ehesten den Eindruck haben, es gebe „viele“ rassistische Vorurteile in ihrem Land (34%). In der Gruppe der im Ausland geborene muslimischen Männer vertreten die wenigsten die Ansicht, dass „viele“ rassistische Vorurteile im jeweiligen Land bestehen.¹³³

Auch die Wahrnehmung religiöser Vorurteile schwankt unter den muslimischen Befragten, wenn man Geschlecht und Geburtsort berücksichtigt. Die Hälfte der in Europa geborenen Muslime findet, dass es „viele“ religiöse Vorurteile gibt, im Vergleich zu 40% der im Ausland geborenen Muslime.

**Tabelle 50. Religiöse Vorurteile im Land
(nach Religionszugehörigkeit und Geburtsort) (H4)**

	Im EU-Land geborene Muslime	Außerhalb des EU-Landes geborene Muslime	Im EU-Land geborene Nicht-Muslime	Außerhalb des EU-Landes geborene Nicht-Muslime	Gesamt
Viele	49,7%	39,2%	29,2%	29,6%	36,1%
Ziemlich viele	36,8%	37,2%	42,4%	37,7%	39,1%
Ein paar	8,1%	13,7%	17,8%	19,5%	15,0%
Keine	1,6%	2,2%	3,8%	5,1%	3,0%
Weiß nicht	3,8%	7,7%	6,8%	8,1%	6,8%
Gesamt	In %	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%
	Anzahl	372	737	792	297

Quelle: Daten der Open Society Foundations

¹³² Strabac & Listhug: Anti-Muslim prejudice, S. 281. (Übersetzung des Zitats).

¹³³ Siehe Tabelle 49 in Anhang 2 für eine genaue Datenübersicht.

Betrachtet man die Unterschiede zwischen den Geschlechtern, so zeigt sich, dass in Europa geborene muslimische Frauen am ehesten der Meinung sind, dass es in ihrem Land „viele“ religiöse Vorurteile gibt (51%). Im Ausland geborene muslimische Männer hingegen finden dies am wenigsten (38%). 75% aller in der EU geborenen Muslime sind der Meinung, dass es in ihrem Land inzwischen mehr Vorurteile gibt als früher. Zum Vergleich: Der Anteil im Ausland geborener Muslime, der dieser Aussage zustimmt, liegt bei 65%.¹³⁴

Die Teilnehmer wurden danach gefragt, wie häufig sie während der letzten 12 Monate Opfer unterschiedlicher Formen der Diskriminierung geworden sind.¹³⁵ In verschiedenen Abstufungen berichteten Muslime häufiger als Nicht-Muslime von Erfahrungen rassistisch oder religiös motivierter Diskriminierung.

Tabelle 52. Wie oft haben Sie rassistische Diskriminierung selbst erfahren? (H7.3)

		Muslime	Nicht-Muslime	Gesamt
	Fast ständig	3,2%	1,8%	2,5%
	Häufig	12,4%	4,5%	8,5%
	Manchmal	28,3%	14,3%	21,4%
	Selten	18,1%	14,4%	16,2%
	Nie	38,0%	65,1%	51,4%
Gesamt	In %	100,0%	100,0%	100,0%
	Anzahl	1108	1085	2193

Quelle: Daten der Open Society Foundations

¹³⁴ Siehe Tabelle 51 in Anhang 2 für eine genaue Datenübersicht.

¹³⁵ Dies bedeutet entweder, dass sich fast ständig, häufig, manchmal oder nie diskriminiert fühlen.

Tabelle 53. Wie oft haben Sie religiöse Diskriminierung selbst erfahren? (H7.4)

		Muslime	Nicht-Muslime	Gesamt
Fast ständig		5,1%	0,8%	3,0%
Häufig		17,9%	2,1%	10,1%
Manchmal		26,7%	5,7%	16,3%
Selten		15,3%	10,5%	12,9%
Nie		35,0%	80,9%	57,7%
Gesamt	In %	100,0%	100,0%	100,0%
	Anzahl	1109	1087	2196

Quelle: Daten der Open Society Foundations

Nicht-Muslime waren weitaus seltener rassistisch oder religiös motivierter Diskriminierung ausgesetzt.

Die Häufigkeit, mit der Muslime Diskriminierung aufgrund ihrer Religion erfahren, ist unter den befragten Muslimen unterschiedlich. Die Hälfte der Befragten erfährt entweder keine religiöse Diskriminierung (35%) oder selten (15%); 27% berichten, „manchmal“ aufgrund ihrer Religion diskriminiert worden zu sein, während sich 18% „häufig“ und 5% „fast ständig“ diskriminiert fühlen. Der Anteil der muslimischen Befragten, die sich „fast ständig“ oder „häufig“ religiösen Vorurteilen oder ungerechter Behandlung ausgesetzt sehen, variiert nicht nach Geschlecht oder Geburtsland. In den Gruppen die sich „manchmal“, „selten“ oder „nie“ ungerecht behandelt fühlen, wirken sich Geschlecht und Geburtsland allerdings signifikant aus.¹³⁶

Unter den in Europa geborenen muslimischen Befragten waren Männer (29%) und insbesondere Frauen (35%) während der letzten 12 Monate eher religiös motivierter Diskriminierung ausgesetzt als im Ausland geborene muslimische Befragte. Die wenigsten der in der EU geborenen muslimischen Frauen haben während der letzten 12 Monate keine religiös motivierte Diskriminierung erfahren (22%). Im Ausland geborene männliche Muslime haben am ehesten keine religiös motivierte Diskriminierung oder Vorurteile erfahren.

Muslimische Befragte berichteten weniger häufig von rassistisch motivierter Diskriminierung als von religiöser. Die Zahlen sind jedoch immer noch hoch.¹³⁷

¹³⁶ Siehe Tabelle 54 in Anhang 2 für eine genaue Datenübersicht.

¹³⁷ Siehe Tabelle 55 in Anhang 2 für eine genaue Datenübersicht.

Obwohl mehr als die Hälfte der Teilnehmer angaben, „selten“ (18%) oder „nie“ (38%) rassistisch motivierter Diskriminierung ausgesetzt gewesen zu sein, erleben sie 28% „manchmal“, 12% „häufig“ und 3% „fast ständig“. Im Ausland geborene muslimische Männer sehen sich eher „fast ständig“ oder „häufig“ rassistischer Diskriminierung ausgesetzt (19%), als in Europa geborene muslimische Männer (16%) oder Frauen (14%).

Ein Viertel der weiblichen Befragten berichtete, während der letzten 12 Monate mindestens „manchmal“ aufgrund ihres Geschlechts ungerecht behandelt oder Vorurteilen ausgesetzt worden zu sein.

Tabelle 56. Wie häufig erleben Sie Diskriminierung aufgrund Ihres Geschlechts? (H7.1)

	Muslime männlich	Muslime weiblich	Nicht-Muslime männlich	Nicht-Muslime weiblich	Gesamt
Fast ständig	0,5%	0,7%	0,4%	0,7%	0,6%
Häufig	1,3%	2,5%	0,8%	6,4%	2,8%
Manchmal	5,9%	12,2%	6,2%	19,6%	11,1%
Selten	10,5%	18,5%	13,1%	21,4%	15,9%
Nie	81,8%	66,1%	79,6%	51,9%	69,6%
Gesamt	In %	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%
	Anzahl	555	551	520	566

Quelle: Daten der Open Society Foundations

Muslime und Nicht-Muslime besitzen ähnliche Diskriminierungserfahrungen in Bezug auf ihren Bezirk.¹³⁸

Nach Ansicht von 28% der befragten Muslime geht Diskriminierung aufgrund der religiösen Zugehörigkeit eher von der Allgemeinheit aus, statt von einer spezifischen Institution oder dem beruflichen Umfeld.

¹³⁸ Siehe Tabelle 57 in Anhang 2 für eine genaue Datenübersicht.

Tabelle 58. Orte religiöser Diskriminierung(H8)

	Muslime	Nicht-Muslime	Gesamt Anzahl
In einer örtlichen Arztpraxis	3,8%	1,2%	55
Im örtlichen Krankenhaus	5,4%	1,2%	72
In einer örtlichen Schule	6,4%	1,4%	85
Vom örtlichen Bezirk	4,7%	0,7%	59
Von einem Vermieter oder einer Vermietungsagentur	7,4%	1,3%	95
In einem Geschäft in der Nähe	6,3%	2,5%	95
In öffentlichen Verkehrsmitteln	13,2%	2,7%	174
Von Fluglinien-/Flughafenangestellten	7,2%	1,3%	93
Vom Gericht (Amtsgericht, Landesgericht usw.)	1,5%	0,8%	24
Von der Polizei	9,2%	3,4%	137
Von den Einwanderungsbehörden	3,5%	0,4%	43
Von irgendeiner Person auf der Straße	27,7%	11,2%	422
Von keiner der genannten Stellen	49,9%	81,8%	1407
Gesamt Anzahl	1102	1048	2150

Quelle: Daten der Open Society Foundations

In der EU geborene Muslimas fühlen sich insbesondere von der Allgemeinheit diskriminiert. Zwei Fünftel (42%) ihrer Erfahrungen mit Diskriminierung gingen von Mitbürgern aus.¹³⁹

Bei Vorurteilen oder ungerechter Behandlung sind nach Aussagen muslimischer Befragter öffentliche Verkehrsmittel ein entscheidender Ort, wo sie dies erfahren (13%). Mehr in Europa geborene muslimische Männer (17%) als Frauen (6%) oder

¹³⁹ Siehe Tabelle 59 in Anhang 2 für eine genaue Datenübersicht.

im Ausland geborene männliche Muslime (10%) erfahren vonseiten der Polizei Diskriminierung.

Nicht nur die Erwartungen und Erfahrungen von Diskriminierung untergraben die Integration beim Zugang zum Arbeitsmarkt, Wohnungswesen und Bildungssystem. Diskriminierung erschwert außerdem die Identifikation mit dem Land¹⁴⁰ und die allgemeine Zufriedenheit mit dem eigenen Leben.¹⁴¹ Laut Europäischer Sozialstudie sind Migranten und ihre Nachkommen insgesamt weniger zufrieden ihren Leben als die Gesamtbevölkerung. Die Migrationsforschung legt nahe, dass der Umzug aufgrund der Migration die geringere Lebenszufriedenheit der ersten Migrantengeneration erklärt. Laut Europäischer Sozialstudie ist das niedrige Zufriedenheitsniveau bei der zweiten Generation auf die Diskriminierungserfahrung zurückzuführen:

Obwohl sie im Aufnahmeland geboren und aufgewachsen sind, scheinen Angehörige der zweiten Generation mindestens ebenso unzufrieden mit ihren Leben zu sein wie diejenigen der ersten Generation, wenn beide Elternteile Einwanderer sind. Dieses Ergebnis veranschaulicht die psychosozialen Erfahrungen der zweiten Einwanderergeneration und die durch qualitative Forschung gut dokumentierte Tatsache, dass schlechtere Lebensumstände in dieser Generation, mehr als von ihren Eltern, als grundsätzlich ungerecht betrachtet werden. (Handlin 1966; Portes und Rumbaut 2001) [...] Wird die erfahrene Diskriminierung als Faktor bei der Analyse eingeführt, nehmen die bestehenden Unterschiede bei der Lebenszufriedenheit zwischen ethnischen Minderheiten und Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft ab (und verschwinden teilweise ganz). Dies trifft besonders auf Afrikaner, Asiaten und Türken zu.¹⁴²

Die qualitativen Daten aus Foundations-Befragung und Fokusgruppen verdeutlichen die Hartnäckigkeit, mit der Diskriminierung und Vorurteile das Zugehörigkeitsgefühl zerstören. Beispielsweise gaben 13 von 59 Muslimen in Amsterdam Diskriminierung und Rassismus als Hauptgründe an, warum sie sich dort nicht heimisch fühlen. Befragte in Paris nannten Diskriminierungserfahrungen ebenfalls als wichtiges Hindernis bei der Entwicklung des Zugehörigkeitsgefühls. Diskriminierung wurde auch als Hauptursache von denen genannt, die nicht als Franzose/Französin gesehen werden möchten. In Berlin gaben Muslime Sicherheitsbedenken, die Angst vor rassistischen Übergriffen und die Sorge, sich als Außenseiter zu fühlen, als Gründe für mangelnde Identifikation mit der Stadt an. Die Wahrnehmung, dass man von Deutschstämmigen nicht als echter Deutscher akzeptiert wird, wurde in den Fokusgruppen in Berlin und Hamburg als entscheidendes Hindernis genannt.

¹⁴⁰ Maxwell: Caribbean and South Asian identification with British society.

¹⁴¹ Mirna Safi: Immigrants' life satisfaction in Europe between assimilation and discrimination in: *European Sociological Review*, 2009 (nachfolgend: Safi: Immigrants' life satisfaction). Siehe auch M. Verkuyten: Life satisfaction among ethnic minorities: The role of discrimination and group identification in: *Social Indicators Research* 89, 2008, S. 391–404.

¹⁴² Safi: Immigrants' life satisfaction (Übersetzung des Zitats).

3.4 Interaktionen

Es besteht neues politisches Interesse in Bezug auf Ausmaß und Ausprägung zwischenmenschlicher Kontakte außerhalb der eigenen ethnischen oder religiösen Gruppe. Dieses wird von der Theorie sozialer Kontakte gestützt, die einen Zusammenhang von gruppenübergreifendem Kontakt mit dem folgerichtigen Abbau von Vorurteilen sieht.¹⁴³ Zudem wird die schwache sozial-ökonomische Integration von Minderheiten mit einem Mangel an *bridging capital* in Verbindung gebracht, also Netzwerken und Kontakten außerhalb der eigenen ethnischen oder religiösen Gruppe. Das Interesse am Interaktionsgrad ist auch der Debatte geschuldet, ob Minderheiten in Parallelgesellschaften leben, abgeschottet und getrennt von der Allgemeinheit. In der Foundations-Umfrage wurden zahlreiche Fragen gestellt, nicht nur nach der Häufigkeit von Kontakten zu Angehörigen anderer ethnischer oder religiöser Gruppen, sondern auch nach den Orten, an denen am häufigsten Austausch stattfindet.¹⁴⁴ Gefragt wurde nach bedeutsamen Kontakten, also solche, die über das Grüßen hinausgehen und bei denen Informationen ausgetauscht werden.

Die Foundations-Studie untersuchte Kontakte mit Angehörigen anderer ethnischer und religiöser Gruppen an acht unterschiedlichen Orten sowie Kontakte zu ausschließlich anderen ethnischen Gruppen an zehn weiteren Orten. Die Interaktion mit Angehörigen anderer Religionsgemeinschaften ist insgesamt etwas geringer als die mit anderen Ethnien.¹⁴⁵ Bildungseinrichtungen und der Arbeitsplatz sind am ehesten Orte, an denen Kontakte zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen und damit zwischen Religionen und ethnischen Gruppen am häufigsten sind. Häufiger interethnischer und interreligiöser Kontakt findet vor allem bei in Europa geborenen Muslimen statt. Im Gegensatz dazu treffen ein Viertel der im Ausland geborenen muslimischen Frauen nur selten oder niemals mit Angehörigen anderer ethnischer oder religiöser Gruppen am Arbeitsplatz oder in der Schule zusammen. Dies hängt vermutlich stark mit dem hohen Anteil der Nichterwerbstätigkeit zusammen.

Nach dem Arbeitsplatz und Bildungseinrichtungen rangieren Geschäfte als Orte, an denen die Befragten mit Angehörigen anderer Ethnien oder Religionen am häufigsten in Kontakt kommen. Für alle Gruppen sind öffentliche Verkehrsmittel und öffentliche Plätze wie Parks wichtige Orte für einen Austausch mit anderen Ethnien. Für in der EU geborene männliche Muslime bietet Sport oder die sonstige Freizeitgestaltung weit

¹⁴³ T. Pettigrew: Intergroup contact theory in: Annual Review of Psychology 49, 2008, S. 65–85.

¹⁴⁴ Die Frage lautete, ob die Teilnehmer „täglich“, mindestens „einmal pro Woche“, „einmal pro Monat“, „einmal pro Jahr“ oder „nie“ mit Angehörigen anderer ethnischer oder religiöser Gruppen an einer Auswahl an Orten zusammen treffen. Täglicher oder wöchentlicher Kontakt wird als „häufig“ gelistet, „manchmal“ bezieht sich auf Kontakte, die einmal im Monat statt finden, und Interaktionen, die nur einmal im Jahr oder nie statt finden, werden als „selten/nie“ aufgeführt.

¹⁴⁵ Der Begriff „andere“ Ethnie oder Religion beschreibt Personen, die eine andere ethnische oder religiöse Zugehörigkeit haben als die befragte Person.

vor allen anderen Befragten die wichtigste Gelegenheit zu Kontakt mit anderen Ethnizitäten und Religionen. Für im Ausland geborene Muslimas sind Wochenmärkte ein wichtiger Ort für Kontakte mit anderen Ethnien. Etwa ein Drittel der muslimischen und ein Viertel der nicht-muslimischen Frauen haben in Krippen und Kindergärten häufigen Kontakt zu anderen ethnischen oder religiösen Gruppen.

Stadtteilgruppen und Gemeindezentren sind Orte, wo die Mehrheit der Befragten kaum oder nie Kontakt zu anderen ethnischen Gruppen haben. Allerdings legt die weitere Datenanalyse nahe, dass Stadtteilgruppen für interethnische Kontakte für in Europa geborene muslimische Männer (23%) wichtig sind, ebenso wie für im Ausland geborene männliche Nicht-Muslime (21%). In Gemeindezentren treffen 23% der in Europa geborenen muslimischen Männer Angehörige anderer ethnischer Gruppen.

Der häufige Kontakt zwischen anderen Ethnien und Religionen am Arbeitsplatz, in Schulen, Geschäften und an öffentlichen Orten ist zu erwarten. Dennoch fand die Foundations-Studie heraus, dass Kontakte mit Angehörigen anderer ethnischer oder religiöser Gruppen auch häufig bei den Menschen zu Hause stattfinden. Dies betrifft vornehmlich weibliche Befragte. Mehr als die Hälfte der im Ausland geborenen weiblichen Nicht-Muslime (51%) sowie der innerhalb Europas geborenen Muslimas (51%) haben zu Hause häufigen Kontakt mit anderen Ethnien oder Religionen. Dies trifft auch auf 46% der in Europa geborenen nicht-muslimischen Frauen und 43% der in Europa geborenen männlichen Muslime zu. Unter im Ausland geborenen Muslimen besteht eine größere Polarisierung. Etwa ein Drittel treffen Angehörige anderer ethnischer Gruppen zu Hause, aber bei fast einem Viertel ist dies selten oder nie der Fall. 35% der außerhalb Europas geborenen Muslime haben selten, nie oder manchmal mit Angehörigen anderer Religionen Kontakt, 27% häufig.

Im Rahmen der Foundations-Studie wurde ermittelt, dass Städte zunehmend den Dialog zwischen unterschiedlichen religiösen Traditionen und Gemeinden unterstützen. In Antwerpen wird der interreligiöse Dialog durch eine Arbeitsgruppe namens Cordoba gestärkt, in der sechs anerkannte Religionsgemeinschaften – Katholiken, Protestanten, Juden, Muslime, Anglikaner und Orthodoxe – mit Menschen ohne Religionszugehörigkeit zusammentreffen. Das Amsterdamer Programm „Wij Amsterdammers“ soll sowohl innerhalb der muslimischen Gemeinschaften als auch zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen eine Debatte über den Islam anregen. Zu den Initiativen für den Dialog zwischen den unterschiedlichen Gruppen gehört auch die Schaffung des religiös-säkularen Kreises in Slotervaart, bei dem sich Angehörige unterschiedlicher Religionen sowie Nicht-Religiöse bei mehreren Treffen über Gedanken und Themen im Bereich Religion und Gesellschaft austauschten, um mehr Verständnis und Toleranz für einander zu entwickeln. In Leicester unterstützt der Stadtrat den *Leicester Council of Faiths* (etwa: Religionsrat), in dem Bahai, Buddhisten, Christen, Hindus, Anhänger des Jainismus, Juden, Muslime und Sikhs zusammenkommen.¹⁴⁶ Der Bischof von Leicester steht außerdem dem informellen Faith Leaders

¹⁴⁶ Siehe Website des Council of Faiths unter: <http://www.leicestercounciloffaiths.org.uk/index.html> (Zugriff November 2009).

Forum (etwa: Forum der Glaubensführer) vor, zu dem auch Vertreter der Polizei, des Stadtrats und anderer Einrichtungen geladen sind. Dieses Forum bietet eine wichtige Plattform zur Diskussion sensibler und kontroverser in Bezug auf die Glaubensgemeinschaften. Bei solchen Treffen wurden bereits politische Probleme und mögliche Spannungen zwischen den Gemeinschaften behandelt. Die Gegenwart zahlreicher Netzwerke und Organisationen führte dazu, dass bei Krisen mit möglicher Abfärbung auf das lokale Umfeld (beispielsweise die terroristischen Anschläge vom 11. September 2001 und vom 7. Juli 2005, oder Spannungen zwischen Muslimen und Hindus nach dem ethnischen Konflikt in Gujarat in Indien) Kommunikationskanäle für die Vorsteher der Gemeinschaften zur Verfügung standen, um sich zu treffen und Themen zu besprechen – auch wenn sie sich einigten, uneins zu sein.

3.5 Wichtigste Erkenntnisse

Laut Foundations-Studie ist die Mehrheit der muslimischen und nicht-muslimischen Teilnehmer der Ansicht, dass Menschen unterschiedlicher Herkunft in ihren Bezirken gut miteinander auskommen und die Anwohner der Nachbarschaft bereit sind, sich gegenseitig zu helfen. Mehr Muslime als Nicht-Muslime empfanden einen engen Zusammenhalt in ihrem Stadtteil. Das gegenseitige Vertrauen ist grundsätzlich hoch. Dennoch sind Anstrengungen erforderlich, um das Vertrauen unter Jugendlichen zu fördern.

Das gemeinsame Bekenntnis zu den Werten der EU ist ein großes Thema der europäischen Integrationspolitik. Die Ergebnisse der Foundations-Studie ergeben ein gemischtes Bild. Einerseits sind die Befragungsergebnisse in Bezug auf die Frage, ob Menschen in der Nachbarschaft gemeinsame Werte teilen, recht negativ: Die Mehrheit der Muslime und Nicht-Muslime waren nicht dieser Ansicht. Beide Gruppen erachten jedoch ähnliche Werte als wichtig in ihrem Land: Respekt vor dem Gesetz, Rede- und Ausdrucksfreiheit und Chancengleichheit wurden sowohl von muslimischen und nicht-muslimischen Befragten an erster Stelle genannt. Respekt für andere Religionen wurde von Muslimen höher bewertet als von Nicht-Muslimen. Angesichts des Bekenntnisses zur Achtung der religiösen Vielfalt in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union könnte eine stärkere Konzentration auf diesen Bereich nötig sein.

Die Ergebnisse zeichnen ein komplexes Bild. Ein Gefühl gemeinsamer Werte ist anscheinend für gute nachbarschaftliche Beziehungen und Hilfsbereitschaft unter Menschen unterschiedlicher Herkunft nicht erforderlich. Allerdings deuten die Ergebnisse auf einen größeren Zusammenhang von Grad des Vertrauens, der Einschätzung, ob die Menschen in der Nachbarschaft bereit sind, für die Verbesserung der Nachbarschaft zusammenzuarbeiten, und der Auffassung, dass die Menschen in der Nachbarschaft die gleichen Werte teilen.

Das Zugehörigkeitsgefühl zum Bezirk und zur Stadt ist unter Muslimen in allen elf untersuchten Städten stärker ausgeprägt als das Gefühl der Zugehörigkeit zum Land. Dieses Ergebnis bestärkt den Ansatz in der EU, Städte bei ihren Integrationsmaßnahmen zu unterstützen. Nicht-Muslime fühlen sich stärker dem Land als der Stadt

oder dem Bezirk zugehörig, oder etwa gleich stark. Muslime berichteten zwar auch von national-kultureller Identifikation als Staatsbürger, sind jedoch nicht der Ansicht, dass sie von ihren Mitbürgern als solche betrachtet werden. Der Grad der kulturellen Identifikation steigt mit dem Grad an Integration in anderen Bereichen wie Arbeitsmarkt oder Bildungssystem. Angesichts der Debatte zum Kopftuch in Europa, insbesondere in Frankreich, Deutschland, den Niederlanden und in Dänemark, ist es wichtig anzumerken, dass die Foundations-Studie zu dem Ergebnis kam, dass sichtbare Zeichen von Religiosität keinen Einfluss auf die kulturelle Identifikation mit dem Staat haben.

Muslimische und nicht-muslimische Befragte haben bezüglich des Ausmaßes an rassistisch motivierter Diskriminierung ähnliche Ansichten. Ihre Wahrnehmung religiöser Diskriminierung unterscheidet sich allerdings deutlich. In Europa geborene muslimische Befragte, besonders Frauen, fühlen sich eher aufgrund ihrer Religion diskriminiert als im Ausland geborene. Generell geht diese Diskriminierung von der Allgemeinheit aus. In Europa geborene Muslime erfahren jedoch auch die Polizei als Quelle ungerechter Behandlung und Diskriminierung. Die Hartnäckigkeit von Rassismus und Diskriminierung in der Erfahrung der Muslime und deren Rolle als Hürde in der Entwicklung des Zugehörigkeitsgefühls, und damit der Integration, zeigt dass weitere Maßnahmen notwendig sind, damit Europa sein Versprechen einlösen kann, ein Bereich zu sein, in dem von Pluralismus und Toleranz gelten. Zudem legen diese Ergebnisse und andere Studien nahe, dass in manchen Ländern religiös motivierte Diskriminierung zunimmt anstatt abnimmt.

Die Ergebnisse lassen zudem auf ein hohes Ausmaß an Interaktion zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft schließen. Unter muslimischen Befragten findet inter-ethnischer und inter-religiöser Austausch am häufigsten unter in Europa geborenen statt. Kontakte mit anderen Ethnien und Religionen am Arbeitsplatz, in Schulen, Geschäften und an öffentlichen Orten sind zu erwarten. Vielleicht überraschender ist aber das Ergebnis, dass auch das Zuhause für viele ein wichtiger Ort der Begegnung zwischen ethnischen und religiösen Gruppen sein kann. Dies gilt besonders für weibliche Befragte. Die Mehrheit der in Europa geborenen muslimischen Frauen (51%) berichtet von Kontakten zu Personen anderer ethnischer Herkunft bei sich zu Hause. Dies widerspricht der gängigen Meinung, dass Muslime in einer Parallelgesellschaft leben und sich nicht ihrer Stadt, oder dem Land in dem sie leben, zugehörig fühlen. Das Ergebnis legt nahe, dass Diskriminierung zwar nach wie vor ein entscheidendes Hemmnis in Bezug auf das Zugehörigkeitsgefühl bleibt, allerdings eines, das viele überwinden.

4. BILDUNG

Die GGP betonen die Bedeutung der Bildung für die Integration. Das Bildungssystem stattet die Schüler mit den Fähigkeiten und Qualifikationen für die Teilhabe am Arbeitsmarkt aus und ist der entscheidende Motor sozialer Mobilität. Es nimmt zudem bei der Sozialisierung Jugendlicher eine prägende Rolle bei der Vermittlung von ungeschriebenen Gesetzen und Werten der Gesellschaft ein und ist die erste öffentliche Institution, mit der junge Muslime Kontakt haben. Die Art und Weise, wie Schulen auf die Bedürfnisse von Muslimen eingehen und diese achten, prägen dementsprechend vermutlich ihr Akzeptanz- und Zugehörigkeitsgefühl in Bezug auf die Gesellschaft. Schulen tragen zudem zur Integration bei, indem sie Möglichkeiten für Interaktion zwischen Schülern, Eltern und Lehrkräften unterschiedlicher ethnischer und religiöser Herkunft bieten.

Dieses Kapitel befasst sich mit Themen, die sich im Bereich Bildung entwickelt haben. Evidenzbasierte Politik erfordert Informationen und Daten. Das Kapitel beginnt mit einem Überblick über Anstrengungen und Herausforderungen bei der Datenerhebung im Bildungsbereich.

4.1 Datenerhebung

Die im Bildungsbereich erfassten Daten in allen elf untersuchten Städten decken selten die religiöse Identität oder Zugehörigkeit der Schüler oder Studierenden ab. Die unterschiedlichen Kategorien, die in Bildungsstatistiken verwendet werden, reichen von Staatsangehörigkeit bis Ethnizität, Migrationshintergrund und Familiensprache, was die Identifikation von Schülern mit Minderheits- oder Migrationshintergrund erleichtert. Dies wiederum bietet sehr unvollständige Indizien auf die Erfahrungen und Leistungen einiger muslimischer Gruppen. Die Nutzung der unterschiedlichen Kategorien und Definitionen begrenzt jedoch die Möglichkeit, einer länderübergreifenden vergleichenden Studie.¹⁴⁷

Die Entwicklung evidenzbasierter Politik erfordert belastbare Daten. In einigen Städten gibt werden Initiativen zur Verbesserung der Verfahren zur Datenerhebung entwickelt. Leicester möchte durch die genaue Erfassung zu Jugendlichen in den Schulen zielgerichteter im Bildungssystem intervenieren, um die schulischen Leistungen zu verbessern. Dabei wird eine zentrale Datenbank namens Datanet eingesetzt, die eine genauere Untersuchung von Problemen in der Schule, auf lokaler und städtischer Ebene ermöglicht, wobei eine Aufschlüsselung nach Geschlecht, Ethnizität und Anzahl der Kinder, deren Familien keinen Beitrag für das Schulesen

¹⁴⁷ Siehe European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia: Migrants, Minorities and Education. Documenting Discrimination and Integration in 15 Member States of the European Union, EUMC, Luxemburg, 2004 (nachfolgend: EUMC: Migrants, Minorities and Education).

entrichten, möglich ist.¹⁴⁸ Der Aufbau einer Datenbank zur Verfolgung der schulischen Karriere von Schülern mit Migrationshintergrund wurde ebenfalls in den gemeinsamen Aktionsplan zur Verbesserung der Bildung von Migranten aufgenommen, der von den französischen Ministern 2007 verabschiedet wurde. Bestehende, während der ersten großen Ankunftswellen von Migranten in vielen Staaten entwickelte Datenerhebungsmethoden müssen in Bezug auf die Situation und Erfahrungen der zweiten Generation modernisiert werden. In einigen Städten wird dies bereits vorgenommen. In Antwerpen wurden zuvor Daten aufgrund der Familiensprache erhoben. Inzwischen hat man erkannt, dass für viele Kinder der zweiten Migrantengeneration die gesprochene Sprache je nach Kontext, Zuhörer und Inhalt eine andere sein kann. Der niederländische Erlass über Chancengleichheit in der Bildung fragt nun ab, ob ein Kind mit Mutter, Vater oder Geschwistern niederländisch spricht. Antwortet das Kind bei zwei davon mit nein, wird es als Kind mit Migrationshintergrund erfasst. In England verwenden einige lokale Schulbehörden sogenannte „extended ethnic codes“, also detailliertere Kategorien als im Zensus von 2001, für eine Aufschlüsselung nach schulischer Leistung auf lokaler Ebene. In der Kategorie Pakistani werden Kashmir- und Mirpur-Pakistani unterschieden. Durch die weitere Aufteilung der ethnischen Kategorie „Schwarz-Afrikaner“ in Schwarz-Somalier, Schwarz-Ghanaer und Schwarz-Nigerianer wurde deutlich, dass innerhalb der Gruppe der Schwarz-Afrikaner Schüler somalischer Herkunft signifikant schlechter abschneiden als andere schwarz-afrikanische Schüler. Schwarz-Nigerianer und Schwarz-Ghanaer lagen dabei über dem schwarz-afrikanischen Durchschnitt.¹⁴⁹

Daten zur schulischen Leistung

Ein detaillierter Überblick über die schulischen Leistungen von Muslimen in den verschiedenen europäischen Ländern ist aufgrund mangelnder Daten in Bezug auf die Religionszugehörigkeit unmöglich. In der Bildungsforschung werden Migrationsstatus sowie geringeres wirtschaftliches, soziales und kulturelles Kapital, das mit der Migration in eine neue Gesellschaft einhergeht, als Erklärung für die Unterschieden bei den schulischen Leistungen betrachtet. Studien über die Erfahrungen von Migranten und ihren Nachkommen sind dementsprechend zahlreich. Da die Mehrheit der in den elf untersuchten Städten wohnenden, jungen Muslime einen Migrationshintergrund besitzt, bieten diese Studien einige Einblicke in die Situation und Erfahrungen eines großen Anteils der muslimischen Bevölkerung Westeuropas.

Das allgemeine Bild, das aus viele Studien hervorgeht, legt nahe, dass Kinder aus Minderheiten in der Schule schlecht abschneiden. Kinder mit Migrationshintergrund sind in niedrigen, ausbildungsorientierten Schulzügen überproportional vertreten und

¹⁴⁸ Die Datanet-Website ist abrufbar unter: <https://datanet.leicester.gov.uk/aboutdatanet.html> (Zugriff November 2009).

¹⁴⁹ Department for Education and Skills (DfES): Ethnicity and Education: the evidence on Minority Ethnic Pupils aged 5-16, London: DfES, 2006, unter: <http://www.dcsf.gov.uk/research/programmeofresearch/projectinformation.cfm?projectid=14955&resultspage=1> (Zugriff November 2009).

in weiterführenden Kursen, die Möglichkeiten auf ein Studium bieten, unterrepräsentiert. Zudem verlassen Migrantenkinder häufiger als andere ohne Abschluss die Schule.¹⁵⁰ Allerdings gibt es Anzeichen, dass Unterschiede bei den Leistungen einiger Schüler geringer ausfallen, wenn man Variablen wie die Gesellschaftsschicht und andere berücksichtigt. Werden die Ergebnisse im Vereinigten Königreich beispielsweise nach Schülern aufgeschlüsselt, die kostenlos Schulmahlzeiten erhalten (ein Indikator für Armut), zeigt sich, dass Schüler aus Bangladesch oder Pakistan signifikant besser abschneiden als ihre britischen Mitschüler.¹⁵¹ In den Niederlanden verringert sich der Unterschied bei der schulischen Leistung zwischen geborenen Niederländern und ethnischen Minderheiten, bleibt jedoch bestehen. 20% der ethnischen Niederländer erreichen den höchsten Grad der Sekundarschule, im Vergleich zu 9% der Schüler mit ethnischen Minderheitenstatus. Studien über die Bildungserfahrungen marokkanischer und türkischer Jugendlicher der zweiten Generation in Amsterdam und Rotterdam legen ein neues Muster der Polarisierung innerhalb der ethnischen Gruppen nahe, nämlich zwischen Schülern, die es bis zum Abschluss für den Hochschulbereich schaffen und denjenigen, die die Schule ohne Abschluss verlassen.¹⁵² Dieses Muster scheint auch im Vereinigten Königreich zu bestehen, wo überproportional viele junge Bangladescher und Pakistaner den Hochschulbereich erreichen und gleichzeitig unter den Schulabbrechern ohne Schlussabschluss überrepräsentiert sind.¹⁵³

4.2 Ethnizität und Religion als Sozialkapital

Die Leistungsunterschiede zwischen unterschiedlichen ethnischen Minderheiten führte zu der Annahme, dass Ethnizität im Bildungsbereich als eine Art Sozialkapital ist – also Ressourcen wie gemeinsame Netzwerke oder kulturelle Normen und Werte, die aus der Mitgliedschaft in einer ethnischen Gruppe entstehen, die für die Produktion sozial-ökonomischer Vor- und Nachteile genutzt werden. Eine US-amerikanische Studie sieht den Erfolg ostasiatischer Amerikaner teilweise in „einer Kombination starker

¹⁵⁰ EUMC: Migrants, Minorities and Education und F. Heckmann: Education and the Integration of Migrants Challenges for European Education Systems Arising from Immigration and Strategies for the Successful Integration of Migrant Children in European Schools and Societies, NESSE Analytical Report 1 for Directorate General Education and Culture, 2008 (nachfolgend: Heckmann: Education and the Integration of Migrants).

¹⁵¹ Department for Education and Skills: Ethnicity and education: the evidence on ethnic minority pupils, London, DfES, 2005, unter: http://www.standards.dfes.gov.uk/ethnicminorities/links_and_publications/EandE_RTP01_05/EandE_RTP01_05.pdf (Zugriff November 2009, (nachfolgend: DfES: Ethnicity and Education 2005).

¹⁵² Maurice Crul und Liesbeth Heering (Hrsg.): The position of the Turkish and Moroccan Second Generation in Amsterdam and Rotterdam: the TIES study in the Netherlands, IMISCOE Research, 2008.

¹⁵³ 14% der Bangladescher unter 16 Jahren im Vereinigten Königreich befindet sich nicht in Schule, Ausbildung oder Arbeit; die höchste Anzahl unter allen ethnischen Gruppen und doppelt so viele wie unter Weißen Jugendlichen. Siehe DfES: Ethnicity and Education 2005

gemeinsamer Normen und Werte über die Bedeutung von Bildung, soziale Mobilität und soziale Integration, strikte Umsetzung dieser Normen durch Eltern und Gemeinschaften sowie Engagement in zahlreichen ethnischen Institutionen, welche Familien und Einzelne zu einem starken Netzwerk ethnischer Beziehungen verbinden und somit eine Art ethnisches Sozialkapital hervorbringen.¹⁵⁴ Professor Tariq Modood ist der Ansicht, dass für manche Muslime im Vereinigten Königreich Religion ebenfalls eine positive Rolle bei der Ermutigung und Unterstützung von schulischem Ehrgeiz spielt:

Viele junge Asiaten – Jungen wie Mädchen – beschreiben den Islam als Quelle für den schulischen Ehrgeiz und die Motivation, sich selbst zu verbessern und ein diszipliniertes und verantwortungsvolles Leben zu führen. Besonders Mädchen nutzen ihn, um Bildung und Karrierechancen bei konservativen Eltern, die vom Land stammen und wenig Kenntnisse der Schriften besitzen, zu rechtfertigen und bedingen. Jungen nutzen ihn, um sich von den Versuchungen der Jugendkultur der Straße zu distanzieren, ein primäres Hindernis auf dem Weg zur Hochschullaufbahn. [...] Der Islam in Großbritannien befindet sich auf einem schmalen Grad zwischen Religion des Ghettos und einer Religion der sozialen Mobilität – eine Art „protestantische Ethik“ – welche in der Lage ist, die für das Ergreifen von Chancen erforderliche Hoffnung und Disziplin aufrechtzuerhalten. Um letzteren Weg zu ermöglichen, erfordert der Islam der Mehrheit Ermutigung und nicht Dämonisierung.¹⁵⁵

4.3 Vorschulerziehung

Eine große europaweite Langzeitstudie über die intellektuelle und soziale Entwicklung sowie die des Verhaltens von 3000 Kindern im Alter zwischen drei und sieben Jahren zeigt die Bedeutung des frühzeitigen Lernens und der Vorschulerziehung in Spielgruppen und Tageskrippen für deren spätere Lernerfolge. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass die Vorschule eine wichtige Rolle bei der Überwindung sozialer Ausgrenzung spielen und die Inklusion fördern kann, indem besonders benachteiligten

¹⁵⁴ C. Dwyer, T. Modood, S. Gurchathen, B. Shah, S. Thapar-Bojkert: Ethnicity as social capital? Explaining the differential educational achievements of young British Pakistani men and women, präsentiert bei der 'Ethnicity, Mobility and Society' Leverhulme Programme Conference in der Universität Bristol, 16-17 März, 2006, S. 7, abrufbar unter: <http://www.bristol.ac.uk/sociology/leverhulme/conference/conferencepapers/dwyer.pdf> (Zugriff November 2009, Übersetzung des Zitats). Siehe auch L. Archer, B. and Francis: Changing classes? Exploring the role of social class within the identities and achievement of British Chinese pupils in: *Sociology*, Bd. 40, Nr. 1, 2006, S. 29–49 und T. Modood: Capitals, ethnic identity and educational qualifications in: *Cultural Trends* Bd. 13, 2004, S. 87–105.

¹⁵⁵ T. Modood: Ethnicity, Muslims and higher education entry in Britain in: *Teaching in Higher Education* 11:2 2006, S. 250 (Übersetzung des Zitats).

Kindern ein besser Start in die Grundschulzeit ermöglicht wird.¹⁵⁶ Kommunen und nationale Regierungen betrachten eine stärkere Teilnahme an der Vorschulerziehung für die Verbesserung der schulischen Leistungen von leistungsschwachen Gruppen, darunter Migranten, als entscheidend. In einigen Städten ist dies ein wesentlicher Bestandteil der Integrationsstrategie. Die Region Flandern in Belgien bietet Kindergärten finanzielle Anreize, um Kinder aus Geringverdiener- oder alleinerziehenden Familien aufzunehmen. Trotz dieser Anstrengungen weisen die Daten darauf hin, dass Kinder mit türkischem oder marokkanischem Hintergrund prozentual weniger den Kindergarten besuchen. In Rotterdam nehmen prozentual mehr türkische und marokkanische Kinder an Vorschulerziehung teil als Kinder aus anderen Migrantengruppen: Etwa ein Drittel der türkischen und marokkanischen Kinder besuchen die Vorschulerziehung.¹⁵⁷ Das Berliner Integrationskonzept betont ebenfalls die frühkindliche Erziehung und möchte ab 2011 die kostenlose Kindergartenbetreuung ab dem 1. Lebensjahr anbieten. Die Vorschulerziehung spielt eine wichtige Rolle im Bildungsbereich der Hamburger Integrationsstrategie. Ein Jahr vor Beginn der Grundschule werden die Sprachkenntnisse eines jeden Kindes im Deutschen und in der Muttersprache geprüft. Wird festgestellt, dass ein Kind nicht die entsprechenden Sprachkompetenzen besitzt, muss es speziellen Sprachförderunterricht besuchen, der von Kindertagesstätten angeboten wird. Zusätzlich hat jedes Kind ab drei Jahren Anspruch auf fünf Stunden Betreuung in einer Kindertagesstätte bis zum Schulbeginn. Seit 2007 gilt diese Regelung auch für Kinder unter drei Jahren. Der Stadtrat von Leicester besitzt eine Arbeitsgruppe für Kinder in jungen Jahren, welche die Sprachkenntnisse und den Spracherwerb verbessern soll und Erwachsenen hilft, Kinder wie sie ihre Kinder besser zu unterstützen. Zudem fördert sie Vorschulaktivitäten wie Mutter-Kind-Gruppen.

4.4 Einteilung und Prüfungen

Immer mehr Studien belegen zudem, dass sich Bildungssysteme, in denen Entscheidungen über die Bildungslaufbahn früh durch ein akademisches Auswahlverfahren getroffen werden, zum Nachteil von Schülern aus Minderheiten auswirken. In den Niederlanden besuchen 60% der einheimischen niederländischen Schüler die weiterführenden Züge HAVO¹⁵⁸ und VWO,¹⁵⁹ im Vergleich zu nur 30% der Kinder

¹⁵⁶ K. Sylva, E. Melhuish, P. Sammons, I. Siraj-Blatchford, B. Taggart: Effective provision of pre-school education (EPPE) project: Final Report, DfES, London, 2004, S. 29 (nachfolgend: Sylva et al.: Effective provision of pre-school education).

¹⁵⁷ J. Dagevos, M. Gijsberts (Hrsg.): Jaarrapport Integratie 2007 (Jahresbericht zur Integration 2007), Sociaal Cultureel Planbureau, Den Haag, 2007, S. 103 (auf Niederländisch).

¹⁵⁸ HAVO ('Hoger Algemeen Voortgezet Onderwijs) ist die Sekundarstufe, die eine allgemeine Sekundarbildung in 5 Jahren anbietet.

¹⁵⁹ VWO ('Voorbereidend Wetenschappelijk Onderwijs) ist die auf die Universität vorbereitende Oberstufe und dauert sechs Jahre.

aus nicht-westlichen Minderheiten.¹⁶⁰ Die Studie des Projekts TIES (Integration der europäischen zweiten Generation) fand heraus, dass ein signifikanter Anteil der marokkanischen und türkischen Jugendlichen der zweiten Generation, die die Hochschulen erreicht haben, obwohl sie in der Schule nicht den Wechsel in den höheren HAVO-Unterricht schafften.¹⁶¹ Mit Durchhaltevermögen und Ausdauer absolvierten diese Jugendlichen den längeren Ausbildungsweg vom VMBO¹⁶² zum MBO,¹⁶³ bevor sie den HBO erreichten. Der Bericht merkt an, dass dies nahelegt, dass es dem Bildungssystem nicht gelingt, die Talente der Jugendlichen der zweiten Generation anzuerkennen, oder dass die Einteilung zu früh in ihrer Schullaufbahn erfolgt.

Letztere Hypothese wird von Belegen gestützt, die das bessere Abschneiden von Schülern mit Migrationshintergrund in Bildungssystemen mit Gesamtschulen zeigen. Studien in Deutschland, wo in den unterschiedlichen Bundesländern Gesamtschulen wie auch das mehrstufige Schulsystem existieren, kamen zu dem Ergebnis, dass Migrantenkinder in Gesamtschulen eher die Mittlere Reife oder die Hochschulreife erreichen.¹⁶⁴ Im Vereinigten Königreich sind die Mehrheit der staatlichen Schulen Gesamtschulen. Dort zeigten Studien, dass sich die schulischen Leistungen von Kindern aus ethnischen Minderheiten gegen Ende der Sekundärschulzeit signifikant schnell verbessern. Wilson *et al.* vergleichen den Unterschied zwischen tatsächlich erzielten Prüfungsergebnissen von 16-jährigen Schülern mit denen, die von der Gruppe erreicht worden wären, wenn deren Leistungen als 11-Jährige im Alter von 16 repliziert werden würden:

Wären Schüler mit schwarz-afrikanischen Wurzeln während ihrer gesamten Sekundärschullaufbahn bei der Verteilung der Testergebnisse an gleicher Position geblieben, hätten sie als Gruppe nur 39% mindestens fünf der entscheidenden Prüfungen im Alter von 16 Jahren bestanden. Tatsächlich erreichten aber 48% dieses Niveau, was einem Unterschied von fast einem Viertel entspricht. Unter Schülern mit Wurzeln in Bangladesch liegt der

¹⁶⁰ Siehe Website des Amtes für Forschung und Statistik Amsterdam <http://www.os.amsterdam.nl/feitenencijfers/> (Zugriff November 2009).

¹⁶¹ TIES ist ein gemeinsames und vergleichendes Forschungsprojekt über die Nachkommen von Einwanderern aus der Türkei, aus dem ehemaligen Jugoslawien und Marokko in acht europäischen Ländern. Weiteres auf <http://www.tiesproject.eu> (Zugriff Dezember 2010)

¹⁶² VMBO (voorbereidend middelbaar beroepsonderwijs – Ausbildungsvorbereitende Mittelstufe) ist eine vierjährige Sekundarstufe, die noch nicht auf Ausbildungsberufe vorbereitet.

¹⁶³ MBO (middelbaar beroepsonderwijs – Mittelstufe angewandte Ausbildung) ist berufsbildender Sekundarunterricht der Oberstufe, der auf Berufsausbildungen vorbereitet.

¹⁶⁴ Heike Diefenbach: Schulerfolg von ausländischen Kindern und Kindern mit Migrationshintergrund als Ergebnis individueller und institutioneller Faktoren) in: Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (Hg.), Migrationshintergrund von Kindern und Jugendlichen: Wege zur Weiterentwicklung der amtlichen Statistik, Bonn/Berlin, 2005, S. 43–54, zitiert in Heckmann: Education and the Integration of Migrants, S. 22.

tatsächliche Anteil mit 48% verglichen mit den berechneten 36% um ein Drittel höher.¹⁶⁵

Schüler mit Wurzeln in Bangladesch verbesserten sich zwischen den Key Stage 3 (Tests im Alter von 13 Jahren) und den Ergebnissen ihrer GCSE-Prüfungen (normalerweise im Alter von 16 Jahren; entspricht etwa der Mittleren Reife) besonders stark. Die Verbesserung entspricht 10 GCSE-Punkten, was bei den Noten einer Verbesserung von fünf C zu A entspricht.¹⁶⁶ Heckmanns Überblick über die Studien zu Migranten und Bildung schlussfolgert, dass „viel für die Effektivität der Gesamtschulen bei der Verbesserung von Bildungschancen für Migrantenkinder spricht und gegen die (frühzeitige) Einteilung in unterschiedliche Schulzüge mit unterschiedlichen Lehrplänen.“¹⁶⁷ Im Rahmen der Foundations-Studie wird ersichtlich, dass manche Städte diesem Problem auf kommunaler Ebene begegnen: Beispielsweise wird in Berlin Gesamtschulunterricht entwickelt.

4.5. Segregation

Interviews und Fokusgruppen offenbarten die besondere Sorge über den Einfluss niedriger Erwartungshaltungen sowie des mangelnden Ehrgeizes mancher Lehrkräfte auf die schulische Laufbahn der Kinder. Die Konzentration von Schülern aus Minderheiten hat in manchen Städten de facto zu einer Segregation in den Schulen geführt. Es gibt einige Hinweise, dass die sozioökonomische Zusammensetzung und der Anteil von Einwanderern in Schulen einen geringen, jedoch signifikant nachteiligen Effekt auf die Noten der Schüler haben.¹⁶⁸ Nicht Eltern äußerten diese Sorge, sondern auch Vertreter der Behörden im Bildungsbereich.

Der Wunsch nach mehr ethnisch gemischten Schulen wurde durchgehend und stark in den Foundations-Fokusgruppen geäußert, bei denen Eltern der unterschiedlichen Städte involviert waren. Eltern sorgten sich um die negativen Einflüsse der Segregation auf die Ausbildung und Zukunftschancen ihrer Kinder. Sie fürchteten, dass Schulen mit einer Mehrheit von Migrantenschülern von Vertretern der Behörden weniger Beachtung und eine schlechtere Ausbildung erhalten. Sie waren der Ansicht, dass gemischte Schulen nötig sind, um die Integration zu fördern. Viele bedauerten die Entscheidung weißer Eltern, ihre Kinder von Schulen mit zu vielen Schülern aus Minderheiten abzumelden.

¹⁶⁵ D. Wilson, S. Burgess, A. Briggs: The dynamics of school attainment of England's ethnic minorities, CMPO Working Paper Series No. 05/130, University of Bristol, Bristol, 2005, S. 22 (nachfolgend: Wilson et al.: The dynamics of school attainment) (Übersetzung des Zitats).

¹⁶⁶ Wilson et al.: The dynamics of school attainment, S. 20.

¹⁶⁷ Heckmann: Education and the Integration of Migrants, S. 3 (Übersetzung des Zitats).

¹⁶⁸ R. Szulkin, J. O. Jonsson: Ethnic segregation and educational outcomes in Swedish comprehensive schools: a multilevel analysis, Working Paper No. 2007:2, Soziologische Fakultät, Universität Stockholm, 2005.

Es ist schwierig, den Segregationsprozess umzukehren, da de facto ethnische Segregation in Schulen oft eine Folge von Siedlungsmustern ist, in gemeinsam mit der Nutzung der elterlichen oder schulischen Wahl. Städte versuchen diesem Thema mit einer Reihe unterschiedlicher Ansätze zu begegnen. Antwerpens Erlass über gleiche Bildungschancen (EGB) schränkt das Recht von Schulen ein, Kinder von der Anmeldung abzulehnen. Er beinhaltet zudem, dass in Städte, wo der Anteil der EGB-Schüler (Kinder, deren erste Sprache nicht niederländisch ist) den städtischen Durchschnitt um 10% übersteigt, Schulen Kinder an andere Schulen verwiesen können. Allerdings haben die Schulen laut Foundations-Bericht zur Stadt Antwerpen kreative Ansätze entwickelt, um neue indirekte Hürden bezüglich der Anmeldung zu entwickeln. Schulen versuchen Eltern und Kinder aus Minderheiten gelegentlich zu überzeugen, dass diese Schule nicht ausgebildet ist, Schülern aus Minderheiten notwendige Hilfe und Unterstützung anzubieten, oder die religiösen und kulturellen Anforderungen der Kinder nicht erfüllen können. Die Anforderung an die Schüler, teure Schuluniformen zu kaufen oder an teuren Klassenfahrten teilzunehmen, werden ebenfalls als Mittel eingesetzt, um Schüler aus Minderheiten oder ärmeren Familien von der Anmeldung an diesen Schulen abzuhalten. Im Vereinigten Königreich verpflichtet der Education Inspection Act von 2006 Schulen rechtlich zur Förderung der Kohäsion. Um die Interaktion von Schülern unterschiedlicher ethnischer und religiöser Herkunft zu fördern, knüpft in Leicester das Schools Linking Network Kontakte zu Schulen mit unterschiedlichen ethnischen und religiösen Gruppen. Es fördert Kontakte zwischen Schulen mit beispielsweise mehrheitlich muslimischer Schülerschaft und Schulen, in denen die Mehrheit der Schüler Hindus oder Christen sind.

4.6 Sprachkompetenz

Sprachkompetenzen sind für den schulischen Erfolg unentbehrlich. Das Lernen der in der Schule offiziell gesprochenen Sprache wird in allen Städten unterstützt und gefördert und bleibt ein wichtiger Teil der meisten politischen Strategien zur Verbesserung des Schulerfolgs von Schülern mit Migrationshintergrund. Das bundesweite Programm ForMig in Deutschland zielt darauf ab, spezifische Alphabetisierungshilfe für Eltern und Schülern mit Migrations- oder Minderheitenhintergrund anzubieten. Zu den erfolgreichen Projekten, die im Rahmen dieses Programmes entwickelt wurden, zählt das „Rucksack“-Projekt in Berlin. Grundschulen und Kindergärten informieren dabei Eltern, die kein deutsch sprechen, über ein Thema, das bald im Unterricht besprochen werden soll. Mit diesen Informationen können die Eltern den Kindern das Thema in ihrer eigenen Muttersprache erklären. Manche Eltern werden zu so genannten Elternbegleitern ausgebildet, die nicht nur ihre eigenen Kinder unterstützen, sondern auch andere Eltern und bei der Kommunikation zwischen Eltern und Lehrkräften helfen. In Frankreich erhalten Schüler mit begrenzten Französischkenntnissen in so genannten Einführungsklassen Sprachförderung.

Studien aus dem Vereinigten Königreich legen nahe, dass die Beschleunigung der Lernfortschritte von Schülern aus Minderheiten in den letzten drei Schuljahren bis zu

den Prüfungen im 16. Lebensjahr zum Teil auf verbesserte englische Sprachkenntnisse zurückzuführen sind, die durch die intensivere Nutzung der Sprache einhergeht. Schätzungen zufolge machen unterschiedliche Sprachkompetenzen ein Drittel der schulischen Verbesserungen im Verlauf der Sekundarschule aus, die von einigen ethnischen Gruppen erreicht werden.¹⁶⁹ Die Studie legt nahe, dass zweisprachige Schüler, die sie Sprachen fließend sprechen, einsprachige Mitschüler überflügeln.¹⁷⁰ Ein Bericht der britischen Behörde für Bildungsstandards (Office for Standards in Education) über die Leistungen von Schülern mit Wurzeln in Bangladesch hebt die Bedeutung von verbesserter Sprachkompetenz als Motor für die allgemeine Verbesserung der schulischen Leistungen hervor.¹⁷¹

4.7 Erwartungen und Ehrgeiz

Die Erwartungshaltung der Lehrkräfte war stets wiederkehrendes Thema während der Foundations-Befragungen und den Fokusgruppen zu Erfahrungen im Bildungssystem in mehreren Städten. Studien zeigen, wie Schüler auf die Erwartungen ihrer Lehrkräfte reagieren und dass solche Erwartungen anhand von Faktoren wie Rasse und Ethnizität vermittelt werden können. Unterschiedliche Erwartungen manifestieren sich in zahlreichen subtilen Verhaltensweisen, von Art und Häufigkeit von Feedback, das ein Schüler erhält, bis zur Ermutigung und Chancen, sich am Unterricht zu beteiligen.¹⁷² Erlebnisse, bei denen Lehrkräfte den Ehrgeiz eines Schülers abwertete, klingen lange nach: „Ich hatte in der 2. Klasse einen Freund. Der Lehrer schaute sich seine Hände an. Er wusste, dass sein Vater Maurer war. Ja, du hast Maurerhände!“¹⁷³ Teilnehmer in Hamburg erinnerten sich an Gelegenheiten, bei denen die schlechte Benotung einer Fähigkeit eines Schüler vonseiten der Lehrkraft nachträglich als nicht zutreffend festgestellt wurde, nachdem die Eltern die diese angezweifelt hatten. Über die Hälfte der Teilnehmer in den Foundations-Fokusgruppen erinnerte sich an schwere Fälle von Demotivation. Eine Teilnehmerin der Fokusgruppe erzählte, dass ihre Nichte, ihre

¹⁶⁹ Wilson et al.: The dynamics of school attainment

¹⁷⁰ F. Demie, S. Strand: English language acquisition and educational attainment at the end of secondary school in: *Educational Studies* 32(2), 2006, S. 215–231.

¹⁷¹ Office for Standards in Education (Ofsted): Achievement of Bangladeshi heritage pupils, HMI 513, London, HMSO, 2004, abrufbar unter: [http://www.ofsted.gov.uk/content/download/1465/10377/file/Achievement%20of%20Bangladeshi%20heritage%20pupils%20\(PDF%20format\).pdf](http://www.ofsted.gov.uk/content/download/1465/10377/file/Achievement%20of%20Bangladeshi%20heritage%20pupils%20(PDF%20format).pdf) (Zugriff November 2009, nachfolgend: Ofsted: Achievement of Bangladeshi heritage pupils).

¹⁷² Siehe Heckmann: Education and the Integration of Migrants, S. 21. Siehe auch J. E. Farley: *Majority – Minority Relations*, 5. Ausg., Upper Saddle River, Pearson Prentice Hall, Schofield, 2005 (nachfolgend: Farley: *Majority-Minority Relations*); Janet Ward: Migration Background, Minority – Group Membership and Academic Achievement. Research Evidence from Social, Educational and Developmental Psychology in: *AKI Research Review* 5, 2006; und Peter A. J. Stevens: Researching Race/Ethnicity and Educational Inequality in English Secondary Schools: A Critical Review of the Research Literature Between 1980 and 2005 in: *Review of Educational Research* Bd. 77, Nr. 2, 2006, S. 147–185.

¹⁷³ Foundations-Fokusgruppe, Marseille

Drei in Deutsch verbessern wollte, von der Lehrkraft zu hören bekam, sie solle sich keine Sorgen machen, da diese Note für eine Türkin gut sei. Eine muslimische Lehrerin in der Fokusgruppe in Marseille berichtete von einem Beispiel, wie eine niedrige Erwartungshaltung gegenüber den Schülern vonseiten ihrer Kollegen dazu führte, ihren Versuch lächerlich zu machen, mehr Ehrgeiz zu entfachen: „Wir arbeiteten an 'Der Club der toten Dichter'. Kollegen sagten zu mir: Du zeigst ihnen besser 'Rambo'. Das entspricht mehr ihrer Kultur. Ich sagte ihnen: Das können sie nicht entscheiden. Wir müssen für sie anspruchsvoll sein. Es ist zu einfach, sie zu verurteilen... Ich kann nicht akzeptieren, dass ein Kind die Schule verlässt, ohne lesen und schreiben zu können. Das Schulsystem sollte seine Ehrgeiz wiederbeleben.“ Interviews mit anderen Interessenvertretern und Teilnehmern der Fokusgruppe in Marseille zeigten, wie Einzelne mehrfach während ihrer Schulzeit gegen unvorteilhafte Aufgaben kämpfte, die von den Schulen auferlegt worden waren. Einige nahmen Abkürzungen, um dorthin zu gelangen, wo sie nun sind. Ein Teilnehmer beschrieb seine ungewöhnliche Laufbahn: Er fühlte sich von seinen Lehrkräften negativ beurteilt, insbesondere von einem Mathematiklehrer. Er verließ die Schule ohne Abschluss und baute sich eine Karriere außerhalb von Bildungseinrichtungen auf. Zehn Jahre später ist er Büroleiter eines Parlamentariers. Viele andere hatten den Eindruck, dass sie sich gegen den unbewussten Wunsch der Lehrkräfte, sie an ihrem Platz halten zu wollen, kämpfen mussten.

Ein behördlicher Vertreter des Bildungssektors in Leicester sprach über die Bedeutung von Ehrgeiz und Führung bei der Verbesserung schulischer Standards: „Es geht um Selbstgefälligkeit und Führung. Ich kann Ihnen Daten von ähnlichen Schulkindern in Leicester zeigen, die gute Leistungen erbringen. Leicester wird meiner Meinung nach von einer Armut an Ehrgeiz unterwandert: Als Stadt muss man Ehrgeiz und Ziele haben und muss dieses bei Communities und Einzelnen fördern.“ Der Vertreter vertrat den Standpunkt, dass Führungsstil und mehr Ehrgeiz der Stadt teilweise zur Verbesserung der schulischen Leistungen in den vergangenen Jahren beigetragen haben.

Wie zuvor erwähnt, können niedrige Erwartungshaltungen bei selektiven Schulsystemen, wenn Entscheidungen bezüglich der Schullaufbahn, die ein Schüler absolvieren soll, entscheidend sein. In den Niederlanden enthielten die Empfehlungen vonseiten der Lehrkräfte vor Absolvierung des CITO-Tests,¹⁷⁴ anders als für „einheimische“ Schüler, für nicht-einheimische Kinder häufiger eine Schulform mit niedrigerer Qualifikation als die tatsächlichen Testergebnissen nahelegen. In

¹⁷⁴ CITO (Citotoets): Ein Test, der in den meisten niederländischen Grundschulen (Alterstufe 4-12) durchgeführt wird und mit dem ermittelt wird, welche Art der Sekundarschule ein Kind besuchen soll. Der Bildungsgrad wird auch durch Einschätzungen der Fähigkeiten der Kinder vonseiten der Lehrkräfte bestimmt.

Frankreich stellten 39% der Eltern von Kindern mit nordafrikanischem Hintergrund die von Lehrkräften erteilten Schullempfehlungen für ihre Kinder in Frage.¹⁷⁵

4.8 Diskriminierung

Diskriminierung vonseiten der Lehrkräfte wurde in einigen Städten als wichtiges Thema genannt. Es gab Beispiele von Lehrkräften, die sich abfällig über den Islam äußerten, religiöse Pflichten wie das Fasten lächerlich machten oder mit kulturell gemischten Klassen überfordert sind. In der Foundations-Befragung gaben 6% der muslimischen Befragten an, während der letzten 12 Monate Diskriminierung in der Schule erlebt zu haben.

Tabelle 60. Religiöse Diskriminierung in der Schule (H8)

	Muslime	Nicht-Muslims	Gesamt
Örtliche Schule	6,4%	1,4%	
Gesamt	70	15	85

Quelle: Daten der Open Society Foundations

Berücksichtigt man Geburtsort und Geschlecht, berichtet jedoch ein höherer Anteil in der EU geborene männliche Muslime (10%) über Diskriminierung in Schulen, im Vergleich zu muslimischen Frauen oder im Ausland geborenen muslimischen Befragten.¹⁷⁶

Die meisten Beschwerden, die beim Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin (ADNB) eingehen, beziehen sich auf den Bildungssektor. In der Foundations-Fokusgruppe Berlin berichteten fast alle Teilnehmer von einer Kultur niedriger Erwartungshaltungen und Entmutigung vonseiten der Lehrkräfte aufgrund von Vermutungen und Stereotypen über die Schüler wegen ihres ethnischen oder kulturellen Hintergrunds. Ein Teilnehmer der Foundations-Fokusgruppe in Antwerpen berichtete von einem Vorfall, nach dem sein Sohn Osama „in Tränen aufgelöst“ nach Hause gelaufen kam. Der Lehrer hatte dem Jungen gesagt, er selbst würde sich „erniedrigt fühlen“, wenn er Osama hieße.

Einiges deutet darauf hin, dass die Situation sich verbessert. Diskriminierung wurde gemeinhin älteren Lehrkräften zugerechnet, die die in den Städten vorhandene multikulturelle Vielfalt nicht gewöhnt waren. Jüngere Teilnehmer der Fokusgruppe, die erst vor kurzem die Schule verlassen hatten, berichteten von weitaus positiveren

¹⁷⁵ Open Society Foundations, *At Home in Europe: Muslime in Paris*, erscheint in Kürze (nachfolgend: *Foundations, At Home in Europe: Muslime in Paris*)

¹⁷⁶ Siehe Tabelle 61 in Anhang 2 für eine genaue Datenübersicht.

Erfahrungen als ältere. Trotz alledem bestand Unterstützung für die vermehrte Schulung von Lehrkräften bezüglich Umgang und Unterrichtung in multikulturellen Schulen. In Deutschland ist interkulturelles Training beispielsweise Teil der Lehrerausbildung. Allerdings ist dieser Kurs freiwillig und wird folglich selten gewählt.

4.9 Identitäten wertschätzen und achten

Der Grad an Wertschätzung, den Schulen und das Bildungssystem der Selbstwahrnehmung und Identität einer Person entgegenbringen, kann sich auf das Selbstbewusstsein der Schüler und ihre Einstellung gegenüber der Bildung auswirken.¹⁷⁷ Die Arten der Auseinandersetzung von Schulen mit religiösen, ethnischen und sprachlichen Aspekten der Identität junger Menschen ist wichtig. In den elf untersuchten Städten finden sich Beispiele von Schulen, die das kulturelle Erbe ihrer Schüler entwickeln und damit arbeiten möchten. So bieten mehrere Collèges in Marseille spezielle zweisprachige Züge an, in denen Schüler arabisch und eine weitere moderne Sprache wie Englisch lernen können. In Leicester betrachten Vertreter der Schulbehörden Zweisprachigkeit als Aktivposten; sie schätzen die Fähigkeit der Schüler, mehr als eine Sprache zu verstehen und fassen mehr als eine Sprache als etwas positives auf.

Die Anerkennung und Achtung religiöser Identitäten bleibt in allen untersuchten Städten ein kontroverses Thema, besonders in Ländern, in denen von öffentlichen Einrichtungen erwartet wird, die strikte Trennung von Religion und Staat einzuhalten. Wie viel Anpassung richtig ist, muss anhand von Neutralitätsbegriffen und anhand dessen ermittelt werden, inwieweit die Anerkennung der Tatsache, dass viele bestehende Bildungsansätze selbstverständlich durch dominante christliche kulturelle Normen geprägt sind. Im Rahmen der Foundations-Studie gab jeweils die Mehrheit der muslimischen und nicht-muslimischen Befragten an, dass die meisten Schulen religiösen Bräuchen die richtige Menge an Respekt entgegenbringen.

¹⁷⁷ Farley: Majority – Minority Relations

Tabelle 62. Respektieren Schulen unterschiedliche religiöse Bräuche? (G4)

	Muslime	Nicht-Muslims	Gesamt
Zu sehr	2,9%	7,7%	5,3%
Etwa richtig	48,9%	49,7%	49,3%
Zu wenig	31,9%	15,2%	23,6%
Weiß nicht	16,3%	27,4%	21,8%
Gesamt	In %	100,0%	100,0%
	Anzahl	1110	1088
			2198

Quelle: Daten der Open Society Foundations

Nicht-muslimische Befragte sind häufiger der Meinung, dass Schulen auf religiöse Gebräuche „zu sehr“ Rücksicht nehmen, wohingegen muslimische eher sagten, dass sie „zu wenig“ diesbezüglich tun. In Berlin wurden etwa Maßnahmen, die muslimischen Schülern an religiösen Feiertagen freigeben, von denjenigen gutgeheißen, die den Eindruck hatten, dass Schulen religiöse Bedürfnisse der Schüler respektierten, jedoch von denen kritisiert, die der Ansicht sind, dass die Schulen zu viel tun. Der Direktor des Lycée Centre Sud in Marseille sprach sich, im Bewusstsein der *laïcité*, für die Entwicklung einer „offenen *laïcité*“ (Laizismus) aus:

Staatliche Schulen [...] haben einiges zu tun, um zu ihren Werten zurückzufinden, die sie zuvor hatten, dem Einsatz für eine offene *laïcité*, die es Kindern ermöglicht miteinander umzugehen, bei gleichzeitiger Achtung ihres Glaubens. Mit dem Islam sind religiöse Themen aufgrund des Islamismus wieder nachdrücklich in die Diskussion zurückgekehrt – ich meine Frankreich im Allgemeinen. Jetzt sind unsere Schulen auf allen Ebenen sterilisiert. Es ist eine Art kostenlose Standardisierung.¹⁷⁸

In einigen katholischen Schulen im Marseiller Bezirk Zentrum-Nord stammen 80 bis 90% der Schüler aus muslimischen Familien, meist nordafrikanischer und inzwischen auch komorischer Herkunft. Eltern sehen in diesen staatlich finanzierten Schulen ein gutes Vorbild, das den Laizismus aufrechterhält und gleichzeitig Weltanschauung und Religion der Schüler und Eltern achtet. Beispielsweise können sie Gespräche zum Thema Religion abhalten und religiöse Symbole sind teilweise in der Schule zu sehen.

¹⁷⁸ Yves Rollin, Direktor eines Lycée während einer Debatte, organisiert von Zweite Chance Schule zum Thema „Religion im Bezirk Nord“, Marseilles, 23. April 2009. Herr Rollin ist einer der Führungspersonlichkeiten der französischen Gewerkschaft der Schuldirektoren „Education et devenir“.

Einige Schulleitungen schicken muslimischen Eltern sogar Karten zum Eid, dem Fest des Fastenbrechens. Das *Institut de Science et de Théologie des Religions* (ISTR) bietet Ehrenamtlichen Ausbildungskurse zum Islam an und im Herbst 2009 sollte auch ein Universitätsdiplom in diesem Bereich eingeführt werden. Ein römisch-katholisches Kolleg hat eine bilinguale arabisch-englische erste Klasse eingeführt, für die im Schuljahr 2008–2009 16 Kinder angemeldet wurden.

Ein Englischlehrer algerischer Abstammung, der sich auch in Nichtregierungsorganisationen engagiert, sagte, dass er es schmerzlich empfinde, wie die „Sache mit dem Kopftuch“ im Jahr 2003 behandelt wurde. Er erfährt dies als Bürger besorgt, nicht die Zukunft zu belasten:

Ich fand, das war eine sehr aggressive Zeit gegen Muslime: Eine Zeit, in der Rassisten eine Entschuldigung finden konnten, um sich durchzusetzen. Es war eine Zeit der Kategorisierung: die Guten (*SOS Racisme*) und die Bösen (die wilden Kerle). Ich nahm an vielen Diskussionen teil. Ich nenne nur einen Fall eines jungen Mädchens, dessen Mutter von der Schule ausgeschlossen wurde: Was werden diese Mädchen ihren Kindern weitergeben? Sie werden nichts Positives über Frankreich zu sagen haben. Die Verstimmung wird sich auf ihre Kinder übertragen. Für mich ist es völlig klar, dass es Konsequenzen für all diejenigen haben wird, für die es traumatisch war. Für diejenigen, die keine Distanz dazu aufbauen konnten, ist es verheerend.¹⁷⁹

In manchen Städten weitet sich die stärkere Anerkennung religiöser und kultureller Identitäten auf die Lehrplänen aus. In Berlin setzte sich ein Integrationsbeauftragter für die stärkere Anerkennung des Beitrags von Migranten und muslimischen Communities ein sowie dem Islam in Bezug auf die deutsche und europäische Gesellschaft. In Leicester kooperiert der Gemeinderat mit der *Schools Development Support Agency* (SDSA) bei der Erstellung von Islam und Muslime spezifischem Unterrichtsmaterial. Die SDSA unterstützt die Entwicklung von CREAM, dem *Curriculum Reflecting the Experiences of African Caribbean and Muslim Pupils* (Lehrmaterial zu den Erfahrungen afro-karibischer und muslimischer Schüler). Dieses Projekt sichtet und prüft die Qualität von Unterrichtsmaterial, das sich mit den Erfahrungen muslimischer und afro-karibischer Schüler auseinandersetzt, das in allen Schulen im Rahmen des landesweiten Lehrplans genutzt werden könnte. Im Stadtteil Slotervaart in Amsterdam unterrichtet das Comenius Lyceum Arabisch als freiwilliges Unterrichtsfach.

In vielen Städten wahren Schulen die Autonomie und Diskretion bei Entscheidungen über den Umgang mit den Bedürfnissen muslimischer Schüler. Muslimische Eltern sagten in den Fokusgruppen jedoch, dass der Mangel einer allgemeinen Strategie oder Mindeststandards bezüglich der Anpassung religiöser Bräuche ihnen erschwerte, die Schule für ihre Kinder zu wählen. Er erhöht auch das Risiko der Segregation, da manche muslimische Eltern eher Schulen wählen, die sich mehr entgegenkommen.

¹⁷⁹ Foundations-Experteninterview, Marseille

Der Bürgermeister des Bezirks Slotervaart in Amsterdam stellte eine Beziehung zwischen mangelndem Entgegenkommen vonseiten der Schulen in Bezug auf die Bedürfnisse muslimischer Schüler und der gestiegenen Unterstützung von islamischen Schulen her.

Im Zentrum der Kontroverse liegt in den meisten Städten weiterhin die Frage, ob muslimische Schülerinnen und Lehrerinnen den Hijab¹⁸⁰ tragen dürfen. Die Hälfte der nicht-muslimischen Foundations-Befragten in Berlin, die von Schulen mehr Respekt für die Religion forderten, kritisierten das Kopftuchverbot für Lehrerinnen als ein Symbol für Ausgrenzung und Stereotypisierung. Die Mehrheit der muslimischen Befragten der Foundations-Studie in Berlin teilt die Ansicht, dass die Bedürfnisse muslimischer Schüler in Berlin nicht respektiert werden: „In der Sekundarstufe hatten wir einen Lehrer, der extrem ausländerfeindlich war. Mädchen mit Kopftuch behandelte er besonders schlecht und sagte ihnen, sie sollten sich wie Deutsche anziehen und sich anpassen.“ Eine muslimische Mutter aus Rotterdam erzählte, dass ihre Tochter „wegen ihres Kopftuches viermal die Schule wechseln musste. Wo immer wir hinkamen, sagten die Lehrer uns ‚Wir akzeptieren es, aber die Schulleitung möchte das nicht‘“.

Im Rahmen der Foundations-Studie wurden zahlreiche Möglichkeiten zum Umgang mit religiösen Feiertagen erfasst. In einigen Schulen erhalten die Schüler den Tag frei, in anderen werden solche Feiertage gemeinsam gefeiert. Fehlen Schüler in Marseille am Tag des religiösen Festes am Ende des Ramadans in der Schule, wird dies als legitim betrachtet. Einige Schulen in Marseille erstatten Familien, als Anerkennung der fastenden Schüler, zudem die Essensbeiträge von deren muslimischen Kindern, die während des Fastenmonats nicht ihr Schulmittagessen verzehren. Weitere Anliegen zum Thema Entgegenkommen bezüglich religiöser und kultureller Bedürfnisse, die im Rahmen der Fokusgruppendifkussionen zur Sprache kamen, umfassen das Angebot von Halal-Mahlzeiten und die Organisation des Schwimmunterrichts. Das *Islam and Education Network* in Leicester, eine Gruppe muslimischer und nicht-muslimischer Bildungsexperten, veröffentlichte ein Handbuch mit Ratschlägen und Richtlinien für Schulen, wie muslimische Gemeinschaften miteinbezogen werden können und wie mit Themen wie Sportunterricht, Musik, Theater, Kunst, Ramadan, Kleidung oder dem Besuch von religiösen Einrichtungen umgegangen werden kann.

Der Unterricht über den Islam ist ebenfalls ein Bereich, bei dem Städte diverse unterschiedliche Ansätze betrachten. In den Niederlanden besteht ein offizieller Lehrplan zum Islam, den Schulen auf freiwilliger Basis nutzen können. Die Materialien sind an die Bedürfnisse der unterschiedlichen Grundschuljahre angepasst und behandeln Themen wie Mohammeds Leben oder religiöse Sitte und Gebräuche. In Antwerpen sind Schulen gesetzlich zum Angebot eines Religionsunterrichts über den

¹⁸⁰ Hijab ist das arabische Wort für Kopftuch, mit dem Muslimas ihr Haar und den Nacken verdecken und üblicherweise auch das Gesicht bedeckt.

Islam verpflichtet. Dies gilt allerdings nicht für katholische Schulen, die immerhin 65% der Kinder in Belgien ausbilden.

Lehrkräfte, die verschiedener ist und somit die Vielfalt der Lokalbevölkerung besser widerspiegelt, kann zudem das Selbstbewusstsein und die Identität der Schüler stärken, da sie positive Vorbilder darstellen, mit denen sie sich identifizieren können. Studien zufolge schadet die völlige Abwesenheit von Lehrkräften aus Minderheiten dem Selbstbild und Selbstbewusstsein von Schülern aus Minderheiten. In zahlreichen Fokusgruppen und Interviews mit Vertretern des Bildungssektors wurde der Bedarf nach mehr Lehrkräften aus Minderheiten als wichtige Priorität genannt. Haben Lehrkräfte den selben Hintergrund wie ihre Schüler, können sie eine wichtige Brücke in Bezug auf das Verständnis zwischen Schule, Schülern und Eltern schlagen. Allerdings legen die Interviews auch nahe, dass solche Lehrkräfte mit diesen unterschiedlichen Beziehungen gelegentlich vorsichtig umgehen müssen. Ein Lehrer in Marseille wurde von seinen Kollegen des *Communautarisme*¹⁸¹ bezichtigt, da er Schüler in den Computerraum gelassen hatte, die während des Ramadans zur Mittagszeit draußen warteten. „Weil ich der ‚arabische Lehrer‘ war, der während des Monats Ramadan die arabischen Schüler mitnahm.“

4.10 Die Rolle der Eltern

Nach einer umfassenden Analyse der Forschungsergebnisse zu den Auswirkungen der elterlichen Einbeziehung, elterlichen Unterstützung und Familienbildung auf die Leistungen von Schülern und deren Anpassung schlussfolgern Desforges und Abouchaar (2003), dass ihre „wichtigste Erkenntnis“ die in Bezug auf die Auswirkungen ist, dass „die elterliche Einbeziehung in die Form der ‚guten Erziehung zu Hause‘ auf die schulischen Leistungen der Kinder und deren Anpassung, was signifikant bleibt, auch nachdem alle anderen Faktoren, die die Leistung beeinflussen, aus der Gleichung entfernt wurden“.¹⁸² Dies entspricht den Erkenntnissen der Langzeitstudie *Effective Provision of Pre-School Education*, die nahelegt, dass ein qualitatives gutes Lernumfeld zu Hause wichtiger ist als sozioökonomische Hintergrundfaktoren: „Was Eltern tun, ist wichtiger als wer sie sind.“¹⁸³ Andere Formen der Unterstützung, wie Kontakt zur Schule, sind zwar wichtig, haben jedoch nicht so starke Auswirkungen wie „gute Erziehung zu Hause“. Tatsächlich wirken sich Unterschiede bei der elterlichen Unterstützung zu Hause auf Grundschulkindern stärker auf ihre Fähigkeiten aus, als Schwankungen bei der Qualität der Schulen. Ferner heißt

¹⁸¹ Communautarisme ist ein französischer Begriff, der Selbstsegregation von Communities aufgrund von Religion, Ethnizität oder anderer Identität beschreibt.

¹⁸² C. Desforges, A. Abouchaar: *The Impact of Parental Involvement, Parental Support and Family Education on Pupil Achievements and Adjustment: A Literature Review*, DfES Research Report 433, Department for Education and Skills, London, 2003 (nachfolgend: Desforges & Abouchaar: *The Impact of Parental Involvement*) (Übersetzung des Zitats).

¹⁸³ Sylva et al.: *Effective provision of pre-school education*

es „Der Grad der Auswirkungen ist in allen sozialen Klassen und allen ethnischen Gruppen evident.“ Sie stellen fest, dass sich die Einbeziehung der Eltern nach sozialer Klasse, Armut und Gesundheit unterscheidet sowie danach, wie selbstsicher die Eltern bei der Erfüllung dieser Rolle sind.¹⁸⁴

Gespräche in Foundations-Fokusgruppen und mit Vertretern des Bildungssektors weisen darauf hin, dass Eltern, die Migranten sind, sich aufgrund ihrer begrenzten Erfahrung mit Bildung oder Schulwesen in Verbindung mit mangelnder Vertrautheit mit dem Bildungssystem und den sprachlichen Schwierigkeiten bei Treffen mit Vertretern der Schule häufig eingeschüchtert fühlen. Dieser Mangel an Vertrautheit und Selbstvertrauen wird von Schulen gelegentlich falsch interpretiert: „Väter und Mütter sprechen kaum deutsch, weil sie hart arbeiten und daher keine Zeit haben, sich zu entwickeln. Sie kommen nicht zu solchen Treffen. Die Lehrkräfte haben dann den Eindruck, dass sie sich überhaupt nicht für die Schule interessieren.“¹⁸⁵ Schulen werden von Eltern ohne die erforderlichen Fähigkeiten und Erfahrungen für den Umgang mit ihnen als Orte der Verletzlichkeit und Unsicherheit gesehen, was Risiken in Bezug auf Diskriminierung beinhaltet.¹⁸⁶ Schulen können solchen Sorgen und Ängsten der Eltern proaktiv begegnen. In Berlin wurden Elterncafés geschaffen, um eine weniger formelle Atmosphäre zu bieten, wo sich Eltern und Lehrkräfte treffen können, um sich besser kennenzulernen. Im Vereinigten Königreich stellte das *Office for Standards in Education* fest, dass „effektive Arbeit von Schulen mit Ausdauer und Einfallsreichtum, häufig über einen langen Zeitraum, einen zunehmenden Eindruck der Partnerschaft schuf, ausgehend von einem besseren Verständnis zwischen Schule, Familien und Gemeinschaften vor Ort“ (Übersetzung des Zitats). Beispiele bewährter Verfahren bei der Unterstützung von Eltern bei der Überwindung dieser Barrieren wurden festgehalten. Besonders hervorgehoben wurde die Rolle zweisprachiger Heimunterricht-Verbindungsleute und zweisprachigen Mitarbeitern, die Hausbesuche absolvierten und Lernprogramme in Schulen und Communities vor Ort durchführten:

Das Projekt nutzt Laptops, um Frauen aus Pakistan und Bangladesch sowie deren Familien zu unterstützen – auch einige Väter – die Englisch notwendigerweise lernen müssen. Diese Laptops stehen in den Elternzimmern in Schulen zur Verfügung. Die Teilnehmer werden aufgefordert, ihre eigene Geschichte zu erzählen, einschließlich deren Familienforschung. Geplant ist, die fertigen Bücher mit Kindern zu nutzen und die Gelegenheit zu schaffen, zu anderen lokalen Angeboten zu wechseln, wenn ihre Kinder von der Grundschule in die

¹⁸⁴ Desforges & Abouchaar: *The Impact of Parental Involvement*

¹⁸⁵ Foundations-Fokusgruppenteilnehmer, Berlin

¹⁸⁶ Siehe G. Crozier, J. Davies: *Hard to Reach parents or hard to reach schools? A discussion of home school relations with particular reference to Bangladeshi and Pakistani parents in: British Education Research Journal Bd. 33, Nr. 3, 2007, S. 295–313.*

Sekundarschule wechseln oder von dort in die Hochschulausbildung. Die Initiative hatte einen erfreulichen Start.¹⁸⁷

Weitere im Bericht erwähnte Initiativen sind die *City Learning Centres*, die Räume schaffen, in denen Kinder ihre Hausaufgaben nach der Schule erledigen können, mit Ressourcen, die zu Hause nicht zur Verfügung stehen.

Beratungsangebote sind nicht nur für Eltern erforderlich, sondern auch für einige Jugendliche. Ein entwickeltes Programm der Bildungs- und Sozialdienste in Amsterdam richtet sich an Schüler, die Gefahr laufen, aus dem Bildungssystem herauszufallen. In diesem Projekt „8 tot 8“ (8 bis 8) bieten Coaches Schülern von 8 bis 20 Uhr Rat, Hilfe und Anleitung an. Am Pilotprojekt nahmen 144 Jugendliche teil, darunter 100 mit marokkanischem Hintergrund, und Kosten von rund 7000 Euro pro Schüler pro Jahr. Das Ergebnis des Pilotprojekts legt nahe, dass die Teilnehmer ihr Leben und ihre Zukunft besser in den Griff bekommen haben. Weitere Initiativen sind Wochenendakademien, die Hausaufgabenbetreuung, Schulung in sozialer Kompetenz und Freizeitaktivitäten für Jugendliche bieten. *Campus Nieuw West* ist an der Entwicklung von Karrierezielen durch Praktika, Betreuung und Coaches beteiligt. Schulische Betreuung wird zudem von der Stiftung *Witte Tulp* angeboten, die von jungen Studierenden aus ethnischen Minderheiten gegründet wurde.

In Rotterdam wird das Bildungssystem umstrukturiert, um dem Problem der hohen Quote an Schulabbrechern zu begegnen. Es werden neue Stadtteilschulen eröffnet, die sich an jungen Menschen unter 23 Jahren ohne Schulabschluss richten. Diesen Schulen werden intensive Begleitung und Unterstützung bieten, einschließlich die Entwicklung sozialer Kompetenzen und Arbeitserfahrungen. Das Pilotprojekt läuft von 2009 bis 2011. Es werden zudem „Spitzenschulen“ entwickelt, die denjenigen den Wechsel ermöglichen, die es nicht in die höchste Stufe des Bildungssystems schaffen, aber vermutlich in der Lage sein werden, in der Hochschule gute Leistungen zu erbringen.

4.11 Wichtigste Erkenntnisse

Die Bildungserfolge von Minderheiten sind unterschiedlich. Berücksichtigt man ihren sozial-ökonomischen Hintergrund, schneiden sie in einigen Ländern gut ab. Für manche Muslime scheint Religion eine wichtige Rolle bei der Förderung und Motivation in der Bildung zu sein. Besonders in jungen Jahren ist die Unterstützung der Eltern ein ausschlaggebender Faktor für die zukünftigen schulischen Leistungen. In Bildungssystemen, die Schüler frühzeitig in unterschiedliche Schulformen aufteilen, werden Schüler aus ethnischen Minderheiten tendenziell benachteiligt, da sie zu früh in ihrer Schullaufbahn geprüft und ausgewählt werden. In allen Städten wird zunehmend die Bedeutung der Vorschule anerkannt, damit Schüler ethnischer Minderheiten und anderer benachteiligter Gruppen die Schulpflicht nicht mit einem

¹⁸⁷ Ofsted: Achievement of Bangladeshi heritage pupils, S. 21–22.

Nachteil beginnen. Es werden Bildungsprojekte initiiert, die Wege zur Förderung junger Kinder und mit Programmen verbinden, die die elterliche Einbeziehung in den Lernprozess fördern.

In den Fokusgruppen mit Eltern aus den unterschiedlichen Städten wurde immer wieder der nachdrückliche Wunsch nach ethnisch gemischten Schulen zum Ausdruck gebracht. Die Eltern waren über den nachteiligen Einfluss von schulischer Segregation auf die Ausbildung und Zukunftschancen ihrer Kinder besorgt. Die Herausforderung der politischen Entscheidungsträger ist es, Segregation zu verhindern, da sie häufig aus einer Mischung von Siedlungsmustern gepaart mit der elterlichen oder schulischen Wahl heraus entsteht.

Einige Schüler leider in der Schule weiterhin unter Rassismus und Vorurteilen und sind der niedrigen Erwartungshaltung einiger Lehrkräfte ausgesetzt. Lehrkräfte benötigen entsprechende Ausbildung und Unterstützung, um sicherzustellen, dass sie in zunehmend ethnisch und religiös gemischten Klassen erfolgreich sind. Auf kommunaler Ebene reagieren viele Schulen positiv auf die Bedürfnisse muslimischer Schüler und finden einflussreiche Möglichkeiten, positiv mit ihrem kulturellen Erbe umzugehen.

5. ARBEIT UND BESCHÄFTIGUNG

Die Teilhabe am Erwerbsleben ist ein essentieller Faktor für die wirtschaftliche Integration, die wiederum ein mächtiger Antrieb für die soziale Integration ist. Prinzip 3 der GGP unterstreicht dies: „Die Beschäftigung ist eine wesentliche Komponente des Eingliederungsprozesses“ und von zentraler Bedeutung für Teilhabe. Zur wirtschaftlichen Integration gehören nicht nur Beschäftigungschancen, sondern eine Beschäftigung auf dem Arbeitsmarkt der Mehrheit, statt auf einem segmentierten oder segregierten Arbeitsmarkt und in Beschäftigungsverhältnissen, die den individuellen Fähigkeiten und Qualifikationen angemessen sind. Dieses Kapitel behandelt zunächst Daten zur Teilhabe auf dem Arbeitsmarkt. Danach untersucht es die möglichen Hindernisse, denen sich Muslime beim vollständigen Zugang zum Arbeitsmarkt konfrontiert sehen. Einige dieser Hindernisse bestehen für die meisten Muslime oft in ihrer gesellschaftlichen Position als Migranten oder deren Nachkommen in Westeuropa. Andere Hindernisse beziehen sich speziell auf Muslime als Gruppe.

5.1 Teilhabe am Arbeitsmarkt

Die Teilhabe am Arbeitsmarkt kann anhand mehrerer Variablen wie Erwerbsquote, Erwerbstätigenquote oder Arbeitslosenquote gemessen werden. Wie im Bildungsbereich werden Daten zum Arbeitsmarkt selten anhand religiöser Zugehörigkeit erhoben. Daten zu ethnischen Minderheiten, Migranten und Ausländern bieten einen begrenzten Einblick in die Situation von Muslimen, anhand von Daten zu Minderheitengruppen, die vornehmlich muslimisch sind. Das *Institute for the Study of Labor* führte eine Studie zur Arbeitsmarktintegration von ethnischen Minderheiten in Europa durch, für die Daten über die Teilhabe von Minderheitengruppen in Belgien, Dänemark, den Niederlanden und dem Vereinigten Königreich am Arbeitsmarkt erhoben wurden. Die Daten zeigen, dass die Erwerbsquote bei Gruppen, die vornehmlich muslimisch sind (Türken, Marokkaner, Iraker, Pakistani und Bangladescher) niedriger ist als für Angehörige der Mehrheitsgesellschaft. Die Auswertung der Studie schlussfolgert, dass ethnische Minderheiten „in der Regel signifikant höhere Arbeitslosenquoten aufweisen, über niedrigere Einkommen verfügen und seltener Arbeit finden und behalten als die Mehrheitsgesellschaft.“¹⁸⁸

¹⁸⁸ K. F. Zimmerman et al: Study on the Social and Labour Market Integration of Ethnic Minorities, IZA Research Report No 16, 2008. S. 11 (nachfolgend: Zimmerman et al: Study on the Social and Labour Market Integration of Ethnic Minorities) (Übersetzung des Zitats)

Tabelle 63. Arbeitsmarktsituation ausgewählter ethnischer Minderheiten und Einheimischer/Gesamtbevölkerung in Dänemark, den Niederlanden und im Vereinigten Königreich

Land	Mehrheits-/ Minderheitsgruppe	Erwerbsquote ¹⁸⁹	Arbeits- losenquote	Stundenlohn ¹⁹⁰
Belgien ¹⁹¹	Einheimische Belgier	65	–	–
	Neue Belgier	52	–	–
	Türken	29	–	–
	Marokkaner	29	–	–
Dänemark	Gesamtbevölkerung	76.3	4.5	278.3
	Türken	62.2	17.8	170.7
	Iraker	37.7	26.9	138.4
	Bosnien und Herzegowinier	57.2	12.9	177.4
	Sonstige Nicht- Westliche	55.8	28	164.8
Niederlande ¹⁹²	Niederländische Mehrheit	78	9	10.4
	Türken	53	21	7.1
	Marokkaner	51	27	6.9
Vereinigtes Königreich	Weißer Mehrheits- gesellschaft	81.8	3.8	11.8
	Pakistaner	55.2	12.8	10.2
	Bangladescher	48.7	19.4	10.1

Quelle: Zimmerman et al: Study on the Social and Labour Market Integration of Ethnic Minorities, S. 15.

¹⁸⁹ Beim Vereinigten Königreich werden Daten zur Erwerbsquote als Indikatoren für die Teilhabe am Arbeitsmarkt verwendet.

¹⁹⁰ Stundenlohn bei Dänemark Dänischen Kronen; beim Vereinigten Königreich in britischen Pfund; bei den Niederlanden in Euro; geben verfügbare Stundenlohneinkommen einschließlich Sozialzuschüsse an.

¹⁹¹ Open Society Foundations, At Home in Europe: Muslims in Antwerp, in Vorbereitung (nachfolgend: Foundations, At Home in Europe: Muslims in Antwerp).

¹⁹² Siehe Website des Amsterdamer Behörde für Forschung und Statistik <http://www.os.amsterdam.nl/tabel/8690/> (Zugriff November 2009).

5.2 Arbeitslosenquoten

Die Arbeitslosenquote unter der zweiten Generation marokkanischer und algerischer Einwanderer in Frankreich ist doppelt so hoch wie der landesweite Durchschnitt.¹⁹³ Gleiches gilt für türkische Staatsangehörige in Deutschland.¹⁹⁴ Die Arbeitslosenquote unter Marokkanern und Türken in den Niederlanden ist zweieinhalb bis dreimal so hoch wie der landesweite Durchschnitt.¹⁹⁵ In Belgien liegt die Arbeitslosenquote bei Marokkanern und Türken bei 38% und ist damit fünfmal so hoch wie die landesweite Arbeitslosenquote von 7%.¹⁹⁶

Obwohl die Arbeitslosenquote bei einigen muslimischen Gruppen weiterhin höher bleibt als bei der Mehrheitsbevölkerung, hat das Wirtschaftswachstum seit Mitte der 1990er Jahre in manchen Ländern dazu geführt, dass die Arbeitslosenquoten bei Minderheiten im Vergleich zur Mehrheitsgesellschaft stark gefallen sind. Die Arbeitslosenquote bei nicht-westlichen Einwanderern in den Niederlanden sank zwischen 1997 und 2007 von 20% auf 10%, wobei die Arbeitslosenquote bei den Niederländern 4% betrug.¹⁹⁷ In Belgien wurde die Zahl der langzeitarbeitslosen Marokkaner und Türken besonders erfolgreich gesenkt. Die Langzeitarbeitslosigkeit sank von einem 61% Anteil an der Gesamtarbeitslosenquote im Jahr 2003 auf 46% im Jahr 2007. Diese Zahl ist jedoch nach wie vor hoch, wenn man sie mit der

¹⁹³ Daten des Zensus 1999 zeigen eine Arbeitslosenquote von 40% unter Jugendlichen deren Eltern in Algerien oder Marokko geboren sind, im Vergleich zur landesweiten Jugendarbeitslosenquote von 20%. Siehe INSEE: *Les immigrés en France* (Einwanderer in Frankreich), édition 2005, S. 130, zitiert in S. Tebbakh 2007, S. 42, Fußnote 101. Eine Befragung französischer Schulabgänger aus dem Jahre 1998 ergab, dass die Arbeitslosenquote in dieser Gruppe unter Nordafrikanern doppelt so hoch war wie die für Jugendliche, deren Eltern in Frankreich geboren waren. Siehe CEREQ-Studie „Generation 98“; R. Silberman, I. Fournier: „Jeunes issus de l’immigration: une pénalité à l’embauche qui perdure...“ (Jugendliche Nachkommen der Immigration: nachhaltige Penalisation), Bref, n° 226, Januar 2006, S. 3.

¹⁹⁴ Jochen Blaschke: *Tolerated but Marginalised – Muslims in Germany* in: Edition Parabolis Verlagsabteilung im Europäischen Migrationszentrum (EMZ) (Hrsg.), *State Policies towards Muslim Minorities. Sweden, Great Britain and Germany*, Kempten, 2004, S. 123.

¹⁹⁵ Die Arbeitslosenquote unter Marokkanern in den Niederlanden liegt bei 29%, die für Türken bei 21%, im Vergleich zur landesweiten Arbeitslosenquote von 9%. Siehe SCP: *Hoge (jeugd)werkloosheid onder etnische minderheden. Nieuwe bevindingen uit het LAS-onderzoek* (Hohe Jugendarbeitslosigkeit unter ethnischen Minderheiten: Neue Ergebnisse der LAS-Studie), Sociaal en Cultureel Planbureau, Den Haag, 2006 (Niederländisch) zitiert in: Demant et al: *Muslims in the EU, City Reports – The Netherlands: Preliminary Research Report and Literature Review*, Budapest, Open Society Institute, 2007.

¹⁹⁶ Okkerse, L., Termote, A.: *Etudes statistiques no. 111: Singularité des étrangers sur la marché de l’emploi* (Singularität ausländischer Arbeiter auf dem Arbeitsmarkt), Brüssel, Institut National de la Statistique, 2004 (Französisch)

¹⁹⁷ CBS: *Jaarrapport integratie 2008* (Jahresbericht Integration 2008), Den Haag, 2008, S. 61. (nachfolgend: CBS: *Jaarrapport integratie 2008*) zitiert in Open Society Foundations: *At Home in Europe: Muslims in Rotterdam*, in Vorbereitung (nachfolgend: *Foundations: At Home in Europe: Muslims in Rotterdam*).

Mehrheitsgesellschaft vergleicht, in der der Anteil Langzeitarbeitsloser 35% der Gesamtarbeitslosenquote beträgt.¹⁹⁸

Es gibt jedoch Anzeichen, dass Minderheiten während wirtschaftlicher Krisen aufgrund ihrer Position auf dem Arbeitsmarkt für Arbeitslosigkeit anfälliger sind. In den Niederlanden arbeiten doppelt so viele nicht-westliche Einwanderer wie Niederländer mit sogenannten flexiblen Arbeitsverträgen, die keine Mindeststundenanzahl garantieren.¹⁹⁹ Die Arbeitslosenquote bei Marokkanern und Türken stiegen in Belgien zwischen Januar 2008 und Januar 2009 stärker als bei der gesamten Erwerbsbevölkerung, um 20% im Vergleich zu 8%.²⁰⁰

5.3 Armut

Daten zeigen zudem, dass Muslime der Stundenlohn bei Muslimen niedriger ist als der der Mehrheitsgesellschaft. Eine Konsequenz der geringen Vergütung ist eine hohe Armutsquote, selbst unter denjenigen mit Arbeit. Der Anteil der Bevölkerung in Belgien, der unter der Armutsgrenze lebt, liegt bei 10% bei einheimischen Belgiern, jedoch bei 59% bei Türken und 56% bei Marokkanern.²⁰¹ 32% der türkischen Haushalte in Amsterdam und 37% der marokkanischen Haushalte lebten im Jahr 2006 vom Mindesteinkommen, im Vergleich zu 13% bei den niederländischen Haushalten.²⁰² Im Vereinigten Königreich zeigten Daten des *Family Resources Survey* 2002/03 bis 2004/05 besonders hohe Armutsquoten bei pakistanischen (67%) und bangladeschischen (55%) Haushalten.²⁰³

Die Beschäftigungssituation einer Familie ist bei der Armut der Haushalte entscheidend. Ein signifikanter Anteil der Armut unter pakistanischen und bangladeschischen Haushalten im Vereinigten Königreich ist durch die große Anzahl von Familien ohne erwachsene Familienmitglieder in bezahltem Beschäftigungsverhältnis.

¹⁹⁸ VDA: Alloctonen sneller aan het werk (Migranten schneller an die Arbeit), VDAB Studiedienst, 2008 zitiert in: Foundations: At Home in Europe: Muslims in Antwerp

¹⁹⁹ Foundations: At Home in Europe: Muslims in Rotterdam

²⁰⁰ Foundations: At Home in Europe: Muslims in Antwerp

²⁰¹ Van Robaeys, B./ Perrin, N.: Armoede bij personen van vreemde herkomst becijferd – Deelverslag van 'Armoede bij personen van vreemde herkomst' (Quantifizierung der Armut unter Personen ausländischer Herkunft), UA-OASeS, Antwerpen, 2006, abrufbar unter http://www.kbs-frb.be/uploadedFiles/KBS-FRB/Files/NL/PUB_1635_Armoede_vreemde_origine_becijferd.pdf (Zugriff November 2009) zitiert in Foundations, At Home in Europe: Muslims in Antwerp

²⁰² Siehe Behörde für Forschung und Statistik Amsterdam unter <http://os.amsterdam.nl/tabel/9324> (Zugriff November 2009), zitiert in: Open Society Foundations: At Home in Europe: Muslims in Amsterdam, in Vorbereitung, (nachfolgend: Foundations: At Home in Europe: Muslims in Amsterdam).

²⁰³ P. Kenway, G. Palmer: Poverty among ethnic groups how and why does it differ? York: Joseph Rowntree Foundation/New Policy Institute, 2007 (nachfolgend: Kenway & Palmer: Poverty among ethnic groups)

nis bedingt. Dies betrifft ein Drittel der bangladeschischen Haushalte und ein Viertel der pakistanischen Haushalte. Unterschiedliche bei den Armutquoten zwischen ethnischen Minderheiten und der Allgemeinheit sind jedoch größer, wenn man Haushalte mit erwachsenen Familienmitgliedern in bezahltem Beschäftigungsverhältnis (sogenannte „Arbeitshaushalte“) mit solchen ohne diese Familienmitglieder („arbeitslose Haushalte“) vergleicht. 60% der bangladeschischen Arbeitshaushalte und 40% der pakistanischen gelten als arm im Vergleich zu 10-15% der britischen Haushalte. Unterschiede bei der Bezahlung sind der Hauptgrund bei den Quoten der Einkommensarmut, wenn man Demografie und den Beschäftigungssituation einer Familie berücksichtigt.²⁰⁴

5.4 Erklärung der Benachteiligung am Arbeitsmarkt: Humankapital

Für Unterschiede bei der Teilhabe am Arbeitsmarkt verschiedener Gruppen werden zahlreiche Erklärungen genannt.²⁰⁵ Viele von Minderheiten erfahrene Nachteile am Arbeitsmarkt werden Unterschieden beim Sozialkapital zugeschrieben, insbesondere dem Bildungsgrad und Fähigkeiten. Viele Muslime kamen als Gastarbeiter nach Europa, um ungelernete oder gering anspruchsvolle Arbeiten zu verrichten. Der Hamburger Integrationsplan benennt den strukturellen Wandel des Arbeitsmarkts selbst und den Rückgang der Zahl ungelernerter und gering qualifizierter Stellen als Ursache für die schlechte Arbeitsmarktposition von Migranten.²⁰⁶ Daten aus Slotervaart in Amsterdam zeigen einen starken Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und geringem Bildungsgrad. Im Jahr 2007 hatten von den 1789 Arbeitssuchenden im Bezirk 1181 keine Grundqualifikation.²⁰⁷ Im Gegensatz dazu ist die Arbeitslosenquote hoch qualifizierter Türken und Marokkaner fast genauso hoch wie die ihrer niederländischen Mitbürger (85%).²⁰⁸

Die Ergebnisse der Foundations-Studie bestätigen ebenfalls den allgemeinen Zusammenhang zwischen Bildung und Arbeit.

²⁰⁴ Kenway & Palmer: Poverty among ethnic groups.

²⁰⁵ Der Bericht des Institute for Labour Studies für die Hochrangige Expertengruppe zur sozialen Integration ethnischer Minderheiten benennt 14 entscheidende Barrieren. Siehe Zimmerman et al.: Study on the Social and Labour Market Integration of Ethnic Minorities.

²⁰⁶ Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz: Hamburger Handlungskonzept zur Integration von Zuwanderern, S. 23, abrufbar unter <http://www.hamburg.de/contentblob/128792/data/konzept.pdf> (Zugriff November 2009, nachfolgend: Hamburger Handlungskonzept).

²⁰⁷ Foundations: At Home in Europe: Muslims in Amsterdam.

²⁰⁸ CBS: Jaarrapport integratie 2008, S. 3.

**Tabelle 64. Gegenwärtige oder frühere Art der Beschäftigung
(nach Bildungsabschluss) (I17)**

	Kein formeller Abschluss	Grundschule	Sekundarschule	Universität	Gesamt
Arbeitslos	39.1%	18.7%	14.0%	5.7%	13.3%
Berufe mit akademischer oder Fachschul-ausbildung	1.6%	3.6%	12.9%	39.3%	19.7%
Mittlere Verwaltungs- oder Dienstleistungsberufe	2.3%	6.3%	19.1%	14.3%	15.1%
Höhere Verwaltungs- oder Managementberufe	0.8%	0.4%	1.4%	7.7%	3.3%
Gelernte technische und handwerkliche Berufe	13.3%	6.7%	10.4%	2.7%	7.7%
Angelernte Handwerks- und Dienstleistungsberufe	12.5%	16.7%	15.6%	8.1%	13.2%
Ungelernte Handwerks- und Dienstleistungsberufe	27.3%	41.7%	19.9%	6.4%	18.5%
Mittlere oder untere Managementberufe	1.6%	5.6%	5.1%	5.5%	5.1%
Klassische akademische und freie Berufe	1.6%	0.4%	1.4%	10.4%	4.2%
Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%
	Anzahl	128	252	1112	705

Quelle: Daten der Open Society Foundations

Beispielsweise hat die Mehrheit der Befragten in modernen und klassischen akademischen Berufen oder im höheren Management einen Hochschulabschluss. Befragte ohne Bildungsabschluss konzentrieren sich eher in ungelernten Handwerks- und Dienstleistungsberufen oder sind arbeitslos. Je niedriger der Bildungsgrad einer Person, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie arbeitslos ist: Befragte ohne Bildungsabschluss besitzen eine 2,1 mal höhere Wahrscheinlichkeit arbeitslos zu sein als solche mit Grundschulausbildung, eine 2,8 mal höhere Wahrscheinlichkeit als Befragte mit Sekundarschulabschluss und eine 6,9 mal höhere Wahrscheinlichkeit als Befragte mit Hochschulabschluss. In Prozent sind 39,1% derjenigen ohne Bildungsabschluss arbeitslos, im Vergleich zu 5,7% der Hochschulabsolventen.

Trennt man die Befragten allerdings nach Religion, zeigt sich eine Diskrepanz zwischen der Beschäftigung muslimischer und nicht-muslimischer Teilnehmer. Muslime sind überproportional arbeitslos oder bei gering qualifizierten Stellen überrepräsentiert.²⁰⁹

In Bezug auf die Foundations-Daten sollten folgende Ergebnisse berücksichtigt werden:

- Muslime haben einen fast dreimal höhere Wahrscheinlichkeit, arbeitslos zu sein, als Nicht-Muslime; 19,8% der muslimischen Befragten sind arbeitslos, im Vergleich zu 6,8% der nicht-muslimischen Befragten.
- Unter muslimischen Hochschulabsolventen sind noch nicht mal 0,1% arbeitslos, im Vergleich zu 3,1% der nicht-muslimischen.
- 64,8% der muslimischen Hochschulabsolventen arbeiten in höher qualifizierten Berufen, im Vergleich zu 85,3% der nicht-muslimischen Hochschulabsolventen. Nicht-muslimische Hochschulabsolventen sind damit 1,6 mal häufiger in Berufen mit akademischer oder Fachschulausbildung tätig als muslimische Hochschulabsolventen. Muslimische und nicht-muslimische Hochschulabsolventen arbeiten allerdings ähnlich häufig in klassischen akademischen und freien Berufen sowie im höheren oder mittleren Management.
- 55,5% der männlichen muslimischen Befragten arbeiten in gering qualifizierten und gering bezahlten Berufen. Allein 25,1% arbeiten in ungelernten Handwerks- und Dienstleistungsberufen.
- Nicht-muslimische Männer haben eine 2,3 mal höhere Wahrscheinlichkeit als muslimische, in Berufen mit akademischer oder Fachschulausbildung beschäftigt zu sein (22,4% der Nicht-Muslime, im Vergleich zu 9,9% der Muslime)
- Von den 72,1% der Frauen, die eine Beschäftigung haben/hatten, arbeitet ein signifikant hoher Anteil in mittleren Verwaltungs- und Dienstleistungsberufen

²⁰⁹ Siehe Tabelle 65 und Tabelle 66 in Anhang 2 für genaue Daten.

(21,4%), in ungelerten Handwerks- und Dienstleistungsberufen (17,8%), in Berufen mit akademischer oder Fachschulausbildung (15%) oder in angelernten Handwerks- und Dienstleistungsberufen (12%). Nur 1,8% bekleiden mittlere oder untere Managementberufe und 1,3% höhere Verwaltungs- und Managementberufe.

- Innerhalb der EU geborene Muslime haben die gleiche Wahrscheinlichkeit, arbeitslos zu sein, wie außerhalb der EU geborene Muslime. Innerhalb der EU geborene Nicht-Muslime haben jedoch eine etwas höhere Wahrscheinlichkeit, beschäftigt zu sein, als außerhalb der EU geborene Nicht-Muslime.

5.5 Soziale Netzwerke und Sozialkapital

Fournier und Silberman legen nahe, dass das höhere Risiko der Arbeitslosigkeit bei Kindern der zweiten Generation von Nicht-EU-Migranten nicht durch ihren Bildungsgrad bedingt ist. Ihrer Überzeugung nach liegt ein Teil der Erklärung im geringeren Sozialkapital und schlechteren Zugang zur Arbeitswelt durch Netzwerke ihrer Eltern begründet.²¹⁰ Der Einfluss sozialer Netzwerke auf die Beschäftigungschancen von Migranten wurde in den USA genauer untersucht als in Europa.²¹¹ Die Bedeutung sozialer Netzwerke bei der Arbeitssuche²¹² wird beispielsweise im schwedischen Integrationsbericht erwähnt. Dort heißt es, dass neue Angestellte besonders in KMU vornehmlich aus bestehenden Netzwerken der Arbeitgeber und Arbeitnehmer geworben werden. Besteht die Belegschaft hauptsächlich aus Mitgliedern der Mehrheitsgesellschaft, stellt diese Praxis eine Form indirekter Diskriminierung dar. Die ethnische Schichtung des Arbeitsmarktes, bei der sich Migranten in bestimmten Sektoren konzentrieren, begrenzt die Netzwerke, die sie außerhalb der eigenen ethnischen Gruppe knüpfen können.

Bei Türken in Deutschland kann die Zusammensetzung ihrer persönlichen Netzwerke zu einem signifikanten Teil der ethnische Benachteiligung geschuldet sein, der sie auf

²¹⁰ R. Silberman, I. Fournier: Immigrants' Children and the Labour Market. The Mechanisms of Selective Discrimination. From one generation to another. How do the immigrants and their children see their position on the labour market?, Fourth International MigCities Conference, Lissabon, November 1999

²¹¹ Siehe Elliot, M. Sims: Ghettos and Barrios: The Impact of Neighborhood Poverty and Race on Job Matching among Blacks and Latinos in: *Social Problems* 48(3), 2001, S. 341–361; R. M. Fernandez, E. J. Castilla: How Much Is that Social Network Worth? In: *Social Capital in Employee Referral Networks: Social Capital: Theory and Research*, N. Lin/ K. Cook/ R. S. B. Hawthorne (Hrsg.), New York, NY: Aldine de Gruyter, 2001, S. 85–104; J. Sanders/V. Nee/ S. Sernau: Asian Immigrants' Reliance on Social Ties in a Multiethnic Labor Market in: *Social Forces* 81(1) 2001, S. 281–314.

²¹² Rapport Integration 2005, Integrationsverket, Norrköping, 2006, zitiert in Roger Andersson: Ethnic Residential Segregation and Integration Processes in Sweden, Karen Schonwalder (Hrsg.): *Residential Segregation and the integration of immigrants Britain, the Netherlands and Sweden*, Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin, Berlin, 2007, S. 63.

dem Arbeitsmarkt ausgesetzt sind.²¹³ Eine Studie über Somalier in Kopenhagen zeigt, dass diejenigen mit persönlichen Beziehungen zu Dänen eher einen proaktiven Ansatz bei der Arbeitssuche verfolgen, da diese Freundschaften ihnen die benötigte Ermunterung und Ratschläge gaben, um die Angst vor Diskriminierung zu überwinden, die andere demotiviert.²¹⁴

Netzwerke sind wichtig, um bessere Bildungsziele in bessere Arbeitschancen umzusetzen. Studien über die soziale Mobilität von Pakistanern und Bangladeschern deuten darauf hin, dass sie nicht den Grad sozialer Mobilität in Bezug auf die Beschäftigung erreichen, der angesichts der besseren Bildungsleistungen zu erwarten wäre, und dass, wenn man den Bildungsgrad berücksichtigt, ihre Mobilität in Bezug auf soziale Klasse substantiell schlechter ist als die der nicht-migrantischen Untersuchten im selben Bereich. Es wird nahegelegt, dass dies teilweise den unterschiedlichen Einfluss der Klasse eines ethnisch bindenden Sozialkapitals auf die soziale Mobilität widerspiegelt. Bei Gruppen wie Pakistanern und Bangladeschern, die sich in unteren Positionen der Klasse konzentrieren, wirken sich mit anderen Worten die vorteilhaften Auswirkungen eines stark ethnisch bindenden Sozialkapitals bei der Formulierung hoher Ziele und beim Antrieb in Bezug auf Bildung durch einen Mangel an überbrückendem Sozialkapital (Netzwerke über ihre unmittelbare Gemeinschaft hinaus) negativ aus, was erforderlich ist, um diese Ziele in die Realität umzusetzen. Laut Forschungsergebnissen haben Pakistaner aus der Arbeiterklasse „weniger Chancen auf eine Stelle in höher qualifizierten Berufen oder im Management als ihr nicht-migrantisches Gegenüber.“²¹⁵ Platt vertritt die Auffassung, dass „es ein relativ geringer Anteil der Pakistaner, Inder und Einwanderer aus der Karibik, jeweils ohne Qualifikation, in die Klasse der Fachangestellten oder Manager schafft, im Vergleich zur Gruppe der Weißen.“ Platt argumentiert, dass „die Benachteiligung aufgrund der ethnischen Zugehörigkeit [...] für die am wenigsten Bevorteilten am größten scheint; und zu jedem Grad, den jede Minderheitengruppe, die sich bei denen konzentriert, die keine Qualifikation besitzen; sie werden überproportional darunter leiden.“²¹⁶

Die Umsetzung von Bildungszielen und Ehrgeiz in Teilhabe am Arbeitsmarkt setzt auch die Kenntnis der formellen und informellen Regeln voraus, nach denen er funktioniert. Aus der Foundations-Befragung und den Gesprächen mit Teilnehmern in den Fokusgruppen wurde deutlich, dass mehr Berufsinformationen und -beratung

²¹³ F. Kalter: Auf der Suche nach einer Erklärung für die spezifischen Arbeitsmarktnachteile von Jugendlichen türkischer Herkunft: Zugleich eine Replik auf den Beitrag von Holger Seibert und Heike Solga, *Z. Soziol.* 354, 2006, S. 144–160.

²¹⁴ C.B. Jagd: Breaking the Pattern of Unemployment through Social Networks, Vortrag während der 13. Nordic Migration Conference, 18.–20. November 2004, abrufbar unter <http://www.amid.dk/ocs/viewpaper.php?id=93&cf=1> (Zugriff November 2009).

²¹⁵ L. Platt: Making education count: the effects of ethnicity and qualifications on intergenerational social class mobility in: *The Sociological Review* Bd. 55, Nr. 3, 2007, S. 498 (nachfolgend: Platt: Making education count) (Übersetzung des Zitats).

²¹⁶ Platt: Making education count S. 498 (Übersetzung des Zitats).

erforderlich sind. Jugendliche ziehen nur eine begrenzte Auswahl von möglichen Berufen in Betracht. Ein Fokusgruppenteilnehmer, der auch in einem Projekt zur Eingliederung Jugendlicher in den Arbeitsmarkt arbeitete, wies auf die Wissenslücken über den Arbeitsmarkt hin: „In Deutschland gibt 455 offizielle Berufe, aber die Mädchen hier denken nur an fünf, meistens an Arzthelferin, Verkäuferin oder Friseurin. Jungen sind ebenso festgelegt.“ Nadia Nagie, die für die Organisation KUMULUS in Berlin arbeitet, ist der Auffassung, dass ein Mangel an Informationen über das komplexe Bildungs- und Ausbildungssystem in Deutschland unter Eltern, Schülern und Lehrkräften besteht. Ihre Organisationen versucht zum Beispiel zu vermitteln, dass ein gutes Ausbildungszeugnis im einem handwerklichen oder anderem Ausbildungsberuf mehr Wert ist als ein schlechtes oder durchschnittliches Abitur.

5.6 Sprachkompetenz

Mangelnde Sprachkenntnisse der Sprache des Landes oder der Mehrheit stellen für Einwanderer der ersten Generation oft ein Hindernis dar.²¹⁷ Viele von ihnen wurden für ungelernete Arbeiten in einem ethnisch segmentierten Arbeitsmarkt angeworben, in dem es nicht erforderlich war, die Landessprache oder andere Fähigkeiten zu erlernen, die die Beschäftigungschancen verbessert hätten. Unsicherheiten in der Sprache der Mehrheitsgesellschaft schränkt die Möglichkeiten des Einzelnen in Bezug auf Umschulungen oder Zusatzausbildungen ein, womit ihre Beschäftigungsmöglichkeiten außerhalb ethnisch definierter Arbeitsmarktsegmente begrenzt wird.²¹⁸ Studien im Vereinigten Königreich zeigen einen positiven Zusammenhang zwischen der Sprachkompetenz im Englischen bei Migranten und deren Bezahlung.²¹⁹ Eine Verbesserung der schriftlichen Sprachkenntnisse ist dabei wichtiger als bessere mündliche Sprachkenntnisse. Letztere scheinen die Beschäftigungschancen um 5% zu erhöhen, während gute schriftlichen Sprachkenntnisse diese um 13% verbessern.²²⁰

5.7. Ethnisch bedingte Benachteiligung

Sprachkompetenzen und mangelnde Anerkennung von Qualifikationen betrifft in Europa geborene und aufgewachsene Muslime weniger stark. Zwar prägt ihr oft

²¹⁷ H. Esser: Migration, Language and Integration AKI Res. Rev. 4. Berlin, Wissenschaftszentrum Berlin (WZB), 2006, abrufbar unter http://www.wzb.eu/ZKD/AKI/files/aki_research_review_4.pdf (Zugriff November 2009).

²¹⁸ P. Schellekens: English Language as a Barrier to Employment, Education and Training, Department for Education and Skills, London, 2001.

²¹⁹ M. A. Shields, S. Wheatley Price: The English language fluency and occupational success of ethnic minority immigrant men living in English metropolitan areas in: Journal of Population Economics Bd. 15, 2002, S. 137–160.

²²⁰ C. Dustmann, F. Fabbri: Language Proficiency and Labour Market Performance of Immigrants in the UK in: The Economic Journal Bd. 113, 2003, S. 695–717.

niedrigerer Bildungsgrad ihre Teilhabe am Arbeitsmarkt, scheint jedoch nicht ausschlaggebend für ihre dortige Position zu sein.

Bereits seit einiger Zeit stellt die Arbeitsmarktforschung in den Vereinigten Staaten eine ethnisch bedingte Benachteiligung („ethnic penalty“) fest, denen manche Minderheiten auf dem Arbeitsmarkt ausgesetzt sind. Von ethnisch bedingter Benachteiligung ist die Rede, wenn die statistische Datenauswertung zeigt, dass Unterschiede zwischen ethnischen Gruppen weiterhin bestehen, nachdem geläufige sozioökonomische Variablen berücksichtigt wurden, die erwartungsgemäß die Teilhabe am Arbeitsmarkt beeinflussen, etwa Bildung und Alter.

Die Einschränkungen bei der Datenerhebung machen ähnliche Auswertungen in Europa zur Herausforderung. Das französische Forschungsinstitut für Qualifikations- und Berufsbildungsforschung CEREQ erfasst mittels Erhebung den Verlauf von Geburtsjahrgängen von Schülern eines bestimmten Jahres in Bezug auf Integration auf dem Arbeitsmarkt. Die Datenauswertung von CEREQ für den Jahrgang 1998 zeigt beim Vergleich derjenigen mit gleichen Qualifikationen, dass die Erwerbsquoten bei Jugendlichen deren Eltern im Ausland geboren wurden als bei denen mit in Frankreich geborenen Eltern.²²¹ Beim Vergleich der Schüler mit gleichem Bildungsgrad zeigt sich zudem, dass Schüler mit nordafrikanischem Hintergrund drei Jahre nach der Ausbildung seltener im Management tätig als ihre französischen Mitschüler, aber arbeiteten häufiger als Angestellte oder Fachkräfte im unteren Bereich.²²² Eine Studie im Auftrag der niederländischen Regierung stellte fest, dass vier Prozent der Arbeitslosenquote unter Marokkanern und Türken in den Niederlanden nicht durch für den Arbeitsmarkt persönlich relevanten Faktoren erklärt werden kann.²²³ Heath *et al.* stellen fest, dass auch unter Berücksichtigung der Unterschiede im Bildungsniveau Einwanderergruppen der zweiten Generation signifikant stärker von Arbeitslosigkeit bedroht sind als die Mehrheitsgesellschaft und seltener zu Lohnempfängern werden. Sie schlussfolgern, dass bei der zweiten Generation, nach Berücksichtigung der Qualifikationsunterschiede, die ethnische bedingte Benachteiligung weiterhin zu bestehen scheint und dass „die am stärksten benachteiligten Gruppen die der zweiten Generation türkischer Herkunft in Belgien, Deutschland und in den Niederlanden

²²¹ Alain Frickey, Jean-Luc Primon: *Jeunes diplômés issus de l’immigration: insertion professionnelle ou discriminations? (Junge Hochschulabsolventen mit Einwanderungshintergrund: Professionelle Einfindung oder Diskriminierung?)* La Documentation française, collection Etudes et Recherches, Paris, 2005 (nachfolgend: Frickey & Primon: *Jeunes diplômés issus de l’immigration: insertion professionnelle ou discriminations?*), zitiert in Open Society Foundations, *At Home in Europe: Muslims in Marseille*, in Vorbereitung (nachfolgend: Foundations, *At Home in Europe: Muslims in Marseille*).

²²² Frickey & Primon: *Jeunes diplômés issus de l’immigration: insertion professionnelle ou discriminations?*

²²³ K. Andriessen: *Discriminatiemonitor niet-westerse alloctonen op de arbeidsmarkt (Diskriminierungsmonitor nicht-westlicher Einwanderer auf dem Arbeitsmarkt)*, SCP, Den Haag, 2007, zitiert in Foundations, *At Home in Europe: Muslims in Rotterdam*

sind; die Nachfahren marokkanischer oder nordafrikanischer Eltern in Belgien, Frankreich und in den Niederlanden; die Nachfahren karibischer oder pakistanischer Eltern in Großbritannien; und Nachfahren surinamischer Eltern in den Niederlanden.²²⁴

5.8 Religiös bedingte Benachteiligung

Zudem besteht religiös bedingte Benachteiligung. Festzustellen, ob Muslime diese in der Arbeitswelt erfahren, ist schwieriger. Im Vereinigten Königreich ermöglichen die Integration von Fragen zur religiösen Zugehörigkeit im Zensus und Arbeitsmarktdaten einen Einblick zur deren Untersuchung. Clark und Drinkwater sehen „einige Belege dafür, dass, berücksichtigt man für andere Faktoren, Muslime geringer Erwerbsquoten haben als Menschen mit anderer oder ohne religiöse Orientierung.“ Allerdings argumentieren sie, dass bei manchen Gruppen der enge Zusammenhang von Religion und Ethnizität die Trennung von religiösen und ethnischen Faktoren schwierig gestaltet. Weiterhin „mag es Tradition sein, eher als religiöse Überzeugung an sich, die die Haltungen zur Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt und zur Kindererziehung beeinflusst.“ Clark und Drinkwater argumentieren, dass es „irreführend sein könnte, das Verhalten zu kategorisieren, etwa ein angenommenes freiwilliges Festhalten an einer bestimmten Religion, als Grund für wirtschaftlichem Benachteiligung.“²²⁵ Berthoud und Blekesaune sind der Ansicht, dass „Religion eher als Ethnizität ein Merkmal ist, das mit Nachteilen bei der Beschäftigung in Verbindung gebracht wird.“²²⁶ Die Querverbindung von Ethnizität und Religion zeigt, dass „bei der Untersuchung religiöser Gruppen innerhalb unterschiedlicher ethnischer Gruppen [wir feststellen, dass] sich Muslime in einer nachteiligen Arbeitsmarktposition befinden, unabhängig von ihrer ethnischen Gruppenzugehörigkeit.“²²⁷ Folglich waren indische Muslime stärker am Arbeitsmarkt benachteiligt als indische Hindus, Sikhs und Christen. Beim Vergleich von Minderheitengruppen erfahren muslimische Pakistaner und Bangladescher eine stärkere Benachteiligung als karibische oder schwarzafrikanische Christen.

²²⁴ Anthony Heath/ Catherine Rotheron/ Elina Kilpi: The Second Generation in Western Europe: Education, Unemployment, and Occupational Attainment in: Annual Review of Sociology 34, 2008, S. 218 (nachfolgend: Heath et al.: The Second Generation in Western Europe).

²²⁵ K. Clarke, S. Drinkwater: Ethnic Minorities in the Labour Market: Dynamics and Diversity, Joseph Rowntree Foundation, York, 2007, S. 48 (Übersetzung des Zitats).

²²⁶ R. Berthoud, M. Blekesaune: Persistent employment disadvantage, DWP Forschungsbericht Nr. 416, Norwich, Department for Work and Pensions, 2007, S. 72 (nachfolgend: Berthoud & Blekesaune: Persistent employment disadvantage).

²²⁷ Berthoud & Blekesaune: Persistent employment disadvantage, S. 76 (Übersetzung des Zitats).

5.9 Diskriminierung

Studien über ethnisch und religiös bedingte Benachteiligung versuchen teilweise die Rolle der Diskriminierung bei der Beeinflussung der Teilhabe von Minderheiten am Arbeitsmarkt zu ermitteln. Statistische Analysen können zwar verwendet werden, um die Existenz ethnisch oder religiös bedingter Benachteiligung nachzuweisen, können jedoch nicht feststellen, inwiefern diese Benachteiligung die Folge von Diskriminierung ist. Heath und Cheun betonen, dass „ethnisch bedingte Benachteiligung nicht Diskriminierung an sich gleichzusetzen ist, obwohl Diskriminierung vermutlich die wichtigste Komponente ethnisch bedingter Benachteiligung darstellt.“²²⁸ Erfahrungen und Erwartungen von Diskriminierung prägen ethnische Minderheiten bei der Wahl der Beschäftigung. Personen vermeiden Branchen, wo das Umfeld ihnen gegenüber als ablehnend erfahren wird.²²⁹

Nachweise für Diskriminierung am Arbeitsplatz sind schwieriger zu erlangen. Eindeutige Beispiele für Diskriminierung bestehen nur in Fällen, in denen Einzelpersonen ihre Arbeitgeber verklagten. Darüber hinaus kann sogenanntes *situation testing* Diskriminierung bei Einstellungspraktiken nachweisen. Dazu werden Bewerbungen auf Stellenausschreibungen verschickt, welche die gleichen Qualifikationen nennen, jedoch mit Namen, die einen vermeintlich unterschiedlichen religiösen und ethnischen Hintergrund nahelegen. Tests in Belgien, Deutschland und den Niederlanden zeigten einen signifikanten Grad an Diskriminierung gegenüber Migranten und Bewerbern aus ethnischen Minderheiten in allen drei Ländern.²³⁰ Dieselben Tests zeigten in Frankreich, dass Bewerber aus dem Maghreb fünfmal schlechtere Chancen auf eine positive Rückmeldung hatten als andere Bewerber.²³¹ In Dänemark wurde festgestellt, dass die Chancen eines Bewerbers zu einem Bewerbungsgespräch eingeladen zu werden in einem Verhältnis von 1:32 variierten, je nachdem, ob der Bewerber einen typisch dänischen Namen verwendete oder einen

²²⁸ A. Heath, S. Y. Cheung: Ethnic penalties in the labour market: employers and discrimination, Forschungsbericht Nr. 341, Department for Work and Pensions, London, 2006, S. 5.

²²⁹ Siehe J. Wrench, T. Qureshi: Higher Horizons: A qualitative study of young men of Bangladeshi origin, Research Studies RS30, Department for Education and Employment, London, 1996; J. Aston/ H. Hooker/ R. Page/ R. Wilson: Pakistani and Bangladeshi Women's Attitudes to work and family, DWP Research Report 458, Department for Work and Pensions, London, 2007 (nachfolgend: Aston et al.: Pakistani and Bangladeshi Women's Attitudes); I. Andriessen/ J. Dagevos/ E. Nievers/ I. Boog: Discriminatiemonitor niet westerse alloctonen op de arbeidsmarkt (Diskriminierungsmonitor nicht-westlicher Einwanderer im Arbeitsmarkt), SCP, Den Haag, 2007 (Niederländisch).

²³⁰ R. Zegers de Beijl, (Hrsg.): Documenting discrimination against migrant workers in the labour market. A comparative study of four European countries, ILO, Genf, 2000.

²³¹ EUMC: Muslims in the EU, S. 44–45.

türkischen, arabischen oder pakistanischen.²³² Ein muslimischer Befragter in Leicester erzählte, dass er zu Bewerbungsgesprächen eingeladen wurde, als in der Bewerbung den Namen David verwendete, wo er zuvor mit einer Bewerbung auf die selben Stellen mit seinem richtigen Namen gescheitert war.

Auch anhand von Erfahrungsumfragen, also inwiefern befragte Personen das Gefühl haben, schon mal mit Diskriminierung konfrontiert worden zu sein, kann das Ausmaß an Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt ermittelt werden. Die Genauigkeit solcher Befragungen ist allerdings schwer prüfbar, da Befragte Diskriminierung auch über- oder unterbewerten können. Untersuchungen in Antwerpen zeigten, dass ein Zehntel der marokkanischen und türkischen Befragten bei der Arbeitssuche häufig Diskriminierung ausgesetzt waren, wobei weitere 33% der marokkanischen männlichen sowie 20% der türkischen männlichen und weiblichen sowie marokkanische weibliche Arbeitnehmer angaben, manchmal diskriminiert zu werden.²³³ Die Auswertung der CEREQ-Daten von 1998 zeigen, dass 17% der Nordafrikaner den Eindruck hatten, aufgrund ihrer religiösen oder ethnischen Herkunft auf dem Arbeitsmarkt diskriminiert zu werden. Eine weitaus höherer Anteil (70%) fühlte sich aufgrund seines Namens diskriminiert.²³⁴ Die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) stellte in ihrer Studie EU-MIDIS fest, dass sich 28% der Türken in Deutschland bei der Arbeitssuche und 23% am Arbeitsplatz diskriminiert fühlten.²³⁵ Im der vom britischen Innenministerium durchgeführte *Home Office Citizenship Survey* nannten 24% der Bangladescher und 12% der Pakistaner rassistisch motivierte Diskriminierung als Ablehnungsgrund für einen Arbeitsplatz. 13% der Bangladescher und 9% der Pakistaner gaben die Erfahrung religiös motivierter Diskriminierung an.²³⁶ Im Eurobarometer äußerten 26% der Befragten, dass ein Ausdruck eines religiösen Glaubens für Bewerber von Nachteil

²³² J. Hjarnø, T. Bager: Diskriminering af unge med indvandrerbaggrund ved jobsøgning (Diskriminierung junger Bewerber mit Einwanderungshintergrund im Bewerbungsprozess), Forschungsbericht Nr. 21, DAMES. Esbjerg, 1997, zitiert in M. Hussain: Muslims in EU Cities Report: Denmark Preliminary Research and Literature Review, Open Society Institute, Budapest, 2007 (nachfolgend: Hussain: Muslims in the EU Literature Review: Denmark).

²³³ V. Vandezande/F. Fleischmann/G. Baysu/M. Swyngedouw/K. Phalet: De Turkse en Marokkaanse tweede generatie op de arbeidsmarkt in Antwerpen en Brussel (Türken und Marokkaner der zweiten Generation auf dem Arbeitsmarkt von Antwerpen und Brüssel), Centrum voor Sociologisch Onderzoek, Leuven, 2008, zitiert in Foundations: At Home in Europe: Muslims in Antwerp.

²³⁴ A. Frickey, J.-L. Primon: Jeunes issus de l'immigration: les diplômes de l'enseignement supérieur ne garantissent pas un égal accès à l'emploi (Jugendliche mit Einwanderungshintergrund: Höhere Bildungsabschlüsse garantieren keine Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt), Formation Emploi, n°29, 2002 (Französisch)

²³⁵ FRA: Data in Focus Report: Muslims, S. 6.

²³⁶ H. Green, H. Connolly, C. Farmer: 2003 Home Office Citizenship Survey: People, Families and Communities, Home Office Research Study 289, Home Office Research, Development and Statistics Directorate, London, 2004.

ist.²³⁷ Die Ergebnisse waren in den EU-Staaten unterschiedlich, wobei sichtbare Zeichen der religiösen Identität am ehesten in Dänemark (65%) und den Niederlanden (59%) als nachteilig für einen Bewerber genannt werden, und am wenigsten problematisch im Vereinigten Königreich (21%).²³⁸ Weitere Auswertungen ergaben, dass mehr als ein Drittel der Befragten in leitenden Positionen (35%) sagten, dass jemand im Bewerbungsgespräch aufgrund eines sichtbaren religiösen Symbols Schwierigkeiten erfahren würde.²³⁹

In der Foundations-Umfrage gaben 30% der muslimischen und 27% der nicht-muslimischen Befragten an, während der letzten fünf Jahre für eine Stelle abgelehnt worden zu sein.²⁴⁰

Wenn die Faktoren Religion, Geschlecht und Geburtsort in Beziehung zueinander gesetzt werden, sind in der EU geborene Muslimas die am stärksten betroffene Gruppe: 37,3% der muslimischen Frauen gab an, innerhalb der letzten fünf Jahre für Arbeitsstellen abgelehnt worden zu sein. Außerhalb der EU geborene nicht-muslimische Frauen stehen mit 34,2% an zweiter Stelle.²⁴¹

In der EU geborene männliche Muslime gaben ebenfalls eine hohe Ablehnungsrate an (33,7%). Am wenigsten sind außerhalb der EU geborene Muslimas und in der EU geborene Nicht-Muslimas betroffen (jeweils 25,1%). Muslime, die sichtbare religiöse Symbole tragen, erhielten geringfügig häufiger Absagen als ebenso erkennbar religiöse Nicht-Muslims (26% bzw. 24,4%)

²³⁷ Die Frage lautete: Wenn ein Unternehmen in [IHREM LAND] jemanden einstellen möchte und dabei die Wahl hat zwischen zwei Bewerbern mit gleichen Fähigkeiten und gleicher Qualifikation, welche der folgenden Kriterien könnten sich Ihrer Meinung nach für einen der Bewerber nachteilig auswirken? Der Ausdruck einer religiösen Überzeugung (z. B. das Tragen eines religiösen Symbols)? Siehe Eurobarometer: Diskriminierung in der Europäischen Union, S. 26.

²³⁸ Die Ergebnisse für Deutschland wurden mit 43%, Belgien 46%, Frankreich 36% und Schweden 51% angegeben. Eurobarometer: Diskriminierung in der Europäischen Union, Tabelle QA7.

²³⁹ Eurobarometer: Diskriminierung in der Europäischen Union, S. 27.

²⁴⁰ Siehe Tabelle 67 in Anhang 2 für genaue Daten.

²⁴¹ Siehe Tabelle 68 in Anhang 2 für genaue Daten.

Tabelle 69. Hat man Ihnen in diesem Land in den letzten fünf Jahren eine Arbeitsstelle verweigert? (nach Religionszugehörigkeit und sichtbaren Zeichen religiöser Identität) (H10)

		Sichtbare Zeichen religiöser Identität			
		Ja	Nein	Gesamt	
Muslime	Ja	26.0%	32.2%	29.9%	
	Nein	39.5%	48.3%	45.0%	
	Weiß nicht	1.0%	2.6%	2.0%	
	Nicht zutreffend	33.6%	16.9%	23.1%	
	Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%
		Anzahl	408	698	1106
Nicht-Muslime	Ja	24.4%	27.1%	27.0%	
	Nein	46.7%	51.1%	50.9%	
	Weiß nicht	2.2%	1.0%	1.0%	
	Nicht zutreffend	26.7%	20.8%	21.0%	
	Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%
		Anzahl	45	1039	1084

Quelle: Daten der Open Society Foundations

Der Unterschied besteht deutlicher zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen, die keine Zeichen ihrer Religiosität zeigen.

Tabelle 70. Hat man Ihnen in diesem Land in den letzten fünf Jahren eine Arbeitsstelle verweigert oder hat man Ihre Bewerbung abgelehnt? (nach höchstem Bildungsabschluss) (H10)

		Höchster Bildungsabschluss				Gesamt
		keine formale Bildung	Grundschule	Sekundär schule	Universität	
Ja		7.1%	18.7%	27.2%	37.6%	28.4%
Nein		48.0%	50.6%	47.9%	47.3%	48.0%
Weiß nicht		4.7%	1.2%	1.3%	1.4%	1.5%
Nicht zutreffend		40.2%	29.5%	23.5%	13.6%	22.0%
Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%
	Anzahl	127	251	1112	704	2194

Quelle: Daten der Open Society Foundations

Befragte mit höherem Bildungsabschluss erfahren häufiger die Ablehnung für einen Arbeitsplatz. Tabelle 70 zeigt, dass 37,6% der abgelehnten Hochschulabsolventen innerhalb der letzten fünf Jahre abgelehnt wurden, im Vergleich zu 7,1% derjenigen ohne formale Schulbildung. Gleichzeitig beantworteten viele mit niedrigem oder ohne Abschluss mit „nicht zutreffend“, was nahelegt, dass sie sich überhaupt nicht um Arbeit beworben haben. Befragte mit Abschlüssen aus anderen EU-Ländern wiesen die höchsten Ablehnungsraten auf (32,9%), während außerhalb der EU Ausgebildete mit 25,8% am wenigsten abgelehnt wurden.

Tabelle 71. Hat man Ihnen in diesem Land in den letzten fünf Jahren eine Arbeitsstelle verweigert oder hat man Ihre Bewerbung abgelehnt? (nach Ausbildungsort) (H10)

		Wo wurde der Teilnehmer ausgebildet?			
		In diesem Land	In einem anderen EU-Land	In einem Nicht-EU-Land	Gesamt
Ja		30.9%	32.9%	25.8%	29.7%
Nein		48.7%	44.3%	47.0%	48.1%
Weiß nicht		1.4%	–	1.3%	1.3%
Nicht zutreffend		19.0%	22.8%	25.8%	20.9%
Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%
	Anzahl	1448	79	523	2050

Quelle: Daten der Open Society Foundations

Muslimische und nicht-muslimische Befragte interpretieren die Gründe für die Ablehnung für eine Arbeitsstelle unterschiedlich. Grundsätzlich fühlen sich muslimische Befragte häufiger aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit (15%) als aufgrund ihrer Religion (12%) diskriminiert.

Tabelle 72. Aus welchen Gründen wurden Sie für eine Stelle abgelehnt? (H11)

	Muslime	Nicht-Muslime	Gesamt
Geschlecht	0.3%	0.6%	40.0%
Alter	2.3%	4.5%	3.4%
Ethnizität	4.5%	0.8%	2.7%
Religionszugehörigkeit	3.8%	–	1.9%
Hautfarbe	1.9%	1.4%	1.6%
Wohnort	0.8%	0.3%	0.5%
Sonstiges	12.8%	14.3%	13.6%
Weiß nicht	3.3%	4.5%	3.9%
Keine Antwort	70.4%	73.6%	72.0%
Gesamt	In %	100.0%	100.0%
	Anzahl	1110	1089

Quelle: Daten der Open Society Foundations

Allerdings nannten unter den muslimischen Befragten in Europa geborene Muslimas Diskriminierung aufgrund der Religion (21%) häufiger als aufgrund ethnischer Zugehörigkeit (12%).²⁴²

Bei der Deutung dieser Erkenntnisse ist zu berücksichtigen, dass die Form der Diskriminierung gegenüber Muslimen, die Grenzen zwischen unterschiedlichen Eigenschaften wie Rasse, Ethnizität, Religion und Geschlecht weniger präzise und solide sind, als dies zunächst erscheint.²⁴³ Wird eine Person aufgrund von mehr als einer Eigenschaft Ziel der Diskriminierung ist der Grund oder auch der Hauptgrund für die Diskriminierung nicht mehr eindeutig feststellbar. Die Menschen interpretieren ihre Erfahrungen selbst auf eine Weise, die es ihnen ermöglicht, bei der erlebten

²⁴² Siehe Tabelle 73 in Anhang für genaue Daten.

²⁴³ Für eine Diskussion über ein Konzept der Rasse in der Religion siehe M. Chon, D. Artz: *Walking While Muslim in: Law and Contemporary Problems* 68, 2005, S. 228. Dort heißt es: „Religion ist nicht ‚unveränderlich‘ in dem gleichen Sinne wie Hautfarbe. Religiöse Zugehörigkeit oder Identität ist immer eine Frage der Wahl. Und trotzdem erhält der Islam, vor allem durch den Kampf gegen Terrorismus unveränderliche, unausweichliche, erbliche und, sehr wichtig minderwertige Eigenschaften. Anders ausgedrückt, religiöse Unterschiede werden ‚rassifiziert‘.“ (Übersetzung des Zitats).

Diskriminierung zu vermitteln und damit umzugehen.²⁴⁴ Muslime sind verschiedenen Formen der Diskriminierung und Benachteiligung ausgesetzt, die von zahlreichen Eigenschaften wie unterschiedliche Auffassungen von Rasse, Ethnizität und Geschlecht abhängen. Ein Befragter aus Marseille verdeutlicht dies. Auch zweieinhalb Jahre nach Abschluss der Wirtschaftshochschule in Marseille konnte er keine Anstellung finden:

Ich fand mich in wirklich schwierigen Situationen. Ich hatte telefonische Bewerbungsgespräche mit Firmen, das lief relativ gut. Als ich im Büro ankam, änderte sich das. Ich heiße Moussa Saïd, ein arabischer Name und das erste Problem. Ich komme rein: ich bin Schwarz. Zweites Problem. „Und außerdem ist er Muslim. Und er wohnt in einer schlechten Gegend. Das ist zu viel für uns.“ Ich hatte so viele Probleme bei der Arbeitsuche, dass ich verspreche, dass wenn mich jemals eine Firma einstellen sollte, ich es bis ganz nach oben schaffe. Ich hatte so viel Ärger, dass ich, wenn es sein muss, 65 Stunden statt 35 arbeite, um es mir und meinen Kollegen zu beweisen, das mache ich!

Bei Frauen, die den Hijab tragen, überschneiden sich Diskriminierung aufgrund von Religion und Geschlecht als Faktoren für die Ausgrenzung vom Arbeitsmarkt. Das Neutralitätsgesetz in Deutschland wurde genutzt, um Muslimas mit Kopftuch von bestimmten Berufen auszugrenzen. Obwohl das Kopftuchverbot nur für bestimmte öffentliche Positionen gilt, hat das Verbot laut Interviews mit Interessenvertretern und den Diskussionen in den Fokusgruppen auch die Haltung von Arbeitgebern in der Privatwirtschaft gegenüber Frauen beeinflusst, die den Hijab tragen. Einer Teilnehmerin zufolge, die in Berlin in der Berufsberatung für Jugendliche arbeitet, konnten junge Frauen mit Kopftuch kaum Ausbildungs- oder Praktikumsplätze finden. Eine andere Frau erzählte, dass sie während ihres Praktikums bei der Polizei nur Verwaltungsaufgaben übertragen bekam, während die andere Praktikantin ohne Hijab in allen Arbeitsbereichen Erfahrungen sammeln durfte, einschließlich Streife fahren. Die Antidiskriminierungsstelle Berlin hat im Kontext der Implementierung der EU-Richtlinien zu Diskriminierung eine Neubewertung des Neutralitätsgesetzes gefordert.

²⁴⁴ M. Bying: *Mediating Discrimination: Resisting Oppression Among African-American Muslim Women* in: *Social Problems* 45(4), 1998, S. 474–475. „Mediation bedeutet die Kraft, Diskriminierung auf eine Art und Weise entgegen zu treten, die weder ihre Macht noch ihr Unterdrückungspotential scheut ... menschliche Vermittlungskraft ist essentiell für Mediation: Eigentümerschaft, Rechenschaftspflicht, Selbstdefinition, Selbstbestimmung und Selbstbewertung bedeuten, dass Menschen auch im Angesicht von Diskriminierung ihre Menschlichkeit bewahren und die der anderen erkennen.“ Über die afro-amerikanischen muslimischen Frauen, die Byers interviewt hat schreibt sie: „Sie konnten der diskriminatorischen Unterdrückung mit Hilfe einer humanistischen Vision widerstehen, die den Ursprung von Diskriminierung im Unterschied sucht. Obwohl diese Frauen klassischen Diskriminierungsfällen zum Opfer fallen, sind sie immer noch zu Selbstbestimmung, Entschlossenheit und Wertschätzung fähig. Sie selbst definieren, welchen Einfluss diese Erfahrung auf ihr Leben hat und können auf diese Weise Diskriminierung mediatisieren... (Sie) nutzen ihre Mitgliedschaft in der muslimischen Community als einen selbstbestimmenden und sicheren sozialen Ort.“ (Übersetzung des Zitats).

10% der von der Antidiskriminierungsstelle betreuten Fälle in den Niederlanden stehen mit dem Hijab in Verbindung. Die Stadtverwaltung von Antwerpen erließ einen Beschluss, der Frauen davon abhält, den Hijab in Positionen zu tragen, die direktem Kontakt mit der Öffentlichkeit umfassen. Teilnehmer in den Fokusgruppen waren der Ansicht, dass die Ausgrenzung der Kopftuch tragenden Frauen auf dem etablierten Arbeitsmarkt inzwischen Normalität geworden ist. Frauen befinden sich in dem Dilemma, dass sie diese Ausgrenzung aus dem Arbeitsmarkt entweder hinnehmen oder ihr Kopftuch ablegen, wie eine Fokusgruppenteilnehmerin in Marseille bemerkte. Sie selbst war von ihrem Arbeitgeber gedrängt worden, das Kopftuch abzulegen, nachdem Kunden sich dazu geäußert hatten: „Also geben wir es entweder auf und betrachten es nicht als das Wichtigste, uns so zu kleiden, und geben Einkommen und Selbstständigkeit den Vorrang. Oder wir denken, hier geht es darum, unsere Freiheit zu verteidigen, hier wurde ein Recht verletzt, sie haben mein Recht darauf verletzt, mich so zu kleiden, wie ich es möchte.“

Frauen in den Fokusgruppen waren sich sehr dessen bewusst, dass sie Stereotypen über muslimische Frauen überwinden und in Frage stellen müssen, um zu zeigen, dass diese Stereotypen nicht auf sie zutreffen. Frauen in Amsterdam betrachten sich eher als Brückengeneration, obwohl auch sie den Eindruck hatten, dass aufgrund ihres Kopftuches und kultureller Unterschiede die von ihnen gewünschten Positionen schwer zu erreichen waren. Sie gehen davon aus, dass sich die Dinge mit der Zeit verbessern, so dass die dritte Generation nicht mehr den gleichen Hindernissen gegenüberstehen wird.

5.10 Muslimische Frauen und Beschäftigung

Das Verbot des Hijab ist für Frauen, die eine Beschäftigung auf dem etablierten Arbeitsmarkt anstreben und sich auf diese Weise dort integrieren wollen, ein wichtiges Anliegen. Ein weiteres Thema für politische Entscheidungsträger ist die allgemeine Erwerbsquote von muslimischen Frauen am. Wie bereits erwähnt, liegt die Erwerbsquote bei manchen Gruppen muslimischer Frauen unter 40%.

Diskussionen in den Fokusgruppen legen nahe, dass kulturelle Erwartungen bei der Kindererziehung und weitere Betreuungsaufgaben muslimische Frauen entscheidend bei der Entscheidung in Bezug auf die Teilnahme am Erwerbsleben beeinflusst. Frauen suchten eher nach Arbeitsplätzen im näheren Wohnumfeld, um die Verantwortung für Beruf und Familie zu verbinden. Die Vorteile der Berufstätigkeit und finanziellen Vorteile wurden von Frauen anerkannt. Sie sprachen darüber, dass bezahlte Arbeit ihnen „etwas eigenes“ gibt, sie jedoch auch sicher sein wollen, Zeit für die Kinderbetreuung übrig zu haben. Muslimische Frauen mit Arbeitsplatz sind stolz auf die gleichwertige Behandlung im Austausch und in Diskussionen mit Arbeitgebern und Kollegen. Dieses Gefühl unterscheidet sich signifikant von ihren eigenen Müttern. Fragt man nach der Möglichkeit, zu Hause zu bleiben, sobald ihre Partner genug verdienen, erachteten berufstätige muslimische Frauen ihre Entscheidung als nicht von den nicht-muslimischer berufstätiger Frauen abweichend.

Diese Erkenntnisse entsprechen Studien im Vereinigten Königreich, die belegen, dass beispielsweise bei Frauen aus Pakistan und Bangladesch ihre Rolle bei der Kindererziehung stark betont wird.²⁴⁵ Die Präferenz, mit ihren Kindern zu Hause zu bleiben in Verbindung mit der Geburt weiterer Kinder, um Frauen länger vom Arbeitsmarkt fernzuhalten. Kinder in jungen Jahren zu bekommen, könnte zudem bedeuten, dass Frauen begrenzte oder gar keine Arbeitsmarkterfahrung vor ihrer Elternschaft haben; dies schränkt die Wahrscheinlichkeit bei den Frauen weiter ein, nachdem sie Mutter geworden sind, auf den Arbeitsmarkt zurückzukehren.²⁴⁶ Um Arbeit und Familie zu vereinbaren, wählen Frauen Beschäftigungen, für die sie überqualifiziert sind: „Um Teilzeit arbeiten zu können, flexibler zu sein und um die unterschiedlichen Ansprüche von Arbeit und Familie zu vereinbaren, wählten Frauen mit Hochschulabschluss oder Doktorandinnen Beschäftigungen, für die sie vermutlich überqualifiziert waren.“²⁴⁷ Die allgemeine Korrelation von Bildungsqualifikationen und der Teilhabe am Arbeitsmarkt verstärkt sich durch die starke kulturelle Erwartungshaltung in Bezug auf die Eheschließung und Mutterschaft. Besonders Frauen ohne Qualifikationen sind eher ohne Beschäftigung, verheiratet und haben mehr Kinder in jungen Jahren.²⁴⁸

5.11 Maßnahmen zur Unterstützung der Teilhabe am Arbeitsmarkt

Zur Unterstützung der Teilhabe am Arbeitsmarkt werden in den elf untersuchten Städten zahlreiche unterschiedliche Maßnahmen ergriffen. In Anbetracht der Position von Muslimen auf dem Arbeitsmarkt sollten sie von Initiativen für besonders Benachteiligte überproportional profitieren. Dazu gehören Initiativen zur Verbesserung der Chancen von Schulabgängern beim Übergang zum Arbeitsmarkt. In Amsterdam besteht ein Netzwerk zwischen Schulen und lokal ansässigen Unternehmen, um die Chancen zur Erlangung eines Ausbildungsplatzes zu verbessern. Der Sportartikelhersteller Nike beteiligt sich beispielsweise an einem Marketingprojekt mit Schülern des *Calvijn Met Junior College*. Eine Initiative in Marseille bringt Jugendliche mit Arbeitgebern in Kontakt und Arbeitgeber mit Jugendlichen ohne Qualifikationen. In einem anderen Projekt vor Ort wurde in Zusammenarbeit mit der Bank Société Générale ein Ausbildungsprogramm für Jugendliche ohne Abschluss entwickelt, das nach vier Jahren zum Erwerb eines Diploms der Stufe 3 führt, und möglicherweise zu

²⁴⁵ Siehe J. Lindley, A. Dale, S. Dex: Ethnic differences in women's demographic and family characteristics and employment profile in: Labour Market Trends, April 2004, S. 153–165; A. Dale, N. Shaheen, V. Kalra, E. Fieldhouse: Routes into education and employment for young Pakistani and Bangladeshi women in the UK in: Ethnic and Racial Studies Bd. 25, Nr. 6, 2002, S. 942–968; A. Dale, N. Shaheen, E. Fieldhouse, V. Kalra: The labour market prospects for Pakistani and Bangladeshi women in: Work Employment and Society Bd. 16, Nr. 1, 2002, S. 5–25.

²⁴⁶ Aston et al.: Pakistani and Bangladeshi Women's Attitudes.

²⁴⁷ Aston et al.: Pakistani and Bangladeshi Women's Attitudes, S. 88 (Übersetzung des Zitats).

²⁴⁸ Aston et al.: Pakistani and Bangladeshi Women's Attitudes.

einer Beschäftigung im Verkauf. Aus einer Vorauswahl von 60 Jugendlichen wurden 17 der Bank vorgestellt und 12 davon schlussendlich ausgewählt.

Marseille entwickelte sogenannte „Zweite-Chance-Schulen“. Diese richten sich an jugendliche Schulabbrecher ohne Abschluss. Sie versuchen Schüler mittels Praktikumsplätzen mit Arbeitgebern vertraut zu machen an. Mehr als 1700 Firmen, größtenteils Klein- und Kleinstunternehmen, sind Partner dieser Initiative. Die Schulen und Arbeitgeber bieten Praktika an, die fortschrittlich umgesetzt werden, um Schüler und teilnehmende Betriebe nicht zu destabilisieren. Die Lehrkräfte bewerten und besuchen die Schüler regelmäßig an ihren Praktikumsplätzen. Entscheidend beim Projekt ist die direkte Erfahrung des Arbeitsumfelds. Die Ausbildung ist individuell. Jeder Schüler hat einen Mentor, der 12 bis 15 Schüler betreut. Die Jugendlichen werden als Auszubildende betrachtet und erhalten ein Gehalt von 300 bis 500 Euro.²⁴⁹ Auswertungen vonseiten der Schule waren positiv. Seit Beginn der Zweite-Chance-Schulen haben nahezu 2500 Jugendliche ein Praktikum absolviert. Von den 1600 Praktikanten, die ihre Ausbildung zwischen 1998 und 2006 abgeschlossen haben, schafften es laut Statistik 66% in die Erwerbsarbeit.

Flüchtlinge und neue Migranten werden häufig als eine Gruppe mit spezifischen Bedürfnissen erkannt und angesprochen. Die Arbeitsagenturen in Berlin haben eine zusätzliche Stelle des Migrationsbeauftragten geschaffen, die sich speziell mit den Problemen von Migranten auf dem Arbeitsmarkt beschäftigen.

Weitere Initiativen arbeiten mit muslimischen Gemeinschaften und begreifen die Rolle, die sie innehaben, um mit Beratung und Informationen auch diejenigen zu erreichen, die am weitesten vom Arbeitsmarkt entfernt sind. In Berlin schult die Organisation KUMULUS e.V. Imame, die innerhalb muslimischer Communities eine wichtige soziale Rolle innehaben, über die Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten für Jugendliche. Die Arbeitsagentur Job Center Plus in Leicester lud Arbeitgeber in Gemeindezentren, Moscheen und Tempel ein, um ihnen die Barrieren der Jugendlichen aus Minderheiten bei der Bewerbung näherzubringen. Die Agentur organisierte eine sogenannte road show anlässlich der Entwicklung eines neuen Einkaufszentrums. Damit sollten den Communities die neuen Arbeitgeber vorgestellt werden. Die Frauenorganisation Nisa For Nisa organisierte eine Jobmesse, an der sich Arbeitgeber beteiligten, die mehr junge Frauen aus Minderheiten einstellen möchten.

Weitere Initiativen, die zwar nicht mit Einrichtungen oder Strukturen der Community zusammenarbeiten, betonen jedoch die Bedeutung dessen, Menschen zu beschäftigen, die Teil der Zielgruppe sind und damit im Kontakt stehen. Das Projekt „Kiezlotsen“ in Berlin-Kreuzberg versucht Jugendliche zu ermutigen, Ausbildungsangebote wahrzu-

²⁴⁹ Mission commune d'information sur le fonctionnement des dispositifs de formation professionnelle (Informationen über das gemeinsame Vorhaben über die Funktion beruflicher Ausbildungsprogramme), Déplacement à Marseille, 2006. Siehe Website des Französischen Senats unter <http://www.senat.fr> (Zugriff November 2009) (Französisch).

nehmen oder wieder in das Bildungssystem zurückzukehren. Es beschäftigt Kontaktmitarbeiter, die den gleichen Hintergrund haben, wie die Jugendlichen, die sie erreichen möchten. Die Niederländische Stiftung für erfolgreiches Unternehmertum führt in Amsterdam und Rotterdam ein Pilotprojekt durch, bei dem Frauen mit Migrationshintergrund bei der Aufnahme einer Beschäftigung unterstützt werden und das Problem der Kinderbetreuung behandelt wird. Die Nichtregierungsorganisation RASAP in Leicester erhält staatliche Förderung für die Erleichterung des Zugangs zum Arbeitsmarkt für Migranten, Asylbewerber und muslimische Frauen. Die Vorteile solch eines zielgerichteten Ansatzes erklärt der Projektleiter der Organisation mit dem Verständnis für die Bedürfnisse der unterschiedlichen Gruppen: „Die Beschäftigungsanforderungen sind unterschiedlich, es muss ein Arbeitsumfeld existieren, das dem Glauben gegenüber aufgeschlossen ist“.

Die Stadtverwaltungen selbst sind ebenfalls signifikante Arbeitgeber. Einige haben Maßnahmen ergriffen, um Bewerbungen von Minderheiten zu fördern. Der Berliner Senat initiierte die Kampagne „Berlin braucht Dich“,²⁵⁰ um Menschen aus Minderheiten zu ermutigen, sich auf Stellen in der öffentlichen Verwaltung zu bewerben. Dafür kontaktierten die Kampagnenorganisatoren religiöse Gemeindevorsteher, Moscheen, Vereine und andere Migrantengruppen. In Hamburg wurde ein Programm zur Steigerung des Anteils an Auszubildenden mit Migrationshintergrund in der Verwaltung lanciert. Dazu gehörte die Kampagne „Wir sind Hamburg – Bist Du dabei?“²⁵¹ die sich an Jugendliche mit Migrationshintergrund richtete.

Zudem existieren Initiativen, die auf bestimmte Hürden bei der Partizipation abzielen. Rotterdam trat beispielsweise der europäischen Städtekoalition gegen Rassismus bei und führt ein Programm namens „*Discriminatie? De groeten!*“ (Diskriminierung? Adel!) durch.²⁵² Es fordert Minderheiten auf, Fälle von Diskriminierung zu melden. Die Initiative in Rotterdam umfasst außerdem Fortbildungs- und Qualifizierungsprogramme. Dies umfasst die Förderung von berufsbildenden Zügen in Schulen, um sich mehr auf Fähigkeiten zur Arbeitssuche konzentrieren, wie Bewerbungsschreiben und -gespräche. Arbeitgeber sowie kleinere und mittlere Unternehmen werden aufgefordert, die Vielfalt unter ihren Arbeitnehmern zu erhöhen.

Es sind Initiativen geplant, die sich auf die Beschäftigung arbeitsloser Hochschulabsolventen konzentrieren. Die Anerkennung der Benachteiligung bei der Zugang zu Beschäftigung sind teilweise durch den Mangel an Netzwerken und Wissen über den Arbeitsmarkt bedingt. Angesichts dessen hat die *Young Foundation* in London das

²⁵⁰ Siehe Website der Kampagne <http://www.berlin-braucht-dich.de>

²⁵¹ Siehe Website der Kampagne <http://www.hamburg.de/bist-du-dabei/62924/bist-du-dabei.html> (Zugriff November 2009).

²⁵² Der Programmtext ist abrufbar unter http://www.vng.nl/Praktijkvoorbeelden/SZI/2007/rotterdamdiscriminatiedegroeten_2007.pdf (Niederländisch, Zugriff November 2009).

Projekt *Fastlaners* lanciert, das sich solchen Hindernissen widmen soll.²⁵³ Die zweiwöchigen Kurse für Hochschulabsolventen aus ethnischen Minderheiten oder Randgruppen bieten Intensivangebote in Bezug auf Lebenslauf, Bewerbungsgespräche, Arbeitssuche und Verbesserung nicht-kognitiver Fähigkeiten. Ziel ist es, Absolventen durch die Entwicklung von Fähigkeiten eine mögliche Anstellung und besseren Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Das Projekt ist an die Unterstützung wichtiger lokale politische Ziele wie Kohäsion der Community sowie Beschäftigung gekoppelt.

Im Allgemeinen sind mehr nicht-muslimische (41%) als muslimische Befragte (37%) mit den unternommenen Bemühungen von Arbeitgebern zufrieden, unterschiedliche religiöse Bräuche zu respektieren.

Tabelle 74. Wie sehr respektieren Arbeitgeber Ihrer Meinung nach die religiösen Bräuche von Menschen mit einer anderen Religionszugehörigkeit? (G6)

	Muslime	Nicht-Muslime	Gesamt
Zu sehr	1.7%	2.5%	2.1%
Etwa richtig	36.6%	40.7%	38.6%
Zu wenig	36.0%	23.7%	29.9%
Weiß nicht	25.7%	33.1%	29.4%
Gesamt			
In %	100.0%	100.0%	100.0%
Anzahl	1109	1089	2198

Quelle: Daten der Open Society Foundations

Lässt man die Befragten außen vor, die mit „Weiß nicht“ geantwortet haben, sind die muslimischen Befragten genau gespalten, zwischen denen, die mit dem Respekt von religiösen Bräuchen am Arbeitsplatz zufrieden sind (49%) und denen, die sagen, dass zu wenig Respekt besteht (48%). Weitere Auswertungen zeigen, dass die Mehrheit der befragten Männer (52%) den Eindruck hatten, von ihren Arbeitgebern ausreichend respektiert zu werden, die Mehrheit der weiblichen Befragten (52%) jedoch der Ansicht sind, zu wenig Respekt zu erkennen.

²⁵³ Weitere Informationen über dieses Projekt siehe <http://www.fastlaners.org.uk>.

Tabelle 75. Wie sehr respektieren Arbeitgeber Ihrer Meinung nach die religiösen Bräuche von Menschen mit einer anderen Religionszugehörigkeit? (nach Religionszugehörigkeit und Geschlecht) (G6)

	Muslime männlich	Muslime weiblich	Nicht-Muslime männlich	Nicht-Muslime weiblich	Gesamt
Zu sehr	2.3%	1.1%	2.7%	2.3%	2.1%
Etwa richtig	39.4%	33.8%	43.1%	38.4%	38.6%
Zu wenig	34.1%	37.9%	23.4%	24.0%	29.9%
Weiß nicht	24.2%	27.2%	30.8%	35.3%	29.4%
Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%
	Anzahl	558	551	522	2198

Quelle: Daten der Open Society Foundations

5.12 Wichtigste Erkenntnisse

Muslime sind nicht in den Arbeitsmarkt der Mehrheitsgesellschaft integriert. Ihre Arbeitslosenquoten sind im Vergleich zur Gesamtbevölkerung höher, die Beschäftigungsquote niedriger. Muslime mit Arbeitsplatz gehören häufig zu den geringfügig und schlecht bezahlten Beschäftigten und sind stärker von Arbeitslosigkeit bedroht. Die schlechte Vergütung ihrer Arbeit führt zudem zu höheren Armutsquoten. Diese Benachteiligung ist teilweise durch das Humankapital bedingt; weitere Faktoren sind soziale Netzwerke, Wissen und Verständnis des Arbeitsmarktes sowie mangelnde Sprachkompetenz. Einige Forschungsergebnisse scheinen die Behauptung zu belegen, dass einige Muslime sowohl ethnisch als auch religiös benachteiligt auf dem Arbeitsmarkt werden. Die Studienerkenntnisse weisen darauf hin, dass religiös motivierte Diskriminierung, besonders bei Frauen mit Kopftuch, ein wichtiger Faktor religiöser Benachteiligung ist. Weitere, speziell Muslimas betreffende Faktoren sind ihre kulturellen Präferenzen in Bezug auf Familie und Kindererziehung. In allen elf untersuchten Städten werden eine Reihe von Maßnahmen für die Eingliederung ethnischer Minderheiten in den Arbeitsmarkt ergriffen, darunter Initiativen, die mit muslimischen Gemeinschaften arbeiten und die Rolle anerkennen, die sie bei der Sicherstellung haben, dass diejenigen mit Informationen und Beratung über den Arbeitsmarkt versorgt werden, die am weitesten davon entfernt sind. Städte und Kommunen sind wichtige Arbeitgeber. Einige ergreifen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die Mitarbeiter die gesamte Vielfalt der lokalen Bevölkerung widerspiegelt.

6. STADTTEIL UND WOHNUNGSWESEN

Schwerpunkt dieses Kapitels ist die Untersuchung der Eindrücke und Erfahrungen der Befragten im Wohnungswesen und ihrem Stadtteil. Zunächst werden Faktoren vorgestellt, die für das Verständnis der Siedlungsstrukturen von Muslimen in Westeuropa relevant sind. Anschließend wird der Wohnungsmarkt behandelt, insbesondere die Besitzverhältnisse, Qualität und Diskriminierung, der Befragte bei der Wohnungssuche ausgesetzt sind. Dieses Kapitel untersucht im Folgenden die subjektiven Erfahrungen der Befragten in ihrem Stadtteil. Zu berücksichtigende Aspekte sind die Länge der Anwohnerschaft in der Gegend, die Gründe für die Ansiedlung (*push-pull*-Faktoren), empfundene Vor- und Nachteile der Nachbarschaft und Standpunkte zu politischen Anreizen für eine stärkere soziale Durchmischung von Bezirken mit einem hohen muslimischen Bevölkerungsanteil. Das Kapitel nutzt Daten der Foundations-Befragung, den Fokusgruppen und Interviews mit Interessenvertretern, greift jedoch auch auf die politische Fach- und Forschungsliteratur zurück.

6.1 Unterschied zwischen Bezirk und Stadtteil

Die Foundations-Fragebögen unterscheiden zwischen Bezirk und Nachbarschaft (bzw. Stadtteil) der Befragten: der Bezirk beschreibt die Umgebung in einem Radius von 15 bis 20 Gehminuten von zu Hause aus. Der Stadtteil ist ein kleinerer Bereich, die Straße in der unmittelbaren Umgebung des Zuhauses. Ein Befragter kann in einem ethnisch oder religiös gemischten Bezirk leben. Innerhalb des Bezirks kann der Stadtteil jedoch mehr oder weniger ethnisch oder kulturell heterogen sein. Die Teilnehmer der Studie wurden nach der ethnischen und religiösen Vielfalt ihres Stadtteils bzw. Nachbarschaft gefragt.

Tabelle 76. Ethnische und religiöse Zusammensetzung der Nachbarschaft (C4)

	Muslime	Nicht-Muslime	Gesamt
In erster Linie Verwandte	4.2%	2.7%	3.5%
In erster Linie Menschen derselben ethnischen Herkunft und mit derselben Religionszugehörigkeit	16.0%	5.2%	10.7%
In erster Linie Menschen einer anderen ethnischen Herkunft, aber mit derselben Religionszugehörigkeit	9.6%	1.9%	5.8%
In erster Linie Menschen derselben ethnischen Herkunft, aber mit einer anderen Religionszugehörigkeit	2.6%	2.3%	2.5%
In erster Linie Menschen einer anderen ethnischen Herkunft und mit anderer Religionszugehörigkeit	11.1%	14.6%	12.8%
Eine Mischung unterschiedlicher Herkunft, Ethnizität und Religion	56.4%	73.3%	64.8%
Gesamt	In %	100.0%	100.0%
	Anzahl	1109	1088

Quelle: Daten der Open Society Foundations

Beinahe drei Viertel der nicht-muslimischen Befragten (73%) und die Mehrheit der muslimischen Befragten (56%) wohnen in einem ethnisch und religiös gemischten Stadtteil. 16% der muslimischen Befragten wohnen vornehmlich in Stadtteilen mit Menschen desselben religiösen und ethnischen Hintergrunds und weitere 10% wohnen in Stadtteilen, die sich hauptsächlich aus Muslimen, jedoch unterschiedlicher Ethnizität zusammensetzen. Dies legt nahe, dass rund ein Viertel der muslimischen Befragten in einem Stadtteil wohnen, in dem hauptsächlich Muslime wohnen. Da sich die Studie auf Gegenden mit hohem muslimischem Bevölkerungsanteil konzentriert, ist dieses Ergebnis nicht verwunderlich.

6.2 Historische muslimische Siedlungsmuster

Die Ansiedlung von Muslimen in Europas Städten und insbesondere in bestimmten Bezirken ist eine Folge zahlreicher Prozesse. Zunächst kamen hauptsächlich männliche Muslime als Arbeitskräfte nach Westeuropa, die in der Nachkriegszeit als Niedriglohnarbeiter in der Industrie tätig waren. Ihre Siedlungsstruktur wurden anfänglich durch die Arbeits- und Beschäftigungsmuster ihrer Zielländern geprägt. Als ihre Familien

nachzogen, spielte der Zugang zum Wohnungswesen eine größere Rolle bei der Prägung der Siedlungsmuster. Muslime, die als Flüchtlinge nach Europa kamen, waren bei der Niederlassung zudem von der Umsetzung der Programme zur Ansiedlung von Flüchtlingen abhängig. Muslime, die in dieser Zeit Europa erreichten, ließen sich wie andere Migranten hauptsächlich in Metropolen nieder.

In den Niederlanden wohnen 36% der Türken und 47% der Marokkaner in den vier größten Städten (Amsterdam, Rotterdam, Utrecht und Den Haag).²⁵⁴ Zwei Fünftel der Muslime im Vereinigten Königreich wohnen in London (38%); zudem besteht eine hohe Konzentration in den Regionen West Midlands, in West Yorkshire, Lancashire und um Glasgow in Schottland. In Dänemark wohnen zwei Drittel der ethnischen Minderheiten in Gemeinden, die insgesamt nur 10% der Gesamtbevölkerung ausmachen.²⁵⁵ 51% der Türken, 44% der Algerier und 41% der Marokkaner in Frankreich wohnen in Stadtteilen, in denen ein Drittel der Haushalte einen Migrationshintergrund hat.²⁵⁶ In Deutschland bestehen keine signifikanten Konzentrationen von Muslimen in wenigen Großstädten; ihre weiter verbreitete Niederlassung wird teilweise durch die deutsche Industrielandschaft geprägt, wobei Firmen auf unterschiedliche klein und mittelgroße Städte verteilt sind.²⁵⁷ In der Datenauswertung des Mikrozensus steht, dass Deutschlands Immigrantinnenbevölkerung weniger konzentriert in wenigen Ballungsräumen wohnt, als die Großbritanniens oder der Niederlande. Die weitere Analyse der Konzentration türkischer Gemeinschaften in 1810 Bezirken großer und mittlerer deutscher Städte zeigt nur elf Gegenden, in denen sie einen Bevölkerungsanteil von 20% überschreiten, wobei ein Drittel sich über 121 Einheiten verteilt, in denen mindestens 10% der Bevölkerung türkische Staatsangehörige sind.²⁵⁸

²⁵⁴ G. Bolt, R. van Kempen, M. van Ham: *Minority Ethnic Groups in the Dutch Housing Market: Spatial Segregation, Relocation Dynamics and Housing Policy* in: *Urban Studies* 45(7), 2008, S. 1,364 (nachfolgend: Bolt et al.: *Minority Ethnic Groups in the Dutch Housing Markt*“).

²⁵⁵ Dänisches Ministerium für Integration: *Integrations Forskning i Danmark 1980–2002* (Intergrationsforschung in Dänemark 1980–2002), Kopenhagen, 2002 (nachfolgend: *Intergrationsforschung in Dänemark 1980–2002*), zitiert in Hussain: *Muslims in the EU Literature Review: Denmark*, S. 24.

²⁵⁶ Bill Edgar: *Policy Measure to Ensure Access to Affordable Housing for Ethnic Minorities*, Joint Centre for Scottish Housing Research, Dundee, 2004, S. 24 (nachfolgend: Edgar, Edgar: *Policy Measure to Ensure Access to Affordable Housing for Ethnic Minorities*)

²⁵⁷ Karen Schönwälder, Janina Söhn: *Immigrant Settlement Structures in Germany: General Pattern and Urban Levels of Concentration of Major Groups* in: *Urban Studies* 46(7), 2009, S. 1,439–1,460 (nachfolgend: Schönwälder & Söhn: *Immigrant Settlement Structures in Germany*)

²⁵⁸ Schönwälder & Söhn: *Immigrant Settlement Structures in Germany*, S. 1446

6.3. Ausgrenzung in den Städten und Bezirke mit hohem muslimischen Bevölkerungsanteil

Für viele Muslime hing die Wahl des Wohnorts von ihrer Beschäftigung ab. Danach spielten jedoch auch Faktoren wie Armut, Diskriminierung, Angst vor Rassismus und die Bevorzugung bestimmter Gegenden oder Wohnungen eine Rolle und führten zu der heutigen Verteilung der muslimischer Bevölkerung. Die Art des Bezirkes, in dem jemand wohnt, beeinflusst seine soziale und wirtschaftliche Integration. Es existieren negative Einflüsse eines benachteiligten Stadtteils, die nicht Eigenschaften des Einzelnen oder des Haushalts zuzuschreiben sind.²⁵⁹ In Gegenden mit hoher Arbeitslosigkeit oder vielen Haushalten ohne erwachsenes Familienmitglied in Erwerbstätigkeit sind soziale Netzwerke für die Arbeitssuche schwach ausgeprägt. Es gibt weniger positiven Vorbilder für Jugendliche und der schlechte Ruf einer Gegend kann sich nachteilig auf die Suche nach einem Arbeitsplatz auswirken.²⁶⁰ Größere muslimische Bevölkerungsgruppen wohnen häufig in sozial schwachen Gegenden. Im Vereinigten Königreich sind Muslime beispielsweise überproportional in den am stärksten benachteiligten Stadtteilen angesiedelt. Ein Drittel der muslimischen Bevölkerung wohnt in 10% der am stärksten benachteiligten Stadtteile.²⁶¹ In Dänemark wohnt die Hälfte der nicht-westlichen Minderheiten in sozial benachteiligten Gegenden; ein Viertel wohnt in den sozial schwachen Bezirken Kopenhagens, im Vergleich zu 3,6% der Gesamtbevölkerung.²⁶²

Dieser enge Zusammenhang von Gegenden mit ethnischer Konzentration und sozialer Benachteiligung erschwert festzustellen, ob ein zusätzlicher Nachteil besteht, der durch das Wohnen in einer Gegend mit ethnischer Konzentration bedingt ist.²⁶³ Für Minderheiten hat es auch Vorteile in Bezirken mit ethnischer Konzentration zu wohnen. Sie können ihre ethnischen und kulturellen Traditionen besser erhalten,

²⁵⁹ J. Goering, J. D. Feins: *Choosing a Better Life? Evaluating the Moving to Opportunity Experiment*, Urban Institute Press, Washington, DC, 2003; E. Andersson: *From valley of sadness to hill of happiness: the significance of surroundings for socioeconomic career in: Urban Studies*, 41, 2004, S. 641–659; R. Andersson: *Spaces of socialization and social network competition: a study of neighborhood effects in Stockholm, Sweden in: H. T. Andersen, R. van Kempen (Hrsg.): Governing European Cities*, Ashgate, Aldershot, 2001, S. 149–188; S. Musterd, R. Andersson, G. Galster, T. Kauppinen: *Are immigrants' earnings influenced by the characteristics of their neighbours? In: Environment and Planning A*, 40, 2008, S. 785–805.

²⁶⁰ Sako Musterd, Roger Andersson: *Housing Mix, Social Mix, and Social Opportunities in: Urban Affairs Review* 40, 2005, S. 764.

²⁶¹ J. Beckford, R. Gale, D. Owen, C. Peach, P. Weller: *Review of the Evidence Base on Faith Communities*, Office of the Deputy Prime Minister, London, 2006.

²⁶² *Intergrationsforschung in Dänemark 1980–2002*.

²⁶³ Susanne Urban: *Is the Neighbourhood Effect an economic or immigrant Issue? A Study of the Importance of Childhood neighbourhood for Future Integration into the Labour Market in: Urban Studies* 46(3), 2009.

ethnisches Kapital mobilisieren und ethnische Unterstützungsnetzwerke nutzen.²⁶⁴ Die Tatsache, dass Einwanderer in Berlin auch nach sozialökonomischem Aufstieg ihren Bezirk selten verlassen, kann als eine positive Identifikation betrachtet werden und ist Ausdruck der dortigen Kiezkultur. Dies legt nahe, dass diejenigen, denen es gut geht, häufig in ihren Bezirk investieren und zur Aufwertung des Stadtteils beitragen.

Politiker und andere Entscheidungsträger in vielen westeuropäischen Staaten sehen die Konzentration ethnischer Minderheiten, insbesondere von Muslimen, in bestimmten Bezirken mit Sorge.²⁶⁵ Einige betrachten diese Gegenden ethnischer Konzentration als Problem des Mangels, was folglich Investitionen in Beschäftigungsprogramme und -fähigkeiten erfordert. Andere sehen diese Konzentration als räumliches Problem, was Verteilungspolitik erfordert.²⁶⁶ Einige Kopenhagener Bezirksbürgermeister sprachen Ende der 1980er Jahre von der *Khominisation* einiger Gegenden.²⁶⁷ Offizielle Berichte über die Aufstände im Frühsommer 2001 nennen die Segregation als einen der grundlegenden Faktoren.²⁶⁸ In der Zeit nach den Bombenanschlägen von London im Juli 2005 warnte der Vorsitzende der *Commission for Racial Equality*, dass Teile des Vereinigten Königreichs Gefahr laufen, wie „Schlafwandler in die Segregation“ zu gelangen.²⁶⁹ Die niederländische Regierung argumentierte, dass die Konzentration von Minderheiten in Bezirken die Integration untergräbt:

Die Konzentration ist besonders für die Integration von Nachteil, da sie zu einer Anhäufung sozialer Probleme führt, die schlussendlich zu einem Zustand führen könnte, der nicht mehr zu bewältigen ist. [...] Die Konzentration ist außerdem von Nachteil, da sie ethnische Trennlinien konzentrierter sichtbar macht. Dies schadet dem Image ethnischer Minderheiten. [...] Letztendlich ist die Konzentration besonders für Möglichkeiten für das Zusammentreffen von und Kontakte zwischen Personen unterschiedlicher Herkunft von Nachteil [...] Der

²⁶⁴ G. Bolt, J. Burgers, R. van Kempen: On the social significance of spatial location: spatial segregation and social inclusion in: *Netherlands Journal of Housing and the Built Environment*, 13, 1998, S. 83–95; G. J. Borjas: To ghetto or not to ghetto: ethnicity and residential segregation in: *Journal of Urban Economics*, 44, 1998, S. 228–253

²⁶⁵ Siehe S. Musterd, A. Murie, C. Kesteloot (Hrsg.): *Neighbourhoods of Poverty: Urban Social Exclusion and Integration in Europe*. Houndsmill, Basingstoke, 2006; R. Johnston, J. Forrest, M. Poulsen: The ethnic geography of EthniCities in: *Ethnicities* 2:2, 2002, S. 209–235.

²⁶⁶ Patrick Ireland: Comparing Responses to Ethnic Segregation in Urban Europe in: *Urban Studies* 45(7), 2008, S. 1339

²⁶⁷ C.-U., Schierup, Pål Kulturens Slagmark: Pål Kulturens Slagmark (Auf dem Schlachtfeld Kultur), South Jutland University Publishers, 1993 (Dänisch), zitiert in Hussain: *Muslims in the EU Literature Review: Denmark*, S. 25.

²⁶⁸ Siehe T. Cantle: *Community Cohesion: A Report of the Independent Review Team*, London, Home Office, 2001; und J. Denham: *Building Cohesive Communities: A Report of the Ministerial Group on Public Order and Community Cohesion*, London, Home Office, 2001.

²⁶⁹ D. Casciani: *Analysis: Segregated Britain?* BBC News, 22. September 2005, abrufbar unter <http://news.bbc.co.uk/1/hi/technology/4270010.stm> (Zugriff November 2009).

abnehmende Kontakt mit niederländischen Einheimischen beeinflusst die sozialen Chancen ethnischer Minderheiten indirekt.²⁷⁰

Das Wahlprogramm 2005 der CDU in Deutschland hält fest, dass „die Ghettobildung und Entwicklung von Parallelgesellschaften und eine häufig selbst gewählte Abgrenzung ausländischer Jugendlicher von der deutschen Gesellschaft [...] Alarmsignale für den sozialen Frieden im Land [sind]“.²⁷¹ Im Hamburger Handlungskonzept zur Integration von Zuwanderern (HHAP) wird eine hohe Migrantenanzahl in einer bestimmten Gegend nicht als problemverursachend an sich betrachtet. Der daraus resultierende Mangel an interethnischen und interreligiösen Kontaktmöglichkeiten wird jedoch als problematisch betrachtet, da er zur Bildung einer „Parallelgesellschaften“ führt.²⁷²

Simpson *et al.* untersuchten das demografische Profil überwiegend muslimischer südasiatischer Bevölkerungsgruppen in zwei englischen Städten. Sie legen nahe, dass das demografische Profil von Migrantenbevölkerungen bedeutet, dass über einen gewissen Zeitraum, eine Verteilung neben einem stärkeren Clustering oder einer stärkeren Konzentration eintreten wird. Letzteres ist hauptsächlich durch die natürlichen Wachstumsraten der jüngeren Migrantenpopulationen bedingt. Dementsprechend „setzt sich eine wachsende Konzentration vermutlich über einige Jahrzehnte fort, bis sich die Altersstruktur stabilisiert hat und Verteilung zum Hauptmerkmal wird.“²⁷³ Dies entspricht beispielsweise offensichtlich auch Daten aus Rotterdam, wo die Sorge um eine Konzentration von Türken und Marokkanern zu einer Zeit zunahm, als die Segregation abnahm.²⁷⁴

6.4 Wohnverhältnisse

In den meisten westeuropäischen Ländern (mit Ausnahme des Vereinigten Königreichs) umfassen Daten zu den Wohnverhältnissen keine Angaben zur religiösen Identität der Bewohner. Die erfassten Daten spiegeln jedoch häufig die ethnische Zugehörigkeit oder Staatsangehörigkeit wider, aus denen sich bis zu einem gewissen Grad Angaben über Bewohnergruppen ableiten lassen, die hauptsächlich muslimisch sind. Im Allgemeinen sind größere Familiengrößen, hohe Armutsquoten und geringes

²⁷⁰ Ministerie van Justitie: Jaarnota integratiebeleid 2005 (Jahresstrategie Integration 2005), Den Haag, Ministerie van Justitie, 2005 (Niederländisch), zitiert in Bolt et al.: *Minority Ethnic Groups in the Dutch Housing Market*, S. 1360.

²⁷¹ CDU und CSU: *Deutschlands Chancen nutzen. Wachstum. Arbeit. Sicherheit* Regierungsprogramm 2005–2009. Berlin, 2005, S. 34, zitiert in Schönwälder & Söhn: *Immigrant Settlement Structures in Germany*, S. 1440.

²⁷² Hamburger Handlungskonzept zur Integration von Zuwanderern, S. 33.

²⁷³ L.Simpson, V. Gavalas, N. Finney: *Population dynamics in ethnically diverse towns: the long-term implications of immigration*, CCSR Arbeitspapier 2006–04, 2006, S. 14 (Übersetzung des Zitats).

²⁷⁴ Bolt et al.: *Minority Ethnic Groups in the Dutch Housing Market*, S. 1365, Tabelle 2.

Einkommen Anzeichen dafür, dass Muslime oder Gruppen, die vorwiegend muslimisch sind, eher als die Allgemeinheit in Sozialwohnungen als Eigentümer und in überfüllten und schlechten Wohnverhältnissen leben.

Muslime sind Im Vereinigten Königreich seltener als die Gesamtbevölkerung Wohnungseigentümer (51% im Vergleich zu 69% der Gesamtbevölkerung). Trotzdem „erwirbt ein signifikanter Anteil (33% im Vergleich zu 39% der Gesamtbevölkerung) mit Hilfe von Hypotheken oder Krediten Eigentum, obwohl viele Muslime Darlehen mit Zinsaufschlag kritisch gegenüberstehen.“²⁷⁵ Die britische Regierung passte die Steuergesetzgebung für die Entwicklung von Diensten für den Erwerb von Wohneigentum, die mit der Scharia im Einklang sind, zu ermöglichen. Das Finanzministerium schaffte die doppelte Stempelgebühr für muslimische Hauskäufer ab (ein Vermittler kauft die Immobilie und verkauft sie dann an die Käufer weiter, deswegen die doppelte Stempelgebühr).²⁷⁶ Anfang 2005 organisierte das Büro des Vizepremierministers eine Anhörung zur Ermöglichung des Kaufs von Wohnungen der Mietern in den Gemeinden mit Hilfe von „nicht-standardisierten“ Darlehen.²⁷⁷ Für Wohnungseigentümer sind mit der Scharia kompatible Produkte vorhanden, die es Muslimen ermöglichen, Verträge abzuschließen, bei denen Darlehen zum Gegenwert des Eigentums zur Verbesserung deren Bedingungen angenommen werden. Muslime sind mehr von Sozialwohnungen abhängig als die Gesamtbevölkerung (28%, im Vergleich zu 20%) und von Mietwohnungen (17%, im Vergleich zu 10%).²⁷⁸ In der Gruppe der Muslime gibt es jedoch zwischen unterschiedlichen ethnischen Gruppen signifikante Unterschiede. Muslime als Gruppe wohnen zu 28% in Sozialwohnungen, bei Bangladescher Haushalten liegt der Anteil bei 68%.²⁷⁹

In Belgien überwiegt im Allgemeinen Wohneigentum, vor Sozialwohnungen. 64% der Türken und Marokkaner sind Haus- bzw. Wohnungseigentümer, im Vergleich zu

²⁷⁵ P. Sellick: *Muslim Housing Experiences*, The Housing Corporation, London, 2004, S. 4 (nachfolgend: Sellick: *Muslim Housing Experiences*) (Übersetzung des Zitats).

²⁷⁶ M. Malik: *British Muslims – discrimination, equality and community cohesion in: T. Choudhury (Hrsg.): Muslims in the UK: Policies for Engaged Citizens*, Open Society Institute, Budapest, 2005

²⁷⁷ Office of the Deputy Prime Minister: *Non-standard mortgages for purchasing social dwellings: Helping tenants in social housing buy their home using Islamic and other non-standard finance products – A consultation Document*, ODPM publications, London, 2005, unter <http://www.communities.gov.uk/documents/housing/pdf/142049.pdf> (Zugriff November 2009).

²⁷⁸ P. Sellick: *Muslim Housing Experiences*, S. 4.

²⁷⁹ H. Mayhew, C. Robinson, A. Humphrey, E. Kafka, R. Oliver, S. Bose: *Housing in England 2001/02*, Office of the Deputy Prime Minister, London, 2003, S. 15. Die angegebenen Zahlen stehen für bangladescher und chinesische Haushalte mit der Warnung vor hoher Fehlerwahrscheinlichkeit der Schätzungen.

80% der Gesamtbevölkerung.²⁸⁰ Laut Zensus 1999 sind 12% der Nicht-EU-Bürger in Paris Haus- oder Wohnungseigentümer, im Vergleich zu 32% der gebürtigen Franzosen. Aber 30% der aus dem Nicht-EU-Ausland eingebürgerten Franzosen sind Haus- oder Wohnungseigentümer. Der Zugang zum Immobilienmarkt ist in Paris besonders schwierig. Daher ist die Zahl der Nicht-EU-Eigentümer dort niedriger als in den Vororten (30%) oder in den Provinzen (34%). Die Hälfte der Nicht-EU-Bürger lebt in privaten vermieteten Wohnungen.²⁸¹ Selbst in Rotterdam, wo der Eigentumserwerb unter Türken und Marokkanern zwischen den Jahren 1998 und 2006 rapide anstieg, liegt der Anteil türkischer (26%) und marokkanischer (16%) Eigentümer unter dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung (60%).²⁸²

Ein Viertel der tunesischen und türkischen Haushalte in Paris wohnt zu beengt.²⁸³ Die Hälfte der marokkanischen und algerischen Haushalte sowie 45% der türkischen Haushalte wohnt in Gebäuden von schlechter Qualität, im Vergleich zu 11% der Gesamtbevölkerung.²⁸⁴ In Deutschland hatten laut Daten aus dem Jahr 1998 22% der türkischen Staatsangehörigen keine Zentralheizung (im Vergleich zu 5% der deutschen Staatsangehörigen) und 39% der Türken berichteten, in beengten Verhältnissen zu wohnen (im Gegensatz zu 16% der deutschen Staatsangehörigen).²⁸⁵ Darüber hinaus waren 12% der türkischen Staatsangehörigen Wohneigentümer, im Vergleich zu 38% der deutschen. Eine weitere Auswertung zeigt, dass „die ausländische Staatsangehörigkeit zu beengteren Wohnverhältnissen führt, auch wenn Variablen wie Einkommen, Eigentum und städtische Lage berücksichtigt werden.“²⁸⁶ Festgestellt wird, dass die sozialökonomischen Unterschiede zwischen Ausländern und Deutschen für die Ungleichheiten bei der Wohnqualität nicht verantwortlich sind. Ebenso wenig kann eine große Kluft bei der Wohnqualität durch die Entscheidung von Haushalten

²⁸⁰ K. Levecque, I. Lodewyckx, S. van den Eede: Gezondheid en gezondheidszorg bij allochtonen in Vlaanderen (Gesundheit und Gesundheitsversorgung unter Allochthonen in Flandern), Steunpunt Gelijkekansenbeleid, Antwerpen, 2006 (nachfolgend: Levecque, et al.: Gezondheid en gezondheidszorg bij allochtonen in Vlaanderen), zitiert in Foundations: At Home in Europe: Muslims in Antwerp.

²⁸¹ APUR (Stadtplanungsbehörde Paris), La population étrangère à Paris. Eléments de diagnostic à partir des données des recensements. Diagnostic local d' intégration de la Ville de Paris (Die Ausländerpopulation in Paris. Diagnostische Elemente aus Zensusdaten. Diagnose lokaler Integration der Stadt Paris), APUR, Paris, Oktober 2002 (nachfolgend: APUR: Die Ausländerpopulation in Paris) (Französisch).

²⁸² SCP: Goede buren kun je niet kopen (Gute Nachbarn kann man nicht kaufen), SCP, Den Haag, 2009, zitiert in Foundations: At Home in Europe: Muslims in Rotterdam.

²⁸³ APUR: Die Ausländerpopulation in Paris, S. 96.

²⁸⁴ Edgar: Policy Measure to Ensure Access to Affordable Housing for Ethnic Minorities, S. 25.

²⁸⁵ A. I. Drever, W. A. V. Clark: Gaining access to housing in Germany: The foreign-minority experience in: Urban Studies 39, 2002, S. 2444 (nachfolgend: Drever and Clark: Gaining access to affordable housing in Germany).

²⁸⁶ Drever, Clark: Gaining access to affordable housing in Germany, S. 2446.

erklärt werden, einen geringeren Anteil ihres Einkommens für die Miete zu verwenden.²⁸⁷

Im Vereinigten Königreich wohnen 42% aller muslimischen Kinder in beengten Wohnverhältnissen, im Vergleich zu 12% aller unterhaltsberechtigten Kinder.²⁸⁸ Die Gesamtzahl kaschiert Unterschiede zwischen den unterschiedlichen überwiegender muslimischen Gruppen. Während 42% der muslimischen Kinder in beengten Wohnverhältnissen wohnen, liegt der Anteil bei Bangladescher Kindern bei 56%. 32,5% der Haushalte im Vereinigten Königreich wohnen in „nicht angemessenen“ Verhältnissen. Bei südasiatischen Haushalten liegt dieser Anteil bei 46%.²⁸⁹ Es gibt zudem unterschiedliche Gründe für „unangemessenen“ Wohnverhältnisse bei ethnischen Minderheiten und weißen Haushalten. Die Wohnverhältnisse ethnischer Minderheiten werden nahezu doppelt so häufig nicht ausreichend Instand gehalten, sind untauglich oder haben Modernisierungsbedarf. 75% dieses Wohnraums befindet sich in der Hand privater Vermieter. Während 28% der weißen Haus- und Wohnungsbesitzer in unangemessenen Verhältnissen leben, liegt dieser Anteil bei Eigentümern aus ethnischen Minderheiten bei 40%.²⁹⁰

6.5 Zufriedenheit mit Besitz und Wohnverhältnissen im Rahmen der Foundations-Befragung

Nicht-muslimische Teilnehmer an der Foundations-Befragung wohnen eher in den eigenen vier Wänden (24%) als muslimische Befragte (19%).

²⁸⁷ Drever, Clark: Gaining access to affordable housing in Germany, S. 2448

²⁸⁸ Sellick: Muslim Housing Experiences, S. 12

²⁸⁹ Office of the Deputy Prime Minister: Building the Picture: the English Housing Condition Survey 2001, Office of the Deputy Prime Minister, London, 2003, S. 10 (nachfolgend: ODPM: Building the Picture)

²⁹⁰ ODPM: Building the Picture, S. 58

Tabelle 77. Wohnsituation – Eigentum, Miete oder andere Vereinbarungen (C1)

	Muslime	Nicht-Muslims	Gesamt
Uneingeschränkter Eigentümer	8.3%	11.5%	9.9%
Eigentümer mit Kredit oder Darlehen	9.7%	12.4%	11.1%
Teils Mieter, teils Eigentümer (gesichertes Darlehen)	1.7%	1.1%	1.4%
Mieter einer öffentlichen Wohnung/ Sozialwohnung	36.8%	26.5%	31.7%
Mieter einer Privatwohnung	19.9%	29.3%	24.6%
Wohnt bei Eltern/ Geschwistern	20.4%	11.8%	16.1%
Mietfreies Wohnen	1.4%	1.7%	1.5%
Hausbesetzer	0.1%	0.5%	0.3%
Sonstiges	1.8%	5.2%	3.5%
Gesamt	In %	100.0%	100.0%
	Anzahl	1110	1088
		2198	

Quelle: Daten der Open Society Foundations

Unter den zur Miete wohnenden Befragten wohnen 37% der Muslime und 27% der Nicht-Muslims in Sozialwohnungen. Letztere wohnen häufiger in privat vermieteten Wohnungen. Sowohl Muslime als auch Nicht-Muslims äußerten sich ähnlich zur Zufriedenheit mit Sozialwohnungen.

Tabelle 78. Zufriedenheit mit Sozialwohnungen (G1.3)

		Muslime	Nicht-Muslime	Gesamt
	Sehr zufrieden	6.6%	3.9%	5.2%
	Ziemlich zufrieden	27.7%	23.9%	25.8%
	Weder zufrieden noch unzufrieden	18.2%	14.6%	16.4%
	Ziemlich unzufrieden	17.4%	16.5%	17.0%
	Sehr unzufrieden	10.8%	9.2%	10.0%
	Weiß nicht	19.2%	31.9%	25.5%
Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%
	Anzahl	1107	1087	2194

Quelle: Daten der Open Society Foundations

Nur ein kleiner Anteil beider Gruppen war mit Sozialwohnungen sehr zufrieden (7% der Muslime und 4% der Nicht-Muslime). Ein Viertel beider Gruppen war „ziemlich zufrieden“ und ein Viertel ist entweder „ziemlich“ oder „sehr unzufrieden“. Dabei waren vor allem außerhalb der EU geborene Muslime besonders unter den mit Sozialwohnungen „ziemlich“ oder „sehr unzufriedenen“ Teilnehmern vertreten.

**Tabelle 79. Zufriedenheit mit Sozialwohnungen
(nach Religionszugehörigkeit und Geburtsort) (G1.3)**

	Im EU-Land geborene Muslime	Außerhalb des EU-Landes geborene Muslime	Im EU-Land geborene Nicht-Muslime	Außerhalb des EU-Landes geborene Nicht-Muslime	Gesamt
Sehr zufrieden	6.7%	6.5%	3.2%	5.7%	5.2%
Ziemlich zufrieden	25.8%	28.7%	23.6%	24.7%	25.8%
Weder zufrieden noch unzufrieden	23.1%	15.6%	14.9%	13.9%	16.4%
Ziemlich unzufrieden	15.9%	18.2%	16.9%	15.2%	17.0%
Sehr unzufrieden	8.1%	12.2%	8.6%	10.8%	10.0%
Weiß nicht	20.4%	18.6%	32.7%	29.7%	25.5%
Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%
	Anzahl	372	735	791	296

Quelle: Daten der Open Society Foundations

Die Gründe für die Unzufriedenheit waren in jeder Stadt unterschiedlich. Der Mangel an Sozialwohnungen und die langen Wartelisten waren in Paris Hauptgründe für die Unzufriedenheit. Diese Frustration war zudem in den Fokusgruppen deutlich spürbar:

Ich vertraue dem sozialen Wohnungssystem nicht mehr. Wir stehen seit 14 Jahren auf der Warteliste. In dieser Zeit ist uns nur eine Wohnung angeboten worden. Und auch damals haben sie uns nicht einziehen lassen, weil sie sagten, dass unser Einkommen nicht ausreichte, obwohl mein Mann Arbeit hatte. Und jetzt sagen sie immer, dass zu viele Leute Sozialwohnungen brauchen. Es ist wirklich ungerecht, wenn man in der unteren Gehaltsgruppe ist, bekommt man keine Sozialwohnung, während Leute mit ausreichendem Einkommen eine bekommen. Ich meine, die Leute können mit einem solchen Einkommen überall eine Wohnung finden, wo sie möchten. Und manchen Familien wird nach nur 2 bis 3 Jahren Wartezeit eine Sozialwohnung angeboten. Und Familien, die seit 14 Jahren warten bekommen nichts, das ist einfach nicht fair, wir sollten vor anderen an die Reihe kommen.

Dieses Thema scheint ein entscheidendes Anliegen zu sein, das in der „Meinungsbefragung zur Lebensqualität in 75 europäischen Städten“ im Auftrag der Europäi-

schen Kommission (2007) hervortrat. Über 70% der Einwohner von Paris, Stockholm, Marseille, London, Amsterdam, Hamburg, Antwerpen und Rotterdam gaben an, dass sie nicht dachten, dass es einfach sei, eine erschwingliche Wohnung in gutem Zustand in ihrer Stadt zu finden.²⁹¹ Wartelisten waren auch in Amsterdam ein Thema, wo die durchschnittliche Wartezeit für eine Wohnung 2006 neun Jahre betrug.²⁹² Die Foundations-Befragten wiederholten diese Sorgen. So erwähnten Befragte in Antwerpen den Bedarf an erschwinglichem Wohnraum auf dem privaten Wohnungsmarkt. In Hamburg bestand Unzufriedenheit über den Umgang der Wohnungsbaugesellschaften mit Beschwerden ihrer Mieter: „Niemand hört sich unseren Beschwerden an, noch tut irgendjemand etwas für die Lösung unserer Probleme.“ Die Unzufriedenheit mit Sozialwohnungen in Berlin konzentrierte sich üblicherweise auf den Zustand der Wohnungen. Auch die Fokusgruppe in Rotterdam hob Probleme mit der Instandhaltung, nicht durchgeführten Reparaturen gemeinschaftlich genutzter Einrichtungen sowie unfreundlichen Handwerkern hervor:

In meinem Gebäude funktionieren seit drei Monaten die Klingeln nicht. Wenn Besuch zu mir kommt, kann er nicht herein. Wir haben dreimal die Hausverwaltung angerufen. Die spielen nur mit uns, wenn sie sagen, dass sie kommen. Wir warten zwei Wochen lang, dann rufen wir wieder an. Sie sagen, sie kommen an dem und dem Tag. Wir warten und warten. Niemand kommt [...] seit drei Monaten. Wir müssen die Haupteingangstür offen lassen. Dann kommt jeder rein. Dann haben sie dort eine Kamera installiert. Aber das ist sinnlos.

6.6 Diskriminierung beim Zugang zu Wohnraum

Diskriminierung ist ebenfalls ein wichtiger Faktor bei der Einschränkung der Wohnmöglichkeiten und –auswahl für Minderheiten. Das Zentrum für Türkeistudien fand heraus, dass 15% der Türken in Deutschland bei der Wohnungssuche Diskriminierung erlebt haben.²⁹³ 27% der ethnischen Minderheiten angehörende Teilnehmer einer Umfrage in Dänemark gaben an, auf dem Wohnungsmarkt diskriminiert worden zu sein (IntegrationStatus, 2004).²⁹⁴ Diese Beschwerden

²⁹¹ EU-Kommission: Meinungsbefragung zur Lebensqualität in 75 europäischen Städten, Brüssel, 2007, S. 7.

²⁹² Website der Behörde für Forschung und Statistik Amsterdam, <http://www.os.amsterdam.nl/>, zitiert in Foundations: At Home in Europe: Muslims in Amsterdam.

²⁹³ A. Goldberg, M. Sauer: Konstanz und Wandel der Lebenssituation türkischstämmiger Migranten. Ergebnisse der fünften Mehrthemenbefragung. Eine Studie des Zentrums für Türkeistudien im Auftrag des Ministeriums für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen, Essen, herausgegeben vom Ministerium für Gesundheit Soziales Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen, 2003, S. 111, zitiert in Open Society Foundations: At Home in Europe: Muslims in Berlin, Open Society Foundations.

²⁹⁴ IntegrationStatus, 1. Halvår, Catinét Research, Kopenhagen, 2004, zitiert in Hussain: Muslims in the EU Literature Review: Denmark, S. 26.

konzentrierten sich vornehmlich darauf, bei der Zuweisung von Wohnraum übersehen zu werden, besonders bei Wartelisten privater Wohnungsgenossenschaften. Auch der Bericht der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) hebt die Diskriminierung im Wohnungswesen im Bericht zu Dänemark hervor.²⁹⁵

Die Foundations-Befragung legt nahe, dass ein signifikanter Unterschied zwischen den Erfahrungen von Muslimen und Nicht-Muslimen bezüglich der Diskriminierung im Wohnungswesen besteht: 7% der muslimischen Befragten berichteten von Diskriminierung im Wohnungswesen während der letzten 12 Monate, im Vergleich zu nur einem Prozent der nicht-muslimischen Befragten.

Tabelle 80. Ort religiöser Diskriminierung – Vermieter oder Vermietungsagentur (H8)

	Muslime	Nicht-Muslimen	Gesamt
Vermieter oder Vermietungsagentur	7,4%	1,3%	
Gesamtzahl	81	14	95

Quelle: Daten der Open Society Foundations

Der Geburtsort von Muslimen ist bezüglich Ausmaß der Diskriminierung im Wohnungswesen unerheblich. Unter nicht-muslimischen Befragten berichteten jedoch im Ausland geborene Befragte eher von Diskriminierung als im Land geborene.²⁹⁶

Die Diskussionen in den Fokusgruppen zum Thema Wohnungswesen offenbarten vor allem Schwierigkeiten in Bezug auf das Mieten. Eine gängige Erfahrung ist, aufgrund des ausländisch klingenden Namens für eine Wohnung abgelehnt zu werden. Diskriminierung manifestiert sich zudem in Äußerungen, durch Fehlen einer Erklärung für eine Absage oder durch eine intensivere Überprüfung der Bonität oder des Sozialstatus. Ein Teilnehmer in Berlin berichtete, bei einer Wohnungsbesichtigung nach seiner Religion gefragt worden zu sein. Ein anderer sagte: „Der Vermieter sah mich und machte Kommentare zu Terrorismus und Gewalt.“ „Ich wurde (vermutlich) für eine Wohnung abgelehnt, weil meine Frau ein Kopftuch trägt“ oder „Ich wurde mit fadenscheinigen Ausflüchten abgelehnt“. Die Erinnerung an Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt während der ersten Ansiedlungsperiode ist immer noch lebhaft: „Ich erinnere mich, wie wir früher nach einer Mietwohnung gesucht haben. Wir

²⁹⁵ Bericht der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI), Second Country Report on Denmark, Straßburg, ECRI, 2001 unter: http://hudoc.ecri.coe.int/XML/ECri/ENGLISH/Cycle_02/02_CbC_eng/02-cbc-denmark-eng.pdf (Zugriff November 2009).

²⁹⁶ Siehe Tabelle 81 in Anhang 2 für eine genaue Aufstellung der Daten.

gingen von Tür zu Tür und fragten, ob wir die Wohnung mieten können. Eine Frau machte auf. 'Ist sie frei, ist sie noch frei?' – 'Nein, sie ist schon vermietet' ... oder manchmal war es von Anfang an deutlich – 'Wir vermieten nicht an Ausländer', genau so, geraderaus.“

Eindrücke von Diskriminierung und ungerechter Behandlung können in einem mangelndem Verständnis der Vergaberegulungen und der Informationen begründet sein. 23% der Befragten, Muslime und Nicht-Muslime, hatten sich nach Foundations-Erkenntnissen im Lauf der 12 Monate vor der Befragung zum Wohnungswesen beraten lassen.

Tabelle 82. Haben Sie in den letzten 12 Monaten Rat oder Informationen zum Thema Wohnung benötigt? (G20.3)

		Muslime	Nicht-Muslime	Gesamt
Ja		22.1%	23.6%	22.8%
Nein		77.9%	76.4%	77.2%
Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%
	Anzahl	1106	1087	2193

Quelle: Daten der Open Society Foundations

Eine weitere Analyse zeigt, dass mehr im Ausland geborene Muslime (25%) als im EU-Land geborene Muslime (17%) Beratung zum Thema Wohnen suchten.

Tabelle 83. Haben Sie in den letzten 12 Monaten Rat oder Informationen zum Thema Wohnung benötigt? (nach Geburtsort) (G20.3)

		Im EU-Land geborene Muslime	Außerhalb des EU-Landes geborene Muslime	Im EU-Land geborene Nicht-Muslime	Außerhalb des EU-Landes geborene Nicht-Muslime	Gesamt
Ja		16.7%	24.8%	22.4%	26.6%	22.8%
Nein		83.3%	75.2%	77.6%	73.4%	77.2%
Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%
	Anzahl	372	734	790	297	2193

Quelle: Daten der Open Society Foundations

Die Foundations-Fokusgruppe beleuchtete die Komplexität des Umgangs mit Probleme im Wohnungswesen. Es besteht ein Bedarf Diensten im Wohnungswesen bezüglich Beratung und Fürsprache, um nicht nur die Diskriminierung anzugehen, sondern auch den Zugang zu Wohnraum und Probleme, mit denen Mieter sowohl im privaten als auch im öffentlichen Sektor konfrontiert sind. Die Studie ermittelt einige Beispiele im Bereich der Unterstützung derjenigen, die im Wohnungswesen Schwierigkeiten erfahren. Der Hamburger Verein *Mieter helfen Mietern* hilft Mietern, sich über deren Behandlung zu beschweren. Er bietet einen Beratungsdienst zur Konfliktlösung im Stadtteil und greift Diskriminierungsbeschwerden im Wohnungswesen auf.

6.7 Dauer der Anwohnerschaft im Bezirk und Zufriedenheit

Die Untersuchung des Verhältnisses von Dauer der Anwohnerschaft im Bezirk und dem Zufriedenheitsgrad ist ein Bereich, der im Rahmen der Foundations-Studie von Interesse war. Solch eine Untersuchung gibt Aufschluss über das Ausmaß, in dem alltägliche Probleme die Einschätzung der Lebensqualität der Menschen dort beeinflussen, wo sie wohnen. Die Foundations-Studie wurde in elf Städten in Bezirken mit signifikanter muslimischer Bevölkerung durchgeführt. Muslime gehören dort zum Stadtbild, ungeachtet von Gegenden, die neue muslimische und nicht-muslimische Anwohner anziehen. Unter den Befragten waren signifikante Anzahlen von Menschen, die kürzlich in diese Bezirke gezogen sind, wie auch Langzeitbewohner.

Tabelle 84. Jahre der Anwohnerschaft im Bezirk (C2)

Jahre	Muslime	Nicht-Muslime	Gesamt
< 1	2.4%	4.0%	3.2%
1 – 5	24.2%	26.6%	25.4%
6 – 10	20.5%	17.2%	18.9%
11 – 20	30.5%	27.6%	29.1%
21 – 30	17.0%	12.6%	14.8%
31+	5.4%	12.0%	8.7%
Gesamt	In %	100.0%	100.0%
	Anzahl	1102	1087

Quelle: Daten der Open Society Foundations

30% der Befragten zogen in den letzten fünf Jahren in den Bezirk. Weitere 20% leben seit 6 bis 10 Jahren dort. Die Mehrheit der Befragten lebt seit über 10 Jahren im Bezirk, mit Ausnahme der Anwohner, die schon vor mehr als 30 Jahren dorthin zogen (5% Muslime und 12% Nicht-Muslime). Zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen bestehen diesbezüglich keine wesentlichen Unterschiede. Rund ein Drittel der in der EU geborenen muslimischen Befragten (39%) wohnen seit 11 bis 20 Jahren in ihrem Bezirk.

6.8 Zufriedenheit mit dem Stadtteil

Die große Mehrheit der Befragten (93%) äußert sich positiv über den Stadtteil, in dem sie wohnen. Davon sagten 55%, dass sie das Leben in ihrem Stadtteil „auf jeden Fall“ gerne in dieser Gegend wohnen. Weitere 38% zeigen sich „in gewissem Maße“ zufrieden und nur eine kleine Minderheit von 8% lebt nicht gerne in ihrem Stadtteil.

Tabelle 85. Würden Sie sagen, dass Sie gerne in dieser Gegend wohnen? (C5)

		Muslime	Nicht-Muslime	Gesamt
	Ja, auf jeden Fall	50.0%	60.0%	55.0%
	Ja, in gewissem Maße	40.0%	34.0%	37.0%
	Nein	9.9%	6.0%	8.0%
Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%
	Anzahl	1107	1085	2192

Quelle: Daten der Open Society Foundations

6.9 Geburtsort und Geschlechterunterschiede

Die weitere Analyse der Daten legt nahe, dass die positivsten Ansichten über das Leben im Bezirk unter nicht-muslimischen männlichen Teilnehmern zu finden ist, die im Land geboren wurden: 65% dieser Gruppe leben „auf jeden Fall“ gerne in ihrem Stadtteil.²⁹⁷

Im Land geborene muslimische weibliche Befragte hingegen leben nur zu 45% „auf jeden Fall“ gerne in ihrem Stadtteil. Die Faktoren hinter diesem Unterschied der Geschlechter ist nicht vollständig eindeutig. In anderen Studien werden Belege genannt, die die Spannungen innerhalb der zweiten Generation von Muslimen beleuchten, besonders von Frauen, die durch die Abwägung des Wunsches einerseits

²⁹⁷ Siehe Tabelle 86 in Anhang 2 für eine genaue Aufstellung der Daten

die enge Beziehung zu Familie und Gemeinschaft aufrecht zu erhalten und andererseits des Wunsches in einer gemischteren Gegend zu leben, als Strategie zu einem unabhängigeren Leben von der Gemeinschaft.²⁹⁸ Die Foundations-Recherchen in Leicester förderten zudem Spannungen zwischen Wünschen (in besseren Gegenden zu wohnen) und Bedürfnissen der Generationen zutage: In ihrem von Benachteiligung gekennzeichneten Stadtteil aufgrund der Bedürfnisse der Eltern und Kinder, in der Nähe zu Einrichtungen der Gemeinschaft zu sein, wohnen zu bleiben.

6.10 Muslimische und nicht-muslimische Befragte

Wichtig zu erwähnen ist, dass muslimische und nicht-muslimische Teilnehmer an der Foundations-Befragung offensichtlich unterschiedliche Gründe für die Wahl der Wohngegend angeben. Bei nicht-muslimischen Befragten sind die drei Hauptgründe für die Wahl des Stadtteils die Nähe zu ihrem Arbeitsplatz, die Erschwinglichkeit der Wohneinheit und der Eindruck, dass die Gegend „schön“ ist. Bei muslimischen Befragten scheinen die Wahlmöglichkeiten begrenzter: 14% der Befragten leben in ihrer Gegend, weil ihre Eltern das so entschieden haben; 10% haben sich ihre Wohngegend nicht selbst ausgesucht und 6% sind Sozialwohnungen in ihrem Stadtteil zugewiesen worden. Bei denjenigen, die sich entschieden hatten, dort zu wohnen, sind Familienbande ein wichtiger Grund bei der Wahl der Wohngegend: 10% der muslimischen Befragten gab als Grund für den Umzug in die Wohngegend die Nähe zur Familie an.

6.11 Kulturelle Vielfalt in den Befragungsgebieten

Die qualitativen Daten aus Fokusgruppen und Interviews legen nahe, dass muslimischen Befragten die multikulturelle Art dieser Bezirke wichtig ist. Sie haben den Eindruck, dass die Vielfalt der Anwohner und Lebensstile der Menschen in ethnisch und kulturell gemischten Gegenden wie ein Schutzschild gegen das Bewusstsein des ethnisch und kulturell Andersseins und die damit einhergehende Entfremdung wirkt, die Muslime in homogeneren Gegenden fürchten. „Hier fühle ich mich nicht wie ein Ausländer.“ In diesem Gefühl eines muslimischen Befragten aus Amsterdam klingt der Eindruck zahlreicher Befragter in anderen Städten durch. Auch der Zugang zu kulturellen Einrichtungen und kulturell relevanten Gütern in multikulturellen Gegenden ist ebenfalls wichtig, wie ein Befragter in Paris feststellte:

Ein positiver Aspekt dieses Bezirks ist für uns auch das Angebot an Nahrungsmitteln, Kleidung und Kosmetik. Hier findet man Restaurants, in

²⁹⁸ B. Harries, L. Richardson, A. Soteri-Proctor: *Housing Aspirations of white and second generation south Asian British women*, Joseph Rowntree Foundation, York, 2008; siehe auch Sellick: *Muslim Housing Experiences*

denen man günstig afrikanisch essen gehen kann. Es gibt auch Läden, in denen man billig internationale Telefonanrufe tätigen kann.²⁹⁹

Wichtig anzumerken ist, dass die Ansichten der Befragten nahelegen, dass der Wunsch, in gemischten Bezirken zu leben, nicht dem Wunsch der Muslime gleichgesetzt werden sollte, in Parallelgesellschaften zu leben. De facto äußerten muslimische Befragte in mehreren Städten ihre Enttäuschung über den Mangel „einheimischer“ Nicht-Muslime in ihren Stadtteilen. Muslimische Befragte bevorzugten ethnisch gemischte Stadtteile, nicht ethnisch homogene. Dies bedeutet, dass der hohe Grad ethnischer Segregation als Grund zur Sorge für muslimische Befragte aufkommt. In Rotterdam ist, der hohe Grad ethnischer Segregation wobei ethnische und kulturelle Vielfalt die Atmosphäre bereichern und spezifische Eigenschaften des Bezirk hinzufügen, für Befragte besorgniserregend:

Manchmal höre ich Niederländer in Geschäften darüber klagen, dass sie sich von Ausländern überrannt fühlen. Es ist nicht sehr schön, so etwas zu hören, aber sie haben ja nicht unrecht.

In ähnlicher Weise sagten Teilnehmer einer Fokusgruppe in Amsterdam, dass sie nicht gerne in Gegenden mit hoher ethnischer Konzentration ohne gebürtige Niederländer leben. In einigen Städten zeigten sich insbesondere Eltern um den Einfluss von ethnischer Konzentration auf die Berufs- und Bildungschancen ihrer Kinder besorgt.

6.12 Diversifikation im Wohnungswesen bei der Stadterneuerung

Die Antwort politischer Akteure auf die erfahrenen Probleme aufgrund ethnischer Konzentration umfassen in einigen von der Foundations-Studie untersuchten Städten Stadterneuerungsprogramme. Diese zielen auf die Schaffung einer größeren Vielfalt in Bezug auf Wohnungswesen, Besitz und Angebot ab, was wiederum zu einer stärkeren sozialen und ethnischen Durchmischung führen soll.

Die Integrationspolitik der Stadt Kopenhagen setzt im Kampf gegen das Problem sozial gefährdeter Wohngebiete auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und sozialer Probleme sowie durch eine attraktivere Gestaltung des öffentlichen Wohnungsbaus: „Positiver Nebeneffekt wird die große Nachfrage nach öffentlichem Wohnraum sein, auch aus wohlhabenden Familien.“ Der Hamburger Integrationsplan fordert eine bessere Qualität des Wohnraums und die Imageverbesserung der Gegend, um wohlhabende Haushalte anzuziehen und somit einen „ausgewogenen Stadtteil“ zu erreichen.³⁰⁰ Diese städtischen Erneuerungsprogramme umfassen „Abriss, Sanierung oder Verkauf von städtischem oder sozialem Wohnungsbau und den Bau von neuem, kostenintensiverem Wohnraum für den Besitz oder private Vermietung. Solche Anstrengungen führen zu einer größeren Auswahl von Wohnraum unterschiedlicher

²⁹⁹ Übersetzung eines Teilinterviews in Foundations: At Home in Europe: Muslims in Paris

³⁰⁰ Hamburger Aktionsplan für Integration

Größe, Art, Qualität, Preis und insbesondere Besitz in einer bestimmten Gegend.³⁰¹ Belege in bestehenden Studien über diese positiven Auswirkungen sind jedoch begrenzt:

bestehende Studien über gemischte Bauprojekte begründen nicht den Optimismus über die soziale Interaktion zwischen (ethnischen) Gruppen, geschweige denn die Möglichkeiten sozialer Mobilität, die daraus entstehen sollen. Zudem ist der Gedanke, dass Menschen mit höherem sozialen Status als Vorbilder dienen, herablassend und basiert auf unbegründeten Annahmen über unterschiedliche Werte zwischen ethnischen und sozioökonomischen Kategorien.³⁰²

Eine Änderung der unterschiedlichen Möglichkeiten beim Wohnraum und somit die soziale und ethnische Durchmischung einer Gegend führt nicht notwendigerweise zu mehr positiver Interaktion. Das liegt in der Tatsache begründet, dass unterschiedliche Wohnverhältnisse durch Lebensstile, Einkommen, Alter, Bildung und der Zusammensetzung von Haushalten bedingt sind.³⁰³ Soziale Durchmischung kann de facto zu negativer Interaktion (Konflikten) führen. Eine Studie über soziale Mischprojekte im Stadtteil Transvaal in Amsterdam zeigt folgendes:

Differenzierung hat zu einem gezwungenen Zusammenleben von (wohlhabenden) Einheimische und (armen) Migranten geführt. Die Neuankömmlinge haben sich um mehr Interaktion mit anderen Anwohnern auf der Straße bemüht, aber trotz vieler Initiativen beschränkt sich der Kontakt zwischen Anwohnern auf die direkten Nachbarn. Die Zugezogenen tendieren dazu, eine nach innen gekehrte Haltung einzunehmen, nachdem sich Kontakte mit Anwohnern anderer Hintergründe als schwierig erweisen und viele Initiativen waren nicht erfolgreich. Ein Polizist des Stadtteils merkte an: „Der Ton macht die Musik, aber die Anwohner scheinen nicht den richtigen Ton zu finden“ [...] Außerdem scheinen die Probleme unterschiedlicher ethnischer Gruppen auf gleichem Wohnraum mit Konflikten zwischen den Generationen einherzugehen.³⁰⁴

Eine geläufige Sorge in vielen Städten der Foundations-Studie ist der Eindruck, dass Stadterneuerungsprogramme zur Verdrängung ansässiger Communities führen werden.

³⁰¹ Kleinhans: Social implications of housing diversification in urban renewal: A review of recent literature in: *Journal of Housing and the Built Environment* 19, 2004, S. 367–390 (nachfolgend: Kleinhans: Social implications of housing diversification in urban renewal) (Übersetzung des Zitats)

³⁰² Bolt et al.: *Minority Ethnic Groups in the Dutch Housing Market* (Übersetzung des Zitats).

³⁰³ Kleinhans: Social implications of housing diversification in urban renewal.

³⁰⁴ Peer Smets, Marion den Uyl: *The Complex Role of Ethnicity in Urban Mixing: A Study of Two Deprived Neighbourhoods in Amsterdam* in: *Urban Studies* 45(7), 2008, S. 1456. (Übersetzung des Zitats).

In Berlin stellt die Studie bei einigen Teilnehmern beispielsweise die Sorge fest, dass was stattfindet, ein Gentrifizierungsprozess ist, der zur Verdrängung der Bewohner aus Sozialwohnungen zugunsten privater Mieter führen wird: „Da viele Menschen in diesem Bezirk in armen Verhältnissen leben, ist es wichtig, dass die öffentliche Förderung durch Sozialwohnungen nicht verringert, sondern weiter ausgebaut wird, um damit der Gentrifizierung und sozialer Marginalisierung, Segregation und Exklusion zu begegnen.“

Foundations-Befragte in Hamburg sind zudem der Ansicht, dass Behörden die Mietpreise manipulieren, um Migranten durch überhöhte Mieten aus den Sozialwohnungen zu drängen und „gebürtige“ Deutsche anzuwerben. Befragte hatten den Eindruck, dass die Sanierung zugunsten wohlhabenderer Familien durchgeführt werden soll und bestehende Vielfalt und Toleranz zerstört. Studien in Frankreich legen nahe, dass der politische Ansatz der sozialen Durchmischung als Grundlage genutzt wird, auf der die ärmsten Bevölkerungsschichten vom Zugang Wohnungswesen ausgeschlossen werden. Die Idee der sozialen Durchmischung wurde von öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften während der Debatten über die Wohnungskrise der 1980er Jahre entwickelt. Sie argumentierten für ein „universales Konzept“ des sozialen Wohnens, um nicht bloße „Vermieter für Arme“ zu werden. Sie stellten sich gegen Verbände, die sich für das Recht auf Wohnraum einsetzten. In der Folge benannten sie „Hoch-Risiko-Kategorien“, die aus dem Zugang zu Sozialwohnungen herausgefiltert werden sollten. Eine dieser Hoch-Risiko-Kategorien waren Immigranten.³⁰⁵ In Marseille nutzt die Stadtverwaltung nach Erkenntnissen des Open Society Instituts soziale Durchmischung nicht für ausgeglichene „spezielle“ Stadtteile, sondern hält Minderheiten davon ab, in weniger segregierte Bezirke zu ziehen.³⁰⁶

Die Erfahrungen mancher Befragter war positiver und sie begrüßten die Änderungen, die durch Erneuerungsprogramme zustanden kommen. In Antwerpen berichteten Teilnehmer, dass sich die Zusammensetzung des Stadtteils änderte, hatten aber auch den Eindruck, dass besser gebildete „gebürtige“ belgische Paare, die nach Borgerhout ziehen, offener gegenüber ethnischer, kultureller und religiöser Vielfalt sind. Das 18. Arrondissement in Paris erlebt angeblich in manchen Teilen, wie Saint Bruno, erste Anzeichen von Gentrifizierung. Die meisten Teilnehmer in Paris betrachten dies anscheinend jedoch als oberflächliche Form der Gentrifizierung, da die Mittelklasse nur in bestimmte Bereiche des Stadtteils zurückkehrt. Fokusgruppenteilnehmer in

³⁰⁵ Siehe Patrick Simon: *Le logement social en France et la gestion des ‘populations à risques’* (Sozialwohnungen in Frankreich und die Verwaltung gefährdeter Bevölkerungsgruppen) in: *Hommes et Migrations* (1246), Nov-Dez. 2003, S. 76–91; Patrick Simon, Thomas Kirsbaum: *Les discriminations raciales et ethniques dans l'accès au logement social* (Rassistische und ethnische Diskriminierung im Zugang zum Wohnungsmarkt), Anmerkung 3 GELD, Paris, 2001 (Französisch)

³⁰⁶ Siehe Valérie Sala Pala: *La politique du logement social est-elle raciste? L'exemple marseillais* (Ist die Wohnungspolitik rassistisch? Ein Beispiel aus Marseille) in: online review *Faire Savoirs* (6), May 2007 (Französisch)

Berlin sprachen sich für eine stärkere ethnisch Durchmischung aus, argumentierten jedoch, dass dies Investitionen in die soziale Infrastruktur erfordert, insbesondere in Schulen vor Ort, da die Qualität der Schulen vor Ort ihrer Ansicht nach eine entscheidende Rolle bei der Wahl des Wohnorts ausmacht – sowohl in Bezug auf Hinzug wie auf Wegzug.

6.13 Wichtigste Erkenntnisse

Die Mehrheit der Muslime in den elf von Foundations untersuchten Städten sind Migranten oder deren Nachkommen. Ihre anfänglichen Ansiedlungsmuster spiegeln den Migrationsprozess wider. Arbeiter und ihre Familien zogen meist in die Zentren großer Industriestandorte. Da sie als ungelernete Arbeitskräfte wenig verdienten, ließen sich die meisten in den ärmeren Stadtbezirken nieder. Die geographische Konzentration von Migranten führte schnell zur Bildung von Unterstützungsstrukturen und der Entwicklung von Angeboten für spezielle Güter und Dienstleistungen, um kulturell bedingte Bedürfnisse zu befriedigen. Die ethnische und religiöse räumliche Konzentration wird von politischen Entscheidungsträgern zunehmend mit Sorge betrachtet. Die Foundations-Befragung zeigt, dass Muslime selbst lieber in gemischten Bezirken leben möchten. Dies widerspricht der Behauptung, dass die Konzentration von Muslimen in Bezirken dem Wunsch von Muslimen entspricht, in segregierten Parallelwelten zu leben. Wie die Foundations-Studie demonstriert, bleibt Diskriminierung beim Zugang zum Wohnungsmarkt weiterhin ein Faktor, der Muslime bei den Wahlmöglichkeiten einschränkt. Für politische Entscheidungsträger stellt der Erhalt ethnisch und religiös gemischter Bezirke eine Herausforderung dar, da kleine Unterschiede bei den Prioritäten zu Segregation führen können. Zudem ist die Herausforderung, dass Muslime frei von Diskriminierung und Vorurteilen wählen können, wo sie in einer Stadt leben möchten.³⁰⁷

³⁰⁷ T. C. Schelling: Models of segregation in: The American Economic Review 59, 1969, S. 488–493.

7. GESUNDHEITSWESEN

In diesem Kapitel werden die Erfahrungen von Muslimen mit dem Gesundheitswesen untersucht. Zugang zu angemessener medizinischer Versorgung ist wichtig für die soziale Eingliederung. Chronische Erkrankungen mindern die Möglichkeiten auf wirtschaftliche und soziale Teilhabe sowie auf Beschäftigungschancen. Das Einkommensniveau singt, wodurch wiederum soziale und Freizeitaktivitäten beschränkt werden. Das Kapitel gibt zu Beginn einen Überblick über den Gesundheitszustand von Muslimen. Im Vereinigten Königreich stehen diese Daten aufgeschlüsselt nach religiöser Zugehörigkeit zur Verfügung. In Ermangelung von Daten zur Religion, werden in anderen Ländern die Angaben von überwiegend muslimisch geprägten ethnischen Minderheiten untersucht. Es wird beleuchtet, inwiefern die religiöse Zugehörigkeit bedeutend für den Gesundheitszustand ist, bevor sich das Kapitel den Erfahrungen von Muslimen mit den Gesundheitsdiensten in den unterschiedlichen Städten widmet. Die Ergebnisse der Foundations-Befragung und der Fokusgruppen(gespräche) dienen dazu, den Grad der Zufriedenheit der Befragten mit den jeweiligen Gesundheitssystemen herauszufinden. Die in den elf Städten durchgeführte Foundations-Studie bietet außerdem einen Einblick wie Ärzte und Krankenhäuser in Stadtteilen mit hohem Anteil muslimischer Bevölkerung auf die Bedürfnisse muslimischer Patienten eingehen, besonders im Hinblick auf das Angebot von Halal-Mahlzeiten und die Einbeziehung eines Imam in die Krankenhausesseelsorge. Schließlich nennt das Kapitel einige positive Beispiele gelungener Umsetzung in verschiedenen Städten, die den Muslimen einen effektiven Zugang zu den Gesundheitseinrichtungen ermöglichen.

7.1 Gesundheitszustand

Für viele Muslime hat Armut den größten Einfluss auf ihren Gesundheitszustand. Der Gemeinsame Bericht über Sozialschutz und soziale Eingliederung der EU stellt fest: „Trotz allgemein besserer Gesundheit der Bevölkerung bestehen nach wie vor auffallende Unterschiede bei der Gesundheitsbilanz, nicht nur zwischen den Mitgliedstaaten, sondern auch innerhalb der Staaten zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen, je nach sozioökonomischem Status, Wohnort, ethnischer Zugehörigkeit und Geschlecht.“³⁰⁸ Bei Muslimen mit Migrationshintergrund haben die emotionalen Auswirkungen ihrer Entwurzelung und Umsiedlung in ein neues soziales Umfeld ebenfalls Einfluss auf die geistige Gesundheit.³⁰⁹ Muslimische Migrantinnen können zudem besonderen Belastungen ausgesetzt sein:

³⁰⁸ Rat der Europäischen Union: Gemeinsamer Bericht über Sozialschutz und soziale Eingliederung, Brüssel 2008, S.11 unter [http:// register.consilium.europa.eu/pdf/de/08/st07/st07274.de08.pdf](http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/08/st07/st07274.de08.pdf) (Zugriff Dezember 2010).

³⁰⁹ R. Park: Human Migration and the Marginal Man in: *The American Journal of Sociology*, 33, 1928, S. 881–893.

Weibliche Migranten sind mit die wichtigsten Personen zur physischen und emotionalen Unterstützung älterer und jüngerer Familienmitglieder. In dieser Funktion übernehmen sie zusätzliche Verantwortung, unabhängig davon, ob sie mit ihren Familien emigrieren oder diese zurücklassen. Zusätzlicher Stress greift ihre Lebenssubstanz an. Die daraus entstehenden Kosten für ihre Familien und Gemeinschaften sind zwar nicht vollständig messbar, aber sie sind nichts desto trotz real.³¹⁰

Des Weiteren beeinflussen Erfahrungen mit Islamophobie, Rassismus und Diskriminierung die geistige Gesundheit des Menschen, denn „gesellschaftliche Marginalisierung und für Glaubensangelegenheiten blinde Gesundheitspolitik setzen die Gesundheit muslimischer Familien und ihren Zugang zu kulturell angemessenen Versorgungssystemen aufs Spiel.“³¹¹

Das Vereinigte Königreich ist das einzige Teilnehmerland der Foundations-Studie, in dem Angaben zur Gesundheit nach Religion aufgeschlüsselt werden können. Daten zur Gesundheit, ermittelt bei der VolksAnzahl 2001 zeigen, dass im Vereinigten Königreich Muslime die meisten gesundheitlichen Probleme hatten. Nach Alter standardisierte Angaben mit „nicht gut“ lagen für männliche Muslime bei 13% und für muslimische Frauen bei 16%. Diese Angaben, die die Unterschiede hinsichtlich der Altersstrukturen in den religiösen Gruppen berücksichtigen, lagen höher als die bei Juden und Christen, die ihren Gesundheitszustand am seltensten mit „nicht gut“ angaben. In den meisten Gruppen gaben mehr Frauen als Männer ihren Gesundheitszustand mit „nicht gut“ an. Am deutlichsten zeigte sich der Unterschied zwischen den Geschlechtern bei Muslimen, Sikhs und Hindus. Bei den Frauen gaben 16% der Muslime, 14% der Sikhs und 11% der Hindus ihren Gesundheitszustand mit „nicht gut“ an. Damit lagen sie jeweils 3-4 Prozentpunkte über den männlichen Befragten ihrer Gruppe.³¹²

Daten über ethnische Zugehörigkeit oder Nationalität aus vorwiegend muslimischen Gruppen erlauben zwar nur einen eingeschränkten, aber nichtsdestotrotz aufschlussreichen Einblick in die Erfahrungen von Muslimen in anderen EU-Staaten. Laut einer Studie in Belgien empfinden 30% der Türken und Marokkaner ihre

³¹⁰ UN Population Fund and International Organization on Migration: Female Migrants: Bridging the Gaps throughout the Life Cycle, Selected Papers from the UNFPA-IOM Expert Group Meeting, May 2006, S. 3, unter http://www.unfpa.org/upload/lib_pub_file/658_filename_migration.pdf (Zugriff November 2009). (Übersetzung des Zitats).

³¹¹ L. Laird, M. Amer, E. Barnett, L. Barnes: Muslim Patients and Health Disparities in the UK and US, Archives of Disease in Childhood Bd. 92, 2007, S. 924; siehe auch K. Bhui, S. Standfeld, K. McKenzie, S. Karlsen, J. Nazro, S. Welch: Racial/Ethnic Discrimination and Common Mental Disorders Among Workers: Findings from the EMPIRIC Study of Ethnic Minority Groups in the United Kingdom in: American Journal of Public Health Bd. 95, 2005, Nr. 3, S. 496 (Übersetzung des Zitats).

³¹² Office of National Statistics: Focus on Religion, 2004, S. 8.

Gesundheit als durchschnittlich, schlecht oder sehr schlecht, im Vergleich zu 20% der Gesamtbevölkerung.³¹³ Im Gesundheitsbericht Rotterdam gaben rund ein Drittel der marokkanischen und die Hälfte der türkischen Befragten ihren Gesundheitszustand als durchschnittlich oder schlecht an.³¹⁴

Zusätzlich zu Unterschieden in der Selbsteinschätzung des schlechten Gesundheitszustands variieren auch die Krankheitsraten hinsichtlich spezieller Krankheitsbilder zwischen ethnischen und nationalen Gruppen. So scheinen Türken, Marokkaner und Bangladescher häufiger von Diabetes betroffen zu sein als die übrige Bevölkerung in Europa. In Belgien hat jeder fünfte Türke und Marokkaner Diabetes.³¹⁵ Im Vereinigten Königreich ist das Risiko für Pakistaner und Bangladescher an Diabetes zu erkranken fünfmal höher als für Weiße.³¹⁶ In den Niederlanden findet sich ein höherer Anteil an Übergewichtigen unter Türken und Marokkanern als in der restlichen Bevölkerung; in Rotterdam sind 55% der Marokkaner und 60% der Türken übergewichtig.³¹⁷ In Amsterdam neigen Türken (66%) und Marokkaner (57%) ebenfalls öfter zu Übergewicht als andere Bevölkerungsgruppen (45%) in der Stadt.³¹⁸ Im Vereinigten Königreich wurden bei den über 40-Jährigen Pakistanern und Bangladeschern bei jedem vierten Herzerkrankungen oder schweren Schmerzen in der Brust diagnostiziert, die vergleichsweise höchste Rate unter allen ethnischen Gruppen.³¹⁹

7.2 Auswirkungen chronischer und langfristiger Erkrankung

Ein dauerhaft schlechter Gesundheitszustand belastet nicht nur den Einzelnen, sondern auch die Familien, die die primäre Versorgung des Erkrankten übernehmen. Studien im Vereinigten Königreich zeigen, dass bangladeschische (44%) und pakistanische (39%) Haushalte häufiger von langwierigen oder chronischen Erkrankungen betroffen sind als weiße britische (29%) oder schwarzafrikanische Haushalte (15%). In Ermangelung ausreichender Sprachkenntnisse und aufgrund fehlenden Vertrauens um

³¹³ Leveque et al.: Gezondheid en gezondheidszorg bij allochtonen in Vlaanderen zitiert in Foundations: At Home in Europe: Muslims in Antwerp.

³¹⁴ L. P. van Buren, E. Joosten-van Zwanenburg: Gezondheidsenquête Turken en Marokkanen, GGD Rotterdam en omstreken, December 2006 unter: <http://www.ggd Kennisnet.nl/kennisnet/paginaSjablonen/raadplegen.asp?display=2&atoom=41944&atoomsrt=17&actie=2>, (Zugriff im November 2009, nachfolgend: van Buren & Joosten-van Zwanenburg: Gezondheidsenquête Turken en Marokkanen).

³¹⁵ Leveque et al.: Gezondheid en gezondheidszorg bij allochtonen in Vlaanderen, zitiert in Foundations: At Home in Europe: Muslims in Antwerp.

³¹⁶ J. Nazroo: Ethnicity, Class and Health, Policy Studies Institute, London, 2001, pp. 74–76 (nachfolgend: J. Nazroo: Ethnicity, Class and Health).

³¹⁷ van Buren and Joosten-van Zwanenburg: Gezondheidsenquête Turken en Marokkanen.

³¹⁸ Amsterdam Health Monitor, 2004, zitiert in Foundations: At Home in Europe: Muslims in Amsterdam.

³¹⁹ Nazroo: Ethnicity, Class and Health, S. 74–76.

sich mit den Gesundheitseinrichtungen auseinanderzusetzen, verließen sich Pakistaner und Bangladescher der ersten Migrantengeneration stärker auf ihre Kinder, die sich in der Schule oder auf der Arbeit frei nehmen müssen, um ihre Angehörigen zu Arztterminen zu begleiten. Laut Studie mussten diese Personen ihre Arbeitsgewohnheiten ändern, Teilzeit oder näher an zu Hause arbeiten, um sich an diese Situation anzupassen. Außerdem fand die Studie heraus, dass bei Familien aus Pakistan und Bangladesch es für die Frauen keinerlei Anreiz gab, in den Arbeitsmarkt einzutreten, auch wenn der Hauptverdiener durch eine langwierige Erkrankung ausfällt ist. Stattdessen wurde vielmehr Druck auf sie ausgeübt, sich um die nötige Pflege zu kümmern. Dementsprechend war die Aufnahme einer bezahlten Tätigkeit schwieriger und wurde als nicht so wichtig erachtet. Chronische und langwierige Erkrankungen führten außerdem nicht nur zu Einkommensverlusten, sondern auch zu gesteigerten Kosten und Ausgaben. Der daraus resultierende Sparzwang in anderen Bereichen, beispielsweise bei Instandhaltungskosten für die Wohnung, kann die Lebensqualität weiter einschränken.³²⁰

7.3 Religionszugehörigkeit und Gesundheit

Von Religion beeinflusste Lebensbereiche können auch Auswirkungen auf den Gesundheitszustand haben. So scheint beispielsweise unterdurchschnittlicher Alkoholgenuß auch zu geringerem Risiko an einigen Herz- und Gefäßkrankheiten zu erkranken beizutragen.³²¹ Es gibt Studien über die Verbindung zwischen theologischen und spirituellen Einflüssen und Erfahrungen innerhalb einer Gruppe. Einige religiöse Praktiken können allerdings auch einen negativen Einfluss auf die Gesundheit Einzelner haben. Für Muslime beinhaltet dies einen erschwerten Umgang mit einer chronischen Erkrankung wie Diabetes während des Fastenmonats Ramadan.³²²

Ein weiteres Beispiel für religiöse Aktivitäten, die Auswirkungen auf die Gesundheit haben können, ist die Teilnahme an einer muslimischen Pilgerfahrt, dem Hadsch. Jedes Jahr begeben sich zahlreiche Muslime aus ganz Europa nach Saudi Arabien um den Hadsch zu absolvieren. Teilnehmer des Hadsch setzen sich einem erhöhten Risiko durch Infektionskrankheiten und Hitze aus: „Die extreme Ballung von Menschen kann auftretende Infektionskrankheiten potentiell schnell in Epidemien verwandeln.“³²³ „Lange Aufenthalte an Orten des Hadsch, extreme Hitze und überfüllte Unterkünfte begünstigen die Übertragung von Krankheiten, besonders von durch die Luft

³²⁰ S. Salway, L. Platt, P. Chowbey, K. Harriss, E. Bayliss: Long-term Ill Health, Poverty and Ethnicity, The Policy Press/Joseph Rowntree Foundation, Bristol/York, 2007.

³²¹ Jaarrapport integratie 2008, S. 42.

³²² A.G. Naeem,: The role of culture and religion in the management of diabetes: a study of Kashmiri men in Leeds in: The Journal of the Royal Society for the Promotion of Health Bd. 123, Nr. 2, 2003, S.110–116.

³²³ Q. A. Ahmed, Y. M. Arabi, Z. A. Memish: Health risks at the Hajj in: The Lancet, 2006: 367, S. 1,008 (nachfolgend: Ahmed, et al.: Health risks at the Hajj). (Übersetzung des Zitats).

übertragenen Krankheiten. Verkehrsstaus und falsch zubereitetes oder gelagertes Essen bergen zusätzliche Gesundheitsrisiken. Das fortgeschrittene Alter vieler Pilger kommt zu Morbiditäts- und Mortalitätsraten noch hinzu.³²⁴ Das Potential des Hadsch als epidemiologischer Beschleuniger zeigte sich während des *Neisseria meningitidis* W135-Ausbruchs in den Jahren 2000 und 2001. In diesen beiden Jahren waren insgesamt 1300 bzw. 1109 Pilger betroffen. Im genannten Zeitraum kehrten 79 Personen mit einer W135 Meningokokken-Infektion ins Vereinigte Königreich zurück, von denen 18 an den Folgen der Erkrankung starben.³²⁵ Als Konsequenz aus diesen Gesundheitsrisiken richtete die britische Regierung in Zusammenarbeit mit den muslimischen Gemeinschaften im Jahr 2000 die *British Hajj Delegation (BHD)* ein. Das Vereinigte Königreich war das erste vorwiegend christlich geprägte Land mit einer solchen Delegation. Die *BHD* bietet hauptsächlich medizinische Unterstützung und Beratung an. Im Jahr 2006 bot die Delegation ärztliche und medizinische Beratungsdienste in Mekka und Mina an.

7.4 Zufriedenheit mit dem Gesundheitswesen

Grundsätzlich zeigen muslimische und nicht-muslimische Teilnehmer einen ähnlichen Grad der Zufriedenheit mit den Gesundheitsdiensten in ihrer jeweiligen Umgebung.

Tabelle 87. Zufriedenheit mit Gesundheitsdiensten (G1.6)

	Häufigkeit	in %
Muslime	95	80.5
Nicht-Muslime	23	19.5
Insgesamt	118	100

Quelle: Daten der Open Society Foundations

Die Mehrheit ist entweder „ziemlich zufrieden“ (18%) oder „sehr zufrieden“ (48%). Ein weitaus geringerer Prozentsatz ist „ziemlich unzufrieden“ (9%) oder „sehr unzufrieden“ (6%). Weitere 14% sind weder zufrieden noch unzufrieden. Zieht man Religion, Geschlecht und Ursprungsland in Betracht, sind im Ausland geborene muslimische Frauen etwas häufiger als andere (10%) „sehr unzufrieden“ mit der Gesundheitsversorgung in ihrem Stadtteil.³²⁶

³²⁴ Ahmed, et al.: Health risks at the Hajj, S. 1008, (Übersetzung des Zitats).

³²⁵ British Medical Journal, 2. Februar 2002, 324: 301. Siehe auch: Returning Pilgrims Fight Meningitis, BBC News 12. April 2000 <http://news.bbc.co.uk/1/hi/health/710437.stm>.

³²⁶ Siehe Tabelle 88 in Anhang 2 für eine genaue Aufstellung der Daten.

Die aus der Foundations-Befragung generierten Daten stimmen mit den Gesprächen in den Fokusgruppen in den elf Städten darin überein, dass die Menschen grundsätzlich mit der Qualität der ihnen zur Verfügung stehenden Gesundheitseinrichtungen und -dienstleistungen sehr zufrieden sind. Dieser Eindruck wird unter muslimischen Einwanderern oft noch verstärkt, wenn sie die Leistungen der europäischen Gesundheitssysteme mit denen in ihren Herkunftsländern vergleichen. Ein Fokusgruppenteilnehmer in Berlin stellte fest: „Das Gesundheitssystem in Deutschland ist hervorragend [...] solche Dienstleistungen findet man in der Türkei nicht.“ Die Beiträge in den Diskussionsrunden über die Gesundheitssysteme fielen allgemein sehr positiv aus. In der Hamburger Fokusgruppe sagten Muslime zum Beispiel häufig, dass sie „noch nie etwas schlechtes erlebt“ haben, die Personen waren „zufrieden mit dem Krankenhausaufenthalt“, „alle Patienten werden gleich behandelt, unabhängig von Religion und Ethnie“ und werden „gleich freundlich behandelt“. „Die Ärzte tun ihre Arbeit, ohne auf Religion oder Aussehen zu achten.“ Manche erwähnten Fortbildungen für Ärzte, um auf die Bedürfnisse von Muslimen eingehen zu können. Ein Fokusgruppenteilnehmer in Berlin berichtete von der Erfahrung einer Verwandten, die im Krankenhaus lag: „Sie lag im vierten oder fünften Stockwerk. Die Ärzte und Schwestern waren sehr nett und sagten, dass wir sie jederzeit besuchen könnten, sogar um Mitternacht. Und wenn wir beten mussten, räumten sie sogar das Zimmer für uns.“

In London war die Zufriedenheit mit der Gesundheitsversorgung niedrig. Nur 50% der muslimischen Befragten der Foundations-Studie waren „ziemlich zufrieden“ oder „sehr zufrieden“ mit lokalen Gesundheitsdiensten, während 30% „ziemlich unzufrieden“ oder „sehr unzufrieden“ waren. In der Diskussion mit muslimischen Teilnehmern in einer Londoner Fokusgruppe wurde allerdings auch deutlich, dass es zwar eine geringe Zufriedenheit mit dem Gesundheitssystem gibt, die Schwächen im Dienstleistungsangebot aber als eine generelle Unzulänglichkeit betrachtet werden, die nicht speziell nur Muslime betrifft.

Gesundheitlich finde ich, dass ich jetzt eine gute Versorgung bekomme, besser als vorher. Zumindest bekomme ich am selben Tag einen Notfalltermin bei meinem Hausarzt und ich kann für die folgende Woche einen Termin ausmachen, wenn ich einen brauche. Aber viele meiner Freunde sind anderer Meinung, sie finden es ist schlechter geworden.

Es ist schlechter geworden, finde ich, besonders der Arzt. Wollen wir einen Arzt sehen, müssen wir warten. Entweder will man den Arzt heute sehen, dann geht es nicht jetzt, Absage etc. oder sie geben Dir zwei Tage oder drei Tage später [...] wenn man mehr als ein Problem hat, ist es schwer es in 10 Minuten zu erklären und zu behandeln und was die Ärzte tun sie sagen: Bitte machen Sie's kurz, aber Leute warten, so können Sie nochmal kommen. So verliert man mehr Zeit als früher, wenn man [...] wissen Sie, wenn man mehr als ein Problem hat, ist es schwer einen Arzt am gleichen Tag zu sehen...

7.5 Achtung religiöser Bedürfnisse im Gesundheitswesen

Die Mehrheit der befragten Muslime (60%) und Nicht-Muslime (50%) sind der Meinung, dass Krankenhäuser und Arztpraxen die Gewohnheiten von Personen mit einer anderen Religionszugehörigkeit ausreichend respektieren.

Tabelle 89. Wie sehr respektieren Krankenhäuser und Kliniken Ihrer Meinung nach die religiösen Bräuche von Menschen mit einer anderen Religionszugehörigkeit? (G8)

		Muslime	Nicht-Muslime	Gesamt
Zu sehr		4.6%	3.3%	4.0%
Etwa richtig		60.3%	49.5%	55.0%
Zu wenig		14.1%	7.1%	10.6%
Weiß nicht		21.0%	40.1%	30.4%
Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%
	Anzahl	1110	1088	2198

Quelle: Daten der Open Society Foundations

Nur 11% aller Befragten (in Ganzen Zahlen 234) fanden, dass in Krankenhäusern und Arztpraxen zu wenig auf die unterschiedlichen religiösen Bräuche eingegangen wird. Weitere Analysen ergaben, dass Muslime dabei doppelt so häufig wie Nicht-Muslime der Ansicht sind, dass Krankenhäuser sich zu wenig um dieses Thema kümmern (14% Muslime, 7% Nicht-Muslime). Teilnehmer, die sichtbare Zeichen ihrer religiösen Identität tragen sind dabei 1,7-mal häufiger unzufrieden mit ihrer Behandlung verglichen mit denjenigen, denen die religiöse Zugehörigkeit nicht anzusehen ist.

Tabelle 90. Wie sehr respektieren Krankenhäuser und Kliniken Ihrer Meinung nach die religiösen Bräuche von Menschen mit einer anderen Religionszugehörigkeit (nach sichtbaren Zeichen religiöser Identität)?

		Sichtbare Zeichen religiöser Identität		
		Ja	Nein	Insgesamt
Zu sehr		4.0%	4.0%	4.0%
Etwa richtig		65.5%	52.2%	55.0%
Zu wenig		15.8%	9.3%	10.7%
Weiß nicht		14.7%	34.5%	30.4%
Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%
	Anzahl	455	1737	2192

Quelle: Daten der Open Society Foundations

Frauen finden geringfügig häufiger als Männer, dass Krankenhäuser religiöse Bräuche nicht genügend achten (12% Frauen, 9% Männer). Auch Teilnehmer, die außerhalb der EU geboren wurden, sind öfter unzufrieden (12%) als innerhalb der EU geborene Befragte (10%).³²⁷

Es zeigte sich, dass Teilnehmer mit Hochschulabschluss (14%) öfter unzufrieden sind als diejenigen mit primärem, weiterführendem Abschluss oder ohne Abschluss (9%).³²⁸

Bezieht man Geschlecht, Religion und Ursprungsland mit ein, sind in Europa geborene muslimische Frauen (17%) die Gruppe, die am häufigsten der Ansicht ist, dass in Krankenhäusern und Arztpraxen andere religiöse Bräuche nicht genügend geachtet werden. Im nicht-europäischen Ausland geborene Muslimas sind diejenigen, die am häufigsten (64%) meinen, dass dies ausreichend zum Tragen kommt.

Ein signifikanter Anteil der befragten Muslime (20%) und der Nicht-Muslime (40%) sah sich nicht imstande, diese Frage zu beantworten.

7.6 Halal-Mahlzeiten

Die Einhaltung muslimischer Ernährungsvorgaben ist ein wichtiger Bestandteil, wenn es um die Berücksichtigung der kulturellen Bedürfnisse muslimischer Patienten geht. Obwohl ein Großteil der Patienten im katholischen St. Lucas Krankenhaus in

³²⁷ Siehe Tabelle 91 und 92 in Anhang 2 für eine genaue Aufstellung der Daten.

³²⁸ Siehe Tabelle 93 in Anhang 2 für eine genaue Aufstellung der Daten.

Slotervaart, Amsterdam, Muslime sind, führte es erst 2005 als erstes Krankenhaus der Niederlande Halal-Mahlzeiten ein.³²⁹ Die Foundations-Studie in Marseille zeigte, dass die meisten Krankenhäuser bei der Anpassung an die religiös bedingten Bedürfnisse in Bezug auf die Ernährung zwar berücksichtigten, dass Muslime kein Schweinefleisch essen dürfen, aber keine Halal-Mahlzeiten anboten. Mangelndes Kenntnisse der Angestellten über die religiösen Ernährungsvorgaben muslimischer Patienten ist laut Studie nur ein Teil der Erklärung hierfür. Bei Interviews mit Interessenvertretern wurde angedeutet, dass manche Entscheidungsträger in den Krankenhausverwaltungen der Ansicht sind, dass das Angebot von Halal-Mahlzeiten dem säkularen Staatsgebot widerspricht und deshalb nicht angeboten werden. Zwar bieten Krankenhäuser koschere Mahlzeiten für jüdische Patienten an, aber Halal-Mahlzeiten werden als ein Zugeständnis an „muslimische Fundamentalisten“ betrachtet. Ein Interessenvertreter in Marseille sagte 2009 in einem Interview:

Als ich die „Halal-Frage“ ansprach, fühlten sich die Verantwortlichen sehr in Verlegenheit gebracht. Ich machte sogar den Vorschlag, eine öffentliche Ausschreibung für Firmen zu machen, die Halal-Mahlzeiten für muslimische Patienten liefern könnten. Aber davon wollten sie nichts wissen, während jedoch jüdische Patienten das Angebot koscherer Nahrung nutzen können. Der Zentralrat der Juden in Marseille hat sogar mit einer Plakatkampagne darauf hingewiesen, dass es möglich wäre jährlich 13000 koschere Mahlzeiten zu liefern.

7.7 Seelsorgerische Dienste

Das Einbeziehen eines Imam in Krankenhäusern, die seelsorgerischen Dienste anbieten, ist ein weiterer wichtiger Aspekt bei der Berücksichtigung der Religion im Gesundheitswesen. In der Foundations-Fokusgruppe in Berlin äußerte man sich positiv über die Bemühungen des christlichen Krankenhauses in Kreuzberg, das sich bemüht auf die unterschiedlichen religiösen Bedürfnisse einzugehen. So wurde zum Beispiel nach dem Tod eines jungen Mädchens der Familie angeboten, einen Imam zu rufen.

³²⁹ Siehe Website des Krankenhauses <http://www.lucasandreasziekenhuis.nl/> (Zugriff November 2009)

In Frankreich ist laut Krankenhausvorschriften die Einrichtung seelsorgerischer Dienste für alle religiösen Gruppen möglich.³³⁰ Im Hinblick auf die Religionsfreiheit heißt es in der französischen Charta der Patientenrechte:

Jeder Patient muss, weitestgehend die Möglichkeit haben, die Vorschriften seiner Religion (Meditation, die Anwesenheit einer Person, die sich seiner religiösen Bedürfnisse annehmen kann, Nahrung, freie Meinungsäußerung) befolgen zu können. Diese Rechte werden in Achtung der Freiheiten anderer ausgeübt. Jegliche Form der Missionierung ist untersagt, sei sie von einer in der Einrichtung aufgenommenen Person, Freiwilligen, Besuchern oder Angehörigen des Personals ausgehend.

Muslime haben sich zum Thema Seelsorge in Krankenhäusern weitaus weniger eingesetzt als beispielsweise bei der Thematik des Moscheebaus oder der Begräbnispraxis und die Einstellung zu diesem Thema ist in ganz Frankreich unterschiedlich. Einige Departements sind in der Entwicklung der seelsorgerischen Dienste weiter als andere. Inzwischen gibt es tatsächlich auch eine Charta für muslimische Patienten, die auf der Grundlage der französischen Patientencharta formuliert ist. Sie versucht, die Rechte und Pflichten muslimischer Seelsorger eindeutiger zu definieren:

Der muslimische Seelsorger arbeitet mit dem Personal in der Einrichtung, die er besucht, zusammen. Seine Arbeit sollte in Übereinstimmung mit dem Behandlungsprozess stattfinden. Die (medizinische) Versorgung hat Vorrang vor religiösen Pflichten. Der muslimische Seelsorger verpflichtet sich, religiöse Antworten zu geben, die dem Patienten erlauben, auf entlastende und erleichternde Behandlungsmethoden zurückzugreifen. Dies ermöglicht dem Patienten sowohl den religiösen Vorgaben als auch den medizinischen Anweisungen des Gesundheitspersonals gerecht zu werden [...]. Die oberste Pflicht der Seelsorge ist das Wohlergehen der Person, als elementarer Bestandteil, berücksichtigt man jegliche den Heilungsprozess fördernder und Leiden verringender Maßnahmen. Seelsorger sind aufmerksam, hören zu und bieten allen kranken Menschen ihre Freundschaft an. Der muslimische Seelsorger reagiert diskret auf spirituelle Bedürfnisse der Unterstützung und Trost suchenden Patienten, sei es durch Gespräche, religiöse Liturgie oder

³³⁰ „... seelsorgerische Dienste im Sinne von Art. 2 des Gesetzes von 1905 können für jede Glaubensgruppe eingerichtet werden, der danach verlangt, je nach den speziellen Anforderungen des jeweiligen Krankenhauses, der sozialen oder medizinischen und sozialen Einrichtung. Unabhängig vom Glaube werden die Seelsorger vom jeweiligen Vorsteher der religiösen Autoritäten vorgeschlagen, von denen sie je nach interner Organisation dafür freigestellt werden: von Bischofspalästen, jüdischen Zentralräten, regional oder lokal, vom geistlichen Vorstand des nationalen französischen Islammrats oder den regionalen Räten des muslimischen Glaubens und den nationalen oder regionalen Seelsorgerkommissionen der Sanitätseinrichtungen.“ Übersetzung des Zitats, Zitat auf Website http://www.droitdesreligions.net/rddr/aumonerie_hopitaux.htm (Zugriff November 2009).

einfach indem sie den Patienten zuhören. Seelsorger stehen außerdem den Familien der Erkrankten zur Seite und beraten, begleiten und unterstützen das Krankenhauspersonal.³³¹

Die Moschee in Nasr de La Capelette (10. Bezirk von Marseille) führte im Jahr 1999 den ersten seelsorgerischen Dienst in Krankenhäusern der Stadt ein. Im Untergeschoss des Timone Krankenhauses richteten sie neben der katholischen Kapelle und der Synagoge einen muslimischen Gebetsraum ein. Die anfängliche Unterstützung des seelsorgerischen Angebots seitens der Verwaltung wich jedoch zunehmender Ablehnung. Aussagen eines ehemaligen Krankenhauseelsorgers zufolge, stieß die zunehmende sichtbare Präsenz der Muslime bei einem Teil des Krankenhauspersonals auf Widerstand, da sie dies als religiösen Aktivismus und Bekehrungseifer empfanden. Einige standen dieser Entwicklung jedoch auch positiv gegenüber. Allerdings gaben Interessenvertreter in Interviews zu bedenken, dass seitens der Krankenhausleitung Sorge aufkam, als auch muslimische Angestellte schließlich begannen die muslimischen Seelsorgerdienste zu nutzen. Dies wurde als widersprüchlich zur religiösen Neutralität des Krankenhauses betrachtet.

7.8 Kommunikation mit älteren Migranten

Obwohl die Zufriedenheit mit Dienstleistungen im Gesundheitsbereich allgemein hoch ist, wird in der Studie deutlich, dass Kommunikationsprobleme zwischen älteren muslimischen Migranten und dem medizinischen Personal ein großes Problem darstellen. In vielen Fällen sind die Patienten auf Familie und Freunde angewiesen, die sie zu Arztbesuchen begleiten und für die Dolmetschen. In Krankenhäusern ist eine solche Vorgehensweise allerdings schwieriger zu organisieren, da der Zeitplan dort sehr straff organisiert ist.

In den Krankenhäusern, in denen Dolmetscherdienste angeboten werden, kann es trotzdem zu Verständigungsschwierigkeiten kommen, aufgrund der Vielzahl von Sprachen und Dialekten, die in den unterschiedlichen muslimischen Ländern gesprochen werden. In der Foundations-Fokusgruppe in Antwerpen erzählte eine Marokkanerin, die dort in einer Gesundheitseinrichtung arbeitet, wie sie zwischen Ärzten und Patienten aus unterschiedlichen Ländern wie Ägypten, dem Irak und anderen arabisch-sprachigen Ländern übersetzten sollte:

Ich dolmetsche zum Beispiel jetzt in dem Krankenhaus, in dem ich arbeite, und habe ihnen erklärt, dass marokkanisches Arabisch nicht das Gleiche ist wie das Arabisch, das in Ägypten oder im Irak gesprochen wird, weil sie mich zu jedem Ausländer schicken, der rein kommt... Wirklich zu jedem. Und dann frage ich: „Welche Sprache sprechen sie? Was soll ich hier machen?“ Aber dann versuchst

³³¹ Die Charta findet sich im Internet (auf Französisch) unter <http://aumerie-musulmane.overblog.com/article-18547203.html> (Zugriff November 2009)

Du ihnen die kulturellen Unterschiede zu erklären und Du hörst nur ... Weil sie keine Ahnung haben, wirklich keine Ahnung.

Sprachprobleme können dazu führen, dass Patienten sich machtlos, missverstanden oder nicht ernst genommen fühlen:

Wenn meine Mutter zum Arzt geht, spricht sie nicht sehr gut Niederländisch und es scheint, dass sie ihr nicht richtig zuhören wollen. Aber wenn ich mitgehe und erkläre, dann verstehen sie plötzlich. Aber da sie die Sprache nicht richtig beherrscht, wollen sie sich gar nicht erst die Mühe machen, sie richtig zu verstehen, zumindest ist das mein Eindruck.³³²

Kommunikationsprobleme verlängern häufig die Behandlungszeiten. Ärzten steht aber auch oft nur eine begrenzte Behandlungsdauer für jeden Patienten zur Verfügung:

Für Ausländer ergibt sich ein zusätzliches Problem. Ich sehe an meinem Mann. Sie haben sprachliche Verständigungsschwierigkeiten und die Ärzte haben nicht die Zeit oder die Geduld, es richtig zu erklären. Sie erklären für zwei oder fünf Minuten, der Patient versteht nichts [...] manchmal schreiben sie etwas auf ein Stück Papier und sagen, wenn Sie nicht verstehen, bringen Sie einen Übersetzer mit.³³³

7.9 Gesundheitsberatung

Im Rahmen der Foundations-Befragung wurde die Frage gestellt, ob die Teilnehmer in den vorangegangenen zwölf Monaten Beratungstermine in Anspruch genommen oder Informationen über eine Reihe von Themen eingeholt haben. Dies bezog sich auf die Themengebiete Bildung, Arbeit, Wohnen und Gesundheit. Laut Studie hatten sich 860 Teilnehmer in den vorangegangenen zwölf Monaten zum Thema Gesundheit informiert. Das entspricht 39% aller Befragten. Davon waren 48% Muslime und 52% Nicht-Muslime.³³⁴

Frauen informierten sich häufiger über das Thema Gesundheit als Männer (44% der Frauen im Vergleich zu 34% der Männer).³³⁵

Unter Berücksichtigung von Geschlecht, Religion und Herkunft, nahmen im Ausland geborene nicht-muslimische Frauen am häufigsten in den vorangegangenen zwölf Monaten medizinische Beratung (48%) in Anspruch. In Europa geborene muslimische Männer hingegen informierten sich am seltensten darüber (27%).³³⁶

³³² Foundations-Fokusgruppe Rotterdam

³³³ Foundations-Fokusgruppe Berlin

³³⁴ Siehe Tabelle 94 in Anhang 2 für eine genaue Aufstellung der Daten.

³³⁵ Siehe Tabelle 95 in Anhang 2 für eine genaue Aufstellung der Daten.

³³⁶ Siehe Tabelle 96 in Anhang 2 für eine genaue Aufstellung der Daten.

Befragte mit Hochschulabschluss tendieren am häufigsten dazu sich über das Thema Gesundheit zu informieren (44%), während Personen mit ohne Schulabschluss das geringste Interesse zeigen (32%).

Tabelle 97. Haben Sie in den letzten 12 Monaten Rat oder Informationen zu Gesundheit benötigt? (nach höchstem Bildungsabschluss) (G20.4)

	Bildungsabschluss				Gesamt
	Kein formeller Abschluss	Grundschule	Sekundarstufe	Universität	
Ja	32.3%	39.2%	37.0%	44.0%	39.2%
Nein	67.7%	60.8%	63.0%	56.0%	60.8%
Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%
	Anzahl	127	250	1108	704

Quelle: Daten der Open Society Foundations

Es besteht kein direkter Zusammenhang zwischen Bildungsgrad und der Nutzung von Gesundheitsberatung: Der Prozentsatz der Befragten mit Grundschulabschluss liegt über dem der Teilnehmer, die die Sekundarstufe absolviert haben (39% bzw. 37%). Die Mehrzahl der erwerbsunfähigen Teilnehmer (53%) und der Teilnehmer an staatlichen Weiterbildungsprogrammen (58%) hatten sich innerhalb der vorangegangenen zwölf Monate ebenfalls über das Thema Gesundheit informiert.³³⁷

Auch bei den Teilzeitangestellten und Rentnern gab ein hoher Prozentsatz an sich über Gesundheitsfragen erkundigt zu haben (47% bzw. 45%). Weniger als ein Drittel aller Hausfrauen/-männer und Studenten sowie arbeitslose und vollzeitbeschäftigte Teilnehmer (33%, 33% und 32% bzw. 30%) suchten nach entsprechenden Informationen.

7.10 Diskriminierung und ungerechte Behandlung

Berichte über religiös motivierte ungerechte Behandlung sind selten. Nur 1% der nicht-muslimischen Teilnehmer gab an, in Krankenhäusern oder von niedergelassenen Ärzten in ihrer Gegend aufgrund ihrer Religion diskriminiert worden zu sein. Die Zahl der sich von niedergelassenen Ärzten in ihrer Gegend diskriminiert gefühlten Muslime lag mit 4% etwas höher. 5% hatten eigenen Angaben zufolge Diskriminierung im Krankenhaus erfahren.³³⁸

³³⁷ Siehe Tabelle 98 in Anhang 2 für eine genaue Aufstellung der Daten.

³³⁸ Siehe Tabelle 99 in Anhang 2 für eine genaue Aufstellung der Daten

Trotz der geringen Anzahl sollte festgehalten werden, dass nur 1% der muslimischen Männer sich im Gesundheitswesen diskriminiert fühlten gegenüber 6% der muslimischen Frauen.

In Dänemark gaben 12 bis 16% der aus Bosnien und Herzegowina, der Türkei, dem Libanon und den besetzten palästinensischen Gebieten stammenden Teilnehmer einer Studie an, im Gesundheitssektor diskriminierend, feindselig und ablehnend behandelt worden zu sein.³³⁹ Im Gegensatz dazu lag die Diskriminierungsrate bei den sozialen Diensten von allen untersuchten Bereichen am höchsten. Eine signifikante Minderheit der Bosnier (16%), Türken (19%), Palästinenser (24%) und Somalier (38%) gab an, von städtischen sozialen Diensten aufgrund ihrer Rasse diskriminiert worden zu sein.

Bei genauerer Auswertung der 118 Befragten, die laut eigener Angaben ungerechte Behandlung im Gesundheitswesen erfahren haben, zeigt sich, dass zwei Drittel davon Frauen waren (67%) und mehr als die Hälfte (57%) in einem Land außerhalb der EU geboren wurde. Die meisten hatten einen weiterführenden Schulabschluss (47%) und beinahe ein Drittel einen Hochschulabschluss (31%), 14% hatten keinen Abschluss und 9% einen Grundschulabschluss.

Die Teilnehmer der Foundations-Fokusgruppen zögerten grundsätzlich mit Aussagen, die bestimmte Handlungen als rassistisch oder diskriminierend definierten. Diskriminierung kann in Form von negativer Einstellung, gleichgültiger Körpersprache, Unaufmerksamkeit oder Unhöflichkeit und in manchen Fällen auch in Form von Beschimpfungen auftreten. In einigen wenigen Fällen zogen Teilnehmer auch Erfahrungen heran, in denen sie auf Grundlage von Stereotypen behandelt wurden. Einige im Gesundheitsbereich tätige muslimische Fokusgruppenteilnehmer kritisierten die Art und Weise, wie ihre Kollegen Patienten ansprechen und behandeln. Folgendes Zitat aus der Fokusgruppe in Antwerpen bezieht sich beispielsweise auf die unterschiedliche Behandlung von muslimischen Patienten in traditioneller Kleidung.

[Frau:] Die Leute werden wirklich sehr schlecht behandelt. Eltern kommen mit Kindern, die wegen irgendwelcher Röhrrchen oder so etwas operiert werden müssen und ich weiß nicht, inwiefern Ärzte immer alles gleich erklären. Es kommt wirklich darauf an, welche Kleidung man trägt. Kommen sie in der *Djellaba*, gehen sie automatisch davon aus, dass sie sowieso nichts verstehen, also gibt man ihnen eine simple Erklärung. Was unter der Narkose passieren wird und warum diese notwendig ist, wird nicht erklärt. Also finde ich im Gang eine besorgte Mutter, die wissen möchte, warum man ihr Kind hat einschlafen lassen. Ich frage dann den Arzt und der antwortet: „Sie kennen doch diese Leute. Niedriger IQ und so weiter“, obwohl die Mutter durchaus in der Lage ist, eine richtige Erklärung zu verstehen.

³³⁹ B. Møller, L. Togeby: Oplevet Diskrimination (Die Erfahrung von Diskriminierung), Rat für ethnische Gleichstellung, Kopenhagen, 1999, zitiert in Hussain: Muslims in the EU Literature Review: Denmark, S. 28.

Ich war heute beim Arzt. Ich bin neu bei ihm. Er ist mein Hausarzt. Er ist schon älter. Ich rede mit ihm und er macht die ganze Zeit ein erstauntes Gesicht. Ich war das zweite Mal bei ihm. Diesmal ist mir das besonders aufgefallen. Beim ersten Termin gebe ich den Leuten eine Chance und denke, dass ich vielleicht etwas Falsches gesagt habe. Ich erwähnte beispielsweise, dass ich Antibiotika nehme. Ich denke, ich sollte zusätzlich Vitamin B einnehmen und erzählte ihm, was ich esse. Er guckte komisch [...]. Ich deutete das so, dass er das nicht erwartet hatte. Er erwartete den typischen Türken [...] Sie haben dieses Bild des unwissenden Türken im Kopf. Die kommen doch aus Anatolien, wie kann da einer kommen und über solche Dinge Bescheid wissen? Ich konnte diese Frage in seinen Augen lesen.

Der Kontext und Empfindlichkeit der Personen, die medizinische Unterstützung brauchen, kann dazu führen, dass Erfahrungen mit Diskriminierung und deren Wahrnehmung verstärkt werden. Die genannten Beispiele aus den Fokusgruppen verdeutlichen, dass trotz seltener diskriminierender Erfahrungen im Gesundheitsbereich, die krankheitsbedingte Verletzlichkeit zunimmt und die Menschen dadurch empfindlicher sind und in manchen Situationen schneller wütend reagieren.

Nicht nur muslimische Patienten erleben Diskriminierung, sondern auch muslimisches Gesundheitspersonal. Eine muslimische Krankenschwester aus Antwerpen, die ein Kopftuch trägt, berichtete von negativen Erfahrungen mit Patienten. Allerdings wurde bei diesem Zwischenfall auch deutlich, dass die Krankenschwester vom restlichen Personal unterstützt wurde:

[Frau:] Es gibt viel Negatives, aber es gibt auch viele positive Erfahrungen. Es gab eine Patientin... sie wollte mich nicht [in ihr Zimmer] lassen. Sie wollte eher sterben, als sich von mir behandeln zu lassen. Aber die ganze Belegschaft und der Direktor – ich arbeite im Krankenhaus X – also die gesamte Belegschaft mit Direktor und Chefarzt, alle standen hinter mir. Die Familie der Patientin kam ins Krankenhaus und meinte: Ja, sie müssen die Wünsche unserer Mutter respektieren und dann sagte der Chefarzt: „So werden meine Mitarbeiter nicht behandelt. Wenn es ihnen nicht gefällt, dort ist die Tür. Es gibt auch noch andere Krankenhäuser.“ Ich meine, ich trage ja kein Kopftuch, aber X trägt eins. Ich habe ein bisschen, wir haben eine ziemlich blasse Hautfarbe, wissen Sie, aber selbst mir konnte so was passieren.³⁴⁰

7.11 Zugang zum Gesundheitssystem

Die geringe Nutzungsrate der Gesundheitsdienste durch Minderheiten ist ein grundlegendes Thema bei Debatten im Gesundheitsbereich. Frühere Erfahrungen mit der Inanspruchnahme von medizinischen und präventiven Angeboten im Vereinigten

³⁴⁰ Foundations-Fokusgruppe in Antwerpen (Übersetzung des Zitats)

Königreich legen nahe, dass die zwei grundlegenden Probleme einerseits der Mangel an Informationen in den Minderheitengruppen über die zur Verfügung stehenden Angebote und andererseits das Scheitern der Einrichtungen kulturell angemessene oder sensible Dienstleistungen anzubieten sind.³⁴¹ Eine Fallstudie in einem Sozialamt in Luton (Vereinigtes Königreich) fand beispielsweise heraus, dass die meisten Familien aus Südasien erst mit einer zur Verfügung stehenden Hilfseinrichtung in Kontakt kamen, nachdem eine andere Stelle sie dorthin verwiesen hatte und die Probleme der jeweiligen Person oder Familien bereits kritisch waren.³⁴² Selbst wenn gesundheitliche Einrichtungen und deren Leistungen bekannt sind, zögern manche Patienten öffentliche Angebote in Anspruch zu nehmen, bei denen sie Sorgen haben, dass ihre Bedürfnisse nicht erkannt oder verstanden werden. Das Fehlen von kulturell angemessenen Dienstleistungen wurde in einem Gutachten über die Verfahrensweise in acht englischen Sozialämtern als Problem genannt.³⁴³

Zu Erkennen, wie wichtig es ist kulturell-sensibilisierte Dienstleistungen anzubieten, um den Zugang zum Gesundheitssystem sicherzustellen, scheint hinter dem Erfolg der *Muslim Youth Helpline* im Vereinigten Königreich zu stehen. Diese Telefonhotline wurde im Jahr 2001 von einer Gruppe junger Muslime ins Leben gerufen und wird inzwischen für ihre Arbeit im Bereich psychischer Gesundheit staatlich unterstützt und finanziert. Die Analyse ihrer Nutzerdatenbank und Gespräche mit Nutzern machen deutlich, dass junge Muslime „zögern, etablierte Hilfsangebote zu nutzen, aus Angst vor Diskriminierung und nicht verstanden zu werden“.³⁴⁴ Die Organisation wurde im Rahmen einer Studie untersucht, die die Bedeutung von muslimisch geleiteten, religiös sensiblen Dienstleistungsangeboten für Nutzer analysiert, die sich sowohl von etablierten sozialen Diensten als auch von der muslimischen Gemeinde nicht ausreichend akzeptiert fühlen. Der Studienbericht hält fest, dass für Hotline-Nutzer „die Anerkennung in den Augen eines anderen Muslim im Zusammenhang mit oft umstrittenen Themen von großer Bedeutung war“, da „manchmal widersprüchliche und konfliktreiche Themen auf eine Art und Weise behandelt werden können, die integrative Lösungen und Fortschritte ohne Fragmentierung der Identität ermöglicht.“ Außerdem: „Das Gefühl von Zugehörigkeit und Anbindung ermöglicht die Stärkung der Persönlichkeit und Selbstbestimmtheit. Für die Nutzer wurde dies ermöglicht

³⁴¹ S. Ahmad: What is the Evidence of Early Intervention, Preventative Services for Black and Minority Ethnic Group Children and their Families? In: Practice, 17:2, 2005, S. 89–102.

³⁴² T. Qureshi, D. Berridge, H. Wenman: Where to turn? Family support for south Asian communities – A case study, National Children’s Bureau and Joseph Rowntree Foundation, London, 2000.

³⁴³ V. O’Neale: Excellence Not Excuses: Inspection of Services for Ethnic Minority Children and Families, Department of Health, London, 2000.

³⁴⁴ R. Malik, A. Shaikh, M. Suleyman: Providing Faith and Culturally Sensitive Support Service to Young British Muslims, National Youth Agency, Leicester, 2008, S. 9 (nachfolgend: Malik et al.: Providing Faith and Culturally Sensitive Support Service) (Übersetzung des Zitats).

indem sie Unterstützung innerhalb der muslimischen Gemeinde suchen konnten, etwas, das sie vorher nicht als Möglichkeit wahrgenommen hatten.“³⁴⁵

Die Foundations-Studie fand Beispiele für Initiativen, organisiert von Fachkräften im Gesundheitsbereich, mit dem Ziel einer besseren Annahme durch Muslime. In den meisten Fällen richten sich solche Initiativen nicht direkt an Muslime, sondern an unterschiedliche ethnische Gruppen. Nichtsdestotrotz ist Religion ein wichtiger Bestandteil für diese Initiativen. So bietet das Krankenhaus in Slotervaart in Amsterdam spezielle Sprechstunden für marokkanische Patienten mit Diabetes an. Diese werden von einer marokkanischen Krankenschwester geleitet. Die Bedeutung des in der Familie eingehaltenen Fastens (während des Ramadans), wird hier in der Diätberatung berücksichtigt. Meist ignorieren Patienten den Rat, auf das Fasten zu verzichten. In diesen Sitzungen wird darauf hingewiesen, wie muslimische Diabetespatienten auf gesundheitlich verantwortungsvolle Weise am Fasten teilnehmen können.

Die niederländische Stiftung für interkulturelle Pflegeberatung in Amsterdam, 2003 von einem Arzt türkischer Abstammung gegründet, bietet im informellen Rahmen gesundheitsrelevante Informationen, die kultur-sensibel erarbeitet und sprachlich leicht zugänglich sind. Das Gesundheitsförderprogramm „Dil“ (Herz) in Leicester, das sich zum Ziel gesetzt hat in der südasiatischen Gemeinschaft das Verständnis für koronare Herzerkrankungen zu verbessern, hat so genannte „peer educators“ („gleichrangige Lehrer“) aus den betreffenden Gruppe stammend eingeführt, die Zugang zu diesen haben und deren Ansichtsweisen und Bedürfnisse nachvollziehen können. Diese gleichrangigen Lehrer waren außerdem wichtig, um sprachliche und kulturelle Barrieren zu überwinden. Moscheen wurden in die Aufklärungskampagne über die Immunisierung gegen das humane Papillomvirus mit eingebunden. Die lokalen Gesundheitsbehörden stellten fest, dass viele Muslimas, während der Zubereitung der Speisen um das Ende des Fastenmonats Ramadan zu begehen, in der Küche den Sender Radio Ramadan eingeschaltet haben. Deshalb beschlossen die Behörden, den Radiosender für die Ausstrahlung von Aufklärungsjingles über gynäkologische Vorsorgeuntersuchungen zu nutzen. In Experteninterviews wurde darauf hingewiesen, dass in dem Kampagnenjahr, in dem die Nutzung des Radios kombiniert mit gezielter Aufklärung betrieben wurde, und durch die Einstellung einer somalischen Sprechstundenhilfe in einer der lokalen Arztpraxen daraufhin die Zahl der in Anspruch genommenen Behandlungen von 60% auf 90% in der Zielbevölkerung stieg.

Das *I-Psy* Zentrum für interkulturelle Psychiatrie hat eine Niederlassung in Slotervaart in Amsterdam. In diesen Zentren bieten Spezialisten Menschen mit psychischen Erkrankungen aufgrund von Migrationserfahrungen, kultureller Veränderung und neuen Lebensverhältnissen unbürokratische Hilfe an. Die Spezialisten gehören oft selbst Minderheiten an und führen die Behandlung in ihrer Muttersprache durch. Das

³⁴⁵ Malik et al.: Providing Faith and Culturally Sensitive Support Service, S. 9 (Übersetzung des Zitats).

Ziel dieser Einrichtung ist, kulturell- und religiös-sensibilisierte Behandlung anzubieten. So kommt man hier zum Beispiel dem Wunsch nach, wenn die Behandlung durch eine gleichgeschlechtliche Person des Gesundheitspersonals gewünscht wird oder in einer gleichgeschlechtlichen Gruppentherapie. Besonderes Augenmerk gilt den Problemen von Patienten, die nicht aus eigenen Beweggründen, sondern zusammen mit dem Ehepartner einwanderten.

Im Londoner Stadtteil Waltham Forest wird der Anteil der rauchenden Bevölkerung auf 30% geschätzt, der damit über dem landesweiten Durchschnitt von 27% liegt. Der Gemeinderat führte 2004 eine großangelegte Medienkampagne gegen das Rauchen durch. In diesem Zusammenhang wurden Anzeigen in Lokalzeitungen geschaltet und man arbeitete mit Gemeindegruppen und Unternehmen zusammen. Wichtiges Element der Kampagne war eine *black, minority and ethnic (BME)* Komponente, bei der eine Reihe von informativen Werbejingles in verschiedenen afrikanischen Sprachen im Lokalradiosender gesendet wurden. Die Behörde für Gemeinden und Gemeindeverwaltung im Vereinigten Königreich unterstrich die Bedeutung der aktiven Einbeziehung der gefährdeten Gemeinschaften und betonte die Vorteile, die sich durch die Zusammenarbeit mit lokalen Gemeindestrukturen wie Moscheen und Imame im Kampf gegen den Tabakkonsum ergeben. Andere Londoner Stadtteile wie Newham ließen zum Beispiel einige ihrer Kampagnen direkt über Imame laufen. Das *Waltham Forest Faith Community Forum* arbeitete gemeinsam mit der Verwaltungsstelle *Local Strategic Partnership* an der Einführung von „Gesundheitspredigern“.³⁴⁶ Zentrales Konzept dieses Projekts war die Anwerbung und Ausbildung religiöser Vertreter der muslimischen, christlichen und Sikhgemeinden, die ihre Position als religiöse Leitfiguren für die Weitergabe wichtiger Informationen zum Thema Gesundheit in ihrer Gemeinde nutzen sollten.

7.12 Altenpflege

Die Pflege älterer Muslime mit Migrationshintergrund wird in den nächsten Jahrzehnten im Gesundheitsbereich eine zunehmend wichtigere Rolle spielen. Die Vorstellung, eine ältere Person von einem „Außenstehenden“ anstatt von einem Familienmitglied pflegen zu lassen, bleibt in vielen muslimischen Gemeinschaften nach wie vor ein Tabuthema. In der Fokusgruppe mit älteren Menschen in Kopenhagen wurde Besorgnis über diesen Bereich des Gesundheitswesens deutlich. Der Wunsch nach kulturspezifischen Pflegeeinrichtungen wurde gemeinsam mit der Sorge geäußert, dass dänische Pflegekräfte den speziellen Anforderungen von Muslimen nicht gerecht werden könnten. Das erste deutsche Altenpflegeheim, spezialisiert auf die Bedürfnisse von türkischen (meist muslimischen) Senioren, wurde in Berlin-Kreuzberg errichtet. Dort gibt es Möglichkeiten die Religion auszuüben, beispielsweise in Gebetsräumen, es werden Halal-Mahlzeiten angeboten und das Personal beherrscht die relevanten

³⁴⁶ Siehe Waltham Forest Faith Communities Forum Website unter <http://www.faithcommunities.org.uk/7.html> (Zugriff November 2009)

Sprachen. Im Hamburger Aktionsplan (HHAP) wird geschätzt, dass bis zum Jahr 2015 gut 16% der älteren Menschen Personen mit Migrationshintergrund sein werden. Die Stadt definiert den Zugang für ältere Menschen zum Gesundheitssystem als eine der wichtigsten Herausforderungen. Aufgrund von Sprachbarrieren und dem Mangel an Informationen ist es nötig, ein breit gefächertes Pflegeangebot zu entwickeln, welches die unterschiedlichen Bedürfnisse der verschiedenen Gruppen berücksichtigt.

7.13 Wichtigste Erkenntnisse

Armut bleibt weiterhin der wichtigste Faktor bei der Erklärung für Unterschiede der gesundheitlichen Verfassung, aber sowohl Religion als auch Migration haben Einfluss auf die Gesundheit. Die Foundations-Studie zeigt, dass die Mehrheit der teilnehmenden Personen mit dem Angebot an gesundheitlichen Leistungen sehr zufrieden ist. Über Diskriminierung und ungerechte Behandlung wird nur selten berichtet und die meisten Befragten gaben an, dass Krankenhäuser und Arztpraxen die Anforderungen unterschiedlicher Religionen erkennen. Trotzdem bleibt das Eingehen auf die Bedürfnisse muslimischer Patienten ein Thema, das weiterhin behandelt werden muss, insbesondere das Angebot von Halal-Mahlzeiten. In Krankenhäusern mit seelsorgerischem Dienst sollte dieser durch einen Imam ergänzt werden. Die Kommunikation mit Ärzten und Schwestern ist für ältere Migranten problematisch. Viele machen sich zunehmend Sorgen über fehlende adäquate Pflegeangebote für ältere Familienangehörige. Diese Thematik wird an Bedeutung zunehmen, je älter die Muslime der ersten Einwanderergeneration werden. In mehreren Städten gibt es erfolgreiche Beispiele für effektive Pflegeangebote, die die kulturellen und religiösen Anforderungen von Muslimen berücksichtigen.

8. POLIZEI UND SICHERHEIT

Die Wahrnehmung von Sicherheit und körperlicher Unversehrtheit ist wichtiger Aspekt der sozialen Inklusion und Integration. Die schlechte wirtschaftliche und soziale Lage, in der sich viele Muslime in Europa befinden, führt zudem zur Ansiedlung in Bezirken mit hohen Kriminalitätsraten. Gleichzeitig fehlen ihnen die nötigen finanziellen Mittel, um sich zu schützen. Muslime verlassen sich beim Schutz und dem Erhalt der Ordnung, genau wie andere, auf die Polizei. Die Beziehungen zwischen Minderheiten und der Polizei sind jedoch nicht immer einfach. In einigen Städten waren Vorfälle mit der Polizei der Auslöser für Unruhen, an denen junge Muslime beteiligt waren. Seit dem 11. September 2001 stehen Muslime verstärkt unter polizeilicher Beobachtung und werden gleichzeitig häufiger Opfer von Hass- oder Gewaltverbrechen. Dieses Kapitel behandelt zunächst die Erfahrungen von Gewalt- und Hassverbrechen. Anschließend werden das Vertrauen in die Polizei, die Zufriedenheit der Befragten mit der Polizeiarbeit und vonseiten der Polizei erfahrene Diskriminierung genauer untersucht. Abschließend werden Initiativen der Polizei in den elf verschiedenen Städten beleuchtet, die auf mehr Einbeziehung, Zusammenarbeit und die Anwerbung in die eigenen Reihen abzielen.

8.1 Gewalt und Hassverbrechen

Die Erfahrung von Gewalt und Verbrechen verunsichert die Menschen. Wenn Gewalt und Verbrechen sich zum Beispiel gegen die Ethnizität, Abstammung oder Religion einer Person richten, führt dies zum Gefühl von Marginalisierung und Ausgrenzung. 15% der Befragten sind im Jahr vor der Studie Opfer von Gewalt geworden. Allerdings waren häufiger nicht-muslimische (20%) als muslimische (11%) Befragte betroffen. Unter den muslimischen Befragten zeigt sich, dass in Europas geborene muslimische Männer häufiger Opfer der Gewalt wurden, als nicht in Europas geborene Männer oder als Frauen.

Fast ein Viertel der muslimischen (23%) und 17% der nicht-muslimischen Befragten betrachtet die Verbrechen an ihnen als Hassverbrechen. Im Bezug auf die Anzeige eines Verbrechens bei der Polizei unterscheidet sich das Verhalten der muslimischen und nicht-muslimischen Befragten deutlich: Nur 36% der Muslime erstatteten Anzeige, im Vergleich zu 59% der Nicht-Muslimische.

Einige Städte haben erkannt, dass mehr Hassverbrechen angezeigt werden müssen. Der Stadtrat von Kopenhagen richtete eine Internetseite ein, auf der religiöse Minderheiten Hassverbrechen melden können.³⁴⁷ Bis März 2009 gingen dort über 200 Beschwerden ein. Der Bezirksrat des Londoner Stadtbezirks Waltham Forest stuft religiös

³⁴⁷ Politiken, 28. März 2008.

motivierten Hass, genauso wie Rassismus und Ausländerfeindlichkeit, explizit als Hassverbrechen ein.³⁴⁸

8.2 Vertrauen gegenüber der Polizei

Im Machtmonopol des Staates stellt die Polizei die ausführende Institution dieser Macht gegenüber Einzelner dar. Vertrauen ist dementsprechend ein wichtiger Legitimationsfaktor für die Polizei. Es ist nur möglich, Menschen zu einer häufigeren Anzeige krimineller Übergriffe zu bewegen und sie zu einer Zusammenarbeit mit der Polizei zu ermutigen, wenn diese ein hohes Maß an Vertrauen genießt. Die Europäische Sozialstudie fand heraus, dass das Vertrauensniveau der Polizei zwischen den einzelnen Ländern variiert und grundsätzlich „mehr ältere als junge Menschen Vertrauen in die Polizei zu haben scheinen, sowie Frauen mehr Vertrauen haben als Männer [...] Menschen, die zu Hause arbeiten, haben mehr Vertrauen als Angestellte und Arbeitslose vertrauen der Polizei dementsprechend weniger als Arbeitnehmer.“³⁴⁹

In den Vereinigten Staaten durchgeführte Studien zeigen, dass ethnischen Minderheiten der Polizei weniger Vertrauen entgegenbringen, als der Rest der Bevölkerung.³⁵⁰ In Belgien hingegen belegen Studien, dass das Vertrauensniveau türkischer und marokkanischer Einwanderer in die Polizei sich nicht von dem ihren belgischen Mitbürgern unterscheidet, wenn man den sozioökonomischen Hintergrund berücksichtigt.³⁵¹

Die Mehrheit der Teilnehmer an der Foundations-Studie (58%) bringen der Polizei entweder „sehr viel“ (14%) oder „ziemlich“ (44%) an Vertrauen entgegen; 31% haben „nicht sehr viel“ oder „überhaupt kein“ Vertrauen (9%).

³⁴⁸ London Borough of Waltham Forest: Hate crime: common questions, 2009, unter <http://www.walthamforest.gov.uk/index/safety/hate-crime/common-questions.htm> (Zugriff November 2009)

³⁴⁹ Juha Tapio Kääriäinen: Trust in the Police in 16 European Countries: A Multilevel Analysis in: *European Journal of Criminology*, 4, 2007, S. 424 (nachfolgend: Kääriäinen: Trust in the Police in 16 European Countries)

³⁵⁰ Tom Tyler: Policing in Black and White: Ethnic Group Differences in Trust and Confidence in the Police, *Policing Quarterly* 8(3), 2005, S. 322–324.

³⁵¹ M. Van Craen, J. Ackaert: Het vertrouwen van alloctonen en autoctonen in de politie: geen zwart-wit verhaal (Vertrauen von Allochthonen und Autochthonen in die Polizei: nicht schwarz/weiß), *Eerste Criminologisch Forum*, Gent, 2008 zitiert in: Foundations, *At Home in Europe: Muslims in Antwerp*

Tabelle 100. Vertrauen in die Polizei (F11.1)

		Muslime	Nicht-Muslime	Gesamt
	Sehr viel	14.1%	12.9%	13.5%
	Ziemlich viel	41.3%	47.2%	44.2%
	Nicht sehr viel	33.7%	28.5%	31.1%
	Überhaupt nicht	8.6%	9.6%	9.1%
	Weiß nicht	2.3%	1.9%	2.1%
Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%
	Anzahl	1109	1088	2197

Quelle: Daten der Open Society Foundations

Die Religion alleine scheint hinsichtlich des Vertrauens gegenüber der Polizei keine signifikante Rolle zu spielen. Nicht-muslimische Befragte (60,1%) bringen der Polizei etwas häufiger grundlegendes Vertrauen entgegen als muslimische (55,4%). Allerdings vertrauen der Polizei mehr Befragte mit einem sichtbaren Zeichen ihrer religiösen Identität als ohne.

**Tabelle 101. Vertrauen in die Polizei
(nach Sichtbarkeit religiöser Identität) (F11)**

		Sichtbarkeit religiöser Identität			
		Ja	Nein	Gesamt	
Muslime	Sehr viel	15.9%	13.0%	14.1%	
	Ziemlich viel	42.6%	40.5%	41.3%	
	Nicht sehr viel	32.6%	34.3%	33.7%	
	Überhaupt nicht	5.9%	10.2%	8.6%	
	Weiß nicht	2.9%	2.0%	2.3%	
	Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%
		Anzahl	408	699	1107
Nicht-Muslime	Sehr viel	21.7%	12.5%	12.9%	
	Ziemlich viel	60.9%	46.4%	47.0%	
	Nicht sehr viel	15.2%	29.2%	28.6%	
	Überhaupt nicht	2.2%	9.8%	9.5%	
	Weiß nicht	–	2.0%	1.9%	
	Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%
		Anzahl	46	1038	1084

Quelle: Daten der Open Society Foundations

Der Unterschied unter den muslimischen Befragten ist gering: 59% derjenigen, die sichtbare Zeichen ihrer religiösen Identität tragen, vertrauen der Polizei, gegenüber 54% derjenigen ohne sichtbare Zeichen. Im Fall der nicht-muslimischen Teilnehmer war der Unterschied weitaus größer (83% bzw. 59%).³⁵² Das Vertrauensniveau muslimischer Befragter änderte sich auch nicht nach Betrachtung der Variablen der aktiven oder passiven Ausübung ihrer Religion.

Geschlecht und Alter beeinflussen das Vertrauen.³⁵³

³⁵² Dieser Wert ist allerdings mit Vorsicht zu genießen, da nur wenige nicht-muslimische Teilnehmer sichtbare Zeichen ihrer religiösen Zugehörigkeit tragen.

³⁵³ Siehe Tabelle 102 in Anhang 2 für eine genaue Aufstellung der Daten.

**Tabelle 103. Vertrauen gegenüber der Polizei
(nach Geschlecht) (F11.1)**

		Männlich	Weiblich	Gesamt
Muslime	Sehr viel	11.3%	16.9%	14.1%
	Ziemlich viel	40.1%	42.5%	41.3%
	Nicht sehr viel	34.6%	32.8%	33.7%
	Überhaupt nicht	11.1%	6.0%	8.6%
	Weiß nicht	2.9%	1.8%	2.3%
	Gesamt	In %	100.0%	100.0%
	Anzahl	558	551	1109
Nicht-Muslime	Sehr viel	13.6%	12.2%	12.9%
	Ziemlich viel	50.3%	44.3%	47.2%
	Nicht sehr viel	25.3%	31.4%	28.5%
	Überhaupt nicht	9.6%	9.5%	9.6%
	Weiß nicht	1.2%	2.6%	1.9%
	Gesamt	In %	100.0%	100.0%
	Anzahl	521	567	1088

Quelle: Daten der Open Society Foundations

Muslimische Frauen (59%) vertrauen der Polizei in einem größeren Maße als muslimische Männer (51%). Das Gegenteil trifft auf Nicht-Muslime zu: 64% der Männer im Gegensatz zu lediglich 57% der Frauen bringen der Polizei Vertrauen entgegen. Unter den muslimischen Befragten steigt das Vertrauen exponentiell mit dem Alter: 54% der Muslime unter 20 Jahren geben an, der Polizei zu vertrauen; diese Zahl steigt für die über 60jährigen auf 64%.

Das Vertrauen gegenüber der Polizei hängt darüber hinaus vom Beschäftigungsstatus ab.³⁵⁴ Muslimische sowie nicht-muslimische Befragte, die entweder arbeitslos oder in staatlichen Aus- oder Weiterbildungsprogrammen aufgenommen wurden, bringen der Polizei das wenigste Vertrauen entgegen. Das gleiche trifft auf Muslime zu, die unbezahlt in Familienbetrieben arbeiten. Dies entspricht Forschungsergebnissen aus

³⁵⁴ Siehe Tabelle 104 in Anhang 2 für eine genaue Aufstellung der Daten.

den USA, welche besagen, dass Armut und Ausschluss vom wirtschaftlichen Leben mit einem geringeren Maß an Vertrauen gegenüber der Polizei einhergehen.³⁵⁵

Muslime und Nicht-Muslimen, die innerhalb des vergangenen Jahres Opfer von Gewalt wurden, bringen der Polizei ebenfalls weniger Vertrauen entgegen als jene, die von ihr verschont blieben. Laut muslimischen Befragten wurden 50% derer, die der Polizei vertrauen, bereits Opfer von Gewalt. Diese Zahl steht 56% derer gegenüber, die ebenfalls der Polizei vertrauen, jedoch noch nicht Opfer von Gewalt wurden. Innerhalb der nicht-muslimischen Gruppe lagen diese Zahlen bei 50% bzw. 63%. Dies entspricht den Ergebnissen der Europäischen Sozialstudie.³⁵⁶ Nur wenige Teilnehmer gaben an, inwiefern sie mit der Arbeit der Polizei zufrieden sind (11 Muslimen und 23 Nicht-Muslimen). Bei den Unzufriedenen jedoch ist der Vertrauensverlust in die staatlichen Ordnungshüter bedeutend größer.

Bei einer differenzierten Betrachtung des Geburtsorts sowie des Geschlechts zeigt sich, dass in Europa geborene nicht-muslimische Männer der Polizei am meisten Vertrauen entgegen bringen (65%). Nicht im europäischen Ausland geborene Muslimen haben ihrerseits wiederum größte Vertrauen (19%). Das niedrigste Vertrauensniveau weisen die in der EU geborenen muslimischen Männern (46%) auf. Sie haben selten viel (7%) und häufig überhaupt kein Vertrauen gegenüber der Polizei.³⁵⁷

Die Foundations-Fokusgruppe in Hamburg legte die Schlussfolgerung nahe, dass viele muslimische Migranten der Polizei in Deutschland ein hohes Maß an Vertrauen entgegen bringen, da sie die deutsche Polizei mit der in ihren Heimatländern vergleichen. Ihre Erwartungen an die hiesige Polizei sind von Erfahrungen in der Heimat geprägt. Insbesondere diejenigen, die in ihren Herkunftsländern schlechte Erfahrungen mit der Korruption der Polizei gemacht haben, sind der deutschen Polizei positiv gesonnen, da sie als nicht korrupt erachtet wird. Junge männliche und weibliche Muslimen sagten: „Die meisten haben einen Migrationshintergrund und in ihren Heimatländern kann man der Polizei nicht vertrauen. Sie haben sich ein positives Bild vom deutschen Polizisten gemacht.“ Deutsche Polizisten wird ein größeres Vertrauen entgegengebracht, da sie als professionelle Ordnungshüter erachtet werden, die ihrer Arbeit den Vorschriften gemäß nachgehen. Diese Auffassung entspricht den Studienergebnissen, die besagen, dass im Ausland geborene Muslimen der Polizei häufiger ein großes Maß an Vertrauen entgegen bringen (15%) als innerhalb der EU Geborene (11%).

Eine Analyse der Fokusgruppendifkussionen zeigt, dass in den meisten Städten die Erfahrung mit Rassismus und die unfaire Behandlung durch die Polizei die Grundlage für das Misstrauen gegenüber ihr bildet. Die Fokusgruppendifkussion in Berlin sagt,

³⁵⁵ J. Frank, B. V. Smith, K. J. Novak: Exploring the basis of citizens' attitudes toward the police in: *Police Quarterly* 8, 2005, S. 206–228.

³⁵⁶ Kääriäinen: *Trust in the Police in 16 European Countries*, S. 427.

³⁵⁷ Siehe Tabelle 105 in Anhang 2 für eine genaue Aufstellung der Daten.

dass ein einziger Diskriminierungsfall durch die Polizei die Wahrnehmung auf viele Jahre nachhaltig beeinflussen kann. Derartige Vorfälle bleiben in der Erinnerung sehr lebendig und wurden innerhalb der Fokusgruppe eindrücklich geschildert. Die Überwindung solch negativer Erfahrungen ist nicht einfach.

In Marseille wird das Vertrauen gegenüber der Polizei durch die Geschichte der Stadt als Teil der französischen Kolonialmacht in Algerien erschwert. Viele so genannte *piets noir* (frühere europäische Kolonisten in Nordafrika) kamen Ende der 1950er Jahre nach Marseille und traten dort in den Polizeidienst oder in andere sicherheitsbezogene Berufe ein. Einige Fokusgruppenteilnehmer im Alter von über 30 Jahren erinnerten sich gut an Polizisten aus den ehemaligen Kolonien, die ihre Wut und Rachegefühle gegen Nordafrikaner, insbesondere algerische Migranten, in Marseille richteten:

In Bezug auf die *piets noir* Polizisten: Ich habe lange Zeit in Le Panier gelebt, in der Nähe des Bischofspalais. Dieser Bezirk wird die ‚piets noir‘-Gegend genannt. Dort gibt es viele Kneipen, wo die Polizisten einkehren und sich unterhalten, immer die gleichen. Ich ging da früher Kaffee trinken. Was mich betrifft, ist Marseille eine paradoxe Stadt. Sie ist entweder richtig freundlich oder extrem rassistisch, vor allem in dem Sinne rassistisch: „Er ist ein Araber, er ist mit fast unterlegen, fast.“ Ich bin mir sicher, dass die Menschen, die Araber als unterlegen betrachten, gar nicht wissen, dass dies die Definition von Rassismus ist: Eine Rasse ist einer anderen überlegen oder überhaupt das Konzept Rasse. Ich werde oft gefragt: Welcher Rasse gehörst du an?“ In Marseille bedeutet die Frage „Was ist deine Rasse“, „also hörst du zur arabischen Rasse“. Du könntest fast meinen, wir seien Tiere.³⁵⁸

³⁵⁸ Experteninterview Marseille, 2009.

Tabelle 106. Zufriedenheit mit der Polizeiarbeit (G1.5)

		Muslime	Nicht-Muslime	Gesamt
	Sehr zufrieden	7.4%	5.5%	6.5%
	Ziemlich zufrieden	35.3%	33.2%	34.3%
	Weder zufrieden noch unzufrieden	23.5%	27.1%	25.3%
	Ziemlich unzufrieden	18.7%	17.0%	17.8%
	Sehr unzufrieden	11.4%	11.6%	11.5%
	Weiß nicht	3.7%	5.6%	4.6%
Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%
	Anzahl	1109	1089	2198

Quelle: Daten der Open Society Foundations

8.3 Zufriedenheit mit der Polizeiarbeit

Die Mehrheit der Foundations-Teilnehmer schenken der Polizei Vertrauen, aber nur wenige sind entweder „sehr“ oder „ziemlich zufrieden“ mit ihrer Arbeit in ihrer Gegend (43%). 30% sind „sehr“ oder „ziemlich unzufrieden“ und 24% äußerten sich weder zufrieden noch unzufrieden. Dabei unterscheiden sich Muslime und Nicht-Muslime nicht stark in ihren Meinungen. In den Foundations-Fokusgruppensitzungen stellte sich heraus, dass einige mit dem Verhalten der Polizeibeamten unzufrieden sind. Manche sind unhöflich oder grob, aber auch von diskriminierendem und verbal missbräuchlichem Verhalten wurde berichtet. Auch ein körperlicher Übergriff wurde erwähnt.

Andere Fokusgruppenteilnehmer beschwerten sich über das unzureichende Handeln der Polizei in bestimmten Bereichen. Drogenmissbrauch in der Umgebung wurde oft als ein Fall herangezogen, in dem der Polizei mangelnde Handlungsbereitschaft und Präsenz angelastet wird. Auf die Frage nach möglichen Verbesserungen wurde konsequent mit mehr Polizei auf der Straße geantwortet. Auch die so genannte Stadtteilpolizei, die in mehr direktem Kontakt mit Anwohnern steht, wurde häufig erwähnt, um mehr Interaktion, Kommunikation und Vertrauen zu entwickeln. In London resultiert viel Unzufriedenheit aus dem Gefühl, dass die Polizei Strafanzeigen gegen kriminelle Handlungen nicht ausreichend nachgeht:

Wir haben das Gefühl, dass die Polizei nur ihren nötigsten Pflichten nachgeht. Sie kommen, schreiben ihren Bericht und das war's. Danach haben sie uns nicht

getröstet, nichts; sie haben gar nichts gesagt [...] Die Einbrecher standen draußen auf der Straße bevor sie durch die Vordertür herein kamen. Sie hätten die Nachbarn fragen können, ob die etwas gesehen haben. Meine Tochter war nicht zu Hause, aber die Nachbarn schon. Die Polizei hat gar nicht ermittelt.

Als in mein Haus eingebrochen wurde ... als sie kamen, nahmen sie alles mit was sie konnten, für Fingerabdrücke oder Beweise, aber das Ergebnis ist: Es gibt kein Ergebnis.

8.4 Diskriminierung

Diskriminierung durch die Polizei, auch *Ethnic Profiling* genannt, beschreibt Polizeiermittlungen aufgrund von generalisierenden ethnischen, religiösen oder nationalen Herkunftskriterien, die im Anschluss anstatt objektiver Beweise oder individuellem Verhalten als Grundlage für Entscheidungen dienen, gegen wen und wegen krimineller Aktivität ermittelt wird.³⁵⁹ *Ethnic Profiling* manifestiert sich häufig in Entscheidungen, wen Polizisten anhalten, nach Ausweispapieren fragen, befragen, durchsuchen und manchmal auch verhaften. Diese Praxis mag in manchen Fällen rassistisch motiviertes Verhalten der jeweiligen Polizeibeamten sein oder auf in der Polizeitruppe institutionalisierte Vorurteile zurück gehen. Manchmal werden unschuldige Menschen auf Grundlage von *Ethnic Profiling* angehalten, durchsucht und verhaftet und die Täter, die nicht in das jeweilige Raster fallen, kommen davon. Das Rechtsstaatlichkeitsprinzip wird dabei genauso unterwandert, wie das Vertrauen in die Polizei. Ganze Gemeinschaften werden stigmatisiert und Menschen, die mit der Polizei bei der Verbrechens- und Terrorismusbekämpfung zusammenarbeiten und wichtige Hinweise geben könnten, werden abgeschreckt.

Beinahe 10% der muslimischen Foundations-Teilnehmer (101 Menschen) sind schon einmal auf diskriminierende Art und Weise von der Polizei behandelt worden. Davon war gut ein Drittel unter den Befragten aus Antwerpen und Berlin (17% bzw. 13%). Leicester weist mit 3% die niedrigste Rate betroffener Muslime auf. Zwei Drittel der 101 Muslime sind Männer.

³⁵⁹ Open Society Justice Initiative: *Ethnic Profiling in the European Union: Pervasive, Discriminatory and Ineffective*, Open Society Institute, Budapest und New York, 2009, unter: http://www.soros.org/initiatives/justice/focus/equality_citizenship/articles_publications/publications/profiling_20090526 (Zugriff November 2009, nachfolgend: OSJI: *Ethnic Profiling in the EU*).

Tabelle 107. Befragte, die von Diskriminierung durch die Polizei berichteten (A4)

	Häufigkeit	In %
Amsterdam	7	6.9
Antwerpen	17	16.8
Berlin	13	12.9
Kopenhagen	9	8.9
Hamburg	9	8.9
Leicester	3	3.0
Marseille	9	8.9
Paris	8	7.9
Rotterdam	10	9.9
Stockholm	7	6.9
Waltham Forest	9	8.9
Gesamt	101	100.0

Quelle: Daten der Open Society Foundations

Tabelle 108. Befragte, die von Diskriminierung durch die Polizei berichteten (nach Alter und Geschlecht) (H8)

Alter	Männlich	Weiblich	Gesamt
< 20	9.9%	3.0%	12.9%
20 – 29	30.7%	12.9%	43.6%
30 – 39	10.9%	11.9%	22.8%
40 – 49	8.9%	5.0%	13.9%
50 – 59	4.0%	–	4.0%
60 +	3.0%	–	3.0%
Gesamt	In %	67.3%	32.7%
	Anzahl	68	33
			101

Quelle: Daten der Open Society Foundations

Es zeigt sich ein klarer Zusammenhang zwischen dem Alter der Befragten und ihren Erfahrungen mit Diskriminierung durch die Polizei. Die Mehrheit derjenigen, die sich

über ungerechte Behandlung beschweren, ist unter 30 Jahren alt (56% insgesamt, davon sind 13% unter 20 und 44% zwischen 20 und 29 Jahre alt).

Tabelle 109. Befragte, die von Diskriminierung durch die Polizei berichteten (nach Alter) (H8)

Alter	Häufigkeit	In %	Kummuliert in %
< 20	13	12.9	12.9
20 – 29	44	43.6	56.4
30 – 39	23	22.8	79.2
40 – 49	14	13.9	93.1
50 – 59	4	4.0	97.0
60 +	3	3.0	100.0
Gesamt	101	100.0	

Quelle: Daten der Open Society Foundations

Die Gruppe, die am häufigsten Diskriminierung durch Polizeibeamte erwähnt, sind muslimische Männer zwischen 20 und 29 Jahren.³⁶⁰ 30% der Muslime, die von ungerechter Behandlung durch die Polizei berichteten, tragen sichtbare Zeichen ihrer religiösen Zugehörigkeit.

³⁶⁰ Siehe Tabelle 108 in Anhang 2 für genaue Aufstellung der Daten.

Tabelle 110. Befragte, die von Diskriminierung durch die Polizei berichteten (nach Sichtbarkeit religiöser Identität und Geschlecht) (H8)

		Männlich	Weiblich	Gesamt
Muslime – Haare bedeckt		4.0%	17.8%	21.8%
Muslime – Gesicht bedeckt		0%	1.0%	1.0%
Muslime – Körper bedeckt		0%	2.0%	2.0%
Muslime – Bart/ Schnurrbart		9.9%	0%	9.9%
Muslime – Religiöse Symbole		2.0%	2.0%	4.0%
Keine		56.4%	12.9%	69.3%
Gesamt	In %	67.3%	32.7%	100.0%
	Anzahl	68	33	101

Quelle: Daten der Open Society Foundations

Die genauere Analyse zeigt, dass Frauen mit Kopftuch hier die Mehrheit stellen (18%). Von den betroffenen Personen gaben 79% an, aktiv den Islam zu praktizieren.

Über die Hälfte der Muslime (54%), die von Diskriminierung durch die Polizei berichteten, haben einen Sekundarschulabschluss, weitere 22% besitzen einen Hochschulabschluss.

Tabelle 111. Befragte, die von Diskriminierung durch die Polizei berichteten (nach höchstem Bildungsabschluss) (H8)

	Häufigkeit	In %
Kein formeller Abschluss	6	5.9
Grundschule	19	18.8
Sekundarschule	54	53.5
Universität	22	21.8
Gesamt	101	100.0

Quelle: Daten der Open Society Foundations

Fast ein Viertel der Befragten haben keine oder niedrige Qualifikationen. Vergleicht man dieses Ergebnis mit dem durchschnittlichen Bildungsstand aller muslimischen Befragten, zeigt sich unter den Befragten, die sich schon einmal von der Polizei diskriminiert fühlten, eine marginale Überrepräsentation von Muslimen mit Grund- oder Sekundarbildung. Muslime mit Hochschulabschluss oder ohne Abschluss liegen jeweils unter den Durchschnittswerten.

Auf den ersten Blick scheinen besonders Muslime in Vollzeitbeschäftigung, Ausbildung oder ohne Arbeit von Diskriminierung durch die Polizei betroffen gewesen zu sein.

Tabelle 112. Befragte, die von Diskriminierung durch die Polizei berichteten (Muslime, nach Beschäftigungsstatus) (H8)

	Häufigkeit	In %
Ganztags angestellt	31	30.7
Teilzeit angestellt	2	2.0
Selbständig	7	6.9
Arbeite unbezahlt in einem Familienunternehmen	1	1.0
Pensioniert	4	4.0
In staatlichem Beschäftigungs- oder Ausbildungsprogramm	2	2.0
Arbeitslos und auf der Suche nach Arbeit	20	19.8
Student	19	18.8
Kümmere mich um Haus und Familie	6	5.9
Arbeitsunfähig	1	1.0
Sonstiges	8	7.9
Gesamt	101	100.0

Quelle: Daten der Open Society Foundations

Vergleicht man diese Statistik mit allen muslimischen Befragten, fällt auf, dass unter den von Diskriminierungserfahrungen mit der Polizei berichtenden Teilnehmern die Arbeitslosen mit 20% in der betroffenen Gruppe überrepräsentiert sind, da sie nur 11% aller Befragten ausmachen.

**Tabelle 113. Befragte, die Diskriminierung durch die Polizei erlebt haben
(alle muslimische Befragte, nach Beschäftigungsstatus) (114)**

Muslimische Teilnehmer	Häufigkeit	In %	Gültig in %	Kumulativ in %
Ganztags angestellt	306	27.6	27.7	27.7
Teilzeit angestellt	164	14.8	14.8	42.5
Selbständig	60	5.4	5.4	47.9
Arbeite unbezahlt in einem Familienunternehmen	7	0.6	0.6	48.6
Pensioniert	64	5.8	5.8	54.3
In staatlichem Beschäftigungs- oder Ausbildungsprogramm	21	1.9	1.9	56.2
Arbeitslos und auf der Suche nach Arbeit	116	10.5	10.5	66.7
Student	156	14.1	14.1	80.8
Kümmere mich um Haus und Familie	102	9.2	9.2	90.1
Arbeitsunfähig	36	3.2	3.3	93.3
Sonstiges	74	6.7	6.7	100.0
Gesamt	1106	99.6	100.0	
Fehlen	4	0.4		
Gesamt	1110	100.0		

Quelle: Daten der Open Society Foundations

Die Daten unterstützen die Erkenntnisse der Open Society Justice Initiative, die vor kurzem in dem Bericht *Ethnic Profiling in the European Union: Pervasive,*

Discriminatory and Ineffective veröffentlicht wurden.³⁶¹ *Ethnic Profiling* wurde nicht erst nach den Anschlägen vom 11. September 2001 im Kampf gegen den Terrorismus eingesetzt, sondern wird offenkundig schon lange als Einsatzmittel der Polizei in ganz Europa genutzt. Zwar fehlt es in den meisten europäischen Ländern an quantitativen Informationen zu Polizeiarbeit und Ethnizität, aber die vorhandenen Daten legen einen weitreichenden Einsatz der Methode des *Ethnic Profiling* nahe. Das Interesse an dieser Praxis und ihrem Einsatz stieg nach den Anschlägen vom 11. September schlagartig an.

Daten aus dem Vereinigten Königreich (dem einzigen EU-Mitgliedstaat, das systematisch ethnische Daten zur Praxis der Polizeiarbeit sammelt) zeigen nach den terroristischen Anschlägen einen rasanten Anstieg von Polizeikontrollen britischer Asiaten: Nach dem 11. September stieg die Zahl der Straßenkontrollen von Bürgern asiatischer Herkunft unter Maßnahmen zur Terrorbekämpfung um das Dreifache, und um das Fünffache nach den Anschlägen auf die Londoner U-Bahn im Juli 2005. Die deutsche Polizei nutzte die Ermächtigung zu vorbeugenden Maßnahmen, um vor großen Moscheen massenweise die Personalien von Besuchern aufzunehmen.³⁶² In Italien und Frankreich durchsuchte die Polizei Wohnungen, Geschäfte und Moscheen, oft ohne besonderen Verdachtsmoment, und zielte dabei besonders auf religiöse Muslime. Zahlreiche seit dem 11. September durchgeführte Studien dokumentieren „den wachsenden Eindruck unter muslimischen Gemeindeführern und Communities in Europa, nicht aufgrund spezieller Verdachtsmoment angehalten, befragt und durchsucht zu werden, sondern lediglich aufgrund ihres ‘muslimischen Aussehens’.“³⁶³

In Anbetracht der oben angeführten Daten ist es nicht erstaunlich, dass das Thema Polizei und Polizeiarbeit zu heißen Diskussionen in den Fokusgruppen mit jungen Leuten führte. Besonders in Antwerpen wurde heftig diskutiert. Teilnehmer fühlten sich in den letzten Jahren belästigt und fälschlicherweise verdächtigt. Ein Teilnehmer stellte fest: „[Als Marokkaner in Antwerpen] bist du schuldig, bis deine Unschuld bewiesen wurde.“ Besonders die Ausweiskontrolle ist Streitthema:

Ich habe das selbst oft erlebt. Sie prüfen einfach deine Personalien [die Polizei hält eine Person an und fragt nach ihrem Personalausweis, den man in Belgien stets bei sich tragen muss.] Die Feststellung meiner Identität stört mich nicht, das ist normal. [Aber] du gibst ihnen deinen Personalausweis und sie sagen: Ja, du führst was im Schilde. Ich bin auf dem Weg nach Hause oder zu einem Freund oder zu meinem Neffen. Dann sagen sie: Du hast was vor, das kann ich

³⁶¹ OSJI: *Ethnic Profiling in the EU*

³⁶² Arun Kundnani: *Analysis: The War on Terror Leads to Racial Profiling*, Institute for Race Relations, IRR News, London, 7. Juli 2004; Vickram Dodd: *Surge in Stop and Search of Asian People After July 7*, *The Guardian*, 24. Dezember 2005, unter: <http://www.guardian.co.uk/uk/2005/dec/24/terrorism.race> (Zugriff November 2009).

³⁶³ EU Accession Monitoring Program: *Monitoring Minority Protection in EU Member States: Overview*, Open Society Institute, Budapest, 2002, S. 53.

doch sehen. Die machen noch nicht einmal ihre Arbeit. Sie können nicht sagen: Ich kann sehen, dass du was vorhast. Das ist doch keine Polizeiarbeit, die zeigen doch nur „Ich bin hier der Boss“. Ich kann dich mitnehmen, wenn ich will.

[Interviewer:] Aber wenn sie sagen, die Feststellung der Identität ist normal ... was heißt das, normal?

[Mann 5:] Ja, ich meine, es ist nicht so schlimm, wenn sie sagen: Gib mir deinen Personalausweis, zur Identifikation oder was auch immer. Aber wenn sie sagen: Du führst was im Schilde. Man muss doch erst Beweise haben, bevor man so etwas sagen kann. Man muss erst denken und dann reden.

[Mann 4:] Du bist verdächtig, bis deine Unschuld bewiesen ist.³⁶⁴

Diese Diskussion zeigt, wie die Aufnahme der Personalien von jungen Muslimen als Normalität betrachtet wird. „Die Feststellung meiner Identität stört mich nicht, das ist normal.“ Während der Forschungsarbeit für dieses Projekt brachen im Bezirk Nørrebro in Kopenhagen nach einer Protestveranstaltung gegen die Behandlung ethnischer Minderheiten durch die Polizei Unruhen aus, an denen junge Muslime beteiligt waren. Auslöser war dem Vernehmen nach die grobe Behandlung eines älteren Mannes auf der Straße durch die Polizei. Einige der Beteiligten veröffentlichten am nächsten Tag einen Artikel in der Tageszeitung *Politiken*, in dem sie *Ethnic Profiling* von jungen, aus Minderheiten stammenden jungen Menschen als ausschlaggebende Ursache für den Zusammenstoß mit der Polizei herauskristallisierten. Auch in den Fokusgruppendifkussionen tauchte dieses Argument immer wieder auf.

In Frankreich kann polizeiliches Handeln aufgrund mangelnder statistischer Daten zur ethnischen Zugehörigkeit nur schwer in Hinblick auf institutionalisierten Rassismus innerhalb der Polizei untersucht werden. Eine vor kurzem fertig gestellte Studie der Open Society Justice Initiative in Zusammenarbeit mit Fabien Jobard und René Lévy, Forscher am *Centre National de la Recherche Scientifique* in Frankreich und unter technischer Leitung von *Lambeth Consulting* untersuchte, ob und in welchem Maß Polizeibeamte aufgrund des Äußeren Erscheinungsbildes anhalten.

Untersucht wurden fünf Orte in und um die Bahnhöfe Gare du Nord und Châtelet-Les Halles, wichtige Transitknotenpunkte im Zentrum von Paris, und mit stetig hoher Polizeipräsenz. *Profiling Minorities: A Study of Stop-and-Search Practices in Paris*³⁶⁵ sammelte Daten über Polizeikontrollen durch die Nationalpolizei und Zollbeamte, darunter auch Angaben zu Ethnizität, Alter, Geschlecht, Kleidung und Taschen, die angehaltene Personen bei sich trugen. Für die Studie wurden erstmalig Informationen

³⁶⁴ Foundations-Fokusgruppe Antwerpen

³⁶⁵ Open Society Justice Initiative: *Profiling Minorities: A Study of Stop and Search Practices in Paris*, Open Society Institute, Budapest und New York, 2009, in englischer und französischer Sprache abrufbar unter http://www.soros.org/initiatives/justice/focus/equality_citizenship/articles_publications/publications/search_20090630 (Zugriff November 2009).

über mehr als 500 Polizeikontrollen gesammelt. Sie stellen die ersten quantitativen Daten über die *Ethnic-Profiling*-Praxis in Frankreich dar.

Die Studie erhärtet den Eindruck, dass in erster Linie Personalien von Personen aufgenommen werden, die eher aufgrund ihres Äußerlichen als aufgrund ihres Verhaltens auffallen. Personen, die nach ethnischen Minderheiten aussahen, wurden überproportional häufig angehalten. Die Studienergebnisse zeigen, dass dies insbesondere „schwarz“ (aus Subsahara-Afrika oder der Karibik stammend) oder „arabisch“ (mit nordafrikanischen Wurzeln oder aus dem Maghreb) aussehende Personen betrifft, im Gegensatz zu Personen, die als „weiß“ erachtet wurden (Westeuropäer). Schwarze wurden an den fünf Beobachtungspunkten insgesamt sechsmal so häufig angehalten wie Weiße. An den fünf Stellen reichte die Disproportionalität von 3,3 bis 11,5. Araber wurden insgesamt genauso viele Male angehalten wie Weiße, wobei die Disproportionalitätsrate an den Beobachtungspunkten jedoch wiederum von 1,8 bis 14,8 reichte. Die Folgeinterviews mit den angehaltenen Personen verdeutlichten außerdem, dass beide Gruppen häufiger von der Polizei angehalten werden als Weiße.

Ein ebenso bedeutender ausschlaggebender Faktor bei der Entscheidung der Polizei, wen sie einer Personenkontrolle unterzieht, ist die Kleidung. Wenngleich lediglich 10% der für die Personenkontrolle in Frage kommenden Personen Kleidungsstücke trugen, die typischerweise mit der französischen Jugendkultur assoziiert werden (darunter Hip-Hop, Tecktonic, Punk oder Gothic), machten sie 47% der kontrollierten Personen aus. Der Zusammenhang zwischen Ethnizität, Kleidungsstil und der Wahrscheinlichkeit, dass eine Person kontrolliert wird, kam in der Studie deutlich zum Vorschein. Ganze zwei Drittel der Personen, die den Modestil der Jugendkultur trugen, wurden ebenfalls als einer ethnischen Minderheit zugehörig eingestuft. Anscheinend sieht die Polizei einen Zusammenhang zwischen Ethnizität, Kleidung und dem Hang zu krimineller Aktivität. Das Verhalten der Polizei wurde von allen ethnischen Gruppierungen insgesamt als freundlich oder neutral eingestuft, doch die am stärksten für Personenkontrollen anvisierten Gruppen, Schwarze und Araber, zeigten sich frustriert und wütend über das Muster, nach dem sie stets für Kontrollen aussortiert zu werden scheinen. Da andere legitime polizeiliche Strategien diese Kontrollpraxis nicht anders als durch ethnische Merkmale erklären können, erinnert diese in der Studie dokumentierte Verhaltensweise der französischen Polizei an nichts anderes als *Ethnic Profiling*.

Eine Muslima aus Hamburg erzählt die Geschichte ihres Bruders.

Er absolvierte gerade das Gymnasium, er war 18, 19 Jahre alt und trug einen Vollbart. Er fuhr mit der U-Bahn und hatte seine Fahrkarte vergessen. Er kam mit vielen Freunden aus der Schule und hatte einen dicken Rucksack voller Bücher dabei. Der Kontrolleur fragte nach seinem Namen, da er keinen Ausweis dabei hatte. Die anderen bestätigten seinen Namen. Er merkte, dass sie vor seinem Rucksack Angst hatten. Er zeigte ihnen seine Bücher, aber sie glaubten ihm nicht und brachten ihn zur Polizei. Dort wurde er wegen des 11.

Septembers und den Terroranschlägen beleidigt, weil er einen Vollbart trägt und dunkelhäutig ist.³⁶⁶

Es gibt auch Beispiele, die Vorurteile und Diskriminierung seitens der Polizei zu beseitigen versuchen. Die Nationale Polizei in Frankreich führte ein neues Ausbildungsprogramm für Rekruten ein, in dem ihnen grundlegendes und elementares Wissen über den Islam, die Einwanderungsgeschichte des Lands und die Soziologie der Vororte beigebracht wird. Während des Programms berichten Soziologen, Ausbilder und Polizisten von ihren eigenen Erfahrungen. Das Ausbildungsprogramm fand zum ersten Mal in der Nationalen Polizeischule von Marseille im Jahr 2000 (École de Sainte-Marthe) statt. Das so genannte *Community Training* für neue Beamte in Leicester beinhaltet einen Exkursionstag zu religiösen Einrichtungen, damit sich die Beamten ein Bild von ihrem Aufbau und ihrer Struktur machen können und mehr Verständnis über die Führungsstrukturen und Leitung entwickeln. Höhere Polizeibeamte durchlaufen das Level-2-Training, in dem eine Einführung zu unterschiedlichen Denkschulen des Islams stattfindet. Durch dieses Training sollen Beamte befähigt werden, sich besser in die zahlreichen Gemeinschaften einzufinden, in denen sie tätig sind. Der Stadtrat des Londoner Stadtteils Waltham Forest achtet darauf, dass alle Polizeibeamten auf der Straße einen Kurs über unterschiedliche Glaubensrichtungen absolviert haben.³⁶⁷

8.5 Engagement von Polizei und Gemeinschaft

In allen Städten finden sich Beispiele von politischen Ansätzen und Initiativen für mehr Vertrauen zwischen den Communities und der Polizei sowie für mehr polizeiliches Engagement. Es gibt Beispiele für erfolgreiche Partnerschaften mit lokalen Organisationen sowie für die Unterstützung der von den Communities geleiteten Initiativen. Das „Stadtteilväter“-Projekt in den Niederlanden ist zum Beispiel eine öffentlich geförderte Initiative. Eine Gruppe marokkanischer Väter schloss sich als Reaktion auf die stetigen Konfrontationen zwischen marokkanischen Jugendlichen und der Polizei zusammen. Die Väter begannen die Straßen zu patrouillieren, um weiteren Ärger zu verhindern. Am Anfang wurde skeptisch auf diese Initiative reagiert, aber inzwischen erhält sie staatliche Unterstützung. In Leicester gibt es die *Police Advisory Group on Racial Incidents (PAGRI)*, die leitende Polizeibeamte bei wichtigen Fällen berät. Die Mitglieder des Beratungsgremiums treffen mit der Polizei bei „Trockenübungen“ zusammen, in denen hypothetische Situationen diskutiert werden und demonstriert wird, wie ein Szenario zu einer äußerst riskanten Situation eskalieren kann. In Interviews mit Communitygruppen wurde deutlich, dass selbst durch

³⁶⁶ Foundations-Fokusgruppe Hamburg

³⁶⁷ London Borough of Waltham Forest: Draft: Working Together, Living Together, Being Together – Waltham Forest Community Cohesion Strategy 2008–2011, 2008, S.8, unter: [http://www1.walthamforest.gov.uk/ModernGov/Published/C00000287/M00001812/AI00009757/\\$9AppendixJuly08CommunityCohesionStrategyv2.docA.ps.pdf](http://www1.walthamforest.gov.uk/ModernGov/Published/C00000287/M00001812/AI00009757/$9AppendixJuly08CommunityCohesionStrategyv2.docA.ps.pdf) (Zugriff November 2009).

Terrorismusbekämpfung entstandene polizeiliche Initiativen in manchen Fällen die Beziehungen zwischen Gemeinschaften und Polizei verbessert haben. Der Londoner Stadtteil Waltham Forest setzte eine *Youth Independent Advisory Group* (YIAG) ein,³⁶⁸ die einen neuen Ansatz zur Personenkontrolle entwickelte, der in den Trainingsprogrammen für neue Polizeirekruten vermittelt werden soll. Darin wird demonstriert, bei welcher Art der Ausweiskontrolle sich junge Personen nicht ungerecht behandelt fühlen.

In einigen Städten finden sich auch Beispiele der verstärkten Zusammenarbeit zwischen Moscheen und Polizei. So arbeitete beispielsweise die Polizei in Amsterdam nach der Erschießung eines jungen Marokkaners, der einen Polizisten mit einem Messer angriff, mit Moscheen zusammen, um Informationen über ihre Arbeit zu verbreiten. Die Polizei in Amsterdam und Rotterdam bemühte sich, in den letzten Wochen vor Veröffentlichung von Geert Wilders Film „Fitna“ die Spannungen zu glätten. In Amsterdam organisierte die Polizei vor der Premiere des Films ein Treffen, um die muslimische Bevölkerung über ihre Rechte aufzuklären. Hierzu zählt auch das Beschwerderecht. Kontakte zwischen Polizei und Moscheevereinen entstanden in Berlin über die Entwicklung von so genannten Kooperationsvereinbarungen. Im Jahr 2003 lancierte die Polizei im Bezirk Neukölln ein Projekt namens *TiK* (Transfer interkultureller Kompetenz). Ziel dieses Projekt war es, den Kontakt zwischen Moscheen und Polizeibeamten aus verschiedenen Bezirken zu ermöglichen. Im Anschluss wurde ein nationaler Leitfaden für die Polizei hinsichtlich der Verhaltensweisen im Umgang mit Moscheen und Muslimen entwickelt. Der Leitfaden vermittelt Grundwissen über den Islam und für Muslime kulturell sensible Themen, wie die Verhinderung von Konflikten, die aus Missverständnissen entstehen.

Die Bedeutung des Engagements mit den Communities spiegelt sich in der wachsenden Anerkennung des Bedarfs nach bürgernahe Polizeiarbeit wider, für die mancherorts neue Strukturen und Mechanismen entwickelt wurden. Die muslimischen Teilnehmer des runden Tisches in Hamburg berichteten von den positiven Erfahrungen mit den Bürgernahen Beamten, kurz BÜNABE, die in Stadtteilen mit hohem muslimischem Bevölkerungsanteil, wie Wilhelmsburg, Steilshoop oder Billstedt, auf Streife gehen. Auch im Vereinigten Königreich gibt es eine bürgernahe Polizeiarbeit und es werden zunehmend *Police and Community Support Officers* (PCSO) entsandt. Letztere tragen ähnliche Uniformen wie die Polizei, haben aber nicht dieselben Befugnisse. Im Londoner Stadtteil Waltham Forester ernannte der Bezirksrat einen *Metropolitan Police Faith Commissioner* (Glaubensbeauftragter der Metropolitan

³⁶⁸ Dies ist eine Gruppe 15-21jähriger Jugendlicher aus dem Bezirk, die gemeinsam mit Polizei und Gemeinderat arbeiten, um potenzielle Sicherheitsprobleme in ihrer Community zu erkennen und als Resonanzboden lokaler und nationales Politik zu fungieren.

Police), der in direktem Kontakt zur muslimischen Gemeinde steht.³⁶⁹ Frankreich führte im Jahr 2000 so genannte Sicherheitsassistenten (AS) und Lokale Schichtungsbeamte (ALMS) ein. In den Niederlanden gibt es „Stadtteildirektoren“ und „Street Coaches“. Letztere sind häufig Kick-Boxer oder andere Kampfsportathleten. Sie patrouillieren auf Fahrrädern und beschäftigen sich mit asozialem Verhalten. Probleme werden den Hausteams der Sozialarbeiter berichtet, die ihrerseits Einzelpersonen zu Hause aufsuchen und mit ihnen oder den Familien von Jugendlichen über ihr Verhalten sprechen. Dabei stellte sich im Rahmen der Foundations-Studie heraus, dass Angehörige ethnischer Minderheiten in dieser Funktion eine größere Präsenz zeigen. Im Stadtteil Slotervaart in Amsterdam stammen zwei von neun „Stadtteildirektoren“ aus einer nicht-europäischen Minderheit, genau wie die meisten „Street Coaches“ und Hausteams. Auch in Leicester hat die Mehrheit der PCSOs einen Migrationshintergrund.

Mehr Sichtbarkeit und Präsenz ethnischer Minderheiten in derartigen Funktionen zeigt den Lernprozess öffentlicher Behörden und Dienste. Sie haben verstanden, dass sie mit Hilfe aus ethnischen Minderheiten stammenden Mitarbeitern in ethnisch vielfältigen Bezirken effizienter arbeiten können. Allerdings besteht die Gefahr, dass sie auf das Ausfüllen dieser Rolle in der Polizeiarbeit reduziert werden und sie dementsprechend weniger Chancen auf höhere Posten innerhalb der Polizei haben. Die Konzentration auf bestimmte Gemeinden in der Polizeiarbeit ist für die Entwicklung von mehr Vertrauen wichtig, aber nach wie vor müssen mehr ethnische Minderheiten für die Polizei angeworben werden.

8.6 Ethnische Vielfalt bei der Polizei

In allen Städten gibt es Bekenntnisse zu mehr ethnischer Vielfalt innerhalb der Polizei. Daten über muslimische Polizisten sind in keiner Stadt erhältlich, wohl aber über den Migrationshintergrund. Diese Daten erlauben es Fortschritte beim Anwerbungsprozess einer ethnisch vielschichtigen Polizei an unterschiedlichen Standorten zu verfolgen. Einige Städte rekrutieren erfolgreicher aus ethnischen Minderheiten als andere. In den Niederlanden stammen beispielsweise 6,5% aller Polizeibeamten aus ethnischen Minderheiten. Die Polizeieinheit Amsterdam-Amstelland kann einen Anteil von 12% mit Migrationshintergrund vorweisen, und Rotterdam sogar einen von 13%.³⁷⁰ Rotterdam möchte ihn auf 20% erhöhen. Im Jahr 2008 stammten 6% der Polizisten in Leicester aus ethnischen Minderheitengruppen. Im Gegensatz zu diesen Zahlen haben in Hamburg weniger als 2% Polizeikräfte mit Migrationshintergrund. In anderen

³⁶⁹ London Borough of Waltham Forest: Community Cohesion Strategy Action Plan Year Two 2009/10, 2009, S. 15, unter <http://www.walthamforest.gov.uk/cohesion-action-planning> (Zugriff November 2009, nachfolgend: Borough of Waltham Forest: Community Cohesion Strategy Action Plan Year Two).

³⁷⁰ Politie Regio Amsterdam Amstelland: Jaarverslag, 2007, zitiert in Foundations: At Home in Europe: Muslims in Amsterdam.

Teilen Deutschlands hingegen, etwa in Nordrhein-Westfalen, liegt der Anteil bei 7,6%.³⁷¹ Wie in Hamburg hat auch die Stadt Antwerpen einen Anteil an Polizeikräften von weniger als 2%, die aus einer ethnischen Minderheit stammen.³⁷²

Es wurden unterschiedliche Strategien mit dem Ziel ins Leben gerufen, die Anwerbung ethnischer Minderheiten zu verbessern. In Rotterdam werden nicht-gebürtigen Schülern jedes Jahr 60 Praktikumsstellen für zukünftige Polizeikräfte in der Hogeschool InHolland angeboten. In Leicester wird auf Sportveranstaltungen der Polizei, in Gemeindezentren (darunter auch Moscheen) und während wichtigen Veranstaltungen der Communities, wie dem Diwali-Fest oder dem karibischen Karneval, aktiv für den Polizeidienst geworben. Dabei bemüht sich die Polizei, in Gegenden mit hohem Anteil ethnischer Minderheiten Posterkampagnen zu lancieren. Diese zeigen Bilder von Beamten, die offensichtlich aus ethnischen Minderheiten stammen. In Paris organisierten Polizeischulen im Jahr 2005 ein Sicherheits- und Staatsbürgerschaftsforum um Angehörige ethnischer Minderheiten zu einer Bewerbung zu ermutigen und zu sie dabei zu unterstützen. 2007 wurde ein Vorbereitungskurs für den Test zum Polizeiaufsichtsbeamten eingeführt, der Bewerbern aus benachteiligten Familien zusätzliche Hilfe bei der Vorbereitung von Aufnahmetests der Polizeischulen anbietet.

Derartige Initiativen sind allerdings nur von Erfolg gekrönt, wenn die Polizei unter den jungen Menschen keinen allzu schlechten Ruf genießt. Eine 600.000-Euro-Kampagne in Antwerpen führte zum Beispiel lediglich zu einem Bewerber aus ethnischen Minderheiten. Die Berliner Fokusgruppe diskutierte Möglichkeiten, dem Polizeidienst beizutreten und unterstrich, dass negative Erfahrungen mit der Polizei eindeutig die Einstellung und Gefühle der Gemeinde beeinflussen und viele vor dem Gedanken der Polizei beizutreten zurückschrecken lassen. Auch werden alle Bemühungen der Städte mit hohen Rekrutierungserfolgen unterlaufen, wenn ethnische Minderheiten im Polizeidienst diskriminiert werden und sie bald darauf ihren Dienst wieder quittieren.

In den Polizeiverbänden von Marseille halten sich Islamophobie und Rassismus hartnäckig, wie Interviews mit Experten vor Ort verdeutlichen:

Eines Tages ging ich zur Polizeiwache. Dort blieb ich vor dem Schwarzen Brett der Polizeigewerkschaft stehen. Auf einem Poster der Nationalen Gewerkschaft der Polizisten hieß es: „Nein zur Islamisierung der Nationalen Polizeitruppe!“ Das fand ich beschämend, da stand im Prinzip so was geschrieben wie: „Es kommt gar nicht in Frage, dass muslimische Polizeibeamte ihre Moscheen in unsere Polizeiwachen verlegen.“ Sie griffen ihre eigenen Kollegen mit

³⁷¹ Daniela Hunold: *Migranten in der Polizei. Zwischen politischer Programmatik und Organisationswirklichkeit*, Frankfurt, Verlag für Polizeiwissenschaft, 2008.

³⁷² J. Meijer: *Antwerpen wil minder maar betere moskeeën* (Antwerpen möchte weniger, aber bessere Moscheen), *De Morgen*, 5. Mai 2008, zitiert in *Foundations: At Home in Europe: Muslims in Antwerp*.

muslimischem Hintergrund an. Das war der psychologische Schock meines Lebens. Ich sagte: „Das gibt’s nicht“. Da griffen sie muslimische Polizeibeamte mit dem Argument an, sie seien die eingeschleusten Agenten des Islamismus, die Polizeiwachen in Moscheen umwandeln wollen.³⁷³

Ein Fünftel der aus ethnischen Minderheiten stammenden Polizeikräfte in Amsterdam ziehen in Betracht, ihren Dienst zu quittieren.³⁷⁴ Die Universität Hamburg verglich Rekrutierungsmethoden in Deutschland und im Vereinigten Königreich und empfiehlt den Aufbau eines Polizeiverbands für ethnische Minderheiten, damit Polizeibeamte mit Migrationshintergrund eine offizielle Stelle innerhalb der Polizei haben, die ihre Rechtsinteressen wahrt und ihnen eine Stimme verleiht.³⁷⁵ Die Stadt Marseille liefert nach Ansicht der Foundations-Studie ein Beispiel dafür, wie Minderheitengruppen ihre Meinung über den Beitritt zur Polizei ändern können. Zwischen 1970 und 1980 sahen viele nordafrikanische Familien es als Verrat ihrer persönlichen Geschichte und Identität an, wenn ein Familienmitglied der französischen Nationalpolizei beitrat (Araber, Muslime, „resistent“ gegenüber der französischen Kolonialisierung). Inzwischen ist das nicht mehr der Fall. Inzwischen wird der Beitritt zur nationalen Polizeitruppe als beruflicher Erfolg betrachtet.

8.7 Wichtigste Erkenntnisse

Die Anzeige und präzise Aufnahme von Anzeigen der von Hass motivierten Verbrechen ist von entscheidender Bedeutung. Das hohe Ausmaß an Vertrauen in die Polizei bietet eine gute Grundlage für die Entwicklung von Initiativen zur besseren Erfassung solcher Tatbestände. Jedoch muss erkannt werden, dass neben dem im Allgemeinen hohen Vertrauensniveau in die Polizei geringes Vertrauen vonseiten der in Europa geborenen jungen männlichen Muslimen besteht. Diese Gruppe scheint den größten Anteil der Diskriminierung und ungerechter Behandlung durch die Polizei zu erfahren. Das Vertrauen kann durch einen negativen Vorfall verloren gehen und sich als prägendes Erlebnis lange im Gedächtnis einer Person festsetzen. Das Beispiel Marseille zeigt allerdings, dass sich auch die komplexesten und angespanntesten Beziehungen zwischen der Gemeinschaft und Polizei mit der Zeit verbessern können. Zahlreiche Initiativen zielen auf die Verbesserung von Kommunikation mit und Einbeziehung der muslimischen Communities ab. Die Einbeziehung wird sich zudem verbessern, wenn die Polizei damit beginnt, die ethnische, religiöse und kulturelle

³⁷³ Experteninterview in Marseille, April 2009

³⁷⁴ Allochtone agenten twijfelen over baan (Allochthone Polizisten zweifeln über die Arbeit) unter: <http://www.inoverheid.nl/artikel/nieuws/1105430/allochtone-agenten-twijfelen-over-baan.html> (Zugriff November 2009) (Niederländisch)

³⁷⁵ Karakus, Oksan: Recruitment of Ethnic Minority Police Officers. Ethnic Minority Recruitment from a Multi-Cultural Perspective in England and Germany, Hamburg, Universität Hamburg, Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Departement Wirtschaft und Politik, Institut für Kriminologische Sozialforschung, 2008, S. 65

Vielfalt der Community zu widerzuspiegeln, in der sie eingesetzt wird. Einige Städte sind bei der Entwicklung von Einbeziehungsstrategien für Gemeinschaften und bei der nachhaltigen Anwerbung ethnischer Minderheiten für die Polizei einfallsreich.

9. BÜRGERSCHAFTLICHE UND POLITISCHE BETEILIGUNG

Die Einbeziehung in die Politik lässt sich anhand des Grades der Identifikation mit politischen Institutionen messen. Faktor ist dabei die Ansicht der Befragten, inwieweit sie empfinden, ihre Stadt betreffende Entscheidungen beeinflussen können und wie viel Vertrauen sie in politische Institutionen wie Stadtrat, Parlament und Regierung haben. Dieses Kapitel untersucht das bürgerschaftliche Engagement der Foundations-Teilnehmer in Vereinen und Organisationen. Besonderes beleuchtet wird, ob sich das Engagement in Organisationen, die auf ethnischer oder religiöser Identität basieren, auf ihre Identifikation mit politischen Institutionen auswirkt. Zudem beschäftigt sich das Kapitel mit der Teilnahme an Wahlen und anderen Formen der Teilhabe. Das Kapitel beleuchtet abschließend einige unterschiedliche politische Initiativen der elf Städte, bei denen Entscheidungsträger und Politiker auf Versuche muslimischer Organisationen eingehen, aktive, zivilgesellschaftliche Partner zu werden.

9.1 Wahlrecht

Die direkteste Art politischer Beteiligung ist die Teilnahme an Wahlen. In sechs der sieben von Foundations untersuchten Ländern (in Belgien, Dänemark, Frankreich, den Niederlanden und Schweden) ist das Wahlrecht bei landesweiten Wahlen ausschließlich Staatsangehörigen des jeweiligen Staates vorbehalten. Im Vereinigten Königreich dürfen auch Staatsangehörige der Commonwealth-Staaten, sowie Staatsangehörige der Staaten Zypern, Malta und Irland an landesweiten Wahlen teilnehmen. In den sieben untersuchten Ländern erstreckt sich das kommunale Wahlrecht auf EU-Bürger. Des Weiteren dürfen in Belgien, Dänemark, den Niederlanden, Schweden und dem Vereinigten Königreich auch dauerhaft ansässige Nicht-EU-Bürger bei Kommunalwahlen wählen. In Frankreich und Deutschland hingegen dürfen Nicht-EU-Bürger nicht an Kommunalwahlen teilnehmen. Da die meisten Muslime in den elf untersuchten Städten Migranten oder Nachkommen von Migranten sind, haben diese Einschränkungen Auswirkungen auf das Wahlrecht vieler muslimischer Befragten. In fünf Städten (Antwerpen, Leicester, Rotterdam, Stockholm und London) waren über 80% der befragten Muslime bei nationalen und kommunalen Wahlen wahlberechtigt. Auch in Kopenhagen durften mehr als 80% der Muslime an Kommunalwahlen teilnehmen, aber nur 52% waren berechtigt, bei landesweiten Wahlen ihre Stimme abzugeben. Im Gegensatz dazu waren in Paris nur 41% der muslimischen Befragten berechtigt, an landesweiten und kommunalen Wahlen teilzunehmen. Die Ergebnisse für Berlin (51%), Hamburg (57%) und Marseille (66%) zeigen ebenfalls eine niedrige Anzahl an wahlberechtigten muslimischen Befragten.

Kommunalpolitiker und politisch engagierte Menschen sorgen sich zusehends um die Folgen für die demokratische Legitimität angesichts der Tatsache, dass in vielen Städten und Kommunen ein beträchtlicher Anteil der Bevölkerung kein Wahlrecht besitzt. Aktivisten, die sich im Bereich zivilgesellschaftliche Beteiligung engagieren,

kritisieren den Ausschluss von Nicht-EU-Bürgern von Wahlen, insbesondere auf kommunaler Ebene:

Wir fordern eine Ausweitung des allgemeinen Wahlrechts – zumindest bei Kommunalwahlen sollten ausländische Bürger das Wahlrecht haben. Wir stellen immer wieder fest, dass dieses Thema bei Verhandlungen mit den Koalitionspartnern nicht wirklich eine Rolle spielt.

Meiner Meinung nach ist dieses Thema eng mit der Tatsache verbunden, dass unsere repräsentative Demokratie gerade eine Krise durchlebt. Wir fordern das Wahlrecht für Ausländer oder Einwanderer, weil alle Regierungen in diesem Land das Wahlrecht für Ausländer versprochen, es aber nie umgesetzt haben. Ausländern wird nicht die Möglichkeit gegeben, ihre Meinung zu äußern; das betrifft auch die Generation unserer Eltern. Wir sprechen hier immerhin von unseren Eltern! Folglich ist das Erbe der Immigration in Frankreich das Gefühl, dass Beteiligung etwas Illegales ist.³⁷⁶

Offizielle Zahlen aus Hamburg belegen, dass in den drei in der Foundations-Studie untersuchten Bezirken das Verhältnis zwischen Wahlberechtigten und Nicht-Wahlberechtigten 100 zu 43, 52 bzw. 106 betrug.³⁷⁷ Der Ausschluss dauerhaft ansässiger Nicht-EU-Bürger von Wahlen hat auch dazu geführt, dass rechtsextreme Parteien mehr Stimmen erhalten haben. Bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg im Jahr 2001 bekam etwa die rechtspopulistische Schill-Partei in gerade den Bezirken die meisten Stimmen, die einen hohen Anteil Ausländer ohne Wahlberechtigung haben.³⁷⁸

Die Lage stellt sich in Antwerpen genau entgegengesetzt dar: Schätzungen zufolge wurde der Wahlausgang hier entscheidend dadurch beeinflusst, dass Bürger marokkanischer und türkischer Herkunft (ganz gleich, ob mit belgischer Staatsangehörigkeit oder nicht) wählen durften, denn dadurch konnte verhindert werden, dass die rechtsextreme Partei *Vlaams Belang* als stärkste Kraft aus den Stadtparlaments- und Bürgermeisterwahlen hervorging. Es wird zudem vermutet, dass die steigende Anzahl an Wählern mit Migrationshintergrund künftig verhindern wird, dass die Partei *Vlaams Belang* in Antwerpen an die Macht kommt.³⁷⁹

In manchen Städten wird versucht, das Kommunalwahlrecht auf Nicht-EU-Bürger auszuweiten. Die Hamburger Grünen (GAL) setzen sich für das kommunale

³⁷⁶ Interview mit einem Interessenvertreter in Marseille, April 2009.

³⁷⁷ Quelle: Statistische Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein: <http://www.statistik-nord.de/wahlen/wahlen-in-hamburg/buergerschaftswahlen/2008/> (Zugriff: November 2009).

³⁷⁸ Am zweitmeisten Stimmen bekam die Schill-Partei im Bezirk Billstedt (6027 Stimmen), am viertmeisten in Wilhelmsburg (4430 Stimmen) und am achtmeisten in Horn (2971 Stimmen). Quelle: http://www.statistik-nord.de/uploads/tx_standdocuments/Bue2001_Stadtteile-abs.xls (Zugriff: November 2009).

³⁷⁹ „Rol Vlaams Belang is uitgespeeld“ aus: De Standaard, 31. Oktober 2007 (Artikel auf Niederländisch).

Wahlrecht für dauerhaft ansässige Nicht-EU-Bürger ein. Im Jahr 2008 lancierten die Bundesländer Berlin, Rheinland-Pfalz und Bremen eine Bundesratsinitiative zur Durchsetzung des Wahlrechts für Angehörige von Nicht-EU-Staaten. Dies wurde als eine wichtige Maßnahme für die Wahrung der demokratischen Legitimität in Stadtteilen mit hohem Ausländeranteil betrachtet.³⁸⁰ Der Bezirksbürgermeister von Friedrichshain-Kreuzberg, Franz Schulz (Die Grünen), stieß jedoch mit seiner Initiative zur Einführung des Kommunalwahlrechts für Nicht-EU-Bürger auf starken politischen Widerstand.³⁸¹

Der Bürgermeister von Paris, Bertrand Delanoë, erachtet politische Teilhabe als wichtige Voraussetzung für Integration. Im Jahr 2001 setzte daher das Rathaus einen Staatsbürgerschaftsrat nicht-europäischer Pariser Bürger (*Conseil de la citoyenneté des Parisiens non communautaires, CCPNC*) ein, um die Meinungen der in Paris lebenden und arbeitenden Nicht-EU-Bürger, die ansonsten über kein Wahlrecht verfügen, zu erfahren. Der CCPNC-Rat ist ein beratendes Gremium, welches sich aus je 45 Frauen und Männern aus 36 unterschiedlichen Ländern zusammensetzt. Vorsitzender des Gremiums ist der Bürgermeister von Paris. Der Rat spiegelt die Vielfalt der Nicht-EU-Bürger sowohl in Hinblick auf ihre Staatsangehörigkeiten als auch auf ihre sozialen und beruflichen Hintergründe sowie die unterschiedlichen Verwaltungsbezirke wider. Die Mitglieder werden allerdings nicht gewählt, sondern ernannt.³⁸² Innerhalb des CCPNC wurden acht Ausschüsse für bestimmte Arbeitsbereiche gegründet: Zugang zu Grundrechten, internationale Sozialdienste, Zusammenarbeit, wirtschaftliche Entwicklung und Weiterbildung, Information und Kommunikation, Jugend, Kultur und Bildung, Lebensqualität und Gleichstellung.³⁸³ Ähnliche beratende Gremien wurden auch im 19. und 20. *Arrondissement* in Paris eingerichtet.

9.2 Wahlverhalten

Das Wahlrecht stellt zwar ein wichtiges politisches Recht dar, es ist jedoch unter allen in der Foundations-Studie untersuchten Städten nur in Antwerpen rechtlich verpflichtend. Das Wahlrecht wird in den elf untersuchten Städten von den ethnischen Minderheiten unterschiedlich in Anspruch genommen. Laut Amsterdam Citizen Monitor (2007) hätten mehr gebürtige Niederländer vor, wählen zu gehen, als

³⁸⁰Quelle: Pressemitteilung des Berliner Senats: Kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger, 30. September 2008: <http://www.berlin.de/landespressestelle/archiv/2008/09/30/110580/index.html> (Zugriff: November 2009).

³⁸¹ Interview mit DR. Franz Schulz, Bezirksbürgermeister von Friedrichshain-Kreuzberg.

³⁸² Die Mitglieder werden unabhängig von ideologischen Aspekten, wie etwa der Mitgliedschaft in einer bestimmten Partei, ernannt.

³⁸³ Siehe auch: Europarat „The participation of foreign residents in public life at local level: Consultative bodies“, Stuttgart Dezember 2001 (Studien und Texte Nr. 78) (2003).

marokkanisch- oder türkischstämmige Mitbürger.³⁸⁴ In Leicester hingegen war die Wahlbeteiligung in den Wahlbezirken mit höchstem Anteil ethnischer Minderheiten am größten.³⁸⁵

Islamische Diskurse können sowohl dazu genutzt werden, um Muslime zum Wählen zu ermutigen, als auch um sie davon abzuhalten. Hopkins und Kahani-Hopkins untersuchen in diesem Zusammenhang sowohl einerseits den islamistisch motivierten Diskurs der verbotenen Al-Muhajiroun-Gruppe im Vereinigten Königreich, die behauptet, Muslimen sei die Teilnahme an Wahlen verboten, als auch andererseits die Aussagen von Imamen und dem Mosques Council (Moscheenrat), die hingegen das Wählen als eine muslimische Pflicht bezeichnen.³⁸⁶

Unter den wahlberechtigten Befragten der Foundations-Studie nehmen Nicht-Muslime häufiger an landesweiten und kommunalen Wahlen teil (81% bzw. 75%) als Muslime (73% bzw. 69%).

Tabelle 114. Haben Sie bei den letzten Parlamentswahlen Ihre Stimme abgegeben? (F2)

		Muslime	Nicht-Muslime	Gesamt
Ja		51.0%	69.1%	60.0%
Nein		49.0%	30.9%	40.0%
Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%
	Anzahl	1110	1089	2199

Quelle: Daten der Open Society Foundations

³⁸⁴ Gemeente Amsterdam, Dienst Onderzoek en Statistiek: De Amsterdamse Burgermonitor 2007
Quelle: <http://www.amsterdam.nl/bm2007/> (Zugriff: November 2009).

³⁸⁵ Leicester City Council: The Diversity of Leicester: A Demographic Profile, Mai 2008.

³⁸⁶ N. Hopkins, V. Kahani-Hopkins: Identity construction and British Muslims' Political Activity: Beyond Rational Actor Theory, in: British Journal of Social Psychology 43:39, 2004. Siehe auch N. Hopkins, V. Kahani-Hopkins: The Antecedents of Identification: A Rhetorical Analysis of British Muslim Activist's Construction of Community and Identity, in: British Journal of Social Psychology 43:41, 2004.

Tabelle 115. Haben Sie bei den letzten Kommunalwahlen Ihre Stimme abgegeben? (F4)

	Muslime	Nicht-Muslime	Gesamt
Ja	51.2%	65.8%	58.4%
Nein	48.8%	34.2%	41.6%
Gesamt	In %	100.0%	100.0%
	Anzahl	1110	1089

Quelle: Daten der Open Society Foundations

Die Wahlbeteiligung von männlichen und weiblichen muslimischen und nicht-muslimischen Befragten unterscheidet sich nur geringfügig.³⁸⁷

An den letzten Kommunalwahlen nahmen etwas mehr wahlberechtigte Frauen als Männer teil, bei den landesweiten Wahlen war es hingegen genau andersherum. Beim Vergleich der elf Städte, stellt man fest, dass die Differenz beim Wahlverhalten von muslimischen Männern und Frauen in allen Städten mit Ausnahme Hamburgs weniger als 10% beträgt. In Hamburg gingen bei der letzten Bundestagswahl 79% der wahlberechtigten muslimischen Männer zu Wahl, aber nur 50% der wahlberechtigten muslimischen Frauen. Für die Kommunalwahlen ergibt sich ein ähnliches Bild. Die Wahlbeteiligung ist hier bei beiden Geschlechtern ähnlich hoch, außer in Berlin und Hamburg, wo die Differenzen erheblich sind: 19% in Berlin und 32% in Hamburg.

Weitaus mehr im Land geborene muslimische und nicht-muslimische Befragte dürfen sich an kommunalen und nationalen Wahlen beteiligen als im Ausland Geborene. Allerdings machen nicht in der EU geborene wahlberechtigte muslimische Befragte weitaus häufiger von ihrem Wahlrecht Gebrauch als in der EU geborene Muslime. Dies könnte teilweise die Unterschiede bei den Altersprofilen beider Gruppen widerspiegeln.³⁸⁸

9.3 Wahlkandidatur

In allen elf untersuchten Städten kandidierten Muslime für die Parteien der politischen Mitte und wurden sowohl auf kommunaler als auch auf nationaler Ebene in politische Ämter gewählt. Sie werden häufig mit Fragen zu ihrer Identität konfrontiert. Die meisten betonen, dass sie gewählt wurden, um ihren Wahlkreis und nicht eine bestimmte religiöse oder ethnische Gruppe zu vertreten. Sie unterstreichen, dass sie für

³⁸⁷ Für eine genaue Datenaufschlüsselung: siehe Tabellen 116 und 117 in Anhang 2

³⁸⁸ Für eine genaue Datenaufschlüsselung: siehe Tabellen 116 und 117 in Anhang 2.

ihre politischen Standpunkte gewählt wurden und möchten nicht als Vertreter ethnischer oder religiöser Minderheiten betrachtet werden. Die Aussagen von Samia Ghali, Bürgermeisterin des 8. Arrondissements von Marseille, entsprechen der Meinung vieler gewählter Politiker: „Ich will nicht aufgrund meiner Herkunft beurteilt werden [...] Sprechen wir doch stattdessen über Bildung, Förderkurse und Wohnungsanierung!“³⁸⁹

Die stark weltlichen und universalistischen Traditionen vieler europäischer Länder prägen ebenfalls Art und Bedingungen der politischen Teilhabe. Die für ein politisches Amt Kandidierenden sind sich dessen bewusst, dass jeder Hinweis auf Religiosität ihre Objektivität in den Augen der Öffentlichkeit in Frage stellt. Politisch aktive muslimische Befragte zeigten sich in Interviews den (unberechtigten) Vorwürfen des *communautarisme* überdrüssig:

Also, ist man nicht religiös wird man am ehesten als neutral betrachtet, aber gehört man einer Religion an, sei es dem Islam, dem Christentum oder dem Judentum, so gilt man plötzlich nicht als neutral.³⁹⁰

Die politischen Parteien bedienen sich eines Wortes, das jegliche Diskussion sofort abwürgt: „communautarisme“. Wir versuchen immer wieder zu erklären, dass es uns nicht um „communautarisme“ geht. Aber alle politischen Parteien, auch die rechtsextremen, betrachten jede Diskussion zwischen zwei Schwarzen oder zwei Arabern über was auch immer als „communautarisme“, das ist die „Fünfte Säule“. Das hört sich vielleicht etwas übertrieben an, ist aber nicht weit von der Realität entfernt. Sobald zwei Personen dieselben Anliegen und dieselbe Herkunft haben, werden sie des „communautarisme“ bezichtigt. Nur dass die Ethnizität alleine nicht als Motivationsfaktor ausreicht, um in die Politik zu gehen. Aber egal, das gilt trotzdem als „communautarisme“.³⁹¹

Während Politiker und Wahlkandidaten dem Versuch widerstehen, sich zu Vertretern ethnischer oder religiöser Minderheiten reduzieren zu lassen, fällt auf, dass in Städten mit Wahlrecht nach geographisch eingeteilten Wahlbezirken Kandidaten mit Migrationshintergrund hauptsächlich in Gegenden mit hohem Minderheitenanteil gewählt werden. Dieses Muster verstärkt den Eindruck, dass selbst die Wahlausschüsse der politischen Parteien der Meinung sind, dass Kandidaten mit Migrationshintergrund nur in Wahlbezirken mit hohem Migrantenanteil gewählt werden. In einem Interview gab ein Befragter zu, dass Politiker mit Migrationshintergrund Angst davor haben, als reiner „Quotenmigrant“ aufgestellt zu werden, um die Partei für Wähler mit Migrationshintergrund attraktiv zu machen. Die Strategie politischer Parteien, sich für Wähler mit Migrationshintergrund mit Kandidaten aus den eigenen Reihen attraktiv

³⁸⁹ Claude Askolovitch: La trop longue marche des beurs, in: Le Nouvel Observateur, 1. November 2001.

³⁹⁰ Foundations-Fokusgruppenbefragter in Kopenhagen.

³⁹¹ Interview mit Interessenvertretern in Marseille.

zu machen, wird nicht abgestritten: „Es reicht nicht, Kandidaten für einen Wahlkreis aufzustellen, in dem sie zwar Stimmen holen, aber nicht gewinnen können. Man muss die Leute da aufstellen, wo sie eine Erfolgchance haben und ihre Politik umsetzen können.“³⁹²

Politische Parteien arbeiten an Kommunikationsstrategien, um für Wähler mit Migrationshintergrund attraktiver zu werden. In Hamburg wurde beispielsweise von der SPD vor über fünf Jahren ein deutsch-türkisches Forum gegründet.³⁹³ Die CDU folgte diesem Beispiel und setzte kurz vor den Wahlen in Hamburg 2008 ebenfalls ein deutsch-türkisches Forum (DTF) ein, um die Partei für Wähler mit türkischer Herkunft attraktiver zu machen.³⁹⁴ Während des Wahlkampfes besuchte die Vorsitzende des DTF, Bettina Machaczek, einige Bezirke in Hamburg mit einer hohen Anzahl türkischstämmiger Bürger. Gleichzeitig platzierte die SPD zwei Kandidaten mit Migrationshintergrund, Bülent Çiftlik und Metin Hakverdi, ganz oben auf ihrer Wahlliste. Diese trafen sich mit türkischen Händlern im örtlichen Hammam und veröffentlichten ein Pamphlet über das neue Hamburger Wahlsystem in türkischer Sprache.³⁹⁵ Die Grünen (Groen!) in Antwerpen appellierten direkter an die muslimischen Wähler: Nach dem Erlass des Kopftuchverbots für Angestellte der Stadtverwaltung starteten die Grünen eine Kampagne mit dem Slogan: „Die Stadt ist für alle da“ (‘t Stad is van iedereen). Auf den Plakaten war auch eine Frau mit Kopftuch abgebildet.

Die große Mehrheit der politisch engagierten Muslime und Angehörigen anderer Minderheiten versucht sich in den Parteien der politischen Mitte zu engagieren. Versuche, religiöse oder ethnische Minderheiten in eigenständigen politischen Parteien zu organisieren, bekamen kaum nennenswerte Unterstützung von den Wählern mit Migrationshintergrund. In Belgien könnte die Wahlpflicht für alle Bürger der Grund dafür sein, dass es einige politische Parteien mit einer offeneren muslimischen Identität gibt. Dazu gehören die Noor-Partei (Das Licht) und die Partei für Staatsbürgerschaft und Wohlstand (PCP), die sich aus der Bewegung Junger Muslime und der Arabisch-Europäischen Liga zusammenschloss. Im Jahr 2008 wurde von ehemaligen Mitgliedern der Grünen eine neue Mitte-links-Partei namens MOSLIM (MUSLIM) gegründet. Sie

³⁹² Interview mit Interessenvertretern in Hamburg.

³⁹³ Siehe Webseite des Norddeutschen Rundfunks: Der Kampf um Migrantenstimmen, http://www1.ndr.de/nachrichten/buergerschaftswahl_hamburg_2008/themen/tuerkischewaehler2.html (Zugriff November 2009, nachfolgend: NDR: Der Kampf um Migrantenstimmen).

³⁹⁴ NDR: Der Kampf um Migrantenstimmen.

³⁹⁵ Dieses neue Wahlsystem wurde geschaffen nachdem ein Bürgerbegehren ein Referendum für mehr demokratische Teilhabe gewonnen hatte. Allerdings versuchte die Regierung, die Auswirkungen des Referendums möglichst gering zu halten.

setzt sich für die Aufhebung des Kopftuchverbots für Beamte in Antwerpen ein.³⁹⁶ Keine dieser Parteien hat jedoch eine nennenswerte muslimische Gefolgschaft.

9.4 Weitere Formen politischer Teilhabe

Zusätzlich zur Wahlbeteiligung fragte die Foundations-Studie Befragte nach ihrem Engagement in drei weiteren Formen der politischen Teilhabe: der Teilnahme an öffentlichen Sitzungen, Demonstrationen und/oder Petitionen. Mehr Nicht-Muslime als Muslime haben schon einmal eine Petition unterzeichnet, ansonsten aber beteiligten sich ähnlich viele Befragte in jeder Gruppe an öffentlichen Sitzungen oder Demonstrationen. Etwas weniger als ein Fünftel der Befragten hat außerdem schon einmal an Infoveranstaltungen über die örtlichen Dienstleistungsangebote oder Probleme teilgenommen.

Die Mehrheit der muslimischen Befragten hat sich in allen bis auf drei Städten in den vorangegangenen 12 Monaten an mindestens einer politischen Aktivität beteiligt. Die drei Ausnahmen sind London mit 45%, Antwerpen mit 30% und Rotterdam mit 29%.

9.5 Die Wahrnehmung von Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten

Die Befragten wurden gefragt, ob sie der Ansicht seien, die Stadt betreffende Entscheidungen beeinflussen zu können. Insgesamt sahen sich mehr nicht-muslimische (50%) als muslimische Befragte (40%) dazu in der Lage.³⁹⁷ Berücksichtigt man bei beiden Gruppen das Geburtsland, sehen mehr der im Inland als im Ausland geborenen Teilnehmer Gestaltungsmöglichkeiten in diesem Bereich. 46% der im europäischen Inland geborenen muslimischen Teilnehmer finden, dass Mitsprache möglich ist, im Vergleich zu 38% der außerhalb der EU geborenen Muslime.

Wahlen

Wie zu erwarten besteht ein starker Zusammenhang zwischen der Beteiligung an Kommunalwahlen und dem Gefühl, die Stadt betreffende Entscheidungen mitgestalten zu können. Sowohl muslimische wie auch nicht-muslimische Befragte, die über das kommunale Wahlrecht verfügen und dieses auch nutzen, haben eher das Gefühl, Einfluss nehmen zu können, als solche, die nicht wählen gehen oder nicht das Recht dazu haben. Unter den wahlberechtigten Befragten sehen etwas mehr Nicht-Muslime (46%) als Muslime (39%) Gestaltungsmöglichkeiten auf lokaler Ebene. Zwischen jenen, die wählen dürfen und von diesem Recht auch Gebrauch machen, ist die Wahrnehmungs-Diskrepanz größer. Unter diesen Befragten war die Mehrheit der

³⁹⁶ Siehe Webseite des Overlegencentrum van Vlaamse Verenigingen, <http://www.ovv.be/page.php?ID=2678> (Zugriff: November 2009).

³⁹⁷ Das Ergebnis setzt sich zusammen aus den Antworten „stimme zu“ und „ich stimme voll und ganz zu“, die Stadt betreffende Entscheidungen beeinflussen zu können.

Nicht-Muslime (56%) der Ansicht, die Stadt betreffende Entscheidungen mitgestalten zu können. Dieser Meinung waren aber nur 45% der befragten Muslime.

Tabelle 120. Stimmen Sie zu oder nicht zu, dass Sie Entscheidungen, die Ihre Stadt betreffen, beeinflussen können? (nach Religionszugehörigkeit und Wahlberechtigung) (F8)

		Wahlberechtigte Wähler	Wahlberechtigte Nichtwähler	Nicht wahlberechtigte	Gesamt	
Muslime	Stimme voll und ganz zu	6.0%	4.7%	3.2%	5.0%	
	Stimme zu	38.9%	34.1%	29.3%	35.4%	
	Stimme nicht zu	31.9%	34.5%	31.1%	32.3%	
	Stimme überhaupt nicht zu	12.2%	16.9%	23.3%	16.1%	
	Weiß nicht	11.0%	9.8%	13.1%	11.2%	
	Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%
		Anzahl	565	255	283	1103
Nicht-Muslime	Stimme voll und ganz zu	10.8%	5.0%	5.4%	8.8%	
	Stimme zu	45.3%	41.3%	22.3%	41.6%	
	Stimme nicht zu	30.9%	28.3%	40.8%	31.5%	
	Stimme überhaupt nicht zu	8.7%	13.3%	22.3%	11.3%	
	Weiß nicht	4.5%	12.1%	9.2%	6.7%	
	Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%
		Anzahl	716	240	130	1086

Quelle: Daten der Open Society Foundations

Vergleicht man im Gegensatz dazu nicht-wahlberechtigte Befragte, haben mehr Muslime als Nicht-Muslime das Gefühl, Entscheidungen auf lokaler Ebene beeinflussen zu können.

Staatsbürgerschaft

Staatsbürger des jeweiligen Landes sehen eher politische Gestaltungsmöglichkeiten in ihrer Stadt als Bürger einer anderen Nationalität.

Tabelle 121. Stimmen Sie zu oder nicht zu, dass Sie Entscheidungen, die Ihre Stadt betreffen, beeinflussen können? (nach Staatsangehörigkeit) (F8)

		Nicht-EU-Bürger	EU-Bürger	Gesamt
Muslime	Stimme voll und ganz zu	4.2%	5.3%	5.0%
	Stimme zu	28.8%	38.4%	35.3%
	Stimme nicht zu	33.6%	31.7%	32.3%
	Stimme überhaupt nicht zu	21.8%	13.4%	16.1%
	Weiß nicht	11.6%	11.2%	11.3%
	Gesamt	In %	100.0%	100.0%
	Anzahl	354	753	1107
Nicht-Muslime	Stimme voll und ganz zu	7.7%	9.0%	8.8%
	Stimme zu	29.4%	43.4%	41.5%
	Stimme nicht zu	35.7%	31.0%	31.6%
	Stimme überhaupt nicht zu	21.7%	9.7%	11.3%
	Weiß nicht	5.6%	6.9%	6.7%
	Gesamt	In %	100.0%	100.0%
	Anzahl	143	945	1088

Quelle: Daten der Open Society Foundations

Dies trifft sowohl auf muslimische als auch auf nicht-Muslimische Befragte zu. Von den muslimischen Befragten mit EU-Staatsbürgerschaft stimmten 38% der Aussage zu, dass sie ihre Stadt betreffende Entscheidungen mitgestalten können. Fünf Prozent stimmten voll und ganz zu. Das macht 43% der muslimischen EU-Staatsbürger im Vergleich zu 33% Angehöriger anderer Staatsangehörigkeiten.

Alter

Jüngere Muslime sehen mehr Gestaltungsmöglichkeiten in ihrer Stadt als ältere Befragte. Es scheint einen eindeutigen Zusammenhang zwischen dem Alter und der Ausprägung der Überzeugung zu geben, Entscheidungen auf Stadtebene beeinflussen zu können.³⁹⁸

So sind 56% der unter 20-jährigen der Ansicht, dass sie Entscheidungen in ihrer Stadt mitgestalten können. Diese Zahl sinkt in der Altersgruppe der 20-29-jährigen auf 43%, dann weiter auf 35% in der Gruppe der 30-39-jährigen und der 50-59-jährigen und liegt bei der Gruppe der 60-jährigen und älteren Befragten nur noch bei 29%. Nur die 40-49-jährigen fallen aus der Abwärtsentwicklung heraus – sie glauben genauso häufig wie die nächstjüngere Altersgruppe, die Stadt betreffende Entscheidungen mitgestalten zu können.

Bildung

Je höher die Qualifikationen der an der Umfrage teilnehmenden Muslime und Nicht-Muslime, desto stärker die Überzeugung, Entscheidungen beeinflussen zu können:

- 26% der muslimischen Befragten ohne Abschluss, 32% mit Grundschulbildung, 42% mit Sekundarschulabschluss und 47% der muslimischen Befragten mit Hochschulabschluss sind der Ansicht, ihre Stadt betreffende Entscheidungen beeinflussen können.
- 38% der nicht-muslimischen Befragten ohne Abschluss, 44% mit Grundschulbildung, 46% mit Sekundarschulabschluss und 59% der nicht-muslimischen Befragten mit Hochschulabschluss sind der Ansicht, ihre Stadt betreffende Entscheidungen beeinflussen können.
- Muslime mit Hochschulabschluss sind 1,8 mal so häufig wie Muslime ohne Schulabschluss der Ansicht, Entscheidungen in der Stadt mitgestalten zu können. Bei den Nicht-Muslimen liegt dieser Wert bei 1,6.

Vergleicht man allerdings die Antworten muslimischer mit denen nicht-muslimischer Hochschulabsolventen, sind immer noch 1,2mal so viele Nicht-Muslime wie Muslime der Ansicht, Gestaltungsmöglichkeiten in der Stadt zu haben. Auch finden 1,4mal so viele Nicht-Muslime wie Muslime ohne Abschluss, dass sie auf Entscheidungen in ihrer Stadt Einfluss nehmen können.

Teilnahme an öffentlichen Konsultationen

Die Teilnahme an öffentlichen Konsultationen steht für Muslime wie Nicht-Muslime in positivem Zusammenhang mit dem Eindruck, Einflussmöglichkeiten auf städtische Entscheidungsprozesse zu haben.³⁹⁹

³⁹⁸ Für eine genaue Aufschlüsselung der Daten: siehe Tabelle 122 in Anhang 2.

³⁹⁹ Siehe Tabelle 123 in Anhang 2 für eine genaue Aufschlüsselung der Daten.

Muslime und Nicht-Muslime, die im vorangegangenen Jahr an einer öffentlichen Konsultation teilgenommen hatten, waren weitaus häufiger der Ansicht, Entscheidungen in ihrer Stadt mitgestalten zu können. Sie sind beide 1,3mal so oft der Meinung, Entscheidungen in ihrer Stadt beeinflussen zu können wie diejenigen, die sich nicht an einer Konsultation beteiligten. 49% der muslimischen und 64% der nicht-muslimischen Teilnehmer an öffentlichen Konsultationen stimmten zu oder unbedingt zu, dass sie ihre Stadt betreffende Entscheidungen beeinflussen können. Dieser Meinung waren nur 38% der Muslime und 48% der Nicht-Muslime, die sich an solchen Veranstaltungen nicht beteiligt hatten.

Sichtbarkeit religiöser Identität und Gestaltungsmöglichkeiten

In Bezug auf die Wahrnehmung von Gestaltungsmöglichkeiten in der Stadt lässt sich zwischen Muslimen, deren religiöse Identität sichtbar ist und solchen, denen man sie nicht ansieht, kein nennenswerter Unterschied feststellen. Dies belegen folgende Zahlen: 42% der sichtbar religiösen Muslime stimmten zu oder unbedingt zu, Einflussmöglichkeiten auf kommunaler Ebene zu haben. 39% der Muslime ohne sichtbare Zeichen religiöser Identität teilten diese Meinung.

9.6 Vertrauen in politische Institutionen

Das bürgerschaftliche und politische Engagement steigt mit dem Vertrauen in die umfassende Interessenvertretung aller Bürger durch lokale und nationale Institutionen. Im Foundations-Fragebogen erfragte man den Grad des Vertrauens in fünf zentrale staatliche Institutionen: die Gerichte, die Polizei, die nationale Regierung, das nationale Parlament und den Stadtrat. Die Mehrheit der muslimischen und nicht-muslimischen Befragten gab an, am meisten Vertrauen in die Gerichte und die Polizei zu haben.⁴⁰⁰

Unter den politischen Institutionen genießen Stadträte insgesamt mehr Vertrauen als nationale Parlamente. Am wenigsten Vertrauen wird den jeweiligen Regierungen entgegen gebracht.

⁴⁰⁰ Siehe Tabellen 124 und 125 in Anhang 2 für eine genaue Aufschlüsselung der Daten.

Tabelle 126. Vertrauen in das Parlament (F11.3)

		Muslime	Nicht-Muslime	Gesamt
	Sehr viel	6.0%	5.2%	5.6%
	Ziemlich viel	26.8%	35.4%	31.1%
	Nicht sehr viel	38.8%	38.4%	38.6%
	Überhaupt nicht	15.3%	13.4%	14.4%
	Weiß nicht	13.0%	7.5%	10.3%
Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%
	Anzahl	1108	1087	2195

Quelle: Daten der Open Society Foundations

Tabelle 127. Vertrauen in die Regierung (F11.4)

		Muslime	Nicht-Muslime	Gesamt
	Sehr viel	5.6%	4.7%	5.1%
	Ziemlich viel	23.6%	26.4%	25.0%
	Nicht sehr viel	37.3%	41.1%	39.2%
	Überhaupt nicht	24.1%	22.1%	23.1%
	Weiß nicht	9.4%	5.7%	7.6%
Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%
	Anzahl	1109	1089	2198

Quelle: Daten der Open Society Foundations

Tabelle 128. Vertrauen in den Stadtrat (F11.5)

		Muslime	Nicht-Muslime	Gesamt
Sehr viel		9.2%	7.2%	8.2%
Ziemlich viel		35.9%	38.8%	37.3%
Nicht sehr viel		33.5%	33.5%	33.5%
Überhaupt nicht		10.3%	9.9%	10.1%
Weiß nicht		11.1%	10.7%	10.9%
Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%
	Anzahl	1109	1088	2197

Quelle: Daten der Open Society Foundations

Muslime und Nicht-Muslime gaben ähnliche Antworten, nur dem Parlament vertrauen weitaus weniger muslimische (33%) als nicht-muslimische Befragte (41%). Bei weiterer Betrachtung zeigt sich unter den im EU-Land geborenen Muslimen ein viel niedrigeres Vertrauensniveau in nationale Parlamente (25% gaben an, viel oder recht viel Vertrauen ins Parlament zu haben), im Vergleich zu im Ausland geborenen Muslimen (36%) und nicht-muslimischen Befragten.

**Tabelle 129. Vertrauen in das nationale Parlament
(nach Religionszugehörigkeit und Geburtsort) (F11.3)**

	Im EU-Land geborene Muslime	Außerhalb des EU-Landes geborene Muslime	Im EU-Land geborene Nicht- Muslime	Außerhalb des EU- Landes geborene Nicht- Muslime	Gesamt
Sehr viel	4.3%	6.9%	4.2%	8.1%	5.6%
Ziemlich viel	22.6%	28.9%	36.3%	33.0%	31.1%
Nicht sehr viel	44.9%	35.7%	39.6%	35.0%	38.6%
Überhaupt nicht	20.4%	12.8%	15.1%	9.1%	14.4%
Weiß nicht	7.8%	15.6%	4.8%	14.8%	10.3%
Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%
	Anzahl	372	736	790	2195

Quelle: Daten der Open Society Foundations

Der Anteil muslimischer Befragter mit sehr viel oder ziemlich viel Vertrauen in ihre nationalen Parlamente ist unter den Staatsbürgern des jeweiligen Staates ähnlich hoch (35%) wie unter Angehörigen anderer Staatsangehörigkeiten (32%).⁴⁰¹

Das Wählen an sich scheint, anders als die reine Wahlberechtigung, mit mehr Vertrauen in nationale Parlamente verbunden zu sein. Vergleicht man nämlich den Grad des Vertrauens der wahlberechtigten Wähler, der wahlberechtigten Nichtwähler und der Befragten ohne Wahlberechtigung, wird deutlich, dass wahlberechtigte Nichtwähler ihren Parlamenten am wenigsten Vertrauen schenken. Nur ein Viertel der Befragten in dieser Gruppe (Muslime und Nicht-Muslime) gab an, dem Parlament zu vertrauen.

⁴⁰¹ Siehe Tabelle 130 in Anhang 2 für eine genaue Aufschlüsselung der Daten.

**Tabelle 131. Vertrauen in das Parlament
(aufgeschlüsselt nach Wahlberechtigung) (F11.3)**

		Nationales Wahlrecht			Gesamt
		Wahlberechtigte	Wahlberechtigte Nichtwähler	Nicht wahlberechtigte	
Muslime	Sehr viel	5.7%	5.8%	6.9%	6.0%
	Ziemlich viel	30.2%	19.7%	25.4%	26.8%
	Nicht sehr viel	42.4%	39.9%	32.0%	38.8%
	Überhaupt nicht	13.1%	20.7%	15.9%	15.3%
	Weiß nicht	8.7%	13.9%	19.8%	13.0%
	Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%
	Anzahl	566	208	334	1108
Nicht-Muslime	Sehr viel	5.2%	2.8%	8.3%	5.2%
	Ziemlich viel	40.1%	22.0%	28.2%	35.5%
	Nicht sehr viel	37.1%	43.5%	38.5%	38.3%
	Überhaupt nicht	12.1%	22.6%	9.6%	13.4%
	Weiß nicht	5.6%	9.0%	15.4%	7.6%
	Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%
	Anzahl	753	177	156	1086

Quelle: Daten der Open Society Foundations

Was das Vertrauen in den Stadtrat angeht, so scheint es, als habe die Tatsache, dass jemand das Wahlrecht hat (ganz gleich ob er davon Gebrauch macht oder nicht), einen leicht positiven Einfluss auf das Vertrauen der muslimischen Befragten: 47% der befragten Muslime, die sich an Wahlen beteiligten, schenken ihrem Stadtrat Vertrauen, im Vergleich zu 44% wahlberechtigten Nichtwählern und 42% Nicht-Wahlberechtigten.

**Tabelle 132. Vertrauen in den Stadtrat
(nach kommunalem Wahlrecht) (F11.3)**

		Kommunales Wahlrecht			Gesamt	
		Wahlbe- rechtigte	Wahlbe- rechtigte Nichtwähler	Nicht wahlbe- rechtigte		
Muslime	Sehr viel	9.2%	7.8%	10.6%	9.2%	
	Ziemlich viel	37.9%	35.7%	31.8%	35.8%	
	Nicht sehr viel	36.2%	27.8%	33.6%	33.6%	
	Überhaupt nicht	8.5%	13.3%	11.3%	10.3%	
	Weiß nicht	8.3%	15.3%	12.7%	11.0%	
	Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%
		Anzahl	567	255	283	1105
Nicht- Muslime	Sehr viel	6.7%	3.8%	15.4%	7.1%	
	Ziemlich viel	40.6%	31.7%	42.3%	38.9%	
	Nicht sehr viel	34.1%	36.7%	24.6%	33.5%	
	Überhaupt nicht	9.1%	14.2%	6.2%	9.9%	
	Weiß nicht	9.5%	13.8%	11.5%	10.7%	
	Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%
		Anzahl	716	240	130	1086

Quelle: Daten der Open Society Foundations

Die Daten zeigen keinen klaren Zusammenhang zwischen Alter und Vertrauen in Parlament, Regierung oder Stadtrat. Interessanterweise haben junge Muslime unter 20 Jahren am wenigsten Vertrauen in ihre Parlamente aber am meisten Vertrauen in Stadträte und Regierungen.

Unter Muslimen scheint aber ein Zusammenhang zwischen Bildungsgrad und Vertrauen in politische Institutionen zu bestehen. Teilnehmer ohne Abschluss oder nur mit Grundschulbildung haben mehr Vertrauen in Parlament, Regierung und Stadtrat

als diejenigen mit Sekundar- oder Hochschulabschluss, wobei letztere mehr Vertrauen in politische Institutionen haben als erstere.⁴⁰²

Der unterschiedliche Grad an Vertrauen in die nationalen Parlamente bei den muslimischen und nicht-muslimischen Befragten ist auffällig. Die in den Fokusgruppen in London erhobenen qualitativen Daten zeigen auf, dass Politiker als inkompetent, karrieresüchtig und fernab von den Bürgern handelnd bezeichnet werden. Auch seien sie „nicht authentisch genug, um die Dinge anzugehen“. Die Skepsis gegenüber Politikern der politischen Mitte geht auch mit der Überzeugung sowohl unter Muslimen wie auch Nicht-Muslimen einher, dass man eigene Sichtweisen und Überzeugungen hinter die Position der Partei stellen müsse, um in der politischen Mitte erfolgreich zu sein.

9.7 Bürgerschaftliches Engagement

Die Befragten wurden während der Foundations-Studie auch nach ihrer Beteiligung an Aktivitäten in Vereinen und anderen Organisationen während der vorangegangenen 12 Monate gefragt. Die Mehrheit der nicht-muslimischen Befragten (56%) und etwas weniger als die Hälfte der muslimischen Befragten (47%) gaben an, sich zu engagieren. Die meisten Befragten in beiden Gruppen (165 Muslime und 185 Nicht-Muslime) beteiligten sich an Aktivitäten in Schulen oder im Bereich Kindererziehung. An dritter Stelle lagen für beide Gruppen Freizeitaktivitäten, Sport und Hobbys, sowie an vierter Stelle das Engagement in Jugendorganisationen. Was die zweite Stelle angeht, gibt es Unterschiede: Die muslimischen Befragten engagieren sich in religiösen Aktivitäten, denn 159 befragte Muslime gaben an, sich aktiv bei religiösen Veranstaltungen einzubringen. Bei den Nicht-Muslimen stand diese Art der Betätigung nur an 10. Stelle, da nur 69 Befragte angaben, sich religiös zu engagieren. Die zweitbeliebteste Art des bürgerschaftlichen Engagements nicht-muslimischer Befragter sind die Bereiche Kunst, Musik und Kultur, wie 175 Befragte angaben. Bei den muslimischen Befragten befand sich der Bereich Kultur nur an sechster Stelle mit 87 Befragten.

Mit Ausnahme religiöser Aktivitäten engagiert sich die Mehrheit der muslimischen und nicht-muslimischen Befragten eher in gemischten als in ethnisch oder religiös homogenen Organisationen. Die Mitgliedschaft in religiösen oder ethnischen Organisationen ist davon unabhängig ob die Befragten im In- oder Ausland geboren sind. Allerdings sind mehr im EU-Land geborene Befragte in gemischten Organisationen tätig als diejenigen, die im Ausland geboren wurden. Der Grad an bürgerschaftlichem Engagement steigt mit dem Bildungsniveau, daher engagieren sich Hochschulabsolventen am ehesten sowohl in ethnischen/religiösen als auch in gemischten Organisationen. Ein Viertel der Befragten mit Hochschulabschluss gab an, sich in einer ethnischen Organisation zu engagieren, die Hälfte gab an, in gemischten Organisationen aktiv zu sein.

⁴⁰² Siehe Tabellen 133, 134, 135 und 136 in Anhang 2 für eine genaue Aufschlüsselung der Daten.

Tabelle 137. Engagement der Befragten in Organisationen der eigenen Ethnizität und in gemischten Organisationen (nach mehreren Faktoren)

Charakteristika	Anteil der Befragten, die sich in Organisationen der eigenen Ethnizität/ Religion engagieren	Gesamt (n)	Anteil der Teilnehmer, die sich in gemischten Organisationen engagieren	Gesamt (n)
<i>Religionszugehörigkeit</i>				
Muslime	23.6%	262	34.1%	379
Nicht-Muslime	16.0%	174	48.7%	530
<i>Geschlecht</i>				
Männlich	22.2%	240	39.5%	427
Weiblich	17.5%	196	43.1%	482
<i>Alter</i>				
< 20	21.4%	40	50.3%	94
20 – 29	20.4%	126	39.8%	246
30 – 39	18.1%	81	38.6%	173
40 – 49	21.6%	91	44.8%	189
50 – 59	16.2%	44	48.9%	133
60 +	21.3%	53	28.9%	72
<i>Geburtsort</i>				
EU-Land (Wohnort der befragten Person)	19.8%	231	46.2%	538
Nicht-EU-Land	19.8%	205	35.9%	371
<i>Höchster Bildungsabschluss</i>				
Kein Abschluss	8.6%	11	11.7%	15
Grundschulbildung	18.3%	46	29.4%	74
Sekundärbildung	18.2%	202	39.2%	436
Universität	25.1%	177	54.3%	383
<i>Beschäftigungsverhältnis</i>				
Angestellt (Vollzeit/ Teilzeit)	19.3%	194	46.9%	472
Selbständig	20.7%	30	46.2%	67
Arbeitslos	22.4%	43	32.8%	63
Sonstiges	19.7%	167	35.9%	305

Stadtteil besteht hauptsächlich aus:

Verwandten	18.4%	14	26.3%	20
Menschen mit gleicher ethnischer und religiöser Zugehörigkeit	22.2%	52	32.9%	77
Menschen mit gleicher Religion, aber mit anderer ethnischer Zugehörigkeit	22.7%	29	32.8%	42
Menschen mit gleicher ethnischer aber anderer Religionszugehörigkeit	18.5%	10	40.7%	22
Menschen mit sowohl anderer ethnischer Zugehörigkeit als auch anderer Religion	20.6%	58	38.7%	109
Mischung unterschiedlicher ethnischer und religiöser Zugehörigkeiten	19.2%	273	44.8%	638

Quelle: Daten der Open Society Foundations

Zwischen Teilhabe und Alter besteht kein eindeutiger Zusammenhang. Die Hälfte der unter 20-jährigen engagiert sich in ethnisch gemischten Organisationen. Unter den Befragten in anderen Altersgruppen (Altersgruppe der 40-59-jährigen, der 20-39-jährigen oder der 60+) sind die Teilnehmer mittleren Alters am häufigsten in gemischten Organisationen aktiv. Das Beschäftigungsverhältnis spielt beim Engagement in ethnischen oder religiösen Organisationen keine Rolle. Allerdings engagieren sich Angestellte und Selbständige eher in gemischten Organisationen als Arbeitslose oder Erwerbslose.

Tabelle 138. Bürgerschaftliche Teilhabe und Wahrnehmung des eigenen Einflusses auf Entscheidungen, die die Stadt betreffen

		Bürgerschaftliche Teilhabe		
		Ja, in einer Organisation der eigenen Ethnizität oder Religion	Ja, in einer gemischten Organisation	Gesamt
Muslime	Stimme voll und ganz zu	26 6.5%	61 8.3%	32
	Stimme zu	169 42.1%	321 43.4%	209
	Stimme nicht zu	115 28.7%	232 31.4%	168
	Stimme überhaupt nicht zu	54 13.5%	68 9.2%	67
	Weiß nicht	37 9.2%	57 7.7%	45
	Gesamt	401	739	521
Nicht-Muslime	Stimme voll und ganz zu	20 7.6%	141 12.4%	57
	Stimme zu	126 47.9%	562 49.5%	291
	Stimme nicht zu	81 30.8%	272 23.9%	166
	Stimme überhaupt nicht zu	27 10.3%	120 10.6%	74
	Weiß nicht	9 3.4%	41 3.6%	26
	Gesamt	263	1136	614

Quelle: Daten der Open Society Foundations

Vergleicht man die Sichtweisen von in gemischten Organisationen engagierten Befragten mit denen der in Organisationen der eigenen Ethnie oder Religion Engagierten wird deutlich, dass die Beteiligung in einer gemischten Organisation einen leicht positiven Einfluss darauf hat: Letztere haben eher das Gefühl, Entscheidungen in der eigenen Stadt oder im Land beeinflussen zu können. Für Muslime geht damit auch mehr Vertrauen in Parlamente und Regierungen einher. Allerdings erhöht sich für Muslime wie Nicht-Muslime mit Engagement in ethnischen Organisationen das Vertrauen in Stadträte.

Muslimische und nicht-muslimische Befragte, die sich in gemischten Organisationen engagieren, sind etwas häufiger der Ansicht, Entscheidungen in ihrer Stadt oder ihrem Land mitgestalten zu können, als Befragte, die sich in eigenen ethnischen/ religiösen Organisationen engagieren.

- 52% der Muslime und 62% der Nicht-Muslime, die sich in ethnisch gemischten Organisationen betätigen, stimmen zu oder unbedingt zu, dass sie Entscheidungen in ihrer Stadt beeinflussen können. Im Gegensatz dazu sind nur 49% der Muslime und 56% der Nicht-Muslime, die sich in ethnischen oder religiösen Organisationen engagieren, derselben Meinung (Tabelle 138).
- 40% der sich in gemischten zivilgesellschaftlichen Organisationen engagierenden Muslime und 49% der Nicht-Muslime stimmen zu oder unbedingt zu, dass sie ihr Land betreffende Entscheidungen mitgestalten zu können. Im Gegensatz dazu sind nur 39% der in ethnischen/religiösen Organisationen aktiven Muslime und 41% der Nicht-Muslime dieser Ansicht.

In ethnisch gemischten Organisationen tätige muslimische Befragte haben etwas mehr Vertrauen in Parlamente und Regierungen als diejenigen Befragten, die in ethnisch und/oder religiös homogenen Organisationen aktiv sind. Unter Nicht-Muslimen hingegen haben diejenigen mehr Vertrauen in Parlamente und Regierungen, die in ethnischen und/oder religiösen Organisationen tätig sind.

- 34% der in gemischten zivilgesellschaftlichen Organisationen engagierten Muslime vertrauen ihrem Parlament, während 25% ihrer jeweiligen Regierung vertrauen. 27% der in eigenen ethnischen und religiösen Organisationen aktiven Muslime haben Vertrauen in ihr Parlament und 22% in ihre Regierung.
- 48% der Nicht-Muslime, die sich in eigenen ethnischen oder religiösen Organisationen engagieren, vertrauen ihren Parlamenten, während 45% ihren Regierungen vertrauen. Unter den in gemischten Organisationen aktiven Nicht-Muslimen vertrauen hingegen 40% dem Parlament und 25% ihrer Regierung.

Befragte beider Gruppen vertrauen weitaus eher ihrem Stadtrat, wenn sie sich in ethnischen oder religiösen Organisationen engagieren: 44% der Muslime und 59% der Nicht-Muslime, die in eigenen ethnischen oder religiösen Organisationen aktiv sind, vertrauen ihrem Stadtrat. Im Gegensatz dazu vertrauen nur 41% der Muslime und 44% der in gemischten Organisationen tätigen Nicht-Muslime ihrem Stadtrat.

Dies könnte die Art und Weise widerspiegeln, wie Stadtverordnete mit ethnischen und religiösen Organisationen umgehen.

9.8 Rolle muslimischer Organisationen bei bürgerschaftlicher und politischer Teilhabe

In den elf untersuchten Städten findet sich eine Fülle muslimischer Vereine und Organisationen, sowohl Moscheen, Madrasas, als auch Frauenorganisationen und Jugendgruppen sowie repräsentative Dachverbände. Einige dieser Organisationen haben die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements ihrer Mitglieder und politische Teilhabe zum Ziel. Die Muslimische Jugend Deutschland (MJD) in Berlin versucht junge Menschen durch religiösen Dialog zu aktiven Staatsbürgern zu machen. Integration soll durch die Entwicklung und Stärkung einer deutsch-muslimischen Identität gefördert werden. Der Londoner Stadtteil London Borough of Waltham Forest unterstützt öffentlich ein *Young Muslim Leaders*-Projekt und erkennt damit den Bedarf an einer Ausgewogenheit von positiver bürgerschaftlicher Teilhabe in der Öffentlichkeit und der Betonung der Werte und des Ethos des Islam an.⁴⁰³ Des Weiteren arbeitete der Gemeinderat mit Imamen vor Ort zusammen, um sowohl kommunale als auch konfessionelle politische Beteiligung zu fördern.⁴⁰⁴ Damit sollen Muslime aufgefordert werden, aktiv mit anderen Glaubensrichtungen in Kontakt zu treten, ohne jedoch ihre eigene muslimische Perspektive kompromittieren zu müssen.

Aus den qualitativen Daten der Studie wird deutlich, welche Rolle manche Muslime der aktiven und positiven bürgerschaftlichen Beteiligung durch die Teilhabe an muslimischen Organisationen im Kampf gegen das negative Image von Muslimen in der Öffentlichkeit zuschreiben. Eine junge Frau der Berliner Foundations-Fokusgruppe spricht über ihre Motivation, sich in einer muslimischen Jugendorganisation zu engagieren:

Ich möchte der deutschen Gesellschaft eine Botschaft vermitteln, nämlich „Ja, ich bin Muslima, ich trage ein Kopftuch, ich spreche deutsch und bin gebildet; und das alles habe ich bisher erreicht.“ Das war schon als Kind mein Ziel und war es umso mehr wenn [...] die Leute mich auf der Straße komisch anstarrten oder mich eine ältere Dame fast schon schlug, nur weil ich diesen Aufnäher auf meinem Rucksack trug, auf dem stand „Islam ist Frieden“. Damals war ich 13 und wenn Du so etwas erlebst, steigert das deine Motivation ungemein.

Für städtische Beamte entsteht ein entscheidendes Problem, wenn es um die Art und Weise und den Umfang der Zusammenarbeit mit muslimischen Organisationen geht. Diejenigen, die zu einer Zusammenarbeit bereit sind, stehen zunächst vor der Frage,

⁴⁰³ S. Cosgrove: Waltham Forest: Young Muslim leaders praised by PM, 1. Dezember 2007, The Guardian, Quelle: http://www.guardian-series.co.uk/news/wfnews/1873660.WALTHAM_FOREST_Young_Muslim_leaders_praised_by_PM/ (Zugriff: November 2009).

⁴⁰⁴ London Borough of Waltham Forest: Community Cohesion Strategy Action Plan Year Two.

welche Organisationen sie ansprechen sollen. Dann müssen sie herausfinden, welche Rolle und Bedeutung diese Organisation innerhalb der muslimischen Gemeinschaft innehat. In einigen Städten wünschen sich die städtischen Beamten eine einzige übergeordnete Dachorganisation, mit der sie zusammen arbeiten könnten. Andere sehen ein, dass dies aufgrund der Unterschiede innerhalb und zwischen muslimischen Gruppierungen nicht möglich ist.

Auf lokaler Ebene ist es dank der Foundations-Studie gelungen, Initiativen zu finden, die auf mehr Kontakt und Kommunikation zwischen muslimischen Organisationen und Stadtverordneten abzielen. In Berlin wurde im Jahr 2005 das Islamforum gegründet. Es wird vom Integrationsbeauftragten der Stadt Berlin und der Muslimischen Akademie koordiniert und bietet Vertretern muslimischer Organisationen die Gelegenheit, sich vier Mal im Jahr mit städtischen Beamten zu treffen. Zu den Teilnehmern gehören unter anderem der Innensenator, der Integrationsbeauftragte sowie Vertreter des Verfassungsschutzes. Aus dem Islamforum sind mehrere gemeinsame Projekte des Bundeslands und der muslimischen Gemeinschaft hervorgegangen. Dazu gehört ein Projekt, bei dem Imame mit der institutionellen Struktur der Stadt und ihrer Bezirke vertraut gemacht werden sollen. Grundlage ist die Idee, dass mehr Vertrautheit mit der Arbeitsweise der Stadt Imame in ihrer seelsorgerischen und sozialen Arbeit unterstützen kann. In einem anderen Projekt wurde muslimischen Organisationen Wissen über die Einführung des neuen Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) vermittelt.⁴⁰⁵ Laut der muslimischen Organisation *Inssan* haben die im Islamforum entwickelten guten Beziehungen zu politischen Vertretern, insbesondere zu Innensenator Erhard Körting, dazu beigetragen, dass ihr Moscheebauprojekt in Charlottenburg-Wilmersdorf unterstützt wurde, trotz Widerstand seitens einiger Kommunalpolitiker und der Medien gegen sowohl das Projekt als auch die Organisation.

Die ehemalige Bürgermeisterin des Berliner Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg, Cornelia Reinauer (Linkspartei/PDS), richtete einen runden Tisch für einen Dialog zwischen Vertretern muslimischer Organisationen und der Bezirksverwaltung ein. Diese Treffen ermöglichen es muslimischen Vertretern, ihre Anliegen und Sorgen mit Kommunalpolitikern zu diskutieren. Laut Doris Nahawandi, der ehemaligen Integrationsbeauftragten des Bezirks, haben diese Treffen zu mehr gegenseitigem Vertrauen und Verständnis geführt.⁴⁰⁶ Muslimische Organisationen sind außerdem im durch den Bezirk eingesetzten Integrationsbeirat vertreten. Die daraus entstandenen Beziehungen bereiteten den Weg für die Zusammenarbeit muslimischer Organisationen mit dem Bürgermeister in einem EU-Projekt gegen Zwangsheirat.

Die Schaffung von Beratungsangeboten führt jedoch nicht automatisch zu einem größeren Zusammengehörigkeitsgefühl. In Antwerpen findet alle zwei Monate ein

⁴⁰⁵ Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz.

⁴⁰⁶ Foundations-Interview mit Doris Nahawandi, ehemalige Integrationsbeauftragte des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg in Berlin.

Treffen zwischen islamischen Dachverbänden und Stadtvertretern statt. Diese Treffen werden als wichtiger Schritt zu mehr Teilhabe muslimischer Organisationen am politischen Entscheidungsprozess betrachtet. Die muslimischen Organisationen haben jedoch trotzdem den Eindruck, erst nach dem Eintreten bestimmter Vorfälle kontaktiert zu werden und nicht voll in Beratungs- und Entscheidungsfindungsprozesse integriert zu sein. Die städtischen Vertreter hingegen behaupten, dies läge an der Fragmentierung der muslimischen Gemeinschaft Antwerpens.

Oft sind es ältere Männer aus der muslimischen Elite, die ihre Gemeinschaft bei offiziellen Anlässen mit den Stadtverordneten vertreten. Jüngere und vor allem Frauen fühlen sich nach Forschungserkenntnissen von diesen älteren Herren der ersten Einwanderergeneration nicht repräsentiert. Zweifellos ist die Vielfalt der muslimischen Gemeinschaften eine Herausforderung für eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit den städtischen Vertretern. Aufgrund der unterschiedlichen Geschlechter, Generationen und Ethnizitäten sowie der Vielfalt religiöser Strömungen kann keine Organisation alleine die muslimische Gemeinschaft als solche repräsentieren. Fokusgruppenteilnehmer in London äußerten den Wunsch, dass die Vielfalt der muslimischen Gemeinschaft anerkannt wird. Sie sind sich zudem dessen bewusst, dass die Art und Weise der Zusammenarbeit zwischen Gemeinderat und Einzelpersonen/Organisationen dazu führen kann, dass denjenigen dadurch eine Legitimität zugesprochen wird, von denen sich wiederum andere Mitglieder der muslimischen Gemeinschaft nicht vertreten fühlen:

Es gibt oft zwei oder drei Sprecher, die ihre Gemeinschaften repräsentieren. Die machen dann einen Haken hinter bestimmten Themen und meinen, sie hätten damit ihre Pflicht getan. Aber gerade die muslimischen Gemeinschaften sind weitaus komplexer, denn sie folgen unterschiedlichen Denkschulen und sind in unterschiedlichen geografischen Gegenden verbreitet. Das ist es, was die Vielfalt der muslimischen Gemeinschaft insgesamt ausmacht.⁴⁰⁷

Schaut euch mal unsere eigenen Vertreter an, schaut sie euch an, die Sprecher unserer Gemeinschaft – oder besser gesagt: die so genannten Sprecher. Was tun sie schon für uns? Sie haben sich selbst ernannt, sind egoistisch, eigennützig, opportunistisch. Aber wirklich vertreten werden wir leider nur von Nicht-Muslimen.⁴⁰⁸

Die Einrichtung des Französischen Islamrats (*Conseil Français du Culte Musulman*) im Jahr 2003 in Frankreich war auch ein Stein des Anstoßes für die Gründung ähnlicher Organisationen. Besonders erwähnenswert ist die Schaffung des Französischen Rats säkularer Muslime durch die ehemalige Staatssekretärin für nachhaltige Entwicklung, Tokia Saïfi, der säkularen französischen Muslimen die Teilhabe an der Politik erleichtern soll.

⁴⁰⁷ Foundations-Interview mit einem Interessenvertreter in London, 2008.

⁴⁰⁸ Foundations-Fokusgruppe, London.

9.9 Wichtigste Erkenntnisse

Die Foundations-Studie weist sowohl auf einige erfreuliche Trends, als auch hartnäckige Herausforderungen bezüglich der Sicherstellung politischer und bürgerschaftlicher Teilhabe von Muslimen.

Viele Muslime ohne Staatsangehörigkeit eines EU-Landes bleiben benachteiligt, besonders in Deutschland und Frankreich, wo sie nicht das kommunale Wahlrecht besitzen, auch wenn viele bereits lange dort leben. Das Wahlrecht ist für die Inklusion und Selbstbestimmung von zentraler Bedeutung. Menschen, die wählen, haben eher den Eindruck, dass sie in ihrer Stadt etwas bewirken können als diejenigen, die nicht wählen. Allerdings ist der Eindruck, dass Entscheidungen in Bezug auf die Stadt beeinflusst werden können, bei Muslimen, die wählen, weiterhin geringer ausgeprägt als unter wählenden Nicht-Muslimen. Positiv ist, dass junge Muslime ihre Gestaltungsmöglichkeiten betreffend größere Zuversicht als die älteren Generationen haben. Dies scheint mit dem zunehmendem Bildungsgrad und einer stärkeren Vertrautheit mit den politischen Institutionen zusammenzuhängen. Muslime engagieren sich in etablierten Parteien. Parteien, die auf ethnischen oder religiösen Grundsätzen basieren, haben keine Unterstützung der muslimischen Wählerschaft erhalten. Zunehmend mehr Muslime kandidieren für politische Ämter, sind allerdings einer kritischen Prüfung und Fragen aufgrund ihres religiösen oder ethnischen Hintergrunds ausgesetzt.

Muslime wie Nicht-Muslimen haben ähnliche Ansichten in Bezug auf den Grad ihres Vertrauens in Stadträte und -verwaltungen. Das Vertrauen in kommunale politische Institutionen ist höher als das in nationale Organe. Die Differenz zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen hinsichtlich ihres Vertrauens in Parlamente ist signifikant und bietet Grund zur Sorge. Weitere Forschung ist erforderlich, um die Art und Gründe dieser Differenz zu verstehen.

Tätigkeiten im Bezug auf Bildung, Freizeit, Sport und Jugendarbeit bieten Muslimen und Nicht-Muslimen wichtige Bereiche für bürgerschaftliches Engagement. Die meisten von ihnen engagieren sich in ethnisch und religiös gemischten Vereinen und Organisationen, welche eine kleine positive Beziehung zum Eindruck aufzuweisen scheinen, dass Einzelne lokale Entscheidungen beeinflussen kann, und zudem hinsichtlich des Vertrauens in Parlament und Regierung. Unter muslimischen Teilnehmern sind jedoch religiöse Organisationen in Bezug auf gesellschaftliches Engagement der zweitwichtigste Bereich. Die Foundations-Studie ermittelte viele positive Initiativen vonseiten der Vertretern auf kommunaler Ebene bezüglich Engagement mit ethnischen und religiösen Organisationen in ihrer Stadt. Solche Initiativen erklären eventuell das erstaunlichste Ergebnis der Foundations-Studie: Befragte, die sich in Organisationen der eigenen Ethnie oder Religion engagieren, vertrauen ihren Stadträten signifikant eher als diejenigen, die in gemischten Organisationen aktiv sind. In Bezug auf das Engagement mit muslimischen zivilgesellschaftlichen Organisationen müssen Entscheidungsträger und Fachleute sicherstellen, Frauen, Jugendliche und andere mit einzubeziehen, die von ihren bestehenden Organisationen der Gemeinschaften eventuell marginalisiert werden.

10. MEDIEN

Die Mediennutzung, wenn zum Verständnis von und der Suche nach Informationen über Themen und Veranstaltungen gedacht ist, die über den persönlichen direkten Kreis der Familie und Freunde hinausgehen, kann ebenfalls als eine Form von staatsbürgerschaftlicher Tätigkeit betrachtet werden, da sie Interesse am Bezirk, der Stadt, dem Land und dem Weltgeschehen nahelegt. Medien reflektieren und beeinflussen daher die gesellschaftliche Haltung gegenüber Muslimen und prägen das Umfeld, in der Politik und Initiativen zur Unterstützung gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Inklusion stattfindet. Eine Gruppe wird sich ausgeschlossen fühlen, wenn deren Mitglieder in der Öffentlichkeit unsichtbar sind oder wenn der öffentliche Diskurs, einschließlich die Darstellung durch die Medien, in einer Weise von Stereotypen behaftet oder verzerrt ist, die erniedrigend ist.⁴⁰⁹ Die Medien sind selbstverständlich keine monolithische Einheit, sondern setzen sich aus einem breiten Spektrum von Produzenten und Nutzern zusammen, die unterschiedliche Sichtweisen und ein unterschiedliches Verständnis von muslimischen Communities haben.

Dieses Kapitel behandelt die Ansichten der Befragten bezüglich der Darstellung von Muslimen in den Medien sowie deren Einfluss auf die soziale Kohäsion und Inklusion. Es untersucht, wie Muslime auf das erhöhte Medieninteresse ihnen gegenüber reagieren, und beleuchtet Initiativen, die eine stärkere Einbeziehung von Muslimen in die Medien und in die Medienproduktion zum Ziel haben. Diskussionen in den Fokusgruppen über Medien, Interviews mit Interessenvertretern sowie die weitergehende Literaturlauswertung zum Thema Minderheiten und Medien werden ebenfalls behandelt.

10.1 Darstellung von Muslimen in den Medien

Nach Ansicht von Professor Stuart Hall spielen die Massenmedien, insbesondere nationale Printmedien und Fernsehnachrichten „eine entscheidende Rolle bei der Bestimmung von Problemen und Fragen von öffentlichem Interesse. In unserer segregierten Gesellschaft sind sie die wichtigsten Medien des öffentlichen Diskurses. Sie übertragen Stereotype von einer Gruppe auf andere Gruppen. Sie behaften Probleme mit Gefühlen und Emotionen. Sie bestimmen, wann Probleme als ‚zentral‘ oder ‚marginal‘ einzuordnen sind“.⁴¹⁰ Stereotypisierungen von Gruppen können sowohl durch Unterrepräsentation als auch durch Über- oder Missrepräsentation entstehen. So „kann eine Gruppe von Menschen durch ihre Darstellung als nicht repräsentative Minderheit marginalisiert werden oder verunglimpft werden, indem sie

⁴⁰⁹ Young: Justice and the Politics of Difference.

⁴¹⁰ S. Hall: Black men, white media in: Journal of the Caribbean Artists Movement Bde. 9–10, 1974. S. 18–21, zitiert in D. Frost: Islamophobia: examining causal links between the media and ‘race hate’ from ‘below’ in: International Journal of Sociology and Social Policy Bd. 28, Nr. 11/12, 2008, S. 570 (Übersetzung des Zitats)

als nicht normal und sonderbar dargestellt wird. Oder sie kann ausgegrenzt werden, indem sie nur dann in den Medien auftaucht, wenn sie ein Problem darstellt.“⁴¹¹

Erkenntnissen der Forschungsliteratur über die Darstellung von Muslimen in den Medien zufolge ist die Berichterstattung durchgehend negativ. Eine Studie zur Presseberichterstattung über den Islam im Vereinigten Königreich ergab, dass bereits vor 2001 ein unterschwelliger Diskurs vorhanden war, der den Islam als Bedrohung für die britische Gesellschaft und ihre Werte darstellte. Muslime wurden als von der Norm abweichend, irrational, anders und als unfähig, sich an das Leben in Großbritannien anzupassen, wahrgenommen.⁴¹² Untersuchungen in Schweden belegen, dass zwischen 1991 und 1995 der Islam in den meisten Nachrichtenberichten im Fernsehen im Zusammenhang mit Gewaltereignissen vorkam.⁴¹³ Seit dem 11. September 2001 dreht sich die Medienberichterstattung über Muslime hauptsächlich um Sicherheit und Terrorismus.⁴¹⁴ Besonders in der Kritik steht der quantitative Unterschied in der Berichterstattung von Zeitungen über Festnahmen im Zusammenhang mit Terrorismus und der fehlenden Berichterstattung über die anschließende Freilassung festgenommener Personen ohne dass es zu einer Anklage kam.⁴¹⁵ Eine Analyse dänischer Nachrichtenmedien ergab, dass Muslime auch durch kulturalistische Interpretationen von Straftaten, die von Muslimen begangen wurden, stereotypisiert werden, das heißt einer Tendenz, von Muslimen begangene Straftaten mit Bezug auf ihre Religion zu erklären.⁴¹⁶ Eine Überprüfung britischer Medienberichterstattung über Muslime seit dem Jahr 2000 zeigte, dass „der Großteil der Berichterstattung über britische Muslime – etwa zwei Drittel – sich auf Muslime als Gefahr (in Bezug auf Terrorismus), als ein Problem (im Hinblick auf unterschiedliche Werte) oder beides

⁴¹¹ K. Williams: *Understanding Media Theory*, Arnold, London, 2003, S.132 (Übersetzung des Zitats).

⁴¹² E. Poole: *Reporting Islam*, London: I. B. Tauris, 2002.

⁴¹³ Hvitfelt, Håkan: *Den muslimska faran. Om mediebilden av islam (Die muslimische Gefahr: Medienbilder des Islam)*, Ylva Brune (Hg.): *Mörk magi i vita medier (Schwarze Magie in Weißen Medien)*, Carlsson, Stockholm, 1998, S. 72–84, zitiert in G. Larsson: *Muslims in EU Cities: Preliminary Research Report and Literature Review – Sweden*, Open Society Institute, Budapest, 2007, S. 37.

⁴¹⁴ Hafez, Kai/ Richter, Carola: *Das Islambild von ARD und ZDF in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) (26–27/2007): Aus Politik und Zeitgeschichte. (Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament). Frankfurt/Main, Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH, S. 40–46.*

⁴¹⁵ A. Kundnani: *Analysis: the war on terror leads to racial profiling*, Institute of Race Relations, London, 2004.

⁴¹⁶ R. Andreassen: *The Maß Media’s Construction of Gender, Race, Sexuality and Nationality. An Analysis of the Danish News Media’s Communication about Visible Minorities from 1971–2004*, Dissertation, Dept. of History, University of Toronto, 2005, unter: <http://www.rikkeandreassen.dk/phd-afhandling.pdf> (Zugriff November 2009).

(muslimischer Extremismus allgemein) konzentriert“.⁴¹⁷ Laut Überprüfung war 2008 das erste Jahr, in dem „die Menge an Berichten über religiöse und kulturelle Unterschiede (32% der Berichte bis 2008) Berichte mit Terrorismusbezug übertraf (27% bis 2008).“⁴¹⁸

Es gibt allerdings Anzeichen, dass die Medienberichterstattung über Muslime und den Islam sich langsam verbessert. Analysen holländischer Medienberichte nach dem tödlichen Attentat auf Theo van Gogh deuten auf eine mit den Wochen nuanciertere Berichterstattung als unmittelbar nach dem Anschlag hin. Zum Beispiel wurden eher sozioökonomische Faktoren betont als Fragen religiöser und kulturellen Kompatibilität.⁴¹⁹ Eine ein Jahr nach der Ermordung van Goghs durchgeführte Umfrage zeigte, dass negative Ansichten über Muslime zwar nicht zugenommen hatten, doch dass unter den Befragten mit negativer Einstellung sich diese verschärft hatten.⁴²⁰ Auch eine Untersuchung der deutschen Berichterstattung zeigt mehr Gespür und Sensibilität in der Berichterstattung über muslimische Gemeinschaften.⁴²¹

Aus Fokusgruppen und Gesprächen mit Interessenvertretern wurde deutlich, dass befragte Muslime über die Darstellung von Muslimen in den Medien sehr besorgt waren. Teilnehmer in den Fokusgruppen berichteten von einem Gefühl der Hilflosigkeit angesichts einer als gnadenlos negativ empfundenen Medienberichterstattung über den Islam und Muslime. Eine Teilnehmerin einer Fokusgruppe in Antwerpen sprach vielen anderen aus der Seele: „Es macht mich wirklich fertig. Das Problem sind nur ... die Medien, wissen Sie. Jede Zeitung die man aufschlägt: Islam, Islam, Islam. Es geht immer um den Islam.“ Eine andere Teilnehmerin der Berliner Fokusgruppe ärgerte sich über den Gebrauch von Stereotypen in Berichten über Integration und bemerkte, dass in Integrationsdebatten oft Bilder von älteren Frauen mit Kopftüchern gezeigt werden, die auf türkischen Märkten einkaufen. Sie sagte, dass diese Frauen Muslime repräsentierten und gleichzeitig zum Symbol mangelnder Integration würden.

⁴¹⁷ Kerry Moore, Paul Mason, Justin Lewis: *Images of Islam in the UK: The Representation of British Muslims in the National Print News Media 2000–2008*, Cardiff School of Journalism, Media and Cultural Studies, Cardiff, 2008, S. 21 (nachfolgend: Moore et al.: *Images of Islam in the UK*) (Übersetzung des Zitats).

⁴¹⁸ Moore et al.: *Images of Islam in the UK* (Übersetzung des Zitats).

⁴¹⁹ H.G. Boomgaarden, Claes H. de Vreese: *Dramatic Real-World Events and Public Opinion Dynamics: Media coverage and its impact on public reactions to the assassination in: International Journal of Public Opinion Research* 1–13, 2007, S. 9 (nachfolgend: Boomgaarden et al.: *Dramatic Real-World Events and Public Opinion Dynamics*).

⁴²⁰ Boomgaarden et al.: *Dramatic Real-World Events and Public Opinion Dynamics*, S. 4.

⁴²¹ Sabine Schiffer: *Medien als Spiegel und Konstrukteur gesellschaftlicher Vorstellungen. Der Islam in deutschen Medien*, unter http://www.migration-boell.de/web/diversity/48_1231.asp (Zugriff November 2009).

Auch die selektive Auswahl der Medien von Stimmen, die die muslimischen Gemeinschaften repräsentieren sollen rief Unmut hervor. In London waren Fokusgruppenteilnehmer der Ansicht, die Medien berichteten überproportional viel über Extremisten:

Die extremistischen Muslime stehen im Scheinwerferlicht der Medien, und wir müssen dafür sorgen, dass sie da weg kommen. Der durchschnittliche Muslim muss ins Scheinwerferlicht rücken, um ein Grundverständnis zu schaffen, aber das kann nicht geschehen, wenn man sich selbst in seine asiatischen Communities zurückzieht; das geht das nicht.⁴²²

10.2 Lokale und landesweite Medien

Die Forschungsergebnisse zeigen, dass Interessenvertreter und Teilnehmer der Fokusgruppen bei der Berichterstattung zwischen lokalen und nationalen Medien unterschieden. Die Befragten hatten den Eindruck, dass die Lokalmedien eher differenzierten und sich auf kleinere muslimische Gemeinschaften konzentrierten, anstatt sie als ein homogenes, transnationales Kollektiv zu betrachten. In Kopenhagen beispielsweise steht man den lokalen Medien positiver gegenüber als den nationalen. Lokalsender wie Nørrebro TV und Kanal København haben den Ruf, objektiv zu berichten und die ansässigen Minderheiten in ihren Sendungen zu Wort kommen zu lassen. In Leicester wurden die örtlichen Medien im Rahmen der Interviews als fair und verantwortungsvoll beschrieben. Dies liegt hauptsächlich an Unterschieden im Zusammenwirken der lokalen Kräfte, wie in den Fokusgruppen bestätigt wurde:

Lokalmedien sind irgendwie anders, und der Grund liegt darin, dass Lokalmedien eine Kundschaft brauchen, sie brachen die Menschen vor Ort um ihr Produkt zu verkaufen [...] In Leicester haben wir zum Beispiel den *Leicester Mercury*, also kaufen die Leute die Regionalzeitung und so müssen die Verantwortlichen ein bisschen vorsichtiger in der Herangehensweise an ihre Themen sein.⁴²³

Ein weiterer Beleg für die Sensibilität lokaler Medien für die Auswirkungen ihrer Berichterstattung über lokale Gemeinschaften ist das von Befragten in Leicester genannte Beispiel eines Somali, der in Leicester in Zusammenhang mit der Antiterrorismus-Gesetzgebung verhaftet wurde. Den Befragungen zufolge trafen etwa 150 Leute, hauptsächlich Somali mit muslimischem Hintergrund, mit hohen Polizeifunktionären und Vertretern des Stadtrats zusammen und einigten sich bei diesem Treffen darauf, die ethnische Zugehörigkeit des Verdächtigen nicht öffentlich zu machen, um bereits existierende Spannungen in der Stadt nicht zu verschärfen. In der folgenden Berichterstattung des *Leicester Mercury* und des BBC Radio Leicester wurden weder der Name noch die Ethnizität des Betroffenen genannt.

⁴²² Foundations-Fokusgruppe London (Übersetzung des Zitats)

⁴²³ Foundations-Fokusgruppe Leicester (Übersetzung des Zitats)

Fokusgruppenteilnehmer in London fanden ebenfalls, es gebe „einen großen Unterschied“ zwischen nationalen und lokalen Medien:

Wir haben kein Problem mit den Lokalmedien, unsere Beziehungen zu ihnen sind sehr gut. Sie kommen ihrer Aufgabe verantwortungsvoll und moralisch nach. Was die nationalen Medien angeht, Sie wissen wie's läuft.⁴²⁴

In den landesweiten Medien werden wir Muslime stets als Fundamentalisten, Terroristen oder Extremisten dargestellt [...] Die Lokalmedien hingegen setzen sich sehr differenziert mit uns auseinander, sie stellen uns so dar, wie es sein soll, aber die nationalen Medien sind das Problem.⁴²⁵

Die Art der Berichterstattung lokaler Zeitungen hängt außerdem mit dem Profil ihrer Leserschaft zusammen. Der Berliner Beauftragte für Migration und Integration Günter Piening wies auf die unterschiedliche Darstellung von Muslimen in verschiedenen Berliner Lokalzeitungen hin. Seiner Meinung nach berichtet die *Berliner Zeitung* (BZ) im Vergleich zu der anspruchsvolleren Zeitung *Der Tagesspiegel* häufig positiv über muslimische Themen. Er deutete darauf hin, dass dies die Unterschiede des Profils der jeweiligen Leserschaft widerspiegelt: Die BZ-Leser sind eher Arbeiter und kommen aus den unteren Einkommenschichten, darunter auch viele Muslime, während *Der Tagesspiegel* von der Mittelschicht gelesen wird. Piening ist der Ansicht, dass *Der Tagesspiegel* die offenbar wachsende Reserviertheit gegenüber Muslimen und muslimischen Organisationen dementsprechend befriedigt – und reproduziert.⁴²⁶

10.3 Folgen der Medienberichterstattung über Muslime

Im Allgemeinen waren Fokusgruppenteilnehmer traurig, verletzt, wütend und in manchen Fällen auch entfremdet über die Berichterstattung über den Islam und die Muslime in den Medien. Ein Beispiel für das Gefühl der Entfremdung durch negative Stereotypisierung in der Presse kam während der Fokusgruppendifkussion in Antwerpen zutage. Es ging um die Berichterstattung über den Fall eines belgischen Jungen, der ein paar Jahre zuvor an einem Bahnhof in Brüssel erstochen worden war. Die Medienberichte legten (basierend auf Zeugenaussagen und Videoüberwachung) den Schluss nahe, die Täter seien Marokkaner. Ein Journalist einer Zeitung aus Flandern verlangte von der Community der Migranten, mit der die marokkanischen Muslime gemeint waren, die Täter als Zeichen des guten Willens der belgischen Gesellschaft gegenüber an die Polizei auszuhändigen:

Der Mord an Joe van Holsbeeck war für unsere Gemeinschaft ein echter Schlag, denn während dieser ersten fünf Tage [...] hieß es, zwei Marokkaner hätten einen MP3-Player gestohlen und [...] man fühlte sich wirklich lächerlich als

⁴²⁴ Foundations-Fokusgruppe London (Übersetzung des Zitats).

⁴²⁵ Foundations-Fokusgruppe London (Übersetzung des Zitats).

⁴²⁶ Interview mit Günter Piening.

Marokkaner. Die Medien wiederholten diese Meldung ununterbrochen. Eine Woche später jedoch schienen sie [die Täter] Polen zu sein [...] Aber eine Woche lang war ganz Belgien gegen uns. Und wenn das passiert, fühlt man sich wirklich nicht mehr wie ein belgischer Staatsbürger. Ich bin hier geboren und aufgewachsen, aber in dieser Zeit habe ich mich in Belgien wirklich fremd gefühlt wegen etwas, womit ich nichts zu tun hatte. Ich habe mich immer über das Tagesgeschehen informiert und dieses Schuldgefühl war direkt auf die Medien zurückzuführen.⁴²⁷

Vertreter der Kommunalbehörden in Antwerpen und Amsterdam zeigten sich in Interviews kritisch über die Rolle, die die Medien ihrer Ansicht nach bei der Verstärkung und Verschlimmerung der Spannungen hatten sowie deren Versäumnis, über positive Beispiele oder Initiativen in ihren Städten zu berichten.

Die Studie zeigt außerdem Beispiele des negativen Einflusses der Medienberichterstattung auf lokale Ereignisse. Die Berichte rund um den Start von Geert Wilders Film *Fitna* wurde von Interessenvertretern in Amsterdam besonders kritisiert. Einige Befragte vertraten die Ansicht, dass die Medien mit ihren Berichten über die mögliche Reaktion der niederländischen Muslime auf den Filmstart eben jene Spannungen heraufbeschworen, auf die es die Journalisten abgesehen hatten. Die negative Medienberichterstattung über einen antisemitischen Kommentar in einem offenen Forum auf der Internetseite der *Muslimischen Jugend Deutschland* (MJD) in Berlin führte dazu, dass das Ministerium für Familie und Jugend die öffentliche Finanzierung eines Projekts gegen die Falschinterpretation des Islam (von Muslimen) und den Missbrauch islamischer Argumente für die Rechtfertigung feindseligen Verhaltens zurück zog. Obwohl die Organisation sich von dem Kommentar auf ihrer Internetseite distanzierte und auf eine lange und gute Zusammenarbeit mit anderen Religionsgruppen verweisen konnte, schrieben manche Medien, der Kommentar sei Beweis für die antisemitische Einstellung der Organisation und deute auf eine enge Verbindung zwischen ihr und der Muslimbruderschaft hin.⁴²⁸

10.4 Reaktionen auf die Berichterstattung über Muslime

Wie die Foundations-Studie belegt gibt die negative Medienberichterstattung einigen Muslimen Anlass, sich selbst aktiv mit den Medien zu beschäftigen. Die Notwendigkeit zu reagieren führte zu Initiativen von Einzelpersonen, Organisationen

⁴²⁷ Foundations-Fokusgruppe Antwerpen (Übersetzung des Zitats)

⁴²⁸ Die Berliner Tageszeitung *Der Tagesspiegel* schrieb folgendes: „Für den Verfassungsschutz steht fest, dass es enge Verbindungen gibt. So sei der Verein im „Haus des Islam“ gegründet worden, eine Organisation, die Mitglied im Zentralrat der Muslime ist. Der Zentralrat wiederum sei eine Dachorganisation, zu der auch die Islamische Gemeinschaft gehöre und die werde von Anhängern der fundamentalistischen Muslimbruderschaft beeinflusst.“ Susanne Vieth-Entus: Antisemitismus inbegriffen, *Der Tagesspiegel*, 7. November 2003, unter <http://www.tagesspiegel.de/berlin/art270,1973689> (Zugriff November 2009).

der Community und öffentlichen Einrichtungen für mehr Beteiligung von Muslimen an Mediendebatten und Diskussionen. Eine Foundations-Fokusgruppenteilnehmerin in Berlin sagte als Reaktion auf die negative Berichterstattung über Muslime: „Man muss die Dinge selbst in die Hand nehmen, und die einzige Möglichkeit ist die Veröffentlichung eigener Artikel, der Versuch, die Debatte in den Medien offen zu halten und Debatten zu organisieren.“ Die Kampagne *Islam is Peace*, in Folge der Bombenanschläge vom 7. Juli 2005 in London gegründet, startete 2007 eine PR-Kampagne mit Postern in Londoner Bussen und U-Bahnhöfen, auf denen zahlreiche Muslime zu sehen waren, darunter eine Polizeibeamtin und ein Pfadfindergruppenleiter, mit dem Slogan „*Proud to be a British Muslim*“ (Ich bin stolz, ein britischer Muslim zu sein).⁴²⁹ Der Londoner Stadtrat unterstützte junge Muslime, die sich über die negative Darstellung von Muslimen in Fernsehfilmen besorgt zeigten, indem er mehrere Kurzfilme zu diesem Thema produzierte.⁴³⁰ Die jungen muslimischen Projektteilnehmer hatten dadurch die Gelegenheit, ihre Anliegen mit prominenten Journalisten sowie den Drehbuchautoren der beliebten britischen Polizeifernsehserie *The Bill* zu erörtern.

Die Lokalzeitung *Leicester Mercury* setzte ein multikulturelles Beratungsgremium ein (zusammengesetzt aus Community-Vertretern, Vertretern von Glaubensgemeinschaften, Akademikern und anderen Akteuren wie Vertreter der Polizei und der der Kommunalbehörden), das im Bemühen der Lokalmedien um mehr Verständnis zwischen den unterschiedlichen Gemeinschaften in Leicester einen Resonanzboden bildet. Interviews mit Interessenvertretern machten deutlich, dass die durch dieses Gremium entstandenen Beziehungen der Zeitung nach den Bombenanschlägen auf die Londoner U-Bahn im Juli 2005 halfen, eine ausgewogene Berichterstattung beizubehalten. So berichtete die Zeitung über die von Muslimen organisierte Friedensdemonstration wenige Tage nach dem Anschlag.

Die Vorteile von mehr Kontakten zwischen muslimischen Organisationen und den Medien werden auch im Rahmen der Foundations-Studie in Berlin deutlich. Dort brachte ein Forschungsprojekt Vertreter der muslimischen Gemeinschaft und Journalisten an einem runden Tisch zusammen. Der Erfolg dieser Initiative führte dazu, dass der runde Tisch nach Beendigung des Projektes weitergeführt wird und sogar in anderen Bezirken ein solcher runder Tisch eingeführt wurde.

10.5 Medienproduktion

Muslime und andere Minderheiten sind aktiv in die ihre Minderheitengruppen repräsentierende Medienproduktion involviert, beispielsweise indem sie ihre

⁴²⁹ BBC News: Muslim 'peace' adverts launched, 1. Oktober 2007, unter <http://news.bbc.co.uk/1/hi/uk/7021323.stm> (Zugriff November 2009).

⁴³⁰ Siehe Internetseite des Waltham Forest Council unter <http://www.walthamforest.gov.uk/index/social/community-cohesion/cohesion-with-young-people/imuslim.htm> (Zugriff November 2009).

Erfahrungen und Geschichten erzählen. In Belgien wird für katholische und jüdische Gottesdienste öffentliche Rundfunkzeit zur Verfügung gestellt, doch ein ähnlicher Vorstoß von muslimischer Seite wurde negativ beantwortet. In Dänemark starteten die dänische Nationalbibliothek, der Dänische Flüchtlingsrat und die Dänische Rundfunkanstalt (DR) vor kurzem eine gemeinsame Online-Nachrichtenseite in den sechs Sprachen der größten Migrantengruppen. In Deutschland ging 1994 als Reaktion auf die rassistisch motivierten Anschläge in Mölln und anderen deutschen Städten der Radiosender Multikulti auf Sendung (Teil des regionalen Radio- und Fernsehsenders RBB). Er sendet in 21 unterschiedlichen Sprachen, die Länge der Sendezeit wurde proportional zur Größe der Sprachgemeinschaften in Berlin vergeben. Der Sender spielte auch eine wichtige Rolle bei der Ausbildung und Förderung von Journalisten aus Minderheitengruppen. Ebenfalls in Berlin startete 1998 der Sender Makaria, der erste Sender der Stadt, der in türkischer Sprache sendet. Seit 1999 sendet der türkischsprachige Sender Metropol FM in Berlin und anderen Teilen Deutschlands.

In Frankreich existieren seit Anfang der 1980er Jahre speziell an muslimische Zuhörer gerichtete Radioprogramme. Das erste war *Connaitre l'Islam* (Den Islam kennen), das sonntags morgens parallel zu den Sendungen über Christentum und Buddhismus ausgestrahlt wurde. In den frühen 1980er Jahren ging Radio Orient in Paris auf Sendung, das zunächst nur in arabischer Sprache sendete. Seit 2002 gibt es auch Beiträge in französischer Sprache. Radio Beur, jetzt Beur FM, startete ebenfalls in dieser Zeit und spielte eine entscheidende Rolle in *les marches des beurs* im Jahr 1983.⁴³¹

In den Niederlanden sind auf lokaler Ebene AT5 und MTNL (Multikulturelles Fernsehen der Niederlande) von Bedeutung, die in Amsterdam, Rotterdam, Utrecht und Den Haag senden. Das Programm richtet sich mit Lokalnachrichten an ein multikulturelles urbanes Publikum und wirbt für Inklusion sowie eine positive Einstellung zu kultureller Vielfalt. Junge Marokkaner unterhalten ihre eigenen Websites auf Niederländisch, wie *maroc.nl*. Zusätzlich zu Sendungen auf den etablierten Massenprogrammen existieren zwei muslimische Rundfunkanstalten in den Niederlanden. Die erste, NIO (Niederländische Islamische Rundfunkanstalt), ist die Stimme des niederländischen Beratungsorgans *Overlegorgaan Moslims en Overheid* (Muslime und Regierung). Die zweite, NMO (Niederländische muslimische Rundfunkanstalt), ist ein unabhängiger Sender, der die Vielfalt der muslimischen Gemeinschaften zu repräsentieren und Debatten und Dialog unter Muslimen sowie zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen in den Niederlanden anzustoßen sucht.

⁴³¹ Siehe N. Echchaibi: Republican Diasporas: Beur FM and the Suburban Riots in France, Vortrag beim jährlichen Treffen der International Communication Association, TBA, San Francisco, 23. Mai 2007, unter http://www.allacademic.com/meta/p_mla_apa_research_citation/1/7/0/8/0/p170801_index.html#get_document (Zugriff November 2009).

Unter seinen Radiosendern hat der BBC im Vereinigten Königreich das *BBC Asian Network*. Auf lokaler Ebene werden Lizenzen für Community-Radiosender vergeben, von denen einige speziell während des Monats Ramadan senden, weshalb sie insgesamt häufig *Radio Ramadan* genannt werden.

10.6 Erhöhung der ethnischen Vielfalt in den Medien

Die Foundations-Berichte heben Initiativen hervor, welche die Vielfalt der Medienschaffenden fördern und eine größere Einbeziehung ethnischer Minderheiten anstreben. In Deutschland hat sich die Bundesregierung im Rahmen des nationalen Integrationsplans mit ihrem Diversity Mainstreaming für eine wachsende Zahl von Medienschaffenden aus ethnischen Minderheiten ausgesprochen.⁴³² In Belgien unterzeichnete das öffentlich-rechtliche Fernsehnetzwerk VRT eine Charta der Vielfalt. Dort heißt es, dass der VRT als Massenmedium die Vielfalt der Bevölkerung widerspiegeln sollte. Teil der Anstrengungen in Flandern, jungen Menschen aus ethnischen Minderheiten in den Medien mehr Präsenz zu verleihen, ist das VRT-Programm *Rwina*. Allerdings wurde Kritik aus den Fokusgruppen über das Programm laut. Es reproduziere Vorurteile.

10.7 Wichtigste Erkenntnisse

Muslime wurden von den Medien in unterschiedlichen europäischen Ländern zweifellos sehr kritisch betrachtet. Vieles davon umfasste die negative Verstärkung von Stereotypen und Vorurteilen. Die Studie legt jedoch auch nahe, dass die Medienberichterstattung nicht undifferenziert ist. Es gibt Anzeichen für Komplexität bei vielen Beiträgen. Muslime sind sich der Unterschiede zwischen Ansatz und Agenda der unterschiedlichen Medienunternehmen bewusst. Die negative Medienberichterstattung hat zudem dazu geführt, dass sich Einzelne sowie zivilgesellschaftliche und öffentliche Organe stärker in Mediendebatten und Diskussionen engagieren. Sie hat das Bedürfnis in Bezug auf die Ermutigung und Unterstützung von Muslimen, in den Medien zu arbeiten, in den Mittelpunkt gerückt.

⁴³² Deutsche Bundesregierung: Der nationale Integrationsplan. Neue Wege – neue Chancen, Berlin, 2007.

11. EMPFEHLUNGEN

Die folgenden Empfehlungen richten sich an politische Entscheidungsträger der Europäischen Union sowie nationale und kommunale. Obwohl das Bewusstsein besteht, dass ein Bericht zur Integration nicht die Rolle ethnischer Minderheiten, und in diesem Fall muslimische Gemeinschaften, vernachlässigen kann, die sie bei der Förderung der sozialen Kohäsion einnehmen, enthält dieser Bericht keine offenkundigen Empfehlungen für diese Gruppen. Muslimische Gemeinschaften in Europa setzen sich für die Bekämpfung und Richtigstellung von Vorurteilen sowie negativen Stereotypen in Bezug auf Muslime ein. Einige Anstrengungen haben anerkanntermaßen Einfluss in Bezug auf die Erreichung einiger Veränderungen in den entsprechenden Städten gehabt. Dennoch besteht die Notwendigkeit für weitere und stärker koordinierte Anstrengungen. Die Einbeziehung der Entrechteten in Bezug auf Teilhabe benötigt politische Ansätze, die sich mit grundlegender Ungleichheit und Diskriminierung auseinandersetzen. Gleichzeitig liegt die Verantwortung bei den Communities, Maßnahmen und Anstrengungen anzustoßen, die einen Wandel in der Politik, Praxis und im Verhalten bewirken. Empfehlungen an muslimische Gemeinschaften sind in den einzelnen Städteberichten des Projektes „At Home in Europe“ der Open Society Foundations enthalten.

AN ENTSCHEIDUNGSTRÄGER DER EUROPÄISCHEN UNION

11.1 Anerkennen, dass Religion für Muslime kein Integrationshemmnis ist

Insgesamt offenbart der Bericht positive Zeichen bezüglich der Integration. Sowohl muslimische als auch nicht-muslimische Befragte hatten den Eindruck, dass die Menschen in ihrer Nachbarschaft hilfsbereit sind, einander vertrauen und mit Menschen anderer Herkunft gut auskommen. Beide Gruppen waren sich einig, dass Respekt vor dem Gesetz, Chancengleichheit sowie Rede- und Ausdrucksfreiheit als wichtige Werte in den jeweiligen Ländern sind, in denen sie leben.

1. Die Foundations-Daten entsprechen denen bestehender Forschungsergebnisse, die Religion als wichtigen Aspekt für die Identität von Muslimen benennen. Bestehende Forschungsergebnisse legen nahe, dass Religion de facto eine wichtige Form von Sozialkapital darstellen kann, welches die Teilhabe und Integration unterstützt. Antworten im Rahmen der Foundations-Studie auf Fragen zur Kohäsion und Zugehörigkeit, dem Vertrauen oder der kulturellen Identifikation mit dem Land zeigten wenige Unterschiede zwischen Muslimen mit und ohne sichtbare Zeichen der religiösen Identität. Vorurteile und Diskriminierung gegenüber Muslimen mit sichtbaren Zeichen der religiösen Identität sind jedoch signifikant. Vorurteile gegenüber Muslimen sind nicht bloß das Ergebnis von Vorurteilen gegenüber Migranten. Die bestehende

Forschungsliteratur kommt zu dem Erkenntnis, dass das Ausmaß an Vorurteilen gegenüber Muslimen größer ist als gegenüber Migranten. Die qualitativen Daten der Foundations-Studie weisen auf eine Hartnäckigkeit der Diskriminierung und Vorurteile bei der Zersetzung des Zugehörigkeitsgefühls bei muslimischen Gruppen. Die Mitgliedstaaten der EU sollten auf die Erkenntnisse der Studie reagieren, dass die meisten sich von sichtbaren religiösen Zeichen nicht bedroht fühlen und sollten sich stattdessen auf Diskriminierung, Vorurteile und Stereotypisierung konzentrieren, die von wenigen gegen Menschen gerichtet ist, die Zeichen ihrer religiösen Identität sichtbar zeigen.

11.2 Verstärkte Anstrengungen bei der Bekämpfung von Diskriminierung

Die Foundations-Studie legt nahe, dass religiös motivierte Diskriminierung gegenüber Muslimen weiterhin eine entscheidende Hürde bei der vollständigen und gleichberechtigten gesellschaftlichen Teilhabe darstellt. Die Erkenntnisse der Foundations-Befragung entsprechen denen anderer Studien und legen nahe, dass religiöse Diskriminierung gegenüber Muslimen weitverbreitet und während der letzten fünf Jahre gestiegen ist.

2. Entscheidungsträger der EU sollten die Annahme von Gleichbehandlungsgrundsätzen anregen, die religiös motivierte Diskriminierung in den Bereichen Bildung, Wohnen, Transport und Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen abdecken. All dies sind Bereiche, in denen der Studie zufolge Muslime mit Diskriminierung ausgesetzt sind.
3. Gleichberechtigungsorgane sollten sich im Rahmen ihres Mandats für die Förderung guter Beziehungen zwischen den Communities einsetzen. Die EU-Kommission und der Europäische Rat sollten europäische Organisationen wie Equinet und die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte bei ihren Anstrengungen für verbesserte Beziehungen zwischen den Ethnien und ihrer Nichtdiskriminierungsarbeit unterstützen.
4. Die Arbeit der EU und der Mitgliedstaaten zur Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung sollte auch eine spezielle Konzentration auf Vorurteile und Stereotype gegenüber Muslimen umfassen. Die Sicherstellung der Unterstützung vonseiten der Öffentlichkeit und das Bekenntnis zu den Werten, die dem Engagement der EU bezüglich Gleichheit und Nichtdiskriminierung zugrunde liegen, ist für erfolgreiche Bekämpfung von Vorurteilen und Stereotypen erforderlich. Neben der Gesetzgebung in den Bereichen Bildung, Medien, Kultur und Sport erfordert dies die Entwicklung effektiver und alternativer Instrumente.

Muslime haben im Allgemeinen großes Vertrauen in die Polizei. Die Foundations-Erkenntnisse legen nahe, dass Diskriminierung vonseiten der Polizei für manche

Muslime weiterhin eine entscheidende Sorge ist, besonders unter jungen muslimischen Männern. Die bestehende Foundations-Forschung zeigt außerdem, dass junge Angehörige von Minderheiten häufig ethnischen Profiling unterworfen sind.

5. Die EU-Kommission und der Europäische Rat sollten Richtlinien für den nationalen Datenschutz bereitstellen, welche adäquaten Schutz gegen ethnisches und religiöses Profiling umfassen.
6. Die EU-Kommission und der Europäische Rat sollten die Erfassung anonymer statistischer Daten zu Ethnizität und Strafverfolgung (unter anderem durch technische Leitung und Programmfinanzierung) unterstützen. Solche Daten sind bei der Aufdeckung, Überwachung und Bekämpfung von ethnischen Profiling auf nationaler und kommunaler Ebene in den Mitgliedstaaten essentiell.
7. Es besteht der Bedarf nach finanzieller Förderung vonseiten der EU-Kommission für Pilotprojekte, Forschung und die Verbreitung bewährter Verfahren zur Anwerbung einer ethnisch vielfältigeren Polizei.

11.3 Verbesserung und Reform der Integrations- und Minderheitenpolitik

8. Die Gemeinsamen Grundprinzipien (GGP) bieten einen wichtigen Rahmen für die Entwicklung von Integrationsinitiativen auf nationaler und kommunaler Ebene in Europa. Damit sie effektiv sind, müssen sie auf kommunaler und städtischer Ebene verstanden, angenommen und verinnerlicht werden. Auf europäischer Ebene sind Maßnahmen erforderlich, um das Profil und das Bewusstsein bezüglich der GGP in der Zivilgesellschaft und bei Lokalpolitikern zu fördern. Die Open Society Foundations unterstützen die Empfehlung von EURO CITIES an die EU-Kommission, einen Konsultationsrahmen mit größeren Städten und ihren Vereinen und Organisationen für die Schaffung eines Dialoges des Sektor im Bereich der Integration zu entwickeln. Dies wird im Rahmen des Territorialen Dialoges zwischen der EU-Kommission und europäischen sowie nationalen Vereinigungen lokaler und regionaler Behörden geschehen.
9. Die GGP definieren Integration als zweiseitigen Prozess. Damit dieser wahrhaftig entstehen kann, ist es entscheidend, dass bei Integrationspolitik die Mehrheitsgesellschaft eingeschlossen und angesprochen wird. Die Foundations-Studie ermittelt einige Bereiche, in denen Maßnahmen erforderlich sind, die die Allgemeinheit einbeziehen. Beispielsweise identifiziert sich zwar die Hälfte der muslimischen Befragten mit dem Land, in dem sie leben (sie sehen sich z. B. als Belgier, Niederländer, Franzosen usw.), sie haben jedoch nicht den Eindruck, dass die Allgemeinheit sie als solche betrachtet. Eine Mehrheit der nicht-muslimischen Befragten ist der Ansicht, dass Menschen in der Nachbarschaft nicht die gleichen Werte teilen.

Religiös motivierte Diskriminierung geht am häufigsten von der Allgemeinheit aus, anstatt von einer bestimmten Institution oder einem beruflichen Umfeld. Dies legt nahe, dass Anstrengungen erforderlich sind, um sicherzustellen, dass die Allgemeinheit Muslime als Teil der Gesellschaft betrachtet. Dies könnte durch verstärkte Maßnahmen in Bezug auf mehr Wissen und Verständnis bei der Allgemeinheit Europas über den Beitrag der Muslime zu europäischen Werten, Kultur, Gesellschaft und Wirtschaft erreicht werden. Dieser Beitrag der Muslime zur europäischen Gesellschaft sollte fester Bestandteil der Geschichte europäischer Identität sein.

10. Um ein eindeutiges und besseres Verständnis für die Erfahrungen von Muslimen in Europa zu entwickeln, sind belastbare Daten erforderlich. Nur wenige EU-Länder erfassen Angaben oder Daten in Bezug auf religiöse Ansichten oder Identität. Manche politische Entscheidungsträger sind der Auffassung, dass Rasse, Ethnizität oder Migrationsstatus als Erklärung für die von Muslimen erfahrene soziale Ausgrenzung wichtiger sind als Religion. Das mag stimmen. Ohne Daten in Bezug auf die Religion ist es jedoch unmöglich zu wissen, ob und wann Religion einen signifikanten Faktor bei der Erfahrung von Muslimen darstellt. Zwei EU-weite Umfragen leisten einen wertvollen Beitrag zur Schließung dieser Wissenslücke: die Europäische Sozialstudie (ESS) und EUMIDIS. Diese Befragungen sollten durch finanzielle Unterstützung weiterentwickelt werden. Zudem sollte die Aufnahme von entsprechenden Minderheitengruppen in die ESS erwogen werden. EUMIDIS sollte auf das Vereinigte Königreich und weitere Länder in Europa ausgeweitet werden, die bislang von der Umfrage nicht abgedeckt werden, jedoch eine signifikante oder wachsende muslimische Bevölkerung haben. Das Eurobarometer könnte erwägen, eine zusätzliche Frage zur Religion, Wahrnehmungen und Einstellungen gegenüber Muslimen und anderen Minderheiten aufzunehmen.
11. Die Foundations-Studie zeigt viele gute Beispiele für die Anstrengungen derjenigen, die im öffentlichen Dienst in ganz Europa im Umgang mit wachsender ethnischer und religiöser Vielfalt arbeiten. Viele Ausbildungsprogramme stammen aus einer Zeit, in der weniger Anerkennung bezüglich solcher Vielfalt bestand. Der Integrationsfonds sollte die Finanzierung bezüglich der Förderung von Initiativen für einen besseren Umgang mit Vielfalt im öffentlichen Dienst, einschließlich Polizei und Lehrkräfte, priorisieren.
12. Der Europarat und andere Organisationen sollten die Forschung weiterführen und ausweiten, mit einer Konzentration auf den Einfluss der Medienberichterstattung über Muslime und deren Auswirkungen auf die soziale Kohäsion auf lokaler Ebene.

11.4. Vielfalt und Diskriminierung am Arbeitsplatz begegnen

Die zentrale Rolle der Teilhabe am Arbeitsmarkt in Bezug auf Integration und Inklusion wird in der Foundations-Studie bestätigt. Bei muslimischen Befragten korrelieren höhere Beschäftigungsniveaus (besonders Vollzeitbeschäftigung) mit der kulturellen Identifikation mit dem Land. Zudem treten Muslime am ehesten am Arbeitsplatz in bedeutsamen Kontakt mit Menschen unterschiedlicher ethnischer und religiöser Herkunft.

13. Die Teilhabe von Muslimen am Arbeitsmarkt ist niedriger als die der Allgemeinheit. Die Teilhabe am Arbeitsmarkt ist bei muslimischen Frauen besonders niedrig. Dies ist zum Teil auf religiös motivierte Diskriminierung zurückzuführen, jedoch auch auf andere Faktoren. Ein besseres Verständnis in Bezug auf die Hindernisse beim Zugang zum Arbeitsmarkt ist erforderlich, die Muslimen, und insbesondere Muslimas, ausgesetzt sind. Gleichzeitig fand die Foundations-Studie einige Initiativen, die effektiv im Umgang mit diesen Hindernissen funktionieren. Beispielsweise Initiativen, bei denen Organisationen der muslimischen Community und der Zivilgesellschaft kooperieren, um sicherzustellen, dass Rat und Informationen diejenigen erreicht, die am weitesten vom Arbeitsmarkt entfernt sind. Zudem existieren Projekte, die die Notwendigkeit erkennen, Mitarbeiter einzustellen, deren ethnischer und kultureller Hintergrund widergespiegelt wird und diejenigen einbezieht, die mit den Beschäftigungsinitiativen erreicht werden sollen. Die Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit der Europäischen Kommission sollte Beispiele bewährter Verfahren, die von europäischen Städten verwendet werden, um die Vielfalt am Arbeitsplatz zu erhöhen, sammeln und verbreiten.
14. Unter Muslimen ist die Arbeitslosenquote höher und die Erwerbsquote niedriger als bei der Allgemeinheit. Ein Teil dieses Nachteils kann auf das Humankapital zurückgeführt werden, jedoch auch auf Faktoren wie fehlende soziale Netzwerke, Informationen und Verständnis des Arbeitsmarktes sowie Sprachkompetenzen. Zudem bestehen Hinweise darauf, dass einige Muslime sowohl ethnisch als auch religiös benachteiligt werden. Religiös motivierte Diskriminierung betrifft insbesondere Frauen, die sich verschleiern und ein Kopftuch tragen. Die EU wird angeregt, Mitgliedstaaten dabei zu unterstützen, Organe auf kommunaler Ebene einzurichten und zu unterstützen, die den Zugang zum Arbeitsmarkt überwachen und auswerten und zur ökonomischen Integration von Muslimen und ethnischen Minderheiten beitragen. Diese Organe sollten Einstellungsverfahren, Vielfalt der Angestellten im öffentlichen Dienst und in privaten Unternehmen sowie die Vergabe von Verträgen mit der öffentlichen Verwaltung überwachen.

11.5 Verbesserter Zugang zu Bildung und besserer Umgang mit Vielfalt in der Schüler- und Studentenschaft

Schulen sehen sich als erste öffentliche Einrichtungen mit dem demografischen Wandel in Europas Städten konfrontiert. Im Rahmen der Foundations-Studie werden viele gute Praxisbeispiele im Bildungsbereich auf lokaler Ebene erfasst. Die EU sollte sich für die Schaffung eines Städteforums für folgende Arbeitsbereiche einsetzen:

15. **Datenerfassung.** Die Entwicklung evidenzbasierter Bildungspolitik erfordert belastbare Daten. Die Foundations-Studie legt nahe, dass auf lokaler Ebene Städte unterschiedliche Handlungsansätze für die Datenerfassung erwägen, die ein nutzbares Bild der Erfahrungen von Schülern aus unterschiedlichen Minderheiten vermitteln. In Antwerpen wurden die erfassten Daten zu den zu Hause gesprochenen Sprachen angepasst, um die Erfahrungen der zweiten Generation zu berücksichtigen. Leicester entwickelt ein präziseres und umfassenderes System zur Datenerhebung. Die Europäische Kommission und der Europäische Rat sollten die Forschung und den Austausch von bewährten Verfahren bei der Entwicklung von entsprechenden statistischen Daten zu Ethnizität und Religion in der Bildung (auch durch technische Leitung) unterstützen.
16. **Bildungsprogramme sollten das kulturelle Erbe einbeziehen.** Im Rahmen der Foundations-Studie wurden zahlreiche gute Beispiele ermittelt, wie Schulen das kulturelle Erbe der Schüler und ihrer Familien genutzt wird, um die Bildung und das Lernen zu fördern. Dazu gehört das „Rucksackprojekt“ in Berlin, die Entwicklung der Initiative CREAM (Curriculum Reflecting the Experiences of African Caribbean and Muslim Pupils) in Leicester und die Nutzung des bilingualen Erbes der Schüler als Aktivposten in Amsterdam und Marseille. Die Generaldirektion Bildung und Kultur der Europäischen Kommission sollte Möglichkeiten untersuchen, wie Schulen in Europa gute Verfahren austauschen können, die effektiv das kulturelle Erbe der Schüler genutzt haben, um das Lernen zu verbessern. Zahlreiche internationale und nationale Organisationen haben bereits Projekte, die Bildungskomponenten zur effektiven Unterstützung von Lehrkräften und politischen Entscheidungsträgern bieten.
17. In einigen Städten wurde deutlich, dass eine niedrige Erwartungshaltung und Diskriminierung vonseiten der Lehrkräfte ein wichtiges Thema ist: Die Beispiele umfassten Lehrkräfte, die den Islam verhöhnern, und mangelnder Sensibilität für religiöse Verpflichtungen der Schüler. Für viele Lehrkräfte ist die Unterrichtung einer zunehmend kulturell und religiös vielfältigen Schülerschaft eine Herausforderung, für die sie geschult und dabei unterstützt werden müssen. Die EU erkennt dies an, wobei das Comenius-Programm das interkulturelle Verständnis fördern möchte. Das Programm sollte (als eine der Prioritäten) die Unterstützung von Lehrkräften beim Erwerb eines größeren Verständnisses des kulturellen Erbes und der Hintergründe unterschiedlicher

Glaubensgemeinschaften – einschließlich der Muslime – umfassen. Es gibt zahlreiche innovative und zeitgemäße Projekte von Organisationen und der Zivilgesellschaft, die Lehrkräften und Schülern die sehr benötigten Ressourcen bieten könnten.⁴³³

AN NATIONALE UND KOMMUNALE ENTSCHEIDUNGSTRÄGER

11.6 Verstärktes Bewusstsein über Diskriminierung

18. Muslime erfahren weiterhin Rassendiskriminierung und religiös motivierte Diskriminierung. Die Regierungen der Staaten sollten Sensibilisierungskampagnen über Antidiskriminierungsgesetze initiieren und unterstützen. Wo notwendig sollte die Gesetzgebung zudem Diskriminierung im Bereich Bildung, Wohnungswesen, Polizeiarbeit und Zugang zu Gütern und Dienstleistungen abdecken. Mit der Aufklärung muss die Unterstützung einhergehen (darunter der Zugang zu Rechtsberatung) für diejenige, die eine Entschädigung aufgrund religiös motivierter Diskriminierung anstreben.

11.7 Vorteile und Herausforderungen ethnisch gemischter Stadtteile anerkennen

19. In der Foundations-Studie wird deutlich, dass Stadtteile mit einer guten Mischung von Menschen unterschiedlicher Ethnien, Kulturen und Religionen lebendig und dynamisch sind. Sowohl Muslime als auch Nicht-Muslime leben gern in gemischten Stadtteilen und sind stolz auf sie. Die Mehrheit hat den Eindruck, dass die Menschen in ihrem Stadtteil hilfsbereit sind, einander vertraut und Menschen unterschiedlicher Herkunft gut miteinander auskommen. Einige Herausforderungen bleiben jedoch bestehen. Die Mehrheit der Befragten der Foundations-Studie hatte den Eindruck, dass die Menschen in ihren Stadtteilen hilfsbereit sind, glaubte jedoch nicht, dass sich die Menschen gemeinsam für die Verbesserung ihrer Stadtteile einsetzen würden. Die Mehrheit der Befragten war nicht der Ansicht, dass die Menschen in ihrem Stadtteil gleiche Werte teilten. Dies legt die Notwendigkeit einer stärkeren Konzentration auf eine gemeinsame lokale Identität und Politik nahe (einschließlich Stadterneuerungsprogramme), um die gemeinsame Investition und Pflege des Stadtteils zu fördern.

⁴³³ Siehe zum Beispiel www.maslaha.org.

11.8 Muslimische zivilgesellschaftliche Körperschaften als rechtmäßige Beteiligte bei der Konsultation und Einbeziehung der Community anerkennen

20. Die Foundations-Studie hat ermittelt, dass die Anerkennung muslimischer Organisationen durch lokale politische Entscheidungsträger ein wichtiger Bestandteil des gesellschaftlichen Gefüges in ihren Bezirken ist. Wo Vertreter der Stadt und Bezirke mit muslimischen Communities und ihren zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammenarbeiteten, bestand mehr Vertrauen und ein stärkeres Gefühl von Integration in der Stadt. Die Studie beleuchtet Beispiele für die gelungene Zusammenarbeit von Lokalpolitikern und muslimischer Zivilgesellschaft in zahlreichen Bereichen wie Beschäftigung, Gesundheit und Polizeiarbeit. Muslimische zivilgesellschaftliche Organisationen sind in der Lage, den Zugang zu Teilen der Community zu fördern, die öffentliche Einrichtungen sonst eventuell nur schwer erreichen und bieten Informationen und Beratung, die die effektive und effiziente Bereitstellung von Dienstleistungen sicherstellt, welche die Bedürfnisse der lokalen Gemeinschaften berücksichtigen. Die Einbeziehung der muslimischen zivilgesellschaftlichen Organisationen muss bei gleichzeitiger Anerkennung der gesamten Vielfalt der muslimischen Gemeinschaften stattfinden und anerkennen, dass kein einzelnes Organ oder ein Verband diese Vielfalt verkörpern kann.

11.9 Die Reform der Definitionen von Staatsangehörigkeit und Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger erwägen

21. Die Einbürgerung sollte Ziel der Niederlassung sein (wie in den USA, Kanada und Australien). Wo nötig sollte das nationale Staatsangehörigkeitsrecht reformiert werden, um lange im Land niedergelassenen Migranten und im Land Geborenen den Zugang zur Staatsangehörigkeit sicherzustellen. Gleichzeitig sollte die doppelte Staatsbürgerschaft zugelassen werden.
22. Die Foundations-Studie stellt fest, dass lokale politische Entscheidungsträger sich um die demokratische Rechtmäßigkeit von ergriffenen Maßnahmen seitens der städtischen Behörden in Gegenden sorgt, in denen ein signifikanter Anteil der lange niedergelassenen Bevölkerungsgruppen ausgegrenzt ist. Dies kann durch die Ausweitung des kommunales Wahlrechts auf alle Bürger einer Stadt, die dort seit Langem leben, angegangen werden.
23. Die Foundations-Studie ermittelte einige ermutigende Trends sowie hartnäckige Hemmnisse bei der Sicherstellung der politischen und bürgerschaftlichen Teilhabe. Muslimische Befragte der Foundations-Studie haben mehr Vertrauen in lokale als nationale Institutionen. Allerdings ist der Eindruck, ihre Stadt betreffende Entscheidungen beeinflussen zu können, unter muslimischen Wählern geringer ausgeprägt als unter nicht-

muslimischen. Dies legt nahe, dass ein Bedarf besteht, vonseiten der Vertreter der Stadt Mechanismen zu schaffen, die eine stärkere politische Inklusion, Feedback und Selbstbestimmung ermöglichen.

24. Viele nicht-muslimische Befragte der Foundations-Studie sind weiterhin ausgeschlossen. Dies ist besonders in Frankreich und Deutschland der Fall, wo sie auch als langjährige Einwohner nicht das Recht haben, an Kommunalwahlen teilzunehmen. Politische Teilhabe kann als notwendige Voraussetzung für die Integration betrachtet werden. Angesichts dessen richtete die Pariser Stadtverwaltung im Jahr 2001 den Bürgerrat der Nicht-EU-BürgerInnen von Paris ein (Conseil de la Citoyenneté des Parisiens Non Communautaires, CCPNC). Dies ist ein beratendes Gremium, welches die Vielfalt von Nicht-EU-BürgerInnen in unterschiedlichen Pariser Bezirken widerspiegelt und sich zu wichtigen alltäglichen Themenbereichen wie Wohnungswesen, Kultur, Bildung und Lebensqualität im Bezirk äußert. In Ermangelung der Wahlrechte sollten weitere Kommunalverwaltungen Mechanismen nach diesem Vorbild schaffen, um Drittstaatsangehörigen eine Stimme zu verleihen und damit Integration zu fördern.

11.10 Kontaktmöglichkeiten fördern

25. Es gibt Belege dafür, dass verstärkter Kontakt zwischen unterschiedlichen ethnischen und religiösen Gruppen zu einem Abbau von Vorurteilen führen und Möglichkeiten zur Verringerung der Segregation bieten kann. In den durch die Foundations untersuchten Städten äußerten sowohl Muslime als auch Nicht-Muslime den starken Wunsch nach der Schaffung von Möglichkeiten und Orten für Kontakte zwischen Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund. Muslime der Foundations-Studie möchten nicht in Parallelgesellschaften leben. Sie wohnen gerne in gemischten Stadtteilen und sind über den Wegzug „Einheimischer“ aus Ihrem Bezirk besorgt. Obwohl also laut Studie bereits signifikante Kontakte zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft in Städten und Stadtteilen bestehen, bleibt der starke Wunsch nach mehr und abwechslungsreichem Kontakt bestehen. Stadt- und Gemeinderäte können eine unterstützende Rolle einnehmen, indem sie Schulen, Unternehmen und Arbeitsplätze auf verstärkten Kontakt zwischen unterschiedlichen ethnischen und religiösen Gruppen untersuchen.

11.11 Inklusive bürgerliche Identität entwickeln und fördern

26. Das Zugehörigkeitsgefühl zu Bezirk und Stadt ist stark ausgeprägt. Muslime fühlen sich ihrem Bezirk stärker zugehörig als ihrer Stadt, während sich Nicht-Muslime eher mit ihrer Stadt als dem Bezirk identifizieren. In Amsterdam wurde das stärkere Zugehörigkeitsgefühl beider Gruppen zu ihrem Bezirk noch von einem noch ausgeprägterem zur Stadt übertroffen. Dies lässt darauf

schließen, dass die Kampagnen der Amsterdamer Kommunalverwaltung, die eine gemeinsame und inklusive städtische Identität betonen, bei der Steigerung der Kohäsion und Zugehörigkeit erfolgreich waren. Die Förderung von Diskussion und Konsultationsmechanismen, die Mitglieder unterschiedlicher Glaubensgemeinschaften zusammenbringen, ist ebenfalls ein wirksamer Weg zur Erreichung einer stärkeren Kohäsion und Identifikation mit der Stadt. Der Stadtrat von Leicester, der den Leicester Council of Faiths unterstützt, bringt Vertreter unterschiedlicher Glaubensrichtungen aus der Stadt zusammen. Diese Beispiele waren aufgrund des politischen Willens und der Führung der Stadträte dabei erfolgreich, die nötigen Ressourcen für die Interaktion zwischen unterschiedlichen Communities der Stadt zu schaffen und zu fördern. Die Kommunen werden aufgefordert, sich zu bemühen, obige und andere interessante Modelle, die in der Studie aufgeführt sind, nachzuahmen.

11.12 Einbeziehung der Gemeinschaften zur Sensibilisierung über deren Rechte

27. Städte in Europa bieten vielen unterschiedlichen Gruppen und Einzelpersonen ihre Dienste an. Eine vielfältige und qualifizierte öffentliche Hand ist besser aufgestellt, um kulturell sensiblere und effizientere Dienste anzubieten. Gleichzeitig kann ein vielfältiger öffentlicher Sektor größeres Vertrauen in die dortigen Entscheidungsträger fördern. Lokale Entscheidungsträger und Vertreter muslimischer und anderer Minderheiten sollten kooperieren, um sicherzustellen, dass bei den öffentlichen Instanzen und Unternehmen Mitarbeiter beschäftigt sind, die die Vielfalt der Stadt widerspiegeln.

ANHANG 1. BIBLIOGRAFIE

Bücher und Artikel

- Ahmed, Q. A./ Y. M. Arabi/ Z. A. Memish: *Health risks at the Hajj* in: *The Lancet*, 2006 S.1008–15
- Ahmad, S.: *What is the Evidence of Early Intervention, Preventative Services for Black and Minority Ethnic Group Children and their Families?* In: *Practice*, 17:2, 2005, S.89–102
- Andersson, E.: *From valley of sadness to hill of happiness: the significance of surroundings for socioeconomic career* in: *Urban Studies*, 41, 2004, S. 641–659
- Andersson, R.: *Spaces of socialization and social network competition: a study of neighborhood effects in Stockholm, Sweden* in: H. T. Andersen, R. van Kempen (Hrsg.): *Governing European Cities*, Ashgate, Aldershot, 2001
- Andersson, R.: *Ethnic Residential Segregation and Integration Processes in Schweden* in: Karen Schonwalder (Hg): *Residential Segregation and the integration of immigrants Britain, Holland and Schweden*, Forschungszentrum für Sozialwissenschaften, Berlin, 2007
- Andreassen, R.: *The Mass Media's Construction of Gender, Race, Sexuality and Nationality. An Analysis of the Danish News Media's Communication about Visible Minorities from 1971–2004*, Dissertation, Dept. of History, University of Toronto, 2005, unter: <http://www.rikkeandreassen.dk/phd-afhandling.pdf> (Zugriff November 2009)
- Andriessen, I./ Jaco Dagevos/ Eline Nievers/ Igor Boog: *Discriminatiemonitor niet-westerse allochtonen op de arbeidsmarkt.*, SCP, Den Haag, 2007, zitiert in Open Society Foundations, *At Home in Europe: Muslims in Rotterdam*
- APUR (Stadtplanungsbehörde Paris). APUR (City Planning Agency of Paris), *La population étrangère à Paris. Eléments de diagnostic à partir des données des recensements. Diagnostic local d'intégration de la Ville de Paris*, APUR, Paris, October 2002
- Archer, L. and B. Francis: *Changing classes? Exploring the role of social class within the identities and achievement of British Chinese pupils* in: *Sociology*, Bd. 40, Nr. 1, 2006, S. 29–49
- Askolovitch, C.: *La trop longue marche des beurs*, Le Nouvel Observateur, 1. November 2001
- Aston, J./ H. Hooker/ R. Page/ R. Wilson: *Pakistani and Bangladeshi Women's Attitudes to work and family*, DWP Research Report 458, Department for Work and Pensions, London, 2007
- Bail, Christopher: *The Configuration of Symbolic Boundaries Against Immigrants in Europe* in: *American Sociological Review* 73, 2008, S. 37–59,
- Bamforth, N.: *Conceptions of Anti-Discrimination Law* in: *Oxford Journal of Legal Studies* 24(4), 2004
- Battu, H./ P. Sloane: *Over-education and ethnic minorities in Britain*, *Manchester School* Vol 72, 2004, S. 535–59

- Beckford J./ R. Gale/ D. Owen/ C. Peach/ P. Weller: *Review of the Evidence Base on Faith Communities*, Office of the Deputy Prime Minister, London, 2006
- Bell, M.: *Beyond European Labour Law? Reflections on the EU Racial Equality Directive* in: *European Law Journal* 8, 2002, S. 384.
- Berthoud, R./ M. Blekesaune: *Persistent employment disadvantage*, DWP Forschungsbericht Nr. 416, Norwich, Department for Work and Pensions, 2007,
- Bhui, K./ S. Standfeld/ K. McKenzie/ S. Karlsen/ J. Nazroo/ S. Welch: *Racial/Ethnic Discrimination and Common Mental Disorders Among Workers: Findings from the EMPIRIC Study of Ethnic Minority Groups in the United Kingdom* in: *American Journal of Public Health* Bd. 95, 2005, Nr. 3
- Blaschke, Jochen: *Tolerated but Marginalised – Muslims in Germany* in: Edition Parabolis Verlagsabteilung im Europäischen Migrationszentrum (EMZ) (Hrsg.), *State Policies towards Muslim Minorities. Sweden, Great Britain and Germany*, Kempten, 2004
- Bolt, G./ J. Burgers/ R. Van Kempen: *On the social significance of spatial location: spatial segregation and social inclusion* in: *Netherlands Journal of Housing and the Built Environment*, 13, 1998, S. 83–95
- Bolt, G./ Ronald van Kempen/ Maarten van Ham: *Minority Ethnic Groups in the Dutch Housing Market: Spatial Segregation, Relocation Dynamics and Housing Policy* in: *Urban Studies* 45(7), 2008
- Boomgaarden, H. G./ Claes H. de Vreese: *Dramatic Real-World Events and Public Opinion Dynamics: Media coverage and its impact on public reactions to the assassination* in: *International Journal of Public Opinion Research* 1–13, 2007
- Borjas, G. J.: *To ghetto or not to ghetto: ethnicity and residential segregation* in: *Journal of Urban Economics*, 44, 1998, S. 228–253
- van Buren, L. P./ E. Joosten-van Zwanenburg: *Gezondheidsenquête Turken en Marokkanen*, GGD Rotterdam en omstreken, December 2006 unter: <http://www.ggdkennisnet.nl/kennisnet/paginaSjablonen/raadplegen.asp?display=2&atoom=41944&atoomsrt=17&actie=2>, (Zugriff im November 2009)
- Bying, M.: *Mediating Discrimination: Resisting Oppression Among African-American Muslim Women* in: *Social Problems* 45(4), 1998, S. 474–475
- Cantle, T.: *Community Cohesion: A Report of the Independent Review Team*, London, Home Office, 2001
- Casciani, D.: *Analysis: Segregated Britain?* BBC News, 22. September 2005, unter <http://news.bbc.co.uk/1/hi/technology/4270010.stm> (Zugriff November 2009)
- CBS: *Jaarrapport integratie 2008*, Den Haag, in Open Society Foundations: *At Home In Europe: Muslims in Rotterdam*, 2008
- Chon, M./ D. Artz: *Walking While Muslim* in: *Law and Contemporary Problems* 68, 2005
- Clarke, K./ S. Drinkwater: *Ethnic Minorities in the Labour Market: Dynamics and Diversity*, Joseph Rowntree Foundation, York, 2007

- Collins, H.: Discrimination, *Equality and Social Inclusion*, in: Modern Law Review 66:16, 2003, Bamforth, N.: *Conceptions of Anti-Discrimination Law*, in: Oxford Journal of Legal Studies 24(4), 2004
- Cosgrove, S.: *Waltham Forest: Young Muslim leaders praised by PM*, 1. Dezember 2007, The Guardian, unter: http://www.guardian-series.co.uk/news/wfnews/1873660.WALTHAM_FOREST_Young_Muslim_leaders_praised_by_PM/ (Zugriff November 2009)
- Van Craen, M./ J. Ackaert: *Het vertrouwen van allochtonen en autochtonen in de politie: geen zwart-wit verhaal*, Erste Criminologisch Forum, Gent, 2008 zitiert in: Open Society Foundations, *At Home in Europe: Muslims in Antwerp*
- Crozier, G./ J. Davies: *Hard to Reach parents or hard to reach schools? A discussion of home school relations with particular reference to Bangladeshi and Pakistani parents* in: British Education Research Journal Bd. 33, Nr. 3, 2007, S. 295–313
- Crul, M./ L. Heering, *Onderzoeksverslag TIES survey in Amsterdam en Rotterdam*, Amsterdam: IMES & NIDI, 2007
- Crul, Maurice/ Liesbeth Heering (Hrsg.): *The position of the Turkish and Moroccan Second Generation in Amsterdam and Rotterdam: the TIES study in the Netherlands*, IMISCOE Research, 2008
- Dagervos, J., M. Gijsberts (Hrsg.): *Jaarrapport Integratie*, Sociaal Cultureel Planbureau, Den Haag, 2007
- Dale, A./ N. Shaheen/ V. Kalra/ E. Fieldhouse: *Routes into education and employment for young Pakistani and Bangladeshi women in the UK* in: Ethnic and Racial Studies Bd. 25, Nr. 6, 2002, S. 942–968
- Dale, A./ N. Shaheen/ E. Fieldhouse/ V. Kalra: *The labour market prospects for Pakistani and Bangladeshi women* in: Work Employment and Society Bd. 16, Nr. 1, 2002
- Dänisches Ministerium für Integration: *Integrations Forskning i Denmark 1980–2002*, Copenhagen, 2002
- Demant et al: *Muslimes in the EU, City Reports – Holland: Preliminary Research Report and Literature Review*. Budapest: Open Society Institute, 2007
- Demie F./ S. Strand. *English language acquisition and educational attainment at the end of secondary school* in: Educational Studies 32(2), 2006, S. 215–231
- Denham, J.: *Building Cohesive Communities: A Report of the Ministerial Group on Public Order and Community Cohesion*, London, Home Office, 2001
- Department for Education and Skills. *Ethnicity and Education: the evidence on Minority Ethnic Pupils aged 5-16*, London: DfES, 2006, unter: <http://www.dcsf.gov.uk/research/programmeofresearch/projectinformation.cfm?projectid=14955&resultspage=1> (Zugriff November 2009)
- Desforges, C./ A. Abouchaar: *The Impact of Parental Involvement, Parental Support and Family Education on Pupil Achievements and Adjustment: A Literature Review*, DfES Forschungsbericht 433, Department for Education and Skills, London, 2003

- Diefenbach, Heike. *Schulerfolg von ausländischen Kindern und Kindern mit Migrationshintergrund als Ergebnis individueller und institutioneller Faktoren* in: Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (Hg.), *Migrationshintergrund von Kindern und Jugendlichen: Wege zur Weiterentwicklung der amtlichen Statistik*, Bonn/ Berlin, 2005, S. 43–54, zitiert in Heckmann: *Education and the Integration of Migrants*
- Dodd, V.: *Surge in Stop and Search of Asian People After July 7*, The Guardian, 24. Dezember 2005, unter: <http://www.guardian.co.uk/uk/2005/dec/24/terrorism.race> (Zugriff November 2009).
- Drever, A. I./ W. A. V. Clark: *Gaining access to housing in Germany: The foreign-minority experience* in: *Urban Studies* 39, 2002, S. 2,439–2,453.
- Dustmann, C./ F. Fabbri. *Language Proficiency and Labour Market Performance of Immigrants in the UK* in: *The Economic Journal* Bd. 113, 2003, S. 695–717
- Dwyer, C., T. Modood, S. Gurchathen, B. Shah, and S. Thapar-Bojkert. *Ethnicity as social capital? Explaining the differential educational achievements of young British Pakistani men and women*, präsentiert bei der ‘Ethnicity, Mobility and Society’ Leverhulme Programme Conference in der Universität Bristol, 16-17 März, 2006, unter: <http://www.bristol.ac.uk/sociology/leverhulme/conference/conferencepapers/dwyer.pdf> (Zugriff November 2009)
- Echchaibi, N.: *Republican Diasporas: Beur FM and the Suburban Riots in France*, Vortrag beim jährlichem Treffen der International Communication Association, TBA, San Francisco, 23. Mai 2007, unter http://www.allacademic.com/meta/p_mla_apa_research_citation/1/7/0/8/0/p170801_index.html#get_document (Zugriff November 2009).
- Edgar, Bill: *Policy Measure to Ensure Access to Affordable Housing for Ethnic Minorities*, Joint Centre for Scottish Housing Research, Dundee, 2004
- Elliot/ M. Sims: *Ghettos and Barrios: The Impact of Neighborhood Poverty and Race on Job Matching among Blacks and Latinos* in: *Social Problems* 48(3), 2001, S. 341–361
- EPC: *An assessment of the CPB on integration the way forward*, 2005
- Esser, H.: *Migration, Language and Integration* AKI Res. Rev. 4. Berlin, Wissenschaftszentrum Berlin (WZB), 2006, Zugang unter http://www.wzb.eu/ZKD/AKI/files/aki_research_review_4.pdf (Zugriff November 2009).
- EU Accession Monitoring Program: *Monitoring Minority Protection in EU Member States: Overview*, Open Society Institute, Budapest, 2002
- Eurocities: *Response to the Communication on a Common Agenda for Integration*, 2006, unter http://www.eurocities.eu/uploads/load.php?file=EC_Response_integration-ADOS.pdf (Zugriff November 2009)
- Eurocities: *From Hague to Stockholm: Eurocities Analysis of the European Framework on Immigration, Asylum and Integration*, 2009. Zugang unter: http://www.eurocities.eu/uploads/load.php?file=pp_soc_EUROCITIES_the_hague_to_stockholm-DGEB.pdf (Zugriff November 2009)

- Farley, J. E.: *Majority – Minority Relations*, 5. Ausg., Upper Saddle River, Pearson Prentice Hall, Schofield, 2005
- Fernandez, R. M./ E. J. Castilla. *How Much Is that Social Network Worth?* In: *Social Capital in Employee Referral Networks: Social Capital: Theory and Research*, N. Lin/ K. Cook/ R. S. B. Hawthorne (Hrsg.), New York, NY: Aldine de Gruyter, 2001, S. 85–104
- Frank, J/ Smith, B. V. / Novak, K. J.: *Exploring the basis of citizens' attitudes toward the police* in: *Police Quarterly* 8, 2005, S. 206–228
- Fredman, S.: *Discrimination Law*. Oxford, Oxford University Press, 2002
- Fredman, S.: *Changing the Norm: Positive Duties in Equal Treatment Legislation* in: *Maastricht Journal of European and Comparative Law* 12(4), 2005, S. 372–373
- Frickey, Alain/ Jean-Luc Primon: *Jeunes diplômés issus de l'immigration: insertion professionnelle ou discriminations?* La Documentation française, collection Etudes et Recherches, Paris, 2005
- Frickey, Alain/ Jean-Luc Primon: *Jeunes issus de l'immigration: les diplômés de l'enseignement supérieur ne garantissent pas un égal accès à l'emploi*, Formation Emploi, n°29, 2002
- Frost, D.: *Islamophobia: examining causal links between the media and 'race hate' from 'below'* in: *International Journal of Sociology and Social Policy* Bd. 28, Nr. 11/12, 2008, S. 564–578.
- Gemeente Amsterdam, *Dienst Onderzoek en Statistiek. De Amsterdamse Burgermonitor 2007*, unter: <http://www.amsterdam.nl/bm2007/> (Zugriff November 2009)
- Goering, J./ J. D. Feins: *Choosing a Better Life? Evaluating the Moving to Opportunity Experiment*, Urban Institute Press, Washington, DC, 2003
- Goldberg, A./ M. Sauer: *Konstanz und Wandel der Lebenssituation türkischstämmiger Migranten. Ergebnisse der fünften Mehrthemenbefragung. Eine Studie des Zentrums für Türkeistudien im Auftrag des Ministeriums für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen*, Essen, herausgegeben vom Ministerium für Gesundheit Soziales Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen, 2003, zitiert in *Open society Foundations: At Home in Europe: Muslims in Berlin*, Open Society Foundations
- Green, H./ H. Connolly/ C. Farmer: *2003 Home Office Citizenship Survey: People, Families and Communities*, Home Office Research Study 289, Home Office Research, Development and Statistics Directorate, London, 2004
- Hafez, Kai/ Carola Richter: *Das Islambild von ARD und ZDF* in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) (26–27/2007): *Aus Politik und Zeitgeschichte*. (Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament). Frankfurt/Main, Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
- Hall, S.: *Black men, white media* in: *Journal of the Caribbean Artists Movement* Bde. 9–10, 1974. S. 18–21
- Hansen, P.A.: *A Superabundance of Contradictions: The European Union's Post-Amsterdam Policies on Migrant 'Integration'*, Labour Immigration, Asylum and Illegal Immigration,

- Norrköping, Linköping University Centre for Ethnic and Urban Studies, 2005, abrufbar unter:
<http://www.temaasyl.se/Documents/Forskning/Peo%20Hansen%20A%20Superabundance%20of%20Contradictions.pdf> (Zugriff November 2010)
- Harries, B./ L. Richardson/ A. Soteri-Proctor. *Housing Aspirations of white and second generation south Asian British women*, Joseph Rowntree Foundation, York, 2008
- Heath, A./ Y. Cheung. *Ethnic penalties in the labour market: employers and discrimination*, Forschungsbericht Nr. 341, Department for Work and Pensions, London, 2006
- Heath, A./ Catherine Rethon/ Elina Kilpi: *The Second Generation in Western Europe: Education, Unemployment, and Occupational Attainment* in: *Annual Review of Sociology* 34, 2008
- Heckmann, F., and W. Bosswick: *Integration and Integration Policies, an INTPOL feasibility study for the IMESCO Network of Excellence*, 2005, unter: <http://www.imiscoe.org> (Zugriff: November 2009)
- Heckmann, F.: *Education and the Integration of Migrants Challenges for European Education Systems Arising from Immigration and Strategies for the Successful Integration of Migrant Children in European Schools and Societies*, NESSE Analytical Report 1 for Directorate General Education and Culture, 2008 (nachfolgend: Heckmann: *Education and the Integration of Migrants*).
- Hervey, T. K.: *Thirty Years of EU Sex Equality Law: Looking Backwards, Looking Forwards* in: *Maastricht Journal of European and Comparative Law* 12(4)
- Hjarnø, J./ T. BAlter: *Diskriminering af unge med indvandrerbaggrund ved jobsøgning*, Research Paper No. 21. Esbjerg: DAMES, 1997
- J. Hjarnø, T. Bager: *Diskriminering af unge med indvandrerbaggrund ved jobsøgning*, Forschungsbericht Nr. 21, DAMES. Esbjerg, 1997, zitiert in M. Hussain: *Muslims in EU Cities Report: Denmark Preliminary Research and Literature Review*, Open Society Institute, Budapest, 2007
- Holmes, E.: *Anti-Discrimination Rights Without Equality*, in: *Modern Law Review* 68(2), 2005
- Hopkins, N./ V. Kahani-Hopkins: *Identity construction and British Muslims' Political Activity: Beyond Rational Actor Theory* in: *British Journal of Social Psychology* 43:39, 2004
- Hopkins, N./ V. Kahani-Hopkins: *The Antecedents of Identification: A Rhetorical Analysis of British Muslim Activist's Construction of Community and Identity* in: *British Journal of Social Psychology* 43:41, 2004
- Hunold, D.: *Migranten in der Polizei. Zwischen politischer Programmatik und Organisationswirklichkeit*, Frankfurt, Verlag für Polizeiwissenschaft, 2008
- Hussain, M.: *Muslims in EU Cities Report: Denmark Preliminary Research and Literature Review*, Open Society Institute, Budapest, 2007

- Hvitfelt, H.: *Den muslimska faran. Om mediebilden av islam* in: Ylva Brune (Hg.): *Mörk magi i vita medier* (Schwarze Magie in den weissen Medien), Carlsson, Stockholm, 1998
- IntegrationStatus, 1. Halvår*, Catinét Research, Copenhagen, 2004, zitiert in Hussain: *Muslims in the EU Literature Review: Denmark*
- Ireland, Patrick: *Comparing Responses to Ethnic Segregation in Urban Europe* in: *Urban Studies* 45(7), 2008, S. 1.333–1.358.
- Jagd, C. B.: *Breaking the Pattern of Unemployment through Social Networks*, Vortrag während der 13. Nordic Migration Conference, 18.–20. November 2004, Zugang unter <http://www.amid.dk/ocs/viewpaper.php?id=93&cf=1> (Zugriff November 2009).
- Johnston, R./ J. Forrest/ M. Poulsen: *The ethnic geography of EthniCities* in: *Ethnicities* 2:2, 2002, S. 209–235
- Joppe, C.: *Beyond Nationals Models: Civic Integration Policies for Immigrants in Western Europe*, in: *Western European Politics* 30(1), 2007
- Kalter, F: *Auf der Suche nach einer Erklärung für die spezifischen Arbeitsmarktnachteile von Jugendlichen türkischer Herkunft: Zugleich eine Replik auf den Beitrag von Holger Seibert und Heike Solga*, *Z. Soziol.* 354, 2006, S. 144–60
- Karakus, O: *Recruitment of Ethnic Minority Police Officers. Ethnic Minority Recruitment from a Multi-Cultural Perspective in England and Germany*, Universität Hamburg, Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Departement Wirtschaft und Politik, Institut für Kriminologische Sozialforschung, Hamburg, 2008
- Kate, Mary-Anne and Jan Niessen: *Guide to Locating Migration Policy in the European Commission* (2. Auflage), Migration Policy Group (MPG) and the European Programme for Integration and Migration of the European Network of European Foundations (EPIM), 2008, unter: http://www.migpolgroup.com/public/docs/137.GuidetoLocatingMigrationPoliciesintheECII_31.10.08.pdf (Zugriff November 2009).
- Kenway, P./ G. Palmer: *Poverty among ethnic groups how and why does it differ?* York: Joseph Rowntree Foundation/New Policy Institute, 2007
- Kitchen, S./ J. Michaelson/ N. Wood: *2005 Citizenship Survey: Community Cohesion Topic Report*, Department of Communities and Local Government, London, 2006
- Kleinhans: *Social implications of housing diversification in urban renewal: A review of recent literature* in: *Journal of Housing and the Built Environment* 19, 2004, S. 367–390
- Kundnani, A.: *Analysis: The War on Terror Leads to Racial Profiling, Institute for Race Relations*, IRR News, London, 7. Juli 2004
- Laird, L./ M. Amer/ E. Barnett/ L. Barnes: *Muslim Patients and Health Disparities in the UK and US*, *Archives of Disease in Childhood* Bd. 92, 2007
- Larsson, G.: *Muslims in EU Cities: Preliminary Research Report and Literature Review – Schweden*. Open Society Institute: Budapest, 2007
- Letki, N.: *Does diversity erode social cohesion? Social capital and race in British neighbourhoods* in: *Political Studies* 56(1), 2008, S. 99–126

- Leicester City Council: *The Diversity of Leicester: A Demographic Profile*. May 2008
- Levecque, K./ I. Lodewyc/ S. van den Eede: *Gezondheid en gezondheidszorg bij allochtonen in Vlaanderen*, Steunpunt Gelijkekansenbeleid, Antwerp, 2006 (nachfolgend: Levecque, et al.: *Gezondheid en gezondheidszorg bij allochtonen in Vlaanderen*), zitiert in Open Society Foundations: *At Home in Europe: Muslims in Antwerp*
- Lindley, J., A. Dale/ S. Dex: *Ethnic differences in women's demographic and family characteristics and employment profile* in: Labour Market Trends, April 2004, S. 153–165
- Malik, M.: British Muslims – discrimination, equality and community cohesion in: T. Choudhury (Hrsg.): *Muslims in the UK: Policies for Engaged Citizens*, Open Society Institute, Budapest, 2005
- Malik, R./ A. Shaikh/ M. Suleyman. *Providing Faith and Culturally Sensitive Support Service to Young British Muslims*, National Youth Agency, Leicester, 2008
- Malloy, T. H.: *The Lisbon Strategy and Ethnic Minorities: Rights and Economic Growth*, Das Europäische Zentrum für Minderheitenfragen, Flensburg, 2005.
- Martinello, M.: *Towards a coherent approach to immigrant integration policy(ies) in the European Union*, 2008, abrufbar unter www.oecd.org/dataoecd/42/58/38295165.pdf (Zugriff November 2009).
- Maxwell, R.: *Caribbean and South Asian identification with British society: the importance of perceived discrimination*, in: *Ethnic and Racial Studies*, 2009
- Mayhew, H., C./ Robinson/ A. Humphrey/ E. Kafka/ R. Oliver/ S. Bose: *Housing in England 2001/02*, Office of the Deputy Prime Minister, London, 2003
- Meijer: Antwerpen wil minder maar betere moskeeën, De Morgen, 5. Mai 2008, zitiert in Open Society Foundations: *At Home in Europe: Muslims in Antwerp*
- Ministerium für Integration Dänemark: *Integrations Forskning i Dänemark 1980–2002*, Kopenhagen: Ministerium für Integration, 2002
- Ministerie van Justitie: *Jaarnota integratiebeleid 2005*, Den Haag, Ministerie van Justitie, 200, zitiert in Bolt et al.: *Minority Ethnic Groups in the Dutch Housing Market*,
- Modood, T.: *Capitals, ethnic identity and educational qualifications* in: *Cultural Trends* Bd. 13, 2004, S. 87–105
- Modood, T.: *Ethnicity, Muslims and higher education entry in Britain* in: *Teaching in Higher Education* 11:2 2006, S. 247–250
- Møller, B./ L. Togeby: *Oplevet Diskrimination*, Rat für ethnische Gleichstellung, Kopenhagen, 1999, zitiert in Hussain: *Muslims in the EU Literature Review: Denmark*
- Moore, Kerry/ Paul Mason/ Justin Lewis: *Images of Islam in the UK: The Representation of British Muslims in the National Print News Media 2000–2008*, Cardiff School of Journalism, Media and Cultural Studies, Cardiff, 2008
- Musterd S./ Roger Andersson: *Housing Mix, Social Mix, and Social Opportunities* in: *Urban Affairs Review* 40, 2005

- Musterd, S./ A. Murie/ C. Kesteloot (Hrsg.): *Neighbourhoods of Poverty: Urban Social Exclusion and Integration in Europe*. Houndsmill, Basingstoke, 2006
- Musterd, S./ R. Andersson/ G. Galster/ T. Kauppinen.: *Are immigrants' earnings influenced by the characteristics of their neighbours?* In: *Environment and Planning A*, 40, 2008, S. 785–805
- Naeem, A. G.: *The role of culture and religion in the management of diabetes: a study of Kashmiri men in Leeds* in: *The Journal of the Royal Society for the Promotion of Health* Bd. 123, Nr. 2, 2003, S.110–116
- Nazroo, J.: *Ethnicity, Class and Health*, Policy Studies Institute, London, 2001
- Office of the Deputy Prime Minister: Office of the Deputy Prime Minister: *Building the Picture: the English Housing Condition Survey 2001*, Office of the Deputy Prime Minister, London, 2003
- Office of the Deputy Prime Minister: *Non-standard mortgages for purchasing social dwellings: Helping tenants in social housing buy their home using Islamic and other non-standard finance products – A consultation Document*, ODPM publications, London, 2005, unter <http://www.communities.gov.uk/documents/housing/pdf/142049.pdf> (Zugriff November 2009).
- Office for Standards in Education (Ofsted): *Achievement of Bangladeshi heritage pupils*, HMI 513, London, HMSO, 2004, unter: [http://www.ofsted.gov.uk/content/download/1465/10377/file/Achievement%20of%20Bangladeshi%20heritage%20pupils%20\(PDF%20format\).pdf](http://www.ofsted.gov.uk/content/download/1465/10377/file/Achievement%20of%20Bangladeshi%20heritage%20pupils%20(PDF%20format).pdf) (Zugriff November 2009)
- Okkerse, L./ A. Termote. *Etudes statistiques no. 111: Singularité des étrangers sur la marché de l'emploi*, Brüssels, Institut National de la Statistique, 2004
- Recruitment of Ethnic Minority Police Officers. Ethnic Minority Recruitment from a Multi-Cultural Perspective in England and Germany*, Hamburg, Universität Hamburg, Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Abteilung Wirtschaft und Politik, Institut für Kriminologische Sozialforschung, 2008
- O'Neale, V.: *Excellence Not Excuses: Inspection of Services for Ethnic Minority Children and Families*, Department of Health, London, 2000
- Open Society Foundations, At Home in Europe project. Data collected through Foundations research in select neighbourhoods of 11 cities in western Europe'. Full data available at www.soros.org/initiatives/home (Zugriff November 2009)
- Open Society Foundations. *At Home in Europe: Muslimes in Amsterdam*
- Open Society Foundations. *At Home in Europe: Muslimes in Antwerpen*
- Open Society Foundations. *At Home in Europe: Muslimes in Berlin*
- Open Society Foundations. *At Home in Europe: Muslimes in Marseille*
- Open Society Foundations. *At Home in Europe: Muslimes in Paris*
- Open Society Foundations. *At Home in Europe: Muslimes in Rotterdam*

- Open Society Justice Initiative: *Ethnic Profiling in the European Union: Pervasive, Discriminatory and Ineffective*, Open Society Institute, Budapest und New York, 2009, unter: http://www.soros.org/initiatives/justice/focus/equality_citizenship/articles_publications/publications/profiling_20090526 (Zugriff November 2009)
- Open Society Justice Initiative: *Profiling Minorities: A Study of Stop and Search Practices in Paris*, Open Society Institute, Budapest und New York, 2009, in englischer und französischer Sprache abrufbar unter: http://www.soros.org/initiatives/justice/focus/equality_citizenship/articles_publications/publications/search_20090630 (Zugriff November 2009)
- Park, R.: *Human Migration and the Marginal Man* in: *The American Journal of Sociology*, 33, 1928, S. 881–893
- Penninx, R.: *Element for an EU framework for integration policies for immigrants*, in: Sussmuth/ Weidenfeld (Hrsg.): *The European Union's Responsibilities Towards Immigrants*, Migration Policy Institute, Washington DC, 2005
- Perchal: *Equality of Treatment, Non-Discrimination and Social Policy: Achievements in Three Themes*, in: *Common Market Law Review* 41, S. 533, 2004, S. 533, 2004
- Pettigrew, T.: *Intergroup contact theory* in: *Annual Review of Psychology* 49, 2008, S. 65–85.
- Pettigrew T. F. and L. R. Tropp: *A meta-analytic test of intergroup contact theory*, in: *Journal of Personality and Social Psychology*, 90(5), 2006, S. 751–783.
- Platt, L.: *Poverty and Ethnicity in the UK*, Joseph Rowntree Foundation, York, 2006
- Platt, L.: *Making education count: the effects of ethnicity and qualifications on intergenerational social class mobility* in: *The Sociological Review* Bd. 55, Nr. 3, 2007
- Politie Regio Amsterdam Amstelland: *Jaarverslag*, 2007, cited in Open Society Foundations: *At Home in Europe: Muslims in Amsterdam*
- Poole, E.: *Reporting Islam*, I.B. Taruis, London, 2002
- Pressemitteilung des Berliner Senats: *Kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger*, 30. September 2008, unter <http://www.berlin.de/landespressestelle/archiv/2008/09/30/110580/index.html> (Zugriff November 2009)
- Putnam, R. D.: *E Pluribus Unum: Diversity and community in the twenty-first century. The 2006 Johan Skytte prize lecture* in: *Scandinavian Political Studies* 30(2), 2007, S. 137–174
- Qureshi, T./ D. Berridge/ H. Wenman: *Where to turn? Family support for south Asian communities – A case study*, National Children's Bureau and Joseph Rowntree Foundation, London, 2000
- Rapport Integration 2005*, Integrationsverket, Norrköping, 2006, zitiert in Roger Andersson: *Ethnic Residential Segregation and Integration Processes in Sweden*

- Van Robaeyns, B./ Perrin, N.: *Armoede bij personen van vreemde herkomst becijferd – Deelverslag van ‘Armoede bij personen van vreemde herkomst*, UA-OASeS, Antwerp, 2006, Zugang unter http://www.kbs-frb.be/uploadedFiles/KBS-FRB/Files/NL/PUB_1635_Armoede_vreemde_origine_becijferd.pdf (Zugriff November 2009), zitiert in Open Society Foundations, *At Home in Europe: Muslims in Antwerp*.
- Safi, M.: *Immigrants’ life satisfaction in Europe between assimilation and discrimination* in: *European Sociological Review*, 2009
- Sala Pala, V.: *La politique du logement social est-elle raciste? L’exemple marseillais* in: online review *Faire Savoirs* (6), May 2007
- Salway, S., L. Platt/ P. Chowbey/ K. Harriss/ E. Bayliss: *Long-term Ill Health, Poverty and Ethnicity*, The Policy Press/Joseph Rowntree Foundation, Bristol/York, 2007
- Sanders, J., V. Neel/ S. Sernau. *Asian Immigrants’ Reliance on Social Ties in a Multiethnic Labor Market* in: *Social Forces* 81(1) 2001, S. 281–314
- Schellekens, P.: *English Language as a Barrier to Employment, Education and Training*, Department for Education and Skills, London, 2001
- Schelling, T. C.: *Models of segregation* in: *The American Economic Review* 59, 1969, S. 488–493
- Schierup, C.-U.: *På Kulturens Slagmark*, South Jutland University Publishers, 1993 (Dänisch), zitiert in Hussain: *Muslims in the EU Literature Review: Denmark*
- Schiffer, S.: *Medien als Spiegel und Konstrukteur gesellschaftlicher Vorstellungen. Der Islam in deutschen Medien*, unter http://www.migration-boell.de/web/diversity/48_1231.asp (Zugriff November 2009).
- Schonwalder K.: (Hrsg.): *Residential Segregation and the integration of immigrants Britain, the Netherlands and Sweden*, Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin, Berlin, 2007
- Schonwalder, K./ Janina Sohn: *Immigrant Settlement Structures in Germany: General Pattern and Urban Levels of Concentration of Major Groups* in: *Urban Studies* 46(7), 2009, S. 1,439–1,460
- Schriemer, R./ S. Kasmi: *Gevalen en Gevoelens van Discriminatie onder Rotterdamse Marokkanen*, RADAR/SMOR, 2007
- SCP: *Goede bureu kun je niet kopen* SCP, Den Haag, 2009, zitiert in Open Society Foundations: *At Home in Europe: Muslims in Rotterdam*
- SCP: *Hoge (jeugd)werkloosheid onder etnische minderheden. Nieuwe bevindingen uit het LAS-onderzoek, Sociaal en Cultureel Planbureau*, Den Haag, 2006, zitiert in: *Demant et al: Muslims in the EU, City Reports – The Netherlands: Preliminary Research Report and Literature Review*, Budapest, Open Society Institute, 2007.

- Sellick P.: *Muslim Housing Experiences*, The Housing Corporation, London, 2004
- Shields, M. A./ S. Wheatley Price: *The English language fluency and occupational success of ethnic minority immigrant men living in English metropolitan areas* in: *Journal of Population Economics* Bd. 15, 2002, S. 137–160
- Sides, John und Jack Citrin: *European Opinion About Immigration: The Role of Identities, Interests and Information* in: *British Journal of Political Science* 37, 2007
- Silberman, R./ I. Fournier: *Immigrants' Children and the Labour Market. The Mechanisms of Selective Discrimination. From one generation to another. How do the immigrants and their children see their position on the labour market?*, Fourth International MigCities Conference, Lissabon, November 1999
- Silberman, R./ I. Fournier. *Jeunes issus de l'immigration: une pénalité à l'embauche qui perdure...*, Bref, N° 226, janvier 2006
- Simon, P./ Thomas Kirszbaum: *Les discriminations raciales et ethniques dans l'accès au logement social*, note 3 GELD, Paris, 2001
- Simon, P.: *Le logement social en France et la gestion des 'populations à risques'* in: *Hommes et Migrations* (1246), Nov-Dez. 2003, S. 76–91
- Simpson, L./ Vasilis Gavalas/ Nissa Finney: *Population dynamics in ethnically diverse towns: the long-term implications of immigration*, CCSR Arbeitspapier 2006–04, 2006
- Smets, P./ Marion den Uyl: *The Complex Role of Ethnicity in Urban Mixing: A Study of Two Deprived Neighbourhoods in Amsterdam* in: *Urban Studies* 45(7), 2008, S. 1,439–1,460
- Stevens, Peter A. J.: *Researching Race/Ethnicity and Educational Inequality in English Secondary Schools: A Critical Review of the Research Literature Between 1980 and 2005* in: *Review of Educational Research* Bd. 77, Nr. 2, 2006, S. 147–185
- Strabac, Zan und Ola Listung: *Anti-Muslim Prejudice in Europe: A multilevel analysis of survey data from 30 countries*, in: *Social Science Research* 37, 2008, S. 268–286
- Sylva, K., E. Melhuish, P., I. Siraj-Blatchford, B. Taggart. *Effective provision of pre-school education (EPPE) project: Final Report*, DfES, London, 2004
- Szulkin, R./ J. O. Jonsson: *Ethnic segregation and educational outcomes in Swedish comprehensive schools: a multilevel analysis*, Arbeitspapier Nr. 2007:2, Soziologische Fakultät, Universität Stockholm, 2005
- Tapio Kääriäinen, J.: *Trust in the Police in 16 European Countries: A Multilevel Analysis* in: *European Journal of Criminology*, 4, 2007, S. 409–435
- Tyler, T.: *Policing in Black and White: Ethnic Group Differences in Trust and Confidence in the Police*, *Policing Quarterly* 8(3), 2005, S. 322–324
- UN Population Fund and International Organization on Migration: *Female Migrants: Bridging the Gaps throughout the Life Cycle*, Selected Papers from the UNFPA-IOM Expert Group Meeting, May 2006, S. 3, unter http://www.unfpa.org/upload/lib_pub_file/658_filename_migration.pdf (Zugriff November 2009)

- Urban, Susanne: *Is the Neighbourhood Effect an economic or immigrant Issue? A Study of the Importance of Childhood neighbourhood for Future Integration into the Labour Market* in: Urban Studies 46(3), 2009
- Vandezande, V./ F. Fleischmann/ G. Baysu/ M. Swyngedouw/ K. Phaet: *De Turkse en Marokkaanse tweede generatie op de arbeidsmarkt in Antwerpen en Brussel*, Centrum voor Sociologisch Onderzoek, Leuven, 2008, zitiert in Open Society Foundations: *At Home in Europe: Muslims in Antwerp*
- VDA: *Allochtonen sneller aan het werk*, VDAB Studiedienst, 2008 zitiert in: Open Society Foundations: *At Home in Europe: Muslims in Antwerp*
- Verkuyten, M.: *Life satisfaction among ethnic minorities: The role of discrimination and group identification* in: Social Indicators Research 89, 2008, S. 391–404
- Vieth-Entus, S.: *Antisemitismus inbegriffen*, Der Tagesspiegel, 7. November 2003
- Ward, Janet: *Migration Background, Minority – Group Membership and Academic Achievement. Research Evidence from Social, Educational and Developmental Psychology* in: AKI Research Review 5, 2006
- Williams, K.: *Understanding Media Theory*, Arnold, London, 2003
- D., S. Burgess, A. Briggs: *The dynamics of school attainment of England's ethnic minorities*, CMPO Arbeitspapier Nr. 05/130, University of Bristol, Bristol, 2005
- Wrench, J./ T. Qureshi: *Higher Horizons: A qualitative study of young men of Bangladeshi origin*, Research Studies RS30, Department for Education and Employment, London, 1996
- Young, I. M.: *Justice and the Politics of Difference*, Princeton University Press, Princeton 1990
- Zegers de Beijl, R. (Hrsg.): *Documenting discrimination against migrant workers in the labour market. A comparative study of four European countries*, ILO, Genf, 2000
- Zimmermann, K.F. et al: *Study on the Social and Labour Market Integration of Ethnic Minorities*, IZA Forschungsbericht Nr. 16, 2008. S. 11

Nationale und lokale politische Dokumente

- Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz: *Hamburger Handlungskonzept zur Integration von Zuwanderern*, S. 23, Zugang unter <http://www.hamburg.de/contentblob/128792/data/konzept.pdf> (Zugriff November 2009)
- Deutsche Bundesregierung: *Der nationale Integrationsplan. Neue Wege – neue Chancen*, Berlin, 2007
- London Borough of Waltham Forest: *Hate crime: common questions*, 2009, unter <http://www.walthamforest.gov.uk/index/safety/hate-crime/common-questions.htm> (Zugriff November 2009)
- London Borough of Waltham Forest. *Draft: Working Together, Living Together, Being Together – Waltham Forest Community Cohesion Strategy 2008–2011*, 2008, S.8, unter:

[http://www1.walthamforest.gov.uk/ModernGov/Published/C00000287/M00001812/AI00009757/\\$9AppendixJuly08CommunityCohesionStrategyv2.docA.ps.pdf](http://www1.walthamforest.gov.uk/ModernGov/Published/C00000287/M00001812/AI00009757/$9AppendixJuly08CommunityCohesionStrategyv2.docA.ps.pdf)
(Zugriff November 2009)

London Borough of Waltham Forest. *Community Cohesion Strategy Action Plan Year Two 2009/10*, 2009, S. 15, unter <http://www.walthamforest.gov.uk/cohesion-action-planning>
(Zugriff November 2009)

EU-Verträge

Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Europäische Union (2008/C115/01) Artikel 2, einzusehen unter:

<http://eur-lex.europa.eu/JOHtml.do?uri=OJ:C:2008:115:SOM:DE:HTML>

Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften: *Charta der Grundrechte der Europäischen Union*, C 364/1, 18.12.2000

Richtlinien des Rates

Richtlinie 2000/43/EG des Rates vom 29. Juni 2000 zur Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft in: *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften*, L180, 19.7.2000

Richtlinie 2000/78/EG des Rates vom 27. November 2000 zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf in: *Amtsblatt Nr. L 303 vom 02/12/2000*,

Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Anwendung des Grundsatzes der Gleichbehandlung ungeachtet der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung, COM(2008) 426 endgültig

EU Mitteilungen, Berichte, Dokumente

Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA), *Daten des Schwerpunktberichts: Muslime*, Wien, FRA 2009, Zugang unter http://www.fra.europa.eu/fraWebsite/eu-midis/index_en.htm (Zugriff November 2010)

Amtsblatt der Europäischen Union: Schlussfolgerungen des Rates vom 12. Mai 2009 zu einem strategischen Rahmen für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung („ET 2020“) (2009/C 119/02) unter: <http://eur-lex.europa.eu/JOHtml.do?uri=OJ%3AC%3A2009%3A119%3ASOM%3ADE%3AHTML> (Zugriff Januar 2011)

Bericht der Europäischen Kommission gegen *Rassismus und Intoleranz* (ECRI), Länderbericht zu Dänemark, Strassburg, ECRI, 2001 unter: http://hudoc.ecri.coe.int/XMLEcri/ENGLISH/Cycle_02/02_CbC_eng/02-cbc-denmark-eng.pdf (Zugriff November 2009)

- Entscheidung des Rates vom 12. Juli 2005 über Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen der Mitgliedstaaten, 2005/600/EG, *Amtsblatt Nr. L 205 vom 06/08/2005*
- Entscheidung Nr. 1983/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 zum Europäischen Jahr des interkulturellen Dialogs (2008) *Abl. L 412 vom 30/12/2006*
- Europäische Kommission: *Migrantenkinder und Bildung: eine Herausforderung für die EU-Bildungssysteme*, COM(2008) 423 endgültig, Brüssel, 3. Juli 2008, unter: http://ec.europa.eu/education/news/news490_en.htm (Zugang 23.11.2010)
- EU-Kommission für Bildung und Kultur: *Grenzen überwinden – Kulturen verbinden. Das EU-Kulturprogramm 2007-2013*, S. 5, Zugang unter http://ec.europa.eu/culture/pdf/doc607_de.pdf (Zugriff am 24.11.2010)
- European Policy Center: *An assessment of the CPB on integration – the way forward*, 2005
- EUMC: Einstellungen der Mehrheiten gegenüber Migranten und Minderheiten innerhalb der EU. Analyse der Umfrageergebnisse von Eurobarometer und Europäischen Sozialstudie, Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, Wien, 2005
- EUMC: *Migrants, Minorities and Education. Documenting Discrimination and Integration in 15 Member States of the European Union*, Luxembourg, 2004
- EUMC: *Muslims in der Europäischen Union: Diskriminierung und Islamophobie*, Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, Wien, 2006
- Europäische Kommission, Eurobarometer Spezial 296: *Diskriminierung in der Europäischen Union: Wahrnehmungen, Erfahrungen und Haltungen*, 2008
- EU-Kommission: Meinungsbefragung zur Lebensqualität in 75 europäischen Städten, Brüssel, 2007
- European Ministerial Conference on Integration: *Declaration approved by the representatives of the Member States*, Vichy, 3. und 4. November 2008, abrufbar unter: http://www.ue2008.fr/webdav/site/PFUE/shared/import/1103_Ministerielle_Integration/conference_integration_041108_Final_declaration_EN.pdf (Zugriff November 2010).
- Europäischer Rat: *Gemeinsame Grundprinzipien für die Politik der Integration von Einwanderern in der Europäischen Union*, 2004
- Europäischer Rat: *The participation of foreign residents in public life at local level: Consultative bodies*, Stuttgart Dezember 2001 (Studien und Texte No. 78) (2003) abrufbar unter http://ec.europa.eu/employment_social/soc-prot/soc-incl/joint_rep_en.htm (Zugriff November 2010)
- Europäischer Rat in Tampere, 15. Und 16. Oktober 1999, Schlussfolgerungen der Präsidentschaft, abrufbar unter http://www.europarl.europa.eu/summits/tam_de.htm (Zugriff November 2010)

- Europäischer Rat von Thessaloniki, 19. – 20. Juni 2003. Schlussfolgerung der Präsidentschaft, Bulletin EU 6, 2003
- Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit: *Gemeinsamer Bericht über soziale Eingliederung*, 2004
- Jahresprogramm 2009 für Aktivitäten der Gemeinschaft der Europäischen Fonds für die Integration von Drittstaatsangehörigen, unter:
http://ec.europa.eu/home-affairs/funding/integration/funding_integration_en.htm
 (Zugriff am 23.11.2010)
- Kommission der Europäischen Gemeinschaft: *Grünbuch „Migration und Mobilität: Chancen und Herausforderungen für die EU-Bildungssysteme* vom 3. Juli 2008 KOM (2008) 423. Unter: http://ec.europa.eu/education/school21/com423_de.pdf (Zugriff November 2009)
- Kommunikation der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, das Europäische Wirtschafts- und Sozialkomitee und das Regionalkomitee: *Dritter Jahresbericht Migration und Integration*, Brüssel, 11. September 2007, COM(2007) 512, unter: http://ec.europa.eu/homeaffairs/policies/immigration/immigration_intro_en.htm (Zugriff am 16.11.2010)
- Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament: *Die Kohäsionspolitik und die Städte: Der Beitrag der Städte zu Wachstum und Beschäftigung in den Regionen*, KOM(2006)385, endgültig
- Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, COM (2003) 336 Endfassung
- Memo der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss, und der Ausschuss der Regionen: *Dritter Jahresbericht über Migration und Integration*, MEMO/07/351, Brüssel, den 11. September 2007, unter: <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/07/351&format=HTML&aged=1&language=DE&guiLanguage=de> (Zugriff November 2010)
- Pressemitteilung: Dialog-Plattform: *„Europäisches Integrationsforum“ und interaktive „Europäische Webseite für Integration“: zwei neue Instrumente für eine funktionierende Integration*, Brüssel 20.04.2009 unter: <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/593&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en> (Zugriff am 22.11.2010)
- Rat der Europäischen Union: Bericht über die Umsetzung der Strategie und des Aktionsplans zur Bekämpfung des Terrorismus, Brüssel, 2. Juni 2009
- Rat der Europäischen Union: *Europäischer Pakt zu Einwanderung und Asyl*, Brüssel, 24.09.2008, 13440/08, unter <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/08/st13/st13440.de08.pdf> (Zugriff November 2010)

- Rat der Europäischen Union: *Gemeinsamer Bericht über Sozialschutz und soziale Eingliederung*, Brüssel 2008, S.11 unter <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/08/st07/st07274.de08.pdf> (Zugriff Dezember 2010)
- Schlussfolgerungen des Rats der Europäischen Union und der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten zur Stärkung der Integrationspolitik in der Europäischen Union, 2807. Treffen des Rats zu Justiz und Inneres, Ratstreffen Luxemburg, 12. Und 13. Juni 2007, Paragraph 2, unter http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/de/jha/94711.pdf (Zugriff November 2010)
- Schlussfolgerungen des Rates vom 12. Mai 2009 zu einem strategischen Rahmen für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung („ET 2020“), Strategisches Ziel 3 (2009/C119/02)
- Schlussfolgerungen des Rats für Justiz und Inneres am. 12./13/ Juni 2007, Schlussfolgerung 10
- 2002/584/JI: Rahmenbeschluss des Rates vom 13. Juni 2002 über den Europäischen Haftbefehl und die Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten – *Stellungnahmen bestimmter Mitgliedstaaten zur Annahme des Rahmenbeschlusses*, Amtsblatt Nr. L 190 vom 18.07.2007

ANHANG 2. WEITERE FOUNDATIONS TABELLEN

Tabelle 2. Sind die Menschen in der Nachbarschaft bereit, ihren Nachbarn zu helfen? (C10)

		Muslime	Nicht-Muslime	Gesamt
Stimme voll und ganz zu		14.5%	14.7%	14.6%
Stimme zu		59.4%	59.3%	59.3%
Stimme nicht zu		16.1%	14.3%	15.2%
Stimme überhaupt nicht zu		4.4%	2.7%	3.5%
Weiß nicht		5.6%	9.0%	7.3%
Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%
	Anzahl	1110	1089	2199

Tabelle 5. Halten die Menschen in dieser Nachbarschaft zusammen? (C10)

		Muslime	Nicht-Muslime	Gesamt
	Stimme voll und ganz zu	8.4%	5.2%	6.8%
	Stimme zu	42.0%	35.9%	39.0%
	Stimme nicht zu	32.7%	38.9%	35.8%
	Stimme überhaupt nicht zu	7.8%	6.9%	7.4%
	Weiß nicht	9.1%	13.0%	11.1%
Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%
	Anzahl	1110	1089	2199

**Tabelle 8. Vertrauen in die Nachbarschaft
(nach Religionszugehörigkeit und Geburtsort) (C9)**

		< 20	20 – 29	30 – 39	40 – 49	50 – 59	60 +	Gesamt
Muslime	Vielen Menschen in der Nachbarschaft kann man vertrauen	19.0%	14.2%	22.2%	21.4%	22.6%	47.8%	21.4%
	Einigen Menschen kann man vertrauen	47.6%	48.8%	44.4%	45.9%	52.8%	28.9%	45.9%
	Wenigen Menschen kann man vertrauen	28.6%	28.0%	28.5%	25.9%	19.8%	20.0%	26.3%
	Keinem der Menschen in der Nachbarschaft kann man vertrauen	4.8%	9.0%	5.0%	6.8%	4.7%	3.3%	6.4%
	Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%
	Anzahl	105	332	239	220	106	90	1092
Nicht-Muslime	Vielen Menschen in der Nachbarschaft kann man vertrauen	16.5%	29.2%	27.8%	41.5%	46.6%	50.0%	35.9%
	Einigen Menschen kann man vertrauen	49.4%	51.2%	51.5%	42.5%	32.9%	32.3%	44.0%
	Wenigen Menschen kann man vertrauen	29.1%	17.4%	17.7%	13.0%	18.6%	15.2%	17.4%
	Keinem der Menschen in der Nachbarschaft kann man vertrauen	5.1%	2.1%	3.0%	3.1%	1.9%	2.5%	2.7%
	Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%
	Anzahl	79	281	198	193	161	158	1070

Tabelle 10. Vertrauen der Befragten in die Nachbarschaft (nach Religionszugehörigkeit und Beschäftigungsstatus) (C9)

		Vollzeit be- schäftigt	Teilzeit be- schäftigt	Selb- ständig	Arbeits unbezahlt in einem Familien- unter- nehmen	Pen- sioniert	In staatlichem Beschäfti- gungs oder Ausbildungs programm	Arbeitslos und auf der Suche nach Arbeit	Student	Hausfrau / -mann	Arbeits- unfähig	Sonstiges	Gesamt
Muslime	Vielen Menschen in der Nachbarschaft kann man vertrauen	25.4%	18.5%	20.3%	14.3%	41.3%	10.0%	15.7%	18.2%	18.2%	20.0%	20.5%	21.5%
	Einigen Menschen kann man vertrauen	45.5%	46.3%	45.8%	28.6%	28.6%	60.0%	50.4%	49.4%	41.4%	54.3%	46.6%	45.9%
	Wenigen Menschen kann man vertrauen	25.1%	29.6%	27.1%	42.9%	22.2%	15.0%	25.2%	24.7%	31.3%	20.0%	28.8%	26.2%
	Keinem der Menschen in der Nachbarschaft kann man vertrauen	4.0%	5.6%	6.8%	14.3%	7.9%	15.0%	8.7%	7.8%	9.1%	5.7%	4.1%	6.4%
	Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%
	Anzahl	303	162	59	7	63	20	115	154	99	35	73	1090
Nicht-Muslime	Vielen Menschen in der Nachbarschaft kann man vertrauen	34.3%	40.8%	40.0%	62.5%	45.2%	40.0%	25.0%	29.5%	27.8%	29.6%	33.3%	35.9%
	Einigen Menschen kann man vertrauen	46.0%	42.9%	43.5%	25.0%	33.1%	40.0%	47.2%	50.5%	44.4%	40.7%	46.2%	43.9%
	Wenigen Menschen kann man vertrauen	16.7%	15.2%	14.1%	12.5%	18.5%	20.0%	23.6%	16.8%	25.0%	29.6%	16.1%	17.5%
	Keinem der Menschen in der Nachbarschaft kann man vertrauen	2.9%	1.1%	2.4%	–	3.2%	–	4.2%	3.2%	2.8%	–	4.3%	2.7%
	Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%
	Anzahl	341	184	85	8	124	5	72	95	36	27	93	1070

Tabelle 11. Arbeiten die Menschen gemeinsam an der Verbesserung der Nachbarschaft? (C10)

		Muslime	Nicht-Muslime	Gesamt
Stimme voll und ganz zu		6.2%	5.6%	5.9%
Stimme zu		30.5%	33.8%	32.1%
Stimme nicht zu		34.7%	35.5%	35.1%
Stimme überhaupt nicht zu		16.4%	10.2%	13.3%
Weiß nicht		12.2%	14.9%	13.5%
Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%
	Anzahl	1109	1086	2195

**Tabelle 12. Vertrauen der Befragten in die Anwohnerschaft
(nach Religionszugehörigkeit und Jahren der Anwohnerschaft in der Nachbarschaft) (C9)**

		< 1	1 – 5	6 – 10	11 – 20	21 – 30	31+	Gesamt
Muslime	Vielen Menschen in der Nachbarschaft kann man vertrauen	15.4%	16.3%	20.3%	23.0%	25.4%	31.7%	21.5%
	Einigen Menschen kann man vertrauen	57.7%	38.4%	47.7%	50.3%	48.1%	36.7%	45.9%
	Wenigen Menschen kann man vertrauen	15.4%	35.7%	24.8%	20.9%	24.3%	28.3%	26.2%
	Keinem der Menschen in der Nachbarschaft kann man vertrauen	11.5%	9.5%	7.2%	5.8%	2.2%	3.3%	6.4%
	Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%
	Anzahl	26	263	222	330	185	60	1086
Nicht-Muslime	Vielen Menschen in der Nachbarschaft kann man vertrauen	39.5%	30.9%	36.1%	36.6%	38.2%	41.4%	35.9%
	Einigen Menschen kann man vertrauen	48.8%	49.1%	47.0%	40.0%	41.9%	37.5%	43.9%
	Wenigen Menschen kann man vertrauen	11.6%	15.8%	16.4%	18.6%	19.9%	19.5%	17.5%
	Keinem der Menschen in der Nachbarschaft kann man vertrauen		4.2%	.5%	4.7%		1.6%	2.7%
	Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%
	Anzahl	43	285	183	295	136	128	1070

**Tabelle 13. Vertrauen der Befragten in die Nachbarschaft
(nach ethnischer/religiöser Zusammensetzung der Nachbarschaft (C9))**

		In erster Linie Verwandte	In erster Linie Menschen derselben ethnischen Herkunft und mit derselben Religionszugehörigkeit	In erster Linie Menschen mit der selben Religionszugehörigkeit, aber einer anderen ethnischen Herkunft	In erster Linie Menschen derselben ethnischen Herkunft, aber mit einer anderen Religionszugehörigkeit	In erster Linie Menschen mit einer anderen ethnischen Herkunft und mit anderer Religionszugehörigkeit	Eine Mischung unterschiedlicher Herkunft, Ethnizität und Religionszugehörigkeit	Gesamt	
Muslime	Vielen Menschen in der Nachbarschaft kann man vertrauen	28.3%	25.4%	19.2%	20.7%	22.3%	19.9%	21.3%	
	Einigen Menschen kann man vertrauen	41.3%	42.8%	46.2%	62.1%	41.3%	47.3%	46.0%	
	Wenigen Menschen kann man vertrauen	26.1%	28.3%	30.8%	13.8%	28.9%	25.0%	26.3%	
	Keinem der Menschen in der Nachbarschaft kann man vertrauen	4.3%	3.5%	3.8%	3.4%	7.4%	7.8%	6.4%	
	Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%
		Anzahl	46	173	104	29	121	619	1092
Nicht-Muslime	Vielen Menschen in der Nachbarschaft kann man vertrauen	35.7%	42.1%	40.0%	44.0%	32.9%	35.5%	35.8%	
	Einigen Menschen kann man vertrauen	50.0%	43.9%	20.0%	28.0%	38.7%	46.1%	44.1%	
	Wenigen Menschen kann man vertrauen	14.3%	14.0%	25.0%	20.0%	24.5%	16.2%	17.5%	
	Keinem der Menschen in der Nachbarschaft kann man vertrauen			15.0%	8.0%	3.9%	2.3%	2.7%	
	Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%
		Anzahl	28	57	20	25	155	786	1071

**Tabelle 16. Wichtigste Werte in Bezug auf das Leben in [Ihrem] Land
(nach Religionszugehörigkeit und Geburtsort) (D8)**

	Im EU-Land geborene Muslime	Außerhalb des EU-Landes geborene Muslime	Im EU-Land geborene Nicht-Muslime	Außerhalb des EU-Landes geborene Nicht-Muslime	Gesamt
Respekt vor dem Gesetz	55.0%	69.1%	50.7%	62.8%	1300
Toleranz gegenüber anderen	39.4%	36.4%	53.1%	41.2%	956
Rede- und Ausdrucksfreiheit	44.2%	52.2%	63.8%	55.4%	1217
Respekt vor einem anderen Glauben	52.5%	51.2%	26.5%	36.1%	889
Gerechtigkeit und Fairness	30.8%	27.7%	38.1%	33.4%	719
Beherrschung der Landessprache	30.3%	34.3%	30.2%	34.8%	707
Respekt vor Menschen einer anderen ethnischen Herkunft	32.2%	30.7%	27.4%	31.4%	655
Chancengleichheit	47.7%	38.0%	45.1%	41.6%	937
Stolz auf dieses Land/ Patriotismus	9.7%	7.9%	11.7%	14.5%	229
Teilnahme an Wahlen	20.1%	18.7%	21.0%	22.3%	445
Schutz vor Diskriminierung	31.1%	26.1%	28.8%	23.6%	605
Gesamt	373	737	789	296	2195

**Tabelle 17. Wichtigste Werte in Bezug auf das Leben in [Ihrem] Land
(nach Religionszugehörigkeit, Geschlecht und Geburtsort) (D8)**

	Im EU-Land geborene männliche Muslime	Im EU-Land geborene weibliche Muslime	Außerhalb des EU- Landes geborene männliche Muslime	Außerhalb des EU- Landes geborene weibliche Muslime	IM EU- Land geborene männliche Nicht- Muslime	Weibliche Nicht- Muslime im EU- Land geboren	Außerhalb des EU- Landes geborene männliche Nicht- Muslime	Außerhalb des EU- Landes geborene weibliche Nicht- Muslime	Gesamt
Respekt vor dem Gesetz	56.8%	53.4%	69.7%	68.4%	55.8%	46.0%	70.9%	55.5%	1300
Toleranz gegenüber anderen	36.7%	41.7%	39.6%	32.8%	54.2%	52.1%	41.8%	40.6%	956
Rede- und Ausdrucks- freiheit	37.9%	49.5%	53.7%	50.6%	64.3%	63.3%	56.0%	54.8%	1217
Respekt vor einem anderen Glauben	55.0%	50.5%	52.7%	49.4%	27.0%	26.0%	40.4%	32.3%	889
Gerechtigkeit und Fairness	33.1%	28.9%	27.5%	27.9%	39.4%	37.0%	29.1%	37.4%	719
Beherrschung der Landessprache	29.6%	30.9%	28.3%	41.1%	28.3%	31.9%	33.3%	36.1%	707
Respekt vor Menschen einer anderen ethnischen Herkunft	28.4%	35.3%	31.1%	30.2%	24.9%	29.7%	27.7%	34.8%	655
Chancengleichheit	48.5%	47.1%	37.5%	38.5%	45.5%	44.8%	38.3%	44.5%	937
Stolz auf dieses Land/ Patriotismus	10.1%	9.3%	5.4%	10.6%	13.5%	10.0%	15.6%	13.5%	229
Teilnahme an Wahlen	17.2%	22.5%	18.5%	19.0%	16.1%	25.5%	22.7%	21.9%	445
Schutz vor Diskriminierung	37.3%	26.0%	25.7%	26.4%	26.2%	31.1%	21.3%	25.8%	605
Gesamt	169	204	389	348	378	411	141	155	2195

**Tabelle 19. Wie stark haben Sie das Gefühl, in diesem Bezirk dazuzugehören?
(nach Geschlecht und Religionszugehörigkeit) (D4)**

		Muslime männlich	Muslime weiblich	Nicht-Muslime männlich	Nicht-Muslime weiblich	Gesamt
Sehr stark		31.7%	24.5%	30.7%	25.1%	27.9%
Ziemlich stark		40.9%	44.2%	42.3%	45.6%	43.3%
Nicht sehr stark		18.5%	21.0%	19.7%	21.0%	20.1%
Überhaupt nicht		6.5%	8.2%	5.4%	6.5%	6.6%
Weiß nicht		2.5%	2.2%	1.9%	1.8%	2.1%
Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%
	Anzahl	558	552	522	566	2198

**Tabelle 20. Wie stark haben Sie das Gefühl, in diesem Bezirk dazuzugehören?
(nach Religionszugehörigkeit und Geburtsort) (D4)**

		Im EU-Land geborene Muslime	Außerhalb des EU-Landes geborene Muslime	Im EU-Land geborene Nicht-Muslime	Außerhalb des EU-Landes geborene Nicht-Muslime	Gesamt
Sehr stark		30.3%	27.0%	29.8%	22.2%	27.9%
Recht stark		44.5%	41.5%	44.2%	43.4%	43.3%
Nicht sehr stark		17.2%	21.0%	19.1%	23.9%	20.1%
Überhaupt nicht		6.2%	7.9%	5.1%	8.4%	6.6%
Weiß nicht		1.9%	2.6%	1.8%	2.0%	2.1%
Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%
	Anzahl	373	737	791	297	2198

**Tabelle 24. Wie stark haben Sie das Gefühl, in diesem Bezirk dazuzugehören?
(nach Religionszugehörigkeit und Geburtsort) (D4)**

	Im EU-Land geborene männliche Muslime	Im EU-Land geborene weibliche Muslime	Außerhalb des EU- Landes geborene männliche Muslime	Außerhalb des EU- Landes geborene weibliche Muslime	Im EU-Land geborene männliche Nicht- Muslime	Im EU-Land geborene weibliche Nicht- Muslime	Außerhalb des EU- Landes geborene männliche Nicht- Muslime	Außerhalb des EU- Landes geborene weibliche Nicht- Muslime	Gesamt	
Sehr stark	26.6%	25.0%	22.6%	25.0%	41.1%	38.6%	26.1%	25.3%	30.1%	
Ziemlich stark	36.7%	44.6%	34.4%	35.3%	32.1%	36.4%	35.9%	41.6%	36.3%	
Nicht sehr stark	23.1%	22.5%	27.8%	24.7%	18.4%	19.4%	28.9%	20.1%	22.8%	
Überhaupt nicht stark	8.9%	4.9%	11.6%	12.1%	6.8%	3.9%	7.7%	11.0%	8.3%	
Weiß nicht	4.7%	2.9%	3.6%	2.9%	1.6%	1.7%	1.4%	1.9%	2.5%	
Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	
	Anzahl	169	204	389	348	380	412	142	154	2198

**Tabelle 27. Sehen Sie sich selbst als (Deutsche/r, Franzose/Französin, etc.)?
(nach Befragungsort) (D9)**

	Ja	Nein	
Amsterdam	59.0%	41.0%	
Antwerpen	55.1%	44.9%	
Berlin	25.0%	75.0%	
Kopenhagen	39.6%	60.4%	
Hamburg	22.0%	78.0%	
Leicester	82.4%	17.6%	
Marseille	58.0%	42.0%	
Paris	41.0%	59.0%	
Rotterdam	43.4%	56.6%	
Stockholm	41.0%	59.0%	
Waltham Forest	72.0%	28.0%	
Gesamt	In %	49.0%	51.0%
	Anzahl	1105	1110

**Tabelle 28. Sehen Sie sich selbst als (Deutsche/r, Franzose/Französin, etc.)?
(nach Religionszugehörigkeit und Geburtsort) (D9)**

		Im EU-Land geborene Muslime	Außerhalb des EU-Landes geborene Muslime	Im EU-Land geborene Nicht-Muslime	Außerhalb des EU-Landes geborene Nicht-Muslime	Gesamt
Ja		67.4%	39.8%	88.1%	47.8%	63.0%
Nein		32.6%	60.2%	11.9%	52.2%	37.0%
Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%
	Anzahl	371	734	790	297	2192

**Tabelle 29. Sehen Sie sich selbst als (Deutsche/r, Franzose/Französin, etc.)?
(nach Stadt und Geburtsort) (D9)**

Stadt		[Deutsche/r, Franzose/Französin, etc.]?	
		Ja	Nein
Amsterdam	Im EU-Land geboren	76.7%	23.3%
	Außerhalb des EU-Landes geboren	52.0%	48.0%
Gesamt	In %	59.0%	41.0%
	Anzahl	62	43
Antwerpen	Im EU-Land geboren	62.8%	37.2%
	Außerhalb des EU-Landes geboren	49.1%	50.9%
Gesamt	In %	55.1%	44.9%
	Anzahl	54	44
Berlin	Im EU-Land geboren	34.9%	65.1%
	Außerhalb des EU-Landes geboren	17.5%	82.5%
Gesamt	In %	25.0%	75.0%
	Anzahl	25	75
Kopenhagen	Im EU-Land geboren	61.9%	38.1%
	Außerhalb des EU-Landes geboren	33.3%	66.7%
Gesamt	In %	39.6%	60.4%
	Anzahl	38	58
Hamburg	Im EU-Land geboren	45.9%	54.1%
	Außerhalb des EU-Landes geboren	7.9%	92.1%
Gesamt	In %	22.0%	78.0%
	Anzahl	22	78

Leicester	Im EU-Land geboren	93.8%	6.3%
	Außerhalb des EU-Landes geboren	72.2%	27.8%
Gesamt	In %	82.4%	17.6%
	Anzahl	84	18
Marseille	Im EU-Land geboren	68.8%	31.3%
	Außerhalb des EU-Landes geboren	52.9%	47.1%
Gesamt	In %	58.0%	42.0%
	Anzahl	58	42
Paris	Im EU-Land geboren	81.8%	18.2%
	Außerhalb des EU-Landes geboren	29.5%	70.5%
Gesamt	In %	41.0%	59.0%
	Anzahl	41	59
Rotterdam	Im EU-Land geboren	68.2%	31.8%
	Außerhalb des EU-Landes geboren	36.4%	63.6%
Gesamt	In %	43.4%	56.6%
	Anzahl	43	56
Stockholm	Im EU-Land geboren	58.3%	41.7%
	Außerhalb des EU-Landes geboren	35.8%	64.2%
Gesamt	In %	41.0%	59.0%
	Anzahl	43	62
Waltham Forest	Im EU-Land geboren	83.7%	16.3%
	Außerhalb des EU-Landes geboren	60.8%	39.2%
Gesamt	In %	72.0%	28.0%
	Anzahl	72	28

Tabelle 30. Werden Sie von den meisten anderen Leuten in diesem Land als [Deutsche/r, Franzose/Französin, etc.] gesehen? (nach Geburtsort) (D10)

		Ja	Nein	Gesamt
Im EU-Land geboren		38.4%	61.6%	100.0%
Außerhalb des EU-Landes geboren		17.6%	82.4%	100.0%
Gesamt	In %	24.5%	75.7%	100.0%
	Anzahl	270	831	1101

**Tabelle 33. Sehen Sie sich selbst als (Deutsche/r, Franzose/Französin, etc.)?
(nach Beschäftigungssituation) (D9)**

	Ja	Nein	Gesamt	
Vollzeit angestellt	55.3%	44.7%	100.0%	
Teilzeit angestellt	50.0%	50.0%	100.0%	
Selbständig	40.0%	60.0%	100.0%	
Arbeite unbezahlt in einem Familienunternehmen	28.6%	71.4%	100.0%	
Pensioniert	34.4%	65.6%	100.0%	
In staatlichem Beschäftigungs- oder Ausbildungsprogramm	42.9%	57.1%	100.0%	
Arbeitslos und auf der Suche nach Arbeit	49.1%	50.9%	100.0%	
Student	56.8%	43.2%	100.0%	
Hausfrau/ -mann	42.6%	57.4%	100.0%	
Arbeitsunfähig	44.4%	55.6%	100.0%	
Sonstiges	39.7%	60.3%	100.0%	
Gesamt	In %	49.0%	51.0%	100.0%
	Anzahl	540	561	1101

**Tabelle 34. Sehen Sie sich selbst als (Deutsche/r, Franzose/Französin, etc.)?
(nach religiöser Praxis) (D9)**

		Ja	Nein	Gesamt
Praktizierend religiös	Ja	48.8%	51.2%	100.0%
	Nein	49.8%	50.2%	100.0%
Gesamt	In %	49.0%	51.0%	100.0%
	Anzahl	539	560	1099

Tabelle 35. Werden Sie von den meisten anderen Leuten in diesem Land als [Deutsche/r, Franzose/Französin, etc.] gesehen? (nach sichtbaren Zeichen religiöser Identität) (D10)

		Ja	Nein	Gesamt
Sichtbare Zeichen religiöser Identität	Ja	24.5%	75.5%	100.0%
	Nein	23.8%	76.2%	100.0%
Gesamt	In %	24.3%	75.7%	100.0%
	Anzahl	266	829	1095

Tabelle 36. Befragte, die Diskriminierung aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit durch Vermieter oder Makler erlebt haben

	Muslime	Nicht-Muslime	Gesamt
Vermieter oder Makler	7.4%	1.3%	
Gesamt	81	14	95

Tabelle 39. Was hindert Ihrer Ansicht nach am meisten daran, (deutsch, französisch, etc.] zu sein? (nach Geburtsort) (D13)

	Im EU-Land geborene Muslime	Außerhalb des EU- Landes geborene Muslime	Im EU-Land geborene Nicht- Muslime	Außerhalb des EU-Landes geborene Nicht-Muslime	Gesamt
Nicht die Landessprache(n) zu beherrschen	21.4%	20.8%	39.6%	20.4%	27.6%
Im Ausland geboren zu sein	5.1%	12.6%	4.2%	11.2%	8.1%
Einer ethnischen Minderheit anzugehören/ Kein Weißer zu sein	27.3%	17.5%	11.1%	18.0%	16.9%
Ausländischer Akzent/ Sprechweise	1.4%	4.0%	2.4%	6.8%	3.4%
Kein Christ sein	6.8%	5.5%	.5%	.3%	3.2%
Es gibt keine Hindernisse	7.3%	4.5%	8.0%	4.8%	6.3%
Nichts davon	4.3%	2.7%	7.1%	6.8%	5.1%
Weiß nicht	3.0%	4.1%	4.6%	3.4%	4.0%
Sonstiges	23.5%	28.4%	22.5%	28.2%	25.4%
Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%
	Anzahl	370	732	778	294

Tabelle 41. Beschäftigungssituation der Befragten, welche die Beherrschung der Landessprache als wichtigen nationalen Wert betrachten (I14)

		Muslime	Nicht-Muslime	Gesamt
Vollzeit angestellt		24.2%	28.1%	26.0%
Teilzeit angestellt		18.5%	14.7%	16.7%
Selbständig		4.2%	10.3%	7.0%
Arbeitsunbezahlt in einem Familienunternehmen		0.4%	0.9%	0.6%
Pensioniert		7.3%	13.4%	10.1%
In staatlichem Beschäftigungs- oder Ausbildungsprogramm		2.3%	0.4%	1.4%
Arbeitslos und auf der Suche nach Arbeit		8.8%	8.5%	8.7%
Student		14.2%	8.0%	11.4%
Hausfrau/ -mann		11.9%	3.6%	8.1%
Arbeitsunfähig		1.9%	1.8%	1.9%
Sonstiges		6.2%	10.3%	8.1%
Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%
	Anzahl	260	224	484

**Tabelle 42. Was hindert Ihrer Ansicht nach am meisten daran, (deutsch, französisch, etc.) zu sein?
(nach Religionszugehörigkeit, Geschlecht und Geburtsort) (D13)**

	Im EU-Land geborene männliche Muslime	Im EU-Land geborene weibliche Muslime	Außerhalb des EU-Landes geborene männliche Muslime	Außerhalb des EU-Landes geborene weibliche Muslime	Im EU-Land geborene männliche Nicht-Muslime	Im EU-Land geborene weibliche Nicht-Muslime	Außerhalb des EU-Landes geborene männliche Nicht-Muslime	Außerhalb des EU-Landes geborene weibliche Nicht-Muslime	Gesamt
Nicht die Landessprache(n) zu beherrschen	23.2%	19.8%	18.3%	23.5%	42.9%	36.6%	22.0%	19.0%	27.6%
Im Ausland geboren zu sein	5.4%	5.0%	14.2%	10.8%	4.6%	3.9%	12.8%	9.8%	8.1%
Einer ethnischen Minderheit anzugehören/ Kein Weißer zu sein	31.5%	23.8%	20.1%	14.5%	9.7%	12.3%	17.0%	19.0%	16.9%
Ausländischer Akzent/ Sprechweise	2.4%	.5%	2.8%	5.2%	2.4%	2.5%	5.7%	7.8%	3.4%
Kein Christ sein	5.4%	7.9%	4.6%	6.4%	0.3%	0.7%		0.7%	3.2%
Es gibt keine Hindernisse	5.4%	8.9%	3.6%	5.5%	9.7%	6.4%	6.4%	3.3%	6.3%
Nichts davon	1.8%	6.4%	2.3%	3.2%	7.5%	6.6%	6.4%	7.2%	5.1%
Weiß nicht	4.2%	2.0%	5.4%	2.6%	3.8%	5.4%	4.3%	2.6%	4.0%
Sonstiges	20.8%	25.7%	28.6%	28.2%	19.1%	25.6%	25.5%	30.7%	25.4%
Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%
	Anzahl	168	202	388	344	371	407	141	153

Tabelle 43. Vergleich rassistischer Vorurteile früher und heute (H3)

	Muslime	Nicht-Muslime	Gesamt
Weniger rassistische Vorurteile als vor fünf Jahren	11.2%	15.0%	13.1%
Mehr als vor fünf Jahren	55.8%	43.0%	49.5%
Etwas genau so viele	23.0%	34.4%	28.7%
Weiß nicht	9.9%	7.6%	8.7%
Gesamt	In %	100.0%	100.0%
	Anzahl	1060	1045

Tabelle 44. Gruppen, die rassistische Vorurteile erfahren (H2)

	Muslime	Nicht-Muslime	Gesamt
Araber	44.0%	37.5%	833
Südasiaten (Indien, Pakistan, Bangladesch)	18.9%	14.3%	339
Schwarze (Karibik, Afrika)	45.0%	45.7%	927
Chinesen	6.5%	6.5%	132
Türken	26.4%	22.0%	494
Weißer	1.1%	3.9%	51
Menschen unterschiedlicher Herkunft	5.2%	5.5%	109
Buddhisten	2.3%	1.5%	38
Hindus	3.4%	3.1%	67
Juden	7.6%	9.0%	170
Muslime	59.4%	40.4%	1019
Sikhs	4.5%	2.8%	75
Asylbewerber/Flüchtlinge	13.1%	13.5%	272
Neue Einwanderer	11.6%	8.3%	203
Osteuropäer	7.5%	16.0%	240
Sonstiges	25.0%	37.1%	635
Gesamt	1020	1023	2043

Tabelle 47. Vergleich religiöser Vorurteile früher und heute (H6)

		Muslime	Nicht-Muslime	Gesamt
Weniger religiöse Vorurteile als vor fünf Jahren		6.7%	8.6%	7.7%
Mehr als vor fünf Jahren		68.7%	55.9%	62.4%
Etwa genau so viele		17.4%	25.4%	21.3%
Weiß nicht		7.2%	10.0%	8.6%
Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%
	Anzahl	1053	1019	2072

Tabelle 48. Gruppen, die religiöse Vorurteile erfahren

	Muslime	Nicht-Muslime	Gesamt
Muslime	97.6%	92.5%	1897
Juden	14.6%	25.1%	393
Hindus	2.9%	3.1%	60
Buddhisten	1.6%	1.1%	27
Sikhs	3.9%	3.0%	69
Christen	1.9%	5.7%	74
Katholiken	1.7%	3.2%	48
Protestanten	0.7%	1.8%	24
Sonstige	5.3%	10.7%	158
Gesamt	1024	971	1995

**Tabelle 49. Gegenwärtige rassistische Vorurteile
(nach Religionszugehörigkeit, Geschlecht und Geburtsort) (H1)**

	Im EU-Land geborene männliche Muslime	Im EU-Land geborene weibliche Muslime	Außerhalb des EU- Landes geborene männliche Muslime	Außerhalb des EU- Landes geborene weibliche Muslime	Im EU- Land geborene männliche Nicht- Muslime	Im EU- Land geborene weibliche Nicht- Muslime	Außerhalb des EU- Landes geborene männliche Nicht- Muslime	Außerhalb des EU- Landes geborene weibliche Nicht- Muslime	Gesamt	
Viele	31.4%	34.3%	25.8%	31.0%	29.2%	32.0%	29.6%	31.0%	30.2%	
Ziemlich viele	46.2%	49.0%	43.6%	45.7%	46.6%	46.4%	35.2%	48.4%	45.5%	
Ein paar	14.8%	10.8%	20.9%	15.2%	17.6%	16.7%	25.4%	15.5%	17.2%	
Keine	3.0%	1.5%	2.3%	1.1%	2.4%	1.5%	4.9%	1.9%	2.1%	
Weiß nicht	4.7%	4.4%	7.5%	6.9%	4.2%	3.4%	4.9%	3.2%	5.1%	
Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	
	Anzahl	169	204	388	348	380	412	142	155	2198

**Tabelle 51. Gegenwärtige religiöse Vorurteile
(nach Religionszugehörigkeit, Geschlecht und Geburtsort) (H4)**

	Im EU-Land geborene männliche Muslime	Im EU-Land geborene weibliche Muslime	Außerhalb des EU-Landes geborene männliche Muslime	Außerhalb des EU-Landes geborene weibliche Muslime	Im EU-Land geborene männliche Nicht-Muslime	Im EU-Land geborene weibliche Nicht-Muslime	Außerhalb des EU-Landes geborene männliche Nicht-Muslime	Außerhalb des EU-Landes geborene weibliche Nicht-Muslime	Gesamt	
Viele	48.2%	51.0%	37.5%	41.1%	29.7%	28.6%	24.6%	34.2%	36.1%	
Ziemlich viele	36.3%	37.3%	37.3%	37.1%	42.6%	42.2%	33.8%	41.3%	39.1%	
Ein paar	8.9%	7.4%	15.4%	11.8%	17.6%	18.0%	21.8%	17.4%	15.0%	
Keine	2.4%	1.0%	2.8%	1.4%	4.5%	3.2%	7.7%	2.6%	3.0%	
Weiß nicht	4.2%	3.4%	6.9%	8.6%	5.5%	8.0%	12.0%	4.5%	6.8%	
Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	
	Anzahl	168	204	389	348	380	412	142	155	2198

**Tabelle 54. Wie oft hat jemand Ihnen gegenüber religiöse Vorurteile gezeigt oder Sie deswegen ungerecht behandelt?
(nach Religionszugehörigkeit, Geschlecht und Geburtsort) (H7)**

	Im EU-Land geborene männliche Muslime	Im EU-Land geborene weibliche Muslime	Außerhalb des EU-Landes geborene männliche Muslime	Außerhalb des EU-Landes geborene weibliche Muslime	Im EU-Land geborene männliche Nicht- Muslime	Im EU-Land geborene weibliche Nicht- Muslime	Außerhalb des EU-Landes geborene männliche Nicht- Muslime	Außerhalb des EU-Landes geborene weibliche Nicht- Muslime	Gesamt	
Fast ständig	4.1%	4.9%	5.4%	5.5%	0.3%	0.5%	3.5%	0.6%	3.0%	
Häufig	17.2%	19.1%	17.3%	18.1%	2.4%	1.5%	1.4%	3.9%	10.1%	
Manchmal	29.0%	34.8%	22.7%	25.3%	4.7%	4.1%	7.0%	11.0%	16.3%	
Selten	21.9%	18.6%	13.1%	12.6%	9.0%	9.2%	11.3%	16.8%	12.9%	
Nie	27.8%	22.5%	41.5%	38.5%	83.6%	84.7%	76.8%	67.7%	57.7%	
Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	
	Anzahl	169	204	388	348	379	411	142	155	2196

**Tabelle 55. Wie oft hat jemand Ihnen gegenüber rassistische Vorurteile gezeigt oder Sie deswegen ungerecht behandelt?
(nach Religionszugehörigkeit, Geschlecht und Geburtsort) (H7)**

	Im EU-Land geborene männliche Muslime	Im EU-Land geborene weibliche Muslime	Außerhalb des EU-Landes geborene männliche Muslime	Außerhalb des EU-Landes geborene weibliche Muslime	Im EU-Land geborene männliche Nicht-Muslime	Im EU-Land geborene weibliche Nicht-Muslime	Außerhalb des EU-Landes geborene männliche Nicht-Muslime	Außerhalb des EU-Landes geborene weibliche Nicht-Muslime	Gesamt
Fast ständig	5.3%	2.9%	3.4%	2.3%	0.5%	1.0%	4.9%	3.9%	2.5%
Häufig	10.7%	10.8%	15.2%	10.9%	3.2%	2.2%	6.3%	12.3%	8.5%
Manchmal	28.4%	32.4%	24.8%	29.9%	10.6%	11.2%	19.0%	27.1%	21.4%
Selten	21.9%	21.6%	16.0%	16.4%	13.2%	14.7%	16.2%	14.8%	16.2%
Nie	33.7%	32.4%	40.6%	40.5%	72.6%	70.9%	53.5%	41.9%	51.4%
Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%
	Anzahl	169	204	387	348	379	409	142	155

Tabelle 57. Diskriminierung aufgrund des Wohnorts (H7)

		Muslime	Nicht-Muslime	Gesamt
Fast ständig		1.9%	1.1%	1.5%
Häufig		4.8%	4.8%	4.8%
Manchmal		11.5%	14.0%	12.8%
Selten		14.2%	13.3%	13.7%
Nie		67.6%	66.9%	67.2%
Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%
	Anzahl	1101	1086	2187

**Tabelle 59. Orte religiöser Diskriminierung
(nach Religionszugehörigkeit, Geschlecht und Geburtsort) (H8)**

	Im EU-Land geborene männliche Muslime	Im EU-Land geborene weibliche Muslime	Außerhalb des EU- Landes geborene männliche Muslime	Außerhalb des EU- Landes geborene weibliche Muslime	Im EU-Land geborene männliche Nicht- Muslime	Im EU-Land geborene weibliche Nicht- Muslime	Außerhalb des EU- Landes geborene männliche Nicht- Muslime	Außerhalb des EU- Landes geborene weibliche Nicht- Muslime	Gesamt
Arzt	1.8%	6.0%	1.0%	6.6%	1.4%	1.3%	0.7%	1.3%	55
Krankenhaus	5.3%	4.0%	3.9%	7.8%	1.7%	1.3%	0.7%	0.7%	72
Schule	10.1%	5.5%	3.9%	7.8%	1.4%	1.3%	0.7%	2.6%	85
Gemeinderat	1.8%	5.0%	3.9%	6.9%	0.6%	0.5%	1.4%	0.7%	59
Vermieter oder Makler	7.7%	7.5%	8.5%	5.8%	0.6%	1.3%	2.2%	2.6%	95
Geschäft im Stadtteil	9.5%	8.5%	4.7%	5.2%	2.5%	1.8%	1.4%	5.2%	95
Öffentliche Verkehrsmittel	16.6%	18.9%	7.3%	15.0%	1.7%	3.5%	2.9%	2.6%	174
Flughafen/ Flughafensicherheitsbe- amte	6.5%	7.0%	9.3%	5.2%	0.8%	0.5%	2.2%	3.9%	93
Gerichte (Amtsgericht, Landgericht)	2.4%	2.5%	1.3%	0.6%	0.8%	0.8%	1.4%	0.0%	24
Polizei	17.8%	6.5%	9.8%	5.8%	2.5%	2.8%	6.5%	4.6%	137
Einwanderungs- behörden	1.2%	3.0%	4.4%	4.0%	0.0%	0.3%	1.4%	0.7%	43
Mitbürger	29.0%	42.3%	19.4%	27.7%	10.8%	10.1%	10.8%	15.0%	422
Keine der oben genannten	44.4%	38.8%	57.3%	50.9%	82.5%	84.1%	79.9%	75.8%	1407
Gesamt	169	201	386	346	361	395	139	153	2150

**Tabelle 61. Orte religiöser Diskriminierung
(nach Religionszugehörigkeit, Geschlecht und Geburtsort) (H8)**

	Im EU- Land geborene männliche Muslime	Im EU- Land geborene weibliche Muslime	Außerhalb des EU- Landes geborene männliche Muslime	Außerhalb des EU- Landes geborene weibliche Muslime	Im EU- Land geborene männliche Nicht- Muslime	Im EU- Land geborene weibliche Nicht- Muslime	Außerhalb des EU- Landes geborene männliche Nicht- Muslime	Außerhalb des EU- Landes geborene weibliche Nicht- Muslime	Gesamt
Schule	10.1%	5.5%	3.9%	7.8%	1.4%	1.3%	0.7%	2.6%	
Gesamt	17	11	15	27	5	5	1	4	85

**Tabelle 65. Höchster erreichter Bildungsabschluss von Muslimen
(nach Art der beruflichen Tätigkeit) (I17)**

	Kein formeller Abschluss	Grundschule	Sekundarschule	Universität	Gesamt
Arbeitslos	38.5%	20.9%	21.1%	9.6%	19.8%
Moderne Ausbildungs- und akademische Berufe	1.0%	3.5%	8.9%	28.8%	12.4%
Geistliche Berufe		4.7%	19.8%	13.9%	14.1%
Höhere Verwaltungs- oder Managementberufe	1.0%		1.8%	6.4%	2.6%
Technische und handwerkliche Berufe	13.5%	7.6%	7.8%	5.0%	7.6%
Angelernte manuelle und Dienstleistungsberufe	12.5%	15.1%	15.4%	12.8%	14.4%
Gelernte manuelle und Dienstleistungsberufe	31.7%	43.6%	19.6%	7.8%	21.5%
Mittlere oder untere Managementberufe	1.9%	4.7%	4.7%	5.7%	4.7%
Traditionale Ausbildungs- und akademische Berufe			0.9%	10.0%	3.0%
Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%
	Anzahl	104	172	551	1108

**Tabelle 66. Höchster erreichter Bildungsabschluss von Nicht-Muslimen
(nach Art der beruflichen Tätigkeit) (I17)**

	Kein formeller Abschluss	Grundschule	Sekundarschule	Universität	Gesamt
Arbeitslos	41.7%	13.8%	7.1%	3.1%	6.8%
Moderne Ausbildungs- und akademische Berufe	4.2%	3.8%	16.9%	46.2%	27.1%
Geistliche Berufe	12.5%	10.0%	18.4%	14.6%	16.2%
Höhere Verwaltungs- oder Managementberufe		1.3%	1.1%	8.5%	3.9%
Technische und handwerkliche Berufe	12.5%	5.0%	13.0%	1.2%	7.8%
Angelernte manuelle und Dienstleistungsberufe	12.5%	20.0%	15.9%	5.0%	11.8%
Gelernte manuelle und Dienstleistungsberufe	8.3%	37.5%	20.1%	5.4%	15.4%
Mittlere oder untere Managementberufe		7.5%	5.5%	5.4%	5.5%
Traditionelle Ausbildungs- und akademische Berufe	8.3%	1.3%	2.0%	10.6%	5.4%
Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%
	Anzahl	24	80	561	424

Tabelle 67. Hat man Ihnen in diesem Land in den letzten fünf Jahren eine Arbeitsstelle verweigert oder hat man Ihre Bewerbung abgelehnt? (H10)

		Muslime	Nicht-Muslime	Gesamt
Ja		30.0%	26.9%	28.5%
Nein		45.0%	51.0%	48.0%
Weiß nicht		2.0%	1.1%	1.5%
Nicht zutreffend		23.0%	21.0%	22.0%
Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%
	Anzahl	1108	1088	2196

Tabelle 68. Hat man Ihnen in diesem Land in den letzten fünf Jahren eine Arbeitsstelle verweigert oder hat man Ihre Bewerbung abgelehnt? (nach Religionszugehörigkeit, Geschlecht und Geburtsort) (H10)

	Im EU-Land geborene männliche Muslime	Im EU-Land geborene weibliche Muslime	Außerhalb des EU-Landes geborene männliche Muslime	Außerhalb des EU-Landes geborene weibliche Muslime	Im EU-Land geborene männliche Nicht- Muslime	Im EU-Land geborene weibliche Nicht- Muslime	Außerhalb des EU-Landes geborene männliche Nicht- Muslime	Außerhalb des EU-Landes geborene weibliche Nicht- Muslime	Gesamt
Ja	33.7%	37.3%	28.9%	25.1%	25.8%	25.1%	27.5%	34.2%	28.5%
Nein	46.7%	44.6%	49.7%	39.2%	51.8%	51.8%	52.8%	45.2%	48.0%
Weiß nicht	1.2%	2.0%	2.8%	1.4%	1.1%	1.0%	1.4%	1.3%	1.5%
Nicht zutreffend	18.3%	16.2%	18.6%	34.3%	21.3%	22.1%	18.3%	19.4%	22.0%
In %	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%
Gesamt									
Anzahl	169	204	388	347	380	411	142	155	2196

**Tabelle 73. Aus welchen Gründen wurden Sie für eine Stelle abgelehnt?
(nach Religionszugehörigkeit, Geschlecht und Geburtsort) (H11)**

	Im EU-Land geborene männliche Muslime	Im EU-Land geborene weibliche Muslime	Außerhalb des EU- Landes geborene männliche Muslime	Außerhalb des EU- Landes geborene weibliche Muslime	Im EU- Land geborene männliche Nicht- Muslime	Im EU- Land geborene weibliche Nicht- Muslime	Außerhalb des EU- Landes geborene männliche Nicht- Muslime	Außerhalb des EU- Landes geborene weibliche Nicht- Muslime	Gesamt
Ihr Geschlecht	0.0%	0.5%	0.5%	0.0%	0.8%	0.2%	0.0%	1.3%	0.4%
Ihr Alter	0.6%	1.0%	3.6%	2.3%	4.5%	4.4%	4.9%	4.5%	3.4%
Ihr Ethnizität	4.7%	4.4%	4.4%	4.6%	0.3%	0.2%	2.1%	2.6%	2.7%
Ihre Religionszugehörig- keit	3.6%	7.4%	2.3%	3.4%	0.0%	0.0%	0.0%	0.0%	1.9%
Ihre Hautfarbe	3.0%	2.0%	1.8%	1.4%	.3%	1.0%	4.9%	1.9%	1.6%
Ihr Wohnort	2.4%	1.0%	0.3%	0.6%	0.3%	0.5%	0.0%	0.0%	0.5%
Sonstiges	14.2%	14.7%	13.4%	10.3%	14.5%	14.3%	11.3%	16.8%	13.6%
Weiß nicht	5.3%	4.9%	2.6%	2.3%	4.7%	3.6%	3.5%	7.1%	3.9%
K/A	66.3%	64.2%	71.2%	75.0%	74.7%	75.7%	73.2%	65.8%	72.0%
Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%
	Anzahl	169	204	389	348	380	412	142	155

**Tabelle 81. Orte religiöser Diskriminierung
(nach Religionszugehörigkeit, Geschlecht und Geburtsort) (H8)**

	Im EU-Land geborene männliche Muslime	Im EU-Land geborene weibliche Muslime	Außerhalb des EU-Landes geborene männliche Muslime	Außerhalb des EU-Landes geborene weibliche Muslime	Im EU-Land geborene männliche Nicht-Muslime	Im EU-Land geborene weibliche Nicht-Muslime	Außerhalb des EU-Landes geborene männliche Nicht-Muslime	Außerhalb des EU-Landes geborene weibliche Nicht-Muslime	Gesamt
Vermieter oder Makler	7.7%	7.5%	8.5%	5.8%	0.6%	1.3%	2.2%	2.6%	
Gesamt	13	15	33	20	2	5	3	4	95

**Tabelle 86. Würden Sie sagen, dass Sie gerne in dieser Gegend wohnen?
(nach Religionszugehörigkeit, Geschlecht und Geburtsort) (C5)**

	Im EU-Land geborene männliche Muslime	Im EU-Land geborene weibliche Muslime	Außerhalb des EU-Landes geborene männliche Muslime	Außerhalb des EU-Landes geborene weibliche Muslime	Im EU-Land geborene männliche Nicht-Muslime	Im EU-Land geborene weibliche Nicht-Muslime	Außerhalb des EU-Landes geborene männliche Nicht-Muslime	Außerhalb des EU-Landes geborene weibliche Nicht-Muslime	Gesamt
Ja, auf jeden Fall	54.8%	45.1%	50.1%	50.6%	64.2%	61.6%	53.5%	51.6%	55.0%
Ja, in gewissem Maße	38.7%	43.6%	40.6%	37.9%	31.0%	33.1%	36.6%	41.3%	37.0%
Nein	6.5%	11.3%	9.3%	11.5%	4.8%	5.4%	9.9%	7.1%	8.0%
Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%
	Anzahl	168	204	387	348	377	411	142	155

**Tabelle 88. Zufriedenheit mit den Gesundheitsdiensten
(nach Religionszugehörigkeit, Geschlecht und Geburtsort) (G1.6)**

	Im EU-Land geborene männliche Muslime	Im EU-Land geborene weibliche Muslime	Außerhalb des EU-Landes geborene männliche Muslime	Außerhalb des EU-Landes geborene weibliche Muslime	Im EU-Land geborene männliche Nicht- Muslime	Im EU-Land geborene weibliche Nicht- Muslime	Außerhalb des EU-Landes geborene männliche Nicht- Muslime	Außerhalb des EU-Landes geborene weibliche Nicht- Muslime	Gesamt
Sehr zufrieden	19.6%	12.3%	17.8%	19.8%	19.7%	15.3%	21.8%	16.8%	17.8%
Ziemlich zufrieden	50.6%	45.6%	46.6%	42.5%	48.4%	49.0%	54.9%	48.4%	47.6%
Weder zufrieden noch unzufrieden	11.9%	21.6%	15.2%	16.1%	13.4%	14.8%	7.7%	9.0%	14.4%
Ziemlich unzufrieden	11.3%	10.3%	7.7%	8.9%	8.9%	9.7%	6.3%	14.2%	9.4%
Sehr unzufrieden	6.0%	7.8%	7.2%	9.8%	3.7%	3.4%	2.1%	7.1%	5.9%
Weiß nicht	.6%	2.5%	5.4%	2.9%	5.8%	7.8%	7.0%	4.5%	4.9%
In %	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%
Gesamt									
Anzahl	168	204	388	348	380	412	142	155	2197

Tabelle 91. Wie sehr respektieren Krankenhäuser und Kliniken Ihrer Meinung nach die religiösen Bräuche von Menschen mit einer anderen Religionszugehörigkeit? (G8)

		Männlich	Weiblich	Gesamt
Zu sehr		4.4%	3.5%	4.0%
Etwa richtig		54.7%	55.2%	55.0%
Zu wenig		9.0%	12.3%	10.6%
Weiß nicht		31.9%	29.1%	30.4%
Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%
	Anzahl	1080	1118	2198

Tabelle 92. Wie sehr respektieren Krankenhäuser und Kliniken Ihrer Meinung nach die religiösen Bräuche von Menschen mit einer anderen Religionszugehörigkeit? (nach Geburtsort) (G8)

		Im EU-Land geboren	Außerhalb des EU- Landes geboren	Gesamt
Zu sehr		3.1%	4.9%	4.0%
Etwa richtig		52.3%	57.9%	55.0%
Zu wenig		9.6%	11.8%	10.6%
Weiß nicht		35.0%	25.3%	30.4%
Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%
	Anzahl	1164	1034	2198

Tabelle 93. Wie sehr respektieren Krankenhäuser und Kliniken Ihrer Meinung nach die religiösen Bräuche von Menschen mit einer anderen Religionszugehörigkeit? (nach Bildungsabschluss) (G8)

		Kein formeller Abschluss	Grundschule	Sekundarschule	Universität	Gesamt
Zu sehr		7.0%	6.7%	4.1%	2.1%	4.0%
Etwa richtig		53.9%	61.1%	55.8%	51.6%	55.0%
Zu wenig		9.4%	9.9%	9.2%	13.5%	10.7%
Weiß nicht		29.7%	22.2%	30.9%	32.8%	30.4%
Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%
	Anzahl	128	252	1111	705	2196

**Tabelle 94. Haben Sie in den letzten 12 Monaten Informationen zum Thema Gesundheit benötigt?
(nach Religionszugehörigkeit) (G20)**

		Muslime	Nicht-Muslime	Gesamt
Ja		37.0%	41.6%	39.3%
Nein		63.0%	58.4%	60.7%
Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%
	Anzahl	1106	1085	2191

**Tabelle 95. Haben Sie in den letzten 12 Monaten Informationen zum Thema Gesundheit benötigt?
(nach Geschlecht) (G20.4)**

		Männlich	Weiblich	Gesamt
	Ja	34.4%	43.9%	39.3%
	Nein	65.6%	56.1%	60.7%
Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%
	Anzahl	1076	1115	2191

**Tabelle 96. Haben Sie in den letzten 12 Monaten Informationen zum Thema Gesundheit benötigt?
(nach Religionszugehörigkeit, Geschlecht und Geburtsort) (G20.4)**

	Im EU-Land geborene männliche Muslime	Im EU-Land geborene weibliche Muslime	Außerhalb des EU-Landes geborene männliche Muslime	Außerhalb des EU-Landes geborene weibliche Muslime	Im EU-Land geborene männliche Nicht-Muslime	Im EU-Land geborene weibliche Nicht-Muslime	Außerhalb des EU-Landes geborene männliche Nicht-Muslime	Außerhalb des EU-Landes geborene weibliche Nicht-Muslime	Gesamt
Ja	27.2%	44.6%	33.9%	40.8%	37.6%	44.6%	35.9%	48.4%	39.3%
Nein	72.8%	55.4%	66.1%	59.2%	62.4%	55.4%	64.1%	51.6%	60.7%
Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%
	Anzahl	169	204	387	346	378	410	142	155

**Tabelle 98. Haben Sie in den letzten 12 Monaten Informationen zum Thema Gesundheit benötigt?
(nach Beschäftigungsstatus) (G20.4)**

	Ja	Nein	Gesamt
Vollzeit angestellt	23.4%	32.6%	29.1%
Teilzeit angestellt	19.0%	13.2%	15.4%
Selbständig	6.9%	6.3%	6.5%
Arbeite unbezahlt in einem Familienunternehmen	0.5%	1.1%	0.9%
Pensioniert	9.6%	7.3%	8.2%
In staatlichem Beschäftigungs- oder Ausbildungsprogramm	1.9%	0.8%	1.2%
Arbeitslos und auf der Suche nach Arbeit	7.4%	9.4%	8.7%
Student	11.3%	14.2%	13.1%
Hausfrau/ -mann	6.4%	7.9%	7.3%
Arbeitsunfähig	4.2%	2.3%	3.0%
Sonstiges	9.3%	4.9%	6.6%
Gesamt	In %	100.0%	100.0%
	Anzahl	591	975
		1566	

**Tabelle 99. Teilnehmer, die Diskriminierung im Gesundheitssektor erlebt haben
(nach Religionszugehörigkeit) (B1)**

	Häufigkeit	In %	Gültiger Anteil	Kumulativ in %
Muslime	95	80.5	80.5	80.5
Nicht-Muslime	23	19.5	19.5	100
Gesamt	118	100	100	

**Tabelle 102. Vertrauen in die Polizei
(nach Religionszugehörigkeit und Alter) (F11.1)**

		< 20	20 – 29	30 – 39	40 – 49	50 – 59	60 +	Gesamt
Muslime	Sehr viel	15.7%	12.5%	11.6%	15.7%	14.8%	19.8%	14.1%
	Ziemlich viel	38.0%	41.1%	43.4%	39.5%	42.6%	44.0%	41.3%
	Nicht sehr viel	38.9%	34.2%	34.7%	35.4%	30.6%	23.1%	33.8%
	Überhaupt nicht	6.5%	10.7%	8.3%	7.6%	9.3%	4.4%	8.5%
	Weiß nicht	0.9%	1.5%	2.1%	1.8%	2.8%	8.8%	2.3%
	Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%
	Anzahl	108	336	242	223	108	91	1108
Nicht-Muslime	Sehr viel	12.7%	9.6%	10.2%	11.6%	17.7%	19.1%	12.9%
	Ziemlich viel	32.9%	50.0%	47.8%	50.8%	39.0%	52.2%	47.1%
	Nicht sehr viel	41.8%	27.7%	27.3%	26.6%	29.9%	25.5%	28.5%
	Überhaupt nicht	10.1%	9.9%	14.6%	7.5%	12.8%	1.3%	9.6%
	Weiß nicht	2.5%	2.8%		3.5%	0.6%	1.9%	1.9%
	Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%
	Anzahl	79	282	205	199	164	157	1086

**Tabelle 104. Vertrauen in die Polizei
(nach Religionszugehörigkeit und Beschäftigungsstatus) (F11.1)**

		Vollzeit angestellt	Teilzeit angestellt	Selb- ständig	Arbeite unbezahlt in einem Familien- unterneh- men	Pensio- niert	In staat- lichem Beschäf- tigungs- oder Ausbil- dungs- pro- gramm	Arbeitslos und auf der Suche nach Arbeit	Student	Haus- frau/- mann	Arbeits- unfähig	Sonstiges	Gesamt
Muslime	Sehr viel	8.6%	13.6%	10.3%		12.7%	6.3%	12.0%	13.1%	16.5%	25.0%	12.2%	12.3%
	Ziemlich viel	42.7%	44.9%	48.7%	33.3%	50.9%	37.5%	30.1%	42.3%	38.5%	43.8%	57.1%	42.8%
	Nicht sehr viel	37.7%	36.4%	17.9%	50.0%	25.5%	43.8%	44.6%	32.8%	37.4%	18.8%	24.5%	34.4%
	Überhaupt nicht	9.1%	5.1%	17.9%	16.7%	3.6%	6.3%	8.4%	8.8%	3.3%	9.4%	4.1%	7.6%
	Weiß nicht	1.8%		5.1%		7.3%	6.3%	4.8%	2.9%	4.4%	3.1%	2.0%	3.0%
	Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%
	Anzahl	220	118	39	6	55	16	83	137	91	32	49	846
Nicht- Muslime	Sehr viel	13.1%	4.9%	12.7%	37.5%	18.1%		9.4%	13.2%	4.2%		16.7%	11.8%
	Ziemlich viel	53.6%	53.7%	44.4%	37.5%	50.0%		37.7%	38.2%	79.2%	62.5%	27.8%	48.5%
	Nicht sehr viel	26.2%	28.5%	25.4%	25.0%	27.8%	100.0%	34.0%	39.7%	16.7%	31.3%	33.3%	29.1%
	Überhaupt nicht	6.8%	10.6%	15.9%		1.4%		15.1%	4.4%		6.3%	22.2%	8.9%
	Weiß nicht	.4%	2.4%	1.6%		2.8%		3.8%	4.4%				1.7%
	Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%
	Anzahl	237	123	63	8	72	3	53	68	24	16	54	721

**Tabelle 105. Vertrauen in die Polizei
(nach Religionszugehörigkeit, Geschlecht und Geburtsort) (F11.1)**

	Im EU-Land geborene männliche Muslime	Im EU-Land geborene weibliche Muslime	Außerhalb des EU- Landes geborene männliche Muslime	Außerhalb des EU- Landes geborene weibliche Muslime	Im EU- Land geborene männliche Nicht- Muslime	Im EU- Land geborene weibliche Nicht- Muslime	Außerhalb des EU- Landes geborene männliche Nicht- Muslime	Außerhalb des EU- Landes geborene weibliche Nicht- Muslime	Gesamt
Sehr viel	7.1%	12.7%	13.1%	19.3%	12.9%	12.4%	15.6%	11.6%	13.5%
Ziemlich viel	38.5%	46.1%	40.9%	40.3%	51.6%	42.7%	46.8%	48.4%	44.2%
Nicht sehr viel	37.9%	33.8%	33.2%	32.3%	25.0%	31.8%	26.2%	30.3%	31.1%
Überhaupt nicht	13.6%	6.4%	10.0%	5.8%	10.0%	11.2%	8.5%	5.2%	9.1%
Weiß nicht	3.0%	1.0%	2.8%	2.3%	0.5%	1.9%	2.8%	4.5%	2.1%
Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%
	Anzahl	169	204	389	347	380	412	141	155
									2197

**Tabelle 116. Teilnahme an letzten Parlamentswahlen
(nach Geschlecht und Religionszugehörigkeit) (F2)**

		Muslime männlich	Muslime weiblich	Nicht- Muslime männlich	Nicht- Muslime weiblich	Gesamt
Ja		52.5%	49.5%	66.7%	71.4%	60.0%
Nein		47.5%	50.5%	33.3%	28.6%	40.0%
Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%
	Anzahl	558	552	522	567	2199

**Tabelle 117. Teilnahme an letzten Kommunalwahlen
(nach Geschlecht und Religionszugehörigkeit) (F4)**

		Muslime männlich	Muslime weiblich	Nicht- Muslime männlich	Nicht- Muslime weiblich	Gesamt
Ja		52.0%	50.4%	65.5%	66.1%	58.4%
Nein		48.0%	49.6%	34.5%	33.9%	41.6%
Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%
	Anzahl	558	552	522	567	2199

**Tabelle 118. Teilnahme an letzten Parlamentswahlen
(nach Religionszugehörigkeit und Geburtsort) (F2)**

		Im EU-Land geborene Muslime	Außerhalb des EU- Landes geborene Muslime	Im EU-Land geborene Nicht- Muslime	Außerhalb des EU- Landes geborene Nicht- Muslime	Gesamt
Ja		57.4%	47.8%	76.5%	49.5%	60.0%
Nein		42.6%	52.2%	23.5%	50.5%	40.0%
Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%
	Anzahl	373	737	792	297	2199

Tabelle 119. Teilnahme an den letzten Kommunalwahlen (nach Religionszugehörigkeit und Geburtsort) (F4)

		Im EU-Land geborene Muslime	Außerhalb des EU- Landes geborene Muslime	Im EU-Land geborene Nicht- Muslime	Außerhalb des EU- Landes geborene Nicht-Muslime	Gesamt
Ja		53.4%	50.1%	72.5%	48.1%	58.4%
Nein		46.6%	49.9%	27.5%	51.9%	41.6%
Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%
	Anzahl	373	737	792	297	2199

**Tabelle 122. Stimmen Sie zu oder nicht zu, dass Sie Entscheidungen, die Ihre Stadt betreffen, beeinflussen können?
(nach Religionszugehörigkeit und Alter) (F8)**

		< 20	20 – 29	30 – 39	40 – 49	50 – 59	60 +	Gesamt	
Muslime	Stimme voll und ganz zu	5.6%	4.8%	5.0%	4.5%	6.5%	4.4%	5.0%	
	Stimme zu	50.0%	38.4%	30.3%	37.2%	28.0%	24.2%	35.4%	
	Stimme nicht zu	25.0%	32.4%	35.3%	33.6%	34.6%	27.5%	32.4%	
	Stimme überhaupt nicht zu	11.1%	14.6%	17.8%	13.9%	17.8%	25.3%	16.0%	
	Weiß nicht	8.3%	9.8%	11.6%	10.8%	13.1%	18.7%	11.3%	
	Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%
		Anzahl	108	336	241	223	107	91	1106
Nicht-Muslime	Stimme voll und ganz zu	2.5%	8.9%	6.3%	10.6%	11.6%	10.1%	8.8%	
	Stimme zu	40.5%	44.1%	46.3%	39.2%	42.1%	33.5%	41.5%	
	Stimme nicht zu	41.8%	28.1%	28.8%	33.7%	29.3%	36.1%	31.6%	
	Stimme überhaupt nicht zu	6.3%	10.3%	12.7%	10.6%	11.6%	14.6%	11.3%	
	Weiß nicht	8.9%	8.5%	5.9%	6.0%	5.5%	5.7%	6.7%	
	Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%
		Anzahl	79	281	205	199	164	158	1086

**Tabelle 123. Stimmen Sie zu oder nicht zu, dass Sie Entscheidungen, die Ihre Stadt betreffen, beeinflussen können?
(Teilnahme an Anhörungen die Nachbarschaft betreffend) (F8)**

		Ja	Nein	Gesamt	
Muslime	Stimme voll und ganz zu	8.6%	4.2%	5.0%	
	Stimme zu	40.6%	34.2%	35.3%	
	Stimme nicht zu	36.4%	31.5%	32.3%	
	Stimme überhaupt nicht zu	8.6%	17.6%	16.1%	
	Weiß nicht	5.9%	12.4%	11.3%	
	Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%
		Anzahl	187	920	1107
Nicht-Muslime	Stimme voll und ganz zu	12.3%	8.1%	8.9%	
	Stimme zu	51.2%	39.4%	41.6%	
	Stimme nicht zu	23.2%	33.4%	31.5%	
	Stimme überhaupt nicht zu	9.9%	11.7%	11.3%	
	Weiß nicht	3.4%	7.5%	6.7%	
	Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%
		Anzahl	203	881	1084

Tabelle 124. Vertrauen in die Polizei (nach Religionszugehörigkeit) (F11)

		Muslime	Nicht-Muslime	Gesamt
Sehr viel		14.1%	12.9%	13.5%
Ziemlich viel		41.3%	47.2%	44.2%
Nicht sehr viel		33.7%	28.5%	31.1%
Überhaupt nicht		8.6%	9.6%	9.1%
Weiß nicht		2.3%	1.9%	2.1%
Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%
	Anzahl	1109	1088	2197

Tabelle 125. Vertrauen in Gerichte (F11.2)

		Muslime	Nicht-Muslime	Gesamt
Sehr viel		16.1%	13.9%	15.0%
Ziemlich viel		43.6%	47.1%	45.3%
Nicht sehr viel		23.4%	24.0%	23.7%
Überhaupt nicht		6.2%	7.0%	6.6%
Weiß nicht		10.6%	8.1%	9.4%
Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%
	Anzahl	1109	1089	2198

**Tabelle 130. Vertrauen in das nationale Parlament
(nach Religionszugehörigkeit und Geburtsort) (F11.3)**

		Nicht-EU-Bürger	EU-Bürger	Gesamt	
Muslime	Sehr viel	7.3%	5.4%	6.0%	
	Ziemlich viel	27.7%	26.4%	26.8%	
	Nicht sehr viel	30.5%	42.7%	38.8%	
	Überhaupt nicht	14.1%	15.9%	15.3%	
	Weiß nicht	20.3%	9.5%	13.0%	
	Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%
		Anzahl	354	754	1108
Nicht-Muslime	Sehr viel	10.5%	4.4%	5.2%	
	Ziemlich viel	26.6%	36.8%	35.4%	
	Nicht sehr viel	35.0%	38.9%	38.4%	
	Überhaupt nicht	11.2%	13.8%	13.4%	
	Weiß nicht	16.8%	6.1%	7.5%	
	Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%
		Anzahl	143	944	1087

**Tabelle 133. Vertrauen in das nationale Parlament
(nach Bildungsabschluss) (F11.3)**

		Kein formeller Abschluss	Grundschule	Sekundarschule	Universität	Gesamt
Muslime	Sehr viel	9.6%	8.7%	4.2%	6.8%	6.1%
	Ziemlich viel	26.9%	31.4%	24.2%	28.8%	26.8%
	Nicht sehr viel	31.7%	35.5%	41.0%	39.5%	38.9%
	Überhaupt nicht	10.6%	12.8%	17.3%	14.9%	15.4%
	Weiß nicht	21.2%	11.6%	13.3%	10.0%	12.9%
	Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%
	Anzahl	104	172	549	281	1106
Nicht- Muslime	Sehr viel	16.7%	5.0%	3.8%	6.6%	5.2%
	Ziemlich viel	20.8%	26.3%	33.5%	40.6%	35.4%
	Nicht sehr viel	16.7%	40.0%	42.0%	34.4%	38.4%
	Überhaupt nicht	12.5%	21.3%	13.4%	12.0%	13.4%
	Weiß nicht	33.3%	7.5%	7.3%	6.4%	7.5%
	Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%
	Anzahl	24	80	559	424	1087

**Tabelle 134. Vertrauen in die Nationalregierung
(nach Religionszugehörigkeit und höchstem erreichten Bildungsabschluss) (I11)**

		Kein formeller Abschluss	Grundschule	Sekundarschul e	Universität	Gesamt	
Muslime	Sehr viel	9.6%	8.7%	4.0%	5.3%	5.6%	
	Ziemlich viel	27.9%	26.7%	21.3%	24.6%	23.6%	
	Nicht sehr viel	27.9%	34.3%	40.7%	36.3%	37.4%	
	Überhaupt nicht	17.3%	23.8%	24.2%	26.3%	24.0%	
	Weiß nicht	17.3%	6.4%	9.8%	7.5%	9.4%	
	Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%
		Anzahl	104	172	550	281	1107
Nicht-Muslime	Sehr viel	16.7%	5.0%	3.2%	5.9%	4.7%	
	Ziemlich viel	20.8%	18.8%	28.0%	25.9%	26.4%	
	Nicht sehr viel	29.2%	36.3%	41.7%	42.0%	41.1%	
	Überhaupt nicht	12.5%	31.3%	22.1%	21.0%	22.1%	
	Weiß nicht	20.8%	8.8%	5.0%	5.2%	5.7%	
	Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%
		Anzahl	24	80	561	424	1089

**Tabelle 135. Vertrauen in die Bürgerschaft/den Stadtrat
(nach Bildungsabschluss) (F11)**

		Kein formeller Abschluss	Grundschule	Sekundarschule	Universität	Gesamt	
Muslime	Sehr viel	13.5%	12.8%	7.5%	8.9%	9.2%	
	Ziemlich viel	37.5%	38.4%	35.6%	34.2%	35.9%	
	Nicht sehr viel	26.9%	30.8%	35.1%	34.5%	33.5%	
	Überhaupt nicht	9.6%	8.7%	11.1%	10.0%	10.3%	
	Weiß nicht	12.5%	9.3%	10.7%	12.5%	11.1%	
	Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%
		Anzahl	104	172	550	281	1107
Nicht- Muslime	Sehr viel	16.7%	8.8%	6.6%	7.1%	7.2%	
	Ziemlich viel	37.5%	25.0%	38.1%	42.3%	38.8%	
	Nicht sehr viel	20.8%	41.3%	32.3%	34.3%	33.5%	
	Überhaupt nicht	12.5%	11.3%	12.3%	6.4%	9.9%	
	Weiß nicht	12.5%	13.8%	10.7%	9.9%	10.7%	
	Gesamt	In %	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%
		Anzahl	24	80	561	423	1088

**Tabelle 136. Zivilgesellschaftliche Teilhabe
(nach Religionszugehörigkeit und Art der Organisation) (F10)**

		Ja, in Organisationen auf der eigenen Ethnizität oder Religion basierend	Ja, in gemischten Organisationen	Gesamt
Muslime	Stimme voll und ganz zu	6.5%	8.3%	32
	Stimme zu	42.1%	43.4%	209
	Stimme nicht zu	28.7%	31.4%	168
	Stimme überhaupt nicht zu	13.5%	9.2%	67
	Weiß nicht	9.2%	7.7%	45
	Gesamt	401	739	521
Nicht-Muslime	Stimme voll und ganz zu	7.6%	12.4%	57
	Stimme zu	47.9%	49.5%	291
	Stimme nicht zu	30.8%	23.9%	166
	Stimme überhaupt nicht zu	10.3%	10.6%	74
	Weiß nicht	3.4%	3.6%	26
	Gesamt	263	1136	614

ANHANG 3. FRAGEBOGEN

Sozialer Zusammenhalt, Teilhabe und Identität

A. Vorabinformation

[Vom Interviewer auszufüllen]

A1 Interviewnummer: _____

A2 Name des Interviewers: _____

A3 Datum des Interviews: _____

A4 Ort des Interviews: _____

- | | | | |
|----|----------------|----|-----------|
| 1 | Amsterdam | 6 | Leicester |
| 2 | Antwerpen | 7 | Marseille |
| 3 | Berlin | 8 | Paris |
| 4 | Kopenhagen | 9 | Rotterdam |
| 5 | Hamburg | 10 | Stockholm |
| 11 | Waltham Forest | | |

A5 Name des Stadtbezirks/der Gemeinde: _____

A6 Dauer des Interviews: _____

A7 Sprache, in der das Interview geführt wurde: _____

- | | | | |
|---|-------------|----|----------------------------|
| 1 | Arabisch | 8 | Deutsch |
| 2 | Bengali | 9 | Kurdisch |
| 3 | Berber | 10 | Schwedisch |
| 4 | Dänisch | 11 | Somali |
| 5 | Holländisch | 12 | Türkisch |
| 6 | Englisch | 13 | Urdu |
| 7 | Französisch | 14 | Sontiges (bitte eintragen) |

B. Angaben zur befragten person

[Diese seite ist vom interviewer sofort nach dem interview für jede befragte person auszufüllen.]

B1 Befragtenkategorie

- 1 Muslim
- 2 Nichtmuslim

B2 Geschlecht

- 1 Männlich
- 2 Weiblich

B3 Irgendwelche sichtbaren Zeichen für die religiöse Identität der befragten Person?

- 1 Ja (bitte angeben)
- 2 Nein

B4 Kontaktquelle: _____

C Merkmale des lokalen umfelds

Dieser erste Abschnitt enthält Fragen zu Ihrem lokalen Umfeld – Ihre Wohnung, Ihre Wohngegend/Nachbarschaft, Ihr Bezirk und wie Sie darüber denken.

[Erklären Sie: In den nachfolgenden Fragen meinen wir mit 'Bezirk' das innerhalb von 15-20 Minuten Fußweg erreichbare Umfeld und mit 'Wohngegend/Nachbarschaft' die drei oder vier unmittelbar an die Wohnung des Befragten angrenzenden Straßen.]

C1 Mieten oder besitzen Sie Ihr Haus oder Ihre Wohnung oder besteht irgendeine andere Vereinbarung?

1. Uneingeschränkter Eigentümer
2. Eigentümer mit Kredit oder Darlehen
3. Teils Eigentümer, teils Mieter (gesichertes Darlehen)
4. Mieter einer Öffentliche Wohnung/Sozialwohnung
5. Mieter einer Privatwohnung
6. Wohnt bei Eltern/Geschwistern
7. Mietfreies Wohnen [grund eintragen]
8. Hausbesetzer
9. Sonstiges [eintragen]

C2 Seit wie vielen Jahren wohnen Sie in diesem Bezirk? _____

C3 Welches ist der Hauptgrund, aus dem Sie in diesem Bezirk wohnen/in diesen Bezirk gezogen sind?

[Interviewer: als offene frage stellen und entsprechenden code wählen]

1. Nicht selbst gewählt
2. Kosten
3. Nicht weit vom Arbeitsplatz
4. Nicht weit von der Schule
5. Nicht weit von der Familie
6. Nicht weit von Geschäften / anderen Einrichtungen
7. Ruf der Gegend
8. Leute derselben ethnischen Herkunft wie ich
9. Leute derselben Religions-zugehörigkeit wie ich
10. Schöne Gegend
11. Öffentliche Wohnung/Sozialwohnung, die mir angeboten wurde
12. Die Wohnung gefiel mir
13. Preisgünstige, erschwingliche Unterbringung
14. Nicht weit von Verkehrsmitteln
15. Wurde hier geboren/habe immer hier gewohnt
16. Habe hier vorher schon einmal gewohnt
17. Wohnung/ Entscheidung der Eltern
18. Wohne bei Ehepartner
19. Nicht weit von Gebetsstätte
20. Es ist eine multikulturelle Gegend
21. Sonstiges
22. Weiß nicht

C4 Handelt es sich bei den Leuten in Ihrer Nachbarschaft

[Liste vorlegen]

1. in erster Linie um Verwandte
2. in erster Linie um Menschen derselben ethnischen Herkunft und mit derselben Religionszugehörigkeit
3. in erster Linie um Menschen einer anderen ethnischen Herkunft, aber mit derselben Religionszugehörigkeit
4. in erster Linie um Menschen derselben ethnischen Herkunft, aber mit einer anderen Religionszugehörigkeit
5. in erster Linie um Menschen einer anderen ethnischen Herkunft und mit anderer Religionszugehörigkeit
6. um eine Mischung unterschiedlicher Herkunft, Ethnizität und Religion

C5 Würden Sie sagen, dass Sie gerne in dieser Gegend wohnen?

1. Ja, auf jeden Fall
2. Ja, in gewissem Maße
3. Nein [weiter mit C7]

C6 Was gefällt Ihnen an der Gegend, in der Sie wohnen?

[Falls erforderlich, antworten vorgeben – z. b. menschen, umfeld, kriminalität/sicherheit, schulen ...]

C7 Was gefällt Ihnen nicht an der Gegend, in der Sie wohnen?

[Falls erforderlich, antworten vorgeben – z. b. menschen, umfeld, kriminalität/sicherheit, schulen ...]

C8 Welche DREI Dinge sollte der (Senat) Bezirksamt Ihrer Meinung nach tun, um die Gegend, in der Sie wohnen, zu verbessern

1:

2:

3:

C9 Würden Sie sagen, dass man ...

- 1 vielen Menschen in Ihrer Nachbarschaft vertrauen kann,
- 2 einigen Menschen vertrauen kann,
- 3 wenigen Menschen vertrauen kann,
- 4 keinem der Menschen in Ihrer Nachbarschaft nicht vertrauen kann?

C10 Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen zu oder nicht zu?
 [Liste mit Optionen vorlegen]

	Stimme voll und ganz zu	Stimme zu	Stimme nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu	Weiß nicht
Die Menschen in der Nachbarschaft sind bereit, Ihren Nachbarn zu helfen					
Die Nachbarschaft hält zusammen					
Die Menschen in der Nachbarschaft teilen dieselben Werte					
Die Menschen hier arbeiten gemeinsam an der Verbesserung der Nachbarschaft					

D Identität und zugehörigkeitsgefühl

Als Nächstes möchten wir Ihnen einige Fragen zu Ihrer Identität stellen und erfahren, inwieweit Sie das Gefühl haben, dazuzugehören und ein Teil dieses Bezirks und dieser Stadt zu sein.

D1 Angenommen, Sie würden sich selbst beschreiben. Welcher der folgenden Aspekte würde etwas Wichtiges über Sie aussagen? Bitte wählen Sie fünf Punkte, wobei der Erste der Wichtigste sein soll.

[Liste vorlegen]

- 1 Ihre Familie
- 2 Die Art Ihrer Arbeit
- 3 Ihr Alter und Lebensabschnitt
- 4 Ihre Interessen
- 5 Ihr Bildungsgrad
- 6 Ihre Nationalität
- 7 Ihr Geschlecht
- 8 Ihr Einkommensniveau
- 9 Ihre Religion
- 10 Ihre soziale Schicht
- 11 Ihre ethnische Herkunft bzw. Ihr kultureller Hintergrund
- 12 Ihre Hautfarbe
- 13 Irgendwelche Behinderungen, die Sie eventuell haben

1:
2:
3:
4:
5:

D2 Inwieweit stimmen Sie zu oder nicht zu, dass der Bezirk, in dem Sie wohnen, ein Ort ist, an dem Leute unterschiedlicher Herkunft gut miteinander auskommen? (Erinnern Sie daran, dass wir mit Bezirk den Bereich meinen, der innerhalb von 15-20 Fußweg zu erreichen ist.) [Liste vorlegen]

1. Stimme voll und ganz zu
2. Stimme zu
3. Stimme nicht zu
4. Stimme überhaupt nicht zu
5. Weiß nicht
6. Zu wenige Menschen in diesem
7. Die Bewohner dieses Bezirks haben alle dieselbe Herkunft

D3 Was hindert die Menschen unterschiedlicher Herkunft daran, in diesem Bezirk gut miteinander auszukommen?

D4 Wie stark haben Sie das Gefühl, in diesem Bezirk dazuzugehören? [Liste vorlegen]

1. Sehr stark
2. Ziemlich stark
3. Nicht sehr stark
4. Überhaupt nicht
5. Weiß nicht

D5 Wie stark haben Sie das Gefühl, in dieser Stadt dazuzugehören? [Liste vorlegen]

1. Sehr stark
2. Ziemlich stark
3. Nicht sehr stark
4. Überhaupt nicht
5. Weiß nicht

D6 Wie stark haben Sie das Gefühl, in diesem Land dazuzugehören? [Liste vorlegen]

1. Sehr stark
2. Ziemlich stark
3. Nicht sehr stark
4. Überhaupt nicht
5. Weiß nicht

D7 Was hindert Sie daran, sich in dieser Stadt als dazugehörig zu fühlen?

D8 Welche vier der folgenden Werte sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten in Bezug auf das Leben in diesem Land?

[liste vorlegen]

- | | | |
|---|----|----------------------|
| 1. Respekt vor dem Gesetz | 1: | <input type="text"/> |
| 2. Toleranz gegenüber anderen | 2: | <input type="text"/> |
| 3. Rede- und Ausdrucksfreiheit | 3: | <input type="text"/> |
| 4. Respekt vor einem anderen Glauben | 4: | <input type="text"/> |
| 5. Gerechtigkeit und Fairness | | |
| 6. Beherrschung der Landessprache | | |
| 7. Respekt vor Menschen einer anderen ethnischen Herkunft | | |
| 8. Chancengleichheit | | |
| 9. Stolz auf dieses Land/Patriotismus | | |
| 10. Teilnahme an Wahlen | | |
| 11. Schutz von Diskriminierung | | |

- D9 Sehen Sie sich selbst als Deutsche/r? (Diese Frage zielt auf die kulturelle Identifikation mit der Gesellschaft, weniger auf den gesetzlichen Status.)
1. Ja
 2. Nein
- D10 Werden Sie von den meisten anderen Leuten in diesem Land als Deutsche/r gesehen? (Andere Leute bezieht sich hier auf alle ethnischen und religiösen Gruppen, die sich von der des Interviewten unterscheiden.)
1. Ja
 2. Nein
- D11. Möchten Sie von Anderen als Deutsche/r wahrgenommen werden?
1. Ja (weiter mit D13)
 2. Nein (weiter mit D12)
- D12. Falls Nein bei D10, bitte erklären Sie das Näher.
- D13 Was hindert Ihrer Ansicht nach am meisten daran, Deutsch zu sein? [Liste vorlegen]
1. Nicht die Landessprache(n) zu beherrschen
 2. Im Ausland geboren zu sein
 3. Einer ethnischen Minderheit anzugehören / Kein Weißer zu sein
 4. Ausländischer Akzent/Sprechweise
 5. Kein Christ zu sein
 6. Es gibt keine Hindernisse
 7. Nichts davon
 8. Weiß nicht
 9. Sonstiges

E Soziale Kontakte

Wir möchten jetzt gerne mehr über die Menschen erfahren, die Sie in diesem Bezirk treffen und mit denen Sie Kontakt haben. Es geht uns dabei um „nähere Kontakte“, also nicht nur ein „Guten Tag“ auf der Straße, sondern Kontakte, bei denen auch Informationen ausgetauscht werden.

- E1 Wie oft haben Sie im letzten Jahr Menschen einer anderen ethnischen Herkunft als Sie selbst an den folgenden Orten getroffen und mit ihnen gesprochen?
[Liste vorlegen]

	Täglich	Mindestens einmal pro Woche	Mindestens einmal pro Monat	Mindestens einmal pro Jahr	Überhaupt nicht	Weiß nicht
Bei mir zu Hause / im Haus der anderen						
In einer Schule / Hochschule, bei der Arbeit						
In einer Bar / Diskothek						
Café / Restaurant						
Bei einer sportlichen Aktivität						
Bei Anlässen außerhalb der Arbeit/Schule						
Kinderbetreuungseinrichtung, Kindergarten, Schule						
Geschäfte						
Straßenmärkte						
Gebethäuser oder andere religiöse Zentren						
Gemeindezentrum						
Gesundheitszentrum, Krankenhaus						
In öffentlichen Verkehrsmitteln						
Im Park / Freien						

Nachbarschaftsgruppen						
Jugendgruppen						
Volkshochschulkurs						
Sonstiges (bitte angeben)						
Nirgends						

E2 Wie oft haben Sie im letzten Jahr Menschen mit einer anderen Religionszugehörigkeit als Ihrer eigenen getroffen und mit ihnen gesprochen?

[Erklären Sie, dass wir mit Religion auch Glaubensrichtungen wie z. B. den Humanismus sowie Menschen ohne Religion meinen] [Liste vorlegen]

	Täglich	Mindestens einmal pro Woche	Mindestens einmal pro Monat	Mindestens einmal pro Jahr	Überhaupt nicht	Weiß nicht
Bei mir zu Hause / im Haus der anderen						
In einer Schule / Hochschule, bei der Arbeit						
In einer Bar / Diskothek						
Café / Restaurant						
Bei einer sportlichen Aktivität						
Bei Anlässen außerhalb der Arbeit/Schule						
Kinderbetreuungseinrichtung, Kindergarten, Schule						
Geschäfte						

- E3 Glauben Sie, dass mehr getan werden muss, um Menschen unterschiedlicher Herkunft dazu zu ermuntern, untereinander Kontakt zu haben?
- 1 Ja
 - 2 Nein [weiter mit E5]
- E4 Wenn 'Ja' bei E3: Was sollte Ihrer Meinung nach getan werden?
- E5 Gibt es irgendwelche Orte in Ihrem Bezirk oder Ihrer Stadt, an denen Sie sich unwohl fühlen?
- 1 Ja
 - 2 Nein [weiter mit F1]
- E6 Wenn 'Ja' bei E5: Was sind das für Orte?
- E7 Wenn 'Ja' bei E5: Was sind die Gründe dafür, dass Sie sich dort unwohl fühlen?

F Teilhabe und Bürgerrechte

Wir möchten Ihnen jetzt einige Fragen zu Ihrer Beteiligung an Organisationen dieses Bezirks stellen und erfahren, ob Sie das Gefühl haben, das gesellschaftliche Leben beeinflussen und ändern zu können.

- F1 Sind Sie bei den Parlamentswahlen stimmberechtigt?
1. Ja
 2. Nein [weiter mit F3]
- F2 Haben Sie bei den letzten Parlamentswahlen Ihre Stimme abgegeben?
1. Ja
 2. Nein
- F3 Sind Sie bei den Kommunalwahlen stimmberechtigt?
1. Ja
 2. Nein [weiter mit F5]

F4 Haben Sie bei den letzten Kommunalwahlen Ihre Stimme abgegeben?

1. Ja
2. Nein

F5 Haben Sie in den letzten 12 Monaten an einer der folgenden Aktivitäten teilgenommen? [Wenn ja, bitte fragen, wie oft]

	J	N	Wie oft in den letzten 12 Monaten
An einer öffentlichen Versammlung			
An einer öffentlichen Demonstration			
Eine Petition unterzeichnet			

F6 Haben Sie in den letzten 12 Monaten an einer Befragung oder Besprechung über lokale Dienste oder Probleme in Ihrem Bezirk teilgenommen?

1. Ja
2. Nein [weiter mit F8]

F7 Wenn ja zu F6: Erläutern Sie bitte, um welche Art von Befragung es sich gehandelt hat

F8 Stimmen Sie zu oder nicht zu, dass Sie Entscheidungen, die Ihre Stadt betreffen, beeinflussen können?

[Liste vorlegen]

1. Stimme voll und ganz zu
2. Stimme zu
3. Stimme nicht zu
4. Stimme überhaupt nicht zu
5. Weiß nicht

F9 Stimmen Sie zu oder nicht zu, dass Sie Entscheidungen, die dieses Land betreffen, beeinflussen können?

[Liste vorlegen]

1. Stimme voll und ganz zu
2. Stimme zu
3. Stimme nicht zu
4. Stimme überhaupt nicht zu
5. Weiß nicht

F10 Haben Sie in den letzten 12 Monaten eine aktive Rolle bei der Organisation einer der folgenden Dinge gespielt?

Bitte machen sie in einer der beiden ersten spalten in jeder reihe einen haken (für ja) oder ein kreuz (für nein) und tragen sie in den kästchen der letzten drei spalten einen entsprechenden kommentar ein liste vorlegen.

Organisation	Organisation		Auf eigener Ethnizität oder Religion basierende	Gemischte	Was haben Sie getan?
	J	N			
Schulen / Bildungseinrichtung für Kinder (z. B. Elternsprecher, Leiter einer AG, Organisator einer Spielgruppe)					
Aktivitäten für Jugendliche (z. B. Leiter eines Jugendclubs)					
Erwachsenenbildung (z. B. Kursleiter, Vertreter einer Studentengewerkschaft)					
Religion (z. B. Beauftragter einer Moschee, Sonntagsschullehrer)					
Politik (z. B. Ratsmitglied, Mitglied einer politischen Partei/Aktivist)					
Soziale Wohlfahrt (z. B. Berater / leitendes Mitglied einer freiwilligen Gruppe, die sich mit sozialen Fragen befasst)					
Amtsträger einer Gemeindeorganisation (z. B. Kulturzentrum, Gemeindeverband)					
Strafrecht (z. B. Laienrichter, Hilfspolizist)					
Menschenrechte (Beauftragter der Gemeinde / für die Beziehungen zwischen den Rassen, Rechtsberatungshelfer, Asylhelfer)					

Gewerkschaftler					
Wohnungs- /Nachbarschaftsgruppe (z. B. aktives Mitglied eines Anwohner- /Mieterverbands, Nachbarschaftsrat, Nachbarschaftswache					
Organisation von Freizeitaktivitäten, Sport oder Hobbys					
Kunst, Musik, kulturelle Organisation					
Sonstiges (BITTE EINTRAGEN)					

F11 Wie sehr vertrauen Sie den folgenden Einrichtungen?
[Liste vorlegen]

	Sehr viel	Ziemlich viel	Nicht sehr viel	Überhaupt t nicht	Weiß nicht
Polizei					
Gericht					
Bundestag / Parlament					
Regierung					
Bürgerschaft					

G Erfahrung mit lokalen diensten

G1 Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie mit den folgenden Diensten?

	Sehr zufrieden	Ziemlich zufrieden	Weder zufrieden noch unzufrieden	Ziemlich unzufrieden	Sehr unzufrieden	Weiß nicht
Örtliche Grundschulen						
Örtliche weiterführende Schulen (Hauptschule; Realschule; Gymnasium; Gesamtschule; Fachoberschule; Berufsoberschule)						
Öffentliche Wohnung /Sozialwohnung						
Straßenreinigung						
Polizeiliche Überwachung						
Gesundheitsdienste						
Dienste für Jugendliche						
Öffentliche Verkehrsmittel						

G2 Wenn der/die Befragte andeutet, dass er/sie mit einem Dienst unzufrieden war, fragen Sie bitte nach dem Grund für die Unzufriedenheit.

G3 Welche DREI Dinge sollten Ihrer Meinung nach geschehen, um irgendwelche dieser Dienste in Ihrem Bezirk zu verbessern?

[Bitte angeben, um welchen Dienst es sich handelt]

1:

2:

3:

G4 Wie sehr respektieren Schulen Ihrer Meinung nach die religiösen Bräuche von Menschen mit einer anderen Religionszugehörigkeit?

1. Zu sehr
2. Etwa richtig
3. Zu wenig
4. Weiß nicht

G5 Aus welchem Grund sind Sie dieser Ansicht?

G6 Wie sehr respektieren Arbeitgeber Ihrer Meinung nach die religiösen Bräuche von Menschen mit einer anderen Religionszugehörigkeit?

1. Zu sehr
2. Etwa richtig
3. Zu wenig
4. Weiß nicht

G7 Aus welchem Grund sind Sie dieser Ansicht?

G8 Wie sehr respektieren Krankenhäuser und Kliniken Ihrer Meinung nach die religiösen Bräuche von Menschen mit einer anderen Religionszugehörigkeit?

1. Zu sehr
2. Etwa richtig
3. Zu wenig
4. Weiß nicht

G9 Aus welchem Grund sind Sie dieser Ansicht?

G10 Waren Sie in den letzten 12 Monaten Opfer eines Verbrechens?

1. Ja
2. Nein [weiter mit G16]

G11 Falls 'Ja' bei G10: Wo ist das passiert?

1. In der Nachbarschaft
2. In meinem Bezirk
3. In der Stadt
4. Anderswo

G12 Hatten Sie das Gefühl, dass Diskriminierung der Beweggrund war?

1. Ja
2. Nein [weiter mit G16]

G13 Wenn 'Ja' bei G12: Warum haben Sie diesen Eindruck?

G14 'Ja' bei G12: Haben Sie es der Polizei gemeldet?

1. Ja
2. Nein [weiter mit G16]

G15 'Ja' bei G14: Waren Sie mit der Reaktion der Polizei zufrieden?

1. Ja
2. Nein

G16 Hatten Sie in den letzten 12 Monaten (wegen irgendeiner Angelegenheit) Kontakt mit der Polizei?

1. Ja
2. Nein [weiter mit G20]

G17 Wenn 'Ja': Ging die Kontaktaufnahme von Ihnen aus oder von der Polizei?

1. Vom Befragten
2. Von der Polizei

G18 Waren Sie mit Handhabung und Ergebnis des Kontakts zufrieden?

1. Ja
2. Nein

G19 Wenn 'Nein': Aus welchem Grund waren Sie nicht zufrieden?

G20 Haben Sie in den letzten 12 Monaten Rat oder Informationen zu einem der folgenden Bereiche benötigt:

	Ja	Nein
Bildung		
Beschäftigung		
Wohnung		
Gesundheit		

G21 Wenn 'Ja' bei G20: Können Sie mir Näheres dazu sagen? In welcher Angelegenheit haben Sie Rat und Informationen benötigt? Wie haben Sie den Rat / die Information bekommen? Wer hat geholfen und wer nicht?

- G22 Woher bekommen Sie den Großteil Ihrer Informationen über das, was sich in Ihrem Bezirk ereignet?
- G23 Woher bekommen Sie den Großteil Ihrer Informationen über das, was sich in dieser Stadt ereignet?
- G24 Woher bekommen Sie den Großteil Ihrer Informationen über das, was sich in diesem Land ereignet?

H Diskriminierung und Vorurteil

Wir möchten Ihnen jetzt einige Fragen zu Ihren Erfahrungen und Beobachtungen in Bezug auf Diskriminierung und Vorurteil stellen.

- H1 Wie viele rassistische Vorurteile gibt es Ihrer Meinung nach heutzutage in diesem Land?
1. Viele
 2. Ziemlich viele
 3. Ein paar
 4. Keine [weiter mit H4]
 5. Weiß nicht [weiter mit H4]
- H2 Wenn 1-3 bei H1: Gegen welche Gruppen gibt es Ihrer Meinung nach Vorurteile aufgrund ihres Aussehens/ ihrer Hautfarbe?
1. Araber
 2. Südasiaten (Inder, Pakistani, Bangladescher)
 3. Schwarze (Kariben, Afrikaner)
 4. Chinesen
 5. Türken
 6. Weiße
 7. Mischlinge
 8. Buddhisten
 9. Hindus
 10. Juden
 11. Muslime
 12. Sikhs
 13. Asylbewerber/Flüchtlinge
 14. Neue Immigranten
 15. Osteuropäer
 16. Sonstige

- H3 Glauben Sie, was die rassistischen Vorurteile in diesem Land betrifft, dass es heute...
1. weniger rassistische Vorurteile gibt, als dies vor fünf Jahren der Fall war
 2. mehr Vorurteile gibt, als dies vor fünf Jahren der Fall war
 3. ungefähr genauso viele Vorurteile gibt
 4. Weiß nicht
- H4 Wie viele religiöse Vorurteile gibt es Ihrer Meinung nach heutzutage in diesem Land?
1. Viele
 2. Ziemlich viele
 3. Ein paar
 4. Keine [weiter mit H7]
 5. Weiß nicht [weiter mit H7]
- H5 Wenn 1-3 bei H4: Gegen welche Gruppen gibt es Ihrer Meinung nach religiöse Vorurteile?
1. Muslime
 2. Juden
 3. Hindus
 4. Buddhisten
 5. Sikhs
 6. Christen
 7. Katholiken
 8. Protestanten
 9. Sonstige (bitte angeben)
- H6 Glauben Sie, was die religiösen Vorurteile in diesem Land betrifft, dass es ...
1. weniger religiöse Vorurteile gibt, als dies vor fünf Jahren der Fall war
 2. mehr Vorurteile gibt, als dies vor fünf Jahren der Fall war
 3. ungefähr genauso viele Vorurteile gibt
 4. weiß nicht

H7 Denken Sie einmal an Ihre persönlichen Erfahrungen während der letzten 12 Monate. Wie oft hat jemand aus den folgenden Gründen Ihnen gegenüber Vorurteile gezeigt oder Sie ungerecht behandelt:

	Fast ständig	Häufig	Manchmal	Selten	Nie
Geschlecht					
Alter					
Ethnizität oder ethnische Gruppe					
Religion					
Hautfarbe					
Wo Sie wohnen					

H8 Denken Sie einmal an Ihre persönlichen Erfahrungen während der letzten 12 Monate. Wurden Ihnen von den folgenden Organen/Personen aufgrund Ihrer Religion Vorurteile entgegengebracht oder wurden Sie ungerecht behandelt?

1. In einer örtlichen Arztpraxis
2. Im örtlichen Krankenhaus
3. In einer örtlichen Schule
4. Vom örtlichen Bezirk
5. Von einem Vermieter oder einer Vermietungsagentur
6. In einem Geschäft in der Nähe
7. In öffentlichen Verkehrsmitteln
8. Von Fluglinien-/Flughafenangestellten
9. Vom Gericht (Amtsgericht, Landgericht usw.)
10. Von der Polizei
11. Von den Einwanderungsbehörden
12. Von irgendeiner Person auf der Straße
13. Von keiner der genannten Stellen [weiter mit H10]

H9 Wie hat sich die Diskriminierung oder unfaire Behandlung geäußert? [offene Frage] [Vorgabe: verbale Beschimpfung, Unhöflichkeit]

H10 Hat man Ihnen in diesem Land in den letzten fünf Jahren eine Arbeitsstelle verweigert oder hat man Ihre Bewerbung abgelehnt?

1. Ja [weiter mit H11]
2. Nein [weiter mit H12]
3. Weiß nicht [weiter mit H12]
4. Nicht zutreffend [weiter mit I1]

- H11 Wenn 'Ja' bei H10: Glauben Sie, dass man Ihnen den Arbeitsplatz aus einem der folgenden Gründe verweigert hat?
2. Ihr Geschlecht
 3. Ihr Alter
 4. Ethnizität
 5. Ihre Religion
 6. Ihre Hautfarbe
 7. Wo Sie wohnen
 8. Sonstiges (bitte angeben)
 9. Weiß nicht
- H12 Glauben Sie, dass Sie in den letzten fünf Jahren an Ihrem Arbeitsplatz im Hinblick auf eine Beförderung oder die Versetzung in eine bessere Position diskriminiert wurden?
1. Ja [weiter mit H13]
 2. Nein
 3. Weiß nicht
 4. Nicht zutreffend
- H13 Wenn 'Ja': Glauben Sie, dass man Ihnen den Arbeitsplatz aus einem der folgenden Gründe verweigert hat?
1. Ihr Geschlecht
 2. Ihr Alter
 3. Ethnizität
 4. Ihre Religion
 5. Ihre Hautfarbe
 6. Wo Sie wohnen
 7. Sonstiges (bitte angeben)
 8. Weiß nicht

I Demografie

Zum Abschluss möchten wir Ihnen noch einige Fragen zu Ihrer Person und Ihrer persönlichen Situation stellen.

- I1 Alter:
Wie alt sind Sie an Ihrem letzten Geburtstag geworden? _____
- I2 In welchem Land sind Sie geboren? _____
- I3 In welcher Region des Landes sind Sie geboren? _____
- I4 Ist das eine Stadt oder eine ländliche Gegend?
 1. Ländlich
 2. Stadt
- I5 Welche Nationalität haben Sie derzeit? _____
- I6 Welche Religionszugehörigkeit haben Sie?
 1. Buddhismus
 2. Katholizismus
 3. Hinduismus
 4. Judentum
 5. Islam
 6. Protestantismus
 7. Sikhreligion
 8. Sonstiges (bitte angeben) _____
 9. Ohne Religion [weiter mit I9]
- I7 Würden Sie sagen, dass Sie Ihre Religion aktiv ausüben?
 1. Ja
 2. Nein
- I8 Auf welche Weise, wenn überhaupt, kommen Sie Ihren religiösen Verpflichtungen nach / nehmen Sie an Ihrer Religion teil?

- I9 Wie ist Ihr Personenstand?
[Liste vorlegen]
1. Ledig, nie verheiratet
 2. Verheiratet – erste und einzige Ehe
 3. Verheiratet – zweite oder folgende Ehe
 4. Lebe mit meinem/r Partner(in) zusammen
 5. Ledig, war aber früher verheiratet und lebe jetzt in Scheidung / getrennt
 6. Ledig, war aber früher verheiratet und bin verwitwet
- I10 Bitte sagen Sie mir, welcher ethnischen Gruppe/welchem kulturellen Hintergrund Sie sich zugehörig fühlen?
- I11 Welches ist Ihre höchste Bildungsqualifikation?
1. Keine formale Bildung [weiter mit I14]
 2. Grundschule [weiter mit I12 und I13]
 3. Sekundarschule (Hauptschule; Realschule; Gymnasium; Gesamtschule; vocational schools: Fachoberschule; Berufsoberschule) [weiter mit I12 und I13]
 4. Universität [weiter mit I12 und I13]
- I12 Wenn 2-4 bei I11: Wo haben Sie diesen Abschluss erworben?
- In diesem Land _____
- In einem anderen EU-Land (bitte angeben) _____
- In einem NICHT-EU-Land (bitte angeben) _____
- I13 Wenn 2-4 bei I11: Wie viele Jahre lang haben Sie die Schule besucht? _____
- I14 Haben Sie derzeit eine bezahlte Arbeit?
[Liste vorlegen]
1. Ja, ganztags angestellt [weiter mit I16]
 2. Ja, teilzeit angestellt [weiter mit I16]
 3. Ja, selbstständig [weiter mit I16]
 4. Nein, ich arbeite ohne Bezahlung in einem Familienunternehmen
[weiter mit I15]
 5. Nein, ich bin pensioniert [weiter mit I15]
 6. Nein, ich nehme an einem staatlichen Beschäftigungs oder
Ausbildungsprogramm teil [weiter mit I15]
 7. Nein, ich bin arbeitslos und auf der Suche nach einer Arbeit [weiter mit I15]
 8. Nein, ich bin Student(in) [weiter mit I15]

9. Nein, ich kümmere mich um Haus und Familie [weiter mit I15]
10. Nein, ich bin dauerhaft krank oder behindert [weiter mit I15]
11. Sonstiges [EINTRAGEN] [weiter mit I15]

I15 Optionen 6-11 bei I14: Hatten Sie jemals eine bezahlte Arbeit?

1. Ja, in den letzten fünf Jahren [weiter mit I16]
2. Ja, vor mehr als fünf Jahren
3. Nein [Fragebogen zu Ende]

I16 Welches ist Ihre erste oder Ihre Hauptarbeitsstelle bzw. was war Ihre letzte Arbeitsstelle, wenn Sie derzeit keine Arbeit haben?

- I17 Bitte wählen Sie die Kategorie, die die Tätigkeit, die Sie im Rahmen Ihrer Hauptarbeitsstelle ausüben, am besten beschreibt. Wenn Sie derzeit keine Arbeit haben, kreuzen Sie bitte an, welche Tätigkeit Sie an Ihrem letzten Arbeitsplatz ausgeübt haben.

Bitte nur ein Kästchen ankreuzen

Berufe mit akademischer oder Fachschulausbildung wie: Lehrer – Krankenpfleger – Physiotherapeut – Sozialarbeiter – Künstler – Musiker – Polizeibeamter (im höheren oder gehobenen Dienst) – Softwaredesigner	<input type="checkbox"/>	1
Mittlere Verwaltungs- oder Dienstleistungsberufe wie: Sekretär(in) – Sachbearbeiter – kaufmännischer Angestellter – Telefonist – Hilfspfleger/-krankenschwester – Kindermädchen	<input type="checkbox"/>	2
Höhere Verwaltungs- und Managementberufe (normalerweise verantwortlich für Planung, Organisation und Koordination von Arbeit und Finanzen) wie: Finanzchef – Geschäftsführer	<input type="checkbox"/>	3
Gelernte technische und handwerkliche Berufe wie: Automechaniker – Schlosser – Kontrolleur – Klempner – Drucker – Werkzeugmacher – Elektriker – Gärtner – Lokomotivführer	<input type="checkbox"/>	4
Angelernte Handwerks- und Dienstleistungsberufe wie: Postangestellter – Maschinenarbeiter – Sicherheitsbediensteter – Hauswart – Landarbeiter – Gaststättengehilfe – Empfangspersonal – Verkaufspersonal	<input type="checkbox"/>	5
Ungelernte Handwerks- und Dienstleistungsberufe wie: Lkw-/Lieferwagenfahrer – Reinigungspersonal – Portier – Packer – Näher(in) – Bote – Hilfsarbeiter – Servierpersonal – Barpersonal	<input type="checkbox"/>	6
Mittlere oder untere Managementberufe wie: Büroleiter – Filialleiter im Einzelhandel – Filialleiter einer Bank – Filialleiter einer Restaurantkette – Lagerleiter – Wirt	<input type="checkbox"/>	7
Klassische akademische und freie Berufe wie: Steuerberater – Rechtsanwalt – Arzt – Wissenschaftler – Ingenieur	<input type="checkbox"/>	8

- I18 Ist die Person oder Gruppe oder Organisation, für die Sie arbeiten (oder – falls Sie momentan nicht beschäftigt sind – zuletzt gearbeitet haben):
1. dieselbe Religionszugehörigkeit und ethnische Herkunft wie Sie
 2. dieselbe Religionszugehörigkeit, aber nicht dieselbe ethnische Herkunft
 3. dieselbe ethnische Herkunft, aber eine andere Religionszugehörigkeit
 4. eine andere ethnische Herkunft und Religionszugehörigkeit
 5. sonstiges [EINTRAGEN]
 6. nicht zutreffend
- I19 Ein wie hoher Anteil Ihrer Arbeitskollegen haben/hatten Ihrer Meinung nach dieselbe Religionszugehörigkeit und denselben ethnischen Hintergrund wie Sie?
7. Mehr als die Hälfte
 8. Ungefähr die Hälfte
 9. Weniger als die Hälfte
 10. Sonstiges (BITTE ANZAHL ANGEBEN)
 11. Nicht zutreffend – ich arbeite allein
- I20 Wie haben Sie Ihren derzeitigen Hauptarbeitsplatz gefunden (bei Arbeitslosen: den letzten Arbeitsplatz)?

ANHANG 4. TABELLENÜBERSICHT (GESAMT)

Tabelle 1.	Eigenschaften der Teilnehmer an der Foundations-Studie	37
Tabelle 2.	Sind die Menschen in der Nachbarschaft bereit, ihren Nachbarn zu helfen? (C10)	274
Tabelle 3.	Kommen Menschen unterschiedlicher Herkunft hier gut miteinander aus? (D2)	68
Tabelle 4.	Kommen Leute unterschiedlicher Herkunft in dieser Gegend gut miteinander aus? (nach Religionszugehörigkeit und Geburtsort) (D2)	69
Tabelle 5.	Halten die Menschen in dieser Nachbarschaft zusammen? (C10)	275
Tabelle 6.	Vertrauen in die Nachbarschaft (C9)	70
Tabelle 7.	Vertrauen in die Anwohnerschaft (nach Religionszugehörigkeit und Geburtsort) (C9)	71
Tabelle 8.	Vertrauen in die Nachbarschaft (nach Religionszugehörigkeit und Geburtsort) (C9)	276
Tabelle 9.	Vertrauen in die Anwohnerschaft (C9)	72
Tabelle 10.	Vertrauen der Befragten in die Nachbarschaft (nach Religionszugehörigkeit und Beschäftigungsstatus) (C9)	277
Tabelle 11.	Arbeiten die Menschen gemeinsam an der Verbesserung der Nachbarschaft? (C10)	278
Tabelle 12.	Vertrauen der Befragten in die Anwohnerschaft (nach Religionszugehörigkeit und Jahren der Anwohnerschaft in der Nachbarschaft) (C9)	279
Tabelle 13.	Vertrauen der Befragten in die Nachbarschaft (nach ethnischer/religiöser Zusammensetzung der Nachbarschaft) (C9)	280
Tabelle 14.	Haben die Menschen in der Nachbarschaft dieselben Werte? (C10)	75
Tabelle 15.	Wichtigste Werte in Bezug auf das Leben im Land (D8)	76
Tabelle 16.	Wichtigste Werte in Bezug auf das Leben in [Ihrem] Land (nach Religionszugehörigkeit und Geburtsort) (D8)	281
Tabelle 17.	Wichtigste Werte in Bezug auf das Leben in [Ihrem] Land (nach Religionszugehörigkeit, Geschlecht und Geburtsort) (D8)	282
Tabelle 18.	Wie stark haben Sie das Gefühl, in diesem Bezirk dazuzugehören? (D4)	77
Tabelle 19.	Wie stark haben Sie das Gefühl, in diesem Bezirk dazuzugehören? (nach Geschlecht und Religionszugehörigkeit) (D4)	283
Tabelle 20.	Wie stark haben Sie das Gefühl, in diesem Bezirk dazuzugehören? (nach Religionszugehörigkeit und Geburtsort) (D4)	284
Tabelle 21.	Wie stark haben Sie das Gefühl, in dieser Stadt dazuzugehören? (D5)	78
Tabelle 22.	Wie stark fühlen Sie sich ihrer Stadt zugehörig? (nach Religionszugehörigkeit und Geburtsort) (D5)	79

Tabelle 23.	Wie stark haben Sie das Gefühl, in diesem Land dazuzugehören? (D6)	80
Tabelle 24.	Wie stark haben Sie das Gefühl, in diesem Bezirk dazuzugehören? (nach Religionszugehörigkeit und Geburtsort) (D4)	285
Tabelle 25.	Sehen Sie sich selbst als [Deutsche/r, Franzose/Französin usw.]? (D9)	81
Tabelle 26.	Werden Sie von den meisten anderen Leuten in diesem Land als [Brite/Britin, Franzose/Französin usw.] gesehen? (D10)	81
Tabelle 27.	Sehen Sie sich selbst als (Deutsche/r, Franzose/Französin, etc.)? (nach Befragungsort) (D9)	286
Tabelle 28.	Sehen Sie sich selbst als (Deutsche/r, Franzose/Französin, etc.)? (nach Religionszugehörigkeit und Geburtsort) (D9)	287
Tabelle 29.	Sehen Sie sich selbst als (Deutsche/r, Franzose/Französin, etc.)? (nach Stadt und Geburtsort) (D9)	288
Tabelle 30.	Werden Sie von den meisten anderen Leuten in diesem Land als [Deutsche/r, Franzose/Französin, etc.] gesehen? (nach Geburtsort) (D10)	290
Tabelle 31.	Sehen Sie sich selbst als [Brite/Britin, Franzose/Französin usw.]? (Muslimische Befragte nach Bildungsabschluss) (I11)	83
Tabelle 32.	Werden Sie von den meisten anderen Leuten in diesem Land als [Brite/Britin, Franzose/Französin usw.] gesehen? Muslimische Teilnehmer nach Bildungsabschluss(D10)	84
Tabelle 33.	Sehen Sie sich selbst als (Deutsche/r, Franzose/Französin, etc.)? (nach Beschäftigungssituation) (D9)	291
Tabelle 34.	Sehen Sie sich selbst als (Deutsche/r, Franzose/Französin, etc.)? (nach religiöser Praxis) (D9)	292
Tabelle 35.	Werden Sie von den meisten anderen Leuten in diesem Land als [Deutsche/r, Franzose/Französin, etc.] gesehen? (nach sichtbaren Zeichen religiöser Identität) (D10)	293
Tabelle 36.	Befragte, die Diskriminierung aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit durch Vermieter oder Makler erlebt haben	294
Tabelle 37.	Sehen Sie sich selbst als [Brite/Britin, Franzose/Französin usw.]? Muslimische Teilnehmer nach sichtbaren Zeichen religiöser Identität (D9)	85
Tabelle 38.	Was hindert Ihrer Ansicht nach am meisten daran, [Brite/Britin, Franzose/Französin usw.] zu sein? (D13)	86
Tabelle 39.	Was hindert Ihrer Ansicht nach am meisten daran, (deutsch, französisch, etc.) zu sein? (nach Geburtsort) (D13)	295
Tabelle 40.	Bedeutung der Landessprache als kultureller Wert (nach Religionszugehörigkeit, Geschlecht und Geburtsort) (D8)	87
Tabelle 41.	Beschäftigungssituation der Befragten, welche die Beherrschung der Landessprache als wichtigen nationalen Wert betrachten (I14)	296

Tabelle 42.	Was hindert Ihrer Ansicht nach am meisten daran, (deutsch, französisch, etc.) zu sein? (nach Religionszugehörigkeit, Geschlecht und Geburtsort) (D13)	297
Tabelle 43.	Vergleich rassistischer Vorurteile früher und heute (H3)	298
Tabelle 44.	Gruppen, die rassistische Vorurteile erfahren (H2)	299
Tabelle 45.	Wie verbreitet ist Diskriminierung aufgrund der Religion oder Weltanschauung?	91
Tabelle 46.	Religiöse Vorurteile im Land (H4)	92
Tabelle 47.	Vergleich religiöser Vorurteile früher und heute (H6)	300
Tabelle 48.	Gruppen, die religiöse Vorurteile erfahren	301
Tabelle 49.	Gegenwärtige rassistische Vorurteile (nach Religionszugehörigkeit, Geschlecht und Geburtsort) (H1)	302
Tabelle 50.	Religiöse Vorurteile im Land (nach Religionszugehörigkeit und Geburtsort) (H4)	93
Tabelle 51.	Gegenwärtige religiöse Vorurteile (nach Religionszugehörigkeit, Geschlecht und Geburtsort) (H4)	303
Tabelle 52.	Wie oft haben Sie rassistische Diskriminierung selbst erfahren? (H7.3)	94
Tabelle 53.	Wie oft haben Sie religiöse Diskriminierung selbst erfahren? (H7.4)	95
Tabelle 54.	Wie oft hat jemand Ihnen gegenüber religiöse Vorurteile gezeigt oder Sie deswegen ungerecht behandelt? (nach Religionszugehörigkeit, Geschlecht und Geburtsort) (H7)	304
Tabelle 55.	Wie oft hat jemand Ihnen gegenüber rassistische Vorurteile gezeigt oder Sie deswegen ungerecht behandelt? (nach Religionszugehörigkeit, Geschlecht und Geburtsort) (H7)	305
Tabelle 56.	Wie häufig erleben Sie Diskriminierung aufgrund Ihres Geschlechts? (H7.1)	96
Tabelle 57.	Diskriminierung aufgrund des Wohnorts (H7)	306
Tabelle 58.	Orte religiöser Diskriminierung(H8)	97
Tabelle 59.	Orte religiöser Diskriminierung (nach Religionszugehörigkeit, Geschlecht und Geburtsort) (H8)	307
Tabelle 60.	Religiöse Diskriminierung in der Schule (H8)	113
Tabelle 61.	Orte religiöser Diskriminierung (nach Religionszugehörigkeit, Geschlecht und Geburtsort) (H8)	308
Tabelle 62.	Respektieren Schulen unterschiedliche religiöse Bräuche? (G4)	115
Tabelle 63.	Arbeitsmarktsituation ausgewählter ethnischer Minderheiten und Einheimischer/Gesamtbevölkerung in Dänemark, den Niederlanden und im Vereinigten Königreich	123
Tabelle 64.	Gegenwärtige oder frühere Art der Beschäftigung (nach Bildungsabschluss) (I17)	127

Tabelle 65.	Höchster erreichter Bildungsabschluss von Muslimen (nach Art der beruflichen Tätigkeit) (I17)	309
Tabelle 66.	Höchster erreichter Bildungsabschluss von Nicht-Muslimen (nach Art der beruflichen Tätigkeit) (I17)	310
Tabelle 67.	Hat man Ihnen in diesem Land in den letzten fünf Jahren eine Arbeitsstelle verweigert oder hat man Ihre Bewerbung abgelehnt? (H10)	311
Tabelle 68.	Hat man Ihnen in diesem Land in den letzten fünf Jahren eine Arbeitsstelle verweigert oder hat man Ihre Bewerbung abgelehnt? (nach Religionszugehörigkeit, Geschlecht und Geburtsort) (H10)	312
Tabelle 69.	Hat man Ihnen in diesem Land in den letzten fünf Jahren eine Arbeitsstelle verweigert? (nach Religionszugehörigkeit und sichtbaren Zeichen religiöser Identität) (H10)	137
Tabelle 70.	Hat man Ihnen in diesem Land in den letzten fünf Jahren eine Arbeitsstelle verweigert oder hat man Ihre Bewerbung abgelehnt? (nach höchstem Bildungsabschluss) (H10)	138
Tabelle 71.	Hat man Ihnen in diesem Land in den letzten fünf Jahren eine Arbeitsstelle verweigert oder hat man Ihre Bewerbung abgelehnt? (nach Ausbildungsort) (H10)	139
Tabelle 72.	Aus welchen Gründen wurden Sie für eine Stelle abgelehnt? (H11)	140
Tabelle 73.	Aus welchen Gründen wurden Sie für eine Stelle abgelehnt? (nach Religionszugehörigkeit, Geschlecht und Geburtsort) (H11)	313
Tabelle 74.	Wie sehr respektieren Arbeitgeber Ihrer Meinung nach die religiösen Bräuche von Menschen mit einer anderen Religionszugehörigkeit? (G6)	146
Tabelle 75.	Wie sehr respektieren Arbeitgeber Ihrer Meinung nach die religiösen Bräuche von Menschen mit einer anderen Religionszugehörigkeit? (nach Religionszugehörigkeit und Geschlecht) (G6)	147
Tabelle 76.	Ethnische und religiöse Zusammensetzung der Nachbarschaft (C4)	149
Tabelle 77.	Wohnsituation – Eigentum, Miete oder andere Vereinbarungen (C1) .	157
Tabelle 78.	Zufriedenheit mit Sozialwohnungen (G1.3)	158
Tabelle 79.	Zufriedenheit mit Sozialwohnungen (nach Religionszugehörigkeit und Geburtsort) (G1.3)	159
Tabelle 80.	Ort religiöser Diskriminierung – Vermieter oder Vermietungsagentur (H8)	161
Tabelle 81.	Orte religiöser Diskriminierung (nach Religionszugehörigkeit, Geschlecht und Geburtsort) (H8)	314
Tabelle 82.	Haben Sie in den letzten 12 Monaten Rat oder Informationen zum Thema Wohnung benötigt? (G20.3)	162
Tabelle 83.	Haben Sie in den letzten 12 Monaten Rat oder Informationen zum Thema Wohnung benötigt? (nach Geburtsort) (G20.3)	162

Tabelle 84.	Jahre der Anwohnerschaft im Bezirk (C2)	163
Tabelle 85.	Würden Sie sagen, dass Sie gerne in dieser Gegend wohnen? (C5)	164
Tabelle 86.	Würden Sie sagen, dass Sie gerne in dieser Gegend wohnen? (nach Religionszugehörigkeit, Geschlecht und Geburtsort) (C5)	315
Tabelle 87.	Zufriedenheit mit Gesundheitsdiensten (G1.6)	174
Tabelle 88.	Zufriedenheit mit den Gesundheitsdiensten (nach Religionszugehörigkeit, Geschlecht und Geburtsort) (G1.6)	316
Tabelle 89.	Wie sehr respektieren Krankenhäuser und Kliniken Ihrer Meinung nach die religiösen Bräuche von Menschen mit einer anderen Religionszugehörigkeit? (G8)	176
Tabelle 90.	Wie sehr respektieren Krankenhäuser und Kliniken Ihrer Meinung nach die religiösen Bräuche von Menschen mit einer anderen Religionszugehörigkeit (nach sichtbaren Zeichen religiöser Identität)? ..	177
Tabelle 91.	Wie sehr respektieren Krankenhäuser und Kliniken Ihrer Meinung nach die religiösen Bräuche von Menschen mit einer anderen Religionszugehörigkeit? (G8)	317
Tabelle 92.	Wie sehr respektieren Krankenhäuser und Kliniken Ihrer Meinung nach die religiösen Bräuche von Menschen mit einer anderen Religionszugehörigkeit? (nach Geburtsort) (G8)	318
Tabelle 93.	Wie sehr respektieren Krankenhäuser und Kliniken Ihrer Meinung nach die religiösen Bräuche von Menschen mit einer anderen Religionszugehörigkeit? (nach Bildungsabschluss) (G8)	319
Tabelle 94.	Haben Sie in den letzten 12 Monaten Informationen zum Thema Gesundheit benötigt? (nach Religionszugehörigkeit) (G20)	320
Tabelle 95.	Haben Sie in den letzten 12 Monaten Informationen zum Thema Gesundheit benötigt? (nach Geschlecht) (G20.4)	321
Tabelle 96.	Haben Sie in den letzten 12 Monaten Informationen zum Thema Gesundheit benötigt? (nach Religionszugehörigkeit, Geschlecht und Geburtsort) (G20.4)	322
Tabelle 97.	Haben Sie in den letzten 12 Monaten Rat oder Informationen zu Gesundheit benötigt? (nach höchstem Bildungsabschluss) (G20.4)	182
Tabelle 98.	Haben Sie in den letzten 12 Monaten Informationen zum Thema Gesundheit benötigt? (nach Beschäftigungsstatus) (G20.4)	323
Tabelle 99.	Teilnehmer, die Diskriminierung im Gesundheitssektor erlebt haben (nach Religionszugehörigkeit) (B1)	324
Tabelle 100.	Vertrauen in die Polizei (F11.1)	191
Tabelle 101.	Vertrauen in die Polizei (nach Sichtbarkeit religiöser Identität) (F11)	192
Tabelle 102.	Vertrauen in die Polizei (nach Religionszugehörigkeit und Alter) (F11.1)	325
Tabelle 103.	Vertrauen gegenüber der Polizei (nach Geschlecht) (F11.1)	193

Tabelle 104.	Vertrauen in die Polizei (nach Religionszugehörigkeit und Beschäftigungsstatus) (F11.1)	326
Tabelle 105.	Vertrauen in die Polizei (nach Religionszugehörigkeit, Geschlecht und Geburtsort) (F11.1)	327
Tabelle 106.	Zufriedenheit mit der Polizeiarbeit (G1.5)	196
Tabelle 107.	Befragte, die von Diskriminierung durch die Polizei berichteten (A4)	198
Tabelle 108.	Befragte, die von Diskriminierung durch die Polizei berichteten (nach Alter und Geschlecht) (H8)	198
Tabelle 109.	Befragte, die von Diskriminierung durch die Polizei berichteten (nach Alter) (H8)	199
Tabelle 110.	Befragte, die von Diskriminierung durch die Polizei berichteten (nach Sichtbarkeit religiöser Identität und Geschlecht) (H8)	200
Tabelle 111.	Befragte, die von Diskriminierung durch die Polizei berichteten (nach höchstem Bildungsabschluss) (H8)	200
Tabelle 112.	Befragte, die von Diskriminierung durch die Polizei berichteten (Muslime, nach Beschäftigungsstatus) (H8)	201
Tabelle 113.	Befragte, die Diskriminierung durch die Polizei erlebt haben (alle muslimische Befragte, nach Beschäftigungsstatus) (I14)	202
Tabelle 114.	Haben Sie bei den letzten Parlamentswahlen Ihre Stimme abgegeben? (F2)	215
Tabelle 115.	Haben Sie bei den letzten Kommunalwahlen Ihre Stimme abgegeben? (F4)	216
Tabelle 116.	Teilnahme an letzten Parlamentswahlen (nach Geschlecht und Religionszugehörigkeit) (F2)	328
Tabelle 117.	Teilnahme an letzten Kommunalwahlen (nach Geschlecht und Religionszugehörigkeit) (F4)	329
Tabelle 118.	Teilnahme an letzten Parlamentswahlen (nach Religionszugehörigkeit und Geburtsort) (F2)	330
Tabelle 119.	Teilnahme an den letzten Kommunalwahlen (nach Religionszugehörigkeit und Geburtsort) (F4)	331
Tabelle 120.	Stimmen Sie zu oder nicht zu, dass Sie Entscheidungen, die Ihre Stadt betreffen, beeinflussen können? (nach Religionszugehörigkeit und Wahlberechtigung) (F8)	220
Tabelle 121.	Stimmen Sie zu oder nicht zu, dass Sie Entscheidungen, die Ihre Stadt betreffen, beeinflussen können? (nach Staatsangehörigkeit) (F8)	221
Tabelle 122.	Stimmen Sie zu oder nicht zu, dass Sie Entscheidungen, die Ihre Stadt betreffen, beeinflussen können? (nach Religionszugehörigkeit und Alter) (F8)	332

Tabelle 123. Stimmen Sie zu oder nicht zu, dass Sie Entscheidungen, die Ihre Stadt betreffen, beeinflussen können? (Teilnahme an Anhörungen die Nachbarschaft betreffend) (F8)	333
Tabelle 124. Vertrauen in die Polizei (nach Religionszugehörigkeit) (F11)	334
Tabelle 125. Vertrauen in Gerichte (F11.2)	335
Tabelle 126. Vertrauen in das Parlament (F11.3)	224
Tabelle 127. Vertrauen in die Regierung (F11.4)	224
Tabelle 128. Vertrauen in den Stadtrat (F11.5)	225
Tabelle 129. Vertrauen in das nationale Parlament (nach Religionszugehörigkeit und Geburtsort) (F11.3)	226
Tabelle 130. Vertrauen in das nationale Parlament (nach Religionszugehörigkeit und Geburtsort) (F11.3)	336
Tabelle 131. Vertrauen in das Parlament (aufgeschlüsselt nach Wahlberechtigung) (F11.3)	227
Tabelle 132. Vertrauen in den Stadtrat (nach kommunalem Wahlrecht) (F11.3)	228
Tabelle 133. Vertrauen in das nationale Parlament (nach Bildungsabschluss) (F11.3)	337
Tabelle 134. Vertrauen in die Nationalregierung (nach Religionszugehörigkeit und höchstem erreichten Bildungsabschluss) (I11)	338
Tabelle 135. Vertrauen in die Bürgerschaft/den Stadtrat (nach Bildungsabschluss) (F11)	339
Tabelle 136. Zivilgesellschaftliche Teilhabe (nach Religionszugehörigkeit und Art der Organisation) (F10)	340
Tabelle 137. Engagement der Befragten in Organisationen der eigenen Ethnizität und in gemischten Organisationen (nach mehreren Faktoren)	230
Tabelle 138. Bürgerschaftliche Teilhabe und Wahrnehmung des eigenen Einflusses auf Entscheidungen, die die Stadt betreffen	232

Ob Bürger oder Einwanderer, hier geboren oder neu zugewandert, Muslime stellen eine wachsende und vielseitige Bevölkerungsgruppe dar, die Herausforderungen, aber auch Chancen für Europa bietet. Am Umgang mit solchen Minderheiten sowie der Gleichberechtigungsgarantie für all seine Bürger in einem Klima von schnell expandierender Vielfalt wird sich Europas Bekenntnis zu einer offenen Gesellschaft beweisen müssen.

Das Projekt "At Home in Europe", eine Initiative des Open Society Institute, begegnet diesen Herausforderungen mit Kontroll- und Lobby-Aktivitäten, welche die Situation von Muslimen und anderen Minderheiten in Europa erforschen. Einen wichtigen Teil des Projektes stellt diese Berichtsreihe über Muslime in den 11 europäischen Städten Amsterdam, Antwerpen, Berlin, Kopenhagen, Hamburg, Leicester, London, Marseille, Paris, Rotterdam und Stockholm dar. Ziel der Berichte ist ein besseres Verständnis der Bedürfnisse und Bestrebungen unterschiedlicher muslimischer Gemeinschaften. In diesem Sinne wurden unterschiedliche politische Ansätze in ausgewählten Städten im Hinblick auf die Förderung oder Behinderung der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Teilhabe von Muslimen untersucht.

Alle elf, von lokalen Fachleuten entworfene Städteberichte umfassen detaillierte Empfehlungen für spezifische lokale Akteure. Sie bilden die Grundlage für Fürsprachearbeit des Projekts und dessen Partnern. Der Übersichtsbericht beinhaltet Empfehlungen auf internationaler Ebene, die alle von den Berichten abgedeckten Länder betreffen und sich primär an die Europäische Union und weitere internationale Organisationen richten.

Durch die Förderung eines neuen Dialogs und neuer politischer Initiativen in Zusammenarbeit mit Vertretern muslimischer Gemeinschaften, lokalen Verwaltungen sowie internationalen politischen Akteuren versucht "At Home in Europe" die Teilhabe von Muslimen an den und ihre Einbeziehung in die Mehrheitsgesellschaften zu verbessern, ohne dass diese für ihre Identität wichtige kulturelle, sprachliche und religiöse Praktiken aufgeben müssen.